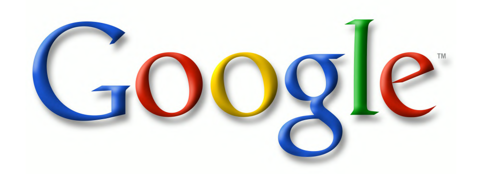





DOMI NUS ILLU
MINA TIO MEA
Taylor Institution.







Leopold von Ranke's

Sämmtliche Werke.

Sechsundvierzigster Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1879.

Hardenberg

und die

Geschichte des preußischen Staates

von

1793—1813.

Von

Leopold von Ranke.

Zweite Auflage
der in dem Werke „Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg" den eigenhändigen Memoiren Hardenberg's beigegebenen historischen Darstellung des Herausgebers.

Erster Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1879.

Vorwort zu der zweiten Ausgabe.

Bei der Publication der Memoiren Hardenberg's hatte ich mir vorbehalten, die historische Darstellung, mit welcher ich dieselben begleitete, in die Sammlung meiner Werke aufzunehmen. Sie war ursprünglich bestimmt, den Memoiren, die sie erläuterte, doch auch selbständig zur Seite zu stehen. Ich faßte damals beide Bestandtheile unter dem Titel: „Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg" zusammen. Indem ich jetzt meine eigene Arbeit wieder herausgebe, habe ich, um keine Verwechselung der beiden Publicationen zu veranlassen, derselben einen besonderen Titel gegeben, ohne jedoch damit andeuten zu wollen, daß sie eine andere sei. Ich wüßte sie nicht besser einzuführen als durch die Vorrede, die ich den Denkwürdigkeiten vorausschickte; und die ich nun mit einigen in der Sache liegenden Aenderungen wiederhole.

Vorrede zu den Denkwürdigkeiten.

Ich besorge, der Titel dieses Werkes wird Erwartungen erregen, die durch seinen Inhalt nicht befriedigt werden. Eigentlich nur das erste der vier Bücher, die ich vorlege, hat einen überwiegend biographischen Charakter, wie man ihn mit dem Worte „Denkwürdigkeiten" zu verbinden pflegt. Es führt noch einmal in das achtzehnte Jahrhundert und die friedliche Cultur, welche damals in dem deutschen Reiche und besonders an den kleinen Höfen vorwaltete. Hardenberg gehörte derselben vollkommen an; er ist in ihr aufgewachsen und kommt durch sie empor, bis er zu der Stelle eines preußischen Ministers gelangt.

Was man aber in Biographien der Gelehrten bemerkt, daß hauptsächlich die Zeit ihrer Bildung Theilnahme für ihre Person erweckt und ihr Sein und Wesen später nur in der Wirksamkeit hervortritt, die sie in ihrem Fache entwickeln, so daß die Lebensgeschichte eines Gelehrten die Geschichte seiner Wissenschaft werden muß, das ist auch und zwar in noch höherem Grade bei den Staatsmännern der Fall: denn die Elemente des öffentlichen Lebens sind so mannichfaltig und für einen Jeden so gewichtig, daß sie in der Regel eine bei weitem größere Aufmerksamkeit auf sich ziehen, als die darin thätigen Persönlichkeiten, es wäre denn, daß man für deren Mängel ein scharfes Auge hat. Die allgemeine Bewegung ist das eigentlich Lebendige in der Geschichte; wahre Bedeutung hat der Staatsmann nur in sofern, als er sie an seiner Stelle fördert und vielleicht leitet. Als preußischer Minister nahm Hardenberg an den großen Interessen Antheil, welche die Welt erfüllten. Lange

Jahre hindurch war seine Stellung keine selbständige; und, indem sie eine solche wurde, waren ihm die Bahnen vorgezeichnet, in denen er sein Talent entfalten konnte.

Um sein Leben und seine Laufbahn zu verstehen, mußte die Forschung zugleich die allgemeinen Angelegenheiten, auf die er einwirkte, und die noch viel mehr auf ihn zurückwirkten, umfassen.

Dafür lag mir nun ein reiches archivalisches Material vor, das den nächsten Anlaß zu meiner Arbeit gegeben hat.

Nach dem Tode Hardenberg's (November 1822) wurde in seinem Nachlaß eine sehr ansehnliche Sammlung von Papieren, die sich auf seine Person und seine Geschäftslaufbahn bezogen, vorgefunden; aber versiegelt und auf fünfzig Jahre in dem Archiv reponirt. Dies Verfahren, das wohl auch sonst angewendet worden ist und von der Empfindlichkeit der Mitlebenden gleichsam geboten wird, hat doch auch seine Schattenseite. Denn die Entwickelung einer Zeit geht auf den einmal eingeschlagenen Wegen immer weiter; durch die Geheimhaltung wichtiger Papiere entgeht den Zeitgenossen eine genauere Kenntniß der zuletzt vorgefallenen Begebenheiten, auf denen doch ihr eigenes Thun und Lassen beruht. Persönlichkeiten werden geschont; aber die allgemeine Kunde verliert.

Ein paar Jahre nach dem Tode des Staatskanzlers erschien ein anonymes Werk, welches man ziemlich allgemein als eine Mittheilung aus den nachgelassenen Papieren desselben ansah. Doch hat es mit diesen nichts zu schaffen; es ist eine Compilation von allerlei Materialien, in der einige wenige echte Stücke unter der Wiederholung allbekannter und unverbürgter Nachrichten untergehen. Das Buch wurde besonders wegen der Firma, die man ihm gab, verführerisch; in sich selbst war es mehr geeignet, zu verwirren, als aufzuklären.

Erst als die vorherbestimmte Zeit herannahte, richtete sich die Aufmerksamkeit ernstlich auf den literarischen Nachlaß Hardenberg's. Eines Tages begab sich der Director der Archive mit dem ganzen Schatz der Papiere zum dirigirenden Minister, dem jetzigen Fürsten von Bismarck, der dann mit eigener Hand die Siegel löste.

Mir wurde der Auftrag zu Theil, sie durchzusehen und über ihren historischen Werth zu berichten.

Als das bei weitem wichtigste Stück zeigte sich ein Memoire von Hardenberg's eigener Hand. Es enthält nicht etwa, wie man vermuthen konnte, Aufzeichnungen über sein ministerielles Leben überhaupt und die Geschichte der Zeit, sondern eine Darstellung

seines Verhaltens und der Politik des preußischen Staates in der unglücklichen Epoche von 1806 und 1807 und den zunächst vorangegangenen drei Jahren. Hardenberg hatte dieselbe noch einer weiteren Ueberarbeitung vorbehalten, überdies aber, wie er sich denn viel mit seinem Rufe bei der Nachwelt beschäftigte, sie dazu bestimmt, in französischer Uebersetzung in ein großes Memoirenwerk aufgenommen zu werden, zu dessen Ausarbeitung er seinen Freund Friedrich Schöll, dem wir einige Sammelwerke von reichstem Inhalt verdanken, ausersehen hatte. Die Ausarbeitungen Schöll's zu diesem Zwecke fanden sich nun ebenfalls in dem Nachlaß. Sie sind sehr weitschichtig und voluminös und würden mit den zahlreichen Aktenstücken, die ihnen beigegeben sind, eine lange Reihe von Bänden füllen. Die früheren Epochen der Lebensgeschichte Hardenberg's werden darin ganz übergangen. Um so ausführlicher verbreiten sie sich über die Jahre 1794 — 1812.

Wenn nun die Frage entstand, ob auch diese Ausarbeitungen und die dazu gehörigen Aktenstücke in ihrer vollen Ausdehnung zu publiciren seien, so ließ sich dafür sagen, daß doch die Absicht des Staatskanzlers dahin gegangen war und daß sie, mit Fleiß und Geschick gearbeitet, ein mannichfaltiges Interesse darbieten und ein sehr bedeutendes urkundliches Material, welches zuweilen auch in die Erzählung eingeschaltet ist, enthalten. Doch stellten sich auch einige entgegenstehende Betrachtungen heraus. Das eigenhändige Memoire würde dann in seiner ursprünglichen Fassung nicht haben mitgetheilt werden können. Denn das von Schöll unternommene Werk wurde französisch abgefaßt, um in aller Welt gelesen zu werden; eine Vereinigung deutscher und französischer Texte aber wäre in das Ungeheuerliche gefallen. Und ferner: in vielen Partien, namentlich den auf Deutschland bezüglichen, hat Schöll deutsche Aktenstücke dem ganzen Inhalt nach wiederholt; er giebt ihnen dadurch, daß er Hardenberg in erster Person reden läßt, die Form von Memoiren, was die Lectüre erschwert und der Sache nicht genügt, da der Forscher doch allezeit auf die deutschen Originale hätte zurückgehen müssen. Endlich, bei dem seltenen Talent für einfache Redaction, welches Schöll besaß, läßt er doch auch eine gewisse politische Tendenz erkennen: er schrieb in der Epoche der Restauration, deren Intentionen er mit lebhafter Ueberzeugung theilte; es begegnet ihm wohl, daß er den Anflug von Liberalismus, welcher der Hardenberg'schen Verwaltung eigen war, zu verwischen sucht. Die inneren Angelegenheiten des Staates berührt er nur hier und da, und die

letzte Hand anzulegen, war er weit entfernt geblieben. Die Sammlung zu publiciren, wie sie war, würde geheißen haben, eine sehr umfangreiche und doch fragmentarische, durch die Zeit bereits überholte Production vorlegen.

Aber es wäre auch unthunlich gewesen, das eigenhändige Memoire ganz ohne Beigabe herauszugeben. Wenn ich mich anschickte, eine Einleitung dazu zu schreiben, so sollte das nach meiner ursprünglichen Absicht in der Weise des ersten Buches geschehen. Allein das zeigte sich bei den allmählich überwiegenden Beziehungen des Ministers zu den allgemeinen Angelegenheiten unausführbar, und die Sammlung Schöll's bot einen Stoff dar, der viel weiter führte. Sie erstreckt sich über die letzten Jahre des achtzehnten und die ersten des neunzehnten Jahrhunderts, welche den wichtigsten Zeitraum der neueren Weltgeschichte bilden. Die Aufklärungen, die sich darin fanden, waren entscheidend für den Gang der preußischen Geschichte. Aber auch manches in den allgemeinen Angelegenheiten, das mir bisher unverständlich geblieben war, erhielt dadurch ein unerwartetes Licht. In den Rahmen einer Einleitung ließ sich das nun nicht mehr fassen. Ich mußte mich entschließen, ein selbständiges Buch über die Epoche zu schreiben, in das ich zugleich den Inhalt des Memoires, soweit derselbe historisch ist, aufzunehmen hatte. Von den Ausarbeitungen Schöll's nahm ich eigentlich nichts herüber; aber es hätte der Verpflichtung gegen die Welt und die Studien widersprochen, die urkundlichen Mittheilungen, die sich bei ihm fanden, unbenutzt zu lassen. Wenn die deutsche Wissenschaft es als ihre Aufgabe anerkennt, die historische Darstellung nur noch auf urkundliche Aktenstücke und Berichte zu gründen, so eröffnete sich hier eine Aussicht, diesen Grundsatz noch weiter in Anwendung zu bringen, als es bisher geschehen ist. So ist die vorliegende Schrift entstanden. Ich erfreute mich dabei mancher anderer Mittheilungen auch dem Königlichen Staatsarchiv, welche weder Schöll noch Hardenberg selbst gekannt haben. Außerdem habe ich noch einige Aufzeichnungen des Grafen Haugwitz, über die ich eine Notiz der gegenwärtigen Publication hinzuzufügen gedenke, benutzen können.

Eine Geschichte im vollen Sinne des Wortes konnte und sollte jedoch meine Arbeit nicht werden, wie ja auch die Sammlung, die ich zu Grunde legte, den Minister Hardenberg zu ihrem vornehmsten Gegenstande gemacht hatte. Die Geschichte der Zeit und der Thätigkeit des Ministers ließen sich eben nicht trennen. Es sind historische

Denkwürdigkeiten Hardenberg's, zugleich aber des preußischen Staates und der Epoche selbst, was ich darbiete.

Die Darstellung nimmt folgenden Gang:

In dem zweiten Buche begleite ich den Antheil, den Hardenberg in den Jahren 1793 bis 1795 an den allgemeinen, vornehmlich an den deutschen Angelegenheiten nahm. Die welthistorische Frage lag in dem Verhältniß der revolutionären Gewalt, die sich in Frankreich entwickelte, zu den europäischen Mächten, mit denen sie in innerem Gegensatz begriffen war und in äußeren Kampf gerieth. Die Wendung, welche die Ereignisse nahmen, beruhte hauptsächlich darauf, daß die Mächte in sich selbst wenn nicht geradezu entzweit, doch auch nicht einverstanden, der revolutionären Gewalt keinen nachhaltigen Widerstand leisteten. Wenn man in Preußen den Gedanken faßte, inmitten der europäischen Kämpfe eine neutrale Stellung einzunehmen, so hatte Hardenberg an der Absicht sowohl wie an der Durchführung derselben den größten Antheil. Denn in ihm repräsentirten sich zugleich die Tendenzen des europäischen Lebens, die der Revolution einigermaßen homogen waren. Er hielt für möglich, die Selbständigkeit Preußens zu wahren, indem es sich der revolutionären Macht näherte, ohne doch mit den entgegengesetzten Potenzen zu brechen.

Diesen Versuch, eine neutrale Politik zwischen dem neu emporkommenden revolutionären Staat und den Hauptmächten des alten Systems durchzuführen, mit dem ersten nicht zu zerfallen oder gar zu brechen, mit den anderen in gutem Vernehmen zu stehen, ohne doch in Abhängigkeit von ihnen zu gerathen, stellt das dritte Buch dar. Es ist die Epoche der Politik des Grafen Haugwitz, dem sich Hardenberg anfangs anschloß, mit dem er späterhin sogar in dem Ministerium wechselte, aber sich eben hiebei entzweite. Die Streitigkeiten zwischen den beiden Staatsmännern brauchen hier nicht erörtert zu werden, zumal da sie in den eigenhändigen Memoiren vielfach berührt sind. Was ist überhaupt der Unterschied zwischen Memoiren und Geschichte? In den ersteren walten die Erinnerungen des Autors vor, und es ist ihres Amtes, die persönlichen Verhältnisse zu erläutern. Der Geschichtschreiber muß dagegen auf seiner Hut sein, sich von diesen Erinnerungen fortreißen zu lassen. Denn in dem Persönlichen liegt es, daß es häufig nicht einmal verificirt werden kann: der Eindruck, den der Handelnde von Freunden oder Gegnern erfuhr, ist dabei immer im Spiele; selbst wenn man beide Parteien hört, wird es nur selten möglich, ein Urtheil zu fällen.

Auch ist das nicht der Beruf des Geschichtschreibers. Für die Muse der Geschichte, wenn ich sie recht kenne, giebt es Dinge, welche sie unbekümmert auf sich beruhen lassen kann. Die Memoiren haben ihre besondere Stellung in der Literatur; von den Zufälligkeiten des persönlichen Lebens, das sie mittheilen, kann der Geschichtschreiber abstrahiren; sein Augenmerk ist vor Allem auf die allgemeinen Angelegenheiten gerichtet.

Hardenberg hatte an der Politik des Jahres 1806 einen Antheil, der jedoch für die Zukunft noch bedeutender war, als für die Zeit selbst. An der Katastrophe, die damals eintrat, kann ihm keine Schuld beigemessen werden, es wäre denn die, daß er verschmähte, sich mit Haugwitz auszusöhnen. Für die zunächst folgenden Ereignisse sind nun die eigenhändigen Memoiren [1]) von besonderer Wichtigkeit. Man erfreut sich an ihrer anziehenden Umständlichkeit und wird durch die Aktenstücke, welche ihnen beiliegen, mannichfaltig belehrt. In unserer Darstellung wird man auch einige Abweichungen bemerken, die auf der erweiterten Kunde der Thatsachen sowie auf dem nothwendig veränderten Standpunkt einer so viel späteren Zeit beruhen. An der Stelle, bis zu der uns die Memoiren führen, auch meinerseits abzubrechen, konnte ich nicht über mich gewinnen. Ich würde damit dem preußischen Staate, für welchen die Katastrophe ein Impuls zu seiner Regeneration geworden ist, und zugleich dem Andenken Hardenberg's, welcher an derselben eingreifend mitgearbeitet hat, Unrecht gethan haben. Ich führe den Leser in meine Werkstatt und verschweige nicht, daß der Umfang und der Inhalt der vorliegenden Materialien es mir beinahe als eine Pflicht erscheinen ließ, noch die Hauptmomente dieser Regeneration selbst darzulegen, was denn in dem vierten Buche, das an die drei ersten anknüpft, geschehen ist. Darin werden die Abwandlungen der Geschichte des preußischen Staates von seiner tiefsten Erniedrigung an unter stets imminenten Gefahren bis zu der Grundlegung zu seiner Wiederaufrichtung geschildert. Der vorwaltende Gesichtspunkt ist immer auf die Monarchie selbst gerichtet. Die Haltung, welche Friedrich Wilhelm III. mitten in den Stürmen eingenommen hat, tritt, wenn ich nicht irre, nun erst in voller Deutlichkeit an den Tag. Er lebte mit ganzer Seele in dem Bestreben, den niedergeworfenen Staat wiederaufzurichten, seine gefesselten

1) Sie sind in dem zweiten, dritten und fünften Bande der ursprünglichen Publication erhalten.

Kräfte zu entbinden und zur Wiedergewinnung der verlorenen Selbständigkeit zu entwickeln. Dabei trat ihm vor allen Hardenberg zur Seite; welche Ideen dieser darüber hegte, ergiebt sich aus der Denkschrift über die Reorganisation des Staates, die er dem König im Herbst des Jahres 1807 vorlegte. Hardenberg erhob sich dadurch über die anderen Staatsmänner seiner Zeit, daß er die innere Reform mit der äußeren Politik verknüpfte. Von dem siegreichen Napoleon aus seiner Stellung verdrängt, konnte er doch nach einiger Zeit wieder in dieselbe zurückkehren und die umfassende Autorität in die Hand nehmen, die ihm der König in beiderlei Hinsicht übertrug.

Die Staatsverwaltung Hardenberg's tritt nun in den Vordergrund; aber sie wäre auch jetzt nicht zu verstehen, wenn man nicht den allgemeinen Gang der Ereignisse eingehend betrachtete. Wer aber könnte diese auch nur berühren, ohne davon fortgerissen zu werden?

Ich bin dem Sammlerfleiße Schöll's Dank dafür schuldig, daß ich in den Stand gesetzt worden bin, bis in das Jahr 1813, für welches sich in seinen Mappen noch einige Mittheilungen finden, vorzubringen. Wie hätte ich nicht wünschen sollen, auch zur Kunde der folgenden Jahre etwas Wesentliches beizutragen und Hardenberg bis an das Ende seiner Laufbahn gleichmäßig zu begleiten? Aber gerade die umfassenden Gesichtspunkte, die ich bisher hatte festhalten können, unterstützt von den erforderlichen Materialien, machten es mir unmöglich, die Arbeit fortzusetzen, sobald dieselben aufhörten. Ueber das Spätjahr 1813 konnte ich mit einer der früheren Darstellung entsprechenden Ausführlichkeit nicht hinausgehen. Und an der nunmehr erreichten Stelle glaubte ich stehen bleiben zu dürfen: es war die Zeit, in welcher die Coalition gegen Napoleon geschlossen und Preußen in seinen alten Rang unter den Mächten wiederaufgenommen wurde; die Thätigkeit Hardenberg's war dadurch zu einem großen Resultat gelangt. Zur Befestigung desselben gehörten aber noch die Friedensschlüsse und Uebereinkünfte, die nach dem großen Waffengange, der damals begann, eintraten. Die Grenze von Frankreich mußte auf eine den allgemeinen Verhältnissen homogene Weise bestimmt und der preußische Staat, der in seinem früheren Bestande nicht wiederhergestellt werden konnte, reconstruirt werden. In dem Einen und in dem Andern lag die Vollendung der bisherigen Ereignisse; ich habe denselben noch ein Schlußcapitel gewidmet. Es würde die innere Einheit meiner Darstellung gestört haben, wenn ich auch das folgende Jahrzehnt hätte

umfassen wollen. Denn nicht nach Jahr und Tag bestimmen sich die Epochen für die historische Auffassung, sondern nach den in den Begebenheiten vorwaltenden Directionen. Mit dem Kampfe der großen Allianz gegen Napoleon war die Entwickelung neuer Tendenzen der europäischen Staaten verbunden; mit dem Falle desselben veränderte sich der Horizont der Welt; eine neue Epoche wurde damit inaugurirt, die der Restauration und der constitutionellen Bestrebungen, in denen sich die folgenden Ereignisse bewegt und entwickelt haben. Sie erwecken ein Interesse, das vielleicht noch mehr politisch, als historisch ist.

Inhaltsverzeichniß.

Erstes Buch.

Hardenberg bis zu seinem Eintritt in den preußischen Dienst.

Seite 1—118.

Zweites Buch.

Hardenberg's Antheil an der preußischen und deutschen Politik in den Jahren 1794 und 1795.

Drittes Buch.

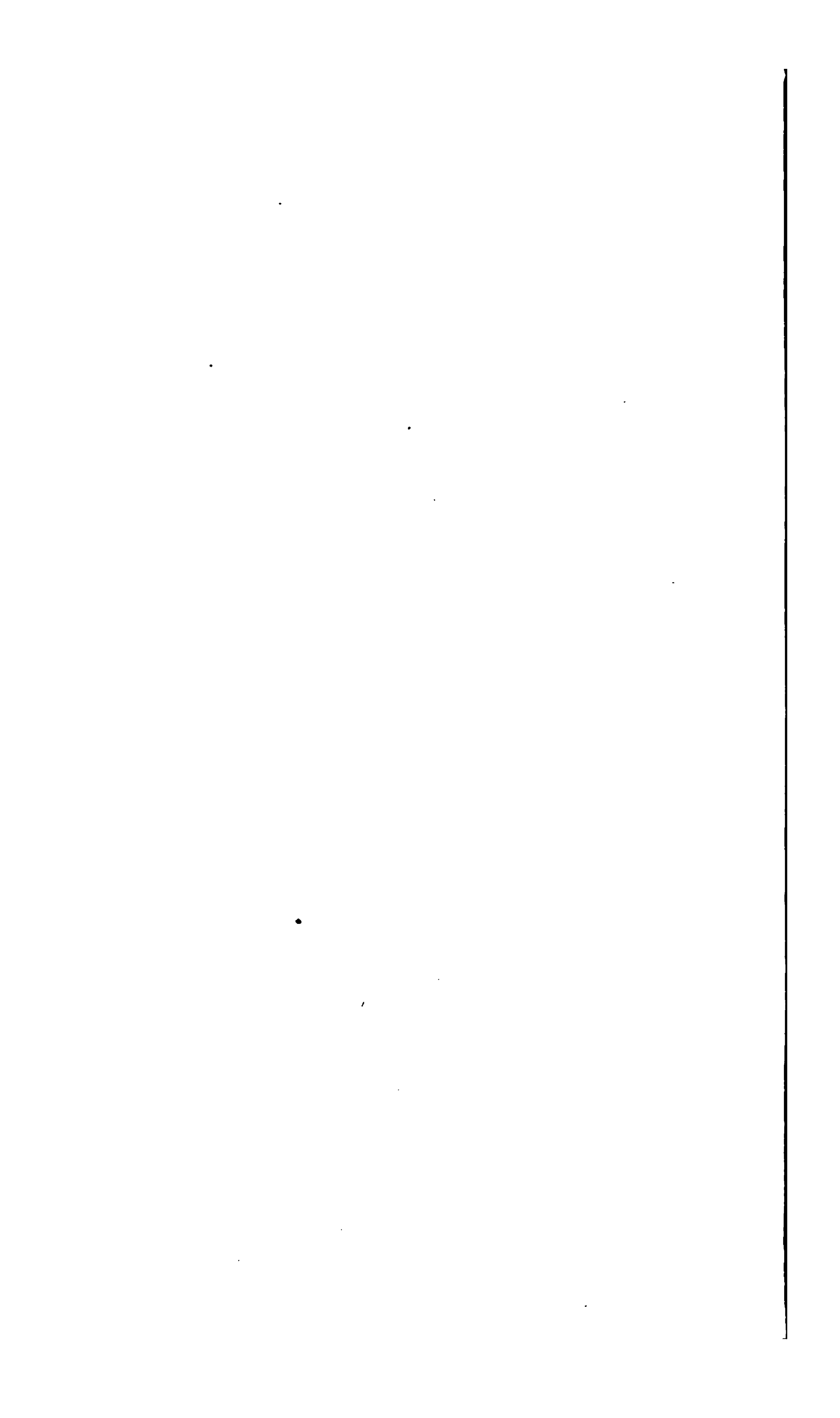
Zeiten der Neutralität (1796—1806).

Erster Abschnitt: Vor der zweiten Coalition.

Seite 289—331.

Erstes Buch.

Hardenberg bis zu seinem Eintritt in den preußischen Dienst.



Erstes Capitel.

Genealogische Ansicht.

In jeder Landschaft deutscher Erde spiegelt sich die Geschichte des Reiches und der Nation. Auch die kleinen territorialen Entwicklungen und die Genealogien der bedeutenden Geschlechter erhalten dadurch ein erhöhtes Interesse.

Zum ersten Mal erscheint der Hardenberg in den großen Kämpfen des Reiches und der Kirche am Ende des elften Jahrhunderts. Dorthin nahm Erzbischof Ruthard von Mainz seine Zuflucht, als er vor Heinrich IV. einen Augenblick weichen mußte. Ruthard hielt zu dem Papstthum und der unbedingten kirchlichen Autorität. Man giebt ihm selbst eine Judenverfolgung Schuld, die bei den Aufwallungen des populären Geistes zur Zeit des Beginnens der Kreuzzüge stattgefunden hat. Der Kaiser nahm sich der Verfolgten an. Aber die kirchlichen Bestrebungen behielten den Platz gegen ihn: der Kaiser wurde durch die Verbindung seines Sohnes mit der kirchlichen Partei, an deren Spitze der Erzbischof stand, des Reiches entsetzt. Indem Ruthard den jungen Heinrich (V.) zur Krone erhob, legte er zugleich einen Fluch auf ihn, wenn ihm jemals beikomme, den Widerstreit seines Vaters wider die Kirche aufzunehmen.

Daß dies nun dennoch geschah, wenngleich nicht mit aller Schärfe des ursprünglichen Gegensatzes, bestimmt die Geschichte des 12. und 13. Jahrhunderts; es rief die Entwicklung der territorialen Gewalt wie der übrigen Fürsten, so besonders der niederdeutschen hervor. In den ersten Decennien des 13. Jahrhunderts finden wir die Welfen, aus deren Mitte Kaiser Otto IV. hervorging, im Besitz des Fürstenthums Göttingen-Oberwald, in dessen Umkreise das feste Schloß Hardenberg lag. Die Erzbischöfe von Mainz, die das Eichsfeld innehatten, behaupteten den Besitz der Burg nur mit großer Mühe. Erzbischof Gerhard, der den Streit darüber im Jahre 1257

persönlich auszufechten unternahm, hat das ein Jahr lang im Gefängniß zu Braunschweig büßen müssen. Nur durch die Ergebenheit der umwohnenden Dienstleute wurde das feste Haus gegen die Herzoge geschützt; denn noch wollten die Ministerialen das Fürstenthum nicht zu überwiegender Macht gelangen lassen. Es entsprach der Lage der Dinge und den einander widerstreitenden oder miteinander verbundenen Standesbeziehungen, wenn die Erzbischöfe, für welche der Besitz mehr Kosten veranlaßte, als Erträge einbrachte, im Jahre 1287 ihr Schloß den umwohnenden Ministerialen als Pfandbesitz überließen.

Denn bei dem Zurücktreten der unmittelbaren Einwirkung der höchsten Reichsgewalt kam alles miteinander empor: fürstliche, bischöfliche, ritterschaftliche und städtische Macht.

Es waren die Roßdorfe und Hardenberge, zwei eng miteinander verbundene, zu einem einzigen verwobene Geschlechter [1]), denen, da sie die Behauptung des Schlosses übernahmen, dieses selbst mit seinem ganzen Bezirk und Ertrag auf so lange überlassen wurde, bis ihnen eine zur Erstattung ihrer Kosten bestimmte Summe, 600 Mark, ausgezahlt werden würde. Da das in den nächsten Jahrhunderten nicht geschah, so betrachteten sich dem Herkommen gemäß die Inhaber des Schlosses als dessen Eigenthümer.

Seitdem finden wir die Hardenberge, die neben dem erzbischöflichen dort auch ihr eigenes Haus hatten, emporkommen und sich weit und breit Raum machen. Jüngere Söhne erscheinen in den Stiftern zu Hildesheim und Minden, in den Klöstern zu Walkenried oder Ilsenburg, einer wohl auch als Pfarrer, welcher die Messe liest, zu Nienstedt. Andere ziehen in die benachbarten Städte, wo sie vielleicht als Bürgermeister auftreten [2]). Zuweilen dienen sie dem Erzbischof als Oberamtleute im Eichsfelde; sie nehmen dessen Mannen in Sachsen und Thüringen in Schutz. Sie waren tapfere Ritter, die an den Fehden der Zeit in Gutem und Bösem, in der

---

1) Wenn der Staatskanzler aus einem Belobigungsdekret eines seiner Vorfahren, in welchem derselbe als nobilis bezeichnet wird, schließen zu können glaubt, sein Geschlecht habe mehr zu den Dynasten, als zu den Ministerialen gehört, so ist das eine Annahme, die sich nicht behaupten läßt. Unter den Ministerialen erscheinen ingenui et nobiles, ohne daß damit eine besondere Würde bezeichnet werden sollte. Vergl. Waitz', Deutsche Verfassungsgeschichte V. S. 438.

2) Die Nachweisungen giebt J. Wolf, Geschichte des Geschlechts von Hardenberg.

Nähe und Ferne Theil nahmen, nicht gerade mit einem besseren Ruf als Andere ihresgleichen. Im Anfang des 16. Jahrhunderts trit Hans von Hardenberg in der Mitte der fehdelustigen Ritterschaft auf. Wenn aber in den Kriegen wilde Raubgesellen bei ihm Aufnahme fanden, so wußte er dagegen als Oberamtmann des Erzbischofs im Eichsfelde, in welcher Eigenschaft auch Erfurt unter ihm stand, die gesetzliche Autorität zu behaupten; seine Entscheidungen zwischen dem Herrn und der Landschaft erweckten allseitige Zufriedenheit.

Ein Verhältniß bildete sich aus, welches zwischen Unabhängigkeit und Unterthanenpflicht schwankte, und in das, wie überall, die kirchliche Reformation neue Motive brachte.

Es hat bis zum Jahre 1571 gedauert, ehe sich die Hardenberge, Christian und Friedrich, entschlossen, zur augsburgischen Confession überzutreten. Das Wort Verbum Dei manet in aeternum erschien dann als Inschrift an der Fronte des Schlosses. Aber wie hätten Erzbischof und Kapitel zu Mainz es dulden sollen, daß nun von dem Hardenberg aus, über den sie sich noch immer das Eigenthumsrecht vorbehalten hatten, die Kirchenveränderung ausgebreitet wurde? Sie verordneten im Jahre 1574, daß ihrerseits kein Pfarrer geduldet werden solle, der nicht sein Bekenntniß nach der Formel Papst Pius' IV. abgelegt habe. Hierauf kam es zu fortwährenden Reibungen und Feindseligkeiten. Katholicismus und landesherrliche Autorität machten gemeinschaftliche Sache, wie auf der anderen Seite Protestantismus und ritterschaftliche Selbständigkeit. Endlich, im Anfang des 17. Jahrhunderts, fand Erzbischof Schweikhard, auch einer der Vorkämpfer der kirchlichen Restauration, die Mittel, den alten Pfandschilling abtragen zu können, und machte den Versuch, die weltliche Autorität des Erzstiftes herzustellen. Die Hardenberge wandten ein, daß man nicht mehr wissen könne, was zur Pfandschaft gehöre und was ihr altes Eigenthum ausmache. Gewiß sei eines mit dem anderen unauflöslich verbunden; auch ihnen sei von den Bischöfen Brief und Siegel gegeben, sie bei dem Ihren schützen zu wollen. Sie verweigerten, den Pfandschilling anzunehmen.

Einige andere Edelleute traten auf ihre Seite; die vornehmste Stütze aber fanden sie in den benachbarten Fürsten, den Herzogen von Braunschweig und den niedersächsischen Kreisständen überhaupt, in welchen der Protestantismus tiefe Wurzel geschlagen hatte.

Es ist allgemein bekannt, wie viel diese Gegensätze zu den Irrungen und Wechelsfällen des dreißigjährigen Krieges beitrugen.

Auch die Hardenberge wurden von denselben auf das ernstliche betroffen. Hans Christoph von Hardenberg, Sohn des durch seine Gemahlin reich gewordenen und dann sehr haushälterischen Friedrich, bei einem gelehrten Magister in Göttingen unterrichtet, hatte sich an Prinz Moritz von Oranien, der damals alle Fäden des streitbaren Protestantismus in seiner Hand zusammenfaßte, angeschlossen und das Kriegshandwerk unter ihm gelernt. Als sich in Niedersachsen die Dinge zum offenen Kampfe anließen, trat er in die Dienste Friedrich Ulrichs von Wolfenbüttel. An den Beschlüssen des niedersächsischen Kreises, die den Geist der Selbständigkeit athmeten, nahm er vielen Antheil und organisirte als Kriegscommissar des Herzogs die zum Widerstande gegen die Einbrüche Tilly's aufgerufenen Streitkräfte. Nothwendig wurde er dann auch von dem Umschlage heimgesucht, der in Folge der Schlacht von Lutter über das Land hereinbrach.

Auf der einen Seite machte der Kurfürst von Mainz Ernst damit, den Hardenberg als sein und seines Erzstiftes eigenthümliches Haus zurückzufordern. Der eichsfeldische Oberamtmann Westphalen bekam den Befehl, das Haus zu besetzen und die landesfürstliche Huldigung einzunehmen: zum Besten der Unterthanen, sagte man, damit sie bei dem Kaiser der Treue des Kurfürsten genießen und nicht wegen der Verbrechen eines Anderen zur Strafe gezogen werden möchten. Hans Christoph war nicht im Stande, es zu hindern: eine Protestation, die er einlegte, fand keine Beachtung. Das Schloß wurde besetzt, die Huldigung eingenommen; und wenn nun den Unterthanen Erleichterungen von den Kriegslasten und einige Unterstützungen zugute kamen, so wurden sie zugleich angehalten, mit ihren Weibern, Kindern und Hausgesinde zu der Religion zurückzukehren, durch die ihre Vorfahren selig geworden seien.

Ein anderes Motiv wurde von kaiserlicher Seite hervorgehoben. Der kaiserliche Hof betrachtete Hans Christoph als einen Anhänger des Königs von Dänemark und als des Verbrechens der beleidigten Majestät schuldig. Sein Name stand in dem Buche, in welchem alle Feinde des Kaisers verzeichnet waren; er wurde zu denen gerechnet, deren Hab und Gut dem Kaiser verfallen sei, so daß es unter dessen Freunde und Anhänger vertheilt werden könne. Eine Summe von 30000 Rthlrn., die für die Hardenberge auf das Amt Plesse im Eichsfelde verschrieben war, wurde auf diesen Grund hin an den Reichshofrath Questenberg verliehen „zu einer Gnadenergötzlichkeit für seine langwierigen Dienste.“

Wohl verwendete sich nun Pappenheim für den tapferen Hans Christoph. Dieser selbst dachte nach Wien zu gehen, um seine Sache zu führen. Schwerlich aber hätte er etwas ausgerichtet, und gewiß wäre der kaiserliche Hof weder des Willens noch im Stande gewesen, das Haus Hardenberg von Mainz zurückzunehmen. Was die Hardenberge rettete, war allein der abermalige Umschlag der allgemeinen Verhältnisse, der in Folge der Schlacht von Breitenfeld eintrat. Herzog Wilhelm von Weimar war es dann, durch den Hans Christoph in den Hardenberg restituirt wurde.

Was als private Angelegenheit erscheint, ward doch durch den großen Gang der Weltbegebenheiten entschieden. Das Hardenbergische Geschlecht wurde, wie ein großer Theil des norddeutschen Adels überhaupt, durch die Ereignisse des dreißigjährigen Krieges zuerst erschüttert und gefährdet, dann wiederhergestellt und befestigt.

In dem folgenden Jahrhundert widmeten sich die Hardenberge mit eben so viel Eifer wie Erfolg den Diensten des welfischen Hauses. Den größten Namen machte sich Hildebrand Christoph von Hardenberg, Sohn Hans Christophs, als Statthalter im Dienste des Herzogs August von Wolfenbüttel. Er war dessen geheimer Rathspräsident und leitete alle Angelegenheiten des Landes, innere und äußere. Die Ordnung des Hofes führte er dann auf seiner Burg ein; von ihm stammt eine Hausordnung, deren barock-gebieterischer, haustyrannischer Ton in späteren Zeiten Verwunderung erregt hat[1]). Sie bezeichnet den Uebergang von der altväterisch-patriarchalen Zeit in eine gewaltsam umgestaltete moderne. Hildebrand Christoph ist der Stammvater aller späteren Hardenberge; sein zweiter Sohn stiftete die Wiederstädtische Linie. Der ältere, Christian Ludwig, setzte das Stammhaus fort; er lebte hauptsächlich auf dem Hardenberge, wo er das Schloß umbaute und Einrichtungen für die Erziehung der Jugend der Unterthanen machte. Besondere Erwähnung verdient seine Gemahlin Sibylla von Döringenberg, die, gleich stark von Körper und Geist, sich um Erziehung ihrer Kinder das größte Verdienst erwarb. Diese aber widmeten sich dann dem hannoverschen Dienste.

Das Beispiel dazu hatte bereits einer der jüngeren Söhne des Statthalters gegeben, Hildebrand Christoph, der aus dem braunschweigischen Kriegsdienst in den hannoverschen übertrat, in welchem er die Leibgarde zu Pferde commandirte und nach dem Eintritt des

1) Memoiren des Ritter v. Lang. Theil 1. S. 270 ff.

Kurfürsten von Hannover als König von England im Jahre 1716 zum königlich großbritannischen Generalmajor ernannt wurde. Er bekleidete zugleich eine hohe Stelle im deutschen Orden. So traten nun auch seine Neffen, Söhne Christian Ludwigs und Sibylla's, in die Dienste der Kurfürsten von Hannover, Könige von England: der ältere in Civil=, der jüngere in Militärdienst. Jener ist Karl Friedrich, der, in Halle und Helmstädt gebildet, nach der Weise der Zeit auch noch eine Universität in Holland besuchte, worauf er sich nach England begab; er stieg nach und nach zu den höchsten Stellen auf. Im Jahre 1742 ist er als Gesandter in Paris durch die Vermittlung des Neutralitätsvertrages dem Lande sehr nützlich geworden; für sein Haus bewirkte er, daß Mainz endlich seine Ansprüche fallen ließ. Er war überaus thätig, heiter im Umgang und von allgemeiner Wißbegier durchdrungen. Hauptsächlich unter seiner Leitung ist Karl August von Hardenberg, der spätere preußische Staatskanzler, den er zu seinem Erben bestimmte, erzogen worden.

Denn dessen Vater, Christian Ludwig II., Bruder Karl Friedrichs, war durch die militärische Laufbahn, die er einschlug, meistentheils davon abgehalten. Auch das war ein in seiner Art bedeutender Mann. Er hat seine erste Schule in sardinischem Kriegsdienste gemacht, trat aber doch schon in frühen Jahren als Fähndrich in ein hannoversches Regiment ein. Er erlebte, als im Jahre 1756 hannoversche Truppen nach England gezogen wurden, um einer französischen Invasion, die man fürchtete, zu widerstehen, daß die Engländer von dieser Hülfleistung von Hannover her nichts wissen wollten; denn schon sehr stark regte sich dort in England das Gefühl der Absonderung von der dynastischen Stellung ihres Königs in Deutschland, was dann wieder auf die deutschen Lande zurückwirken mußte. Wohl fanden die Könige von Großbritannien in ihrem Erblande den alten Gehorsam und die alte Anhänglichkeit. Aber die volle Identität gemeinschaftlicher Interessen fing an zu fehlen. Die deutschen und protestantischen Ideen, welche doch auch viele Hannoveraner beseelten, fanden ihren nächsten und stärksten Rückhalt in dem emporkommenden Preußen. Eine historische Vermittelung hiezu bildeten die Feldzüge des Herzogs Ferdinand von Braunschweig, an denen der Vater des späteren Staatskanzlers mit Auszeichnung Theil nahm. Während dieses Krieges, des siebenjährigen, erwarben sich die beiden Brüder, der eine durch administrative Fürsorge, der andere durch militärische Handlungen, namentlich durch die Defension von Lippstadt nach glücklicher Ausführung

eines schwierigen Marsches[1]), Verdienste um das Land und einen guten Namen. Es ist wohl von nicht geringer Bedeutung, daß dies im Bunde mit Preußen geschah und zu demselben Zwecke, welchen König Friedrich II. verfolgte, nämlich dem der Sicherung von Norddeutschland. Auf dieser Grundlage bahnten sich neue Geschicke für die Welt an, welche die Laufbahn des jungen Karl August bestimmten sollten.

---

1) Westphalen, Geschichte der Feldzüge des Herzogs Ferdinand von Braunschweig I, 651; III, 570. Renouard, Die Feldzüge der Hessen in den Jahren 1756—63 II, 130.

Zweites Capitel.

Aus den Jugendjahren Hardenbergs.

Karl August, Freiherr von Hardenberg, zu Essenrode am 31. Mai 1750 geboren, gehörte auch von mütterlicher Seite einem namhaften, im Brandenburgischen, Sächsischen, den norddeutschen Gebieten überhaupt weit verbreiteten Geschlechte an. Seine Mutter war Anna Sophie Ehrengart, Tochter des Landraths von Bülow auf Oberschloß Beiernaumburg in Thüringen und Essenrode im Lüneburgischen [1]), der damals nebst seiner Gemahlin, einer geborenen von Alvensleben [2]), noch lebte. Hardenberg, der sich seiner Kindheit, z. B. seines vierten Geburtstages, mit Bestimmtheit in späteren Jahren zu erinnern glaubte, gedenkt mit Dankbarkeit seiner, aus dem Alvensleben'schen Hause herübergekommenen Erzieherin Elisabeth Gawel, deren Pflege auch die Anfänge der Studien umfaßte, sowie des Oheims, dem der Hardenberg eigenthümlich gehörte, der aber kinderlos war, den Neffen wie seinen Sohn behandelte, die Kosten seiner Erziehung bestritt, ihn mit Büchern und reichlich mit Geld versah. Der Knabe folgte dem Vater bisweilen in die Garnisonen; am meisten verweilte er unter Obhut des Oheims zu Hannover. In Hannover erschienen während des siebenjährigen Krieges bald die Franzosen in ihrem Glanze, bald die schwarzen Husaren Friedrichs II. Wer wollte die Eindrücke er=

---

1) Gotthard Heinrich August von Bülow, geb. 17. Juni 1704, gestorben 20. April 1769. Vergl. Paul von Bülow, Familienbuch der von Bülow I, 69.

2) Anna Adelheid, geboren 14. September 1702, gestorben 28. Februar 1766, Tochter des kurfürstlich-sächsischen Rittmeisters Bodo Dietrich von Alvensleben (gestorben 23. Juni 1719), hatte sich 1728 mit Bülow vermählt. Vergl. Wohlbrück, Geschichtliche Nachrichten von dem Geschlecht von Alvensleben III, S. 286.

messen, welche das Knabenalter aufnimmt und die der Erwachsene dann ebenso unbewußt festhält: denn sehr empfänglich ist die jugendliche Seele für alles, was sie berührt, was sie sieht oder vernimmt. Hardenberg hat immer gesagt, daß der Kriegsruhm des großen Friedrich ihm von Anfang an Bewunderung und Hinneigung zu Preußen eingeflößt habe.

Erst mit dem Frieden konnte ein regelmäßiger Unterricht beginnen. Charakteristisch ist eine Anweisung, die der Vater von London aus an den Director der Schule, welcher der Knabe noch von dem Oheim anvertraut worden war, nach dessen Tode erließ. Er dankte ihm für die Nachrichten, die er ihm von seinem jungen Studenten gebe. Vorzüglich angenehm sei ihm, daß er denselben die mathematischen Beweise recht fassen lehre: denn das sei die beste Logik. Die classischen Studien soll er nicht in all der Strenge, die damals üblich, treiben. Doch soll er das Latein verstehen und von dem Griechischen so viel lernen, daß er sich die aus dieser Sprache herrührenden Kunstausdrücke nicht von Anderen erklären zu lassen brauche. In der Geschichte soll das bloße Auswendiglernen der vorgekommenen Thatsachen vermieden werden; aber von großem Nutzen werde es sein, wenn dem Zögling in besonderen ausgewählten Fällen die Motive der Handlungen begreiflich gemacht werden: dann sei die Geschichte die beste Schule der Staatsklugheit. Die Gegenstände der Kunst und Natur soll der junge Mensch unter Anleitung seines Hofmeisters durch eigene Anschauung kennen lernen [1]). Alles ist rationell und praktisch: der Verstand soll beschäftigt, das Gedächtniß nicht beschwert werden. Von der positiven Kirchenlehre, welche die Gemüther noch im Anfang des Jahrhunderts vollkommen beherrschte, ist in der zweiten Hälfte desselben kaum mehr die Rede. Die Vernunftreligion wird hier als die Quelle aller Tugenden bezeichnet. In Bezug auf die Geheimnisse des Christenthums soll man sich einfach auf die heilige Schrift berufen. Es ist wie ein Athemzug der Zeit, der sich in diesen Zeilen regt, zusammenhängend mit dem allgemeinen Umschwung, den der Unterricht des aufwachsenden Geschlechtes nahm. Dem General war es Ernst damit, daß sein Sohn, welchem Herkunft und sociale Stellung glänzende Aussichten für den höheren Staatsdienst eröffneten und der zugleich ein

1) Der Brief ist bei Klose, Leben Karl Augusts von Hardenberg, S. 13, abgedruckt.

ungemeines Talent verrieth, durch gründliche und vorurtheilsfreie Studien dazu vorbereitet werde.

Im Herbst des Jahres 1766 bezog Hardenberg die Universität Göttingen, für sein Alter sehr zeitig, nicht für seine Wünsche: er hatte schon Ostern dahin gehen wollen. Doch war das kaum eine Trennung von seiner Familie, die er allwöchentlich besuchen konnte. Ostern 1768 finden wir ihn in Leipzig mit allgemeinen Studien beschäftigt. Besonders schloß er sich unter den Professoren an Gellert an, der als vielgelesener Schriftsteller eines allgemeinen Rufes genoß; er verband Moral mit positiver Religion. Gellert rühmt an dem jungen Hardenberg Verstand und Herz, Wißbegierde und täglich wachsenden Fleiß, Fähigkeiten und Kenntnisse; er hegte, wie er sagt, große Erwartungen von ihm, war aber doch auch nicht ohne alle Besorgniß. „Verlangen Sie", schrieb er ihm, als er Leipzig wieder verlassen hatte, „keine besonderen Regeln des Verhaltens von mir. Wie kann ein Jüngling bei allen Versuchungen des Temperamentes seinen Weg unsträflich wandeln? Wenn er sich hält nach dem Wort des Herrn, wenn er wachet und betet und eifrig arbeitet"[1]).

Man kennt den Zustand der Universität Leipzig aus der Schilderung Goethe's, mit welchem Hardenberg in der Kunstschule Oesers und in den Abendgesellschaften bei Huber zusammengetroffen ist, ohne daß sie einander besonders nahe gekommen wären. Die Studien Hardenbergs waren vornehmlich national-ökonomischer und cameralistischer Natur. Er hielt sich an die beiden Schreber, welche die National-Oekonomie auf der Universität einbürgerten[2]). Daniel Gottfried Schreber ist durch die Aufmerksamkeit bekannt, die er der Verwaltung der Cameralgüter widmete; er war nicht ohne historische Richtung[3]): er hat wohl der Verwaltung des großen Kurfürsten nachgeforscht. In einer nahen, zugleich verwandtschaftlichen Verbindung stand Hardenberg mit dem ausgezeichneten Mineralogen Heinitz, dem Begründer der Bergakademie zu Freiberg, der auf seinen, dem Bergbau gewidmeten Reisen zugleich auf die Oekonomie

---

1) Klose kannte den Brief und citirt ihn, hat aber die letzte Ermahnung unbegreiflicher Weise weggelassen.

2) Christian Daniel und Daniel Gottfried Schreber.

3) Roscher, Geschichte der Nationalökonomie. S. 379.

der Staaten und ihre Verwaltung seine Aufmerksamkeit richtete. Mit Heinitz machte Hardenberg eine Reise im Erzgebirge, von der er sagt, er habe aus ihr mehr Nutzen gezogen, als von manchem Collegium. Auf die national-ökonomische Ausbildung Hardenbergs hat Niemand größeren Einfluß gehabt, als Heinitz.

Es ist zu bedauern, daß Hardenberg seine Erinnerungen aus dieser Zeit nur überaus flüchtig angedeutet, kaum skizzirt, noch viel weniger ihnen Leben gegeben hat. Nur Ein kleines Ereigniß tritt darin mit einer pikanten Faßlichkeit hervor.

Hardenberg war von einem Führer, Namens Gervinus, begleitet, einem geistvollen Manne, der ihm aber nach und nach dadurch unerträglich wurde, daß er ihn mit einer Art von Eifersucht, die nicht ohne Prätension und Eitelkeit war, von jedem anderweiten Umgang zu entfremden suchte. Es ist bezeichnend für den Zögling, wie er sich des Führers entledigte. Es fehlte ihnen an Geld, und sie kamen überein, daß Hardenberg nach Merseburg gehen sollte, um die Beihülfe eines dort lebenden Oheims seiner Mutter in Anspruch zu nehmen [1]). Der junge Hardenberg machte sich auf, schlug aber einen anderen Weg ein, der ihn nach Hause führte. Von Kriegstädt aus, wo er auf der Streu übernachtete, schrieb er an Gervinus, er habe bei dem Großoheim nichts bekommen und denke nun, sich bei seinen Eltern Geld zu holen. Er fand diese in dem Jagdrevier von Levershausen. Er klopfte an die Thür des Zimmers, wo sie bei Tisch waren, und trat, als Jägersmann gekleidet, mit der Flinte über die Schulter, ein. Nach und nach eröffnete er sich den Eltern und überredete sie wirklich, ihn von Gervinus zu befreien, nur unter der Bedingung, daß dieser dabei keinen Verlust erleiden solle. Sie sind später wieder die besten Freunde geworden.

Hardenberg ging nun abermals nach Göttingen und war fortan sehr fleißig; er ließ sich von dem Nachtwächter wecken, um am frühen Morgen zu studiren. Die Universität war zu dem Zwecke gegründet worden, für die Rechte der deutschen Reichsstände den Ansprüchen des kaiserlichen Hofes gegenüber eine feste und gelehrte Grundlage zu gewinnen. Manche von den einschlagenden

---

1) Es war Joachim Werner von Alvensleben (geboren 14. Januar 1704, gestorben 28. Januar 1780), Domherr zu Merseburg, der Bruder von Anna Adelheid, der Großmutter Karl Augusts von Hardenberg mütterlicherseits. Vergl. Wohlbrück III, S. 332.

Vorlesungen, z. B. über das Lehenrecht, verabsäumte Hardenberg, den Ermahnungen des alten Böhmer zum Trotz, zu besuchen. Aber dem gelehrten Pütter folgte er mit anhaltendem Fleiße. Er hörte ein Privatissimum bei ihm, und der Professor bemerkte es wohl, als Hardenberg einst einem Anderen, der an den Uebungen theilnahm, seine Arbeiten gemacht hatte. Unter den Schülern Pütters wird sich vielleicht keiner finden, der die Doctrinen desselben mit größerer Application und Selbstthätigkeit in sich aufgenommen hätte, als Hardenberg: wir begegnen ihnen allenthalben in späteren Arbeiten. Denn dazu sind die deutschen Universitäten eben angelegt, daß sie nicht allein die vollendete, sondern die werdende Wissenschaft jungen Männern aller Stände mittheilen. Sie erwerben dadurch eine unbegrenzte Wirksamkeit in der Nation, eine nicht zu ermessende Nachwirkung auf die Nachwelt. Für den jungen Geist bieten sie den Vortheil dar, daß sie ihn mit den lebendigen Elementen der fortschreitenden Bildung in Berührung bringen. Hardenberg meint das Meiste aus persönlichem Umgange gelernt zu haben, wie er denn auch bei Heyne und bei Lichtenberg aus- und einging. Er besaß ein gewisses Ansehen unter den Studirenden. Bei der Ankunft eines großbritannischen Prinzen [1]) auf der Universität, des Herzogs von Glocester, war er der Führer einer der beiden Compagnien, die denselben einholten. Ihm wurde die Ehre zu Theil, dem Prinzen in Weende ein Gedicht zu seiner Begrüßung zu überreichen, das er dann mit einer Anrede begleitete [2]).

Im Jahre 1770, erst zwanzig Jahre alt, verließ Hardenberg die Universität Göttingen, um in den hannoverschen Staatsdienst einzutreten.

Ein nachhaltiges und für ihn selbst bedeutendes Verhältniß hatte sich in dieser Zeit zwischen ihm und einem seiner Vettern aus

1) Es ist Wilhelm Heinrich, Herzog von Glocester, Bruder Georgs III., der im August 1769 nach Göttingen kam. Vergl. den Bericht in den Göttinger gelehrten Anzeigen 1769, St. 99, S. 889.

2) Sie mag als die älteste Production, die von ihm übrig ist, hier einen Platz finden. „Die Freude, Gnädigster Herr, welche wir in dem Innersten unserer Herzen über das Glück empfinden, das heute unserer Academie durch die höchste Gegenwart Ew. K. H. wiederfährt, ist ebenso lebhaft als allgemein. Eine Anzahl der hier Studierenden erkühnt sich daher, Ew. K. H. den geringsten Theil dieser Empfindungen in aller Unterthänigkeit durch dieses Gedicht zu bezeugen. Unsere Dankbarkeit wird eben so groß seyn als unsere Freude, wenn Höchstdieselben geruhen wollen, es gnädigst aufzunehmen."

der Wiederstädtischen Linie, dem Landcomthur von Hardenberg[1]) zu Loclum, gebildet. Der erwarb sich das Verdienst, ihn aus der Verlegenheit zu reißen, in die ihn die Schulden setzten, welche er während seines Universitätslebens gemacht hatte. Die Lehren, die er bei dieser Gelegenheit von dem Landcomthur empfing, machten einen heilsamen Eindruck auf ihn. Er erklärte sich überzeugt, es komme nur auf gute Ordnung an, so könne man alle Ausgaben bestreiten. Der Landcomthur, dem er herzliche Dankbarkeit ausspricht, gewann dadurch einen dauernden Einfluß auf ihn. In allen schwierigen Angelegenheiten zog er ihn zu Rathe; sein Briefwechsel mit ihm gewährt uns am meisten Einblick in seine Verhältnisse.

Die Ausstattung, die ihm sein Vater gab, entsprach seinen Wünschen, vielleicht auch seinen Bedürfnissen nicht vollständig; jedoch war es ihm Ernst, damit auszulangen, jede Unordnung zu vermeiden. „Ich werde gewiß", so schreibt er demselben, „den größten Fleiß anwenden, um die mir gegebenen guten Lehren zu befolgen und meine Aufführung so einzurichten, daß sie meinen Eltern und Wohlthätern zur Freude und mir zur eigenen Glückseligkeit gereiche. Freilich sehe ich selbst wohl ein, daß es für einen jungen Menschen schwer hält, allen Verführungen auszuweichen und nicht einmal zu stolpern; allein eben das Bewußtsein meiner eigenen Schwäche wird und muß mich desto behutsamer machen. Ich habe daher meine Freunde gebeten, wohl auf mich Acht zu geben und es an Erinnerungen nicht fehlen zu lassen. Die Frau Generalin von Reden, eine würdige Freundin meiner Mutter, hat dies Geschäft insonderheit übernommen und ist also meine Hofmeisterin."

Und nicht gerade verwöhnt wurde der junge Mann von den Angehörigen des Hauses. In Hannover bekleidete der jüngere Bruder seines Vaters ein ansehnliches Amt, ein Mann der guten Gesellschaft, der sich nicht geringer Reputation erfreute. „Vetter" — sagte er dem jungen Hardenberg —, „lieb habe ich euch; daß ich euch auch ästimiren lerne, das ist eure Sache." Die große Familienverbindung, in welcher der junge Mann erschien und die ihm Ansehen gab, legte ihm auch Pflichten auf.

Im Herbst 1770 machte Hardenberg sein Examen und trat

---

1) Gottlob Friedr. Wilhelm v. Hardenberg, geb. 4. Juni 1728, gest. 4. März 1800.

als Auditor in die Justiz-Kanzlei ein. Er war zu beidem vorbereitet, einer cameralistischen und einer juridischen Laufbahn. Der alte Mäcen der Universität Göttingen, der die Geister zu unterscheiden verstand, Münchhausen, hatte den jungen Hardenberg am meisten für die Verwaltung geeignet gefunden, wozu sich dieser denn auch selbst bestimmte. Im August 1771 wurde er in die Kammer zu Hannover eingeführt, in welcher sich die Landesverwaltung concentrirte, und hier erwies ihm nun der erste Präsident, von Behr [1]), Gunst und Aufmerksamkeit. Er nahm ihn auf einer Geschäftsreise mit, auf der die Thätigkeit Hardenbergs ihn zufriedenstellte. Aber so leicht, wie der Anfang, sollte der Fortgang der Geschäftslaufbahn nicht werden. Ein aristokratisches Regiment, wie es damals in Hannover obwaltete, ist immer mit persönlichen Feindschaften durchzogen, die dann auch wohl die höchste Autorität berühren. Hardenberg erlebte, daß die Förderung, die er von Behr erfahren, bei dem neuen Präsidenten Bremer [2]) zu seinem Nachtheil wirkte.

Die Familie Hardenberg machte sich Hoffnung, daß der junge und talentvolle Mann, der ihr angehörte, sogleich in eine damals vacante Rathsstelle einrücken würde. Die anwesenden Minister gaben ihm die besten Zusicherungen; doch mußte der Landesherr, König und Kurfürst, Georg III., seine Genehmigung ertheilen. Nun war die Einrichtung, daß sich immer einer der vornehmsten hannoverschen Staatsmänner in London aufhielt, um dem Könige bei den zu treffenden Entscheidungen zur Seite zu stehen, damals ein Alvensleben [3]), der es wohl auch liebte, seine hannoverschen Collegen sein Uebergewicht fühlen zu lassen.. Hardenberg behauptet, auf den habe eben Bremer Einfluß ausgeübt. Gegen die Erwartung der Familie und des Ministeriums kam die Weisung von London, daß man bei der Besetzung der vacanten Stelle auf den jungen Hardenberg zur Zeit noch nicht reflectiren solle: der König behalte sich vor, inskünftige für ihn zu sorgen. Jedermann war erstaunt. Vergeblich schrieb der Vater nochmals an Alvens-

---

1) Burchard Christian von Behr hatte von 1767—70 die Stelle des hannoverschen Ministers in London bekleidet; er starb am 26. December 1771.

2) Benedix Bremer, später hannoverscher Minister.

3) Johann Friedrich Karl, Sohn des 1737 verstorbenen hannoverschen Ministers Rudolf von Alvensleben; er hatte von 1771 bis zu seinem Tode, 16. Mai 1795, die Stelle des hannoverschen Ministers zu London inne.

leben; der junge Mann zeigte sich ziemlich verstimmt [1]). Zwischen ihm und seinem Präsidenten konnte es kein gutes Verhältniß mehr geben: es ist wohl einmal zwischen ihnen zu einem lebhaften Wortwechsel gekommen. Ohne Zweifel waren es jedoch noch andere Gründe, welche die Zurückweisung des jungen Hardenberg veranlaßten. Man hatte soeben bei der Anstellung eines andern jungen Mannes aus guter Familie unangenehme Erfahrungen gemacht. Und in der Kammer waren durchgreifende, auf eine größere Einheit in dem Geschäftsbetriebe abzielende Veränderungen im Werke, wie denn die Amtsvögte unabhängiger von dem Großvogte gestellt und der Kammer unterworfen wurden. Es waren die eigenen Intentionen Georgs III., durch deren Förderung Alvensleben sich in seiner Stellung befestigte. So sehr der König den Vater, der sein Generallieutenant war, ehrte und zu begünstigen liebte, so war doch diese administrative Anstellung für den Sohn nicht auszuwirken. Der König ließ ihn wissen: er sei zwar sehr geneigt, ihm Gnade zu erweisen und ihn zu befördern; doch möge er vorher reisen, um sich mit den deutschen Verhältnissen an den Höfen und im Reiche bekannt zu machen und dann England zu besuchen. In der Familie wurde beschlossen, dieser Andeutung unverzüglich nachzukommen.

Wir besitzen über diese Reise ein ausführliches Tagebuch von Hardenbergs eigener Hand. Sie wurde für seine Ausbildung, man möchte sagen, für seine Zukunft, mehr, als Jemand hätte ahnen können, entscheidend. Wir dürfen um so eher bei ihr verweilen, da die Aufzeichnungen auch für die Kunde der deutschen Zustände selbst von Werth sind. Nur muß man sich immer erinnern, daß Alles doch bloß den momentanen Eindruck wiedergiebt, den ein junger Mensch auf seiner Reise empfing: sie haben immer etwas Subjectives.

Hardenberg unternahm die Reise in Gesellschaft eines Freundes, des Lieutenants von Freytag, dessen Vater, General in hanoverschen Diensten, mit dem seinen in einem guten Verhältnisse stand. Er hatte sich das selbst so ausgesonnen und mit der Hülfe des Landcomthurs, der auch auf den Vater viel Einfluß

---

1) „Daß dieses alles sehr unerwartet und kränkend gewesen, werden Sie sich leicht vorstellen; meine Eltern hat es besonders betrübet, und sie sind nur durch die Versprechungen der hiesigen Herren Ministers in Etwas beruhiget. Selbst der Herr v. B. hat erstaunend viel Freundschafts-Protestationen gemacht und viel zugesagt, après avoir porté son coup."

hatte, zu Stande gebracht. Die Hardenberge trugen alle Kosten, welche der Mitreisende, wenn er allein blieb, hätte tragen müssen; sie sorgten für den Wagen und den Transport; Freytag bezahlte nur, was er selbst brauchte. Der junge Hardenberg erschien dann als der vornehmere von Beiden; er reiste als der Sohn aus einer großen Familie [1]).

1) Es liegen zwei Journalhefte vor: das erste von 314 Seiten in 4°, vom 15. Juli 1772 bis 30. April 1773; es endigt mit dem Aufenthalt in Berlin und ist ganz vollständig; das zweite, bei weitem kleinere beginnt am 31. Juli 1773 mit Osnabrück und endigt am 29. September 1773 mit dem Aufenthalt in Salisbury. Zu dem ersten gehören noch einige lose Blätter, die sich auf kammergerichtliche Studien beziehen.

Drittes Capitel.

Aus dem Reisetagebuche.

Am 15. Juli 1772 Morgens um 5 Uhr brachen die Reisenden, begleitet von einigen Verwandten zu Pferde, von dem Stammschlosse Hardenberg auf. Sie bemerkten die herrliche Aussicht bei Münden und erfreuten sich bald darauf der aufblühenden Pracht der Stadt Cassel. Um ein Beispiel von der Auffassung des jungen Hardenberg zu geben, nehmen wir die Stelle hierüber wörtlich auf. „Cassel wird mit der Zeit eine der schönsten Städte in Deutschland werden — treffliche Gebäude auf der Ober-Neustadt, insonderheit ist das von dem Obr. Juncken gebaute Haus schön und von superber Architectur — Neue katholische Kirche, Bibliothek, Comödien-Haus. Der Landgraf [1]) bezahlt 1500 Rthlr. auf ein Haus von 35 Fuß lang und 30 Fuß breit. Obr. Juncken hatte 3 Plätze, also 4500 Rthlr. erhalten. Außerdem bekommen sie die Steine von den demolirten Festungswerken umsonst und 10 Jahr Freiheit von allen Abgaben; die Häuser müssen aber alle massiv sein. Mit solchem Encouragement läßt sich was ausrichten. Der Obr. Juncken soll sein Haus der Landschaft für 48 Mille Rthlr. verkauft haben. Ein runder Platz, der Königsplatz, wird sehr schön."

Hardenberg schildert die Sammlungen des Landgrafen, ohne sie gerade zu bewundern, und die gewaltigen Anlagen am Weißen Stein, ihre Dimensionen, ihre Kosten, nicht ohne Staunen, aber doch mit der Bemerkung: zweckmäßiger würden gute Wege sein, als dieser Prachtbau, der nur dazu diene, den Stolz des Fürsten zu nähren. Was er in Hessen vermißt, findet er im Weilburg'schen: gute Chausseen, großentheils von schwarzem Basalt, zu beiden Seiten Sommerwege mit Lindenbäumen. Ganz seinen Beifall hat die

---

1) Friedrich II., geboren 14. August 1720, kam zur Regierung 1760, starb den 31. October 1785.

neue Brücke über die Lahn mit ihren fünf Schwibbögen. Die Magazine des Fürsten [1]), bemerkt er, haben sich in den Jahren der Theuerung sehr nützlich erwiesen.

In Ems beschäftigte ihn nicht allein die Schönheit der Gegend und die Anlage der Bäder, sondern auch die Fabrikation der Pottasche. Ueberall herrschen die cameralistischen und finanziellen Gesichtspunkte vor. Von großem Werth war ihm, daß er eine Zeitlang, besonders bei dem Besuche der Bergwerke und Eisenhammer, von Heinitz begleitet wurde. In dem Tagebuche legte er manche Bemerkungen nieder, die ihm dieser über die sächsische Finanzverwaltung machte. Der Grundsatz tritt hervor, daß man sein Augenmerk mehr auf das Staatsvermögen richten müsse, als auf die Casse des Fürsten, ein Unterschied, der in Preußen besser gefaßt werde als in Sachsen; nur eine solche Manufactur, welche die eigenen Landesproducte bearbeite, gebe einen sicheren Gewinn. Das Institut der Herrnhuter in Neuwied vergleicht Hardenberg mit einem Bienenkorb, wo Alles zu einem gemeinschaftlichen Zweck arbeite.

Eine vorzügliche Aufmerksamkeit widmet der Reisende den rheinischen Hofhaltungen, z. B. gleich der nächsten, der gräflichen in Neuwied. Der regierende Graf [2]) macht ihm den Eindruck eines Bürgermeisters aus einem kleinen Städtchen: er hat den Ruf eines rechtschaffenen Mannes und guten Haushalters; doch soll Alles den Anschein eines großen Hofes haben. Die Gräfin [3]) hat zwei Hofdamen von vornehmer Herkunft; wenn sie ausfährt, wird sie von sechs Husaren mit gezogenen Säbeln escortirt.

Den Hof des Kurfürsten von Trier fand Hardenberg in Kärlich, einem alten Landhause. Der Kurfürst [4]) zeigt sich sehr gnädig; aber die Hofleute sind ungefällig und stumm. Ihre graue Uniform macht einen traurigen Eindruck. Einer seiner vornehmsten Minister, Metternich [5]), erscheint gezwungen und absichtlich. Alles trug für den Reisenden einen zu papistischen Charakter.

---

1) Karl Christian, geboren 16. Januar 1735, succedirte 1753 und starb 28. November 1788.

2) Johann Friedrich Alexander Christian, geboren 18. November 1708, regierender Graf 1736—91. (Fürst seit 1786.)

3) Karolina, Tochter des Burggrafen Georg Friedrich von Kirchberg.

4) Kurfürst von Trier war seit 1768 Clemens Wenzeslaus, Sohn Augusts III., Königs von Polen, Kurfürsten von Sachsen; er verzichtete 1802 und starb 1812.

5) Franz Georg Karl Joseph Johann Nepomuck, Graf von Metternich-Winburg und Beilstein, der Vater des österreichischen Staatskanzlers.

Ganz das Gegentheil in Mainz. Der Großhofmeister, Baron von Groschlag [1]), an den er durch Frau von Stein, Mutter des Ministers Stein, deren wir noch gedenken werden, empfohlen war, wohnte in dem schönen Hotel am Rhein, das dem deutschen Orden gehörte und auf französische Weise prächtig eingerichtet war. Er bediente sich Hardenbergs sogleich, um bei dem Kurfürsten [2]) die Nothstände des Eichsfeldes, das zu Mainz gehörte, in der damaligen Theuerung zur Sprache zu bringen. „Groschlag" — so heißt es dann wörtlich im Tagebuche — „gilt Alles beim Kurfürsten und hat alle die neuen Arrangements wegen der Festtage und Einschränkung des Clerus gemacht, aber er ist von diesem letztern auch sehr gehaßt. Noch kürzlich war eine Verordnung gemacht, daß alle Geistlichen von ihren Gütern seit 1716 den Titulum anbringen sollen. Sie dürfen sie nicht mehr verkaufen, oder sie müssen die gemeinen Lasten davon tragen — er soll einer der größten Minister in Deutschland sein. Der Kurfürst ist gleichfalls sehr vom Clero gehaßt, und man setzte ihm gern einen Administratoren von Seiten des Dom-Capitels." Groschlag überhäufte den jungen Hardenberg mit Zuvorkommenheiten; dieser befand sich sehr wohl in Mainz.

Im October finden wir ihn in Darmstadt. Er beschreibt die Länge, Breite und Höhe des großen Exercirhauses, das der Landgraf Ludwig [3]) hatte bauen lassen; aber er findet doch, daß es für den König von Preußen schicklicher wäre, als für den Landgrafen von Darmstadt. Er fährt dann fort: „Das Militair, welches er (der Landgraf) mit Passion liebt, ist sehr schön und vielleicht das beste in der Welt in Absicht auf die Dressur und das Exerciren — insonderheit ist die Infanterie schön. Bei dem Landgrafen gilt nichts als der blaue Rock — er soll ein vortrefflicher Trommelschläger sein. Das Regiment, was in Darmstadt liegt und von dem General Werner commandiret wird, ist 8 Musketier- und 2 Grenadier-Compagnien stark, jede von den ersten zu 100 Gemeine

1) Friedrich Karl Baron von Groschlag, Sohn des Präsidenten beim Reichskammergericht Philipp Karl Anton. Friedrich Karl trat später in die Dienste Frankreichs und wurde dessen Bevollmächtigter beim oberrheinischen Kreise.

2) Maximilian Friedrich, aus dem Geschlecht der Grafen von Königseck-Rothenfels, Kurfürst und Erzbischof 1761—1784.

3) Es war Ludwig IX., geb. 15. December 1719, der seinem Vater den 17. October 1768 folgte und den 6. April 1790 starb; seine Gemahlin ist Karoline Louise, Tochter des Pfalzgrafen Christian III. von Zweibrücken-Birkenfeld.

und 10 Unteroffiziere und den letztern von 150 Gemeine und 12 Unteroffiziere. Die Capitäns bekümmern sich weder um Werbung, noch um kleine Mondierung; der Landgraf steht für Alles. Man hört in Darmstadt nichts als Exerciren, Trommeln, Pfeifen und Werda rufen, sowohl Tag als Nacht. Die Garde du Corps ist schön, 67 Pferde stark und liegt in Casernen, ihre Pferde sind Rappen; sie geben sie für Hollsteiner aus und halten viel davon, es sind aber mehrentheils Frießländer. Der Landgraf liebt die Cavallerie nicht."

Hardenberg wurde bei Hofe präsentirt, oder vielmehr er präsentirte sich selbst, wie dort die Sitte war. Er erstaunte, wie einfach Alles herging. Der Landgraf war den Fremden abgeneigt und erschien selten. „Die Landgräfin" — sagt Hardenberg — „ist eine respectable Frau, die viel Verstand und Welt zu haben scheinet, dabei ganz ungemein höflich. — Die alte verwittwete Prinzessin Max von Cassel [1]) ist eine Bavarde, die viel spricht und von Jedermann en ridicule tractiret wird, aber doch höflich, drei Prinzessinnen, Amelie, Louise und Wilhelmine [2]), sind, wie es scheint, gute Kinder. Sie gehen in Zitz, und man sollte sie nicht für Prinzessinnen ansehen. — Man ißt schlecht bei Hof und Alles sieht sehr mustricht aus. Die Offiziers erscheinen sehr négligeant, in Stiefeln 2c. — Hof-Cavaliere giebt es hier gar nicht, Alles wird durch Offiziers versehen, die zum Theil aussehen wie alte Corporals. Obermarschall von Ziegesar ist General. Oberjägermeister von Riedesel ist der Favorit des Landgrafen und der Landgräfin; er soll ein sehr ehrlicher Mann sein, hat aber gar nichts Aeußerliches. Moser dirigirt Alles. Das Ministerium besteht aus ihm, Geheimer-Rath Heß, Mildeberger, Kleppstein und Schulz."

Welch ein ganz anderer Zustand fiel in Mannheim in die Augen! Werke kirchlicher Baukunst, die damals viel bewundert wurden; eine Gemäldegallerie im Schloß, voll von Meisterwerken: den Holländern zur Seite besonders einige große Stücke von Rubens, z. B. der Raub der Sabinerinnen. Hardenberg stellt Rubens den

1) Friederike Charlotte, Tochter des Landgrafen Ernst Ludwig von Hessen-Darmstadt, vermählte sich 1720 mit Prinz Maximilian von Hessen-Cassel und war seit 1753 Wittwe; sie starb am 22. Mai 1777.

2) Prinzessin Amalie vermählte sich 1774 mit dem Erbprinzen von Baden, Karl, — Wilhelmine 1773 mit dem Großfürst-Thronfolger, später Kaiser von Rußland, Paul, — Louise 1795 mit Karl August, Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach.

großen Meistern Tizian, Rafael gleich: die Kühnheit seines Pinsels bezeichne den Meister. Guido Reni's Geißelung Christi, bemerkt Hardenberg, sei von Düsseldorf nach Mannheim gebracht. Operetten werden aufgeführt von einem Orchester, das im Zusammenwirken seines Gleichen nicht zu haben im Rufe war. Geistliche Musik und Gottesdienst erscheinen mit der Hofhaltung auf das engste verbunden. Am St. Karlstag z. B. empfängt der Kurfürst Karl Theodor die Glückwünsche seines Hofes, der sich überaus prächtig und zahlreich um ihn sammelt und dem sich auch viele Fremde beigesellt haben. Durch die langen Reihen der Garden begiebt sich die Versammlung nach einer Capelle, wo der Weihbischof von Worms [1]) die Messe liest und eine unvergleichliche kirchliche Musik aufgeführt wird. Nach dem Gottesdienst geht man zur Tafel. Des Abends erscheint Jedermann wieder, die Damen mit ihren Juwelen und auch sonst auf das reichste gekleidet. Man giebt dann ein Stück Metastasio's nach der Composition des jüngeren Bach. Es fehlt nicht an Balletten, die einen unsäglichen Aufwand verursachen. Der Adel der Umgegend und selbst benachbarte Fürsten strömen dazu herbei.

Hardenberg sah den Fürsten in seinem Garten in Schwetzingen. Da war der Hof in Landhaustracht, grün und gold; man saß lange bei Tisch, aß gut und sprach wenig. Der Kurfürst war Fremden gegenüber, die er nicht kannte, verlegen. Man weiß, welche Passion er hatte. Hardenberg bemerkt, wie man ihm darin zu Diensten war, wie Mütter ihre Töchter ihm und den Hofleuten verhandelten, welche unglücklichen Verhältnisse daraus entsprangen. Die Débauche schien Mittel, am Hofe emporzukommen. Der unanständige Ton, welcher herrschte, die anstößigen Geschichten, die man hörte, machten auf die beiden jungen Reisenden einen abschreckenden Eindruck. Indem sie zu Bette gingen, schwuren sie einander, niemals Mädchen zu unterhalten [2]). Noch im October gelangte Hardenberg nach Karlsruhe, wo soeben Karl Friedrich von Baden-Durlach nach Abgang der Linie Baden-Baden Besitz ergriffen hatte. Er hatte dem Unwesen des Vorfahren, der sich eine Art von Serail aus Tänze-

1) Damals Franz Anton Xaver Scheben von Cronfeld.

2) „Le ton est extrêmement libertin et destitué de toute décence et honnêteté. Freitag étoit aussi rempli de dégoût et d'indignation que moi; nous jurâmes de ne jamais entretenir des filles et nous nous couchâmes en faisant des réflexions.“ Am Rande sind noch die Worte beigefügt: „Freitag dit qu'il n'a pas juré — läßt es in seinem Journal aus.“

rinnen hielt, auf der Stelle ein Ende gemacht und die Verwaltung des Landes auf den Fuß der Administration in seinen alten Besitzungen eingerichtet. Hardenberg widmete allem, was er da sah, den physiokratischen sowohl wie den industriellen Versuchen des Markgrafen, lebendige Theilnahme. Die ersten führt er ausdrücklich auf den älteren Mirabeau zurück; er hat darüber besondere Bemerkungen niedergeschrieben, die wir leider nicht finden. Doch enthält das Tagebuch manches Bemerkenswerthe über seinen Aufenthalt. „Nachdem wir uns bei dem Oberschenk von Stetten ansagen lassen, wurde uns Hof-Equipage und ein Hofbedienter zur Aufwartung gesandt. Einige Visiten gegeben und nachher bei Hofe durch den Obermarschall präsentiret worden. Der Markgraf und die Markgräfin [1]) sind respectable Leute, ihn muß man kennen, er ist im ersten Abord taciturne, nachher aber gar nicht. Sie hat ungemein viel Verstand und ausgebreitete Kenntnisse — beide sehr höflich. — Es geht am Hofe sehr häuslich und öconomisch her — zwei Tafeln — wenig Schüsseln, aber doch gut zugerichtete Hausmannskost. Die Markgräfin sprach viel vom Harz, erinnerte sich meinen Vater und Onkel gekannt zu haben, — versteht sich auf Bergwerkssachen."

Hardenberg speiste nicht selten bei Hofe, und es scheint, als ob die Markgräfin Geschmack an der Unterhaltung mit ihm gefunden habe. Sie erwähnte unter Anderem den Verfall von Versailles und den schon damals dort eingetretenen Geldmangel, so daß König Ludwig XV. kaum ein Wohnzimmer könne in Stand setzen lassen. Den Herzog Karl von Zweibrücken, von dem bald so viel die Rede sein sollte, schilderte sie als brutal und verhaßt: alle Welt wünsche seinen Tod und hoffe ihn auch: denn er thue alles, um seine Gesundheit zu ruiniren. Prinz Maximilian dagegen hatte vollkommen ihren Beifall. „Nach Tafel" — heißt es ein andermal — „zeigte uns die Markgräfin ihre Malereien. Es ist unstreitig, daß sie dem größten Meister Ehre machen würden. — Sie hatte zwei van der Werfs aus der Mannheimer Gallerie in Pastel ganz vortrefflich copiret, erstaunend fleißig und völlig dem Original ähnlich, die Farben außerordentlich lebhaft. — Schöne sehr ähnliche Zeichnung, den Markgrafen vorstellend, in Röthel. Sie zeigte auch den Buffon, da sie alle Thiere selbst illuminirt —

---

1) Es war Karoline Louise, Tochter Ludwigs VIII. von Hessen-Darmstadt.

läßt sich dazu immer eines in natura kommen, um es recht nach dem Leben zu machen. Friedrich mußte Alles anschleppen."

Auch Hardenberg versichert, daß es ihm in Karlsruhe sehr gefallen habe. Es erregte seine Verwunderung, daß der Markgraf regieren konnte, ohne die Landstände zuzuziehen; aber das Land, sagt er, befinde sich wohl dabei. „Der Markgraf ist ganz ungemein geliebt in seinem Lande und ein rechter Vater seiner Unterthanen."

Im November machte Hardenberg einen Besuch in Ludwigsburg. Da er den Herzog Karl Eugen von Würtemberg [1]) dort nicht antraf, fuhr er sogleich nach der Solitude. „Bei dem Herzog" — sagt er — „kann nichts extravagant und außerordentlich genug sein; er hat oben auf dem Gipfel des höchsten Berges, mitten in einem Walde und in einer Gegend, die 1763 noch so wild war, daß nichts als wilde Schweine sich daselbst aufhielten', in dieser kurzen Zeit magnifique Gebäude, einen schönen Garten und ungeheure Sachen hervorgebracht, Berge mit einander verbunden, um den Weg hinauf zu bahnen u. s. w. Oben ist die schönste Aussicht. Den Mittelpunkt macht ein sehr prächtiges, aber kleines Schloß mit ungemein reich meublirten Zimmern, die aber alle nicht groß sind, in der Form eines antiquen Tempels gebaut." Das Schloß war bei weitem nicht ausgebaut; Oefen wurden immer vorher hineingesetzt und geheizt, Alles aber auf das leichteste hergerichtet, so daß es nicht lange halten konnte. Die Militärpflanzschule des Herzogs hat den Beifall Hardenbergs: die jungen Leute werden in strenger Ordnung, aber auf des Herzogs Kosten unterhalten und selbst gekleidet; er giebt sich die größte Mühe damit und ist nicht selten zugegen. Uebrigens fiel es auf, wie hart er mit seinen Leuten umging: wegen geringer Kleinigkeiten schickte er sie auf die Festung. „Stuttgart haßt er wegen der landschaftlichen Irrungen, kein Offizier darf einen Fuß hineinsetzen. In Ludwigsburg liegen alle seine Truppen, ohngefähr 6000 Mann — gut dressiret, die Cavallerie unberitten."

Die Bemerkungen Hardenbergs gehen nicht gerade tief; aber für die Dinge, die er sah, bedurfte es dessen nicht: wir sehen sie bei ihm in ihrer charakteristischen Erscheinung. Nach allen Seiten hin hat er die Augen offen: die Verhältnisse des Ackerbaues und

1) Er war geboren den 11. Februar 1728, folgte seinem Vater 1737, starb am 24. October 1793.

der Manufactur, z. B. in Frankenthal, die dem Kurfürsten von der Pfalz viel Geld kostete, die Anpflanzungen der Maulbeerbäume an den Straßen und die Pferdezucht beschäftigen seine Aufmerksamkeit; er besucht artistische und technische Talente, die Werkstätten mehr oder weniger glücklicher Erfinder, wie sie noch allenthalben auftauchten. Eben erschienene Schriften werden excerpirt und beurtheilt. — Man bekommt einen Begriff von der vielseitigen Regsamkeit des deutschen Geistes in dieser so überaus productiven Epoche.

Inmitten der Mannichfaltigkeit des auf allen Punkten hervortreibenden Lebens und dieser wunderlichen Bildung und Verbildung der Höfe in entgegengesetzten und immer absoluten Tendenzen erscheinen nun die Institute des Reiches, das Reichskammergericht zu Wetzlar und der Reichstag von Regensburg, in ihrer altväterischen Art und Weise. Die Stadt Wetzlar mit ihren unansehnlichen Häusern, dem Pflaster von spitzen Steinen und einer Bürgerschaft, die in jedem Augenblick alles durchbrachte, was sie eben gewonnen, mißfiel dem jungen Hardenberg; er sagt wohl, er würde sogleich abreisen, wenn er nicht bleiben müßte. Auch die Gesellschaft zog ihn nicht an. Man könnte erwarten, etwas von Werthers Lotte zu finden, und wirklich erscheint unter den näheren Bekannten Hardenbergs ihr Mann, Kestner, welcher der hannoverschen Legation angehörte: wahrscheinlich hat Hardenberg doch auch Lotte gesehen; aber er erwähnt ihrer nicht; Herr Goethe aus Frankfurt, ein Bekannter von Leipzig her, kommt einmal beiläufig vor, aber nichts weiter. Der gesellschaftliche Kreis, in welchem sich Hardenberg bewegte, stand eine Stufe höher, jedoch nicht in Anmuth und guter Sitte. Die Damen, die er kennen lernte, findet er zänkisch, unschön und kokett; es fällt ihm auf, daß sie so ganz offen von ihren Liebeshändeln sprechen in Gegenwart der Männer und untergeordnete Verhältnisse ihrer Angehörigen einander mit Bitterkeit zum Vorwurf machen [1]).

---

1) Eine von ihnen hatte eine Schwester, die bei dem Landcomthur von Lehrbach Beschließerin war. Eines Tages fragt sie die Aebtissin von Lehrbach, eine Schwester des Comthurs, sehr cavalièrement, ob sie Nachricht von ihrem Bruder habe? und „thut sehr dick", worauf die Aebtissin antwortet: „Nein, es sei denn, daß mir ihre Schwester die Beschließerin schreibt; es ist ein recht gutes Mensch."

Die große Rolle in der Stadt spielten, wie sich versteht, die Kammerrichter. Graf Virmont fuhr immer in einem sechsspännigen Wagen nach dem Gerichte, angekündigt von einem Cavalier, der ihm mit zwei Pferden vorausfuhr. Zweimal die Woche hielt Virmont förmlich eine Cour ab, bei welcher die Assessoren erscheinen mußten. Seine Autorität hätte er sich auch in den Geschäften von Niemandem schmälern lassen; er war eifrig in der Sache, sorgfältig und höflich. Der damalige Kammerrichter Graf Spaur[1]) lernte die Geschäfte erst kennen, indem er sie verwaltete. Bei dem Vortrag erschien er so unbeweglich, daß man niemals abnehmen konnte, auf welche Seite er sich neige. Es schadete seinem Ansehen, daß er nicht reich genug war, um den für die gewohnte Repräsentation erforderlichen Aufwand bestreiten zu können. An Talent aber fehlte es ihm nicht; man meinte, er wisse recht gut eine Sache so einzufädeln, wie es seinem Interesse entspreche.

Noch mehr ließ der älteste Präsident, Walpot von Bassenheim[2]), vermissen. Man sagte, wenn er nicht schlecht votire, so rühre das nur daher, daß er zuletzt votire. Es fehlte ihm an aller Gelehrsamkeit.

Hardenberg war nach Wetzlar gekommen, um den Reichsproceß an Ort und Stelle zu studiren. Zu dem Ende brachte er täglich ein paar Stunden bei Harpprecht zu, der mit ihm das Handbuch von Tafinger durchging und ihn über die Praxis sehr eingehend unterrichtete. Harpprecht erschien, wie in seinen Büchern, so auch in seinem Umgange gelehrt, freimüthig und würdig. Was das betheiligte Publikum in dieser Zeit allgemein beschäftigte, war die Kammergerichts-Visitation; sie bildete damals vielleicht in der That die wichtigste innere Angelegenheit im Reiche. Es ist von Werth, das Urtheil Harpprechts darüber zu vernehmen. Er sagt: die Visitation sei schlechterdings nothwendig gewesen; denn unleugbar seien Bestechungen vorgefallen: man habe ganz öffentlich davon gesprochen; von den einsichtsvollsten und willigsten Leuten sei sie gewünscht worden; aber es wäre genug gewesen, wenn man die Schuldigen, namentlich unter den Procuratoren, und die Vermittler bestraft hätte. Statt dessen war ein weitläufiges, umfassendes Verfahren beliebt worden, dessen alte, jetzt ungewohnte Formen neue Verwirrung hervorriefen. Allenthalben zeigte sich Zwietracht zwischen kaiserlicher und reichsständischer Gewalt und zwischen den bei-

1) Franz Reichsgraf Spaur von Pflaum und Valör.
2) Johann Maria Rudolf, Reichsgraf Walpot von Bassenheim.

den Religionsparteien, die hier, ihres Widerstreits vergessend, hätten zusammenwirken sollen. Der Kaiser Joseph hatte mit einem gewissen Schwung, unter Beziehung auf seine Pflicht und seinen Grundsatz, das Recht zu handhaben, in die Visitation eingewilligt, aber dabei Ansprüche auf eine Prärogative erhoben, die man nicht anerkannte. Diese erweckten vielmehr den Widerspruch des protestantischen Theiles, an dessen Spitze der hannoversche Subdelegirte Falke [1]) stand, ein Mann von Geist und Energie, der aber den alten Mitgliedern die Rücksicht versagte, die sie fordern konnten und forderten. Darüber war es soweit gekommen, daß von Wien aus ein förmlicher Antrag auf seine Abberufung erfolgte, wodurch aufs neue Hader und Verwirrung entstand. Es gehörte eine ungewöhnliche Gewandtheit dazu, unter diesen Verhältnissen etwas auszurichten. Dem früheren sächsischen Bevollmächtigten Wurmb war es durch geschickte Benutzung persönlicher Verhältnisse gelungen. Nicht so wohl gelang es dem Nachfolger desselben, einem Grafen Zech [2]); man sagte, er verschieße die Bolzen, welche der brandenburgische Gesandte ihm spitze. Aus der Ferne angesehen, machte das Kammergericht den Eindruck des Ehrwürdigen und Großartigen; in der Nähe betrachtet, bot es den Anblick von Menschlichkeiten und von Unordnung dar. Hardenberg gewann die Ansicht, die er später ausdrückt, daß das Kammergericht nicht zu reformiren sei: denn in den Versuch der Reformation bringe der Mißbrauch, der sie nothwendig mache, eben so wirksam wieder ein.

Dieselben Elemente, nur in etwas höherer Potenz, begegnen uns, wenn wir den Reisenden nach Regensburg begleiten.

Als der vornehmste Mann am Reichstag erscheint der Principal-Commissarius Fürst von Taxis [3]), der vollkommen auf dem hohen Fuße lebte, wie das Haupt eines altfürstlichen Hofes, alle seine Beamten ausnehmend gut bezahlte und denen von ihnen, die etwa in Wien leben wollten, die Besoldung überließ, die er selbst hätte ziehen sollen. Das Theater der Stadt hat er eine

1) Johann Philipp Conrad Falke, der von 1767—76 Subdelegirter bei der Kammergerichts-Visitation war, dann Geheimer Justizrath, zuletzt Kanzleidirektor.

2) August Ferdinand Graf von Zech.

3) Alexander Ferdinand. Seine Schwester Marie Auguste war die Gemahlin des Herzogs Karl Alexander von Würtemberg. Deren Tochter Auguste Elisabeth Marie, geboren 1724, hatte sich 1753 mit dem Sohne Alexander Ferdinands, dem Erbprinzen Karl Anselm, vermählt.

Zeit lang allein unterhalten. Erst seit kurzem war er Mitglied des Reichsfürstencollegiums. Er hatte das nicht ohne sehr erhebliche Kosten erreicht; man rechnete dem Reichsvicekanzler nach, wie viel er dabei erworben habe; aber selbständiger war der Fürst dadurch nicht geworden. Der Gesandte, den er nun selbst bei dem Reichstage beglaubigte, bekam seine Instructionen von den österreichischen Bevollmächtigten. Sein Sohn, der Erbprinz Karl Anselm, hatte sich mit einer würtembergischen Prinzessin vermählt; aber mit dieser vornehmen Schwiegertochter stand der Fürst in keinem besondern Verhältniß. Wenn der alte Fürst Ceremonien-Tafel hielt, so erachteten sie es nicht für ihre Pflicht, dabei zu erscheinen, und gaben in ihrer Behausung ihr eigenes Mittagsmahl. Der alte Fürst war nicht gelehrt, aber wohlwollend und wohlgesinnt; der Prinz war damals weniger geschätzt.

Unter den Gesandten machte der österreichische, Herr von Borié, die größte Figur, Sohn eines Assessors in Wetzlar und viel beschäftigt in der Visitations-Angelegenheit, die von Wetzlar herübergekommen war. Es ist der Mühe werth, die Schilderung zu wiederholen, die Hardenberg von ihm entwirft: „Ein geschickter Mann, aber ungemein hitziger wunderlicher Kopf, der immer neue Projecte hat, dabei aber doch nicht entêtiret von seiner Meinung ist, wenn er vom Gegentheile durch Gründe überführet wird. Er war vorher Reichshofrath und Referent in der Achtssache gegen den König von Preußen, nachher kaiserlicher Staatsrath. Ihm hat der Kaiser seine Krone zu danken, und deswegen steht er auch sehr bei ihm angeschrieben und in Correspondenz, obgleich seine Feinde Alles thun, ihn zu stürzen. — Er hat etwas Pedantisches in seinem Wesen, ist aber sonst ein feiner Mann."

In der Visitationssache hatte Borié selbst geschrieben. Eine kleine Schrift, betitelt „Ohnmaßgebliche Vorschläge u. s. w.", worin die kaiserlichen Ansprüche lebhaft verfochten wurden, rührte ohne Zweifel von ihm her. Dagegen war eine andere: „Notamina über die ohnmaßgeblichen Vorschläge", erschienen, die man dem hannoverschen Ministerium zuschrieb, und die in Wien viel böses Blut machte. Der Kaiser, sagte man, wolle die legislative Gewalt der Reichsstände nicht schmälern; aber eine so dictatorische Sprache könne er sich nicht gefallen lassen. Es war nahe daran, daß das Wiederzusammentreten des Visitationsconventes verhindert und dadurch dem Fortgange der Reichsjustiz Einhalt gethan worden wäre. Preußen war es nicht, von dem die Opposition ausging; der bran-

denburgische Gesandte Schwarzenau führte eine gemäßigte Sprache, und von Berlin waren Vermittelungsvorschläge eingegangen, die in Hannover wie in Wien einen guten Eindruck machten und nicht wenig dazu beitrugen, daß man in Wetzlar selbst eine Auskunft traf. Auch hier trat der Gegensatz der beiden Religionsparteien jeden Augenblick hervor. Die Protestanten faßten selbst die Möglichkeit einer besonderen Beschlußnahme, itio in partes, ins Auge. Unter ihnen hatten die hannoverschen Gesandten in diesem Augenblick die Führung übernommen; der frühere, Gemmingen [1], dem es zugeschrieben wurde, daß es überhaupt zu einer Visitation des Gerichtes kam, war in Folge einer besonderen Verwendung des Kaisers beim Hofe von England entfernt worden [2]; der damalige, Beulwitz [3]), nahm sich die Mühe, mit dem jungen Hardenberg die „Ohnmaßgeblichen Vorschläge" Borié's Punkt für Punkt durchzugehen. Dieser bezeichnet ihn als einen ungemein rechtschaffenen und geschickten Mann, der es sich sauer werden lasse: er mache wohl auch für andere Gesandten den ganzen Bericht, der von denselben nach Hause geschickt werde; er sei allgemein geliebt und hochgeschätzt.

Das religiöse Bekenntniß war jedoch bei der Haltung der Gesandten nicht durchaus maßgebend. Der baierische, Graf Wahl, ein vertrauter Freund des Herzogs von Zweibrücken, dessen Stimme er ebenfalls führte, wurde dem kaiserlichen Hofe so verdächtig, daß man ihn unter dem Vorwande besonderer Freundschaft nach Wien zu ziehen suchte. Man nahm an, daß auch der salzburgische Gesandte [4]) und selbst der mainzische [5]) derselben Meinung seien, aber, durch Rücksichten auf ihre Höfe gebunden, sich nicht frei auszusprechen wagten. Dagegen stellte sich Sachsen, von dessen Gesandten [6]) es

1) Ludwig Eberhard von Gemmingen.

2) Hardenberg erzählt folgende Anekdote: „Wie ihm im letzten Kriege das Commercium ab imperialibus aufgesagt wurde, antwortete er dem Secret. Legat, er habe niemals gern etwas mit ihm zu thun gehabt, alle kaiserlichen Ministri seien recht schlechte Kerls; dieses wiederholte er mehrmals und rief noch auf der Treppe nach, man möge es in seinem Namen ausrichten."

3) Ludwig Friedrich von Beulwitz, früher fürstlich waldeck'scher Regierungsrath.

4) Joseph Gottfried, Reichsgraf von Saurau.

5) Philipp Wilhelm Albrecht, Freiherr von Linker.

6) Johann Georg von Ponikau.

heißt, er habe von dem, was er vielleicht gewußt, das Meiste wieder vergessen, mehr auf österreichische Seite. Der anhaltische [1]) wurde von den übrigen Protestanten als eine Art von Verräther betrachtet.

Zwischen ihnen allen erscheint der Brandenburger Schwarzenau eigenthümlich bedeutend; er hatte eine straffe, militärische Haltung, sprach gern von Pistolen und Degen; doch wußte er auch die Feder zu führen. Von mehreren, in dem letzten Kriege über die baierische Erbfolge im preußischen Sinne erschienenen Schriften ward ihm die Urheberschaft zugeschrieben.

„Es ist ein wahres Räthsel", sagt Hardenberg, „daß der Preußische Hof bei seinen bekannten Gesinnungen sich so patriotisch in der Visitations-Sache verwendet hat, da es die beste Gelegenheit gewesen wäre, um im Gegentheil Alles in Verwirrung und despotische Absichten in Ausführung zu bringen." Bei allen Mängeln des Kammergerichtes fürchtete man doch seine Zerrüttung; denn die Gesammtheit der Stände wurde vornehmlich doch durch die Jurisdiction von Kaiser und Reich zusammengehalten. Die Idee der Institute war großartig, ihre Ausführung besonders durch die geheimen und krummen Wege, welche die Parteien und namentlich auch die Repräsentanten der höchsten Gewalt einschlugen, unzureichend. Schon richteten strebsame junge Männer, wie unser Reisender, ihr Augenmerk auf die Herbeiführung ganz anderer Zustände. Hardenberg meint: wenn das Kammergericht sich auflöse, so würden die mächtigeren Stände Appellations- oder gewissermaßen kleinere Reichsgerichte anlegen und die minder mächtigen dahin appelliren, was dann der kaiserlichen Macht in Deutschland einen tödtlichen Stoß versetzen würde.

Von Regensburg begab sich Hardenberg nach München, Wien und Dresden.

Die Regierung des letzten Sprossen [2]) der Wilhelm'schen Linie in Baiern machte ihm keinen besonders guten Eindruck: weder Finanzen noch Militär seien in rechter Ordnung. Graf Seins-

1) Heinrich Karl von Pfau.

2) Es ist Maximilian Joseph; er succedirte 20. Januar 1745, starb 30. December 1777.

heim [1]), der Alles regiere, lege nur wenig Einsicht an den Tag; gar zu viel Einfluß habe der französische Gesandte.

In Wien überkam ihn das Gefühl, als lebe man eigentlich zwischen zwei verschiedenen Regierungen. Die Kaiserin erscheint wie eine gute Hausmutter, der Kaiser wie ein Privatmann: er ist sehr ökonomisch und abhängig von untergeordneten Persönlichkeiten. Man erzählte sich, daß der Kaiser, um einen seiner Diener zu befördern, sich an ein Kammerfräulein seiner Mutter wenden mußte. Schon fürchtete aber Jedermann die Veränderungen, die er vornehmen werde, wenn er zur wirklichen Regierung komme. Von Kaunitz, der alle Geschäfte leitete, war die Meinung, er habe sich durch seine Geschicklichkeit in Besitz seiner hohen Stellung gesetzt, behaupte sich aber darin nicht ohne Kunstgriffe. Er genoß ein unbeschränktes Ansehen; Jedermann richtete sich nach ihm; man wartete auch bei Tafel, bis es ihm gefiel, zu erscheinen.

In Dresden, das Hardenberg im April 1773 besuchte, glaubt er einigen Verfall zu bemerken: man greife nichts auf die rechte Weise an; man entferne entweder talentvolle Leute, oder lasse sie doch nicht handeln, wie sie möchten. „Marcolini ist erster Kammerherr vom Pagen geworden und gilt viel."

Man ist neugierig, was Hardenberg über Berlin sagen wird, wohin er am 29. April gelangte; aber eben beim Eintritt in die schöne Stadt, der das Wirthshaus in der Brüderstraße, in dem er Wohnung nahm, nicht recht entspreche, bricht das Tagebuch ab. Aus einer späteren Aufzeichnung erfahren wir, daß er Friedrich II. in Potsdam nur einmal vorbeireiten sah; gesprochen hat Hardenberg ihn nicht [2]); der König empfing damals Niemanden. Hardenberg sollte mit dem preußischen Staate später auf eine Weise Bekanntschaft machen, von der ihm noch keine Ahnung kam.

Damals richtete er seine Blicke, wie alle Hannoveraner, auf den König von England, Kurfürsten von Hannover. Ein zweites, kleineres Tagebuch liegt vor, in welchem Hardenberg die Reise beschreibt, die er über Holland nach England unternahm. Er hat sie am 31. Juli 1773 angetreten und ist erst im Anfange des folgenden Jahres nach Hannover zurückgekommen.

---

1) Joseph Franz Maria, Reichsgraf von Seinsheim.

2) Von Wien aus hatte er den Herzog Karl von Mecklenburg um Empfehlung nach Strelitz und Schwerin gebeten; eine solche liegt vor; wahrscheinlich ging Hardenberg von Berlin aus dorthin.

Vielen Eindruck machte ihm unterwegs die Stadt Utrecht mit ihren fetten Weiden und den schönen Gärten der reichen und vornehmen Bürger, einen noch größeren Amsterdam mit seinen prächtigen Gebäuden; in dem Stadthause findet er mehr solide Pracht und Größe, als in Sanssouci. Am meisten imponiren ihm einige Einrichtungen, die ihm neu sind, z. B. die Art der Civilehe, die man dort durch Einschreiben auf dem Stadthause eingeführt hat. „Alle diejenigen", sagte er, „welche nicht von der reformirten Religion sind, müssen sich hier einschreiben lassen und können nachher in einer gültigen Ehe leben ohne priesterliche Einsegnung, wenn sie noch drei Wochen gewartet und mittlerweile aufgeboten worden sind. Die Reformirten können sich auch einschreiben lassen, wenn sie wollen. Die priesterliche Einsegnung, welche eine Affaire de goût ist, fällt alsdann weg." Er bewundert die Anstalten der öffentlichen Wohlthätigkeit, nicht allein ihre Reinlichkeit und Ordnung, sondern auch die umsichtige Fürsorge und Toleranz, die er überall wahrnimmt.

Nach einer ziemlich langen und beschwerlichen Ueberfahrt langte Hardenberg den 23. August in Harwich an und eilte dann zu seinem Könige, dessen Lever er am 1. September beiwohnte. Georg III. zeigte sich sehr freundlich gegen ihn; doch blieb es nur bei allgemeinen Redensarten; zu einem näheren Verhältnisse kam es erst, als er auf dem Landhause des Königs erschien, wo er nahe Bekannte hatte. „Nach Tische ließ uns der König heraufrufen, und wir hatten das Glück, vier Stunden bei diesem liebenswürdigen Monarchen in der Königin Zimmer zuzubringen. Es war Niemand zugegen, als die Königin und nachher auf einige Zeit Lady Charlotte Finch, die Hofmeisterin der kleinen Prinzessinnen." An dem Hofe trat das deutsche Wesen noch stark hervor. Eben waren Bergleute vom Harz zugegen, die den König als ihren Landesvater begrüßten. Der König nahm seinen ältesten Sohn beim Kopf und zeigte ihn den Bergleuten als ihren künftigen Herrn.

Hardenberg war selbst in einer vorzugsweise dem englischen Wesen geneigten Stimmung: er führt sein Tagebuch in englischer Sprache. Den größten Eindruck macht ihm Portsmouth mit seinen Befestigungen und Kriegsschiffen. Indem er sich von da nach Salisbury wendet, bricht auch dieses Tagebuch ab. Mit dem vorigen läßt es sich an Interesse nicht vergleichen; aber es leuchtet ein, daß auch diese Reise, die ihn zugleich nach Frankreich und den

österreichischen Niederlanden führte, für die Bildung Hardenbergs von großer Wichtigkeit sein mußte. Aus dem engen Beamtenleben, in das er in so frühen Jahren gerathen war, kam er in eine universale Berührung mit dem Zustande der Zeit: er erscheint aufmerksam nach allen Seiten hin, empfänglich der großen Welt gegenüber, bildungsfähig und klug; überall verräth er reifende Gedanken, die schon etwas Gediegenes haben.

Viertes Capitel.

Verheirathung.

Noch vor der Reise war in Folge gefährlicher Krankheitsanfälle des Vaters dessen Testament festgesetzt worden. Es war schon ein letzter Wille vorhanden, aber in einer Form, die nicht hätte bestehen können. Im Auftrage des Vaters setzte der junge Hardenberg, der mit ihm zum diesem Zweck nach dem Stammschlosse Hardenberg gegangen war und nun erst mit demselben eine definitive Abrede nahm, in bündigster Fassung ein anderes Testament auf, das von dem Vater unterschrieben und sogleich den Gerichten übergeben wurde. Die Summe desselben war, daß ein Theil der Familiengüter, namentlich die in Holstein belegenen, den Brüdern gemeinschaftlich blieben; sie sollten von dem ältesten, unserem Hardenberg, verwaltet werden. Die alten Stammgüter, namentlich der Hardenberg, fielen ihm allein zu. Sie waren absichtlich so mäßig angeschlagen, daß er dabei bestehen und alle die Lasten, die ihm dagegen oblagen, tragen konnte. Er hatte im voraus mit der Mutter jeden Punkt überlegt und war glücklich, sie vortheilhaft gestellt zu haben, vortheilhafter, als sie selbst meinte und verlangte. Auch für die Brüder war so gesorgt, daß sie ihr gutes Auskommen hatten, und für die Schwestern eine für die Zeit nicht unansehnliche Aussteuer bestimmt. Der Vater war zwar wirthschaftlich und knapp, aber kein guter Haushalter. Für den Sohn war es schwer, ihn in guter Stimmung zu halten und mit ihm zu Ende zu kommen. Er konnte sich nun selbst als das künftige Haupt der Familie ansehen. Die Mutter sollte von Niemandem abhängen und nur mit ihm zu thun haben. Es war dafür gesorgt, daß die Kosten der Reise ihm allein zur Last fielen. Das ganze Verfahren zeugt von Umsicht und gegenseitigem Wohlwollen. Im Besitz eines nicht unansehnlichen Vermögens, berechtigt, eine baldige gute Anstellung in der Administration zu erwarten, in der Mitte einer angesehenen

3*

und begüterten Verwandtschaft, schien der junge Mann in einer ruhigen und sicheren Laufbahn emporkommen zu können. Doch lag noch Alles in weiter Ferne; denn fürs erste lebte der Vater noch — er sollte noch eine Reihe von Jahren leben —; und noch vor kurzem hatte der Sohn empfinden müssen, wie wenig selbständig er war, auch in der Sache, die für einen Jeden persönlich zuletzt die wichtigste ist. Wir kommen nochmals auf das Reisetagebuch zurück.

Hardenberg gedenkt mit Vorliebe seines Aufenthaltes im Stein'schen Hause zu Nassau. Man kennt dies bereits aus den Lebensbeschreibungen des späteren Ministers von Stein, der dieser Familie angehörte, damals aber nicht zugegen war. Hardenberg schildert den Vater als einen guten alten Mann, dem man die Gelehrsamkeit und den Verstand, die er besitze, nicht sogleich ansehe, die Mutter als eine freundliche, sorgsame Hausfrau, die nicht ohne Belesenheit sei. Dasselbe, eine Verbindung von Lectüre und eigenthümlichem Geist, rühmt er auch an den Töchtern [1]). Als die wohlgestaltetste bezeichnet er die älteste, Louise, eine Brünette, mit schönen dunklen Augen: „sie ist lebhaft und spricht, was sie denkt." Die Kinder lebten sehr familiär mit den Eltern; der jüngste Sohn fuhr wohl bei einem lebhaft werdenden Gespräch zwischen Vater und Mutter mit dem Worten darein: Mulier taceat in ecclesia. Hardenberg, der mit guten Empfehlungen anlangte, aber, wie man sagt, sich selbst am besten empfahl, wohnte im Hause und machte mit den Mitgliedern der Familie gemeinschaftliche Spaziergänge durch die anmuthige Umgegend, etwa nach dem verfallenen Schloß Stein; auch eine kleine Reise wurde unternommen, an welcher Heinitz, der alte Bekannte Hardenbergs, und dessen Frau, eine Verwandte der Familie, Theil nahmen. So wurden Ems und Neuwied besucht. Louise schien an der Art und Weise der Verheirathungen bei den Herrnhutern, durch das Loos, fast Gefallen zu finden.

Hardenberg war vor seiner Abreise von dem bewährten Freund und Vetter, der mit der Familie bekannt war, erinnert worden, vor den schönen Töchtern in derselben auf seiner Hut zu sein. Er kannte seine Schwächen in dieser Beziehung; sie hatten ihm schon manche

1) Hardenberg sagt: Artige Töchter — Louise die älteste und schönste — elle est brunette, bien faite et a de beaux yeux noirs — Sentimental maids — Marianne la seconde pourroit servir de pendant à Esope. — Charlotte la troisième bien faite et assez agréable — un peu marquée de la petite vérole.

Unannehmlichkeiten gemacht. „In meinen Gedanken", antwortete er, „bin ich sehr stark" — wie man sieht, eine zweifelhafte Versicherung.

Louise Stein machte nun doch auf ihn den tiefsten Eindruck. Dem alten Freunde bemerkte er: wenn man erst von einer Krankheit genesen sei, nehme man sich vor einem Rückfalle doppelt in Acht. Er scheint gegen seine Neigung anzukämpfen und behauptet, sich als Philosoph zu betragen. Aber wie solle er liebenswürdige Personen nicht so finden, besonders wenn sie das in so hohem Grade seien, wie Louise Stein? Endlich fährt er heraus: „ich liebe sie unbeschreiblich." Ihr selbst hat er das nicht gesagt; er meinte sogar, sie würde seine Neigung nicht erwiedern, sie würde die erste sein, ihn zurückzuhalten. Sie schien nicht mehr ganz frei zu sein. Ihm selbst erweckte es Scrupel, daß er, wie er sich ausdrückt, noch kein Etablissement habe.

Aber eine eigenthümliche Aussicht giebt es doch, daß Stein und Hardenberg leicht hätten Schwäger werden können. Und sehr wahrscheinlich würde Hardenberg, eine solide und gebildete, liebenswürdige Frau an seiner Seite, zu einem ganz anderen häuslichen Leben gelangt sein, als er später geführt hat. Hardenberg verschwieg seine aufkeimende Neigung den nächsten Verwandten und auch seinen Eltern nicht. Welch einen Sturm aber zog er dadurch über sich herein! Die Eltern hatten für ihn schon eine andere Partie, eine reiche junge Erbin, ihre Verwandte, in Aussicht genommen. Sie machten ihm aus seinem Vorhaben einen ernstlichen Vorwurf. Hardenberg wehrt diesen nachdrücklich ab: denn in der Verbindung sehe er sein wahres Glück, und wie sollte darin etwas Unrechtes liegen, wenn er seinen Eltern davon Mittheilung mache, was er für sein Glück halte? Aber indem er ausspricht, er werde nie seine Neigung vertilgen, die junge Stein vergessen können, erklärt er doch, seine Pflicht heiße ihn gehorchen; er müsse es der Vorsehung überlassen, ob er glücklich werden solle. Die Eltern versichert er, nur aus ihren Händen wolle er eine Frau empfangen: sie würden ihm keine aufdrängen wollen, die er nicht liebe.

Es war eine noch nicht reif gewordene oder tief gewurzelte Hinneigung, die er empfand, wie denn in einem jungen Manne die Neigungen rasch aufflammen, aber nicht gerade Stand halten. In dem Intervall der beiden Reisen folgte er dem Vater nach Holstein, um die junge Dame zu sehen, die dieser ihm bestimmt hatte. Es war eine Gräfin Reventlow, die in dem Hause ihres Stiefvaters

lebte: denn ihr Vater war gestorben; die Mutter, von einer geistigen Krankheit betroffen, war nicht zugegen. Der Stiefvater, von Thienen [1]), begünstigte die nähere Bekanntschaft zwischen den beiden jungen Leuten keineswegs.

Hardenberg hat nicht versäumt, auf seiner zweiten Reise demselben von seinem Ergehen dann und wann Nachricht zu geben. Er bekam jedoch nur kalte und höfliche Antworten. Kaum aber war er wieder zurückgekommen, so unternahm er mit seinem Vater die entscheidende Reise nach Holstein, Anfangs Februar 1774. „Sobald wir dort angekommen waren", heißt es in einem Briefe Hardenbergs vom 20. März, „schrieb mein Vater sowohl als ich an den Herrn von Thienen, wir wären um der Sache willen hergereist und wünschten ungemein solche geendigt zu sehen; wir schmeichelten uns also mit der Hoffnung, man werde mir nunmehr die Erlaubniß ertheilen, mich mit der jungen Person näher bekannt machen und mit ihr reden zu dürfen, dann aber mein Schicksal ganz von ihrer eigenen Hand zu erwarten." Auf diesen Brief wurden wir höflich nach Sierhagen eingeladen; allein weiter enthielt dieses Einladungsschreiben nichts. Inzwischen reisten wir mit guter Hoffnung hin, und glücklicherweise wurde diese noch weit übertroffen. Wir wurden von der Großmutter, dem Stiefvater und der Gräfin selbst empfangen, und gleich des andern Tages war Alles richtig, weil auch auf ihrer Seite Alles präpariret war. Ich hatte das Glück gehabt, der Hauptperson im vorigen Sommer zu gefallen; sie hatte sich also völlig für mich decidiret und verschiedene andere Partien rund abgeschlagen. Nach der Versprechung brachten wir noch einige Zeit sehr vergnügt mit einander zu; es wurde an ihre Vormünder, nach Kopenhagen und England geschrieben, und nun werden nur die Antworten erwartet, um die Sache zu declariren, welche sich aber ein jeder ins Ohr sagt und alle Leute wissen. Die Pacta dotalia werden wohl überaus vortheilhaft für mich ausfallen, ohnerachtet wir gar nichts dazu gesagt; mir wird wohl usus fructus von ihrem ganzen Vermögen zugeschrieben werden, und sie wird sich nur 3000 Thlr. jährlich Taschengeld reserviren. Uebrigens bin ich so vergnügt, so zufrieden und so verliebt als möglich; und was mich am innigsten bei der Sache freut, ist, daß ich sicher bin, daß ich recht sehr und aufrichtig geliebt werde. Meine kleine Braut ist

---

1) Wulff Heinrich von Thienen, königlich dänischer Geheimer Conferenzrath und Kammerherr.

liebenswürdig, gut erzogen, es fehlt ihr gar nicht an Verstande, und was alles dieses noch mehr erhebt, ist eine ungekünstelte Unschuld in ihrem ganzen Betragen, die mich ganz eingenommen hat und die ich nie vorher gekannt habe. Mit einem Worte, ich habe gewiß Ursache, der gütigen Vorsehung, die mich so sehr mit den besten Geschenken überhäuft, zu danken, und mein Bestreben wird und muß sich verdoppeln, mich derselben nicht unwürdig zu machen. Daß meine Eltern eine recht gerührte Freude über die Sache empfinden, werden Sie sich leicht vorstellen. Wie sehr erhöhet dieß nicht noch die meinige!"

Die junge Dame, mit der sich Hardenberg verlobte, war Christiane Friederike Juliane, Christian Detlevs, des Lehengrafen von Reventlow in Dänemark Erbtochter, geboren 15. Februar 1759. Ihre Verbindung mit einem Fremden erregte unter den Dänen das größte Aufsehen.

Ihre Vormünder waren der dänische Oberkammerherr Graf Reventlow und Graf Scheele in Kopenhagen; bei denen aber fand die Verlobung, die ihnen Hardenberg anzeigte, keinen Beifall, bei dem ersten, wie Hardenberg meinte, nur deshalb, weil sein eigener Sohn um die junge Gräfin geworben und ihr Jawort nicht hatte erlangen können. Graf Reventlow antwortete auf die Anzeige mit einem höflichen Glückwunsche, ohne jedoch seine vormundschaftliche Genehmigung auszusprechen, worauf auch Scheele Bedenken trug, sich zu einer solchen herbeizulassen. Hardenberg wandte sich an König Georg III. von England, um durch eine Verwendung bei dem dänischen Hofe diese Schwierigkeiten zu heben. König Georg gewährte ihm seine Bitte, jedoch nicht gerade in der angesonnenen Weise: denn er könne den dänischen Hof nicht zu einem Machtspruche veranlassen wollen. Die vornehmsten Einwendungen machte die dänische Regierung selbst. „Man wollte mir Anfangs", sagte Hardenberg in einem Briefe vom 10. Juni, „die Heirath gar nicht gestatten, wenn ich nicht in dänische Dienste ginge; nachher forderte man eine unerhörte Decimation von den Revenuen meiner Frau, und bei meiner Anwesenheit that man mir sehr glänzende Anerbietungen, um dort zu bleiben. Ich sollte meine Conditiones selbst machen und mir nichts abgeschlagen werden. Hätten Ordensband und äußere Ehre mehr bei mir vermocht, als meine Pflicht gegen meine Eltern und die Dankbarkeit, welche ich meinem Könige schuldig bin, so würde ich in Kopenhagen geblieben sein; allein sowohl diese Rücksichten als andere mehr haben mich davon abgehalten. Indessen habe ich mich

doch nicht erwehren können, den dänischen Kammerherrn-Schlüssel, den mir der Erbprinz Friedrich noch bei der Abschieds-Audienz recht aufgedrungen, so anzunehmen, daß er mich zu keiner Dienst- und Eidesleistung verbinde und meinen itzigen Verpflichtungen keinesweges einträglich sei."

Außer den persönlichen Bemühungen Hardenbergs wird besonders die angelegentliche Verwendung des hannoverschen Kammerpräsidenten von Lenthe[1]) bei dem dänischen Staatsminister Grafen Bernstorf dazu beigetragen haben, die mancherlei Hindernisse, die man der Vermählung entgegensetzte, zu heben. Sie beruhten besonders darauf, daß die Güter großentheils in dem eigentlichen Dänemark lagen und ein Fideicommiß ausmachten. Hardenberg wurde dadurch genöthigt, den Namen und das Wappen der Reventlow den seinen hinzuzufügen, was ihm sein König gestattete. Die Vermählung fand am 8. Juli 1775 statt. Seitdem schreibt sich Hardenberg „Hardenberg-Reventlow". Noch ein paar Monate hielt ihn dann die Uebernahme der Güter und die Abrechnung mit den Vormündern in Dänemark zurück; „aber", so schreibt er im September von Brunsgard in Jütland, „ich brenne vor Verlangen, wieder zurück zu sein, um mich durch Eifer und Fleiß des Vertrauens und der Gnade seiner Majestät einigermaßen würdig zu machen." Es war noch eine Folge seines Aufenthaltes in England, daß er zum Rath in der Kammer ernannt worden war. Nach kurzer Zeit stieg er zum Geheimen Kammerrath auf; sein Vater wurde zum Feldmarschall ernannt. So nahm die Familie eine ansehnliche Stellung im Dienst- und Lande ein.

---

1) Albert Friedrich von Lenthe (gestorben 1779); seine Gemahlin war Ilse Sophie von Behr, Schwester des Kammerpräsidenten Burchard Christian von Behr. Ernst Friedrich von Bülow, Bruder der Mutter Hardenbergs, hatte sich 1764 in zweiter Ehe mit Eleonore Louise Margaretha von Behr vermählt, deren Großmutter mütterlicherseits Katharina Dorothea von Behr, Schwester des Landraths Johann Georg Wilhelm von Behr, des Vaters von Ilse Sophie und Burchard Christian, war.

Fünftes Capitel.

Hannoverscher Dienst, sein plötzliches Ende.

Die Thätigkeit eines Beamten, der nicht gerade die erste Stelle bekleidet, ist gewöhnlich in ein undurchdringliches Dunkel gehüllt. Denn wer wäre im Stande, die Acten der inneren Verwaltung zu durchforschen, um dem Wirken eines Einzelnen nachzuspüren?

Ausden zerstreuten Mittheilungen, die in dieser Beziehung zu unserer Kunde gelangt sind, ergiebt sich soviel, daß der junge Kammerrath Hardenberg auf durchgreifende Reformen in den kameralen Einrichtungen dachte. Die Kammerkasse konnte ihren Verpflichtungen nicht genügen und war mit Schulden überladen. Hardenberg hielt sich überzeugt, daß die Erträge sich durch bessere Benutzung der Domänen, sorgsamere Pflege des Bodens, zweckmäßige Einrichtung in einzelnen Zweigen, z. B. bei den Gestüten und dem Bauwesen, soweit würden erhöhen lassen, daß sie sogar einen Ueberschuß abwerfen könnten, namentlich, wenn man den trotz der Abwesenheit des Fürsten bestehenden Hofhalt und andere unnütze Ausgaben vermeide. Für die Unterthanen verlangt er Förderung des Handels und der Gewerbe, volle Sicherung des Eigenthums und der persönlichen Freiheit [1]).

Hardenberg repräsentirte in dieser Hinsicht die Ideen des Jahrhunderts; sie waren in ihm durch die Studien entsprungen, durch seine Reisen genährt; jetzt reiften sie durch seine Erfahrungen.

Auch in Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse Hannovers folgte Hardenberg einer Richtung, die nicht gerade die in der Regierung vorwaltende war.

Das damalige Verhältniß der hannoverschen Regierung beruhte darauf, daß der Kurfürst, König von England, Georg III., bei wei-

1) Vgl. Hardenbergs Denkschrift von 1775 bei Klose, S. 225.

tem mehr Engländer war als sein Vater und sein Großvater und niemals mehr nach Deutschland herüberkam. Ein hannoverscher Minister residirte, wie oben bemerkt, an seinem Hofe, um den Zusammenhang des Landes mit seinem Kurfürsten zu erhalten und dessen Bestimmungen über große und kleine Angelegenheiten zu vermitteln. In der einheimischen Verwaltung war dabei immer eine gewisse Selbständigkeit, die in politischer Beziehung vor Allem den Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich ins Auge faßte und von demselben abhing. Der intimsten Vereinigung mit Preußen, die im siebenjährigen Kriege obgewaltet, war unter Georg III., wie am englischen Hofe, so auch in den deutschen Provinzen des Königs, eine Entfremdung gefolgt, die dann dahin führte, daß das hannoversche Ministerium, zwar nicht immer, aber doch meistentheils zu Oesterreich neigte. Unter den leitenden Männern in Hannover ließ sich der Gegensatz der beiden Directionen bemerken, wiewohl er nicht gerade zu offenem Ausbruch kam; denn der von London kommenden Entscheidung unterwarf sich Jedermann.

Die erste große Irrung nun, die zwischen Oesterreich und Preußen wieder hervortrat, war die, welche die Erbfolge von Baiern betraf. Man mißversteht Friedrich II., wenn man meint, er habe von Anfang an nur darauf gedacht, sie mit den Waffen zu entscheiden, wie das durch den Krieg von 1778 unternommen wurde. Indem er dem Fortgang, der österreichischen Besitzergreifung und den damit zusammenhängenden Austauschentwürfen entgegentrat und die Sache von Zweibrücken zu der seinen machte, meinte er doch zugleich eine Entscheidung in den reichsrechtlichen Formen herbeizuführen. Sein Gedanke war, daß die drei weltlichen Kurfürsten sich des vierten, die Protestanten des Katholiken, annehmen und gemeinschaftlich die Erledigung der Sache auf legalem, d. h. reichsrechtlichem Wege fordern sollten; zugleich aber sollte eine Association der drei zunächst betheiligten Kreise, der beiden sächsischen und des westfälischen, geschlossen werden, um sich in dem Falle, daß einer von ihnen angegriffen werden würde, mit vereinten Kräften zu vertheidigen.

Denn man erwartete nochmals wie im Jahre 1756 ein Bündniß zwischen Frankreich und Oesterreich. Maria Theresia hat ihre Tochter in den dringendsten Ausdrücken, die selbst an Härte grenzen, bestürmt, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, um ihren Gemahl und die französischen Minister zu einer Theilnahme für die österreichischen Interessen zu bestimmen. Sie wurde gleichsam verantwortlich dafür gemacht; man sagte ihr, das Leben ihrer

Mutter hänge davon ab[1]). Nichts war wahrscheinlicher, als daß der Demonstration Preußens gegen Oesterreich eine Demonstration Frankreichs gegen Preußen und Norddeutschland überhaupt folgen würde.

Da wandte sich nun Friedrich, noch ehe der Krieg zum wirklichen Ausbruch gekommen war, wie an Sachsen, so auch an Hannover. Ein früher (1773) als preußischer Gesandter verwendeter Diplomat, Namens Edelsheim, der damals nicht in aktivem Dienste war, wurde nach Hannover geschickt, um die Unterhandlungen dort einzuleiten und dann zugleich den Landgrafen von Hessen sowie den Erzbischof-Kurfürsten von Köln zu Maßregeln gemeinschaftlicher Vertheidigung zu vermögen. An dem Beitritt des Landgrafen von Hessen, der vor kurzem einen Theil seiner Truppen in englische Dienste überlassen hatte, ließ sich nicht zweifeln, sobald Hannover nur selbst voranging. Der Landgraf sprach den Wunsch aus, daß erst dann, wenn man mit Hannover übereingekommen sei, die Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Köln eröffnet werden möchten, von denen er sich einen guten Ausgang versprach.

So hing denn beides, die Vertheidigung Norddeutschlands und die Behauptung Baierns, von dem Entschlusse ab, den man in Hannover fassen würde. Auch schien hier der Antrag Edelsheims Eingang zu finden. Von England langte einiges Geld an, das zu den nöthigsten Rüstungen verwendet wurde. Denn auch für Hannover lag eine Gefahr von weitestem Horizont vor, die aus der großen Bewegung in den universalen Verhältnissen entsprang. Die amerikanischen Colonien hatten ihren Abfall von England erklärt und erfreuten sich der Unterstützung von Frankreich; wie leicht, daß auch aus dieser Rücksicht die Franzosen, wie früher und später in ähnlichen Fällen, Hannover überfluthen würden! Unter diesen Einwirkungen entschieden sich einige englisch-hannoversche Staatsmänner für die Theilnahme an der Politik und den Unternehmungen des Königs von Preußen; besonders waren es die vornehmsten Militärs, die in das Geheimniß gezogen wurden; auch der alte Hardenberg und General Freytag waren dafür, ebenso der junge Hardenberg, der mit General Freytag in intimem Verhältnisse stand. Er berichtet,

---

1) Es geschah unter Vermittelung Mercy's. Vergl. dessen Briefe vom 18. Februar und 20. März 1778, bei Arneth und Geffroy, Marie-Antoinette, correspondance secrète entre Marie-Thérèse et le Cte de Mercy-Argenteau III, 170, 182.

daß sich Edelsheim an seinen Vater und dann auch an ihn selbst besonders angeschlossen habe. Nicht allein aber auf eine Landesdefension an sich war die Absicht gerichtet; man faßte den Gedanken, daß ein Corps Cavallerie nach dem preußischen Herzogthum Cleve, das zum niederrheinisch-westfälischen Kreise gehörte, vorrücken und es gegen einen möglichen Anfall von Frankreich in Schutz nehmen sollte. Aber eine so entscheidende Maßregel, welche in die gesammte Politik eingriff, konnte nicht ohne ausdrückliche Genehmigung des Königs und Kurfürsten vollzogen werden. Unter den hannoverschen Ministern dominirte Gemmingen, den Hardenberg als arbeitsam, aber beschränkt, als einen Pedanten in den eingewohnten politischen Tendenzen schildert. Der setzte sich nun mit aller Macht, selbst durch seinen Einfluß in England, dieser Absicht entgegen. Er wandte Alles an, um die Entscheidung des Königs in seinem Sinne ausfallen zu machen. Man erwartete sie mit Spannung.

Endlich, in der zweiten Hälfte des Juli, traf sie ein; sie lief den Erwartungen aller derer, die sich mit Preußen zu verbinden gedacht hatten, geradezu entgegen. Von einer Theilnahme an der Vertheidigung von Cleve wollte König Georg III. nichts hören: denn er würde durch eine Abzweigung seiner Truppen die Defensive seines Kurfürstenthums schwächen. Er verwarf den Gedanken einer Association mit dem obersächsischen Kreise: denn der Kurfürst von Sachsen habe in der Sache sein besonderes Interesse, das Hannover nicht theile. Damit fiel auch der reichsrechtliche Entwurf Friedrichs II. von selbst zu Boden; die Initiative der drei weltlichen Kurfürsten zu Gunsten des vierten wurde unmöglich. Hannoverscherseits fand man nur eine alle Reichsstände umfassende Association zu gegenseitiger Garantie ihrer Besitzungen annehmbar.

Es war noch ein Glück, daß Frankreich, den Fehler erkennend, den es in dem vorigen Kriege begangen hatte, Amerika in Deutschland behaupten zu wollen, und in Anstrengung aller Kräfte zu dem Zweck des maritimen Krieges begriffen, die Zumuthung Oesterreichs, an der baierischen Angelegenheit unmittelbar Theil zu nehmen, ablehnte. Gewiß würde es damals Friedrich zu einer Allianz mit Hannover nicht gebracht haben, wie im Jahre 1756. Aber auch so empfand er auf das schwerste, daß ihm, indem er für einen großen Reichsstand die Waffen erhob, ein anderer, von dem das Meiste abhing, seine Unterstützung dabei versagte. Er ließ den hannoverschen Ministern erklären, eine einfache defensive Union, wie sie von ihnen beantragt werde, könne ihm nichts helfen; es

gelte die Erhaltung der Freiheiten und Prägorative des Reiches; wolle man ihn dabei nicht unterstützen, so sei er genöthigt, die Reichsstände dem Hause Oesterreich zu überlassen.

Und soviel wir von Hardenberg erfahren, ging die Entscheidung Georgs III. nicht allein von den in England vorwaltenden Rücksichten aus; sie war, wie berührt, zugleich das Werk des hannoverschen Ministeriums, namentlich Gemmingens. Auch in dem Reichstage war die hannoversche Stimme gegen Preußen; sie folgte den Eingebungen des kaiserlichen Präsidialgesandten. So geschah es, daß die große baierische Angelegenheit von Friedrich II. allein, nur im Bunde mit Sachsen, verfochten werden mußte. In die Friedensunterhandlungen, die eine rein deutsche Sache hätten sein sollen, griffen dann die europäischen Mächte ein. Die letzte Entscheidung erfolgte durch eine Erklärung Rußlands.

Zwischen Preußen und Hannover stellte sich eine divergirende Richtung heraus, welche die wichtigsten deutschen Angelegenheiten betraf und immer anwuchs. Die Hardenberge neigten sich auf die preußische Seite. Nicht ohne allgemeine Bedeutung wäre es gewesen, wenn der junge Vertreter dieses Geschlechts das Ziel seines Ehrgeizes, das ihn besonders beschäftigte, erreicht hätte; er strebte danach, die Stellung zu erlangen, in welcher die Verbindung zwischen Hannover und England zur Erscheinung kam, die eines in England zur Seite des Königs residirenden hannoverschen Ministers. Seine Briefe lassen keinen Zweifel darüber, daß dies seine Absicht bei der Reise war, die er im Jahre 1781 nach England unternahm. Es ist begreiflich, daß er von dem Manne, der diese Stellung innehatte, dem Minister Alvensleben, eher eine Verhinderung seiner Reise erwarten mußte, als eine Förderung derselben. König Georg III. war jedoch dafür. Aber auch bei Alvensleben und dem General Freytag fand Hardenberg die beste Aufnahme, als er Ende Februar 1781 mit seiner Gemahlin in London ankam. „Unsere Reise", schreibt er dem vertrauten Vetter, „ist sehr lang und beschwerlich, doch im ganzen glücklich gewesen; wir sind sehr gnädig aufgenommen worden und leben ganz vergnügt. Gegen den Sommer werden wir auf des Königs Befehl nach Windsor oder in die Nachbarschaft aufs Land ziehen. Jetzt gehe ich alle Montag mit den Majestäten hinaus, jage des Dienstags mit und komme Mittwochs wieder. Der General Freytag ist auch immer von der Partie. Daß mein Bruder Capitän in des Prinzen von Wales Regiment geworden, werden Sie schon wissen. Herr von Alvens-

leben hat sich dabei sehr freundschaftlich bezeigt und thut auch ein Gleiches gegen mich" [1]). „Mein hiesiger Aufenthalt", schreibt er im Mai an seine Mutter, „mag nun ausfallen, wie er will, so hat er in allem Betracht den allergrößten Nutzen. Die besondere Gnade beider Majestäten werden wir uns gewiß zu erhalten suchen; und ich habe recht große Proben von dem Vertrauen des Königs. Der Herr von Alvensleben ist nicht communicativ, und ängstlich suche ich gewiß seine Freundschaft nicht, äußerlich sind wir recht gut. Ich würde Alles verderben, wenn ich mich hier zu Arbeiten drängen wollte; die Zeit wird Manches zu Wege bringen, und wenn am Ende die Reise keinen andern Nutzen gehabt, als daß sie mein häusliches Glück wiederhergestellt und meine Frau ordentlich ganz umgeschaffen hat [2]), so bin ich zufrieden."

Aber wie plötzlich sollten diese Hoffnungen für sein Emporkommen und für sein häusliches Glück zerstieben!

Seine Gemahlin hatte schon in Hannover manchen Anstoß gegeben. Ihr guter Ruf war nicht unversehrt geblieben. Es war dann zu Erklärungen zwischen ihr und ihrer Schwiegermutter gekommen, wobei sie selbst die Initiative ergriffen und zuletzt um Vergebung gebeten hatte. Auf der Reise hatte sich das Verhältniß gebessert. Hardenberg dachte, wie den Sommer, so auch den nächsten Winter in England zu bleiben. Er bittet einmal seinen Vater, dem er weitere Mittheilungen über die Aeußerungen des Königs verspricht, um einen Zuschuß zu den Kosten des Aufenthaltes, die sehr beträchtlich waren. Zunächst hatte er in der Nähe von Windsor Wohnung genommen. Da spann sich ein Liebesverhältniß zwischen dem Prinzen von Wales und der Frau von Hardenberg an, welches viel Aufsehen machte; in einer englischen Zeitung war davon die Rede. Zwei Briefe des Prinzen von Wales liegen vor, der eine an Hardenberg selbst, der andere an seine Gemahlin, die wenigstens einige Aufklärung darüber geben. Veranlaßt durch ein Schreiben Hardenbergs, betheuert er demselben, daß die wiederholten Zeichen von freundschaftlichem Vertrauen, die er ihm gegeben habe, nicht etwa zum Deckmantel, um seiner Gemahlin den Hof zu machen, haben dienen sollen; einer so niederen Gesinnung sei er nicht fähig. Durch die Freimüthigkeit und Rechtlichkeit, die er an Hardenberg

1) Schreiben vom 26. März.

2) Die mit gesperrter Schrift gedruckten Worte sind von Hardenberg selbst unterstrichen.

bemerkt, sei er für denselben gewonnen. Nur die Leidenschaft für die Gemahlin Hardenbergs habe ihn bethört. Er ergeht sich in einer langen Ausführung über die Macht dieser unwiderstehlichen Leidenschaft, versichert aber, Frau von Hardenberg habe ihn mit der größten Kälte behandelt, was jedoch seine Liebe nur vermehrt habe. „Ich bin von meiner Jugend an unglücklich gewesen; doch wußte ich noch nicht, was es heißt, bis auf diesen Grad zu leiden. Ich würde der feigste und infamste Mensch sein, wenn ich die Reputation Ihrer Frau in Ihren Augen darüber leiden ließe; ich bin der einzige Schuldige und verdiene allein Ihren Tadel." Aus den Worten des Prinzen sollte man schließen, daß ihm das Verhältniß unendlich tief gegangen war. „Ich will meinen Vater bitten, mir zu erlauben, England zu verlassen und ein elendes Leben, das mir zur Last ist, in irgend einem Winkel der Welt, gleichgültig in welchem, zu fristen" [1]). Dagegen möge Hardenberg, seinem Vorsatze getreu, den Winter über in England bleiben.

---

1) „Lorsque je commençois à l'aimer, je m'aperçus bientôt que ce n'étoit point l'effet d'une passion légère ou du caprice d'un moment, ce n'étoit point sa figure charmante seulement qui m'attachoit à elle, non son esprit, ses manières, sa gaieté, ses sentiments, son coeur, tout en un mot me paroissoit si parfait en elle, que la nature elle-même ne pouvoit y résister, et l'amitié céda à l'amour; mille et mille fois je lui ai dit, que ce qui me faisoit le plus de peine dans toute cette affaire, c'étoit qu'il falloit vous tromper, un homme que non seulement je respectois au plus grand degré, mais que j'aimois même. Pour elle je renonçois aux liaisons, que j'avois formées avec quelques jeunes débauchés, dont le commerce m'etoit assez agréable et dont j'ai la société à cette heure en horreur . . ." Ein Schreiben an Frau von Hardenberg liegt bei, in welchem er sich, wie sich denken läßt, für den Unglücklichsten aller Menschen erklärt und sogar von seiner nahen Auflösung redet. Er sei zufrieden, wenn sie nur selbst in ihrem Herzen ruhig sei; sie möge in ihm in Zukunft nur einen warmen Freund sehen. Er scheint gemeint zu haben, er werde sie doch noch in ihrem Hause sehen können. „Quant à votre maison, mon coeur ne me permettra jamais d'y rentrer avec d'autres sentiments que ceux que j'ai toujours chéris. Oubliez que j'ai jamais conçu le moindre amour pour vous, pardonnez-moi les peines que je vous ai causées et ne voyez plus en moi que le plus tendre et sincère ami. Adieu, que vous puissiez être aussi heureuse que moi je suis malheureux, c'est le voeu sincère de celui qui vous sera fidèlement et éternellement attaché jusqu'au dernier soupir. George P. Windsor-Castle le 7 juillet 1781." (Merkwürdig ist vielleicht, daß er ihr noch sagt: c'étoit la perfection et les sentiments raffinés de votre coeur, que j'aimais.)

Die Sache wurde dadurch allgemein ruchbar, daß die Hardenberge sofort Anstalt machten, die Nachbarschaft von Windsor zu verlassen. Frau von Hardenberg drang dann selbst auf unverzügliche Abreise; der König hielt für rathsam, dem Vater davon eine Meldung zu machen [1]).

Dem alten Herrn, der bereits 81 Jahre zählte, war noch aufbehalten, dies Ereigniß zu erleben, das alle seine Berechnungen und die Hoffnungen, die er für das Emporkommen seines Sohnes gehegt hatte, zerstörte. Biographisch ist es von der größten Wichtigkeit, da es den Austritt Hardenbergs aus dem Dienste des hannoverschen Hauses veranlaßt hat. Hardenberg bat den König um den Posten seines Reichstagsgesandten in Regensburg, obwohl dieser seinen sonstigen Wünschen nicht entspreche, hauptsächlich als ein Zeichen der fortdauernden königlichen Gnade. Aber König Georg fand sich nicht dazu bewogen; hierauf entschloß sich Hardenberg, den hannoverschen Dienst überhaupt zu verlassen.

Nicht eigentlich das Abschiedsgesuch, welches den gewöhnlichen Geschäftsgang gehen mußte, aber die ausführliche Motivirung desselben übersandte Hardenberg der Königin, die immer seine besondere Gönnerin gewesen war, um sein Handschreiben, welches dieselbe enthielt, sicher in die Hände des Königs zu bringen. Er sagt, es sei mit dem größten Zutrauen und der stärksten Freimüthigkeit geschrieben. So verhält es sich in der That; es ist in noch höherem Grade der Fall, als man nach den bisher bekannt gewordenen Fragmenten desselben erwarten dürfte.

„Mein alter Vater, der über die ganze Sache empfindlich gerührt war, meine Freunde hofften, daß es Ew. Königl. Majestät möglich sein würde, meine Ehre bei dem Publikum durch ein öffentliches Gnadenzeichen zu retten, und mein rechtschaffener Freund, der

1) Der Brief des Königs an den Feldmarschall lautet: Kew, den 13. Juli 1781. „Mein Feldmarschall, die hiesigen Zeitungen, die leider Gottes von keinem anderen nutzen scheinen, als unwahrheiten auszustreuen, haben eure Schwieger Tochter sehr unglücklich gemacht, sie hat dieses an Euren Sohn erkläret, der mit meine Verwilligung darum die nachbarschafft Von Windsor Verlassen wollte, dadurch kame es heraus, daß mein Sohn gewis mit ihr Verliebt war; sie hat darum mit Viele Großmuth ihren Mann gebeten, plötzlich aus diesem Lande zu gehen, um dahero mehrere unannehmlichkeiten zu Verhüten. Ich habe gleich euren Sohn gesaget, ich wollte dieses an Euch melden, daß Von Euer Seite keine Verwunderung wegen seiner plötzlichen Abreise oder Verdacht wegen die Aufführung Von Eure Kindern entstehen möge. George R.“

General Freytag, hielt den Regensburger Posten vorzüglich dazu geschickt. Ich aber ging in der Hoffnung, daß er mir vor meiner Ankunft in Hannover ertheilt, mithin die Absicht dadurch erreichet werden würde, auf diesen Vorschlag ein, so sehr er mir übrigens wegen der Art der dortigen Geschäfte, wegen meiner Privat-Angelegenheiten und sonst in allem Betrachte zuwider war. Die Umstände haben es Ew. Königl. Majestät nicht erlaubt, mir jenen Posten gleich zu geben; der einzige Grund, warum ich solchen wünschen konnte, fällt demnach weg und ich muß mir denselben itzt also allerunterthänigst verbitten.

Mit der mir am allerangenehmsten gewesenen Hoffnung, daß Ew. Königl. Majestät vielleicht dermaleinst geruhen würden, mich bei dem Abgange des Herrn von Alvensleben an dessen Stelle zu berufen, der einzigen, wo ich, insofern es meine Kräfte verstatten, hätte recht nützlich sein können, darf ich mich nicht mehr schmeicheln.

Meine weitläuftigen Privat-Geschäfte erfordern die größte Aufmerksamkeit. Ich würde solche gern Ew. Königl. Majestät Dienst aufopfern, wenn ich hoffen könnte, in meiner jetzigen Lage so viel Nutzen zu stiften, als ich es zu meiner Beruhigung für nothwendig und für meine Pflicht halte, wenn ich jene ferner hintansetzen soll. Das ist aber, wie ich Ew. Königl. Majestät freimüthig zu sagen verbunden bin, bei den irrigen Grundsätzen, wonach Allerhöchstdero Geschäfte großentheils behandelt werden, bei den Fehlern in der Einrichtung und in der Verbindung, worin sie untereinander, besonders aber mit dem englischen Ministerium stehen, nicht möglich. Eine Aenderung aber läßt sich ohne Ew. Königl. Majestät so lange gewünschte Anwesenheit oder ganz andere Vorkehrungen nicht hoffen, da man jetzt nicht selten Allerhöchstdero vortreffliche und landesväterliche Absichten, die ich so oft mit innigster Rührung aus Höchstdero eigenem Munde zu hören das Glück gehabt, weder erfüllen kann noch will. Traurige Umstände für mein armes Vaterland, die jeden rechtschaffenen und einsichtsvollen Diener Ew. Königl. Majestät äußerst niederschlagen und deren Wahrheit von jedem Unpartheiischen bezeugt werden muß."

Dieser in der That sehr freimüthigen und wenig rücksichtsvollen Erklärung legte Hardenberg einen Brief Alvenslebens bei, die Regensburger Sache betreffend, in welcher derselbe auf ein höfliches Schreiben unhöflich und beleidigend geantwortet habe: ein solches Verfahren müsse ihm die Hoffnung nehmen, dem Könige mit gutem Erfolge zu dienen.

Aus dem Schreiben an den König stellt sich unwidersprechlich heraus, daß das Ereigniß von Windsor den Abschied Hardenbergs aus dem hannoverschen Dienste veranlaßte. Er hat später immer gesagt, er sei aus demselben geschieden, weil der Prinz von Wales das Glück seines Lebens zerstört habe. Doch wirkten dabei noch andere Motive mit. Er hatte auch deshalb an die Stelle Alvenslebens zu treten gewünscht, um dem obwaltenden System eine neue Richtung zu geben. Aus einer anderen Denkschrift ergiebt sich, daß er Hannover in die engste Beziehung zu den benachbarten deutschen Staaten zu bringen gedachte. Aus dem vorliegenden Gesuche sieht man, daß zugleich die inneren Angelegenheiten, die Mängel der Administration und die Unmöglichkeit, dieselben bei der andauernden Abwesenheit des Königs und bei der engen Verbindung der Landesbehörden und des in London residirenden Ministers zu heben, ihn zu seinem Entschluß antrieben. Die persönliche Empfindlichkeit verband sich mit dem Mißvergnügen über die Verwaltung der inneren und äußeren Angelegenheiten. Es war nicht ein gewöhnlicher Abschied, den er nahm: — dieser enthielt gleichsam eine Lossagung von dem in Hannover noch vorwaltenden System. Dies Hannover in seinem damaligen Zustande gab Hardenberg auf. Wenn er aber andeutet, er wolle nunmehr sich seinen Privatangelegenheiten widmen, so lag das weder in seiner Natur, noch in seiner Bestimmung.

Sechstes Capitel.

Eintritt in den braunschweigischen Dienst.

Aus der noch immer zahlreichen welfischen Familie, in der das Ereigniß, wie man denken kann — denn der Prinz von Wales erschien als das künftige Stammeshaupt — besonderen Eindruck machte, kam dem aus Hannover Ausscheidenden der Antrag zu einem neuen ehrenvollen Dienstverhältniß. Hardenberg sagt in seinem Schreiben an den dänischen Minister Gultberg, sein Plan sei gewesen, nicht mehr in Dienst zu treten, sich den Sommer über der Verwaltung seiner Güter, die dänischen einbegriffen, zu widmen und die Winter abwechselnd in Kopenhagen und Hannover zuzubringen, was ihn zugleich der Pflicht, den Zehnten in Dänemark zu zahlen, überhoben haben würde: da sei ihm dieser Antrag gemacht worden. Noch lebte Herzog Ferdinand von Braunschweig, allgemein bewundert wegen seiner Heerführung in dem siebenjährigen Kriege, mit einem kleinen und beschränkten, aber unabhängigen Hofhalt; eine natürlich wohlwollende Gesinnung vermehrte das Ansehen, das seinem Talent gebührte. Der Vater Hardenbergs hatte unter ihm gedient. Durch die Dazwischenkunft des Prinzen, nicht ohne einen gewissen Einfluß des Landcomthurs von Loclum, geschah es nun, daß der vor kurzem zur Regierung gelangte Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig die Absicht faßte, den talentvollen jungen Staatsmann in seinen Dienst zu ziehen. In einem späteren Schreiben äußert Herzog Ferdinand, daß er durch seine Vermittlung zugleich dem Verdienste Hardenbergs und dem Bedürfnisse seiner eigenen Familie gerecht zu werden meine[1]). Eine vorläufige Frage bildete dann das Verhältniß Hardenbergs zu dem dänischen Hof und Staate.

Obgleich Hardenberg der Verpflichtung, die man ihm dort bei seiner Verheirathung hatte auflegen wollen, in dänischen Dienst zu

1) Servir des personnes de mérite et le combinant avec les liens du sang et ce qu'on doit à Sa famille, est un motif bien noble et bien doux de S'y laisser employer. Tel est mon cas vis-à-vis de vous, Monsieur, et du duc de Bronswic mon cher Neveu....

treten, ausgewichen war, so hatte er sich doch nicht allen Verbindlichkeiten entziehen können. Nur eigentlich bis auf den Tod seines Vaters war ihm die Zumuthung, von den Gütern seiner Gemahlin den Zehnten zu erlegen, erlassen und die Erlaubniß gegeben worden, seine Einkünfte ohne Abzug außerhalb des Landes zu verzehren. Er hatte versprochen, später entweder seinen Wohnsitz in dem dänischen Gebiete zu nehmen, oder den Zehnten in einer oder der anderen Form zu zahlen. Mit dem Tode des Vaters, der nun erfolgt war, trat diese Verpflichtung ein, die um so stärker wirkte, da er den Dienst seines besonderen Landesherrn, des Königs von England, durch dessen Vermittlung damals jene Abkunft erreicht worden war, in demselben Augenblick verlassen hatte.

Der Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig kannte diese Schwierigkeit; er spricht sich darüber in einem Briefe an den Schwiegervater Hardenbergs, den Geheimen Rath von Thienen, in folgender Gestalt aus: „Ich wende mich an E. E. in einer für das Land Braunschweig, dessen Regierung mir der Himmel anvertraut hat, interessanten (er will sagen: wichtigen) Sache. Sie kennen das Verdienst und die Talente des Herrn von Hardenberg-Reventlow zu gut, als daß ich Ihnen zu schildern brauchte, von welchem Nutzen seine Kenntnisse und Rathschläge für das Land werden würden, wenn er an den Geschäften desselben Antheil nehmen wollte. Ich weiß, daß Sie ihm durch seine Verbindungen in Dänemark eine glänzende Laufbahn eröffnen würden. Nur der Wunsch, einen möglichst großen Nutzen zu stiften, wird ihn bestimmen können, sich einer beschränkteren Sphäre zu widmen, in der er jedoch die ihm eigenen Talente entwickeln könnte, und in der er einer Freundschaft begegnen würde, welche die großen Carrièren selten bieten." Der Herzog ersucht Thienen, seinen Schwiegersohn zur Annahme der ihm durch den Landcomthur gemachten Anerbietungen zu bestimmen. Thienen antwortete, er habe schon von der Sache gehört und Hardenberg den Rath gegeben, sich dem Dienst eines Herrn zu widmen, der die Talente zu würdigen, das wahre Verdienst von dem bloß scheinbaren zu unterscheiden wisse und der den an den Höfen so häufigen schlechten Umtrieben nicht gestatte, einen eifrigen Diener, der das wahre Wohl des Staates im Einverständnisse mit seinem Herrn suche, in seiner Laufbahn aufzuhalten [1]. Er machte

---

1) . . . je lui ai conseillé de suivre Son inclination en Se vouant à un service, où le maître sait apprécier les talens, distinguer le vrai

ihn zugleich aufmerksam, daß die Königin Juliane Marie, die selbst der braunschweigischen Familie angehörte, Schwester des Herzogs Ferdinand [1]), sich dazu eignen würde, die hülfreiche Hand in dem Geschäfte zu leisten.

Hardenberg, dem der Herzog auch selbst schrieb, er werde sich überzeugen, daß Freundschaft, auf Hochachtung und anerkannte Talente begründet, zuweilen einer glänzenderen Laufbahn gleichgestellt werden könne [2]), war sehr geneigt, auf die Anerbietungen desselben einzugehen. Die Nachbarschaft seiner Güter, der Familie überhaupt und besonders auch des Landcomthurs, wie er diesem schreibt, machten ihm Braunschweig angenehm, und es kam nur noch darauf an, daß er in Dänemark seiner Verpflichtungen entlassen und eine annehmbare Situation in Braunschweig für ihn ausgewirkt würde.

Königin Juliane Marie machte sich doch nicht sofort anheischig, die Sache, die ihr von ihrem Bruder und ihrem Neffen empfohlen war, durchzuführen; sie sei so bedeutend in sich und noch mehr durch den Wunsch, den der König von Dänemark immer gehegt habe, Hardenberg in seinen Dienst zu ziehen, daß eine formelle Berathung darüber unvermeidlich werde: Hardenberg möge den König selbst in einer motivirten Eingabe darum ersuchen. Eine solche liegt nun vor. Hardenberg bemerkt darin, daß zwar die Gründe, die ihn früher bestimmten, in Deutschland zu bleiben, weggefallen, andere aber eingetreten seien, um deren willen er an diesem Wunsche festhalte. Eine verehrungswürdige Mutter, deren einzige Stütze er sei, drei Brüder und drei Schwestern, zum Theil noch sehr jung, bei denen er Vaterstelle vertreten müsse, ansehnliche Güter im Lande, die er, obwohl Besitzer, doch nicht für sich selbst verwalte, sondern zugleich für seine Brüder und Schwestern, die darauf angewiesen seien: durch diese und andere Obliegenheiten

---

mérite du faux brillant, et où la perspicacité du Prince ne permet pas aux mauvaises intrigues et aux mauvaises menées trop ordinaires dans la plupart des autres cours d'arrêter dans Sa carrière un serviteur zélé, qui, suivant les intentions de Son maître, ne veut que le vrai bien du Souverain et de l'état.

1) Sie gehören beide der zahlreichen Nachkommenschaft des Herzogs Ferdinand Albrecht II. von Braunschweig-Wolfenbüttel († 1735) an sowie auch der Vater des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand.

2) Je me flatte, que Vous serez convaincu un jour, que l'amitié fondée sur l'estime et les talents reconnus peut balancer quelques fois les carrières les plus brillantes.

werde sein Aufenthalt in Deutschland nothwendig. Da machte ihm nun der Herzog von Braunschweig Anträge, bei deren Annahme er zugleich zur Besorgung seiner eigenen Angelegenheiten in beiden Ländern fähig bleiben werde: ein Vortheil, den kein anderer Dienst, auch nicht der dänische, der ihn überdies in anderweite große Schwierigkeiten verwickeln würde, ihm darbieten könne. Er säumte nicht, sich auch an den dirigirenden Minister in Dänemark, Guldberg, zu wenden. Aus seinem Schreiben an denselben ersehen wir, daß ihm, was wir sonst nicht finden, auch von Berlin aus Anerbietungen gemacht waren [1]). Zugleich ersuchte er nochmals den Herzog um seine Verwendung; dadurch werde er allein in den Stand kommen, sich ganz seinem Dienste zu widmen. Es war unter der minderjährigen Regierung Friedrichs des Sechsten, als man sich in Dänemark entschloß, den Bitten nachzugeben (April 1782). Auch dann geschah es, wie es in der Entscheidung heißt, „wie aus besonderer Gnade gegen ihn, so vornehmlich aus Freundschaft und Hochachtung für des regierenden Herzogs von Braunschweig Hochfürstliche Durchlaucht". Man ließ den Abschoß des 6. und 10. Pfennigs von den Revenuen fallen, jedoch unter der Bedingung, daß der älteste Sohn aus der Ehe, wenn er sein 16. Jahr erreicht habe, nach Dänemark kommen und in landesüblicher Weise das Fideicommiß verwalten solle [2]). Guldberg begleitete den Entwurf mit einem sehr höflichen Schreiben, in welchem er zugleich der Beschlüsse der Vorsehung zu gedenken nicht ermangelte.

War nun aber hierdurch das persönliche Verhältniß geregelt,

---

1) Mon plan étoit fait: il ne comprenoit que mes terres d'ici et du Dannemarc pour la plus grande partie de l'année, pour les hivers, je les aurois passés alternativement à Coppenhague ou à Hannovre. Il ne pouvoit être question alors de la décimation. Cependant l'on me fit des ouvertures très-avantageuses à Berlin, que par de bonnes raisons je n'aurois jamais cru pouvoir accepter; mais elles de Mgr. le Duc de Bronsvic me parvinrent d'une façon si gracieuse et de la part d'un Prince, que j'avois toujours aimé et respecté à si juste titre, que je ne pus me défendre d'y prêter attentiou.

2) „So lange beyde (Eheleute) leben, oder, da er sie überleben würde, soll sein ältster der Mutter in den Stammhäusern succedirender Lehenserbe, sobald solcher das 16. Jahr zurückgeleget hat, hier im Lande bleiben und verbleiben, und solchergestalt sich niederlassen, daß man dieses Fideicommiß mit seinen Einkünften in der Folge würcklich, wie sichs gebühret, in dem Besitz und Genuß eines in unseren Landen wohnenden Unterthans sehe und finde." Rescr. vom 10. April 1782.

so stellten sich dem Eintritt in den Dienst des Herzogs noch andere, in diesem selbst liegende Schwierigkeiten entgegen.

Der Herzog bezeichnete den Eintritt Hardenbergs als einen ersten Schritt, dem bei den bald zu erwartenden Vacanzen andere folgen würden. Zunächst sollte Hardenberg als Großvogt und Präsident der Klosterraths-Stube mit einem nicht gerade glänzenden Gehalt, aber als Wirklicher Geheimer Rath angestellt werden. Hardenberg, der nach einer vollkommenen Selbständigkeit strebte, fühlte sich dadurch nicht befriedigt. Wir lernen bei diesen Verhandlungen die inneren Verhältnisse des Herzogthums näher kennen. Hardenberg bemerkt: der Klosterrath versammele sich immer nur einmal in der Woche und eben nur zur Verwaltung der Klöstergüter; die Großvogtei sei der Finanzkammer und anderen Dikasterien unterworfen und erfordere seine Anwesenheit in Wolfenbüttel nur alle drei Monate. Besonders die Unterordnung unter die Domainenkammer war ihm widerwärtig. Er wünschte, nur mit dem Herzog selbst, wie er sagt, Communication zu haben, und erinnerte ihn an die Aussicht, die er dem Landcomthur eröffnet habe, ihm Sitz und Stimme in dem geheimen Rathscollegium zu geben, in welchem man alle Staatsgeschäfte unter der persönlichen Direction des Fürsten selbst behandele. Der Herzog erwiderte, er betrachte ihn als den Mann, auf dem in kurzem seine vornehmsten Angelegenheiten beruhen würden; ohne Lärm und Mißtrauen zu erregen, werde er ihn in Kenntniß von allen Geschäften zu setzen wissen. In einer beiliegenden ausführlichen Erklärung bewilligt er ihm, wie als Großvogte, so als Klosterraths-Präsidenten, Unmittelbarkeit seiner Berichte; allein die Hauptforderung, ihm den Eintritt in das geheime Rathscollegium zu gewähren, lehnte er ab. Er bemerkte, daß da doch auch nur eine Anzahl specieller Gegenstände vorkomme und der Rang eines Geheimen Rathes dadurch nicht berührt werde.

Diese Entscheidung schien dadurch annehmbar zu werden, daß auch der Geheime Rath Féronce von Rosencreuz, ohne Zweifel der wirksamste Mann im Herzogthum, doch nicht Mitglied des geheimen Rathscollegiums war. Allein Hardenberg beruhigte sich damit nicht; er erinnerte: das Vertrauen, das der Herzog diesem würdigen Manne schenke, mache denselben zum ersten Minister des Landes: er stehe über dem geheimen Rathscollegium. Allein in diesem Collegium würden doch auch gewiß die allgemeinen Angelegenheiten berathen; er für seine Person müsse den Eintritt in dasselbe fordern;

denn sonst würde er nur Titular-Geheimer-Rath werden; seine übrigen Functionen würden ihn zu dem Range eines Wirklichen Geheimen Rathes nicht berechtigen. Auch die Auskunft über die Großvogtei genügt ihm nicht: denn nur ihm selbst werde dadurch Unmittelbarkeit gesichert; das Geschäftspersonal aber bleibe der Finanzkammer untergeordnet sowie die Geschäfte selbst.

In seinen vertraulichen Briefen erklärt Hardenberg sich entschlossen, die Verhandlungen lieber abzubrechen, als in Bezug auf den Eintritt in das geheime Rathscollegium nachzugeben. „Ich will nicht ein gemalter Minister sein; die ganze Welt würde mich verdammen, wenn ich unter diesen Auspicien in den Dienst des Herzogs von Braunschweig träte. Die schönen Worte, die man mir giebt, die unbestimmten Hoffnungen, die man mir macht, sind doch nicht geeignet, mich zufriedenzustellen" [1]). Bei diesen Differenzen hielt Hardenberg für das Beste, sich persönlich nach Braunschweig zu begeben. Und hier gelangte er denn wirklich zu seinem Zwecke. Er erhielt Sitz und Stimme in dem geheimen Rath; der Landcomthur sagte ihm wohl, noch nie sei man einem Manne in Braunschweig so entgegengekommen, wie ihm.

Hardenberg war nun zufrieden und trat in die Stellung ein, nachdem die Entscheidungen in Kopenhagen günstig ausgefallen waren. Vom Mai 1782 ist eine Verfügung des Herzogs datirt, in welcher der Klosterrath bedeutet wird, wenn sich der neue Präsident in dem Collegium einstelle, demselben den ihm gebührenden ersten Platz an der rechten Seite der Tafel einzuräumen und ihm die schuldige Folge zu beweisen.

Wäre Hardenberg im hannoverschen Dienste geblieben, so würde er sein ganzes Interesse mit dem des Kurfürstenthums identificirt haben. Indem er dergestalt die jüngere, aber mächtigere Linie des welfischen Hauses verließ, riß er sich von einer Politik los, deren Charakter auf einer Verbindung Englands und Hannovers beruhte,

1) . . . Il me paroît que je n'ai pas lieu de me promettre beaucoup de confiance de tout ceci et je suis très-décidé de rompre plutôt que de céder par rapport à la place dans le conseil privé. Je ne veux pas être un ministre en peinture, et vous sentez bien que tout le monde me condamneroit, si j'entrois sous de tels auspices dans le service du Duc de Bronsvic. Les espérances pour le futur ne sont point de nature à me contenter et les belles promesses vagues non plus. Mon dessein est de me rendre à Bronsvic selon la proposition de Mr. de Féronce et je souhaiterois ardemment de pouvoir vous parler avant que d'entrer en conférence avec le Duc et lui.

aus welcher Gemeinschaft sich Gesammtgesichtspunkte entwickelten, die, in der Weltstellung des Königreiches begründet, doch auch Hannover umfaßten. In den Dienst der älteren, minder mächtigen Linie übertretend, gesellte er sich dem Fürstenhause zu, welches die gemeindeutschen Interessen stets im Auge gehabt und sich von jeher zu Preußen gehalten hatte. Seine Direction wurde wesentlich eine andere, in die er dann wohl auch Hannover hinüberzuziehen trachtete, wie sich das sogleich bei dem nächsten Anlaß, der Errichtung des Fürstenbundes, auswies.

Siebentes Capitel.

Antheil Hardenbergs am Fürstenbunde.

Es war überhaupt nicht ein gewöhnliches Dienstverhältniß, in welches Hardenberg zu dem Herzog von Braunschweig trat; es war, man möchte sagen, eine Allianz zwischen ihnen. Der dänische Dienst hätte für Hardenberg umfassendere Aussichten dargeboten; aber es entsprach den beiderseitigen Interessen, daß der Herzog ihm Anerbietungen machte und Hardenberg sie annahm.

Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig entwickelte als Landesfürst achtungswürdige Eigenschaften. Gleich im Anfange seiner Regierung hat er durch eine strenge Oekonomie die unter seinem Vater bis zu einer unerträglichen Höhe gestiegenen Schulden großentheils getilgt. Er erschien als ein Reformer im Lande. Noch als Erbprinz hatte er Lessing, durch einige Stellen seiner antiquarischen Schriften für ihn gewonnen, nach Wolfenbüttel gezogen; er nahm Antheil an der literarischen Bewegung dieser für die deutsche Cultur entscheidenden Epoche. König Friedrich II. von Preußen bewies ihm, wie seine Correspondenz mit ihm zeigt, ein unerwartet großes Vertrauen. Der Herzog galt für einen der besten Generale aus der Schule Friedrichs und stand noch im activen Dienst. Er war militärisch pünktlich und streng, aber zugleich fein und für verwickelte diplomatische Geschäfte geeignet. Er zeigte sich sehr arbeitsam, selbst in den kleinen Geschäften, und man wunderte sich nur, daß sie ihm genügten. Er wußte zu sprechen und zu schreiben; man bemerkte, daß er bemüht war, sich allezeit gut auszudrücken. Er hatte den Ehrgeiz, keinem Tadel in dem, was er vornahm, ausgesetzt zu sein, mehr umsichtig, zurückhaltend, als unternehmend und zuverlässig, für alle Bestrebungen des Jahrhunderts offen, ohne sich der einen oder der anderen hinzugeben. Eine allgemein bedeutende Stellung gewann er schon damals durch sein Ansehen an dem

preußischen Hofe, so daß man meinte, es würde nur auf ihn ankommen, um nach dem Tode des großen Königs die Zügel zu ergreifen. Ihm selbst lag das fern, er hat nie einen Versuch dazu gemacht. Souveräner Herr in seinem Lande, erschien er doch in Berlin als ergebener Diener der höchsten Gewalt, die er selbst zu dirigiren nicht den Anspruch machte. In den Angelegenheiten des Reiches an sich, wie es das Verhältniß seiner Macht mit sich brachte, ohne entscheidende Gesichtspunkte, aber sehr fähig, solche zu fassen, widmete er den Entwürfen, mit denen man sich damals trug, die in den Fürsten seiner Machtsphäre entstanden waren, den Umgriffen des kaiserlichen Hofes eine Conföderation der Stände zu gemeinschaftlichem Schutz entgegenzusetzen, ursprünglich wenig Theilnahme. Er hielt die Pläne, wie sie formulirt wurden, für chimärisch und unausführbar. Da trat ihm nun Hardenberg zur Seite.

Für Hardenberg war es ein Gewinn, daß er durch die Vermittlung des Herzogs der dänischen Verpflichtungen entledigt wurde, daß er in der Mitte seiner Familie, seiner Freunde, in der Nähe seiner Güter eine Stellung erhielt. Als er im Jahre 1783 nach Braunschweig kam, trat er als großer Herr daselbst auf. Es machte Eindruck, wie er und seine Gemahlin in besonderen Wagen mit prächtiger Bedienung, jedem ein Läufer voran, ausfuhren. In dieser Weise war sein Hauswesen eingerichtet. Es war neben dem herzoglichen das glänzendste in Braunschweig. Wie er selbst, so nahm auch seine Gemahlin an den gesellschaftlichen Festlichkeiten des Hofes einen seinem Range angemessenen Antheil. Der Herzog war nicht selten sein Gast. Und wohl entsprachen die administrativen Geschäfte, die ihm übertragen waren, seinen Neigungen und Kenntnissen. Zugleich aber nährte er einen weiter strebenden Ehrgeiz; von bestimmten Ueberzeugungen über die Ziele und Zwecke, welche die Politik von Deutschland verfolgen sollte, sowie über die Stellung, welche das braunschweigische Haus beider Linien in Deutschland zu nehmen hatte, belebt, fand er in den angeregten Fragen Gelegenheit, denselben Raum zu machen. Die Uebergriffe Kaiser Josephs II., die in dem Versuche, Baiern gegen die Niederlande einzutauschen, ihren Höhepunkt erreichten, erweckten in ihm die alten Ideen, die er einst im Jahre 1778 bei einem ähnlichen Anlaß gehegt hatte. Wollte man den Gedanken, durch den er von den anderen deutschen Staatsmännern in den mächtigeren Ländern sich unterschied, näher angeben, so ging derselbe dahin: daß ihre Pflicht sei, den König von Preußen in der Opposition, die er gegen

Oesterreich mache, zu unterstützen, um die Reichsverfassung aufrechtzuerhalten und nicht selbst vom Kaiser erdrückt zu werden. Noch ehe er von dem, was am preußischen Hofe in dieser Beziehung vorging, Kunde hatte, wendete er sich mit einer Eingabe an den Herzog, die der preußischen Politik von der anderen Seite her entgegenkam. Es ist die erste, eigentlich politische Arbeit von seiner Hand, die uns vorliegt, und dadurch merkwürdig, daß sie eine Intention kundgiebt, welche bei Hardenberg in seiner ganzen Laufbahn maßgebend geblieben ist.

Er erinnert darin den Herzog an die Vorgänge des Jahres 1778, einer Epoche, in welcher ein entsprechender Entschluß von Hannover den Angelegenheiten eine andere Wendung hätte geben können. Man würde damals eine bei weitem durchgreifendere Entscheidung der obschwebenden Fragen, als sie in dem Teschener Frieden erlangt worden sei, haben erreichen, man würde die kaiserliche Autorität in unübersteigliche Schranken haben einschließen können. Doch sei noch nicht Alles verloren. Auf seiner Reise hatte ihm das A. E. I. O. U., das ihm in Oesterreich in den Städten oft begegnete: Austriae est imperare orbi universo, viel Eindruck gemacht, ein Spruch, der noch erfüllt werden könne durch das weitere Vordringen dieses Hauses im Reiche. Noch aber hielt er es für möglich, dem durch eine Verbindung der norddeutschen Fürsten entgegenzutreten; er wünsche, sagt er, keine gewaltsamen, die Sicherheit der eintretenden Staaten selbst gefährdenden Maßregeln; Mäßigung und Umsicht müsse Alles leiten. Nur zu wahrscheinlich sei es, daß man noch weitere Veränderungen erleben werde; wäre einmal der Widerstand des Königs von Preußen unterdrückt, so würde kein anderer mehr möglich sein; noch immer könne der Plan Karls V. wiederaufgenommen werden; man müsse einem solchen die vereinigten Kräfte der Häuser Brandenburg, Braunschweig, Sachsen, Hessen entgegensetzen. Jedes Wort zeigt, wie sehr die großen Kämpfe des sechszehnten Jahrhunderts auf das achtzehnte einwirken. Ohne unmittelbare Rücksicht auf die Religion dienten doch die Handlungen des schmalkaldischen Krieges gewissermaßen zum Vorbilde und die damaligen Unglücksfälle zur Lehre. Hardenberg meint, man müsse sich zu gemeinschaftlichen Grundsätzen und der Vertheidigung derselben nach einem bestimmten Plane vereinigen. Aber die Frage ist, fährt er fort, wie man zu einem solchen Plane gelangen könne. „Von Ew. Durchlaucht kann er nicht kommen; es hieße sich compromittiren, wenn man in einer so schwierigen

Sache vorangehen wolle; man kann nicht hoffen, daß der Gedanke in Hannover oder in Dresden gefaßt wird; er muß von dem Könige von Preußen kommen. Wenn Ew. Durchlaucht ermächtigt würden, in England und in Hannover einen bereits fertigen Plan mitzutheilen, so wird die Sache vielleicht ausführbar sein." Er rechnet darauf, daß in England jetzt eine andere Stimmung herrsche als früher; auch in Hannover sei kein Gemmingen mehr [1]). Wer aber, heißt es weiter, soll die Kosten bezahlen? Der König von Preußen allein ist reich. Sachsen erhebt sich mit Mühe wieder. Hannover hat nichts. Wenn man sich zum Theil für Holland bewaffnete — soeben waren die Scheldeirrungen zwischen dem Kaiser und den Holländern zum Ausbruch gekommen —, würden sie nicht auch Subsidien zahlen müssen? An Geld fehle es ihnen nicht.

Wir haben hier einen eigenthümlichen, auf den Eindrücken der politischen Lage beruhenden Plan vor uns, dessen Kern darin besteht, eine Verbindung zwischen Holland, England und Preußen, auf diesem Grunde aber eine Vereinigung der größeren norddeutschen Staaten mit Preußen im Gegensatz gegen die österreichischen Uebergriffe zu Stande zu bringen.

Ganz unveranlaßt war diese Eingabe doch nicht. Der Herzog hatte wissen wollen, inwiefern es den Reichsständen erlaubt sei, sich zur Vertheidigung ihrer Rechte zu bewaffnen. Darüber hat dann Hardenberg, der sich gern mit reichsrechtlichen Studien beschäftigte, einen besonderen Aufsatz abgefaßt [2]). Er geht darin von dem Landfrieden von 1548 aus, durch welchen Karl V. alle Gewaltsamkeiten und jeden zum Zweck derselben aufgerichteten Bund bei Strafe der Acht verboten habe. Das werde nun zwar im Allgemeinen durch den westfälischen Frieden bestätigt, allein dabei doch das Recht der Fürsten, unter sich und mit Auswärtigen Bündnisse zu schließen, erneuert, nur mit der Maßgabe, daß dadurch das Reich selbst nicht in Gefahr gerathen dürfe. Wie nun das Recht der Bündnisse, so sei auch das Recht der Waffen den Fürsten im westfälischen Frieden zugesichert worden, immer mit Vorbehalt der Sicherheit des Reiches. Nun aber sei auch der Kaiser durch ähnliche Verpflichtungen in Bezug auf Bündnisse, Krieg, Durchzüge gebunden, und es sei vollkommen gesetzlich, daß man sich ihm, selbst

1) Gemmingen war 1783 gestorben.

2) Précis succinct des droits des Etats de l'Empire par rapport aux armes et aux traités. Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg V, S. 5 ff.

die Waffen in der Hand, widersetze, sobald er die Sicherheit des Reiches gefährde oder die Fundamentalgesetze desselben überschreite. Denn auch in dem Landfrieden werde der Widerstand im Fall eines Angriffes vorbehalten. Auch in dem westfälischen Frieden werde den durch eine Verletzung desselben Benachtheiligten gestattet, wenn alle Versuche eines gütlichen Austrages drei Jahre hindurch vergeblich geblieben seien, die Waffen zu ergreifen. So könne man die Religion selbst vertheidigen und sich gegen Verweigerung der Justiz schützen.

Gleichviel, ob durch die Deductionen Hardenbergs überzeugt oder auch nicht, der Herzog ging auf dessen Anträge ein. Er theilte ihm die aus Berlin zugegangenen einschlagenden Schriftstücke mit, und auf der Stelle machte sich Hardenberg auf den Weg, um in Hannover die Durchführung seiner Pläne persönlich einzuleiten.

Was ihm dabei am meisten zu statten kam, war die Anwesenheit des Herzogs von York, Friedrich, des zweiten Sohnes Georgs III., der damals Fürst-Bischof von Osnabrück war und in Deutschland residirte. Der Herzog von York war kurz vorher in Wien gewesen und hatte sich mit der Ueberzeugung durchdrungen, daß der Hof mit umfassenden Eroberungsabsichten umgehe. Auf das lebendigste nahm auch er an den Besorgnissen Theil, welche die Schritte des Kaisers in Holland erregt hatten. Der dort überhandnehmende französische Einfluß war ihm persönlich zuwider. Es kostete Hardenberg, der den Herzog vorlängst kannte und sein Vertrauen besaß, wenig Mühe, ihn ganz für sich zu gewinnen. Miteinander begaben sie sich dann zu dem leitenden hannoverschen Minister Busche [1]. Sie fanden ihn leidend und im Bett. Die Sache, die sie ihm vortrugen, war ihm jedoch nicht vollkommen unbekannt. Soeben war vielmehr ein Schreiben von Berlin eingetroffen, in welchem an lebhafte Klagen über die Umgriffe des Kaisers die Anfrage geknüpft wurde, „ob man in Hannover nicht geneigt sei, im Bunde mit dem Könige von Preußen und anderen patriotischen Reichsfürsten sowohl durch gemeinschaftliche Maßregeln auf dem Reichstage als auch mit anderen kräftigeren Mitteln denselben entgegenzutreten" [2].

In Hannover war man sehr bereit zu gemeinschaftlichen Schritten an dem Reichstage; aber die andere Seite der Anfrage, welche

1) Ernst August Wilhelm von Busche, hannoverscher Minister 1773—91.

2) A. Schmidt, Geschichte der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen seit der Zeit Friedrichs des Großen. S. 143.

die kräftigeren Mittel betraf, flößte Besorgniß ein. „Das Ministerium", sagte Hardenberg, „ist noch immer so schwach wie im Jahre 1778. Seine Principien sind noch immer dieselben; den Distinctionen der Publicisten gemäß hält es zwar an dem Rechte der Waffen fest, jedoch nur für den Fall, daß ein Stand in seinen Staaten wirklich angegriffen ist". Hardenbergs Meinung dagegen war, daß man auch verderblichen Anschlägen widerstehen und die Waffen ergreifen könne, sobald der Kaiser die Verfassung offen verletze; sonst werde sich ein unternehmender und ehrgeiziger Kaiser wahrhaftig nicht im Zaum halten lassen.

Man hatte in Hannover überdies die Meinung, der König von Preußen werde das neue Bündniß zu seinem besonderen Vortheil mißbrauchen. Hardenberg erinnerte: daß, wenn der König ein Interesse habe, mit seinen Nachbarn verbunden zu sein, es auch das Interesse der Stände sei, die Macht des Hauses Brandenburg als das einzige Gegengewicht im Reiche aufrechtzuerhalten. Nur Busche selbst gab diesen Vorstellungen Gehör. Gegen die übrigen Minister wagte Hardenberg seine Erörterungen gar nicht vorzubringen. In der Antwort, die sie gaben, ist denn auch nur von Anwendung der für die Erhaltung der Reichsverfassung zweckmäßigen Mittel die Rede [1]). Um so erwünschter war es nun, daß der Herzog von York kein Bedenken trug, die Sache in dem Lichte, wie sie Hardenberg begriff, seinem Vater vorzustellen. Gleich bei seiner Rückkehr von Wien hat er demselben geschrieben: der Kaiser gehe ohne Zweifel mit einem großen Entwurfe um, der noch nicht reif sei, aber der Welt zeigen werde, wie weit über alle Schranken hinaus sein Ehrgeiz reiche [2]). Jetzt, fügte er hinzu, habe sich diese seine Voraussetzung bereits erfüllt: der Kaiser trete mit einer Ab-

1) A. Schmidt a. a. O. S. 143 . . . S. Maj. von Großbritannien werde mit dem Könige von Preußen „über die Nothwendigkeit, für die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung, Gesetze und Friedensschlüsse alle Sorgfalt und alle zweckmäßigen Mittel anzuwenden, völlig gleiche Gesinnungen hegen."

2) My ideas, which I had the honour of writing to Your Majesty upon my return from Viena, are very found: that the emperor had some great project in view, which was not then ripe, but what, when ready, would show, how unbounded his ambition is. Secondly: that this project is not a new one; it is the great point, to which all his views ever, since he mounted to the throne, have tended. — — The Keeping up the constitution of Germany depends wholy upon the balance of power between the King of Prussia and the emperor. Der undatirte Brief muß noch in den Februar 1785 fallen.

sicht hervor, welche er seit seiner Thronbesteigung am meisten im Auge gehabt habe; er wolle Baiern gegen die Niederlande, die dann ein Königreich Austrasien oder Burgund bilden sollten, austauschen. Dem Herzog von Zweibrücken werde eine Ausstattung von einigen Millionen versprochen, wenn er es zugebe. Zugleich aber bedrohe man ihn, falls er sich weigere. Die Kaiserin von Rußland sei mit dem Plane einverstanden, der König von Frankreich nicht dagegen, Deutschland nur auf sich selbst angewiesen. Sein Vater würde sich in seiner Eigenschaft als Kurfürst von Hannover Tadel zuziehen, wenn er nicht zur Vertheidigung der Reichsverfassung mit anderen Fürsten gemeinschaftliche Sache mache; er möge bedenken, daß die Verfassung von Deutschland auf dem Gleichgewicht zwischen Oesterreich und Preußen beruhe [1]).

Schon war auch in London von der Sache die Rede gewesen. Der dortige preußische Gesandte, Graf Lusi, war von Friedrich beauftragt worden, zu erforschen, ob der König von England nicht zu bewegen sei, als Kurfürst von Hannover im Verein mit ihm und anderen deutschen Fürsten sich den für das Gleichgewicht im Reiche so gefährlichen Arrondirungsabsichten des Wiener Hofes zu widersetzen. Lusi wendete sich an den hannoverschen Minister des Königs, Alvensleben, der dann nicht allein von der Geneigtheit des Königs, auf den Antrag einzugehen, Kunde gab, sondern zugleich eine Zusammenkunft der Minister von Sachsen und Hannover mit den preußischen, um die Sache zu Ende zu führen, in Vorschlag brachte. Die Erklärungen Alvenslebens gingen über die von dem hannoverschen Ministerium gegebenen in Wahrheit noch nicht hinaus. Er meinte wie dieses, der Herzog von Zweibrücken möge sich am Reichstage über die Zumuthungen des Kaisers beschweren, durch welche die Hausverträge der pfälzischen Fürsten untereinander gefährdet werden, worauf denn eine Verbindung der drei Kurfürsten über die zweckmäßigsten Mittel, dem Einhalt zu thun und die deutschen Fürsten überhaupt zu sichern, folgen könne [2]). Im Gespräch mit Lusi bestätigte König Georg die Aeußerungen seines Ministers

---

1) Vergl. Die deutschen Mächte und der Fürstenbund I. S. 227.

2) . . . qu'en conséquence de cette demande V. M. et les électeurs de Saxe et d'Hannovre s'accordassent ensemble sur les moyens les plus propres, de mettre en sûreté pour le présent et pour l'avenir non seulement les états de l'électeur Palatin, mais encore ceux de tous les autres Princes d'Allemagne ainsi que la liberté et la constitution de l'empire. . . . Schmidt, a. a. O. S. 186.

und bezeigte seinen Beifall über den patriotischen Eifer des Königs von Preußen. In dem Briefe an seinen Sohn ging er selbst noch weiter heraus. Er sagte, das Königreich England sei nicht im Stande, sich in einen Krieg einzulassen; aber in seiner Eigenschaft als Kurfürst werde er, der König, ohne Bedenken an der Vertheidigung des Reiches in Verbindung mit anderen großen Häusern Theil nehmen. Also doch eine Andeutung, obwohl nur eine unbestimmte, daß man im Nothfall auch zu den Waffen greifen würde [1]).

So faßte das auch Hardenberg auf, dem der Herzog von York den Brief seines Vaters zufertigte. Er fand die Antwort der von ihm gefaßten Absicht durchaus entsprechend [2]); mit den soeben eingelaufenen preußischen Anträgen traf die Erklärung Georgs III. nicht in jedem einzelnen Punkte, aber im Allgemeinen zusammen. Man konnte nun ernstlich zu einer Vereinbarung schreiten. Hardenberg, an sich ein Anhänger Hertzbergs, mißbilligte doch einige der wichtigsten Artikel, die dieser aufgenommen hatte [3]). Aber man beeiferte

1) Schmidt a. a. O. S. 186.

2) J'ai reçu avec une satisfaction bien vive la réponse tout à fait favorable de Sa Majesté Britannique, que V. A. R. a daigné me communiquer par une estaffette.

3) Man lernt ihn in jenen reichsrechtlichen Deductionen, deren wir gedachten, kennen. Indem er die Hertzberg'schen Entwürfe, die ihm nun erst bekannt wurden, im Allgemeinen annahm, machte er doch auch einige Einwendungen dagegen, die nicht ohne Belang sind. Hertzberg hatte in seinem ersten Entwurf vom Ende des Jahres 1784 unter den Zwecken der Association auch die Durchführung der Recurse gegen einige in den Reichsgerichtshöfen wider sie ergangene Sentenzen, ferner die Frage, inwieweit die Säcularisation von Klöstern, welche von katholischen Fürsten vorgenommen werde, auf deren in protestantischen Ländern belegene Pertinenzien Anwendung finde, endlich die Ausschließung des Reichsadels von den Erzbisthümern und Bisthümern durch mächtige Reichsfürsten namhaft gemacht. Hardenberg erklärt sich in seiner Correspondenz mit dem Herzog von Braunschweig gegen alle diese Punkte: denn bei den Recursen sei der Rechtspunkt oft sehr zweifelhaft. Ebenso leuchte doch nicht ein, inwiefern der westfälische Friede die weltlichen Oberherren eines zu Klöstern, die man jetzt säcularisire, gehörenden Gebietes berechtige, diese als herrenlose Besitzthümer selbst einzuziehen. Endlich die Absicht, die großen katholischen Häuser von den Beneficien der Kirche auszuschließen, würde man nie erreichen. Er hielt dafür, daß man einfach bei der Behauptung der Constitution des Reiches, wie sie durch den westfälischen Frieden festgestellt sei, und deren Vertheidigung gegen jedweden Angriff stehen bleiben müsse. Auch gegen die späteren Schreiben und Entwürfe Hertzbergs machte er einige Einwendungen. Die politischen Anschauungen des preußischen Ministers fanden immer ihre Kritik in Braunschweig, so sehr auch Hardenberg sonst zu den Verehrern Hertzbergs gehört.

sich, alle Anstände zu heben, zumal da die Sache trotz der beschwichtigenden Erklärungen des Kaisers noch immer sehr dringend erschien. Die Zusammenkunft fand wirklich statt, in der dann der Unionsvertrag zu Stande gebracht worden ist. Nicht allein die Mittheilungen Hardenbergs, die Erinnerungen des Herzogs von York sind es gewesen, was den König Georg, Kurfürst von Hannover, bestimmte, sich in einem, seinem früheren Verhalten nicht entsprechenden Sinne zu entscheiden. Das Meiste trug die Lage der allgemeinen Angelegenheiten dazu bei. England fürchtete unaufhörlich eine Allianz zwischen Frankreich und Holland zur nochmaligen Erneuerung des abgebrochenen Seekrieges. Es war gegen Oesterreich, weil diese Macht mit Frankreich in der engsten Allianz stand, und für Preußen, weil dessen Einfluß auf Holland ihm in einem entgegengesetzten Sinne zu statten kommen konnte [1]). So hat sich der Herzog von York in einem Briefe an Hardenberg sehr ausdrücklich erklärt [2]). Auch Hardenberg selbst war dieser Meinung. Sein Verdienst ist es allemal, den Augenblick ergriffen zu haben, in welchem eine Annäherung zwischen England=Hannover und Brandenburg=Preußen möglich war. Ohne begünstigende Umstände wird der Diplomat nie etwas erreichen. Hardenbergs Interesse aber blieb doch allezeit ein recht eigentlich deutsches. Seinen Deductionen und mündlichen Erörterungen wird es hauptsächlich zuzuschreiben sein, daß man hannoverscherseits auf eine eventuelle Anwendung der Waffen, wenn durch andere Mittel nichts zu erreichen sei, eingegangen ist.

Der Herzog Karl Wilhelm Ferdinand selbst war nicht immer leicht zu behandeln; er glaubte, damals bei der Besetzung der Inspection von Magdeburg von König Friedrich verletzt zu sein. Hardenberg beschwor ihn, an der einmal ergriffenen Politik dennoch festzuhalten. Auf die Ausdehnung der Unterhandlungen nach den süddeutschen Höfen hat er keinen wesentlichen Einfluß ausgeübt; aber in dem Kreise, den er sich gezogen, war er unermündlich thätig. Bei den

1) Vergl. über diese Verhältnisse: Die Deutschen Mächte I. S. 240.

2) Il me paraît cependant que c'est l'intérêt également de la Prusse que de l'Angleterre de tâcher de diminuer le pouvoir de la France en Hollande. Car le moment qu'il y aura une guerre, il est naturel de supposer que la France se déclarera pour l'Empereur; si alors les Hollandais les joignent, il sera fort difficile pour l'Angleterre de faire tête aux flottes de ces deux nations ensemble et il lui sera totalement impossible de donner aucune assistance au Roi de Prusse. Brief vom 23. Juni 1785.

definitiven Verhandlungen in Berlin, denen nicht der Entwurf Hertzbergs, sondern ein von den hannoverschen Ministern eingebrachter zu Grunde gelegt wurde [1]), kam es zu Bestimmungen, die seinen Vorstellungen, namentlich denen, die er in Hannover gemacht hatte, entsprachen.

In dem geheimsten Artikel wurde nun auch die Truppenzahl, die man gemeinschaftlich aufstellen wollte, zwischen den drei Kurhöfen näher bestimmt [2]). Dann aber erhob sich für die minder mächtigen Höfe, namentlich für Braunschweig, eine große Schwierigkeit.

Noch in der Abtragung der Schuldenlast begriffen, die auf dem Lande lag, und darüber durch besondere Vereinbarungen mit seiner Landschaft gebunden, erklärte es Karl Wilhelm Ferdinand für schlechthin unmöglich, eine neue Verpflichtung über sich zu nehmen. Er hatte mit Hannover eben in Bezug auf seine Schulden einen Subsidienvertrag, der noch eine Zeitlang dauern sollte, abgeschlossen und machte nun den Versuch, diesen auf eine solche Weise umzugestalten, daß ihm die Aufstellung und Erhaltung eines selbständigen Truppencorps möglich gemacht würde. In Hannover aber hatte man den strengen Befehl, auf eine Vereinigung des Subsidientractates mit der neuen Union nicht einzugehen. Sollte nun der Herzog den Beitritt zu derselben, die doch zum Theil sein Werk war, am Ende verweigern? Es wäre für ihn und für Hardenberg sehr empfindlich gewesen. Er unterschrieb endlich den Vertrag, die geheimen und auch die geheimsten Artikel, aber mit dem Vorbehalt, daß bei der Festsetzung seines Contingents die Bestimmung darüber immer von seinem eignen Ermessen abhängig bleiben sollte.

Man sieht, wie es nur eine geringe Befriedigung für den hochstrebenden Staatsmann sein konnte, in dieser beschränkten Enge unter dem Druck alter Schulden zu arbeiten. Auch in den eigentlich inneren Verhältnissen kam das zu Tage.

---

1) Die deutschen Mächte I. S. 230.
2) Die deutschen Mächte I. S. 234.

Achtes Capitel.

Schuldirectorium.

Es würde nicht weit führen, der Theilnahme Hardenbergs an kleinen Auseinandersetzungen mit den Nachbarn, z. B. in Bezug auf die Bergwerke, nachzugehen. Aber es ist auch unmöglich: die Archive des Landes bieten darüber nichts dar. Dagegen liegen über einen Gegenstand von allgemeinstem Interesse, den Hardenberg als braunschweigischer Minister behandelte, Actenstücke vor, die einen Blick in seine Tendenzen zugleich und die ständischen Verhältnisse, mit denen er dabei in Conflict gerieth, eröffnen; wir meinen das Schulwesen, dessen Verbesserung damals die strebenden Geister in der Welt auf das lebhafteste beschäftigte. Der Emil Rousseau's war erschienen und in aller Welt gelesen worden; allgemeinen Beifall fand der Versuch, die Erziehung von den gesellschaftlichen Zuständen, denen sie eben unterlag, unabhängig zu machen und sie wieder der Natur anzunähern. Auf eine bloße Reproduction des Vorhandenen mit allen seinen Unzuständigkeiten sollte es nicht mehr abgesehen bleiben. Man wollte die Jugend nach dem Begriffe des Allgemein-Menschlichen erziehen. Unmittelbar an Rousseau reihte sich Pestalozzi, dessen Schriften, in der Schweiz gedacht und ausgearbeitet, überall, wo man Deutsch sprach, die lebendigste Theilnahme erweckten. Vor Allem galt es dabei der Abwehr der engen bürgerlichen Verhältnisse in den Städten nicht allein, sondern auch auf dem Lande. Die Mütter erscheinen, wie bei Rousseau, so auch bei Pestalozzi in der vollen Größe und Bedeutung ihres Berufes, für die erste Erziehung bei dem einen, für die Haushaltung bei dem anderen.

In Deutschland war ein analoges Bestreben verwandter Natur, aber doch von eigenthümlichster Art und Weise schon längst im Gange. Hier hatte es zugleich eine theologische und zwar kirchlich oppositionelle

Richtung. Basedow hat noch in den Schulen der Wolf'schen Philosophie, inwiefern in derselben von der natürlichen Religion die Rede war, seinen Antrieb empfangen. Seine Schriften waren heterodoxen Inhalts: sie haben ihm selbst in Altona die Excommunication zugezogen. Dennoch herrschte in dem protestantischen Deutschland das streng kirchliche System, wie es sich im sechszehnten und siebzehnten Jahrhundert gebildet hatte, in genauer Verbindung mit landschaftlichen und ständischen Einrichtungen ungebrochen vor. Es bestimmte das bürgerliche Leben; es war um so tiefer in die Gemüther gedrungen, da die Lehre gleichsam ein Moment der Freiheit enthielt und nur mit den größten Anstrengungen errungen worden war. Und da der Begriff das Ewige umfaßte, so waren Unterricht und Erziehung der Jugend ausschließend darauf begründet; die Universitäten hielten ihn wissenschaftlich aufrecht: auf den gelehrten Schulen machte die Erlernung der alten Sprachen, die zur vollen Theilnahme an den theologischen sowie an den juridischen Studien und anderen befähigten, den vornehmsten Gegenstand des Unterrichts aus. Die Volksschule erschien als ein kirchliches Institut; sie war der protestantischen Welt von Grund aus eigenthümlich und diente vor Allem der Fortpflanzung der Religion in die aufwachsenden Geschlechter. Verschließen wir unsere Augen nicht gegen die hohe historische und moralische Bedeutung dieses Zustandes; denn fast das wichtigste Moment der Geschichte, soweit sie die lebenden Generationen berührte, lag in dieser Bildung des protestantischen Lebens an und für sich; der religiösen Idee in dieser Form wohnte eine seelenstärkende Kraft inne. Aber dabei waren doch die mannichfaltigsten Uebelstände zu bemerken, wie sie mit der Herrschaft einer ausschließenden Orthodoxie verbunden zu sein pflegen. Die bedeutendsten Geister des Jahrhunderts haben sich in der Opposition gegen dieselbe durchgebildet. Basedow gehörte nicht in deren Reihe; aber er war ein Mann, der mit Entschlossenheit und mit dem heftigen instinctartigen Impuls, welcher nichts weiteres kennt als seine eigene Sache, die Absicht ergriff, die Erziehung der Jugend von diesem System zu emancipiren. Er meinte dem emporwachsenden Geschlecht eine freiere und genußreichere Jugend zu verschaffen, als die strenge Zucht der protestantischen Schule es bisher gestattete. Sein Unternehmen fand an den großen und fast noch mehr an den kleinen Höfen vielen Eingang; einer der kleinsten deutschen Fürsten, der Fürst von Dessau, war es, der ihm in seiner Hauptstadt ein Institut in seinem Sinne zu errichten ge-

stattete und möglich machte. Das Philanthropin wurde fast weniger wichtig durch den Einfluß auf die Zöglinge als durch die gleichgesinnten Genossen der Arbeit, die sich an Basedow anschlossen. In der Geschichte der Pädagogik haben die Namen Campe, Salzmann, Trapp, Olivier, Wolke einen guten Klang. Diese gehörten alle zu der Schule des Philanthropin.

Einer von ihnen, Joachim Heinrich Campe, der das meiste literarische Talent besaß und zwar ein solches, das durch Popularität sich gerade bei der Jugend Einfluß verschaffte — für den Unterricht selbst ist es ohne Zweifel größer, als die Gabe Pestalozzi's —, war mit dem Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, seinem geborenen Landesherrn, bekannt und hatte dessen Beifall gefunden. Das Gute hatten die kleinen Souveränetäten, daß sie Versuche der Neuerung in der Cultur des Volkes gestatteten und begünstigten. Dem Herzog selbst war daran gelegen, daß Campe seinen Aufenthalt in Braunschweig nehmen und hier einen Versuch zur Besserung des Schulwesens machen sollte. In dem Jahre 1785 erschien derselbe in der Hauptstadt, um Hand an das Werk zu legen, insofern ein Moment von Bedeutung, als die Veränderung des Unterrichtes, die im Philanthropin nur einen privaten Charakter gehabt hatte, nunmehr zu einem öffentlichen gelangte, in einem deutschen Fürstenthum, das unter den mindermächtigen obenan stand. Man konnte sich dabei auf einige frühere Beschlüsse der Landstände beziehen. Der neue Minister des Herzogs, Hardenberg, widmete der Sache seine ganze Theilnahme. Auf die Gunst des Herzogs und des Ministers gestützt, nahm Campe einen rücksichtslosen Anlauf, seinen Ideen Bahn zu brechen. Aus dem historisch Gewordenen und gesetzlich Bestehenden sollte sich gleichsam im Laufe des Geschäfts unter der höchsten Autorität eine Veränderung hervorbilden, welche eine umgestaltete Zukunft verhieß. Man möchte mit Campe, wenn die Stellungen nicht allzu verschieden wären, Mirabeau vergleichen, welcher kurz nachher dem neuen Könige von Preußen eine durchgreifende Reform seines Staates nach den damals in Europa zur Herrschaft kommenden Ideen anrieth.

Der Entwurf Campe's auf dem ihm eigenthümlichen Gebiete war nicht viel minder weitausgreifend; auf der einen Seite nahm er einen Umschwung der theologischen Studien in Aussicht; er trug darauf an, den wohlbekannten Doctor Bahrdt nach Helmstedt zu berufen und ihm die Leitung eines pädagogischen Seminars zu übertragen: dies werde zugleich die beste Vorbereitung zu den theologi-

schen Studien bilden, freilich in ganz anderem Sinne, als in welchem diese Verbindung bis jetzt existire. Man würde wohlthun, das theologische Seminar in Riddagshausen zu diesem Sinne einzurichten und ein Erziehungsinstitut damit zu verbinden, um junge Männer theoretisch und praktisch zu bilden [1]). Für die Schullehrer fordert Campe Verbesserung der Besoldungen und angemessene Titulatur sowie Aussicht auf die einträglichsten geistlichen Aemter und andere Aufmunterungen. In den Schulen selbst sollen die classischen Autoren nur nach Auswahl ihres Inhalts gelesen werden: denn neben dem Guten, das sie enthalten, finde sich darin auch vieles Unwahre, Unnütze, Sittenverderbende. Die Schulbücher müsse man nach einem Plan einrichten und zwar nach dem seines Revisionswerkes; Campe bringt die Einführung einer Schul-Encyklopädie, einer von den aufgeklärtesten Pädagogen ausgearbeiteten „vollständigen Folge von Schulbüchern, die gleich den Rädern einer Uhr ineinander greifen“, und zugleich eine Schulbuchhandlung in Vorschlag [2]). Sein Plan, der auf eine radicale Umgestaltung hinauslief, war nicht ganz ohne Eigensucht. Die Educationsidee, mit der er sich trug, würde der Mittelpunkt der geistlichen Landesverfassung überhaupt geworden sein. Es ist von Interesse, zu bemerken, wie nun Hardenberg, der die Absicht im Allgemeinen theilte, sich zu dem besonderen Plane verhielt. Den Gedanken, Bahrdt nach Helmstedt zu ziehen, verwarf er schon deshalb, weil dieser Mann von mancher schlechten Seite bekannt sei; davon aber war er durchdrungen, daß Campe bei der Umbildung des Unterrichts, wofür ohne Zweifel etwas geschehen müsse, ungemein gute Dienste leisten könne. Nachdem er mit einigen der angesehensten Männer in Braunschweig, dem Vicepräsidenten Jerusalem, dem Generalsuperintendenten Richter und dem Hofrath Mahner, die Sache besprochen, schlug er dem Herzog vor, sie zu unternehmen und zu diesem Zweck, namentlich auch zur Abfassung der Schulbücher, eine Commission niederzusetzen. Campe sollte als

1) Um brauchbare Schulmänner in erforderlicher Anzahl zu bekommen, müßte a) das ganze bisherige, in hohem Grade zweckwidrige theologische Studium nach dem neulich entworfenen, in den meisten Stücken vortrefflichen Plane des Dr. Bahrdt umgeändert werden; b) es müßte ein Mann von Bahrdts Talenten, Einsichten und Activität nach Helmstedt berufen werden, welcher einige schwer zu besetzende Fächer dieses Planes ganz ausfüllen könnte.

2) „Vorläufiger Entwurf dessen, was zu einer gründlichen, gänzlichen und fortdauernden Schulverbesserung erfordert wird.“ Original im herzoglichen Landesarchiv zu Wolfenbüttel.

Schulrath in Braunschweig fixirt und durch Bewilligung einiger Vortheile für seinen Buchhandel belohnt, neben ihm Professor Trapp berufen werden mit einem kleinen Gehalt aus der Klosterkasse, den Campe aus dem Ertrage der Buchhandlung zu vergrößern verspräche [1]).

Einen bestimmten Charakter bekam der Vorschlag nach dem Tode des Vorsitzenden im Consistorium, Geheimen Rathes von Braun. Hardenberg meinte, daß man den Augenblick benutzen müsse, um die Durchführung der Schulverbesserung von dem Consistorium unabhängig zu machen; der Herzog möge ein förmliches Schuldirectorium einsetzen, dem nicht allein die Schulmänner durchaus, sondern auch die Geistlichen, insofern sie davon betroffen werden würden, suborbinirt sein sollten [2]). In Hardenbergs Natur lagen überhaupt keine radicalen Tendenzen; er war weit entfernt davon, die auf eine theologische Reform zielenden und die Verfassung der Kirche betreffenden Vorschläge Campe's zu billigen; aber durchaus in seinem Sinne war es, der Regierung eine unmittelbare, durch die Kirche nicht behinderte Action in Bezug auf den Unterricht zu verschaffen; dafür wollte er Campe's Sachkunde, Eifer und pädagogisches Talent verwerthen.

Ganz ohne gesetzlichen Anhalt war, wie berührt, dies Vorhaben nicht. Bei den letzten braunschweigischen Ständeversammlungen 1769 und 1775 war es als ein Landesdesiderium zur Sprache gekommen, daß die Schulen verbessert werden müßten, und zwar wie die gelehrten, so auch die Elementarschulen. Eine Commission zu diesem Zweck war bereits in Aussicht genommen; man hatte auch von der Einführung neuer Lehrbücher, die zum Unterricht der Lehrer selbst, für jede Schule anzuschaffen und in derselben aufzubewahren sein würden, gesprochen. Auf diese Aeußerungen der Stände, denen doch keine Folge gegeben war, gestützt, entschloß sich der Herzog, ohne weitere Rücksprache mit ihnen, zu einem entscheidenden Schritte. Wenige Tage nach der letzten Eingabe Hardenbergs, am 12. Juli 1786, erschien die fürstliche Verordnung, durch welche das Schuldirectorium eingerichtet und sämmtliche Schulen in den Städten und auf dem Lande der Aufsicht desselben ausschließlich unterworfen, die Geistlichen und Civilbehörden

1) Unterthänigstes Pro Memoria Hardenbergs, d. d. Braunschweig, 24. December 1785.

2) Unterthänigstes Pro Memoria Hardenbergs, das Schulwesen betreffend, vom 4. Juni 1786.

aber angewiesen wurden, seinen Anordnungen in allem, was das Schulwesen betreffe, gehorsame Folge zu leisten. Auf eine solche Einrichtung waren nun aber die Absichten der Stände keineswegen gegangen. Die Landstände besaßen überhaupt viel Macht in Braunschweig, und durch den Uebertritt des Herzogs Anton Ulrich zum Katholicismus waren sie veranlaßt worden, gerade die geistliche Landesverfassung unter ihre Obhut zu nehmen. Die finanziellen Anordnungen der letzten Regierung waren ihnen, da sie zur Deckung der Schulden herbeigezogen wurden, insofern zu statten gekommen, als man festsetzte, daß die Stände nicht allein bei der Einführung neuer Steuern concurriren, sondern daß überhaupt, einige wenige Fälle ausgenommen, keine Steuern ohne ständische Bewilligung ausgeschrieben werden dürften [1]). Mit den Rechten der Stände waren die Befugnisse der einmal eingerichteten Behörden auf das innigste verwebt. Den unangenehmsten Eindruck auf die Stände machte nun die Errichtung einer neuen, von allen anderen unabhängigen obersten Behörde zur Direction der Schulen im Gegensatz mit der bisherigen Unterordnung derselben unter das Consistorium. Und zugleich hob man das religiöse Moment mit Nachdruck hervor. Den meisten Widerspruch erweckte das Vorhaben, den Schulmeistern neue Lehrbücher in die Hände zu geben. Die bisherigen, sagte man, seien vollkommen übereinstimmend mit der Landesreligion, „den Lehren der unveränderten Augsburgischen Confession, dem Corpus Doctrinae Julium, der bestehenden Kirchen-Ordnung"; jetzt berufe man Männer, großentheils Fremde, welchen von dem allen keine Kenntniß beiwohne; in die Bücher, die sie verfassen würden, könne leicht etwas einfließen, das wider die angenommenen kirchlichen Doctrinen und Ordnungen laufe. Im Namen der Stände brachte das Schulcollegium in Erinnerung, daß auch durch die fürstlichen Asseeurationen die Erhaltung dieses Zustandes gewährleistet werde, und stellte die Forderung auf, daß die neuen Lehrbücher vor ihrer Einführung der Prüfung des Consistoriums unterworfen werden sollten.

Diese Einreden hinderten nun nicht, daß das neue Directorium in aller Form eingesetzt wurde. Am 3. October 1786 wurde die erste Sitzung gehalten, in welcher Hardenberg, der zum Präsidenten ernannt worden war, die Mitglieder in Eid und Pflicht nahm und über die Art und Weise der Geschäftsverwaltung,

1) Dobbeler, Landständische Verfassung in Braunschweig. 1831. S. 33.

die Sitzungen, die alle Dienstag stattfinden sollten, die Expedition der Beschlüsse, die Registratur die nöthigsten Bestimmungen getroffen wurden [1]). Noch war alles vorläufig; Hardenberg hatte noch keine Instruction für die Mitglieder abgefaßt. Campe wurde ersucht, seine Gedanken über die Bücherreform mitzutheilen, ein anderes Mitglied, die Fragen aufzustellen, die man den Lehrern und ihren bisherigen Ephoren vorzulegen habe, um sich über den Zustand der Schulen zu unterrichten. Manche überaus merkwürdige, von dem Hergebrachten abweichende Entwürfe sind in Vorschlag gekommen. Aber die Hauptfrage war eine andere; sie betraf das gegenseitige Rechtsverhältniß der Stände und der Regierung. Es ist selbst für die spätere Laufbahn Hardenbergs wichtig, zu bemerken, wie er dieselbe behandelte. Wenn er dem Fürstenthum der kaiserlichen Gewalt gegenüber ein großes Maß von Autonomie zuschrieb, so meinte er auf der anderen Seite die landständischen Rechte, wiewohl er sie nicht in Abrede stellte, doch auch nicht weit um sich greifen zu lassen. Allerdings gab es Momente, in denen die landständische und die kaiserliche Autorität einander zum Nachtheil des Fürstenthums unterstützten. An Pütter und Moser sich anschließend, stellte Hardenberg die Theorie auf, daß Landeshoheit und ständische Rechte als zwei ursprünglich unterschiedene Momente einander gegenüberständen, die dann in den landständischen Verfassungen vermengt worden seien. Ob nun den Landständen eine Art von Mitregierung zustehe und wie weit sich diese erstrecke, darüber war man eben streitig. Hardenberg erkennt an, daß die Einwilligung der Stände in allen die Steuern betreffenden Angelegenheiten unbedingt nothwendig sei; in anderen komme ihnen bloß ein consultatives Votum zu. Man nenne sie die geborenen Räthe des Fürsten; auch seien sie das; der Fürst müsse sie in allen Angelegenheiten hören; aber er sei nicht gebunden, ihrem Rathe zu folgen, wenn er etwas Anderes für das Bessere halte. Die Voraussetzung gelte, daß den Ständen nichts gehöre, als was in ihren Privilegien ihnen ausdrücklich zugestanden sei. Wollten sie eine Ausnahme von dieser Regel geltend machen, so würden sie ihre Befugniß dazu bündig beweisen müssen. Wo aber und wann sei ihnen zugestanden worden, daß der Fürst kein neues Collegium ohne ihre Mitwirkung errichten dürfe? Das geistliche Recht des

1) Actum praesentibus des H. G.-R. von Hardenberg-Reventlow Exc., der Herren Hofrath Mahner, General-Superintendenten Richter, Schulrath Campe, Professor Stuve, Professor Trapp, Conrector Heusinger et me secretario Bischof.

Fürsten, mit dem die Schulsachen eng verbunden, leitet er aus dem Majestätsrechte, das aus der Landeshoheit fließe, und aus dem bischöflichen Rechte her, das aus der Reformation der Kirche entsprungen sei. Nirgends aber sei bestimmt, daß dies durch die Consistorien allein ausgeübt werden solle. Der Fürst sei vollkommen in seinem Rechte, wenn er jetzt hierüber Verfügung treffe und ein Obercollegium zur Direction der Schulen bestelle. Nur in einem Falle könnte das Land sich beschweren dürfen, wenn nämlich die kirchliche Lehre beeinträchtigt würde. Das aber sei hier nicht der Fall. Er, der Minister, würde dem Herzog rathen, der Meinung der Stände zu folgen, wenn sie das nicht als ihr Recht in Anspruch nähmen; da aber dies geschehe, so müsse der Herzog um der Consequenzen willen an seinem Beschlusse festhalten und das Schuldirectorium nicht fallen lassen [1]).

Das leuchtet nun wohl ein, daß den Tendenzen einer durchgreifenden Neuerung, wie sie sich vom Philanthropin nach Braunschweig ausbreiteten, bereits die Spitze abgebrochen war. Die Besorgniß war allgemein, daß dieselben „eine Revolution in der Kirche und in der gründlichen Gelehrsamkeit herbeiführen würden". Sie seien voll Gefahr „für die constitutionsmäßige Lehre, für die gründlichere Gelehrsamkeit und selbst für die Sittlichkeit der Jugend." Die Geistlichen seien voll Besorgniß, unter die Aufsicht von Männern zu gerathen, von denen ihre ganze Thätigkeit herabgewürdigt werde. Schon bemerke man auf der Universität, daß die Jugend streng wissenschaftliche Vorlesungen versäume und den unterhaltenden nachgehe. Damit sei eine Preßfreiheit verbunden, welche das Volk und die Jugend irreführe. Solle den Schriftstellern volle Freiheit, zu behaupten, was ihnen gefalle, gegeben werden? Das Revisionswerk stimme mit den Wolfenbüttler Fragmenten, welche Lessing ein Decennium früher publicirt hatte, genau zusammen. Von großer

1) Der merkwürdige Aufsatz (Braunschweig 13. Jan. 1787) ist in den Denkwürdigkeiten V, S. 10 ff. vollständig mitgetheilt. Hier führe ich nur die Schlußworte an: . . . „So sehr ich also Serenissimo unterthänigst anrathen würde, wenn die Stände ihre Einwendungen als geziemende Vorstellungen und Erinnerungen angebracht hätten, darauf Ihren Landes väterlichen Gesinnungen gemäs, alle mögliche gnädige Aufmerksamkeit zu richten und solche Veränderungen, die nützlich befunden werden, zu verfügen; so wenig getraue ich mir doch itzt, diesen Rath zu geben, da man sich auf ein vermeyntliches Recht gründet, und halte vielmehr bey diesen Umständen dafür: daß Serenissimus bey der einmal beliebten Einrichtung es der Folgen wegen bewenden lassen müssen."

Bedeutung ist doch diese in Braunschweig gewährte, wenngleich nur particulare Preßfreiheit. Die Fragmente, welche in Berlin die Censur nicht passirt hatten, sind in Braunschweig erschienen; die Stellung Lessings in seinen späteren Jahren beruht darauf. Alles, was an der kirchlichen Institution festhielt, gerieth dadurch in Aufregung; sie verdoppelte sich, als man wahrzunehmen glaubte, daß ähnliche Grundsätze durch die Einwirkung der fürstlichen Gewalt in den Schulen eingeführt werden sollten. Diese conservativ kirchlichen Tendenzen der Stände gaben ihrer Opposition gegen die Einführung des neuen Collegiums Leben und Nachdruck. Da nun den Ständen das Recht zuerkannt wurde, über die eingeführte religiöse Doctrin zu halten, so folgte daraus auch ihre Befugniß, wenn nicht die vorgeschlagene Behörde, doch die Zusammensetzung derselben aus Philanthropinisten zu verhindern.

Eine vollkommene Losreißung der Schule von der Kirche zeigte sich überhaupt unausführbar. Die Schulmeister auf dem Lande waren zugleich zu Kirchendiensten verpflichtet und genossen dafür kirchliche Einkünfte. Das Consistorium wollte sich die ökonomische Verwaltung solcher Einkünfte nicht entreißen lassen. Hardenberg gab sich nun alle Mühe, sowohl diese Schwierigkeiten zu beseitigen, als die aus der religiösen Meinung entspringenden Besorgnisse zu zerstreuen; er traf mit dem neu eintretenden Consistorialpräsidenten von Knuth eine Abkunft über das künftige Verhältniß der beiden Behörden [1]), nach welcher die Consistorialräthe ihrer Verpflichtungen, insofern sie das Schulwesen betrafen, enthoben, dagegen aber die in dem Directorium mit dem Examen der Candidaten in Religionssachen beauftragten Mitglieder verpflichtet wurden, auf die Rechtgläubigkeit derselben zu achten. Bei den Schulbüchern sei dafür zu sorgen, daß sie nicht von der reinen christlichen Lehre abweichen dürften. Die Bestallung und eidliche Verpflichtung der Candidaten behielt das Consistorium sich vor und ebenso eine allgemeine Aufsicht über ihr Leben und ihren Wandel. Mit alledem waren jedoch die Stände nicht zu befriedigen. Was sich in der Welt bekämpft, besteht nicht sowohl in den positiven Forderungen, die von der einen oder von der anderen Seite aufgestellt werden, sondern darin, was denselben zu Grunde liegt. Die Tendenzen bekämpfen einander; sowie die eine zu Tage kommt, regt sich die

---

1) Projekt zur Gränz-Bestimmung zwischen dem Fürstl. Consistorio und Fürstl. Schul-Directorio.

entgegengesetzte. Es brachte keine Wirkung hervor, daß Hardenberg die extremen Meinungen der Philanthropinisten nicht theilte, daß er den Anträgen Campe's in Bezug auf Doctor Bahrdt entgegen war. In einer Zusammenkunft von drei Mitgliedern der Regierung, unter denen Hardenberg, und drei Mitgliedern der Stände, in welcher die erwähnte Grenzbestimmung zwischen Consistorium und Schuldirectorium vorgelegt wurde, blieben die ständischen Deputirten dabei, die Unterordnung der Obrigkeiten im Lande unter das Schuldirectorium nicht anzuerkennen; als ein Obercollegium mit solchen Befugnissen, wie sie den anderen Obercollegien zustanden, wollten sie dasselbe schlechterdings nicht gelten lassen [1]). Die Controverse wurde sehr lebhaft; die Stände, die aus drei verschiedenen Curien bestanden, Prälaten, Ritterschaft und Städten, verlangten, daß aus jeder derselben ein Mitglied in dem Directorium Sitz und Stimme habe, und wollten, daß auch alsdann bindende Befehle nicht aus dem Collegium, sondern nur aus dem geheimen Rath selbst in das Land ergehen dürften. Die wesentliche Frage blieb immer, ob die Regierung einen unmittelbaren Einfluß auf die Schulen im Lande ausüben solle oder nicht. Hardenberg versuchte, es mit aller ihm eigenen Geschicklichkeit durchzusetzen. Die Stände verwarfen es unbedingt, und Karl Wilhelm Ferdinand war nicht der Mann, einer so stark andringenden Bewegung zu widerstehen. Die Stände haben wohl gedroht, die Reichsjustiz gegen ihren Herzog aufzurufen. Hardenberg hätte es darauf ankommen lassen. Aber der Herzog fürchtete das Aufsehen, das die Sache machen, die Nachrede, die sie ihm zuziehen würde. Obwohl er überzeugt war, daß er im Rechte sei, ließ er doch sein Vorhaben fallen. Der Fehler, d. h. die Ursache des Mißlingens, lag darin, daß die extreme Tendenz der Philanthropinisten mit dem an sich gerechtfertigten Streben der Regierung in Verbindung gebracht wurde, das vielleicht ohne die Opposition, welche jene erweckte, durchzuführen gewesen wäre. Es war im Jahre 1788. Der Versuch bildet einen Moment der Periode der Aufklärung und gehört zu den Reformbewegungen, welche Europa, insbesondere Deutschland erfüllten, aber nicht fähig waren, durchzudringen. Sie wurden dann in

1) Actum im Gemache der Fürstl. Geheimen Raths Stube, Braunschweig d. 14. September 1787. Präsident: Sr. Exc. Herr Geh. Rath von Hardenberg-Reventlow, Herr Consistorial-Präsident von Knuth, ego Hofrath Mahner, ex parte Statuum: Herr Abt Hüseler, Herr Landdrost von Bülow, Herr Hofgerichts-Assessor Hurlebusch.

die großen Erschütterungen verwoben, welche aus der französischen Revolution, die sich eben anbahnte, entsprungen sind und ganz Europa umfaßten.

Auch mit einer anderen, principiell zwar weniger bedeutenden, an und für sich aber für die Fortbildung des alten Zustandes überaus wichtigen Angelegenheit konnte man noch nicht zu Stande kommen. Sie betrifft die Universität Helmstedt.

Die Universitäten bildeten allerdings, namentlich in den kleineren Territorien, die Mittelpunkte für deren geistiges Leben. Doch war ihre Anlage auf diesen besonderen Zweck nicht beschränkt. In dem protestantischen Deutschland waren sie zugleich für das religiöse Leben und die gelehrten Studien auch der Nachbarländer der Nation überhaupt bestimmt. Da war nun Helmstedt so lange ein wichtiger Platz, als es nur mit den sächsischen Universitäten, Leipzig, Wittenberg und Jena, von denen doch die beiden letzten schon seit geraumer Zeit keinen allgemeinen Ruf mehr besaßen, zu rivalisiren hatte. Von Rostock, Frankfurt, Greifswald wurde es kaum berührt. Seitdem aber hatten sich die Umstände sehr verändert. Zuerst war Halle emporgekommen; die dortige Universität war die Metropole der theologischen und allgemeinen Studien, die in der eigenthümlichen Richtung, die sie daselbst einschlugen, eine Zeit lang Deutschland beherrschten; dann wurde von dem anderen, jüngeren, aber mächtigeren Zweige des Hauses Braunschweig die Universität Göttingen gegründet und gewann sehr bald universales Ansehen. Hier waren es besonders die reichsrechtlichen Studien, die man pflegte. Alle jungen Männer, welche in dem höheren Staatsdienst emporkommen wollten, machten hier ihre Schule. Neben diesen großen Metropolen deutscher Studien, Leipzig, Halle, Göttingen, konnte Helmstedt sich in dem alten Flor nicht behaupten. Es kam hinzu, daß auch in Kiel eine Hochschule gestiftet worden war, allerdings ohne jemals zu großer Bedeutung gelangen zu können; jedoch entzog sie der Universität Helmstedt den Besuch der Holsteiner und wenigstens zum Theil der hanseatischen Bürger und Unterthanen. Wir finden noch Gelehrte in Helmstedt, die sich durch ausgezeichnete Arbeiten in ihren Fächern, und zwar in abweichenden Richtungen, einen Namen machten, wie der Reichshistoriker Häberlin durch eine grundlegende Arbeit über die Reichsgeschichte, welche besonders für die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts durch Vereinigung nur irgend aufzufindender Nachrichten ein hohes Verdienst erwarb — ausnahmsweise hat er auch das fürstliche Archiv benutzen dürfen —,

und der Kirchenhistoriker Henke, der sich mehr dem Genius der Zeit anschloß und durch eine leichtere Darstellung der theologischen Controversen im 17. und 18. Jahrhundert glänzte. Aber dabei hatte doch die Universität ihre Anziehungskraft verloren; sie beschränkte sich auf die Landeskinder. In dem unangenehmen Verhältniß, das zwischen den jungen Leuten und einer auf den von ihnen zu machenden Gewinn angewiesenen Bürgerschaft entstand, konnte sie vollends nicht gedeihen. Man griff den Verfall der Universität mit Händen. Die Frage erhob sich, wie ihr zu helfen sei. Ohne bedeutende Anstrengungen, die Forderungen des Jahrhunderts auch an dieser Stelle zu erfüllen, war es nicht möglich. Man fragte sich, ob es nicht besser sei, sie überhaupt von dem Boden, auf dem sie nicht mehr fortkam, zu lösen und sie etwa nach Wolfenbüttel zu verlegen. Da hatte man über ansehnliche Gebäude zu verfügen. Die Studirenden sollten mit „freieren" Einwohnern, die nicht geradehin auf sie angewiesen waren, in Berührung kommen, sich besserer Sitten befleißigen, schon um sich bei den Mitgliedern der dortigen Dikasterien, von denen ihre Beförderung abhing, guten Ruf zu machen. Die Nähe von Braunschweig kam hinzu. Man meinte, die Oertlichkeit werde auch für solche eine anziehende Kraft haben, welche die Universität nicht gerade um ihrer Studien willen besuchen müßten[1]). — Dieser Ansicht war auch Hardenberg, vorausgesetzt, daß man für den Schaden, den Helmstedt dadurch erleiden werde, einen Ersatz finde, der etwa in der Verlegung einer Garnison in die Stadt bestehen könne, um ein gleiches Capital daselbst in Umlauf zu setzen, wie es jetzt durch die Universität geschehe. Bleibe die Universität in Helmstedt, so sei sie verloren und mit ihr die auf sie angewiesene Stadt. Entschließe man sich, die Universität nach Wolfenbüttel zu verlegen und ihr die unentbehrlichen Geldmittel zuzuwenden, so werde man eine blühende hohe Schule und zugleich eine blühende Stadt begründen. Von den Gedanken, die er vorträgt, ist vielleicht der merkwürdigste, daß er die Vereinigung aller wissenschaftlichen Institute für Wolfenbanüttel regt und damit zugleich eine Kunstakademie — denn die Bilder von Salzdahlum sollten dahin

---

1) Bericht der hinsichtlich der in Vorschlag gekommenen Verlegung der Universität Helmstedt niedergesetzten Commission an Herzog Karl Wilhelm Ferdinand (1790).

geschafft werden — in Verbindung zu setzen räth [1]). Der Vorschlag stieß jedoch auf einige nicht unbegründete Einwendungen. Besonders hob man die ungesunde Lage von Wolfenbüttel hervor, die mit der Gründung der Stadt auf sumpfigen Boden zusammenhängt. Die Commissionen konnten sich nicht vereinigen, und ein entscheidender Wille war nun einmal nicht da. Als Hardenberg seine Vorschläge eingab, war er bereits selbst aus dem braunschweigischen Dienste geschieden.

1) Gutachten wegen der Universität Helmstedt 21. Sept. 1792.

Neuntes Capitel.

Austritt aus dem braunschweigischen Dienste.

Hardenberg ward in seinem dienstlichen Verhältnisse nicht etwa zurückgesetzt. Es geschah auf seinen Wunsch und mit Beziehung auf seine persönliche Vorliebe für das Fach, daß ihm im Jahre 1787 die erledigte Stelle eines Kammerdirectors übertragen wurde. Der Herzog erleichterte ihm dann die Verwaltung seiner übrigen Geschäfte, die er großentheils beibehielt. Ein eigentlich vertrauliches Verhältniß zwischen Karl Wilhelm Ferdinand und Hardenberg bildete sich jedoch nicht. Sie waren von Natur zu verschieden. Charakteristisch ist die Bitte, die Hardenberg dem Fürsten eines Tages vorträgt: er ersucht ihn, wenn von den mancherlei Sachen, die ihm vorzutragen seine Pflicht sei, die eine oder die andere die höchste Billigung nicht finde, ein resolutes Nein zu sagen. Gerade dies wurde dem Herzog schwer, der es liebte, die Sachen eine Weile hingehen zu lassen, ehe er sie mit Entschiedenheit verwarf. Der eigentliche Grund jedoch, weshalb Hardenberg sich nach einiger Zeit zurückzog, lag auch darin nicht. Dazu gab wieder das persönlichste Verhältniß den Anlaß. Hardenberg hatte, wie er oft erwähnt, einen sehr lebendigen Begriff von dem häuslichen Glück und von dem häuslichen Behagen, das mit einer glücklichen Ehe verknüpft ist. Für ihn aber gab es ein solches nicht. Seine Gemahlin machte einen Aufwand, der selbst ihr Vermögen überstieg; bei dem sehr glänzenden Einkommen wurden Schulden von großem Belange contrahirt; aber die Hauptsache, ihre anderweite Führung war anstößiger als je. Untadelhaft betrug sich auch dann der Gatte keineswegs. Im Jahre 1787 kam es so weit, daß die Ehe getrennt werden mußte. Wir brauchen die Unannehmlichkeiten, die häuslichen Stürme, das Mißbehagen nicht zu schildern, die hiemit nothwendig verbunden waren. Der größte Uebelstand lag darin, daß die Gemeinschaft des Vermögens, auf welcher das Hauswesen

beruhte, aufgelöst werden mußte. Nicht allein entging dadurch dem an Glanz gewöhnten Minister der größte Theil des Einkommens, aus welchem die Kosten seines bisherigen Hauswesens bestritten worden waren, sondern er wurde auch genöthigt, die Schulden, welche, wie er sagt, hauptsächlich durch seine Frau veranlaßt waren, allein zu übernehmen. Weniger ihr selbst schreibt er das zu, als denen, die ihre Sache führten, und von denen er mit feindseliger Arglist behandelt worden zu sein behauptet. Um einigermaßen aus der Sache zu kommen, mußte er sich selbst nach Kopenhagen begeben. Der Herzog von Braunschweig, der um eine unter diesen Verhältnissen unentbehrliche Gehaltsverbesserung angegangen wurde, fand doch die Forderung Hardenbergs zu hoch für seine Umstände. Er ließ sich nur zu einmaligen Geschenken bewegen. Wenn nun der Aufenthalt in Braunschweig in Folge des Aufsehens, welches die Familienvorfälle in Stadt und Land gemacht hatten, überhaupt einen unangenehmen Beigeschmack bekam, so wurde das Mißverhältniß bald darauf noch erhöht. Hardenberg vermählte sich im Jahre 1788 zum zweiten Mal. Er folgte dabei einer alten Jugendinclination, deren Gegenstand aber nach der Zeit sich ähnliche Vorwürfe wie seine frühere Gemahlin zugezogen hatte. Es war Sophie von Lenthe, geborene Haßberg, aus dem Hause Nienburg, die soeben auch von ihrem Gemahl geschieden wurde. Hardenberg verheirathete sich mit ihr zu Hamburg auf einer Reise, die durch seine eigene Scheidung nothwendig geworden war. Seine Leidenschaft wurde mit entgegenkommender Neigung erwiedert. Er meinte, das Glück gefunden zu haben, welches das Ideal seiner Jugendträume gewesen sei. Wir gehen auf diese Vorfälle, wiewohl die größten, die in dem persönlichen Leben eines Mannes vorkommen können, nicht weiter ein; denn nur die staatsmännische Thätigkeit Hardenbergs ist unser Gegenstand. Auch für diese aber wurden sie von vieler Wichtigkeit, da sie deren regelmäßige Folge unterbrachen. Die zweite Gemahlin Hardenbergs, die nun in Braunschweig einen sehr regelmäßigen Wandel führte, wurde dennoch bei Hofe nicht nach ihrem Wunsch und Anspruch behandelt. Die Herzogin vermied, sie bei sich zu sehen. Zuweilen mußte Hardenberg bemerken, daß er absichtlich allein eingeladen worden war, während andere Gäste mit ihren Damen erschienen. Es gab Tage, an denen die Minister mit ihren Gemahlinnen regelmäßig bei Hofe speisten. Die neue Frau von Hardenberg wurde dabei übergangen. Hardenberg beschwerte sich; und es kam schon soweit, daß er drohte, nun auch selber

niemals wieder bei Hofe zu erscheinen. Wer weiß nicht, wie sehr Vernachlässigungen dieser Art verletzen und das tägliche Leben verbittern? Wenn aber Hardenberg empfand, daß unter diesen Umständen seines Bleibens in Braunschweig überhaupt nicht sei, wohin sollte er sich wenden? Sein erster Gedanke war, in den hannoverisch-englischen Dienst, den er wegen seiner früheren Gemahlin hatte verlassen müssen, zurückzukehren. Im December 1788 wendete er sich an seinen alten Gönner, den Herzog von York, der indessen wieder nach England zurückgekehrt war [1]). Er erwarte von ihm,

---

1) Votre A. R. Se rappelera les démarches inouies de Mad. Reventlow et les éclats, par lesquels elle me força à me faire séparer d'Elle. Nous nous arrangeâmes et tout parut en bon train, lorsque par des cabales, qu'il est trop long de réciter, on me suscita les chicanes tout à fait inattendues, par lesquelles j'ai perdu la plus grande partie de mon bien, ayant été obligé malgré qu'on m'ôte les terres Danoises de me charger d'une somme disproportionnée de dettes, dont la comtesse Reventlow avoit fait et occasionné le plus grand nombre.

Cependant il me reste encore assez pour payer ces dettes et pour vivre quoiqu' avec de grands retranchements. Le bruit public aura sans doute informé V. A. R. de tout ce qui m'est arrivé au printemps passé. Un enchaînement singulier des circonstances m'a mis en possession de celle que j'aime; je goûte avec elle un bonheur rare, qui ne peut être troublé que par le souvenir de ce qui a précédé notre union. Si j'avois la satisfaction de Vous voir, Monseigneur, et que vous me permettiez de Vous entretenir en détail sur cet événement. Vous verriez, que j'ai agi en homme d'honneur et comme je le devois, quelles que puissent être les apparences. Je ne disconviendrai jamais de mes torts ni des reproches que j'ai à me faire; mais ils ne touchent que les premières causes de cet événement; une passion extraordinaire, souvent combattue, nourrie et augmentée par toutes les circonstances et par la conduite incroyable de Mad. de Reventlow envers moi. Dans la dernière époque décisive je ne pouvois agir autrement, ce qu'on aura de la peine à croire quand on n'est pas bien informé; c'est que cet événement n'a nullement été cause de la mauvaise tournure de mon affaire avec Mad. de R. qui avoit eu lieu longtemps auparavant et que je la dois uniquement à la fausseté de mes adversaires. — J'aurois cependant tout lieu d'être content de ma situation présente, si après les changements, qui sont arrivés, je n'avois toutes les raisons imaginables de désirer une autre carrière, un autre établissement, loin de ce théâtre, où ces événements ont eu lieu et qui ne peut manquer d'offrir mille désagréments pour ma femme et pour moi. Malgré mon respect pour les grandes qualités de Mgr. le Duc de Brunsvic ces raisons sont trop fortes pour ne pas faire pencher décidément la balance. — De plus il me faut une perspective pour rendre ma fortune meilleure ne pouvant espérer

sagt er, eine billige Beurtheilung seines Betragens; er wolle ihm mit einem unbeschränkten Vertrauen sein Herz eröffnen. Er

---

d'être payé ici à proportion des frais, que je ne puis me dispenser de faire.

Vous êtes le seul, Monseigneur, à qui je m'ouvre à ce sujet et je sais, que la noblesse de V. façon de penser ne vous permettrait jamais de me compromettre avec Mgr. le Duc que je serois au désespoir d'offenser; mais V. A. R. est en état peutêtre de faire mon bonheur et nous trouverons alors des moyens pour ne pas manquer au Duc. Et j'ose me flatter qu'Elle le fera avec plaisirs si cela Lui est possible. Les occasions, où Elle pourrait contribuer à faire changer ma situation, peuvent se présenter, et alors je La supplie instamment de m'accorder la protection et de Se rappeler de moi. Elle sait, avec quelle peine j'ai toujours envisagé cette triste nécessité, qui m'a fait quitter ma patrie et le service de mon Roi, combien il me seroit toujours préférable. Ce désir est vivement renouvelé à présent. (Il y a sans doute des difficultés à surmonter. (Folgen einige unleserliche Worte.)

Daignez Vous rappeler, Mgr., ce que j'eus l'honneur de Vous dire sur le poste d'Angleterre, qui de tout temps a été l'objet favori de mes voeux, tant parceque je croirois véritablement pouvoir y être de quelque utilité à ma patrie, tant parceque je préfère ce pays à tout autre. A présent il me conviendroit plus que jamais. Ce seroit le comble de mes voeux que de pouvoir m'y établir. L'idée m'est venue que peutêtre les circonstances ou le temps pourroient amener des occasions où par la protection de V. A. R. je pourrois encore obtenir ce poste. Les entraves qui s'y opposoient et qui pouvoient m'empêcher d'aspirer aux bonnes grâces de S. A. R. Mgr. le Prince de Galles n'existent plus.

Wir entnehmen diesen Brief aus dem Entwurf Hardenbergs, der voll von Correcturen und Umschreibungen ist, aus der Sammlung in Neu-Hardenberg. Je pourrois vouer tout mon zèle et mon attachement à S. A. R. le Prince de Galles, s'il vouloit m'accorder ses bonnes grâces et sa confiance. Et quelle seroit ma joye d'être rapproché par là de la personne de V. A. R., surtout si en même temps je pouvois peutêtre Lui être utile dans Ses affaires allemandes. Je ne crois pas pour cela la chose tout à fait impossible. — Du reste, Hannovre ne seroit pas dans mon plan, au moins pour le premier temps, je désire de m'éloigner.

J'ai longtemps balancé, longtemps combattu avec moi-même, Monseigneur, avant de Vous exposer mes désirs. Ma démarche pourroit paroître très indiscrète, surtout dans la crise présente, si on vouloit lui donner une mauvaise explication; mais je crois n'avoir rien à craindre de ce genre de V. A. R., connoissant Sa façon de penser. C'est donc à Vous Seul, Mgr., que je m'ouvre avec pleine confiance. Vous ignorez mes idées; il faut bien Vous en faire part, si je veux Vous mettre en état de me faire participer de Sa bonté, les moments peuvent être décisifs; pourquoi n'aurois-je pas recours a V. A. R.! Je

erinnert ihn an alles, was mit der Gräfin Reventlow vorgegangen — der Prinz kannte diese Verhältnisse ohnehin —, an die Verluste, die er erlitten; er sprach ihm zugleich von dem Glück, das er in seiner zweiten Ehe gefunden habe. Oft habe er diese Leidenschaft bekämpft; sie sei aber immer gewachsen und durch das an das Unglaubliche grenzende Verhalten seiner früheren Gemahlin genährt worden. Die eigentliche Ursache zu der letzten Katastrophe sei dies Verhältniß nicht gewesen; in der Falschheit seiner Gegner liege die einzige Ursache der schlechten Wendung, welche die Sache genommen. Nach allem, was vorgekommen, müsse er wünschen, von dem Schauplatz dieser Ereignisse sich zu entfernen; er müsse das trotz seiner Hochachtung für die Eigenschaften des Herzogs. Auch müsse er die Aussicht haben, den Zustand seines Vermögens zu verbessern, während er in Braunschweig niemals eine den unumgänglich erforderlichen Ausgaben entsprechende Einnahme erlangen könne. Vielleicht könne der Herzog von York ihm helfen, in eine andere Lage zu kommen; dann würden sie auch den Herzog von Braunschweig beruhigen, den er um keinen Preis beleidigen wolle. „Sie wissen, Monseigneur," fährt er fort, „wie peinlich mir die traurige Nothwendigkeit gewesen ist, mein Vaterland und den Dienst meines Königs zu verlassen, den ich noch immer allen andern vorziehe. Erinnern Sie sich freundlichst dessen, was ich Ihnen über den Posten in England gesagt habe, der von jeher der vornehmste Gegenstand meiner Wünsche war. Ich glaube, ich würde in demselben einigen Nutzen stiften können und würde mit Freuden nach

---

ne sais pas si la chose est faisable ou non, si l'époque est favorable ou non. Elle fera ce que Sa prudence, sagacité et Sa bienveillance pour moi Lui dicteront, ce qu'il y a à faire, et daignera surtout observer un silence scrupuleux, si cette idée ne peut pas être réalisée.

Voilà ce que je Vous demande, Mgr. Je m'en remets entièrement à Vous. Si l'idée n'est pas admissible, Vous me ferez la grâce de me le dire. Peutêtre aurez-Vous alors dans la suite une autre occasion de penser à moi. Il est cependant nécessaire d'observer encore que je ne pense nullement à déplacer Mr. de Alvensleben, s'il doit être conservé en Angleterre. Réservez alors l'accomplissement de mes voeux à la mort, Mgr. J'ajoute encore que je ne crains pas les dépenses là bas. Avec le revenu attaché au poste en question et ce qui me reste à moi même, j'y vivrois toujours beaucoup mieux qu'ici. Dans un grand endroit comme Londres on n'est pas observé; l'on vit à sa guise au lieu qu'ici étant un des premiers avec un très petit nombre d'autres, l'on est assujetti à mille dépenses, qu'on voudroit et pourroit éviter.

England gehen. Vielleicht könnte ich durch E. K. H. auch jetzt noch diesen Posten erlangen; die Umstände, die mich hindern könnten, der Gnade des Prinzen von Wales theilhaftig zu werden, existiren nicht mehr."

Das Gesuch Hardenbergs fiel in die Zeit, in welcher Georg III. zum ersten Mal von dem Delirium, das ihn öfters heimgesucht hat, betroffen wurde. Es begann im November 1788 und dauerte bis in den April 1789. Diese Monate waren dann zugleich mit großem Kampfe über die Regentschaft erfüllt. Der Herzog von York ergeht sich in seiner Antwort in Klagen über die schlechte Behandlung, die sein Bruder von Pitt erfahre, und über die betrübende Lage der englischen Angelegenheiten. Was Hardenberg erlebt habe, betrachtet er nicht gerade als ein Unglück: denn er sei jetzt in den Besitz der Person gelangt, die ihm die liebste in der Welt sei. Auf sein Gesuch geht er nur sehr im Allgemeinen ein: seinem Bruder werde er bei der nächsten Gelegenheit davon sprechen; er brauche ihm nicht zu sagen, wie glücklich er selbst sein würde, wenn es damit gelänge.

Hardenberg war keineswegs ausschließend auf England angewiesen. Wir werden sogleich erörtern, welche Aussichten sich ihm für den markgräflichen Hof von Ansbach eröffneten, auf die er einging und die sein künftiges Leben bestimmten. Lieber wäre es ihm aber auch dann noch gewesen, wenn es ihm mit seinem englischen Plane gelungen wäre. Im Sommer 1790 wendete er sich noch einmal in einem dringenden Gesuche deshalb an den König Georg III. „Nur mit dem größten Schmerze, Sire," sagt er, „denke ich an die traurigen Begebenheiten, die mir das Glück entrissen haben, Ihnen anzugehören, mich Ihnen zu nähern. Ich überließ mich damals allzusehr der Hoffnung, eine Person zu retten, von der ich mein häusliches Glück erwartete. Aber diese selbe Person, die dergestalt mich dem Dienste E. M. und meines Vaterlandes entrissen, hörte nicht auf, mich zu verrathen, und nöthigte mich endlich, zu einer Trennung zu schreiten. Den Wunsch, eines Tages in den Dienst E. M. zurückzukehren, hegte ich selbst in dem Augenblick, wo ich denselben verließ; ich hege ihn noch. Die würdigen Eigenschaften des Herrn Herzogs von Braunschweig verhindern mich doch nicht an dem Wunsche, meinem alten Souverän aufs neue zu dienen." Er erwähnt dann die Erbietungen, die ihm von brandenburgischer Seite gemacht worden seien. Wenn aber der König seine alte Gnade ihm wiedergewähren und ihn in seinen Dienst ziehen

wolle, so möge er ihn nur rufen. Er bezeichnet auch dem Könige den Posten, der den Gegenstand seines Ehrgeizes ausmachte. Gründe, die gegen seine erneuerte Anstellung in Hannover sprächen, würden vielleicht nicht gelten in England. Den Markgrafen betrachtet er als einen fremden Fürsten. Wer könne ihn tadeln, wenn er den Dienst seines angeborenen Souveräns jenem vorziehe? Der Brief ist mit der vollen Hingebung eines angestammten Unterthanen abgefaßt; auch diesmal wurde die Königin und die vertraute Umgebung des Königs in Bewegung gesetzt, um das Gesuch zu unterstützen. König Georg hat es gelesen, aber kein Wort erwidert, weder schriftlich, noch mündlich.

Denn die Fürsten mißkennen oft um momentaner Eindrücke willen den unermeßlichen Werth, den die Vereinigung von Hingebung und Talent für sie haben sollte. Was könnte ihnen Besseres widerfahren, als sich der Männer zu bedienen, in denen sich die Fähigkeit, ihnen Dienste zu leisten, mit dem Wunsche dazu verbindet? Georg III. ging auf den Antrag Hardenbergs, in seinen Dienst zurückzukehren, nicht ein. Erst dadurch löste sich — denn auch in Braunschweig konnte er nicht bleiben — sein Unterthanenverhältniß zu dem Welfenhause auf. Hardenberg trat in eine neue Laufbahn ein.

Zehntes Capitel.

Eintritt in den brandenburgischen Dienst.

Eines der sonderbarsten Verhältnisse zwischen einem Fürsten und einem Lande, sehr erklärlich jedoch aus den obwaltenden Umständen, hatte sich in den fränkischen Fürstenthümern des Hauses Brandenburg, die man mit Rücksicht auf das Hauptland, die Mark Brandenburg, Markgrafschaften nannte, Ansbach und Baireuth, gebildet. Sie waren damals beide unter dem Markgrafen Alexander vereinigt [1]), der in dem einen und dem anderen jedoch dadurch an zweifelloser Hingebung der Unterthanen verlor, daß er keine Nachkommenschaft hatte, so daß die Ansprüche der älteren Linie der Dynastie, des Königs von Preußen, auf die Succession in diesen Ländern eine nahe Aussicht, realisirt zu werden, erhielten. Auch hier traten österreichische Sympathien, die durch die benachbarte Reichsritterschaft gepflegt wurden, mit dem preußischen Interesse, welches an die Ideen des Fortschrittes in der inneren Verwaltung anknüpfte, in Conflict. Der Markgraf war früh mit der Prinzessin Friederike Karoline von Sachsen-Coburg-Saalfeld vermählt, die ihm keine Kinder brachte. Er selbst war durch eine französische Gouvernante und englische Dienstboten, durch die er die Sprachen lernte, zugleich der alten deutschen Sinnesweise einigermaßen entfrembet worden, hatte jedoch auch in der vor kurzem gestifteten Universität Erlangen den Unterricht guter Professoren genossen und die Kenntnisse gesammelt, welche die damalige Bildung der Hochschulen gewährte. Nach der Sitte der Zeit besuchte er dann Holland, England, Frankreich. Seine Verwandtschaft mit der Königin Karoline von England, seines Vaters Schwester, brachte ihn in Beziehung

1) Es ist Christian Friedrich Karl Alexander, geb. 24. Februar 1736; er folgte seinem Vater Karl Wilhelm Friedrich 1757 in Ansbach und seinem Vetter Friedrich Christian in Baireuth 1769.

zu dem oranischen sowie zu dem englischen Hofe. Die lebhaftesten Eindrücke aber empfing er zu Paris. Eine der berühmten Schauspielerinnen des Tages, Mademoiselle Clairon, folgte ihm nach Franken und übte dann einen nicht geringen Einfluß aus: sie kostete ihm viel Geld. Noch eine andere Bekanntschaft aber machte er, abermals in Paris, die für sein Leben entscheidend wurde. Es war eine vornehme Dame, Lady Craven, geborene Berkeley, die, nachdem sie bereits sieben Kinder geboren, mit ihrem Gemahl, der ihr untreu wurde, zerfallen war und England verlassen hatte. Auf weiten Reisen, die sie nach Constantinopel und Griechenland, nach Wien und Warschau, nach Petersburg führten, gewann sie eine allgemeine Kunde der europäischen Zustände. In Paris stand sie auch der Königin Marie Antoinette näher. Was sie aus England vertrieb, war vornehmlich eine Veränderung in dem gesellschaftlichen Verhalten des englischen Hofes, der unter Georg III. und dessen Gemahlin den vornehmen Familien gegenüber eine anspruchsvollere Haltung annahm, als unter Georg II. und dessen ansbachischer Gemahlin, Königin Karoline, obgewaltet hatte. Lady Craven behauptete wohl, in ihr walle das Blut der Plantagenets; sie wolle sich in gewisse Regeln der Unterordnung nicht fügen. Sie war voll von Talenten, besonders für Tanz und Schauspiel, noch immer schön. Der Eindruck, den ihre Persönlichkeit machte, wurde durch den vornehmen, einer großen Dame entsprechenden Ton, den sie anschlug, noch erhöht, wenigstens für einige unter ihren Freunden, zu denen der Markgraf Alexander gehörte. Auch sie kam nach Ansbach, sehr im Gegensatz mit Clairon, weniger mit der Markgräfin, gegen die sie Anstand und gute Sitte beobachtete und die ihr auch deshalb wohlwollte, weil wenigstens zunächst durch sie die längeren Abwesenheiten des Markgrafen aufhörten. Die Lady bemühte sich, ihm in Franken selbst das Leben angenehm zu machen. Ein Theater wurde eingerichtet, in dem sie die Intendantin war und für das sie selbst einige Stücke schrieb, mit denen man den Markgrafen immer zu überraschen wußte. Sie richtete in Ansbach eine Gesellschaft für gelehrte Unterhaltungen ein, für die man unter Anderen Mercier aus Paris, den Bruder des Verfassers des Tableau, herbeizog. Der Park in Driesdorf wurde von Grund aus umgekehrt und dem entsprechend auch das Schloß umgebaut. Auch eine Erziehungsanstalt wurde angelegt, zunächst für das weibliche Geschlecht, für dessen Ausbildung ihr der Markgraf eine besondere Fähigkeit zuschrieb. Es war eine Bildung im allgemein europäischen Geiste,

die jedoch in Franken wenig Anklang und Eingang fand. Lady Craven beklagt sich, daß man in Deutschland Fremde zwar gern aufnehme, aber nur allzubald Mißtrauen gegen sie fasse, gleich als sei ihre Absicht nur auf ihren eigenen Vortheil gerichtet. Wie wäre das aber auch in diesem Falle anders möglich gewesen? Die Lady nahm in allen Dingen eine Miene von Ueberlegenheit an, die Niemand sich gern gefallen läßt. Nur in der unbedingten Vorliebe, die ihr der Markgraf widmete, fand sie eine Stütze. Aber ihr Theater, ihre Bauten und alle die Unternehmungen, zu denen sie schritt, kosteten mehr, als die Landeskassen abwarfen. Das Thun und Treiben der Lady Craven lief dem landesüblichen Herkommen überhaupt entgegen. Nun war aber die Landesverwaltung noch ganz auf dem Fuß eingerichtet, wie sie in Ansbach unter dem Vater und in Baireuth unter dem Vetter des Markgrafen bestellt worden war. Er hatte aus Pietät für seine Vorgänger auch in Bezug auf die Persönlichkeiten wenig geändert, und das Land schien sich dabei wohl zu befinden. Die Minister, Gemmingen und Seckendorf, erfreuten sich der allgemeinen Achtung [1]). Seckendorf schreibt sich das Verdienst zu, in langjähriger Anstrengung die Finanzangelegenheiten in Ordnung gebracht, Handel und Wandel, Credit und Wohlstand hergestellt zu haben. Zwischen den Ministern und dem Markgrafen hatte der Cabinetssecretär, des Namens Schmidt, die Vermittlung zu erhalten. Er genoß seit langer Zeit das volle Vertrauen des Markgrafen. Der Regierungspräsident Ludwig von Wöllwarth hatte früher den Markgrafen auf seinen Reisen begleitet und war noch immer in hohen Gnaden; aber auch ihnen war die Lady mit ihren Ansprüchen zuwider. Der frühere Reisebegleiter und der Cabinetssecretär waren mit den Mitgliedern der Verwaltung darin einverstanden, daß der Einfluß der Lady nicht maßgebend werden dürfe. Im Jahre 1789 nun machten Markgraf Alexander und Lady Craven eine Reise nach Italien. Es war in Neapel, daß sie den Entschluß faßten, dem Zustande der Landesverwaltung, wie er war, und der Autorität der vorwaltenden Personen ein Ende zu machen. Die Sache wurde wie eine Theaterintrigue behandelt; das übrige Gefolge bekam den Befehl, nach Ansbach zurückzugehen ohne den Markgrafen und die Dame, welche einen anderweiten Ausflug zu machen sich angeschickt hätten. Die Lady erzählt

1) Friedrich Karl von Seckendorf und Karl Friedrich Reinhold von Gemmingen.

mit Vergnügen, wie sie sich hiebei ihres noch sehr jungen Sohnes, der den Namen Keppel führte — denn von den Albemarles stammte sie ebenfalls her —, bedient habe, um die übrige Gesellschaft hinzuhalten oder zu täuschen. Die Absicht, welche sie verheimlichte, war, nach Berlin zu gehen, unter dem Vorwande, daß der Markgraf dem Haupte seines Hauses, König Friedrich Wilhelm dem II., den er seit dessen Thronbesteigung noch nicht gesehen hatte, seine Huldigungen darbringen müsse, in der That aber zugleich in der Intention, die man auch im Lande sofort vermuthete, durch das Ministerium in Berlin und den König zu einer durchgreifenden Veränderung in Ansbach autorisirt zu werden. Sie langten hier im Anfang des Jahres 1790 an und wurden sehr gut aufgenommen; man sah das Verhältniß der Lady zu dem Markgrafen von der besten Seite an. Sie erschien als seine Freundin, wie Andere zu sagen vorzogen, seine beständige Begleiterin, gleichsam als seine Schwester. Sie behauptet, von dem König ihrem Range gemäß behandelt, mit Güte überhäuft, auch zur Tafel gezogen worden zu sein. Mit ihrem Anliegen wandten sie sich besonders an Hertzberg, der damals noch den vorwaltenden Einfluß besaß. Lady Craven liebte es dann, mit der Bitterkeit, die ihr eigen war, den Zustand der Nullität auszumalen, in welchen der Markgraf in seinem Lande verfallen sei. Schritt für Schritt thue dort jeder in seinem Posten, was ihm beliebe. Der einzige, der nichts vermöge, sei der Markgraf selbst. Er habe ihr oft gesagt, Niemand sei für ihn. Noch besser hätte er sagen können, Jedermann sei gegen ihn. Sie versicherte, das Ministerium, die Kammer, die Regierungen seien untereinander einverstanden. Ueber die Rechnungen, die sie zu Papier brächten, seien sie im voraus übereingekommen. An Revenuen beziehe der Markgraf nur eben so viele, wie diese Clique ihm zugestehe. Die Lady sprach den Wunsch aus, daß dem Markgrafen zwei oder drei preußische Beamte beigegeben würden, die in die dortigen Verhältnisse nicht verflochten und mit dem reichsunmittelbaren Adel unbekannt seien. Sie werde ihnen die nöthigen Nachweisungen geben. Für den Markgrafen sei ein Mann von guter Herkunft nöthig, wie die ihre, der zugleich sein Freund sei [1].

1) Die Denkwürdigkeiten der Markgräfin von Ansbach (aus einer englischen Handschrift übersetzt. Stuttgart und Tübingen 1826. 2 Bände) verdienen, gelesen zu werden. Sie enthalten über ihre eigene Person, die Zustände in England und alles das, was ihr auf ihren Reisen begegnete, mancherlei gute Auskunft. Nur sind sie mit Unbedeutendem, was sie freilich

Hertzberg überzeugte sich, daß die Absicht des Markgrafen, eine durchgreifende Veränderung in seinem Lande vorzunehmen, unabänderlich gefaßt sei, daß er sich aber zu schwach fühle, um sie ohne Unterstützung des Königs, der sein präsumtiver Nachfolger war, durchzuführen. Er schien sogar Unruhen im Lande zu befürchten. In Berlin hatte man kein Mittel, sich über die Sache selbst ein gründliches Urtheil zu bilden. Aber einigen Eindruck machten seine Vorstellungen doch, um so mehr, da er eine größere Hingebung für das königliche Haus zeigte, als man ihm zugetraut hatte. Nach kurzer Zeit verließ der Markgraf mit seiner Dame Berlin in der Ueberzeugung, daß sie sich auf den Rückhalt der königlichen Regierund stützen dürften, von dem General Treskow begleitet, von dem der Markgraf sagt, derselbe sei zugleich in seinem Dienste gewesen. Sie eilten nach Franken, um ihren Plan unverzüglich zur Ausführung zu bringen.

Eines Abends gegen 11 Uhr langten sie in Driesdorf an; schon an dem anderen Morgen früh um 7 war der Markgraf mit dem Generale, den er zum Zeugen haben wollte, in Ansbach. Er begab sich sofort zu dem Cabinetssecretär Schmidt und forderte dessen Papiere. Der Markgraf behauptet, der Cabinetssecretär habe seine wichtigsten Correspondenzen im voraus auf die Seite gebracht: denn irgend eine Handlung durchgreifender Art habe man bereits erwartet. Er hielt es nicht unter seiner Würde, sich den Schlüssel des Schreibtisches von Schmidt geben zu lassen und die Papiere zu durchsuchen. Unter denselben fand er doch einen Brief des Ministers von Seckendorf, den er als beweisend für seine Vermuthungen ansah. Er kündigte dem Secretär seine Entlassung an, wiewohl mit Beibehaltung seiner Besoldung. Durch den Brief meinte er gegründete Ursache bekommen zu haben, um auch gegen die höheren Beamten anzugehen. In demselben kommen Ausdrücke

---

für bedeutend hielt, angefüllt. Ihr Geist geht doch über das Gesellschaftliche und über das Maß touristischer Wahrnehmungen nicht weit hinaus. — Sehr erwünscht sind die Correspondenzen, die sich in den Akten finden, vor Allem ein undatirtes Schreiben, das etwa in den März 1790 fallen muß, unterzeichnet Eliza Craven née Berkeley. P. D. A. — Daraus und aus allem anderen geht hervor, daß sie die Sache leitete. Schon seit zwei Jahren war sie damit umgegangen. Wenn nach ihrer Darstellung der Entschluß, den man faßte, auf einem in Neapel eingetroffenen Briefe beruht, so kann sich das doch nur auf den momentanen Ausschlag beziehen, wenn es sich überhaupt so verhält. Ihre Erzählung ist voll von Reticenzen.

vor, die sich offenbar auf Lady Craven und ihren Einfluß beziehen und sehr anzüglich lauten [1]). Von dem Markgrafen ist mit einer gewissen Ergebenheit die Rede; allein man will sich verbinden, um die bestehende Ordnung gegen jeden weiteren Eingriff zu vertheidigen. — Der Markgraf gerieth in heftige Entrüstung, daß man ihn als eine Null, einen Schatten behandele; er meinte, der Brief könne als hochverrätherisch angesehen werden: er gehe gegen die Interessen des Hauses Brandenburg überhaupt an.

König Friedrich Wilhelm II., dem der Brief mitgetheilt wurde, konnte sich davon nicht überzeugen. Er fand die Ausdrücke zu dunkel und allgemein, um ein Verfahren gegen Seckendorf darauf zu gründen, zumal da derselbe unleugbare Verdienste um das Land habe. Aber der Markgraf blieb bei seiner Ansicht und verfuhr danach in Ansbach. Gemmingen und der Regierungspräsident Wölwarth wurden entlassen. Als dessen Bruder, Präsident im Saynischen, hierauf seine Entlassung forderte und darauf bestand, erhielt er sie mit der Bemerkung, daß er die Liebe zu seinem Bruder dem Dienste des Fürsten nicht hätte vorziehen sollen. Der Markgraf blieb dabei, daß er auch Seckendorf nicht dulden könne, und veranlaßte, daß der preußische Gesandte im fränkischen Kreise, Böhmer, von dem er überhaupt unterstützt wurde, nach Berlin ging, um mit dem Hofe darüber Rücksprache zu nehmen. Indessen erschien der Domainenrath von Bärensprung in den Fürstenthümern, um unter der Autorität des Markgrafen, dem die Hülfeleistung desselben auf einige Zeit bewilligt worden war, die Rechnungen und das Kassenwesen zu revidiren; er hat wirklich Veruntreuungen zu entdecken geglaubt.

Man kann sich vorstellen, welch eine Gährung dies Verfahren in dem kleinen Lande veranlaßte. Für Lady Craven ist es charakteristisch, daß sie ein Stück darüber schrieb, in welchem die Scene mit Schmidt vorkam, und es auf ihre Bühne brachte.

Doch hatte die Sache auch noch anderweite Beziehungen und ward keineswegs von allen preußischen Staatsmännern gutgeheißen.

---

1) Pourvu que la recrue Angloise ne nous porte pas guignon, il me paroît qu'il faut tâcher dès le commencement à se mettre dans une position propre à parer tous les coups qui pourroient nuire à notre système .... Il faut dresser pour cet effet un plan de finances, qui devienne inaltérable, sans quoi nous nous aventurerons et verrons retomber nos beaux édifices dans leur ancien néant. J'ai communiqué mes idées là dessus à S. E. le Baron de Gem. (Gemmingen) et à mon frère.

Denn die Beleidigung der vornehmen Herren in Ansbach berührte die reichsritterschaftlichen Geschlechter überhaupt, die seit dem Fürstenbund in Preußen eine Stütze zu finden gemeint hatten. Man setzte dabei selbst eine allgemeine Veränderung in den Tendenzen der preußischen Politik voraus; denn vor kurzem hatten die Preußen in den Irrungen von Lüttich Partei gegen die hochadeligen Domkapitulare und für den dritten Stand genommen, was dann auf Trier und Cöln zurückwirkte. Damit traf die allgemeine Agitation zusammen, welche aus den Ereignissen in Frankreich hervorging, da die Grundsätze, die auf die Herrschaft des dritten Standes zielten, in der französischen Nationalversammlung die Oberhand erlangten und eine totale Umgestaltung des öffentlichen Lebens anbahnten. Mancher preußische Staatsmann befürchtete, daß der Widerwille der hohen Aristokratie, den diese Neuerungen erweckten, sich gegen Preußen richten dürfte.

Nun hatte der Markgraf zum Ersatz für seine Minister um preußische Staatsmänner gebeten. Man war geneigt und bei der Lage der Dinge gewissermaßen genöthigt, ihm zu willfahren. Wer aber sollte ernannt werden? Wer war fähig und Willens, in eine nach allen Seiten hin so bedenkliche Stellung einzutreten?

Eben in den Tagen, in welchen diese Frage zur Sprache kam, in der zweiten Hälfte des April 1790, befand sich Karl August von Hardenberg, damals noch braunschweigischer Minister, in Berlin. Er war gekommen, um seinem Herzog, der sich von der Thurn und Taxis'schen Post loszumachen wünschte, bei der Verhandlung darüber die Unterstützung von Preußen auszuwirken. An die Angelegenheiten des Markgrafen von Baireuth und Ansbach, von denen er kaum allgemeine Kunde hatte, dachte er nicht; aber er kannte Hertzberg, zu dessen politischem System er sich im Allgemeinen hinneigte. Sein alter Freund Heinitz war preußischer Minister geworden und hatte sich als solcher vielen Credit erworben. Er ist einmal von dem Könige getadelt worden, daß er nicht den Gehorsam zeige, der bei aller übrigen Tüchtigkeit doch für den Dienst unbedingt[1]) erforderlich sei. Heinitz sagte wohl: er sei allerdings zum Gehorsam verpflichtet; aber sein Eid verpflichte ihn auch, die Vorstellungen zu machen, die er erforderlich erachte. Er war die Seele der Agitation unter den Ministern selbst, die sich der Einführung

1) Cabinetsordre des Königs vom 13. December 1788 bei Riedel, der brandenburgisch-preußische Staatshaushalt, S. 144.

einer neuen Steuer gleich im Anfang der Regierung Friedrich Wilhelms II. widersetzten [1]). In seinem Fache, der Verwaltung der Bergwerke, hat er sich wahrhaftes Verdienst erworben. Dieser alte Freund Hardenbergs war es nun, der ihn Hertzberg als den für die fränkisch-brandenburgischen Verhältnisse geeigneten Minister bezeichnete. Hertzberg ging darauf ein; einst bei einer Cour der Königin ließ Hertzberg eine Andeutung darüber gegen Hardenberg fallen. Wir kennen die Lage Hardenbergs, die Unannehmlichkeit seines Aufenthaltes in Braunschweig, die Unhaltbarkeit seiner dortigen Stellung und das Verschwinden der Hoffnungen, die er sich auf eine Rückkehr in den englischen Dienst gemacht hatte. Wie hätte er einen Antrag zurückweisen sollen, der ihm eine so angesehene und ehrenvolle Stellung in Aussicht stellte? Bei einem Besuche, den er dem Flügel-Adjutanten Bischoffwerder einer anderen Sache halber in Potsdam abstattete, brachte auch der die Sache in Anregung.

Mehrere Andere, namentlich auch Böhmer, waren in Vorschlag gekommen. Aber dieser selbst fürchtete, seine frühere Theilnahme an den ansbach'schen Verwickelungen möchten dahin gedeutet werden, als hätte er dabei immer nur diesen Endzweck im Auge gehabt. Jedoch säumte er nicht, auf seinen Posten zurückzugehen, wo ihn der Markgraf ungeduldig erwartete. Denn alle Tage wurde es diesem unerträglicher, in Seckendorf einen Minister im Amte zu dulden, den er nach dem Vorgefallenen doppelt als seinen Feind betrachten mußte. Er hielt es für einen unerklärlichen Irrthum des Berliner Hofes, daß man dort die Schuld Seckendorfs nicht anerkennen wollte; er beharrte bei dessen Entlassung. Nur soviel ließ er sich durch die für Seckendorf günstigen Stimmungen abgewinnen, daß er demselben eine ansehnliche Schadloshaltung bewilligte. Das Land gab dem Scheidenden Zeichen einer unverkennbaren Theilnahme.

Gerade diese Vorfälle, das fortdauernde Uebergewicht der Lady, ihr Wankelmuth und die Schwäche des Markgrafen mußten auch Hardenberg bedenklich machen, die ihm angetragene Stellung zu übernehmen.

Wir dürfen voraussetzen, daß seine Deliberation darüber mit der Erwartung, noch eine günstige Antwort von Georg III. zu erhalten, zusammenhing. Doch hielt er zugleich für rathsam, für

---

1) Sein in einer geschriebenen Zeitung mitgetheiltes Promemoria.

die Annahme des Antrages seine Bedingungen zu machen; deren waren drei: die eine, daß der König den Herzog von Braunschweig, von dem er ihn gleichsam verlange, zu einer freiwilligen und gnädigen Einstimmung in den Wechsel vermöge; die zweite, daß ihm der Markgraf eine solche Besoldung gewähre, wie er bedürfe — weder an dem einen, noch an dem anderen ließ sich eigentlich zweifeln —; die wichtigste und schwierigste war die dritte: Hardenberg wünschte für alle Fälle der Protection des Königs von Preußen sicher zu sein. Er machte dabei aber noch einen anderen Antrag. Er forderte zugleich, als preußischer Minister in Ansbach und Baireuth zu fungiren, wie es ja hergebracht sei, daß Minister kleinerer Höfe zugleich kaiserliche Minister sein könnten.

Das Letzte trug man Bedenken ihm zu bewilligen. Hertzberg, der ihn sonst höchlich begünstigte, machte die Einwendung, daß die Meinung sich verbreiten würde, als wolle Preußen die beiden Fürstenthümer noch bei Lebzeiten des Markgrafen in Besitz nehmen, wohin die Absicht damals noch nicht ging; aber man wollte sie auch nicht durch die Vereinigung der Titel eines preußischen und markgräflichen Ministers andeuten. Hardenberg erkannte das an und stand von seinem Wunsche ab. Aber er beharrte dabei, daß ihm eine Anstellung im preußischen Dienste für den Fall seines Wiederausscheidens aus dem markgräflichen zugesichert werde.

Der Markgraf, der ihn nicht kannte, auch von Böhmer, der doch der Meinung zu sein schien, mit seiner Stelle im fränkischen Kreise die Verwaltung der Markgrafschaft zu verbinden, die nöthige Auskunft nicht erhielt, folgte doch unbedingt dem Vorschlage Hertzbergs, der durch den König autorisirt wurde. Er machte keine Schwierigkeit, Hardenberg die Vortheile zuzusichern, die er verlangte. Die Verhandlung mit dem Herzog von Braunschweig wurde während jener Zusammenkunft in Reichenbach gepflogen, die für die europäische Geschichte eine so große Bedeutung hat. Der Herzog von Braunschweig und Hertzberg wohnten ihr bei. Schon im voraus von der Sache in Kenntniß gesetzt, bewilligte der Herzog auf die erste Anregung Hertzbergs noch an demselben Tage die Entlassung Hardenbergs, weil es der König so wolle: denn sonst würde er sich des geschickten Mannes in seinem Dienste sehr nützlich bedienen können. Hardenberg war doch betroffen, daß der Herzog ihn so leicht entließ.

Er schritt nun dazu, die brandenburg=preußischen Unterhandlungen abzuschließen. Von Schönwalde aus bekam er von dem

Könige von Preußen die Versicherung nicht allein seines Schutzes, seines Beistandes und seiner Gnade, sondern es wurde ihm auch versprochen, ihn bei einer Veränderung in Franken in die eigenen preußischen Dienste zu nehmen und darin beizubehalten. Hiedurch wurden alle Bedenken erledigt. Im September 1790 erschien Hardenberg in Driesdorf und ward auf das beste empfangen; der Markgraf erkannte in ihm den Mann, dessen er eben bedurfte. Um seine eigenen Angelegenheiten in Ordnung zu bringen, ehe er Niedersachsen verlasse, begab sich Hardenberg noch einmal dahin zurück, kam aber gegen Ende Oktober wieder nach Ansbach, um seine ministeriellen Verrichtungen zu beginnen, die dann für das Land unvergeßlich geworden sind. Noch zeigt man in Ansbach die Räume, in denen er Wohnung genommen hat. Die größte, wenngleich noch ferne Aussicht aber gewährte es, daß ihm dabei zugleich der preußische Dienst eröffnet wurde.

Elftes Capitel.

Uebergang der brandenburgischen Fürstenthümer unter preußische Verwaltung. — Hardenberg preußischer Minister.

Schon längst hatte die Aussicht, daß die fränkische Linie des Hauses Brandenburg aussterben und ihr Gesammtbesitz an die ältere Linie, welche jetzt die königliche Würde bekleidete, fallen werde, die allgemeine Aufmerksamkeit beschäftigt. Bei dem Hubertusburger Frieden trug man von Seiten Oesterreichs darauf an, daß diese Lande in dem erwähnten Falle in eine Secundogenitur verwandelt und mit der Krone nicht vereinigt werden sollten [1]). Der König blieb dabei, daß das eine brandenburgische Hausangelegenheit sei, in welche sich kein Fremder mischen dürfe. Er hatte bereits im Jahre 1752 die Bestimmung getroffen, daß die Vereinigung dieser Lande mit den übrigen Gebieten des Staates stattfinden und sie auch in Zukunft nicht wieder getrennt werden sollten; die Constitution war von den Prinzen des Hauses unterzeichnet worden. Einer von ihnen, Prinz Heinrich, war aber niemals damit einverstanden gewesen. Für ihn hätte es einen unendlichen Reiz gehabt, als selbständiger Fürst in jenen Regionen aufzutreten. Er sah darin einen Eingriff in die alten Hausverträge und hat sich wohl gegen die österreichischen Staatsmänner, gegen Kaiser Joseph darüber beklagt [2]). Aber der König blieb unerschütterlich. Vor Augen lag, welchen Einfluß der preußische Staat in Folge dieser Succession in dem südlichen Deutschland, in dem Reiche überhaupt gewinnen könne; im schlimmsten Falle würde ein Tausch eingegangen und das Gebiet dadurch nach einer anderen Seite hin erweitert worden

---

1) Denkschrift von Kaunitz vom Jahre 1776 in dem Archiv für österreichische Geschichte. Bd. 48, H. 1, S. 90.

2) Bei Gelegenheit der Zusammenkunft zu Neiße. Aufzeichnung Kaiser Josephs II., mitgetheilt im Archiv für österreichische Geschichte a. a. O. S. 462.

sein [1]). Und dafür gewann Friedrich II. im Jahre 1769 die Beistimmung von Rußland; die Kaiserin garantirte diese Constitution in aller Form; sie versprach, selbst dazu mitzuwirken, daß diese Incorporation in die preußischen Lande, wenn der Fall eintrete, stattfinde [2]). In dem Frieden von Teschen hat dann auch Maria Theresia erklärt, daß sie sich derselben nicht widersetzen wolle. Aber Friedrich und Maria Theresia waren gestorben, ehe der Fall eintrat. Daß die Vollziehung einer so großen Erwerbung Widerspruch und Schwierigkeit finden werde, ließ sich nicht bezweifeln. Man erzählt, Lady Craven habe, überzeugt davon, daß sich der Markgraf in den Markgrafthümern nicht behaupten könne, die Cession derselben zuerst dem Kaiser Joseph angeboten, von dem aber, wahrscheinlich weil er sich über eine so wichtige Angelegenheit nicht aussprechen wollte, keine Antwort bekommen. In Berlin hat sie nun, wie versichert wird, die Abtretung der Fürstenthümer an die preußische Krone in Vorschlag gebracht. Jedoch auch der König von Preußen lehnte diese Erwerbung für das erste ab; er fürchtete, damit in unangenehme Verwickelungen zu gerathen und viel Geld aufwenden zu müssen. Aber die Bestimmungen, die man getroffen hatte, schlossen doch die Ergreifung einer Art von Mitbesitz ein. Der König hatte einen Minister gegeben; ein preußischer Ober-Finanz-, Kriegs- und Domainenrath nahm das Kassenwesen unter seine Aufsicht. Dieser fand nun viel darin zu bessern. Man wußte dort von keiner Kassenrevision; eine Menge Defecte zeigte sich. Um die Verwendung der einst für Truppenstellungen von England geleisteten Subsidien beurtheilen zu können, verschaffte sich der Finanzrath ein Conto von dem mit der Zahlung beauftragt gewesenen Amsterdamer Hause und fand, daß ansehnliche Posten nicht verrechnet, sondern zum Privatvortheil des Beauftragten benutzt worden waren. Eine alte Veruntreuung von bedeutendem Belang war wegen der Unordnung der Rechnungsführung in langen Jahren niemals bemerkt worden. Es stellte sich doch in der That heraus, daß vieles geschehen war, was nicht entschuldigt werden konnte. Wenn nun in dem Markgrafen der Wunsch entsprang, sein ganzes Finanzwesen auf preußischem Fuße angeordnet zu sehen, so wurde der Finanzrath, der sich mit dem Eifer eines für seine

1) Vergl. den Bericht van Swietens vom 20. Februar 1773 bei Beer, Friedrich II. und van Swieten, S. 95.

2) Der hierauf bezügliche Artikel ist mitgetheilt bei Beer, Friedrich II. und van Swieten, S. 44, in der Note.

Sache glühenden Beamten ohne alle Nebenrücksicht in die Geschäfte warf, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sich bei einer besseren Anordnung auch noch viele Ersparnisse machen und Ueberschüsse würden erzielen lassen. Der Markgraf, durch alles, was nun ans Licht trat, und die Unannehmlichkeiten der Reform, die er machte, in seinem Lebensgenusse gestört, faßte den Gedanken einer vollständigen Cession aufs neue und beschloß, sie eben durch den Finanzrath ins Werk zu setzen. Gegen Ende des Jahres 1790 begab er sich mit seiner Freundin wieder nach Berlin. Diese bemerkt, daß zwischen dem Könige und dem Markgrafen in ihrer Gegenwart von der Sache die Rede gewesen sei.

Eine Schrift liegt vor, in welcher der Markgraf den Finanzrath in tiefstem Geheimniß beauftragt, die Sache bei dem Könige zur Sprache zu bringen. Ermüdet durch die Verdrießlichkeiten, die er in seiner langen Regierung erfahren habe, von dem Wunsche beseelt, seine Unterthanen, denen noch immer vor einem Austausche bange sei, unter dem preußischen Scepter glücklich zu sehen, habe er den Gedanken gefaßt, seine Lande schon bei seinen Lebzeiten dem Könige abzutreten, dem sie kraft des Rechtes der Primogenitur bei seinem Tode ohnehin zufallen würden. Er wünsche seine Tage in Ruhe zu beschließen und bedinge sich nur eine Leibrente aus, die ihm in seiner Abwesenheit vom Lande — denn bereits im künftigen Juni denke er es zu verlassen — regelmäßig gezahlt werde.

Bärensprung, den es sehr glücklich machte, in einer so wichtigen Angelegenheit zum Vortheil des Staates die Vermittelung zu übernehmen, legte mit all seinem Eifer, der durch seine Kunde der Sache doppelten Werth erhielt, Hand an das Werk. Nicht ein einziger von den Cabinetsministern erhielt davon Kenntniß; nur Bischoffwerder wurde ins Geheimniß gezogen, und dieser trug kein Bedenken, an einer Verhandlung Theil zu nehmen, die der König billigte. Am 16. Januar 1791 kam der Vertrag zu Stande. Er ist mit Bärensprungs diesmal sehr leserlicher Hand geschrieben und von dem Könige sowie dem Markgrafen mit der eigenhändigen Bemerkung eines Jeden, daß er den Inhalt des Vertrages genau kenne, unterzeichnet. Auch der Kronprinz Friedrich Wilhelm hat seine Unterschrift gegeben; sie erscheint zwischen der des Vaters und der des Vetters, jugendlich, aber sorgfältig.

Der Inhalt ist nun jenem Anschreiben des Markgrafen zuweilen wörtlich entsprechend, daß er die nach den Hausverträgen vorbehaltene Wiedervereinigung seiner gesammten Erblande in Fran-

ken und im Vogtlande mit der Primogenitur schon bei seinen Lebzeiten vollziehen wolle und der König sie annehme. In einer langen Reihe von Artikeln wird das umständlich ausgeführt. Der Markgraf behält sich sein Chatoullevermögen vor; seine Rente wird auf 300,000 Gulden, die ihm alle Vierteljahre mit 75,000 Gulden zu zahlen sei, bestimmt. Die Cession soll am 1. Juni 1791 ins Leben treten. Niemand erfuhr davon; auch Hardenberg nicht, der in Ansbach zurückgeblieben war, so sehr er sonst das Vertrauen des Markgrafen besitzen mochte. Vollkommen aber und ganz konnte dies Geheimniß doch nicht bewahrt werden. Vor allen der Wiener Hof mußte davon erfahren, — nicht allein weil er mit dem Lande immer in naher Beziehung gestanden hatte, sondern die kaiserliche Autorität war erforderlich, um die Sache ruhig, ohne Lärm und Entzweiung durchzuführen. Für die gesammte deutsche Politik des Erzhauses war es von unmittelbarer Bedeutung, daß die rivalisirende Macht im südlichen Deutschland eine Stellung erlangen sollte. Die Frage bildete einen Theil der großen Transaction, durch welche sich Oesterreich und Preußen im Anfange des Jahres 1791 einander näherten. Das Abkommen zwischen der Krone Preußen und dem Markgrafen fällt nur etwa vierzehn Tage vor der Reise, welche Bischoffwerder in tiefem Geheimniß unternahm, und durch welche ein Verständniß zwischen den beiden großen Höfen angebahnt und wirklich herbeigeführt wurde. Philipp Cobenzl, der mit der Unterhandlung beauftragt ward, brachte in Erinnerung, daß die förmliche Abtretung der fränkischen Landschaften bei Lebzeiten des Markgrafen in dem Frieden von Teschen nicht vorgesehen sei, sondern nur ihr Anfall nach dem Aussterben der Linie. Die Eröffnung war keine feindselige. Aber zum Abschlusse kam es damals überhaupt nicht, und die Frage gewann durch die großen politischen Verhältnisse noch eine anderweite Bedeutung. Hätte man, verbündet mit England und unter Connivenz von Oesterreich Rußland zur Nachgiebigkeit gegen die Tripelallianz genöthigt, so würde auch die Erwerbung der fränkischen Fürstenthümer keine Schwierigkeit gefunden haben. Aber England versagte, wie man weiß, als es zum definitiven Act kommen sollte, seine Mitwirkung. Rußland mußte auf dem Wege der Unterhandlungen zur Nachgiebigkeit gegen die Türkei bewogen und auch Oesterreich zur Behauptung des Status quo stricte vermocht werden. Wie aber konnte Preußen darauf dringen, wenn es selbst zu einer so erheblichen Veränderung im Besitzstande schritt, als es die Erwerbung der fränkischen Mark=

grafthümer war? Der älteste Cabinetsminister, Graf Finkenstein, der von der Sache erst jetzt nähere Mittheilung erhielt — denn vorher hatte er nur ein Gerücht vernommen —, fand die österreichischerseits gemachten Einwendungen doch nicht unerheblich.

Er urtheilte ferner, daß dadurch der Friede mit Rußland nothwendig werde. Aber man müsse ihn im Einverständniß mit England zu Stande bringen. Für den Abschluß eines solchen im Sinne des stricten Status quo, welche Bedingung in Reichenbach verabredet worden, werde, so meinte er, die Ausführung des zwischen dem Markgrafen und dem Könige geschlossenen Vertrages nicht förderlich sein. Er fürchtete, der Wiener Hof werde sich dadurch berechtigt glauben, an dem Status quo nicht so streng festzuhalten, wie das Verhältniß des Königs zu der Türkei es fordere. Auch von dem zweiten Cabinetsminister, Alvensleben, wurden Bemerkungen gegen die sofortige Ausführung des Tractates gemacht. Man kam in der That zu dem Entschlusse, dieselbe zu verschieben.

Bärensprung, der sich noch in Berlin aufhielt, bot dazu die Hand. Man beschloß, eine interimistische Einrichtung zu treffen [1]), bei welcher der Markgraf im Besitz bleiben, die Verwaltung aber noch vollständiger als bisher in preußische Hände übergehen sollte. Bärensprung wurde mit der Ausführung der erforderlichen Maßregeln beauftragt. Er sollte wieder nach Ansbach zurückgehen und alles Nöthige, jedoch mit großer Behutsamkeit und immer im Namen des Markgrafen, vorkehren. Man wollte selbst bei der Entstehung von Vacanzen eine definitive Besetzung der erledigten Stellen vermeiden. Bärensprung sollte als Commissar erscheinen, wozu er denn mit einer sehr umfassenden Autorität bekleidet wurde. Die Landesbehörden, selbst die höchsten, sollten seinen Anordnungen Folge leisten; im Nothfalle ward er ermächtigt, die Widerstrebenden zu verhaften; er sollte seine Berichte unmittelbar an den König einsenden, ohne weitere vermittelnde Behörden, wofür ihm eine Cabinetschiffre anvertraut wurde; er würde als der eigentliche Inhaber der königlichen Gewalt erschienen sein.

1) Wie es in der Instruction an Bärensprung heißt: weil es „noch zur Zeit die politischen Conjuncturen, besonders mit dem kaiserlichen Hof, nicht gestatten, und in dieser Rücksicht, in der augenblicklichen Crisis bloß aus Menagement eines wechselseitigen Vertrauens noch nicht räthlich scheinen will, von dem ganzen Umfang und Inhalt der mit unserem vielgeliebten Vetter des Markgrafen von Brandenburg Liebden förmlich geschlossenen Conventions-Acte öffentlich Gebrauch zu machen und jetzt gleich zum völligen effect zu bringen."

Indessen hatte aber auch Hardenberg durch ein Mitglied des wieder zurückgekommenen markgräflichen Hofes — dessen Zustand durch den inzwischen eingetretenen Todesfall der Markgräfin doch einigermaßen verändert worden war — von dem geschlossenen Vertrage Kunde erhalten, aber sich dadurch in seiner gewohnten Thätigkeit nicht stören lassen. Er besaß jetzt das volle Vertrauen des Markgrafen. Man rühmte seine große Application, Geschäftskenntniß und beifallswürdige Thätigkeit, die er auch bei der Ausführung des neuen Finanzplanes bewiesen habe. Der Markgraf hatte ihn zum dirigirenden Minister in beiden Landschaften ernannt. Er besaß die vornehmste Autorität im Lande. Wie mußte es ihn berühren, daß nun ein von Berlin kommender Finanzrath ihm nicht sowohl zur Seite gestellt, als eigentlich vorgesetzt wurde! Denn als Minister des Markgrafen wäre er dem königlichen Commissar Folge zu leisten verpflichtet gewesen. Sein Entschluß war auf der Stelle gefaßt.

Er sprach ohne Umschweif und Zurückhaltung mit Bärensprung[1]), der sich in der That bewegen ließ, in einem Schreiben nach Berlin um die Ausdehnung der ihm gegebenen Vollmacht auf Hardenberg zu bitten. Doch war es dessen Meinung nicht, sich hiemit zu begnügen.

Der Gegensatz zwischen ihnen war insofern von politischer Natur, als Bärensprung in dem Sinne des Ministeriums arbeitete, mit Vorbehalt der markgräflichen Autorität, Hardenberg dagegen den Uebergang der Markgrafthümer an Preußen ins Auge faßte. Das erstere war durch die politischen Verhältnisse überhaupt geboten; das letztere entsprach den schon beschlossenen Thatsachen besser: der Markgraf stimmte mit der Auffassung Hardenbergs überein; er zog die Cession allem Andern vor. Er versah ihn mit einer Ermächtigung, über alles das, was sich auf den über die Cession der Markgrafschaften geschlossenen Vertrag beziehe, zu unterhandeln und abzuschließen, so daß das ganze Geschäft in dessen Hand gelegt wurde. Unverzüglich machte Hardenberg sich auf den Weg nach

1) In den eigenhändigen Aufzeichnungen Hardenbergs finden sich folgende Worte: Enfin Baerensprung m'annonce son arrivée en avril. — Parlé au Margrave après le Rapport. Arrivée de Baerensprung: ses intrigues pour me débusquer — ce que je fis — Dit rondement mon sentiment à B. — parlé le lendemain de grand matin au Margrave et allé à Berlin, accompagné de Koch, auquel je ne parlais de la chose qu'après avoir quitté Ansbach.

Berlin. In Beelitz hielt er an, um ein Memoire, das er vorlegen wollte, zu Stande zu bringen. Ihm kam es darauf an, nicht allein markgräflicher Minister, sondern zugleich Minister des Königs von Preußen und dessen vornehmster Bevollmächtigter zu sein, so daß die Ausübung der landesherrlichen Autorität vollständig, ohne weitere Rücksicht auf einen Anderen, in seiner Hand vereinigt wurde. Darauf beruhte, wie der Fortgang der Sache, so vornehmlich seine eigene Zukunft.

In der Denkschrift[1]) spricht sich Hardenberg zunächst gegen die durch die Instruction Bärensprungs angeordnete neue Verfassung aus: darin werde für die Finanzen und die Administration, zugleich mit Beziehung auf das Militär, eine besondere königliche Commission angeordnet, während innere Polizei, Rechtspflege und die Verhältnisse zu dem Auslande sowie zu dem Reiche dem markgräflichen Ministerium vorbehalten seien. Dieses habe die Pflicht, sich in wichtigen Dingen mit der Commission zu verständigen. Wie aber, sagt Hardenberg, solle sich dies ausführen lassen in einem Lande, das nicht einmal ein geschlossenes Territorium besitze und in den verwickeltsten Verhältnissen mit den Nachbarn stehe, — wo es Dörfer gebe, welche Unterthanen von drei verschiedenen Souveränen zählen, — wo man häufig in einer Beziehung nachgeben müsse, um in einer anderen zu seinem Ziele zu gelangen? Eine interimistische Einrichtung würde überhaupt unausführbar sein. Ein Minister könne die Verantwortlichkeit nicht selbst übernehmen, und an wen solle er sich in zweifelhaften Fällen wenden? Zwischen dem Commissar und dem markgräflichen Minister werde es unaufhörliche Collisionen geben. Dem letzteren werde nichts übrig bleiben, als eine Art von executiver Gewalt mit ebenso geringfügigen Mitteln, sie auszuüben, wie man sie in Frankreich soeben constituire. Wer solle die Stellen besetzen? Ohne die Autorität des Souveräns würde Alles in Unthätigkeit verfallen. Und wolle man das Geheimniß des geschlossenen Vertrages bewahren, so würde schon die Aufstellung einer königlichen Commission dies zerstören. Der Minister des Markgrafen werde ohne die Autorität des Königs viel zu schwach sein, um sich den Eingriffen der Reichsgewalt zu widersetzen. Die Commission selbst werde im Lande als eine fremde

1) Copie d'un mémoire fait à Ansbach le 13 de mai 1791 par ordre de Msgr. le Marggrave et approuvé par S. A. S. Buchstäblich, wie man sieht, ist das Datum nicht zu nehmen.

betrachtet werden und nicht das erforderliche Ansehen haben. Welche Unzuständigkeiten würden daraus erfolgen, daß man ihr auch das Militär unterordne!

Hardenberg geht dann auf die Motive über, durch welche man zu einer so ungewöhnlichen und schädlichen Anordnung bewogen worden sei; er meint die Einwendungen, welche Cobenzl in Wien ausgesprochen hatte. Hardenberg erklärt sie für unbegründet: denn der Wortlaut des Friedens von Teschen sei auch auf diesen Fall anwendbar, und zur Autonomie deutscher Fürstenhäuser gehöre es, in Fällen dieser Art für sich selbst gültige Bestimmungen zu treffen. Er entwickelt das mit der ihm eigenen publicistischen Gewandtheit. Für sich selbst lehnt er auf das bestimmteste ab, sich in das Verhältniß zu fügen, das man ihm zumuthe: er würde dadurch gleichsam ein Untergebener des Commissars werden und sich vor ganz Deutschland entehren. Nicht unter diesen Voraussetzungen habe er sein früheres Dienstverhältniß verlassen. Für den Fall einer Veränderung sei ihm Aufnahme in den königlichen Dienst zugesagt worden.

Mit dieser Denkschrift nun begab er sich nach Berlin, wo er seinen alten Gönner Hertzberg nicht mehr am Ruder fand. Hertzberg war nicht entsetzt worden; aber von den wichtigsten Geschäften, die nicht gerade formaler Natur waren, blieb er ausgeschlossen. Hardenberg conferirte mit den drei anderen Cabinetsministern: Finkenstein, Alvensleben und Schulenburg, von denen besonders der letzte damals in großem Ansehen stand. Die Bemerkungen, die Hardenberg machte, waren so einleuchtend, daß sie in der Hauptsache vollkommen überzeugten. Nur dahin konnte er es nicht bringen, daß man sich entschlossen hätte, die Cession in aller Form eintreten zu lassen. Bei der schwankenden Lage der allgemeinen Verhältnisse schien es auch jetzt nicht opportun zu sein. Man entschloß sich zu der Auskunft, unter Vermittelung Hardenbergs, der dazu vollkommen ermächtigt war, einen neuen Vertrag, den man Pacte additionnel nannte, mit dem Markgrafen abzuschließen. Darin wird der frühere Vertrag zwar suspendirt, aber seinem Inhalte nach zugleich bestätigt. Der König erscheint als Eigenthümer des Landes; die Regierung aber soll unter dem Namen des Markgrafen durch Hardenberg geführt werden. Dazu wird ihm von dem Markgrafen der ausgedehnteste Auftrag ertheilt. Er soll sämmtliche, sowohl die Länder und deren Regierung als seine (des Markgrafen) Person betreffende Besorgungen und Geschäfte ohne Ausnahme mit voller

Macht übernehmen [1]); die landesherrliche Gewalt und die legislative, das Recht, die Behörden einzurichten, die Mitglieder derselben anzustellen, die ganze Autorität, die ihm bisher im Namen des Markgrafen mit dessen persönlicher Theilnahme zugestanden hatte, soll er fortan ohne dieselbe ausüben. Ein für allemal erklärte sich der Markgraf damit einverstanden, daß der Minister von dem Könige von Preußen Verhaltungsbefehle empfange, und zugleich wurde Hardenberg zum wirklichen preußischen Staatsminister ernannt: das eigentliche Ziel seiner Wünsche, das er mit einer glücklichen Gewandtheit erreichte, die ihn ganz eigen charakterisirt [2]); sein Interesse fiel mit dem der Sache zusammen. In seiner Person concentrirte sich die Autorität des Königs und des Markgrafen; und wenn man das Geheimniß, das wohl für Niemanden ein Geheimniß war, äußerlich noch beobachtete, so trug das nur dazu bei, Hardenberg eine unabhängige Stellung zu verschaffen, die ihm fern von dem Mittelpunkte des Staates freie Hand ließ. Doch gehörte noch die Ratification des Markgrafen dazu, das einzige, was sich derselbe in seiner Vollmacht vorbehalten hatte. Dieser Fürst war indeß, von der Besorgniß geängstigt, daß die Revolution auch sein Land ergreifen könne, und von seiner Begleiterin fortgerissen, nach England gegangen. Hardenberg schickte seinen Secretär dahin ab und wartete auf seinem Stammschlosse, bis derselbe mit der Ratification des Pacte additionnel zurückgekommen war. Hierauf begab er sich nach Ansbach, wo nun Alles eine definitive Gestalt nach seinem Sinne annahm.

Wie sehr sah sich Bärensprung enttäuscht! Anfangs war die Absicht gewesen, ihn zum Minister oder doch zum Oberpräsidenten zu ernennen. Doch wurde auch das Letzte aus Rücksicht auf die übrigen Beamten vermieden. Hardenberg selbst entwarf die Instructionen, durch welche die beiderseitigen Stellungen geregelt wurden. Bärensprung trat in ein untergeordnetes Verhältniß zurück. Die ihm früher ertheilten Berechtigungen wurden aufgehoben. Er fügte sich in sein Schicksal mit der Submission eines eingeschulten Beamten und war zufrieden, daß ihm die Rückkehr nach Berlin

---

1) Cum libera facultate et potestate agendi.

2) Der Bericht der drei Minister darüber bezeichnet das Motiv mit den Worten: ...... pour arranger l'affaire de la Cession des Margraviats d'Ansbach et de Bareuth de manière à contenter les désirs du Margrave sans encourir les dangers, qui pourroient en résulter dans les conjonctures politiques du moment ......

vorbehalten blieb. Die Stellung Hardenbergs, der nun als Repräsentant der gesammten Regierungsgewalt erschien, bezeichnete Schulenburg nicht mit Unrecht als ebenso glänzend wie bedeutend. Doch hatte sie noch mannichfache Schranken zu überwinden, ehe sie zur Selbständigkeit gelangte, was denn Hardenberg, dem alle Unterordnung verhaßt war, zu versuchen nicht versäumte.

Für den Sommer 1791 nahm Hardenberg Wohnung in Baireuth. Er wurde daselbst sehr wohl empfangen und ergriff nun die Zügel der Regierung. Bärensprung folgte ihm als sein erster geheimer Rath. Auch machten ihm die Befehlshaber der bewaffneten Macht ihren Vortrag. Er säumte nicht, einen preußischen General, eben Treskow, an die Spitze derselben zu stellen.

An sich hatte in Folge der zweifelhaften und nicht ganz mittheilbaren Vorgänge das staatsrechtliche Verhältniß doch auch unangenehme Seiten. Die größte Schwierigkeit lag in der Ertheilung der unmittelbaren Lehen in den Fürstenthümern durch den Reichshofrath [1]). Der Markgraf hatte unterlassen, sie einzuholen; aber ohne eine von dem jedesmaligen Besitzer unterzeichnete Forderung war sie nicht zu erreichen. Nachträglich konnte das nicht geschehen; es würde eine Nullität in sich geschlossen haben, da der Markgraf bereits wirklich cedirt hatte. Um die Belehnung zu erlangen, mußte der König persönlich als Besitzer auftreten.

Auch in anderen Verhältnissen zeigte sich doch der Mangel einer eigenhändigen Unterschrift, wie Hardenberg von Anfang an vorausgesehen hatte, nachtheilig; er empfand es, daß er Manches ohne alle Autorisation — ungewöhnlich in Deutschland — entscheiden mußte. In wichtigen Geschäften war das auf die Länge unthunlich. Der Minister war sehr glücklich darüber, als er Anfang November 1791 Nachricht bekam, daß die förmliche Besitznahme nicht länger verzögert werden sollte. Von dem kaiserlichen Hofe brauchte man keinen Widerspruch zu befürchten. Es war die Zeit der engsten Verbindung zwischen Oesterreich und Preußen in allen allgemeinen Angelegenheiten, die bald nachher zu einer

1) Des inconvéniens sans nombre qui pour un gouvernement aussi compliqué que celui des principautés d'Ansbach et Bareuth résultaient du grand éloignement du margrave et du retour fréquent des cas qui exigeaient la signature du souverain, et particulièrement les difficultés élevées par rapport aux pleinpouvoirs pour l'investiture des fiefs de l'empire compris dans ces principautés .... ont obligé le roi etc.

Gemeinschaft der Waffen und der Politik führte, die Niemand hatte erwarten können.

Den Ansichten Hardenbergs gemäß hielt man es für hinreichend, dem kaiserlichen Hofe eine Notification zugehen zu lassen, in der man besonderen Werth darauf legte, daß die Cession des Markgrafen durch seine den Bedürfnissen der Zeiten und des Landes nicht mehr genügende Verwaltung nothwendig geworden, von preußischer Seite nicht herbeigeführt, nicht einmal gewünscht worden sei, und daß die Besitznahme mit keinem Zuwachs an Einkünften verbunden sei, deren Ueberschuß dem Markgrafen vorbehalten bleibe.

Unverzüglich gab Hardenberg dem Markgrafen selbst Nachricht. Dieser hatte nur einen kurzen Aufenthalt in England genommen; denn seine Lady fand dort die Aufnahme nicht, auf die sie gerechnet hatte. Sie waren nach Lissabon gegangen, wo dann kurz darauf ihre Vermählung stattfand (Oktober 1791); denn auch Lord Craven war vor einiger Zeit gestorben.

Die Nachricht von dem Entschlusse des Königs, wirklich Besitz zu ergreifen, gereichte dem Markgrafen zu großer Genugthuung. Niemals, schreibt er, habe ihm ein Courier größeres Vergnügen gemacht, als der, welcher ihm die Nachricht bringe, daß der Schleier von seinen Verhandlungen vollends weggezogen sei. Er habe dem Könige für das, was er für ihn thue, seinen Dank und seine Segenswünsche in Bezug auf die Fürstenthümer, die derselbe jetzt in Besitz nehme, dargebracht [1]). Es schien ihm nur darauf anzukommen, die ihm bewilligten Gelder, namentlich die Capitalien der Chatoulle, sobald als möglich zu empfangen, um sich eine sichere und anständige Existenz für die Zukunft zu gründen. Er war glücklich, der Geschäfte überhoben zu sein. Denn auch solche Fürsten giebt es, denen die Ausübung der höchsten Gewalt, die niemals ohne Schwierigkeiten ist, zur Last wird; sonst gutmüthig und wohlwollend, ziehen sie doch das Privatleben, für das sie vielleicht geboren waren, ihrem Antheil an den Geschäften bei weitem vor. Auf der anderen Seite aber trat die große Frage ein, welches nun das Verhältniß der neu erworbenen Landestheile zu der Monarchie sein solle.

Hardenberg begab sich nach Berlin, um über seine bisherige Geschäftsführung Rechenschaft abzulegen und zugleich die neue Ord-

1) J'ai écrit au Roy, où je Le remercie de tout ce qu'il fait pour moi et où je Lui donne mille bénédictions avec les margraviats, qui viennent être réunis à présent sous son sceptre.

nung der Dinge, vornehmlich auch sein eigenes persönliches Verhältniß, festzustellen. Noch einmal kam die Auseinandersetzung mit dem Markgrafen zur Sprache; einige Bedenken konnten die von seinen Voreltern zu Gunsten der öffentlichen Institute, namentlich der Universität Erlangen, bestimmten Capitalien erregen; es mußte entschieden werden, inwiefern das Silberzeug, das er in Anspruch nahm, Fideicommiß sei oder nicht. Wir übergehen diese und ähnliche Fragen. Die Art und Weise, wie Hardenberg sie behandelte, wird ein oder das andere Aktenstück besser zeigen, als es im Laufe der Erzählung geschehen könnte.

Wichtiger waren die Erwägungen über die Feststellung der Ordnung überhaupt. Es ließ sich denken, daß die neue Erwerbung, wie die anderen Provinzen behandelt, nach den verschiedenen Zweigen der Verwaltung den Centralbehörden in Berlin unterworfen würde. Wenn es das eigene Interesse Hardenbergs war, dem zu widerstreben, so trafen auch hier andere aus der Sache entspringende Motive mit demselben zusammen. Hardenbergs Antrag ging dahin, die gesammte Landesverwaltung in seiner Hand zu lassen: denn die verwickelte Verfassung der Landschaften, die stete Vermischung der Administration mit auswärtigen Beziehungen mache die Direction von Seiten eines einzigen, in denselben anwesenden Ministers, die sich über alle Gegenstände erstrecken müsse, nothwendig [1]). Sein Wunsch war, die Administration in seiner Hand zu vereinigen und nur unter dem Cabinetsministerium, das die allgemeinen Geschäfte des Staates besorgte, zu stehen.

Er verlangte überdies in Bezug auf sein Einkommen eine dieser Stellung angemessene Ausstattung: denn er sei nicht reich; in seinem ererbten Vermögen habe er durch allerlei Unglücksfälle große Verluste erlitten; von den Gütern, die er besitze, habe er nur die Verwaltung, aber keine Einkünfte; er müsse von seinem Dienste leben [2]). Auch sei das mit seinem bisherigen Einkommen möglich gewesen, solange der Markgraf im Lande Hof gehalten habe. Nach dessen Entfernung aber müsse er viele Men=

1) Denkschrift vom 10. Januar 1792. Er widerräth, die Provinzen gleich den übrigen in die eingeführten Realdepartements, namentlich die des Generaldirectoriums, zu vertheilen.

2) Je ne suis pas riche, Sire; la fortune de mon Père m'a été enlevée par des malheurs de famille qui ne m'ont laissé que de grandes terres endettées, dont j'ai la Charge de l'administration sans en tirer des Revenues. Il faut que je vive du service. — 12. Januar 1792.

schen bei sich sehen und großen Aufwand machen. Er verlangte das damals gewöhnliche Gehalt eines preußischen Ministers: 6200 Thaler, 5000 Thaler Tafelgelder und einige andere Emolumente. Das hatte keine weitere Schwierigkeit. Der König genehmigte es mit Vergnügen und gestattete ihm auch die Benutzung der Eremitage in Baireuth und Schildwachen vor seiner Wohnung, worauf er viel Werth legte, und was dem mehr ist.

Eine größere Schwierigkeit entsprang aus der näheren Bestimmung des Dienstverhältnisses. Um von dem Cabinetsministerium nicht als ein Untergeordneter behandelt zu werden, verlangte er, selbst Cabinetsminister zu sein, mit Sitz und Stimme in demselben, wenn er nach Berlin komme, ausgeschlossen jedoch alle anderen Geschäfte, außer für Ansbach und Baireuth. In seiner Abwesenheit wollte er für den größten Theil der Geschäfte als Deputirter des Cabinetsministeriums bevollmächtigt sein. Nur die wichtigeren Sachen würde er durch dasselbe unmittelbar an den König gebracht haben. Nach den Aufzeichnungen Hardenbergs sollte es scheinen, als habe ihm Schulenburg, der jetzt, wie überhaupt, so namentlich in diesen Dingen den größten Einfluß ausübte, sein Einverständniß mit diesen Wünschen ausgesprochen. Harderberg hatte im Beisein Schulenburgs und Bärensprungs eine Audienz bei dem Könige, bei welcher er die Ueberzeugung faßte, daß auch der König damit einverstanden sei. Indem er mit Schulenburg die Treppe hinunterging, besprachen sie miteinander, wer das Resultat der Audienz niederschreiben solle. Hardenberg sagt, aus Bescheidenheit habe er das dem älteren Minister überlassen. Er klagt dann fortwährend darüber, daß das in einem ihm entgegenlaufenden Sinne geschehen sei, und beschwert sich über die Falschheit Schulenburgs. Wir können nicht ermitteln, wie weit sich das so verhält. Denn an und für sich und von geschäftlicher Seite betrachtet, läßt es sich kaum anders denken, als daß die fungirenden Cabinetsminister einiges Bedenken trugen, dem neu eintretenden eine Stellung zu gewähren, durch die er wesentlich unabhängig zu werden schien. Durch königliche Cabinetsordre wurde Hardenberg der Charakter eines Cabinetsministers ertheilt, vor Allem mit der Maßgabe, welche er nicht anders erwarten konnte, daß er an der Führung der auswärtigen Geschäfte des Staates keinen Antheil zu nehmen habe, dann aber mit einem weiteren Zusatze, den er nicht erwartete: er sollte allerdings die Direction sämmtlicher Geschäfte in den brandenburgischen Fürstenthümern behalten, aber unter Leitung des

Cabinetsministeriums, an das er seine Berichte einzusenden habe und welches über alle wichtigen Gegenstände die königlichen Entscheidungen einholen, die minder wichtigen aber selbst entscheiden werde. So hatte Schulenburg selbst vorgeschlagen und die bestimmenden Beweggründe hiezu in Anregung gebracht; er bemerkte, Hardenberg würde sonst einen Staat im Staate bilden; bei all seinem Talent kenne er doch die Form des preußischen Dienstes nicht und würde ohne andere Direction nicht im Stande sein, den Uebergang der Provinzen in das preußische System, der doch in der Absicht liege, einzuleiten [1]). Hardenberg seinerseits wollte sich dem nicht fügen; er sah darin die Tendenz des Cabinetsministeriums, ihn zu unterjochen. Bärensprung, sein alter Nebenbuhler, sollte alle Wochen ein Mal über die ansbach=baireuther Angelegenheiten Vortrag im Cabinet haben. Nach demselben würde das Cabinetsministerium unfehlbar entscheiden. Heiße das nicht, die Direction an Bärensprung bringen und ihn, den Minister, in die Stellung eines Landespräsidenten zurückdrängen? Schon auf der Reise wendete er sich in einem sehr dringenden Anschreiben hierüber an Schulenburg. Dieser bedeutete ihm unumwunden und zugleich im Namen seiner beiden Collegen, daß es bei der getroffenen Anordnung sein Bewenden haben müsse; der ihm zu Theil gewordene Charakter sei nur eine Ehrenbezeigung, die ihm der König wegen seiner dortigen Stellung verliehen habe. Seitdem war kein gutes Verhältniß mehr zwischen Hardenberg und Schulenburg. In allem, was von dem Cabinetsministerium verfügt wurde, meinte Hardenberg die Hand Bärensprungs und die Absicht, ihn niederzuhalten, zu erkennen.

Indessen ging nun die Besitzergreifung ihren Weg. Hardenberg nahm die Huldigung im Namen des Königs ein. Er erwähnt, daß er in Baireuth zu Pferde stieg, um die guten Zusicherungen

---

1) Je crois pourtant devoir observer que si Elle trouve bon de donner la surveillance des affaires des Margraviats au Ministère du Cabinet ou à tel autre Département qu'Elle trouvera à propos, le Baron de Hardenberg doit suivre, malgré le caractère qu'il demande à Votre Majesté, les instructions qu'il en reçoit, puisque d'ailleurs il formerait statum in statu et que ces nouvelles provinces ne tiendraient par aucun fil à la machine générale de la monarchie: ces provinces doivent successivement prendre la forme du gouvernement des autres états de Votre Majesté, et le Baron de Hardenberg, malgré ses talents et ses lumières, ne connaît pas lui-même cette forme et doit nécessairement être dirigé... 15. Januar 1792.

des Königs zu verkündigen. Das Land begrüßte den Uebergang unter die preußische Herrschaft mit Jubel. Für Hardenberg entsprangen aus seinem Verhältnisse zu dem Generaldirectorium und den Einflüssen Bärensprungs, welche die Absicht einer unmittelbaren Einfügung in das preußische Staatswesen nicht aufgaben, mancherlei Schwierigkeiten; aber er wußte sie zu umgehen; er war ganz der Mann dazu, eine Aera für die Fürstenthümer in Bezug auf ihre innere Verwaltung zu eröffnen.

Zwölftes Capitel.

Verwaltung der fränkischen Fürstenthümer.

Es ist der Mühe werth, gleich an dieser Stelle einen Blick darauf zu werfen, wie Hardenberg seine Aufgabe ergriff. Vielleicht wäre kein eigentlich preußischer Staatsmann sie zu erfüllen so fähig gewesen, wie dieser erst in den Dienst eingetretene, der von Jugend auf seine Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse des Reiches und die Beziehungen der Territorialgewalt zu demselben gerichtet hatte. In Berlin machte es einen gewissen Eindruck, daß Hardenberg den Antrag stellte, von Regensburg her über die im Reichstage vorkommenden Angelegenheiten, insofern sie sich auf die Fürstenthümer bezögen, unterrichtet zu werden. In der Besorgniß, er wolle Einfluß auf die Reichsangelegenheiten gewinnen, beschränkte man ihn auf die Mittheilung dessen, was sich unmittelbar auf Ansbach und Baireuth beziehe; Hardenberg dagegen blieb dabei, daß auch das Allgemeine mit den ansbach-baireuthischen Angelegenheiten so genau zusammenhange, daß die Kunde davon ihm unentbehrlich sei.

In den fränkischen Fürstenthümern war die Autorität der Reichsinstitute, namentlich der Reichsgerichte, noch in einem Grade bedeutend, von dem man in norddeutschen Gebieten nichts mehr wußte. Von den Gerichten des Landes konnte schon bei der kleinen Summe von 8000 Gulden an die Reichsgerichte appellirt werden. Diese hatten über die unaufhörlich streitigen Verhältnisse der Nachbarn, selbst der nach Reichsfreiheit trachtenden Insassen, die letzte Entscheidung zu geben; und seit langer Zeit war dieselbe mehr in dem vorherrschenden Sinne gegen die Interessen der Landesregierung ausgefallen. Man erinnerte sich, daß nur in längst verflossenen Zeiten das Kammergericht Urtheile zu Gunsten der Landeshoheit ausgesprochen hatte. Diese war in den fränkischen Fürstenthümern überhaupt nicht ausgebildet worden. Dagegen war die Kreis-

verfassung, die in den letzten Jahrhunderten das factisch zusammenhaltende Moment in dem Reiche ausmachte, in dem fränkischen Kreise am meisten entwickelt, ausgenommen etwa den schwäbischen. Die Kreisstände versammelten sich seit einiger Zeit nicht mehr wie früher in bestimmten Zeitfristen, sondern sie blieben immer zusammen. Sie hatten ihre besonderen Kassen, ihr eigenes Militär, ein gemeinschaftliches Schuldenwesen. Sie waren auch hier wie anderwärts in verschiedene Bänke abgetheilt: die fürstliche, welche zugleich geistliche und weltliche Stände umfaßte, die reichsgräfliche und die städtische. Aber diese Bänke votirten nicht, wie es am Reichstage herkömmlich war, jede für sich; sie faßten ihre Beschlüsse immer in gemeinsamer Berathung. Für dieselben war es von großer Wichtigkeit, daß man keine Rücksicht auf den Umfang der Territorien nahm, sondern die kleinsten Bezirke so viel galten als die großen. Die Folge davon war, daß die kleineren die Mehrheit bildeten und den Ausschlag gaben.

In der Geschichte der politischen Verhandlungen dieser Zeit, auch der allgemeinen Friedensschlüsse, tritt zuweilen der Name „Zwanziger“ bedeutend hervor. Sein Ansehen beruht auf diesem Verhältnisse. Zwanziger war auf der Kreisversammlung in Franken Repräsentant von sieben gräflichen Herrschaften. Diesen sieben Stimmen gesellten sich vier andere hinzu, die der Bevollmächtigte von Schwarzenberg, der auf der Fürstenbank saß, mit jenen zu vereinigen wußte. Die vereinigten elf Stimmen nun beherrschten den Kreistag und leiteten ihn nach dem Sinne Zwanzigers, d. h. in dem Sinne der Reichsfreiheit und des kaiserlichen Hofes. Den Ansprüchen der Landeshoheit setzte sich die Idee der Einheit und der Souveränetät des Kreises entgegen, eine Idee, von der man annahm, daß sie durch die Vorgänge in Frankreich, so höchst verschieden diese auch in ihrem Sinne und Wesen waren, Leben empfange. Wohl gebührte dem Markgrafen ein Antheil an den Geschäften des kreisausschreibenden Directoriums; aber noch mehr lag dies in den Händen des Bischofs von Bamberg, dem, wie man sich ausdrückte, Mund und Feder, d. h. Vortrag und Fassung, gehörten; zwischen beiden aber kam es nie zu dem ernstlichen Zusammenwirken, das dazu gehört hätte, um dem Uebergewicht der Grafenstimmen entgegenzutreten. Denn das geistlich-katholische Interesse neigte sich mehr zu dem der Reichsritterschaft und der Reichsgerichte. Genug, die Fürstenthümer mit ihren durch die Besitzungen der Reichsstadt Nürnberg getrennten beiderseitigen Territorien,

die jedes auch in sich selbst nicht geschlossen waren, blieben weit davon entfernt, eine selbständige Autorität zu besitzen und geltend machen zu können. Sie waren zu ansehnlichen Beiträgen für die Kreiskasse, etwa dem sechsten Theil der ausgeschriebenen Summen, die nach Römermonaten berechnet wurden, verpflichtet. Die markgräflichen Soldaten trugen großentheils die Uniform der Kreistruppen.

Die Absicht der neuen Verwaltung war es nun [1]), dieser Abhängigkeit möglichst ein Ende zu machen. Man dachte daran, die Stimmenzählung nach dem wirklichen Bestande der Territorien abzuändern und der Allgewalt Zwanzigers gegenüber, die man als Despotismus bezeichnete, die Gerechtsamen der Landeshoheit emporzubringen. Hardenberg wollte der Verwirrung, in der sich die Kasse befand, ein Ende machen und lieber einen angemessenen Theil der Kreisschulden auf das Land übernehmen, als von derselben mitbetroffen werden. Der allernächste Gedanke war, das Militär, welches nun als preußisches erschien — es belief sich ungefähr auf 9000 Mann —, von der Verbindung mit dem Kreise loszureißen und mit der Zeit auf einen respectablen Fuß zu setzen. Dazu gehörte nun aber auch die Umgestaltung der Landesregierung, noch nicht vollständig auf den preußischen Fuß, aber doch nach dem Vorbilde, das Preußen gab. Denn das war das Bedeutende in dem Verhältnisse Preußens zu den übrigen deutschen Ländern, daß es zuerst und durchgreifend die Idee einer selbständigen und allumfassenden Staatsgewalt zur Erscheinung brachte gegenüber dem Herkommen, welches sich auf erworbene Berechtigungen oder auch eingerissene Mißbräuche gründete, gegenüber auch den Reichsbehörden und ihren das besondere Staatswesen zersetzenden Eingriffen. Erst dadurch wurde es möglich, allgemeine Ideen für das bürgerliche Leben zu fassen und zu realisiren. Wie hätte wohl sonst ein allgemeines Gesetzbuch, wie das preußische Landrecht war, zu Stande kommen können! Zunächst war nicht daran zu denken, in den neuen Provinzen, in denen die Appellation an die kaiserlichen Gerichte in so großem Umfange stattfand, das Landrecht einzuführen. Ebensowenig hätte das preußische Militärsystem in seiner ganzen Strenge in denselben zur Ausführung gebracht werden können; aber der Geist dieser

1) Wir schöpfen aus dem „General-Bericht über die Verwaltung der Fürstenthümer Ansbach und Bayreuth vom Regierungsantritt des Königs im Jahre 1792 an bis 1. Juni 1797, verfaßt und Sr. Majestät übergeben von dem Minister von Hardenberg. Berlin, im Junius 1797", aus welchem in den Denkwürdigkeiten V, S. 21 ff., Auszüge mitgetheilt sind.

Einrichtungen schwebte bei den Abänderungen, die man in der Landesverfassung der Fürstenthümer traf, nothwendig vor Augen. Zuweilen erschienen sie, selbst in militärischer Hinsicht, als eine Erleichterung, namentlich auch das Cantonalwesen, welches von den bestehenden willkürlichen Einrichtungen befreite. Die Verwaltung der Justiz war dort nicht schlechthin zu verwerfen; denn auf dem Grunde der allgemeinen Cultur, welche die früheren Jahrhunderte überhaupt belebte, beruhten auch die dortigen Zustände. Aber man stellte die Mitglieder der Collegien häufig an, ohne ihre Befähigung geprüft zu haben. Der Unterschied zwischen adeligen und bürgerlichen Mitgliedern trat auf eine schädliche Weise hervor. Geschenke geben und nehmen war an der Tagesordnung. Nach einigen Jahren schritt man doch dazu, die preußische Justizverfassung auch über Franken auszudehnen, und in jüngeren strebsamen Eingeborenen fand dieser Versuch Anklang und Unterstützung. Mit dem preußischen Präsidenten Kircheisen ging ein fränkischer, Völderndorff, Hand in Hand. Nach und nach gewann Alles eine andere Gestalt. So bestand auch in kirchlicher Beziehung eine gute Grundlage, die man beibehielt. Nur darauf kam es an, die katholischen Pfarrer, welche, auf die Macht ihrer nahen Diöcesanbischöfe gestützt, sich fast unabhängig geberdeten, zur Anerkennung ihrer Unterthanenpflicht zu bringen. Es war schon etwas, daß sie den Huldigungseid ableisten mußten. Allenthalben gab es dem protestantischen System gemäß Landschulen sowie in den Städten höhere Schulen und Gymnasien. Hardenberg wandte besonders der Errichtung von Schullehrerseminaren seine Aufmerksamkeit zu. Der Universität Erlangen widmete er sorgfältige Pflege. Man dachte sie zu wirklichem Flor emporzubringen. Vor kurzem hatte eine wohlgesinnte Fürstin sich mit dem Gedanken getragen, eine neue Universität im Ansbach'schen zu gründen und ein Capital dazu angewiesen, das sich im Laufe der Zeit ansehnlich vermehrt hatte. Der letzte Markgraf hatte die Zinsen zu seinen Chatoullegeldern geschlagen. Jetzt nahm man vor Allem Bedacht, das Capital wenigstens nicht auszahlen zu lassen: denn sonst würde es nach dem Tode des Markgrafen in die Hände der Lady Craven gerathen. Hardenbergs Rath ist, es alsdann nicht zur Gründung einer neuen Universität, sondern zur Verbesserung und dem Emporbringen der alten Unterrichtsinstitute zu verwenden. Er zeigt in Allem den umfassenden und doch schonenden Geist eines zur Gesammtregierung eines Landes in den verschiedensten Zweigen befähigten Staatsmannes. Vornehmlich war sein Augenmerk auf

die dort so wichtigen, aber vernachlässigten Zweige der Forstcultur und des Bergbaues gerichtet. Eine der größten Beschwerden des Landes bildete die Hegung eines unverhältnißmäßigen Wildstandes und die Bevorzugung des Jagdwesens. Die Jäger übten hier und da eine despotische Gewalt aus. Die Waldungen blieben dabei doch vernachlässigt. Hardenberg begann damit, eine Forstcommission zu errichten, welche, von allgemeinen Gesichtspunkten ausgehend, auch diese Verwaltung für die Bedürfnisse des Staates umgestaltete.

Er hatte eine alte Vorliebe für den Bergbau, der einst in diesen Fürstenthümern überaus blühend und einträglich gewesen war, und ließ es an Eifer nicht fehlen, um ihn wieder emporzubringen. Sein Freund und Lehrer in diesem Fache, Heinitz, kam persönlich herbei, um sich über das Thunliche mit ihm zu verständigen. Dabei leistete ihm ein junger Bergassessor, der später zu universalem Ruhm emporgekommen ist, Unterstützung. Es war Alexander von Humboldt, der, indem er die Gruben befuhr, zugleich das Gezimmer der Erde studirte. Er wurde zum Oberbergmeister ernannt und blieb bei Hardenberg. Genug, allenthalben war Leben und Fortschritt, und zwar ein solcher, bei dem die Entwickelung der Cultur und der Macht zugleich ins Auge gefaßt wurde. Hardenberg bemerkt, das Land sei wohl im Stande, 20—30,000 Mann aufzubringen. In künftigen Streitigkeiten mit Oesterreich könne es militärisch von der größten Wichtigkeit werden; denn es flankire Böhmen von der einen Seite wie Schlesien von der anderen. Eine große Aussicht biete es für die Entwicklung der Macht in Süddeutschand dar. Man könne nun mit Baiern Hand in Hand gehen und, auf diese Besitzungen gestützt, über alle benachbarten Gebiete einen wirksamen Einfluß ausüben.

In diesen Verhältnissen der fränkischen Fürstenthümer, nachdem sie preußisch geworden waren, zu dem Reiche wurzelte die politische Thätigkeit Hardenbergs. In Bezug auf die innere Administration war sein Bestreben, indem er die Tendenzen der preußischen Staatsverwaltung zur Anwendung brachte, doch auch die Selbständigkeit des Landes der eignen Natur desselben gemäß aufrechtzuerhalten, was dann nicht ohne mannichfaltigen Streit mit den Centralbehörden durchgesetzt werden konnte, aber im Ganzen gelang. Wäre er auf diese Thätigkeit beschränkt geblieben, so würde er immer eine große Figur in der Geschichte der Administration bilden, wie ein und der andere schlesische Minister. Wir würden dann dieselbe näher zu entwickeln haben, wie sich denn dazu mannichfache

Materialien vorfinden. Allein eine noch größere und umfassendere Laufbahn war ihm bestimmt. Wir finden ihn in kurzem auf den Anlaß, den ihm seine provinziale Stellung gab, in die großen Angelegenheiten eingreifen. Und was anfangs nur ein Titel sein sollte, Staats- und Cabinetsminister, gewann bei ihm nach und nach eine bedeutungsvolle Realität. Wir erheben unseren Blick über die Marken der fränkischen Landschaften hinaus, die, von Preußen in Besitz genommen, dieser Macht dann wieder entrissen worden sind, und fassen die Bewegungen ins Auge, welche die Welt erfüllten.

Zweites Buch.

Hardenbergs Antheil an der preußischen und der deutschen Politik

in den Jahren 1794 und 1795.

Erstes Capitel.

Blick auf die Umgestaltung Europa's im Jahre 1793.

Es war nicht der alte preußische Staat, wie er sich unter dem großen Friedrich gebildet hatte, in dessen Dienst Hardenberg trat. Unter Friedrich Wilhelm II. war die Stellung des Staates wesentlich verändert worden. Die Erwerbung der fränkischen Fürstenthümer, zu welcher Hardenberg selbst soviel beitrug, brachte Preußen in ein unmittelbares Verhältniß zu dem südlichen Deutschland, zu den Regionen, die man das Reich nannte, zu dem Kaiser und dem kaiserlichen Hofe. Es war nicht leicht, diesen Ländern eine dem preußischen Staate analoge Organisation zu geben und sie mit demselben unauflöslich zu verbinden. Aber noch schwerer fiel die Veränderung der allgemeinen Politik ins Gewicht. Die Allianz zwischen Frankreich und Oesterreich, gegen welche Friedrich II. in den letzten dreißig Jahren seines Lebens Front gemacht hatte, existirte nicht mehr. Die französische Revolution war zum Theil gerade im Gegensatz gegen dieselbe ausgebrochen. Friedrich Wilhelm II. hatte sich bewogen gefunden, mit Oesterreich gegen die Revolution gemeinschaftliche Sache zu machen, ohne sie jedoch bezwingen oder bändigen zu können. Hardenberg war, wie die meisten preußischen Staatsmänner, gegen das Unternehmen wider Frankreich und gegen die Verbindung mit Oesterreich gewesen. Er hatte mit Schulenburg, der dabei sehr thätig mitgewirkt hatte, gelegentlich der Reise des Königs nach Franken darüber gesprochen; er mißbilligte nicht allein dessen Politik, er fand sie abscheulich. Den schlechten Ausgang des Feldzuges schrieb er einzig und allein dem Herzog von Braunschweig zu. Alle die Eigenschaften, von denen er, solange er im Dienste des Herzogs gewesen war, gelitten hatte: Unentschlossenheit, kleinliche Eifersucht, Mangel an Muth, glaubte er in der Weise, wie von demselben der Feldzug geleitet worden, wiederzuerkennen. Es hätte wenig daran gefehlt, sagt Hardenberg, so

würde der Herzog den zweiten Theil von Saratoga geliefert haben. Bei Saratoga war das legitimistische parlamentarische Kriegsheer, welches die amerikanischen Colonien zum Gehorsam zurückführen wollte, vernichtet worden; dem preußisch-österreichischen Heere war es noch gelungen, sich ohne Niederlage aus der Champagne zurückzuziehen. Aber der Erfolg erschien insofern als gleichartig, als dort die vereinigten Staaten zu einer Consistenz auf immer gelangten, hier aber die französische Revolution einen Sieg erfocht, der das gesammte alte Europa bedrohte.

Wenn man sich den Gang der europäischen Geschicke vergegenwärtigt, so war das gesammte Staatsleben aus einem und demselben Grunde hervorgewachsen, aus der Verbindung der abendländischen Nationen romanischen und germanischen Ursprungs zu einer politisch-religiösen großen Gemeinschaft, in welcher die Selbständigkeit der einzelnen Glieder mit gegenseitiger Abhängigkeit verbunden war. Sie war gelockert und erweitert worden, aber immer bestehen geblieben; sie hatte in dem System des europäischen Gleichgewichts ihren Ausdruck gefunden und jeder besonderen Staatsentwicklung ihren eigenthümlichen Charakter gegeben. Indem man unaufhörlich stritt, war man doch in der Hauptsache einverstanden; der einmal gelegte politische, geistliche und zugleich geistige Grund, auf dem man sich befand, war trotz einzelner Abweichungen unerschüttert. Die Bewegungen der französischen Revolution hatten ursprünglich eine Direction genommen, die mit den öffentlichen Zuständen des alten Europa vielleicht noch zu vereinbaren gewesen wäre; sie in derselben festzuhalten, war der eigentliche Zweck des Kriegszuges von 1792. Aber im Verlaufe der inneren Gegensätze und der äußeren Verwicklungen hatten in Paris Tendenzen das Uebergewicht erlangt, welche den eingelebten politischen und zugleich spiritualistischen Grundlagen des alten Europa geradezu entgegenliefen und nunmehr die Grenze von Frankreich zu überfluthen und allenthalben ähnliche Umbildungen, wie die französischen waren, hervorzurufen den Anlauf nahmen.

Eine der großartigsten historiographischen Aufgaben, die es geben kann, würde es sein, den Fortgang dieses Gegensatzes und seine Erfolge im Allgemeinen darzustellen: auf der einen Seite den inneren Gang der französischen Bewegung unter den nicht mehr zu bezwingenden, gleichsam autonomen revolutionären Impulsen, auf der anderen Seite den Widerstand, den die alten Staaten dieser Bewegung in jeder ihrer Phasen entgegensetzten, die Conflicte, in

welche die beiden Elemente untereinander geriethen, die Ausdehnung von Action und Reaction, das Uebergewicht der einen oder der anderen Seite, die auch innerlich in unaufhörlicher Wechselwirkung standen, bis die Resultate zu Tage kamen, die man als definitiv betrachten konnte. Aber eine so umfassende Darstellung liegt nicht in der Absicht dieser Schrift. Ihr Gegenstand ist die Politik und Geschichte von Preußen in der Mitte der großen Kämpfe der Epoche. Obgleich in seinem Bau von den anderen Gliedern der europäischen Gemeinschaft abweichend, hatte es doch keine innere Analogie mit der revolutionären Macht; es wurde von dem allgemeinen Sturme mitbetroffen; es mußte diesen mitbestehen und zugleich sein Inneres selbst entwickeln und erweitern. Auch diese Beziehungen und Thätigkeiten haben wir nicht in ihrem vollen Umfange darzustellen. Wir begleiten vor Allem die Arbeit eines Staatsmannes, der an denselben den lebendigsten Antheil nahm, aber doch lange Zeit hindurch von der Direction der Geschäfte noch entfernt blieb.

Hardenberg war kein Preuße von Geburt, aber er gehörte seit seiner Jugend zu denen, welche sich dem preußischen Interesse anschlossen und in dessen Förderung das allgemeine Heil erblickten. Er widmete sich dem Staate im Dienste der europäischen und deutschen Nothwendigkeiten. Seine eigenen Aufzeichnungen über die wichtigsten und zugleich unglücklichsten Jahre dieser Epoche sind in seinen eigenhändigen Memoiren enthalten. Auch liegen uns über die früheren und einige der späteren Jahre umfassende Zusammenstellungen über seine Wirksamkeit vor. Doch ist es nicht der biographische Moment der einen und der anderen, was unsere Aufmerksamkeit fesselt. Was läge an sich so Großes an Hardenberg? Er ist nur dadurch einer historischen Darstellung würdig, daß er um die Befestigung und Wiederherstellung der preußischen Selbständigkeit das größte Verdienst hat. Worauf es uns ankommt, ist eben die Geschichte des preußischen Staates der französischen Revolution gegenüber: wir werden die Gefahren, die demselben aus der Berührung mit den revolutionären Gewalten erwuchsen, die Haltung, die er in diesem Conflicte sogleich unter lebhafter Theilnahme Hardenbergs nahm, seine Niederlage, die Anfänge seiner Wiederherstellung zu schildern haben. Was man gewöhnlich Denkwürdigkeiten nennt, tritt hier vor den großen Interessen des Staates und der Welt zurück und geht gleichsam in ihnen auf.

Vergegenwärtigen wir uns nun zuvörderst die allgemeine Lage, wie sie sich im Jahre 1793 gestaltete. Die Begebenheiten nahmen

eine von dem Laufe der Dinge in dem vorangegangenen Jahre, der gleichwohl Alles beherrschte, doch wieder sehr abweichende Richtung.

Die Signatur der Zeit liegt in dem Proceß und der Hinrichtung Ludwigs XVI. Darin kam die Vollendung der Revolution, inwiefern sie den in Europa herrschenden Ideen der Monarchie und Legitimität entgegenlief, vollständig zu Tage. Es ist der zweite Königsmord, der im Namen der Nationalsouveränetät überhaupt vorgekommen ist. Der erste war die Hinrichtung Karls I. in England. Auf die gegen die beiden Könige erhobenen Anklagen kommt es dabei so sehr nicht an. Das Motiv lag in der Unvereinbarkeit einer durch und durch volksthümlichen Gewalt mit der althergebrachten Autorität eines erblichen Königs. In England hatte man die Idee der Volkssouveränetät in diesem Umfange nicht festgehalten. Man war in der Revolution von 1688 weit entfernt geblieben, darauf zurückzukommen. Das erbliche Königthum war unter dem Hause Hannover fortgesetzt worden und hatte sich seinerseits in England mit der parlamentarischen Verfassung identifizirt und sich nationale Theilnahme erworben, die nur nicht nach Amerika hinüberreichte, das in dem Parlament nicht repräsentirt war. Aber auch in England erweckten jetzt die revolutionären Ideen der Franzosen mannichfaltige Sympathien, denen dann die Antipathien entsprachen, welche sie in der Regierung und dem Könige, in der That auch in der Mehrheit der Nation wachriefen. An dem Kriege von 1792 hatte England keinen Antheil genommen: denn den daselbst herrschenden Prinzipien wohnte mit den ursprünglichen Intentionen der französischen Neuerung doch immer eine gewisse Verwandtschaft bei. Aber nachdem König Ludwig XVI. von dem Convent verurtheilt und hingerichtet war, erhielt der Gesandte, welcher bisher noch im Namen seiner Allerchristlichsten Majestät in England fungirt hatte, seine Pässe.

Schon waren auch andere Zwistigkeiten der beiden Staaten im Gange. Nach der raschen Ueberwältigung der belgischen Provinzen, die den Franzosen noch im Jahre 1792 gelang, hatten sie eigenmächtig die Schelde eröffnet. Was Joseph II. nicht hatte durchführen können, setzten die Franzosen, die früher selbst dagegen gewesen waren, nunmehr unverzüglich ins Werk, gleich als gäbe es keinen Vertrag, der sie, wenn er mit den natürlichen Rechten im Widerspruch sei, verpflichten könne. Es war darüber zwischen den beiden Regierungen zu lebhaften Contestationen gekommen; doch hatten die Engländer auch bei der Entfernung des

Gesandten die Möglichkeit einer Aussöhnung offengehalten. Aber die französischen Gewalthaber nahmen den Fehdehandschuh mit unerschrockenem Selbstgefühl auf. Die republikanischen Minister bezeichneten die Sympathie, die Ludwig XVI. in England finde, sogar als eine Beleidigung gegen die französische Nation, die man rächen müsse. Man hörte das Wort: Frankreich werde sich zur See ebenso stark zeigen, als es sich in dem letzten Jahre zu Lande erwiesen habe. Die Franzosen zögerten nicht, England den Krieg zu erklären, und schritten unverzüglich zu einer Handlung, welche eine offene Feindseligkeit enthielt. Von den holländischen Patrioten auf das dringendste aufgefordert, durch einen Einfall in Holland sich ihrer Sache anzunehmen, hatten sie bisher Bedenken getragen, zu einem solchen Unternehmen zu schreiten, wiewohl es in der Consequenz der Ereignisse von 1787 lag. Damals zu schwach, sich einzumischen, erachteten sie sich jetzt stark genug dazu und bereiteten Alles für den Moment vor, in dem die Lage der allgemeinen Angelegenheiten sie einladen würde, es auszuführen. Ein solcher war durch ihr Zerwürfniß mit England nunmehr eingetreten. Wenige Wochen nach der Hinrichtung des Königs (Mitte Februar 1793) überschritten ihre Truppen die Grenzen der Generalitätslande. Die Invasion hatte anfangs glücklichen Fortgang. Bald aber stieß sie auf ernstlichen Widerstand von Seiten der heranziehenden kaiserlichen Truppen, und noch einmal kam es zu Tage, daß die revolutionäre Idee die Führer der Armee noch nicht eigentlich beherrschte. General Dumouriez wandte sich, wie einst Lafayette, gegen die eigene Regierung, wahrscheinlich in der Absicht, den Herzog von Orleans auf den Thron zu setzen. Wohl fand er nun bei seinen Truppen ebenso wenig Beifall und Nachfolge, wie Lafayette; aber den Verbündeten erwuchsen doch aus seinem Verhalten große Vortheile; sie gelangten wieder in den Besitz der österreichischen sowie der vereinigten Niederlande und konnten selbst eine auf die Erweiterung derselben berechnete, offensive Stellung nehmen. Zugleich brach der Seekrieg zwischen Frankreich und England aus. Wenn es überhaupt die Absicht der Engländer war, den alten maritimen Kampf mit Frankreich wiederaufzunehmen und durchzuführen, so kam ihnen diese Verwickelung sehr zu statten. Von größtem Nutzen war ihnen von jeher die Verwendung der französischen Streitkräfte in continentalen Kriegen gewesen. Diese fand aber jetzt in einem Umfange statt, wie früher noch nie. Die ursprünglich beabsichtigte Coalition kam wirklich zu Stande, veranlaßt durch die antirevolu-

tionären Impulse der verschiedenen Mächte, aber keineswegs allein auf dieselben beschränkt. Die Franzosen ihrerseits sahen sich von allen Seiten bedroht und gefährdet; jedoch auch sie betrachteten den Krieg nicht als einen durchaus principiellen. Auch unter den ganz veränderten Umständen faßten sie eine Wiederaufnahme der alten politischen Beziehungen Frankreichs ins Auge. Der revolutionäre Staat nahm eine Stellung, welche an die Politik des Hofes von Versailles anknüpfte.

Vor uns liegt eine Denkschrift von der Hand des damals in den auswärtigen Geschäften vielleicht erfahrensten Franzosen, Caillard [1]), der einige Jahre früher in die holländischen Irrungen auf das thätigste eingegriffen hatte. Darin werden die Gesichtspunkte, welche Frankreich in diesem Augenblicke im Allgemeinen verfolgen könne, mit Scharfsinn und Einsicht erörtert. Caillard geht davon aus, wie man das schon öfter gesagt hatte, daß von den Feinden Frankreichs Oesterreich der vornehmste sei. Oesterreich habe auf der einen Seite Preußen und das deutsche Reich, selbst Sardinien, auf der anderen England und Holland, denen Spanien folge, zu Verbündeten. Preußen von Oesterreich loszureißen, macht sich Caillard in diesem Augenblick keine Hoffnung: denn da die Verhandlung mit Friedrich Wilhelm II. daran gescheitert sei, daß sich derselbe von der Sache der Legitimität nicht habe trennen wollen, dürfte man das nach der Hinrichtung Ludwigs XVI. noch weniger erwarten. Dagegen hält er für möglich, bei den deutschen Fürsten zweiten Ranges, nicht zwar den geistlichen, aber den weltlichen, Verbindungen mit Frankreich anzubahnen: denn sie seien auf den überwiegenden Einfluß, der von Oesterreich und Preußen in Gemeinschaft ausgeübt würde, eifersüchtig. So hatte man auch unter der früheren Regierung den germanischen Körper, wie man sich ausdrückte, immer gegen das Uebergewicht der beiden Mächte sicherzustellen und für den französischen Einfluß empfänglich zu erhalten getrachtet; und in Vergessenheit war es nicht gerathen, daß in dem letzten continentalen Kriege, dem siebenjährigen, Frankreich einen großen Theil des westlichen Deutschlands mehrere Jahre hindurch innegehabt und mit militärischer Autorität beherrscht hatte. Nothwendig richteten die Franzosen ihr Augenmerk auch auf Polen. Ihre Meinung war nicht, die Integrität von Polen unbedingt zu

1) Précis d'un mémoire de Caillard sur la situation politique à l'égard des puissances de l'Europe 1793. Denkwürdigkeiten V. S. 32.

behaupten; zu den Anträgen, die sie im Jahre 1792 dem Könige von Preußen gemacht haben, gehörte eine Anerkennung und Förderung seiner Ansprüche auf polnische Landschaften in einem solchen Umfange, daß er dadurch in den Stand gekommen wäre, die Uebermacht Oesterreichs nicht mehr fürchten zu müssen. Zugleich faßten sie die Türkei abermals ins Auge. Man meinte, mit Schweden und der Türkei eine Allianz gegen die beiden Kaiserhöfe zu formiren. Schweden sollte von Finnland her in das russische Gebiet einfallen, die Türkei ihren Krieg an Dnjestr und Donau und selbst auf dem schwarzen Meere erneuern. Dieser Allianz sollte dann auch Polen sich zugesellen. Die Absicht war dahin gerichtet, Rußland zu nöthigen, auf der einen Seite Oesterreich zu Hülfe zu rufen, auf der anderen seine Truppen aus Polen zurückzuziehen, so daß Preußen gezwungen sein werde, eine größere Truppenzahl dahin zu werfen. Caillard rechnete darauf, daß dann die österreichischen sowie die preußischen Streitkräfte zu dem Kampfe gegen Frankreich nicht mehr in hinreichender Stärke verwendbar bleiben würden. In der Aufrechterhaltung Polens sah er eben nur eine Diversion zu Gunsten Frankreichs.

Wir haben da Entwürfe vor uns, welche, aus den Verwickelungen der vorangegangenen Epoche entsprungen, weit in die Folgezeit hinausreichen. Das Endziel war ein doppeltes: das Uebergewicht Oesterreichs und Preußens in Deutschland zu vernichten und alle Antipathien der Nachbarn, insbesondere die polnischen, gegen Rußland wachzurufen. Wie verhielten sich nun diesen Entwürfen gegenüber die europäischen Mächte? Sie geriethen so eben in offenes Zerwürfniß untereinander, nicht etwa, weil sie ihre Beziehungen zu Frankreich sehr verschieden aufgefaßt hätten, sondern aus anderweiten Motiven, die aus der Situation einer jeden entsprangen. Es war besonders die polnische Frage, was sie entzweite.

Zwischen Oesterreich und Preußen war es allen Unterhandlungen zum Trotz zu keinem Verständnisse darüber gekommen. Am 23. Januar 1793 ward aber ein solches zwischen Rußland und Preußen getroffen. Die beiden Mächte sprachen einander darin große Gebiete zu, ohne Oesterreich zu Rathe zu ziehen, unter der Voraussetzung, daß diese Macht in dem Austausche Baierns gegen die Niederlande eine hinreichende Compensation erhalten würde. Aber für eine solche hielt man in Wien denselben nicht; man war sogar geneigt, ihn aufzugeben, seitdem England für

die Fortdauer der österreichischen Herrschaft in den Niederlanden sich aussprach. Um so stärker war der Eindruck, den die zwischen Rußland und Preußen getroffene Uebereinkunft hervorbrachte, sobald sie — denn anfangs hatte man sie verborgen gehalten — mitgetheilt wurde. Nicht als ob die österreichischen Staatsmänner insgesammt dagegen gewesen wären; die Mitglieder der Staatskanzlei, besonders Philipp Cobenzl, waren der Meinung, daß man an dem Austausche festhalten müsse; denn erst dann, wenn Oesterreich Baiern in Besitz genommen und sich der Niederlande entledigt habe, werde es eine vollkommen unabhängige Macht sein, die von aller weiteren Rücksicht absehen könne. Soviel wir wissen, war die österreichische Aristokratie auf ihrer Seite; in der Annexion von Baiern erblickte sie den Frieden von Oesterreich. Dagegen zogen andere angesehene Mitglieder der höchsten Staatsverwaltung und des Hofes, Graf Colloredo und Graf Rosenberg, die Annäherung an England jedem anderen Verhältnisse vor: denn da Rußland erkaltet und Preußen verdächtig sei, so müsse man anderweit eine feste Stütze suchen; eine solche lasse sich nur in einer wahren und standhaften Verbindung mit England gewinnen. Das Uebergewicht dieser Partei fand sogleich den entschiedensten Ausdruck. Unter dem Einflusse der Familie Colloredo trat Franz Maria Thugut als Director der auswärtigen Geschäfte ein, ein Mann, der durch Talent und Eifer zur Theilnahme an den großen Staatsangelegenheiten gelangt war; schon in den letzten Verwickelungen von 1792 hatte er gegen Preußen Partei ergriffen. Er verwarf den Austausch, weil derselbe nicht ohne den Einfluß Preußens durchgeführt werden könne; würde er aber auch durchgesetzt, so sei doch der Vortheil, der den beiden anderen Mächten durch die polnischen Provinzen zuwachse, bei weitem größer, und das Gleichgewicht der Mächte werde gestört, welches nur in der gleichmäßigen Proportion der Vergrößerungen bestehe[1]). Thugut lebte in den Ideen

1) In einer Denkschrift vom 14. August 1793 führt er aus, in welchen Nachtheil Oesterreich, die Macht, die größere Ansprüche auf Entschädigung habe als alle anderen, durch den Vertrag vom 23. Januar gerathen sei. Wenn in demselben der Austausch Baierns gegen die Niederlande acceptirt worden war, so machte das keinen Eindruck auf Thugut. Er berechnete, daß der Vortheil Preußens über Oesterreich dennoch drei Millionen Einwohner und acht oder neun Millionen an Einkünften betragen würde. Auch der Vortheil Rußlands würde bei der Fruchtbarkeit der von ihm eingenommenen Gebiete ungeheuer sein. Wenn man nun hätte erwarten können, daß Oester-

der universalen Bestimmung des Hauses Oesterreich, wie es in dem A. E. I. O. U. ausgesprochen ist. Er war ein Enthusiast der Allgewalt des Hauses Oesterreich, von der er meinte, der Augenblick sei gekommen, um sie zu Stande zu bringen. In der Verbindung mit England sah er das wahre Mittel, Oesterreich zu verstärken. Er drang darauf, die verbündeten Armeen sollten in Frankreich nur immer vorrücken und so viel Gebiet als möglich einzunehmen trachten; seine Intention war, die Niederlande nicht etwa schmälern zu lassen, sondern zu vergrößern. Und hiebei fand er nun die bereitwilligste Beistimmung der Engländer. Sie betrachteten eine Erweiterung der österreichischen Niederlande nach der französischen Seite als vollkommen gerechtfertigt durch den alten Besitzstand und nothwendig für das europäische Gleichgewicht [1]). Ihrerseits nahmen auch sie eine bedeutende Erwerbung in Anspruch; sie wollten Dünkirchen, das schon im 17. und selbst im 18. Jahrhundert so oft der Gegenstand ihres Streites mit Frankreich gewesen war, endlich definitiv an sich bringen. Den Franzosen sollten unübersteigliche Bollwerke für alle Zeiten entgegengesetzt werden. Man könnte fragen, ob denn Thugut den Anspruch auf Baiern wirklich habe fallen lassen wollen. Er dachte vielmehr, denselben auf diesem Wege am leichtesten durchzuführen; seine hochfliegenden Pläne gingen dahin, von den Streitkräften der verbündeten Mächte unterstützt Elsaß und Lothringen zu erobern und diese Landschaften dann dem Hause Pfalz als Aequivalent für Baiern zu überlassen oder aufzunöthigen. Wenn nun aber dergestalt die Direction der auswärtigen Angelegenheiten von Oesterreich sich in weltumfassenden Plänen erging, die in vollem Widerspruch mit den Absichten der preußischen Politik standen, so kann man ermessen, wie wenig von dem gemeinschaftlichen Kriege der beiden Mächte gegen Frankreich zu erwarten war. Noch dauerte die Cooperation derselben am Mittelrhein allerdings fort; aber ihre Entzweiung war stärker, als ihr Zusammen-

---

reich seine Gegenforderungen aufstellen werde, so hielt Thugut nicht für rathsam, dieselben auszusprechen; er meinte, die beiden Mächte würden sich, wenn man nur Festigkeit zeige, von selbst nähern und annehmbare Bedingungen machen.

1) No operation of the combined armies on the Continent can be so essential in our eyes as these whose ultimate tendency is to establish the Netherlands in the possession of the House of Austria with such extended and safe frontier as may secure the independence and tranquillity of Holland. Brief Dunda's an Murray. Whitehall, 16. April 1793. Journal and Correspondence of Lord Auckland III, 25.

wirken. Die vornehmste Thätigkeit war dem Könige von Preußen zugefallen. Durch ihn war Frankfurt noch gegen Ende des vorigen Jahres den Franzosen entrissen worden; nach einer langen und kostspieligen Belagerung hatte er Mainz erobert. Allein damit glaubte er seiner Pflicht als deutscher Fürst genügt zu haben. Er wollte sich zu keiner weiteren Theilnahme an dem Kriege gegen Frankreich verstehen, wenn Oesterreich die ihm in seinem Vertrage mit Rußland zugesagten Landeserwerbungen, die Partition überhaupt nicht genehmige.

Alle Tage wurde die gegenseitige Stimmung gereizter. In einem Briefe Thuguts [1]) heißt es, man müsse den bitteren Kelch der monströsen Allianz mit Preußen bis auf die Hefe austrinken. Welche Erfolge ließen sich bei dieser Gesinnung für den Feldzug erwarten? Wenn die Franzosen kaum gehofft hatten, Preußen und Oesterreich voneinander zu trennen, so war dies durch den Gang der Dinge ganz von selbst geschehen. Auch in dem Inneren der beiden Staaten waltete Zwietracht unter den leitenden Männern und persönlicher Hader. In dem preußischen Ministerium gab es noch immer eine Stimme, die den Krieg gegen Frankreich überhaupt verurtheilte; aber auch die, welche ihn billigten, verwarfen die Art und Weise, wie er geführt wurde. Hardenberg war nach Frankfurt berufen worden, hauptsächlich um für die Verpflegung und die Einrichtung von Magazinen Sorge zu tragen. Er traf daselbst mit Graf Haugwitz zusammen, der an Stelle Schulenburgs in das Cabinet trat. Sie schlossen Freundschaft miteinander; es waren beides aufkommende Talente, die sich eben Bahn machten.

Die inneren Zwistigkeiten kreuzten sich mit dem Gegensatze der Mächte. Wenn Thugut die Kriegführung des Herzogs von Coburg in den Niederlanden als zu schwach und zu methodisch verwarf [2]), so fand dieselbe im preußischen Hauptquartier Anerkennung und Lob. Was richte er nicht alles aus, ein Mann, wie Hardenberg sagt, ohne Genie, aber von der Festigkeit, deren man bedürfe, und einem feinen Urtheil. Wie ganz anders der Herzog von Braunschweig, der eine Schwäche Unentschlossenheit und Haltlosigkeit an

1) Nous devrons boire jusqu' à la lie le calice amer de notre monstreuse alliance avec eux (les Prussiens). Schreiben Thuguts vom 26. August 1793 bei Vivenot, Vertraute Briefe des Freiherrn von Thugut — eine für die ganze Epoche hoch anzuschlagende Publication.

2) Schreiben Thuguts vom 7. Januar 1794 bei Vivenot, Vertraute Briefe I, 71.

den Tag lege, die man nicht ohne Entrüstung bemerken könne! In der Umgebung des Königs wünsche Alles die Entfernung desselben; auch der König selbst wünsche sie; aber er könne sich nicht dazu entschließen, sie auszusprechen.

Der Herzog war nicht ohne ein Bewußtsein dieser Lage: das konnte aber nicht anders, als seine Mängel verdoppeln. Er klagt selbst, daß in demselben Maße, in welchem das Zutrauen des Königs abgenommen, die Unsicherheit in seinem eigenen Benehmen gewachsen sei; er beschwert sich, daß den Heeresabtheilungen, die unter seinem Commando standen, unmittelbare Befehle des Königs zugegangen seien. In der Natur des Herzogs lag überhaupt kein ernstliches Widerstreben gegen den Willen des Königs. Nur einmal, sagt er, habe er Remonstrationen gegen einen Befehl zu machen gewagt, mit denen er denn auch durchgedrungen sei [1]). Es liegt am Tage, daß die Differenzen zwischen dem Kriegsherrn und dem Heerführer jeder entscheidenden Action gegen die Franzosen in den Weg traten. Auch in dem österreichischen Heere bemerkte man mannichfaltige Zerwürfnisse und selbst Cabalen. Thugut kann nicht als ein durchaus unabhängiger Minister betrachtet werden. Die Colloredos waren am Hof und im Staat seine Meister, und auch bei den diplomatischen Agenten konnte er nicht auf unbedingten Gehorsam rechnen.

Indem aber Preußen und Oesterreich sich entzweiten, wurde König Friedrich Wilhelm II. auch in seinem Bündnisse mit Rußland irre. Die Unterstützung, welche die polnische Nationalpartei auf dem Reichstage in Grodno in alle dem, was Preußen betraf, bei den anwesenden russischen Ministern fand, rief die Besorgniß hervor, daß hier auf kein dauerndes Verständniß zu rechnen sei [2]). Hardenberg billigte den zwischen Rußland und Preußen geschlossenen Vertrag wegen der großen und umfassenden Erwerbungen, die er verschaffe; er meinte, es sei gut gewesen, denselben ohne Theilnahme von Oesterreich zu Stande zu bringen; der gleiche Vortheil hätte sich mit dieser Macht nicht erreichen lassen, und zwar um so weniger, je glückliche der westliche Feldzug ausgefallen wäre. Nun aber brachen auch mit Rußland Differenzen aus. Preußen schien im Osten in ähnliche Streitigkeiten mit Rußland verwickelt

1) Die Briefe sind noch ungedruckt; sie werden in dem herzoglichen Archiv zu Wolfenbüttel aufbewahrt.

2) Häusser, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen, I, 512.

zu werden, wie im Westen mit Oesterreich. Der König hielt für nothwendig, die Rheinarmee zu verlassen und sich nach Polen zu begeben, um von seinen neuen Acquisitionen Besitz zu ergreifen und sie zu behaupten; er nahm einen Theil seiner Truppen mit sich (Ende September 1793). Noch standen die Sachen nicht so, daß man hiedurch in offenbaren Nachtheil gegen die Franzosen gerathen wäre. Der Herzog von Braunschweig, der seinen Ruf den Feldzügen gegen Frankreich, an denen er unter dem Herzog Ferdinand Theil genommen, verdankte, erneuerte denselben, allen Ausstellungen, die man gegen ihn machte, zum Trotz; er erfocht bei Pirmasens einen Sieg, zu dem ihn der König beglückwünschte. Die preußische Armee behauptete eine feste Stellung und ihr altes Ansehen. Nicht so die österreichisch-englische in den Niederlanden. Es gelang den Franzosen, Dünkirchen, in dessen Verluste oder Behauptung nicht allein ein militärisches, sondern ein politisches Interesse für die englische wie für die französische Nation lag, glücklich zu entsetzen und bald darauf Maubeuge. Die Feldschlachten, die dabei geliefert wurden, sind nicht von Bedeutung gewesen; aber das französische Gebiet wurde vor dem weiteren Vordringen der Verbündeten sichergestellt.

Hierauf warf sich der ganze Impuls der Franzosen gegen den Oberrhein. An ihrer Spitze erschien Hoche, der, eben aus den untersten Schichten der Gesellschaft emporgestiegen, den demokratischen Geist, der in der Armee gepflegt wurde — wir werden darauf zurückkommen —, repräsentirte. In dem entscheidenden Augenblicke wurde ihm durch den Einfluß der Bergpartei im Convent das Obercommando übertragen. Zwischen dem methodischen Herzog von Braunschweig und dem feurigen Wurmser, der ohne alle Vorsicht war, konnte kein Zusammenwirken erzielt werden. Hoche erstürmte die Verschanzungen Wurmsers bei Reichshofen und nöthigte die Oesterreicher, über den Rhein zurückzugehen. Der König von Preußen gab dem Herzog von Braunschweig das Zeugniß, daß das nicht geschehen wäre, hätte Wurmser sich den Anordnungen desselben gefügt. Aber auch der fühlte, daß er hier nicht mehr am Platze sei, und verließ den Dienst. Hardenberg betrachtete das als ein glückliches Ereigniß; er wünschte alle Welfen aus der Armee weg, ausgenommen seinen Freund, den Herzog von York[1]).

---

1) Schreiben Hardenbergs vom 5. bis 10. Mai. Preußisches Staatsarchiv.

Das Ereigniß des Jahres 1793 war, daß sich Frankreich gegen einen gewaltigen, von verschiedenen Seiten heranwogenden Angriff zum zweiten Male behauptete. Die Revolution war consolidirt.

Wenn im Laufe des Feldzuges von 1793 noch einmal der Gedanke, die Monarchie in Frankreich herzustellen, gefaßt worden war, so mußte dieser am Ende des Jahres vollends aufgegeben werden. Von der Offensive war man in die Defensive geworfen. Frankreich nahm in der Reihe der europäischen Mächte eine sichere und alle anderen bedrohende Stellung ein. Von den Objecten des Ehrgeizes, welche Caillard aufgestellt hatte, zeigte sich dann vornehmlich eines erreichbar, vielleicht das wichtigste von allen. Es bestand in der Durchführung der oft versuchten französischen Politik in Beziehung auf Deutschland: das deutsche Reich sollte dem Einflusse Frankreichs unterworfen werden, womit sich dann zugleich für die revolutionären Ideen ein unermeßlicher Wirkungskreis eröffnete.

Zweites Capitel.

Erste Theilnahme Hardenbergs an den allgemeinen deutschen Angelegenheiten.

Im Jahre 1792 waren Oesterreich und Preußen vereinigt ins Feld gerückt, um die Rechte des Reiches in Bezug auf Besitzungen deutscher Fürsten im Elsaß wahrzunehmen und die westliche Grenze Deutschlands den revolutionären Anfeindungen gegenüber unangetastet zu erhalten. Wie ganz anders war nun die Situation geworden! Das überrheinische Deutschland war großentheils von den Feinden in Besitz genommen und selbst das rechte Rheinufer gefährdet. Die große Frage trat ein, wie sich die Deutschen gegen diese Anfälle vertheidigen und behaupten würden. Nach allem Vorangegangenen hätte die Vertheidigung den beiden Hauptmächten obgelegen. Schon aber waren diese, jede für sich selbst, in eine bedenkliche Lage gerathen.

Aus einem Gutachten des Hofkriegsrathes in Wien sieht man, daß sich Oesterreich in Folge der angedeuteten Irrungen in seiner besonderen Machtstellung bereits im Anfang 1794 gefährdet fühlte. Der Freundschaft von Preußen oder auch von Rußland war es so wenig sicher, daß sogar gegen einen möglichen Angriff derselben Vorbereitungen in Böhmen und Mähren getroffen worden sind; die Besorgniß regte sich, daß Preußen sich mit Frankreich verständigen und die Gelegenheit ergreifen werde, um Oesterreich umzustürzen. Zugleich meinte man in der Türkei französischen Umtrieben gegen die definitive Vollziehung der Grenzberichtigung auf die Spur zu kommen. In Italien nicht allein, selbst in Ungarn glaubte man französische Einwirkungen zu bemerken. Die Knöpfe mit den Insignien der Freiheit und Gleichheit, welche die eingebrachten Gefangenen von ihren Monturen abrissen und unter das Volk warfen, erregten doch einige Befürchtungen.

Wohl hatte Preußen eine überaus ansehnliche Erwerbung in Polen gemacht; seine Kriegsehre war unangetastet; aber es hatte den schwersten Verlust in seinem inneren Haushalte zu beklagen. Der Staatsschatz, auf welchem nach den Principien der beiden letzten Könige die Sicherheit des Staates beruhte, war aus den Gewölben verschwunden, in denen er verwahrt worden war. Die neue Landerwerbung hatte für den Staat einen zweifelhaften Werth, da die erste Einrichtung mehr kostete, als sie einbrachte. Unter den Staatsmännern fanden die wieder Gehör, welche das Unternehmen gegen Frankreich von Anfang an gemißbilligt hatten. Sie sahen das Heil in einem förmlichen Bruche der mit Oesterreich eingegangenen Verpflichtungen und einer Aenderung des ganzen bisherigen Systems.

Indem aber entwickelte sich erst die Gefahr des deutschen Reiches. Es wurde von der revolutionären Macht bedroht, welche in immer erneuten Kriegsschaaren gegen die Grenzen heranfluthete, wie man damals sagte, mit der Wuth und Zahl von Barbarenhorden, nur daß sie eine militärische Ordnung im Sinne der europäischen Kriegsheere beobachteten. Es leuchtete ein, daß hier die vereinigte Kraft der ganzen deutschen Nation zum Widerstande eingesetzt werden mußte. Auch ist zu einer populären Bewaffnung und Gegenwehr auf der Stelle ein Anlauf genommen worden. In dem fränkischen Kreise wurde in aller Form beschlossen, eine solche Bewaffnung ins Werk zu setzen; aber man ist dabei von den particularsten Gesichtspunkten ausgegangen. Man meinte, daß jedes einzelne kleine Gebiet sich selbst vertheidigen müsse: denn nur da fechte der Bauer mit Eifer, wo er den eigenen Herd vertheidige. Wohl darf mit Zuversicht behauptet werden, daß, Nation gegen Nation, die deutsche hiebei im größten Nachtheile gegen die französische war; denn diese war militärisch organisirt, die deutsche zersplittert und in den primitiven Zuständen einer augenblicklichen Nothwehr. Ueberdies aber verfochten die Franzosen Ideen, deren allgemeiner Inhalt ihnen auch in Deutschland Sympathien verhieß. Wer konnte dafür stehen, daß nicht die bewaffneten Unterthanen sich gegen ihre Herren, deren Joch, wenngleich es in patriarchalischen Formen erschien, sie nur ungern ertrugen, erheben würden? Dann aber würde in den vorliegenden Landen eine allgemeine Verwirrung ausgebrochen und der Herrschaft der Franzosen Thor und Thür geöffnet worden sein. Wenn nun der Widerstand in den gewohnten Formen des Reiches geleistet werden mußte, woran man um so weniger zweifelte, weil der Krieg großentheils wegen der

Interessen des Reiches in Folge eines Reichsconclusums unternommen war, so gingen hiebei die Tendenzen der beiden deutschen Hauptmächte auseinander.

Oesterreich war im Besitz der kaiserlichen Gewalt, welcher von jeher die Initiative im Reiche zugestanden. Es hielt für möglich, eine Reichsarmee aus den verschiedenen Contingenten der Stände in alter Form, aber unter kaiserlicher Führung, zu welcher der Herzog von Sachsen-Teschen berufen wurde, den Franzosen entgegenzustellen. Das Reich würde zu dem Ende in seiner früheren aristokratisch-hierarchischen Form wieder belebt und zu gemeinschaftlicher kriegerischer Thätigkeit haben aufgeweckt werden müssen. Wenn nun aber auch dies nach den Erfahrungen der letzten Zeiten ein Versuch von sehr zweifelhaftem Erfolge war, so fiel um so größeres Gewicht auf das preußische Kriegsheer, das den Franzosen noch gegenüberstand und die Rheinlande gegen sie beschützte. Aber der König, der so eben des erschreckenden Abganges in seinen Kassen innewurde, erklärte so laut und so unumwunden wie möglich, daß er den Krieg ohne anderweite Unterstützung nicht fortführen könne. Um nicht sein Heer zurückziehen und dadurch das Reich dem Eindringen der Franzosen überlassen zu müssen, faßte er den Gedanken, eine Aushülfe für seine finanziellen Bedürfnisse bei dem Reiche selbst zu suchen: das Reich sollte die Verpflegung des preußischen Heeres, auf dem seine Sicherheit beruhte, übernehmen. Zur Mitwirkung für diesen Plan wurde nun auch Hardenberg berufen, der durch seine Stellung in den fränkischen Markgrafthümern mit alle dem, was sich in Oberdeutschland regte, in nahe Berührung gekommen war. Wenn in Folge der Niederlage Wurmsers die Idee der Volksbewaffnung zur Vertheidigung in Schwaben, namentlich in Würtemberg, und, wie gesagt, auch in Franken ergriffen wurde, so lag der nächste Grund in der Besorgniß, daß der Rhein von den Franzosen, besonders bei eintretendem Frost, leicht überschritten und dann eine Invasion derselben in den vorliegenden Kreisen ohne Schwierigkeit bewerkstelligt werden könne. Hardenberg, der den Abgeordneten der Markgrafschaften in der Kreisversammlung mit Instructionen zu versehen hatte, urtheilte, daß die Gefahr nicht so dringend sei, wie man sie vorstelle: denn noch wären die festen Plätze in den Händen der Reichsfürsten, so daß die Franzosen den Uebergang mit einer starken Armee nicht wagen dürften; sollten sie mit kleinen Trupps eindringen, so würden ihnen Baden und Würtemberg auch in ihrem gegenwärtigen militärischen Zustande

hinreichenden Widerstand entgegensetzen. Er erstattete darüber einen ausführlichen Bericht nach Berlin, in welchem er sich gegen das Vorhaben erklärte. Nicht zwar in den brandenburgischen Landestheilen, sagt er, aber in anderen fränkischen Gebieten, wo Unzufriedenheit, Streit der Landeseingesessenen mit dem Landesherrn herrsche, könne das Aufgebot sehr widerwärtige Folgen nach sich ziehen. Den Feind würden die Unterthanen vielleicht zu vertreiben im Stande sein, aber alsdann Forderungen, die man bisher vergeblich aufgestellt habe, durchzusetzen versuchen. Schon sei der Nürnberger Magistrat der Bevölkerung der Stadt nicht mehr mächtig. In der brandenburg-fränkischen Landschaft, wo so eben die preußische Cantonverfassung mit Strenge eingeführt werde, halte der Unterthan den König für verpflichtet, ihn mit seiner Armee zu vertheidigen. Auch würde gewiß das Beste sein, den Franzosen regelmäßige Truppen entgegenzusetzen. Aber das vorhandene Militär reiche dazu nicht hin; und er wisse nicht, ob der König geneigt sei, seine dortigen Truppen so weit zu verstärken, daß das möglich werde. Von allen Uebeln das größte wäre, wenn unter dem Eindrucke der blutdürstigen Freiheitsschwindelei der Franzosen ein Aufruhr ausbräche; der könne zuletzt auch die besten Unterthanen mit sich fortreißen. Wolle man ja auf eine Volksbewaffnung eingehen, so könne eine solche doch nur unter der Führung tüchtiger Offiziere und Unteroffiziere von der Armee Erfolg haben. Dazu aber seien Waffen erforderlich, wo möglich auch Geschütze, an denen der Feind keinen Mangel leide [1].

König Friedrich Wilhelm II. stimmte den Einwendungen gegen das Aufgebot nicht allein bei, er erklärte dasselbe für schlechterdings unzuläßig, hauptsächlich deshalb, weil dadurch der gewöhnliche Lauf der Beschäftigungen der Einwohner unterbrochen und die Verpflegung der regelmäßigen Truppen unmöglich werde: die Rettung des Reiches hänge allein von der kaiserlichen und der königlichen Armee ab.

---

1) Schreiben Hardenbergs vom 16. Januar 1794 in den „Akta betreffend die von den deutschen Reiche und provisorie von den fränkischen, baierischen, schwäbischen, churrheinischen, ober-rheinischen und nieder-rheinischen, westphälischen Kreise zu übernehmende Verpflegung der Königlichen Preußischen Truppen, int. mit wegen der Volksbewaffnung." Berliner Staatsarchiv. Das Aktenstück enthält die sämmtlichen Correspondenzen, welche diese Angelegenheit betreffen.

Bei der fränkischen Kreisversammlung war das Aufgebot in diesem Augenblick bereits in Antrag gekommen und sogar beschlossen worden (18. Januar 1794); der brandenburgische Gesandte in der Kreisversammlung wurde instruirt, die Unthunlichkeit und Schädlichkeit des Selbstvertheidigungssystems durch das allgemeine Aufgebot einleuchtend zu machen; er sollte es dahin bringen, daß die Kreisgesandten von ihren Prinzipalen neue Instructionen einzuholen beauftragt würden.

Auch an dem Reichstage zu Regensburg hatte der preußische Gesandte Graf Goertz den Auftrag erhalten, sich gegen das Aufgebot zu erklären. Denn was in Franken dagegen gesagt worden war, galt auch für die anderen Kreise, von denen man dem gefaßten Plane gemäß die Verpflegung der preußischen Truppen erwartete. Dieser Plan wurde noch im Januar 1794 dem Reichstage in aller Form vorgelegt. Man gab die Anzahl von Rationen und Portionen an, welche zur Erhaltung der Truppen erforderlich wären, ohne deren Gewährung diese nothwendig in das eigene preußische Gebiet zurückberufen werden müßten.

Indessen hielt auch Oesterreich an der Politik fest, die dem Reichsoberhaupte zukomme. In demselben Augenblick erschien ein kaiserliches Commissionsdecret, nach welchem die Vertheidigung des Reiches in der altherkömmlichen Weise durch Stellung der Contingente ins Werk gerichtet werden sollte. Der preußische und der österreichische Vorschlag standen nicht in directem und offenem Widerspruche gegeneinander; aber unleugbar war ihr innerer Gegensatz.

Um die Reichsstände auf seiner Seite festzuhalten oder für sich zu gewinnen, hielt der Hof zu Berlin bei der Dringlichkeit der Sache für rathsam, sich unmittelbar an die Reichskreise zu wenden, die zunächst von den Franzosen bedroht waren; sie sollten zur Gewährung der Verpflegung bestimmt werden. Zur Unterhandlung mit denselben wurde Hardenberg ausersehen. Es war eigentlich der erste Moment, in welchem er selbständig zu den allgemeinen Angelegenheiten des Staates und des Reiches herbeigezogen worden ist. Niemand konnte geeigneter und freudiger dazu sein.

Doch ehe wir ihn bei der Ausführung seines Auftrages begleiten, wird es gut sein, die allgemeinen Intentionen hervorzuheben, von denen er ausging. Sie sind sehr umfassender Art und zugleich von unerwarteter Tragweite. Unausführbar und gefährlich erscheint ihm der Gedanke, die preußischen Truppen in das eigene Gebiet zurückzuziehen. Wie schrecklich würden die Folgen davon sein! Nicht

allein das deutsche Reich, sondern auch die in Franken und Westfalen vorliegenden preußischen Gebiete würden der Ueberfluthung des Feindes ausgesetzt werden. Der Freiheitsschwindel würde Deutschland und demnächst ganz Europa ergreifen. Sollte nun aber — das war die vornehmste Frage — der Krieg gegen Frankreich auf dem bisher eingeschlagenen Wege fortgesetzt werden? Die Absicht, die bei dem letzten Feldzuge vorgewaltet hatte, Frankreich in engere Grenzen einzuschließen, widersprach den politischen Tendenzen Hardenbergs; er fürchtete das Uebergewicht, welches bei dem glücklichen Fortgang des Krieges dem Hause Oesterreich zu Theil werden würde. Wenn man beabsichtigt hatte, Frankreich niederzuwerfen, so war Hardenberg weit entfernt von einem solchen Gedanken: denn Frankreich werde, wenn es einmal zur Ruhe komme, ein nützliches Gewicht in der Wagschale der europäischen Mächte und zwar zu Gunsten Preußens bilden können. Schon deutet er an, daß man in die Nothwendigkeit kommen werde, einen partiellen Frieden zu suchen, wenigstens zur Vorbereitung des allgemeinen. Aber nicht auf Kosten Frankreichs werde derselbe zu schließen sein: die Entschädigung, welche der König verlange und auf welche auch Oesterreich Anspruch mache, lasse sich — so sagte er schon damals — nicht anders als durch Säcularisation einiger Hochstifte ins Werk setzen, ein Verfahren, das den alten reichsgeschichtlichen Vorgängen entspreche und schon vorher von Zeit zu Zeit vorgeschlagen worden war [1]).

Es springt in die Augen, daß darin eine Annäherung an die Tendenzen der Revolution lag, die eben in der Abschaffung der großen geistlichen Institute culminirte. Allein man würde Hardenberg verkennen, wenn man ihn für einen Anhänger der französischen Theorie halten wollte. Mit der Annäherung verband er zugleich eine sehr bewußte Entfernung von allem, was zu einem allgemeinen Umsturz führen konnte. Er sagt: wäre man im Reiche über die Zwecke bei der Fortsetzung des Krieges besser unterrichtet, so würde die Stimmung für denselben günstiger werden. Als diesen Zweck bezeichnet Hardenberg vor allen Dingen Abwendung der drohenden Gefahr für Religion und die bürgerlichen Bande, ferner Entschädigung für die durch die Schlüsse der Nationalversammlung benachtheiligten Reichsstände, zugleich aber auch Schadloshaltung der Mächte, welche das Reich geschützt und dabei viel aufgeopfert haben, nicht sowohl durch Eroberung, als auf andere Weise. Hardenberg

1) Schreiben Hardenbergs vom 24. Januar 1794.

stellte ausdrücklich in Abrede, daß die Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich der Zweck des Krieges sein könne, namentlich nach den beiden letzten fruchtlosen Feldzügen. Aus diesen ergebe sich die Nothwendigkeit der Abwendung einer anderen Gefahr. Eine an sich nicht zahlreiche Klasse von Anhängern der französischen Grundsätze erhebe nach den letzten Begebenheiten ihr Haupt und werde äußerst gefährlich werden, wenn ein feindlicher Einfall oder etwa eine unvorsichtige Bewaffnung der Unterthanen oder andere sie begünstigende Umstände einträten [1]). Aber eine andere Klasse gebe es, die den Frieden wünsche, jedoch zugleich mit demselben die Verbesserung des inneren Zustandes. Ihr Absehen sei auf folgende

1) „Man würde sich täuschen, wenn man nicht in Deutschland eine Klasse von Bösewichtern oder Schwindelköpfen sähe, die, itzt noch von den französischen Grundsätzen angesteckt, die ganze Anwendung derselben wünschen. Hoffentlich ist sie nicht zahlreich, wenigstens gewiß nicht so sehr, als ehedem, bevor man die französische sogenannte Freiheit ganz kannte; aber sie hebt doch hin und wieder seit den letzten Unglücksfällen ihr Haupt wieder empor und würde durch Verführung äußerst gefährlich werden, wenn feindlicher Einfall oder etwa eine unvorsichtige Bewaffnung der Unterthanen oder andere sie begünstigende Umstände einträten.

„Eine zweite Klasse verabscheut zwar die französischen Grundsätze und die dortige Zügellosigkeit, wünschte aber doch eine Revolution in Deutschland, indem sie dem deutschen Charakter, vielleicht zu gutmüthig —, zutraut, er sei solcher Dinge nicht fähig und werde in gewissen Schranken bleiben. Diese weit zahlreichere, als die erste, zählt zuverlässig viele großen Einfluß habende Geschäftsmänner unter sich und arbeitet im Stillen nach einer Revolution hin.

„Eine dritte Gattung sieht zwar manche Mängel in unseren Verfassungen, hält aber dafür, es sei besser, solche nach und nach unvermerkt abzustellen, Mäßigung, Gerechtigkeit und die Gesetze, welche allmählig den Zeitumständen nach zu formiren, herrschen zu lassen, dem Talent und dem Verdienst aus allen Ständen eine freie Concurrenz zu eröffnen, darin und in unparteiischer gleicher Anwendung der Gesetze, in möglichst gleicher Vertheilung der Lasten, völliger Sicherheit des Eigenthums und der Person, wahre Freiheit zu setzen und solche mit Religion und bürgerlicher Ordnung, ohne welche sie nicht bestehen können, zu verbinden. Diese Klasse, hoffentlich auch zahlreich, wünscht einen sicheren Frieden, um jene Pläne desto besser und schneller erfüllt zu sehen. Sie wird am geeignetsten sein, zu allen Maßregeln beizutragen und eigene Kräfte aufzuopfern, um diesen Zweck recht bald zu bewirken.

„Eine vierte, geschreckt durch den Gedanken, irgend ein Vorrecht zu verlieren, fällt in das Extrem: Alles aufs äußerste treiben zu wollen, und dadurch nicht selten in Härte, Stolz und Ungerechtigkeit, beurtheilt den Geist der Zeit gar nicht und handelt darin ganz verkehrt, indem sie gleich der ersten Klasse Animosität und Gährung vermehrt. Sie findet sich wohl nur bei einem Theile der privilegirten Stände und bei einigen Geschäftsmännern." Aus dem Berichte Hardenbergs vom 24. Januar 1794.

Punkte gerichtet: die Mängel der deutschen Verfassung friedlich abzustellen, die Gesetze walten zu lassen und den Zeiten gemäß zu reformiren, dem Talent freie Concurrenz zu eröffnen; ferner verlange man unparteiische Anwendung der Gesetze, möglichst gleiche Vertheilung der Lasten, völlige Sicherheit des Eigenthums und der Person; man wolle aber diese Veränderungen mit der Erhaltung der Religion und der bürgerlichen Ordnung verbinden.

Hardenberg hatte, wie man erkennt, eine totale Umgestaltung Deutschlands, jedoch unter Abwehr revolutionärer Einflüsse, wenn wir so sagen dürfen, in conservativ-liberalem Geiste im Sinne. Keinen Augenblick verlor er das Verhältniß von Preußen und Oesterreich aus dem Auge. Er sagt: jetzt greife die Ueberzeugung um sich, daß Oesterreich und Preußen auf Kosten des Reiches sich zu vergrößern denken. Die Betrachtung, daß eine Verbindung der Reichsstände mit Preußen gegen Oesterreich für die ersteren das Rathsamste wäre, mache seit der Allianz Preußens mit Oesterreich nur geringen Eindruck, so daß bei jedem Vorgehen viel Widerspruch zu erwarten sei. Er meint, nur eine Erklärung über die oben angeführten Absichten, Sicherung vor Gefahr, Beilegung der elsässer Angelegenheit und Schadloshaltung der kriegführenden Mächte ohne Eroberung, werde zum Ziele führen können. Aber auch unter dieser Voraussetzung konnte man sich doch nicht verhehlen, daß das Reich in seiner bisherigen Verfassung zu keiner erheblichen Leistung fähig sei. Hardenberg trägt auf eine durchgreifende Veränderung an, bei der er auf den Vorschlag des gemeinen Pfennigs zurückkommt, den Versuchen gemäß, die im 15. und 16. Jahrhundert so oft gemacht worden waren[1]). Er faßte die Absicht, die eximirten

1) „Jene Unmöglichkeit ist entweder physisch, oder sie beruht auf den Schwierigkeiten, welche die gewöhnliche Reichsbesteuerungsart, wo die ganze Last dem pflichtigen Unterthan aufgebürdet wird, mit sich führt; die erstere existirt keineswegs, letztere wird ebensowenig vorhanden sein, oder doch da, wo der Krieg sie etwa hervorgebracht haben mag, sehr vermindert werden, wenn die Auflage von jedermann, er sei privilegirt oder nicht, nach Maßgabe der Besitzungen und des Vermögens getragen wird, wobei die Privilegirten, die das größte Interesse bei diesem Kriege haben, auch vorzüglich zu dessen Kosten beitragen würden. Es ist nämlich die Frage, ob man nicht bei dieser Gelegenheit auf die ältere Reichsbesteuerungsart, nach Maßgabe des gemeinen Pfennigs, recurriren wolle, welche bekanntermaßen eine vollkommen verhältnißmäßige Gleichheit der Abgaben bei den Obrigkeiten und den Unterthanen, bei privilegirten und steuerbaren Klassen der Staatsbürger, der Reichen und Armen voraussetzt.“ Aus demselben Berichte Hardenbergs.

Stände, vornehmlich die reichen geistlichen Stiftungen, die bei der jetzigen Verfassung so viel wie nichts für die allgemeinen Zwecke beitrugen, zu den entsprechenden Leistungen heranzuziehen. Er bedient sich hiebei des Ausdrucks der „privilegirten Stände", der aus Frankreich herübergekommen war, wie denn in Allem Analogien mit den ursprünglichen Tendenzen der revolutionären Bewegung hervortreten. Nur auf die Idee der höchsten Autorität will er dieselben nicht anwenden lassen, und gerade, um diese aufrechtzuerhalten, müsse man, so meinte er, die in der Sache liegende Nothwendigkeit von Reformen anerkennen. Wenn das militärische Uebergewicht Frankreichs aus dem Umschwung aller Verhältnisse und der Aufhebung der Privilegien und besonderen Gerechtsamen hervorgegangen war, so erschien ein ähnliches Verfahren auch in Deutschland nothwendig, um der revolutionären Macht nicht ganz und gar zu erliegen.

In der Reihenfolge dieser Gedanken ist ein gewisses System: Anerkennung des revolutionären Frankreichs in seinem ganzen Umfange, ohne weitere Rücksicht auf die daselbst eingeführte oder einzuführende Regierungsweise, zugleich Abwehr jedes Angriffs durch streitfähige, aber auf allgemeine Kosten zu erhaltende Armeen. Wenn den Hauptmächten eine gewisse Schadloshaltung zustehe, so soll diese durch Säcularisation geschehen; was in Frankreich durch die Beschlüsse der Nationalversammlung mit popularer Gewaltsamkeit durchgeführt war, soll in Deutschland durch die vorwaltenden Mächte selbst ins Werk gesetzt werden. Denn das leuchtet ein, daß damit das alte Deutschland eben auch nicht bestehen konnte: Säcularisationen, Aufhebung der Privilegien, Umwandlung der Gesetze, Eröffnung einer freien Laufbahn für jedes Talent stellten auch hier eine neue Welt in Aussicht. Allein noch war man weit entfernt, Ideen dieser Art ausführen zu können; sie erschienen nur eben als ein inneres Ferment der Ansichten; in den Verhandlungen mußten sie sogar verheimlicht und der Versuch gemacht werden, auf der Grundlage der bisherigen Verfassung zu einem Zustande, welcher eine wirksame Vertheidigung ermögliche, zu gelangen.

Drittes Capitel.

Verhandlungen mit den Reichskreisen.

Die Ideen Hardenbergs tragen durchaus das Gepräge persönlicher Ueberzeugung. Daß es die Gedanken gewesen wären, auf denen das Verhalten Preußens zu dem Reiche beruhte, läßt sich nicht behaupten. Das Berliner Cabinet meinte noch, auf dem Grunde der Reichsverfassung zu den Zugeständnissen zu gelangen, welche für den Staat und das Heer nothwendig waren, wenn der Krieg weiter fortgesetzt werden sollte. Immer aufs neue sprach der König aus, daß durch die beiden Feldzüge, die er mit dem auserlesenen Theile seiner Truppen in entfernten Regionen habe führen müssen, die Kräfte seines Staates erschöpft seien, so daß er ohne fremde Beihülfe keinen dritten Feldzug eröffnen, sich nicht einmal zu einem solchen vorbereiten könne. Er verhandelte darüber auch mit dem Kaiser, der, davon durchdrungen, daß der Rückzug der preußischen Truppen das Reich der äußersten Gefahr aussetzen würde, sich geneigt erklärte, gemeinschaftlich mit dem Könige bei dem Reiche dahin zu wirken, daß dies die Verpflegung des preußischen Heeres übernehme. Der König behauptete, durch die Wiedereroberung von Mainz und den letzten Feldzug des Herzogs von Braunschweig zu seiner Forderung berechtigt zu sein: denn die preußische Armee habe eigentlich die Reichsarmee gebildet und das Reich vertheidigt. Eine Concurrenz des Reiches bei der Erhaltung der Armee durch Uebernehmung der Verpflegung schien ihm um so billiger, da der ganze Aufwand, den er mache, dem Reiche zugute komme und seinem Lande entzogen werde. Eben darauf beruhte die preußische Administration, daß die Aufwendungen für das Heer auch wieder dem Lande zugute kamen. Einen auswärtigen Krieg eine Reihe von Jahren hindurch ohne fremde Unterstützung zu führen, war der preußische Staat seiner inneren Construction nach nicht fähig. Auch der große Friedrich hatte es nicht vermocht. Indem nun aber

Friedrich Wilhelm II. seinen Gesandten am Reiche, Grafen Goertz, beauftragte, im Verein mit dem kaiserlichen Minister diesen Antrag in Regensburg einzubringen [1]), bemerkte er doch, daß die Deliberation hierüber am Reichstage zu weitaussehend sei und zu lange dauern würde, um zum Ziele zu führen, bei der Nähe der Gefahr und dem augenscheinlichen Bedürfniß der Truppen; deshalb habe er auf eine provisorische Auskunft Bedacht genommen. Diese ging dahin, daß die sechs vorliegenden Kreise (der baierische, schwäbische, fränkische, ober-, kur- und niederrheinische), die, den Einfällen der Feinde am unmittelbarsten ausgesetzt, des Schutzes am meisten bedürften, sich dazu verstehen sollten, die Verpflegung provisorisch zu übernehmen. Zu diesem Zwecke sollte ein Convent in Frankfurt zusammentreten, bei dem kaiserliche und preußische Commissare erscheinen würden, um die Sache aufs rascheste ins Werk zu setzen. Soweit nun auch der preußische Antrag außerhalb des gewohnten Ganges der Dinge lag, so erhielt er doch durch die dringende Conjunctur der Umstände eine gewisse Aussicht, factisch angenommen zu werden. Die Deliberation am Reichstage blieb dabei vorbehalten; man erwartete, daß die den Schauplätzen entlegenen Reichskreise von demselben angewiesen werden würden, die Leistungen der vorderen durch Geldzahlungen zu vergüten. Aber unverzüglich mußte die provisorische Berathung ins Werk gesetzt werden. Hardenberg hätte gewünscht, über die Ausführung des ihm zu Theil gewordenen Auftrages nähere Rücksprache in Berlin nehmen zu können. Aber das wurde abgelehnt, weil eine unverzügliche Thätigkeit des Ministers in den oberen Reichskreisen nothwendig schien, um für den Zweck zu wirken. Auch säumte Hardenberg keinen Augenblick, das Geschäft in Angriff zu nehmen. Das Creditiv, mit dem er beglaubigt ward, ist vom 31. Januar 1794. Schon am 10. Februar finden wir ihn in Aschaffenburg bei dem Reichskanzler-Kurfürsten Friedrich Karl von Mainz. Die Stimmung dieses Fürsten war damals eine für Preußen ungünstige. Er hatte selbst bei dem kaiserlichen Hofe den Antrag gestellt, der Anwesenheit der Preußen in seinen Festungen, die kein gesetzliches Motiv mehr habe, erledigt zu werden. Die Eröffnungen Hardenbergs, die doch auch dahin zielten, den Rückzug der Preußen zu vermeiden und die Rheinlande ihres bewaffneten Schutzes zu versichern, verfehlten jedoch nicht, auf den Kurfürsten Eindruck zu machen. Er ward leicht für den Vorschlag ge-

1) Schreiben an Goertz, 12. Januar 1794.

wonnen, die sechs vorderen Kreise, auf deren Zusammenwirken Alles ankam, zu einer besonderen Versammlung zu berufen, um sie zu diesem Zwecke zu vereinigen; nur darüber hegte er Zweifel, ob er dazu befugt sei, ohne vorher bei dem Kaiser angefragt zu haben. Den ersten Tag waren alle Vorstellungen, die Hardenberg machte, um diesen Zweifel zu heben, vergeblich. Der Kurfürst wollte erst das Gutachten seines Hofkanzlers Albini, der sein unbedingtes Vertrauen besaß, darüber hören. Dieser aber, unter dem Eindruck der revolutionären Erfahrungen, die man in Mainz gemacht hatte, trug keine Bedenken, den Vorschlag, von dem sich eine unmittelbare Sicherung erwarten ließ, anzunehmen. Am andern Morgen früh erhielt Hardenberg ein Schreiben Albini's, aus dem er bereits abnahm, daß man auf seinen Wunsch, ohne Concurrenz des kaiserlichen Hofes die Convocation zu bewerkstelligen, eingehe. Nach Tische eröffnete ihm dies der Kurfürst selbst, mit der Bemerkung, daß nur seine grenzenlose Verehrung für den König und die Rücksicht auf das Wohl des Reiches ihn dazu vermöge [1]). Die Einladungsschreiben an den schwäbischen und niederrheinischen Kreis gingen bereits ab; die Zusammenkunft ward auf den 1. März angesetzt. Hardenberg suchte Albini in Mainz selbst auf und fand ihn sehr wohlgesinnt. Die Gefahr, von welcher die Landschaften des Kurfürsten bedroht wurden, und aus der nur die preußische Armee sie retten konnte, bewirkten bereits, daß sich in dieser eine gewisse Zuversicht auf die Theilnahme des Mainzer Hofes kundgab, wiewohl derselbe immer mit einem Rückblick auf den Wiener Hof handeln würde. Wohl machte Albini Einwendungen, welche von der Leistungsunfähigkeit einiger Kreise sowie auch von der Pflicht, die Preußen habe, sein Contingent zur Reichsarmee zu stellen, hergenommen waren; doch betonte er die schrecklichen Gefahren, welche ein Rückzug der Preußen herbeiführen werde, wenn nicht Friede und Sicherheit wenigstens für einen Theil des Reiches die unmittelbare Folge davon wären [2]). Niemand war von dieser Gefahr mehr durchdrungen als Hardenberg; in allen seinen Anschreiben nach Berlin hebt er dieselbe hervor. Er zieht in Zweifel, ob der König, wenn er das Reich sich selber überlasse, auf die Länge des Besitzes seiner eigenen, namentlich der westfälischen Landschaften sicher bleibe. Er führt aus, daß sich der ursprüngliche Zweck des Krieges, da die

1) Bericht Hardenbergs vom 11. Februar 1794.
2) Bericht Hardenbergs vom 18. Februar 1794.

verbündeten Mächte nicht alle ihre Kräfte gleichmäßig anstrengen würden, niemals werde erreichen lassen. Im deutschen Reiche rufe Alles nach Frieden, ausgenommen vielleicht die „schändliche Partei, die eine Revolution in Deutschland in Gang zu bringen gedenke". Die Frage liegt, sagt er, darin, ob der König, wenn er seine Truppen zurückzieht, wo nicht das ganze Reich, doch alle diejenigen Stände, die seinen Schutz sich erbäten, vor der Gefahr von Seiten des Feindes sicherzustellen die Absicht hat. Er entscheidet nicht, ob eine Neutralität oder ein Waffenstillstand für die preußischen Staaten und das Reich oder jenen Theil desselben auf einem unverfänglichen Wege und ohne förmliche Unterhandlung mit Frankreich als Republik zu bewirken stehe. Würde der König ohne irgend eine Abkunft seine Truppen zurückziehen, so würde er sich isoliren und die Stände nöthigen, sich in die Arme von Oesterreich zu werfen, während sich sonst die schönste Gelegenheit darbiete, die Bande zwischen ihm und den Reichsständen fester zu knüpfen. Die Bemerkung liegt auf der Hand, daß die Absicht Preußens zugleich dahin ging, die in dem Fürstenbunde genommene Parteistellung zu entwickeln: der König würde fast als Vorkämpfer, aber auch als Vertreter der Reichsstände erschienen sein, mit allen Rechten, die sich daran knüpften. Wer könne, sagt Hardenberg, die Fälle absehen, in denen es nothwendig sei, sich dem Hause Oesterreich entgegenzusetzen? Oesterreich werde vielleicht die Lage zur Durchführung seiner eigenen Tauschprojecte oder von Säcularisationen benutzen wollen.

Wie viel kam nach der Reihenfolge dieser Gedanken auf jene Verpflegung, die man den Kreisen zumuthete, noch an!

In dem letzten Feldzuge zwar nicht eigentlich geschlagen, aber doch an den beiden Flanken der großen Vertheidigungslinie in den größten Nachtheil gerathen, mußte das Reich sich ohne Zweifel zu kräftigem Widerstande entschließen. Ein Reichsheer ins Feld zu stellen, war gewiß nothwendig; aber in der alten Form berufen, bot es doch gegen den übermächtigen Feind keinerlei Sicherheit dar, und es mußte erst zusammengebracht werden. Die Anstrengungen Oesterreichs, mit den englischen vereinigt, hatten nur für die Niederlande Bedeutung. Wenn nun das preußische Heer das vornehmste Bollwerk war, das den Franzosen entgegengesetzt werden konnte, der preußische Staat aber, wie denn kein Zweifel daran ist, außer Stande war, das Heer in der bisherigen Weise zu unterhalten — denn der Staatsschatz war erschöpft —, so lag es nahe, daß das Reich dafür aufkommen mußte. Als Mitglied des Reiches

war der König nur eben verpflichtet, sein Contingent zu stellen, das bei weitem nicht hinreichte. Wenn das Reich behauptet werden sollte, so war nicht allein die Aufstellung des Reichsheeres, welche nur langsam und ungenügend erfolgen konnte, sondern die Anwesenheit des gerüsteten preußischen Heeres in den bedrohten Regionen nothwendig. Die preußische Macht war eben die überwiegende und für die Vertheidigung des Reiches einzig geeignet. In seiner Besonderheit hatte Preußen den Feind zunächst nicht zu fürchten; sollte es die gemeinsame Sache führen, so mußte es durch gemeinschaftliche Anstrengungen, bei denen kein Verzug eintreten durfte, unterstützt werden. So waren die Eindrücke und Schlußfolgerungen in Berlin. Selbst wenn die Vertheidigung durch eine unmittelbare Waffenerhebung nicht erfolgen sollte, konnte durch das politische Gewicht Preußens der Weg angebahnt werden, um durch einen Stillstand der Waffen dem Reiche Sicherheit für damals und für immer zu verschaffen. Die Lage der Dinge machte es nothwendig, über einige Skrupel hinwegzusehen, welche aus der bisherigen Verfassung entnommen werden konnten. Unleugbar hätte sich damit ein größerer Einfluß von Preußen in den allgemeinen deutschen Angelegenheiten verbunden; denn die Annahme des Vorschlags würde dahin geführt haben, daß das preußische Heer zugleich als Reichsheer anzusehen gewesen wäre. Darin hätte aber in dem damaligen Moment auch wieder ein allgemeiner Vortheil gelegen. Neben dem Reichsheere, welches der Kaiser zu Stande zu bringen Anstalt machte, würde auch das preußische, von dem Reiche unterstützt und dadurch in seinem Zusammenhange mit dem Reiche anerkannt, die Vertheidigung übernommen haben: die reichsoberhauptliche Autorität und die militärische Haltung des preußischen Staates würden zusammengewirkt haben; die Staatskräfte der deutschen Reichsstände würden sich ihnen beigesellt, man würde sich den Sieg haben versprechen können.

Aber wie unendlich schwer war es, darüber nur eine Berathung, geschweige denn eine Uebereinkunft zu Stande zu bringen! Für Preußen lag die Schwierigkeit, seine Absicht zu erreichen, nicht allein in der Deliberation der Kreisstände über die Sache selbst; sie mußten erst befragt werden, ob sie die Convocation annehmen oder nicht; dabei hing wieder das Meiste von der Stimmung der in den Kreisen vorwaltenden Fürsten ab, die erst durch eine Art diplomatischer Verhandlung gewonnen werden mußten. So war für den oberrheinischen Kreis die Stimme des Landgrafen von Hessen-Cassel

10*

entscheidend. Hardenberg, der nichts versäumte, was zu seinem Ziele führen konnte, begab sich persönlich zu ihm. Schon war die Welt von Gerüchten über die Säcularisationspläne, mit denen man umgehe, erfüllt; sie hatten selbst in die Nürnberger Ministerial-Zeitung Aufnahme gefunden. Hardenberg suchte sie seiner Instruction gemäß überall zu widerlegen. Bei seiner Ankunft in Cassel bemerkte er, daß Pläne dieser Art dort eher willkommen geheißen worden wären, namentlich wenn er dem Landgrafen die Aussicht eröffnet hätte, Fulda in Besitz zu nehmen.

Den Anträgen, die Hardenberg nun wirklich machte, setzte der Landgraf mancherlei Beschwerden, die sich auf die Behandlung seiner Truppen bezogen, entgegen. Er war nicht geradezu gegen die Verpflegung der preußischen Truppen durch die Stände, wollte sich aber ausbedingen, daß sein Gebiet von allen Beiträgen dafür befreit bleibe. Auch der Landgraf machte Anspruch auf Entschädigung für die Kriegskosten. Die Beschickung des Convocationstages nahm er nur deshalb an, weil Hardenberg ihm sagte, der König würde in seiner Weigerung einen starken Widerspruch mit der Ergebenheit, deren er ihn unaufhörlich versichere, erblicken; der Einsicht des Königs werde nicht entgehen, wie sehr die hessische Stimme bei der oberrheinischen Vereinsversammlung ins Gewicht falle. In einer offiziellen Note (vom 1. März) wiederholte der Landgraf seine Bedingungen, erklärte sich aber bereit, der Absicht des Königs bei der Kreisversammlung möglichst förderlich sein zu wollen.

Auch nach allen anderen Seiten hin unterhandelte Hardenberg; doch brauchen wir ihn dabei nicht im Einzelnen zu begleiten. In einem Schreiben vom 13. März stellt er zusammen, wieweit er überhaupt gekommen sei. Auf Mainz und Trier könne man rechnen; sie werden aber wegen des erlittenen Schadens auf eine Minderung ihrer Quote bestehen; der Oberrhein sei meist nicht ungünstig; nur über Speier ist Hardenberg nicht unterrichtet; nach Darmstadt denkt er selbst zu gehen; aber auch hier beruft man sich auf die erlittenen Verluste; in Niederrhein-Westfalen scheint die Beschickung keinen Bedenken unterworfen zu sein; doch erregen die viel Gift enthaltenden Artikel der hannoverschen Zeitung Besorgnisse: die Artikel haben ein offizielles Ansehen, scheinen aber mit den Verhältnissen Preußens zu England in Widerspruch zu stehen. Der schwäbische Kreis wird beschicken; doch ist der Herzog von Würtemberg gegen Preußen, vielleicht aus einem zu hoch gespannten Selbstgefühl und im Vertrauen auf die Volksbewaffnung: er äußere, man könne den preußi-

schen Schutz allenfalls entbehren. Baden ist für den Antrag, Constanz dagegen. Von dem größten Werthe war, daß Baiern sich dem Vorhaben günstig zeigte. Man schrieb das vor Allem dem Einflusse des Herzogs von Zweibrücken zu, welcher der natürliche Alliirte Preußens war. Wenn Hardenberg sich noch schmeichelte, mit dem preußischen Entwurf durchzubringen, so ergiebt sich doch auf den ersten Blick, auf welche Schwierigkeiten er stieß. Manche lehnten überhaupt ab; Andere betonten ihre Erschöpfung, um nur zu geringen Beiträgen verpflichtet zu werden, oder sich denselben geradehin zu entziehen. Auch an den befreundeten Höfen hörte man die Aeußerung, daß die Angelegenheit vor den Reichstag gehöre und daselbst erörtert werden müsse. Alle Tage kamen neue Schwierigkeiten zum Vorschein. Am bittersten empfand Hardenberg, daß der fränkische Kreis, in welchem Brandenburg ein großes Interesse hatte, viel bösen Willen zeigte. Die Kreisversammlung, sagt er, werde von einem widerwärtigen Geiste beherrscht und hänge an elenden Formalitäten und Wortklaubereien; und doch habe der fränkische Kreis durch den Krieg am wenigsten gelitten. Die Antipathie schrieb sich hauptsächlich von der Reichsritterschaft her, mit welcher eine Regierung wie die preußische in natürlichen Gegensatz gerieth. Der König wollte sich nicht mit der Rolle begnügen, welche den letzten Markgrafen aufgedrungen war; vergessene Rechte wurden hervorgesucht, Abweichungen von denselben als Usurpationen betrachtet. Und wiewohl Hardenberg behauptete, nur eben der Usurpation Einzelner suche er ein Ende zu machen, mit der Corporation der Reichsritterschaft habe er keinen Streit, so fühlte sich diese doch selbst beleidigt, und noch war sie durch mannichfaltige Familienverbindungen sehr mächtig; selbst der preußische Directorialgesandte Graf Soden schien wohl unter ihrem Einflusse zu stehen. In der Kreisversammlung stellte man in Abrede, daß der eingeschlagene Weg, eine besondere Deliberation in den Reichskreisen zu veranstalten, der richtige sei: die Sache gehöre vor Kaiser und Reich. Der vornehmste Gegner der preußischen Anträge war der Abgesandte des deutschen Ordens. Einen Besuch Hardenbergs in Bamberg lehnte der Fürstbischof ab, indem er seine schwache Gesundheit vorschützte. In Nürnberg brachte die Anwesenheit des Ministers eine erwünschte Wirkung hervor; aber die überwiegende Meinung war doch, daß die Sache an das Reich gehöre. Trotz dieses Widerstrebens wurde die Convocation der sechs Reichskreise nicht aufgegeben; aber man überzeugte sich, daß eine Deliberation am Reichstage vorangehen

müsse, auf welche die Meinung der befreundeten Stände Einfluß ausüben werde; wenn da die Hauptfrage entschieden wäre, so würden die näheren Bestimmungen doch einer Kreisversammlung anheimfallen.

So verhält es sich nun: die Armee des Kaisers war anderweit beschäftigt; ein allgemeines Aufgebot hätte bei dem damaligen Zustande eine nur noch größere Gefahr herbeigeführt; ein Reichsheer in den gewohnten Formen sollte erst geschaffen werden. Da stellte sich dann der am besten bewaffnete der Reichsstände mit seiner Armee dar; er bot sie zur allgemeinen Vertheidigung, nur unter der einen Bedingung, daß man ihn dabei mit den unabweisbarsten Erfordernissen versähe. Allein in dem Anerbieten sah man weniger eine unentbehrliche Hülfeleistung, als einen Anspruch auf Macht, der denn auch wirklich nicht fehlte, aber hinter der Nothwendigkeit der momentanen Lage zurücktrat. Es wurde nicht abgelehnt, aber auch nicht angenommen. Wenn die Deliberation auf den Reichstag verwiesen wurde, so trat dabei das Verhältniß zu dem Kaiser an erster Stelle hervor. Sollte der Kaiser zugeben, daß die preußische Armee gewissermaßen als Reichsarmee anerkannt werde, während er selbst eine solche zu Stande zu bringen beflissen war? Darauf kam es an, daß Oesterreich und Preußen sich verständigten. Noch durfte man hoffen, daß die Eifersucht der einen Macht gegen die andere in Deutschland vor ihrem gemeinschaftlichen Interesse gegen Frankreich zurücktreten würde. Und Umstände traten ein, in Folge deren sich das Zusammenwirken der gesammten Coalition erwarten ließ.

Viertes Capitel.

Stellung der Mächte in den ersten Monaten des Jahres 1794.

Die Schlichtung der Differenzen, die zwischen Oesterreich und Preußen obwalteten, ihre gegenseitige Stellung überhaupt hing nicht allein von ihren Beziehungen zu Deutschland, sondern von dem Verhältniß ab, in welchem sie zu den übrigen europäischen Mächten, namentlich zu Rußland und England, standen. Der Director der auswärtigen Angelegenheiten in Wien, Thugut, faßte vor Allem das europäische Verhältniß Oesterreichs ins Auge.

Wie die preußischen Pläne an die Tendenzen des Fürstenbundes anknüpften, so erneuerten sich in Thugut die josephinischen Entwürfe in aller ihrer Stärke: er nahm den Gedanken eines nach allen Seiten hin unabhängigen und unangreifbaren österreichischen Großstaates wieder auf; ein Kampf mit den Türken lag jedoch nicht in seinem Sinne; — Thugut warnt vielmehr den russischen Hof vor einem solchen Unternehmen: er wünschte auf dieser Seite Fortdauer des Friedens und der Ruhe. Dagegen trug er sich nach anderen Seiten hin mit Absichten von unerwartetem Umfange. Gleich als komme es darauf an, den alten burgundischen Ansprüchen gegen Frankreich nunmehr erst Geltung zu verschaffen, brachte er in seinen Verhandlungen mit Rußland eine Erweiterung der österreichischen Niederlande bis an die Somme in Vorschlag; die weitere Grenze sollte gebildet werden durch eine gerade Linie von den Quellen der Somme bis auf Sedan und Mezières an der Maas, dann durch diesen Strom selbst [1]). In einer ferneren Mittheilung nach St.-Petersburg (Februar 1794) verlangt er Wiederherstellung der Grenzen des pyrenäischen Friedens, also Zurückgabe alles dessen, was Frankreich seitdem in Besitz genommen hatte; namentlich for-

1) Depesche Thuguts an Cobenzl 18. Dezember 1793 im Archiv für österreichische Geschichte, Band XXXXII, S. 386.

dert er Elsaß und Lothringen mit den drei Bisthümern und dem Sundgau. Er regt die Idee an, daß sich aus Lothringen und den drei Bisthümern ein von Oesterreich abhängiger Lehensstaat bilden lasse, welcher einem der Erzherzoge nach der Wahl des Kaisers übertragen werden solle. Im allerungünstigsten Falle würde sich Oesterreich mit Zurückgabe von Artois, der Herstellung der Grenzen des pyrenäischen Friedens und mit seinen alten Besitzungen im Elsaß begnügen. Man setzte dabei immer eine unzweifelhafte Ueberlegenheit über Frankreich voraus. Sollte aber diese nicht erlangt und die Abtretung der bezeichneten großen Gebiete den Franzosen nicht abgewonnen werden, so richtete Thugut sein Augenmerk noch bei weitem entschiedener als Joseph II. auf die venetianischen Provinzen, die sich ohne alle Theilnahme an den großen Zerwürfnissen in Europa noch des tiefsten Friedens erfreuten. Die alten Rechte, welche die Vorfahren des Kaisers auf dieselben besaßen — denn die Venetianer seien nur Usurpatoren —, sollten wieder zur Geltung gebracht werden [1]). Man erfand dafür den nicht gerade anstößigen Ausdruck „Revendication“. Rußland scheint Istrien und Dalmatien angeboten zu haben: Thugut bestand auf der gesammten Terra ferma, durch die Oesterreich, welches Mailand besaß, das volle Uebergewicht in Italien erlangt hätte.

Wenn man sich darüber nicht täuschen konnte, daß Preußen, dessen Cooperation gegen Frankreich man festzuhalten gedachte, das aber keine Ahnung von diesen Entwürfen hatte, sich denselben widersetzen würde, sobald man damit hervorträte, so meinte Thugut dies durch das Gewicht der russischen Macht zu verhindern. Man wollte Truppen an den Grenzen Preußens versammeln, um es in Zaum zu halten, wenn es etwa Kriegsanstalten dagegen mache. Es liegt auf der Hand, wie so ganz und gar die bisherige Politik hiedurch verändert wurde. Der Kampf gegen die Revolution behielt nur noch ein territoriales Interesse. In den Vordergrund trat die Aufstellung Oesterreichs als der überwiegenden mittel-europäischen Macht; alles Andere war secundärer Natur.

Wenn nun England sich zur Fortsetzung des Krieges im Bunde mit Oesterreich anschickte, so war doch nicht daran zu denken, daß es Pläne dieser Art gebilligt hätte; sie wurden den englischen Ministern ebenso gut verborgen gehalten, wie den preußischen. Ihrerseits

1) Depesche Thuguts an Cobenzl vom 27. Februar 1794 im Archiv für österreichische Geschichte, Band XXXXII, S. 400.

hatten aber auch die Engländer vor Allem ihr eigenes Interesse im Auge. Den alten Vortheilen der maritimen Macht, welche England in dem spanischen Erbfolgekriege sowie in dem siebenjährigen erfochten, war in dem amerikanischen gewaltig Einhalt geschehen, weil Frankreich damals alle seine Kräfte auf die Marine warf, England aber mit seinen Colonien im Kriege begriffen war. Jetzt war die Lage insofern eine andere, als die französische Macht, allerdings durch die Revolution stärker entwickelt, überwiegend in dem continentalen Kriege beschäftigt war.

Den Engländern gelang es, bereits im März und April 1794 in Westindien Meister zu werden: wie Tabago, so fielen nun auch Martinique, St.-Lucie und Guadeloupe in ihre Hände. Sie rüsteten sich zur Erneuerung ihres Seekrieges gegen Frankreich in dem Sinne der Schlacht von la Hogue; die Vortheile, die in dem spanischen Erbfolgekriege errungen und in dem siebenjährigen befestigt worden waren, die ganze Ueberlegenheit ihrer Seemacht, wie sie die geographische Position an die Hand gab, meinten sie in dem allgemeinen Kampfe vollends durchzuführen. Dazu aber gehörte eine energische Fortsetzung des continentalen Krieges, wozu die Behauptung Hollands, die Theilnahme von Preußen unentbehrlich erschien, wie ja die Seemächte mit dem preußischen Staate unter der Regierung des ersten Königs Friedrich verbunden gewesen waren. Die Unabhängigkeit Hollands zu behaupten, das alte System der Seemächte zu erneuern und, wie sich an der Mitwirkung Oesterreichs nicht zweifeln ließ, so nun auch die besondere Mitwirkung Preußens zu erlangen, wurde der nächste Gegenstand ihrer politischen Verhandlungen.

James Harris, Lord Malmesbury, welcher den letzten Vertrag von 1788, der schon in Voraussicht neuer Zerwürfnisse mit Frankreich geschlossen war, vermittelt hatte, erschien als der geeignete Mann, eine Erneuerung desselben in Bezug auf die nunmehrigen Verhältnisse durchzuführen; er wurde nach Berlin geschickt, um jenen Vertrag nicht allein in Erinnerung zu bringen, sondern bei den Verabredungen für die Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich zu Grunde zu legen.

Man ermißt leicht, welches das Verhältniß Preußens dazu sein konnte. Die eigene Aufgabe des Staates war die Vertheidigung des deutschen Reiches gegen die täglich drohenden Einfälle der Franzosen; eine neue Verbindung mit England erschien, obwohl an und für sich nicht gerade darauf gerichtet, doch in der Sache mit dem

Hauptobject der Politik übereinzustimmen. König Friedrich Wilhelm II. gab dem Lord bald nach seiner Ankunft Audienz; denn eben mit Malmesbury hatte er den Vertrag von 1788 abgeschlossen. Er bezeugte mit großer Wärme und Wahrhaftigkeit, daß er diesen Vertrag auch jetzt noch anerkenne und beobachten wolle; was aber die Fortsetzung des Krieges anbetraf, so betheuerte er sein Unvermögen, an demselben fortan thätigen Antheil zu nehmen, wenn er nicht von anderer Seite unterstützt werde. Der Staatsschatz des Vorfahren sei nahezu erschöpft; nicht durch unnütze Aufwendungen sei das geschehen, sondern im Interesse der allgemeinen Sache; würde man jetzt auch die Ueberbleibsel desselben verwenden, so würde man außer Stande sein, bei der nächsten Verlegenheit zu Rüstungen zu schreiten. Eine Anleihe zu machen, vertrage sich nicht mit der Natur des preußischen Staates, und unmöglich könne man die Auflagen erhöhen: sie seien von dem Vorgänger so hoch angesetzt, daß eine Vermehrung derselben allgemeine Unzufriedenheit herbeiführen würde. Mit diesen augenscheinlich wohlbegründeten Auseinandersetzungen stand nun die Versicherung des Königs, daß er, wenn es nur irgend möglich sei, thätigen und persönlichen Antheil an dem Kriege nehmen wolle, in schneidendem Contrast.

Aber so war in der That seine Lage und Gesinnung. Er erklärte sich bereit, 100,000 Mann ins Feld zu stellen und persönlich die Anführung derselben zu übernehmen; denn der Ehrgeiz seiner Seele ging noch immer dahin, den gewaltsamen Neuerungen der Franzosen, die sich eben in den wildesten Convulsionen, dem System des Schreckens, bewegten, ein Ende zu machen und den Frieden der Welt auf fester Grundlage zu erneuern, wenn es nur ohne die offenbare Zerrüttung des eigenen Staatswesens geschehen könne, und wenn er durch Subsidien dazu in den Stand gesetzt werde. Seine Reden lauteten allezeit, als ob er der Retter von Deutschland sein wolle. Die heroische Gestalt des cheruskischen Armin, die in dem Schmucke der Poesie zu neuem Glanze erhoben worden war, scheint auf ihn nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. Aber König von Preußen, wie er war, mußte er vor Allem die Lage seines Staates und ihre Erfordernisse berücksichtigen. Sein deutschpatriotischer Enthusiasmus wurde dadurch nicht weniger gelähmt, als sonst durch die Umstände angeregt und entzündet. Wenn schon seine Unterhandlungen an dem Reiche dahin zielten, es ihm möglich zu machen, den Krieg zugleich für Preußen und das Reich fortzusetzen, so stellte die Unterhandlung mit Malmesbury noch andere Hülfs-

quellen in Aussicht. Auf eine Meldung von den Gesinnungen des Königs empfing der englische Gesandte neue Instructionen, die ihn zu weiteren Unterhandlungen ermächtigten. Gleich nach ihrer Ankunft sprach Malmesbury mit dem Könige, den er auf einem Spaziergang im Thiergarten fand (6. Februar 1794). Er machte demselben nur allgemeine Andeutungen, bemerkte aber, daß sie den größten Eindruck auf ihn hervorbrachten. Am folgenden Tage hatte er eine Conferenz mit ihm. Der König war sehr bei der Sache; er hatte sich bereits eine umständliche Auskunft über die Kosten verschafft, welche die Ausrüstung erfordern würde. Auf Grund derselben erklärte er, nicht ohne ein gewisses Zögern, die erforderlichen Subsidien würden zwanzig Millionen Thaler betragen müssen. Malmesbury erwiderte, das gehe sehr weit über die Summe hinaus, die er anbieten dürfe, von zwei Millionen Pfund, zu deren Beschaffung Holland und der Kaiser würden beitragen müssen.

Man nimmt gleich bei dem ersten Schritte die Schwierigkeiten wahr, in welche Preußen durch diese Anträge, die es, immer mit Vorbehalt seiner Stellung, anzunehmen bereit war, verwickelt werden mußte. Denn wenn nicht allein das englische, sondern auch das deutsche Interesse vertheidigt werden sollte, so war die Voraussetzung, daß diese identisch seien und es bleiben würden; überdies war dann eine starke Vermehrung der Armee und eine so bedeutsame Geldunterstützung, wie der König forderte, nothwendig. Der englische Entwurf ging dahin, daß nicht allein Holland, sondern auch Oesterreich zur Zahlung von Subsidien vermocht werden sollten. Dabei war die Verhandlung mit dem Reich über die Approvisionnirung des preußischen Heeres immer vorbehalten; nur wenn sie zu Stande kam und anderweit hinreichende Subsidien bewilligt wurden, ließ sich eine nach den verschiedenen Seiten hin ausreichende Theilnahme Preußens an dem Kriege erwarten. Das Eine griff mit dem Anderen zusammen. In diesem Sinne conferirte Malmesbury mit den preußischen Ministern, von denen jedoch nur einer im vollen Vertrauen des Königs war: der jüngst eingetretene Graf Haugwitz. Noch an demselben Tage (7. Februar) wurde eine ministerielle Conferenz gehalten, in welcher der Plan, wie die erforderlichen Subsidien beschafft werden müßten, besprochen wurde. Der Entwurf war sehr außerordentlich: zwei Fünftel der Summe sollten von England, ein Fünftel von Holland aufgebracht und gezahlt werden. Von wem aber die beiden anderen? Das eine von Oesterreich, das andere

aber provisorisch von Preußen selbst. Wie Malmesbury versicherte, ging der Wunsch der Engländer dahin, daß Friedrich Wilhelm an die Spitze der Armee treten sollte, er persönlich. Der König sprach wiederholt aus, daß er an seinen alten Gesinnungen unerschütterlich festhalte: denn der Sieg der französischen Principien würde einen allgemeinen Umsturz herbeiführen. Dem stimmte auch Haugwitz mit Lebhaftigkeit bei: er sagte wohl, diese Uebereinkunft sei das einzige Mittel, den Krieg zu beendigen; man würde es ewig bedauern, wenn dieselbe nicht zu Stande käme.

Aber wie so ganz widerstrebte das den Ideen und Entwürfen von Thugut! Widerwärtig war ihm an sich, dem Könige von Preußen zu einer so großen Rolle, wie der Malmesbury'sche Vertrag in Aussicht stellte, die Hand zu bieten, und zwar durch Verträge, welche der preußischen Macht neue große Aussichten eröffneten; er rechnete heraus, daß das Malmesbury'sche Project mit der Verpflegung der Truppen zusammen dem preußischen Staat einen Vortheil von dreißig Millionen zuwenden würde. Wenn Oesterreich nicht geradezu dagegen war, daß die Unterhandlung über die Verpflegung der Truppen am Reichstage ihren Fortgang behielt, so wies es doch die von Malmesbury gemachten Vorschläge mit Entschiedenheit zurück.

Mit großer Indignation vernahm man in Berlin die negative Antwort, deren Beweggründe man eigentlich nicht übersah, und in der man nur den Beweis einer wachsenden Feindseligkeit des Wiener Hofes gegen Preußen zu erkennen glaubte. Die Politik der Könige hat immer eine persönliche Ader, und von Friedrich Wilhelm II. läßt sich behaupten, daß seine meisten Handlungen von persönlichen Impulsen abhängen. Denn er hatte, wie wir wissen, noch immer den Wunsch und den Ehrgeiz, den Kampf gegen Frankreich, der das allgemeine Interesse der Welt in sich schließe, auszufechten; auch besaß er die erforderlichen militärischen Kräfte; aber es fehlte ihm an den Mitteln, sie in Bewegung zu setzen; daß ihm diese von eben denen, zu deren Bestem er aufzutreten gedachte, nicht bereitwillig gewährt wurden, erfüllte ihn mit einem Unwillen, den er nicht verbergen mochte. Fast mit einer gewissen Ostentation erklärte der König, daß er in der Nothwendigkeit sei, seine Truppen vom Rheine zurückzuziehen; sofort ergingen einige Weisungen in diesem Sinne an die Generale. Nur um so eifriger wurde der Plan einer Cooperation mit England ergriffen. Haugwitz und Malmesbury begaben sich nach dem Haag — denn Hollands konnte und wollte

man nicht entbehren —, wo sie, jedoch nicht ohne einigen Verzug, da das englische Ministerium noch einmal consultirt werden mußte, am 19. April einen Vertrag folgenden Inhalts schlossen. Die preußische Armee, die zur Hülfeleistung für die Seemächte bestimmt wurde, sollte aus 42,000 Mann bestehen, so daß die für Oesterreich stipulirten 20,000 davon ausgeschlossen wären. Die preußischen Truppen sollten beisammenbleiben, unter Einem Führer; man rechnete noch immer darauf, daß der König selbst an dem Feldzuge Theil nehmen werde; die Verwendung der Truppen wurde von einer militärischen Uebereinkunft zwischen Preußen und den Seemächten abhängig gemacht, mit der Bestimmung, daß sie da gebraucht werden sollen, wo man glaube, daß es für die Interessen der Seemächte am besten sei. Um die Tragweite dieser Bestimmung zu ermessen, muß man sich der Bedingungen erinnern, unter welchen der große Vorgänger des Königs in den Bedrängnissen des siebenjährigen Krieges die englischen Subsidien annahm; er behielt sich dabei die freie Verfügung über seine Armee im vollsten Umfange vor: denn nur in der unbedingten Selbstbestimmung, ohne alle fremde Controle, sah er die Aufrechterhaltung seiner Würde und seiner Macht. Aehnliche Bestimmungen hätte man ohne Zweifel auch jetzt treffen müssen; allein man ließ sich auf allgemeine Festsetzungen ein, allerdings in Ausdrücken, welche zwar zugleich Rücksicht auf das eigene Dafürhalten des Königs in sich schlossen, jedoch die Hauptentscheidung auf Conferenzen verwiesen, deren Ergebniß sich nicht voraussehen ließ [1]). Der König von Preußen sollte durch Subsidien in den Stand gesetzt werden, seinem Eifer für die gemeine Sache gemäß zu handeln. Die Subsidien sollen monatlich 50,000 Pfund betragen; außerdem aber sollen auf der Stelle 300,000 Pfund zur Mobilmachung der Armee bezahlt werden; alle Eroberungen, die man machen wird, sollen den beiden Seemächten zufallen, die darüber zu verfügen haben werden, wie es ihnen gut scheint.

Die Absicht der Engländer war anfangs gewesen, den König zu verpflichten, die bindende Kraft des Tractats bis zum Ende des Krieges auszudehnen; Friedrich Wilhelm verwarf das: denn wer könne die Ereignisse voraussehen, durch welche möglicherweise die

1) In den Aufzeichnungen des Grafen Haugwitz wird dieser Sache nicht allein gedacht, er hat dieselbe sogar in drei verschiedenen Fassungen erörtert. In keiner von allen aber geschieht der eigentlichen Schwierigkeiten, welche den unglücklichen Ausgang der Verhandlung herbeiführten, genauere Erwähnung.

Lage von Grund aus verändert werde? Haugwitz hatte denn wirklich erreicht, daß in dem geheimen Artikel, über den man überein kam, nur stipulirt wurde, der König wolle über die Erneuerung des Vertrages am Ende des Jahres Beschluß fassen. Das Ministerium in Berlin war damit sehr zufrieden. Aber auch mit dieser Modification enthält doch der Vertrag eine Abwendung von dem gemeindeutschen Interesse zu dem englischen; er enthielt gleichsam die Antwort auf die abschlägigen Erklärungen der deutschen Fürsten, denen man nun überließ, sich selbst zu vertheidigen, während die preußische Armee ihre Kräfte nach den Niederlanden hin richten sollte.

Da trat nun aber die große politische Frage, welche für Preußen und das Reich die wichtigste war, in volle Evidenz.

Indem man sich zu einer Cooperation mit der englischen Armee verbindlich machte, disponirte man über den größten Theil der Truppen, die an dem Rhein standen, und auf deren dortiger Anwesenheit die Vertheidigung des Reiches beruhte, das ohne sie der Uebermacht der Franzosen zur Beute werden mußte. Das lag nun aber wieder nicht in dem preußischen Interesse; unmöglich konnte man die Fürsten, mit denen man so eng verbunden war, dem Verderben preisgeben. Man hätte eigentlich zweier Armeen bedurft: der einen, um den Engländern zu Hülfe zu kommen, der andern, um das Reich zu vertheidigen. Daß dieses auf sich selbst angewiesen und von den preußischen Truppen verlassen werden sollte, erschien als die verderblichste Maßregel, welche man schlechterdings vermeiden müsse. So dachten die deutschen Bevölkerungen an den Ufern des Rheines und die Staatsmänner, welche die Verbindung mit ihnen aufrechterhielten. Hardenberg gab dieser Anschauung den beredtesten Ausdruck. Unter den preußischen Staatsmännern war er durch seine Stellung in Ansbach, besonders in Frankfurt der geworden, der sie am meisten zu vertreten berufen war und sie vertrat. Noch vor seiner Ankunft im Haag, zu Utrecht, empfing Haugwitz eine Depesche von Hardenberg, in der ihm dieser das unberechenbare Unglück vorstellte, welches der Rückzug der preußischen Truppen aus ihren Standquartieren herbeiführen würde; denn auf das erste Gerücht von diesem Vorhaben sei eine Regung in der französischen Armee bemerkbar geworden: sie gedenke, Mannheim zu besetzen [1]).

---

1) „Die Folgen werden die allerschrecklichsten sein, wenn der Königliche Entschluß, die Truppen hier wegzuziehen, ausgeführt würde. Nicht nur die

Indessen hatte auch der König ähnliche Zuschriften erhalten. Er wurde an die Verdienste erinnert, die er sich im letzten Jahre um das Reich erworben habe, als dessen Retter er betrachtet werden müsse. Schon am 26. März ließ er Haugwitz durch Oberst Manstein auf diese Lange aufmerksam machen, so daß der Minister, von verschiedenen Seiten her dazu aufgefordert, es wagen konnte, gleich nach seiner Ankunft im Haag (31. März) die Weisung an die Befehlshaber der Armee zu erlassen, fürs erste in ihren Standquartieren zu verbleiben. Mit der Absicht, in welcher der Vertrag ursprünglich gedacht und entworfen worden war, stand dies doch in der That nicht in Einklang; das Verhalten des Grafen Haugwitz ist nicht frei von Zweideutigkeit. Man kann den Grundfehler der ganzen Verhandlung darin sehen, daß die leitenden Gedanken nicht mit voller Präcision gefaßt und festgesetzt wurden. Haugwitz nahm die Stipulationen des Vertrages an, in der Besorgniß, daß eine Veränderung derselben in England verworfen werden würde; er überredete sich, daß sie mit der deutschen Kriegführung doch noch vereinbar bleiben würden.

Sie waren nicht dazu angethan, alle Bedenklichkeiten zu beseitigen. Auch die Armee hatte für die Auffassung Hardenbergs Partei ergriffen; sie meinte, dazu bestimmt zu sein, das westliche Deutschland vor den Franzosen zu schützen. Der Oberbefehlshaber der preußischen Rheinarmee, Feldmarschall Moellendorff, und seine Umgebung theilten diese Ansichten.

Moellendorff führte aus [1]), daß der Feind, der durch die letzten Bewegungen der preußischen Truppen zurückgewiesen sei, nunmehr gleichwohl die Absicht verrathe, bei dem Abmarsche derselben den Rhein zu überschreiten; dann würde auch Frankfurt in Feindes Hand gerathen und dieser durch seine Expressungen einen Zuwachs an Kräften für mehr als einen Feldzug davontragen. Er brachte ferner in Erinnerung, daß eben am Rheine der Punkt sei, den die Armee behaupten müsse, wenn der Erfolg des Feldzuges nicht

---

ganze Rheingegend, das mit so vielem Blut und Geld theuer erkaufte Mainz, die für ganz Deutschland wichtige, wohlhabende und dem König ergebene Stadt Frankfurt, sondern auch die weiter zurückliegenden Staaten und darunter die schönen und treuen fränkischen Fürstenthümer würden den Verheerungen eines wüthenden Feindes blosgestellt sein." Schreiben Hardenbergs an Haugwitz vom 27. März 1794.

1) Schreiben Moellendorffs an Haugwitz vom 27. März und 5. April 1794.

aufs Spiel gesetzt werden solle; sollte die Armee nach Köln oder gar nach Brabant gezogen werden, so würde weder Mannheim, noch Trier, noch Coblenz behauptet werden können. Die österreichische Armee sei viel zu schwach dazu; man gönne aber den Preußen die Ehre nicht, sich jenseit des Rheines zu behaupten. Die preußische Heeresmacht selbst werde durch vieles Hin- und Herziehen Gefahr laufen, geschlagen zu werden. Er bat auf das dringendste, die Truppen an ihrer Stelle zu lassen, wo sie für das Ganze wesentliche Dienste leisten können. Wäre die Armee bei Köln und der Feind dränge dann an den Mittelrhein vor, so würde man unfähig werden, demselben die von ihm erlangten Vortheile wieder abzugewinnen. Der König würde dann alle Consideration im Reiche verlieren und den Haß desselben auf sich laden: alle bisherigen Aufopferungen würden vergessen sein. Wahrscheinlich sei das der Zweck des Wiener Cabinets, dem die Preußen ebenso verhaßt seien wie die Franzosen, während man in der österreichischen Armee eher ein Verständniß wünsche [1]).

Der Feldmarschall, der am Rheine commandirte, und der Cabinetsminister, der die Verhältnisse zu Holland und England im Auge hatte, geriethen in offenbaren Zwiespalt. Moellendorff war überhaupt gegen eine Uebereinkunft mit England. Unerläßlich sei es allerdings, daß der König nicht auf Kosten seines Landes bei dem Kriege mitwirke; aber um dieser Mitwirkung willen dürfe der König nicht etwa ein Söldling von England werden; Moellendorff bittet um Verzeihung wegen des Ausdrucks. Sollten die Subsidien verweigert werden, so wäre es besser, die Armee zurückzuziehen, als sie zugleich mit dem Reiche zu Grunde gehen zu lassen. Moellendorff sprach seine Genugthuung darüber aus, daß Haugwitz eine militärische Uebereinkunft in Aussicht stellte; er meinte, ein vertrauter Offizier sollte dazu nach London abgeschickt werden. Seine Ansicht war und blieb, daß die Vertheidigung des Reiches der erste Zweck des bevorstehenden Feldzuges sei, und daß zu Gunsten der englischen und österreichischen Armee nur eine Diversion übernommen werden könne: für beide Absichten sei eine Postirung geeignet.

Man erkennt die einander entgegenstrebenden Directionen: die

---

1) „Der Wiener Hof würde den ganzen Haß auf uns wälzen; und er scheint diesem Zweck um so ergebener zu sein, je mehr er uns den Vorzug mißgönnt, welchen sich unsere Armee dadurch, daß sie sich allein diesseits des Rheins behauptete, vor der seinigen erworben hat." Brief Moellendorffs an Haugwitz vom 27. März 1794.

Seemächte verlangten eine Verwendung der preußischen Truppen, wie ihr besonderes Interesse es mit sich bringe; sie waren damals in der Offensive begriffen; die Führer der Armee behielten mehr die Defensive und das Verhältniß Preußens zu Deutschland im Auge. Nach der Ansicht des Feldmarschalls war dies zugleich das Interesse der großen Sache. Nach Abschluß der Convention erhielt er von Haugwitz die Weisung, sich in seinen bisherigen Positionen zu halten. Von jener militärischen Uebereinkunft war nur ziemlich unbestimmt die Rede. Haugwitz war wie zwischen zwei Feuern. Seine Stellung ist insofern unfest und schwankend, als er in dem Tractat den Engländern nachgiebt und dann doch die Ansichten der preußischen Staatsmänner und des Feldmarschalls billigt; große politische Voraussicht verräth er überhaupt nicht. Seinen Collegen in dem Staatsministerium, die einige Einwendungen gegen den Vertrag machten, bemerkte er: der Verbindung mit Oesterreich, welches sich selbst derselben durch Verweigerung der Subsidien entzogen habe, sei die Verbindung mit den Seemächten vorzuziehen; in derselben lasse sich auch eher auf Frieden hoffen: denn Oesterreich habe Indemnitäten, die niemals gewährt werden würden, in Aussicht genommen; England dagegen, jetzt im Besitz von Martinique, sei zum Frieden geneigt, worin auch das Interesse Preußens liege. Wie wenig entsprach doch diese Ansicht der wirklichen Lage der Dinge! Der Krieg zwischen Frankreich und England sollte nur mit einer kurzen Unterbrechung noch länger als zwei Jahrzehnte währen. In Bezug auf die Seemächte faßte Haugwitz den Haager Vertrag so auf, daß die preußische Armee ihre Positionen am Rheine behaupten, dabei aber nach ihrer rechten Seite, dem Niederrheine hin operiren sollte [1]).

In derselben Richtung bewegten sich die Gedanken des Königs. Gleich bei den ersten Berathungen über den Vertrag mit den Seemächten hatte er den Wunsch ausgesprochen, daß in der Art und Weise der Activität der Armee keine Veränderung stattfinden dürfe; er würde nie eingewilligt haben, seine Truppen in englischen Sold zu überlassen: das könne ein Kurfürst von Hessen, ein Herzog von Braunschweig thun; aber einem Könige von Preußen würde es Schande

1) Il faudra à mon avis nécessairement que notre armée commence ses opérations de la position où elle se trouve maintenant, et agisse ensuite vers la droite, suivant que les événements militaires y donneront lieu. Brief an das Ministerium d. d. 3. Mai 1794.

machen; auch die Liebe zu seinen Unterthanen verbiete ihm das [1]). Aber zugleich täuschte er sich doch nicht darüber, daß die Engländer die Cooperation des preußischen Heeres mit dem der Seemächte fordern würden: er gab im voraus nach, daß man sich dieser Forderung werde fügen müssen.

Ob das nun möglich sei, darin lag gerade die große Frage. Preußen war nicht stark genug und wurde es auch durch die Subsidien nicht, um zugleich den Mittelrhein zu vertheidigen und in den Niederlanden einzugreifen; es war mit Oesterreich entzweit und mit England doch nicht völlig einverstanden.

In dem Augenblicke trat in dem Verhältnisse zu Polen und zu Rußland eine Wendung ein, die es nothwendig machte, auch in Polen mit selbständiger Macht zu erscheinen. Friedrich Wilhelm II. mußte jene Idee, als ein Vorkämpfer germanischer Freiheit gegen die französische Invasion nochmals im Felde zu erscheinen, fallen lassen und sich in Person nach Polen begeben. War er aber stark genug, allen diesen Obliegenheiten zu genügen? der beginnenden Insurrection in Polen Widerstand zu leisten, nicht einmal im vollen Einverständniß mit Rußland? die Franzosen vom Mittelrhein abzuwehren, keineswegs im Einverständniß weder mit Oesterreich noch mit den deutschen Fürsten? endlich, mit England zusammenzuwirken und die Niederlande und Holland vor der Eroberung der Franzosen zu schützen? Seine Politik ist nicht ohne große Impulse und gute Beweggründe an jeder Stelle; aber es fehlt ihr an der Einheit des Alles beherrschenden Gedankens, die unter seinem Vorgänger die Kräfte des Staates gebildet hatte.

---

1) Il est contraire à la considération de cet État et à l'amour que je porte à mes sujets, de les vendre à d'autres puissances, passe pour un Landgrave de Hesse ou un Duc de Brunswick; mais ce serait honteux au roi de Prusse. Eigenhändiges Schreiben des Königs.

Fünftes Capitel.

Reichsconclusum. Zusammenkunft in Kirchheim-Bolanden.

Inmitten der in ihren Richtungen divergirenden Potenzen suchte Preußen, ungeachtet jener raschen Erklärung des Königs, seiner Stellung zum Reiche sicher zu werden. In der Reichsversammlung zu Regensburg fand der ursprüngliche Gedanke, daß das Reich die Verpflegung der preußischen Truppen übernehmen solle, weniger Widerspruch, als man hätte erwarten sollen. Pfalz-Baiern war dafür, Oesterreich selbst sprach sich eher günstig aus. Den größten Eindruck hatte doch die Erklärung des Königs, daß er seine Truppen zurückziehen werde, selbst hervorgebracht. Denn davon war Jedermann durchdrungen, daß das Reich, wenn es auch nach den Anträgen Oesterreichs zur Aufstellung eines Reichsheeres schreite, dadurch nicht in den Stand komme, den andringenden Franzosen Widerstand zu leisten. Man war überzeugt, daß man ohne die schützende Anwesenheit eines besonderen preußischen Heeres verloren sei. Da es nun aber einleuchtete, daß die wirkliche Verpflegung die größten Schwierigkeiten finden würde, so faßte man den Gedanken, den Beitrag des Reiches in regelmäßige Subsidien zu verwandeln, nicht zwar für die ganze Armee, aber für einen Theil derselben, der zugleich dem Reiche zu dienen verpflichtet sein würde. Mainz und Köln vereinigten sich mit anderen fürstlichen und kurfürstlichen Gesandten dahin, sich bei ihren Höfen die Ermächtigung zu dem Antrage zu erbitten, daß der König aufgefordert werden sollte, außer seinem Contingente dem Reiche ein Hülfscorps von 20,000 Mann gegen Subsidien zu stellen. Ein Antrag, durch welchen das Interesse des Reiches als eines Ganzen mit dem besonderen Interesse Preußens und seiner überwiegenden Macht ausgeglichen sein würde. Hardenberg war sehr einverstanden mit diesem Antrage und zweifelte nicht, daß er durchgehen würde. In

seinem ersten Schreiben zählt er die Stände auf, die vorläufig dafür gewonnen seien: Holstein = Gottorp, Baden, Oldenburg, Lübeck, Worms, Augsburg, Speier, die Grafen in Franken, Wetterau, vielleicht auch Freisingen, Regensburg, Berchtesgaden; in einem folgenden versichert er mit Bestimmtheit, daß die Mehrheit der Reichsstände den Antrag annehmen werde. Man bemerkte wohl, daß die Verpflichtungen, die man in dem Haager Vertrag eingegangen, einige Schwierigkeit bei dieser Verhandlung hervorbringen würden; denn bei dem Abschluß desselben war das Verhältniß zum Reiche nicht eigentlich in Betracht gezogen worden. Hardenberg verfiel auf die Auskunft, daß die Subsidien bei dem Reiche zur Besetzung einiger französischer Grenzfestungen gefordert werden sollten, wobei der Haager Vertrag intact bleibe und der König nur versprechen solle, die deutschen Grenzen in seinen Schutz zu nehmen.

Schon war aber auch die Aufstellung eines Reichsheeres in ernstliche Berathung gezogen worden, nach den Vorschlägen von Oesterreich, das dabei neuen Gesichtspunkten Raum gab. Indem der kaiserliche Hof dazu schritt, ein Reichsheer unter dem Herzog von Sachsen = Teschen ins Feld zu bringen, suchte er zugleich die reichsoberhauptliche Autorität zu verstärken, und zwar sollte das durch die Verbesserung der alten Reichsexecutionsordnung geschehen. Der kaiserliche Bevollmächtigte Hügel brachte in Erinnerung, daß Jedermann das Unzureichende der im Jahre 1555 abgefaßten Reichsexecutionsordnung kenne; aber noch immer habe man sie nicht verbessern wollen; man habe dem Kaiser weder eine dauernde Gewaltserweiterung, noch eine verstärkte provisorische Befugniß bewilligt; als Erzherzog trage der Kaiser auf die Abänderung der Reichsverfassung an, um die Ehre, Würde und Souveränetät des deutschen Vaterlandes aufrechtzuerhalten. Der Reichstag möge beschließen, daß die kaiserliche Generalität gegen säumige Reichsstände im Wege der Execution verfahren könne, daß solche Mitglieder des Reichsverbandes nöthigenfalls verhaftet und zum Ersatz der durch ihre Unthätigkeit entstehenden Kosten angehalten werden sollten. Wenn Oesterreich im Allgemeinen beistimmt, daß Subsidien für ein preußisches Hülfscorps bewilligt werden, so behält es sich doch vor, da es bereits das Vierfache leiste, von jedem Beitrage dazu befreit zu bleiben.

Wollte man das Verhältniß Oesterreichs zu Preußen, die beide bisher den Krieg mit eigener Anstrengung geführt hatten und nun

auf die Theilnahme des Reiches recurrirten, im Allgemeinen bezeichnen, so lag es darin, daß Oesterreich die reichsoberhauptlichen Gerechsamen zu erweitern suchte, und zwar durch Reichsgesetze, welche dem Kaiser eine Autorität zurückgegeben hätten, die sehr umfassend werden konnte, die sich nun aber mit der einmal eingelebten Selbständigkeit der Reichsstände schwerlich vereinbaren ließ. Dagegen dachte Preußen, in seiner eigenthümlichen landesherrschaftlichen Stellung beharrend, mit den Reichsständen mehr in das Verhältniß eines Verbündeten, durch den sie geschützt werden sollten, zu treten. Kaiser Franz wollte seine eigenthümliche Stellung in Europa entwickeln und zugleich als Reichsoberhaupt in Deutschland fungiren. Der König von Preußen bestand auf seiner Machtstellung überhaupt und wollte die Kreise zur Unterstützung und zum Schutze des Reiches gegen Frankreich heranziehen mit Wahrung ihrer Selbständigkeit. Man kann abstrahiren von den Velleitäten der Persönlichkeiten: der Gegensatz war bei der Lage der Dinge unvermeidlich. Die Tendenz von Oesterreich ging auf eine Herstellung der beinahe abgekommenen oberherrlichen Rechte des Kaiserthums; Preußen nahm eher ein Bundesverhältniß unter seinem überwiegenden Einfluß in Aussicht.

Sehr merkwürdig ist nun das Reichsconclusum, das unter den entgegengesetzten Einwirkungen dieser Tendenzen am 12. Mai 1794 zu Stande kam. Darin erkennen die Reichsstände vor Allem die bisherigen Anstrengungen des Kaisers mit ehrerbietigem Danke an; sie sprechen die Erwartung aus, daß alle Stände ihre Pflicht bei dem gefährlichen Kriege erfüllen werden; eine durchgreifende Veränderung der Executionsordnung aber, wie sie in dem österreichischen Antrage lag, lehnen sie ab. Das Aufgebot, welches dem kaiserlichen Decrete sogar noch vorangegangen, wird zwar höchlich gebilligt, aber nicht unter die kaiserliche Generalität gestellt, sondern auf die einzelnen Fürsten und Kreise selbst vertheilt, die untereinander in Verbindung treten könnten. Das Wichtigste ist der dritte Punkt des Conclusums, in welchem es heißt: bei der gefährlichen Lage der Dinge sei es erwünscht, der verfassungsmäßigen Reichsarmee eine größere Stärke zu verschaffen. Dies geschehe am leichtesten und vortheilhaftesten, wenn von den schon an Ort und Stelle vorhandenen preußischen Truppen ein Corps gegen Geldsubsidien übernommen werde, vorbehaltlich kaiserlicher Genehmigung. Nicht ganz einmüthig wurde dieser Punkt im Kurfürstencollegium angenommen. Hannover, von dem man es bei der erfolgten An=

näherung zwischen England und Preußen am wenigsten erwartet hätte, legte Verwahrung dagegen ein, und ihm traten einige dissentirende Stimmen im Fürstenrath bei: Bamberg, Salzburg, Würzburg, Würtemberg. Die Minderheit, die sich dadurch bildete, war jedoch nicht bedeutend genug, eine Rückwirkung auszuüben. Die Städte schlossen sich dem Antrage an, nicht ohne die Beibringung des Verlorenen, worunter zwei Reichsstände seien, zu betonen, und diesem Zusatze gab der preußische Gesandte Goertz seinen vollen Beifall. Wenn Hardenberg die Belagerung französischer Grenzfestungen als nächsten Zweck hatte bezeichnen wollen, so verwarf dies Goertz, weil darunter auch solche begriffen werden könnten, auf die Oesterreich Anspruch machte; er erklärte sich für Wiederherbeibringung der Avulsa Imperii, die seit dem westfälischen Frieden entfremdet seien.

Bei jedem Schritt, bei jedem Wort, möchte man sagen, zeigt sich die Eifersucht der beiden Mächte. In die Augen springt, daß Preußen jetzt am Reichstage die Oberhand über Oesterreich hatte. Der Grund davon liegt vor Allem darin, daß die kaiserlichen Anträge eine Erweiterung der reichsoberhauptlichen Macht, von der ein Jeder stets empfindlich betroffen werden konnte, in Aussicht stellten, aber dabei doch keine Sicherheit verhießen. Dagegen schonte Preußen die Gefühle der reichsständischen Unabhängigkeit und ließ die Vertheidigung der Reichsgrenzen erwarten. Ein diametraler Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen über die Reichsvertheidigung liegt auch hierbei nicht vor; denn auf jeden Fall sollte das Reichsheer zu Stande gebracht werden, nur nicht mit der Erweiterung der kaiserlichen Autorität, für welche, wenn sie hätte gewährt werden sollen, eine andere Politik nothwendig gewesen wäre. Aber zugleich sollte die Armee des preußischen Staates als solche doch in die Pflicht des Reiches genommen werden, in Folge der zu seinen Gunsten zu machenden Bewilligungen, und gleichsam als ein zweites Reichsheer erscheinen. Darin lag factisch insofern nichts Neues, als die Armee nur eben die Stellung zu behaupten hatte, welche sie bereits einnahm. Zugleich als europäischer Fürst und mächtigster Reichsstand gewann Friedrich Wilhelm II. eine großartige Position, wenn er das Eine mit dem Anderen, den Haager Vertrag mit dem Reichsconclusum zu vereinigen vermochte. In dieser Verbindung lag die große Aufgabe; aber vom ersten Augenblick an zeigte sich auch eine beinahe unüberwindliche Schwierigkeit. Der Fehler lag darin, daß der König,

verstimmt durch die schlechte Aufnahme, welche sein Vorschlag bei den Reichsständen gefunden, die Entfernung der Truppen vom Mittelrhein und ihre Verwendung am Niederrhein auf das rascheste bewilligt hatte und nun doch, durch die schlimmen Folgen, welche diese Maßregel für das Reich gehabt haben würde, erschreckt, davon zurücktrat, wodurch nun aber auch die Engländer veranlaßt wurden, ihre Leistungen zu verzögern.

Gleich bei der Zusammenkunft, die in den ersten Wochen des Juni zwischen Malmesbury und Haugwitz zur Verabredung der militärischen sowohl wie der pecuniären Ausführung des Tractates gehalten wurde, trat die Differenz hervor. Mit Ungeduld drang Haugwitz auf die Zahlung der englischen Subsidien, welche noch immer verzögert wurde, obwohl ohne dieselbe die preußische Armee ihre Standquartiere nicht verlassen könnte; aus dem preußischen Staatsschatze, sagte er, könne nicht Ein Thaler dafür aufgewendet werden. Die vornehmste Meinungsverschiedenheit aber betraf die Verwendung der preußischen Armee. Preußischerseits ließ man den Wunsch durchblicken, daß dieselbe am Rhein stehen bleiben möchte. Malmesbury forderte mit vieler Bestimmtheit ihre Aufstellung zwischen Maas und See. Der Prinz von Oranien, der persönlich an der Conferenz Theil nehmen sollte, schickte ein Gutachten ein, in welchem er sich für das Verbleiben der Preußen am Rhein aussprach. Der englische General Cornwallis hingegen, der am 9. Juni eintraf, schloß sich der Ansicht Malmesbury's an, der auch der holländische Bevollmächtige Kinkel beitrat. In den Conferenzen drang die Ueberzeugung durch, daß der Marsch der Preußen nach den Niederlanden keine Schwierigkeit haben werde. Nach den mündlichen Aeußerungen des Grafen Haugwitz gab er nur eine Bewegung der preußischen Truppen nach Köln und der Maas hin zu; auf die Zumuthung Malmesbury's, daß die Preußen nach Namur und Luxemburg heranrücken sollten, ging er nicht ein, weil sie nur auf den Vortheil Oesterreichs ziele. Die Engländer hatten gemeint, da sich zwischen Oesterreich und Preußen kein Einverständniß erreichen lasse, die beiden Mächte so zu lenken, daß sie doch zu dem ihnen erwünschten Zwecke zusammenwirken sollten. Aber wie an dem Reichstage, so in dem Felde trat dieser Gegensatz jeden Augenblick hervor. Wir berührten schon, wie stark Moellendorff denselben betonte; er meinte in den Anträgen der Engländer den gehässigen Einfluß Oesterreichs zu bemerken. Die Mittheilungen, die er von Haugwitz empfing, der ihm, von Maestricht kom-

mend, einen Besuch machte, konnten seine Meinung nicht ändern. Haugwitz versicherte ihn, daß er den König zu nichts verpflichtet habe, was seine Convenienz und die Kriegsraison nicht gestatte. Wie aber die Verpflichtungen, die er wirklich eingegangen war, mit dem großen Interesse des Reiches in Einklang zu bringen seien, darüber gab er keine weitere Auskunft. Alles blieb von einer neuen Zusammenkunft der beiden Engländer Malmesbury und Cornwallis mit Moellendorff abhängig, die denn auch am 20. Juni zu Kirchheim-Bolanden stattfand.

Haugwitz hatte an Moellendorff geschrieben, die großen Generale würden sich über die militärischen Operationen bald verständigen. Darauf kam es nun eben an. Cornwallis entwickelte bei der Zusammenkunft: der Feldzugsplan, über den man übereingekommen, gehe dahin, daß man sich an dem Rheine defensiv verhalten, dagegen in den Niederlanden zu einer kräftigen Offensive schreiten wolle; die Defensive sei am Rheine dem Herzog von Sachsen-Teschen anvertraut, die preußische Armee dagegen zur Cooperation in den Niederlanden bestimmt; er sprach sogar von ihrer Theilnahme am Feldzuge in Flandern, als einer Sache, über die man sich vereinigt habe und die keiner weiteren Erörterung bedürfe. Moellendorff war ganz anderer Meinung. In einer besonderen Denkschrift stellte er vor, daß es unumgänglich nothwendig sei, eine Armee zwischen Rhein, Saar und Mosel zu behalten: denn der Verlust dieser Landstriche würde nicht allein den Ruin eines großen Theiles deutscher Gebiete herbeiführen, sondern auch alle die Siege, die man vielleicht in Flandern erfechte, null und nichtig machen. Er brachte weiter in Erinnerung, daß für einen Marsch der Preußen nach den entfernten niederländischen Provinzen nichts vorbereitet sei, kein Magazin, kein Hospital; man würde sich dabei der größten Gefahr aussetzen. Für bei weitem vortheilhafter erklärte er ein Unternehmen nach Elsaß und Lothringen, welches sich wohl ausführen lasse und die beste Diversion bilden werde [1]).

Es waren doch auch hier wieder die Interessen von Oesterreich und Preußen, die einander entgegentraten. Der Feldzugs-

1) Diese Denkschrift wurde Hardenberg in Offenbach mitgetheilt; sie liegt in einer Handschrift vor, welche den Schriftzügen Alexander von Humboldts sehr ähnlich sieht und von der Hand eines Archivars mit diesem Namen bezeichnet worden ist. Der Fall scheint ähnlich gewesen zu sein, wie einmal bei Goethe. Humboldt wird sich in dem dringenden Moment der Abschrift eines fremden Memoires von Bedeutung unterzogen haben.

plan, welchen Cornwallis vertrat, war von dem österreichischen General Mack entworfen; dem aber lag Alles an der Behauptung und Erweiterung der österreichischen Eroberungen auf französischem Gebiete; Moellendorff hatte dagegen sein Augenmerk lediglich auf das Reich und dessen Vertheidigung gerichtet. Nun aber hatte der König Subsidien von England genommen und eine Cooperation in den Niederlanden versprochen. Alle Argumente Moellendorffs wurden von den Engländern bei Seite gesetzt; sie bestanden einfach auf Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen; nur waren diese nicht auf eine Weise bestimmt, daß jeder Widerspruch unmöglich gewesen wäre. Moellendorff wich nicht von seinem Standpunkte; die Engländer behaupteten den ihren: es folgte, daß man die Entscheidung des Königs selbst anrief. Die Differenz kann nicht als eine persönliche betrachtet werden: bei den vorangegangenen doppelseitigen Verhandlungen war sie unvermeidlich. Die Allianz mit England beruhte auf den Ideen der europäischen Coalition; dagegen legte das Verhältniß zum Reiche gleichsam die Pflicht auf, die Rheinlande mit bewaffneter Macht zu behaupten. Die Gesichtspunkte waren unversöhnlich. Moellendorff erklärte, er werde lieber seinen Abschied fordern, als in eine seinen Ueberzeugungen widersprechende Bewegung der Truppen willigen; Malmesbury ließ vernehmen, eine seiner Ansicht entgegenlaufende Entscheidung des Königs werde die Suspendirung der Subsidienzahlung zur Folge haben.

In dieser Verwicklung der Dinge ist es gewesen, daß Hardenberg, dessen Thätigkeit bisher nur für die deutschen Angelegenheiten, Kreisversammlungen und Reichstage in Anspruch genommen war, auch in die großen, zwischen den europäischen Mächten schwebenden Verhandlungen gezogen wurde. Er hatte nach Ansbach zurückzugehen gedacht; allein andere Beschäftigungen, namentlich auch ein Auftrag des Königs, ihm über Geldsendungen, die von Paris nach Polen gegangen sein sollten, Aufklärung in Frankfurt zu verschaffen, hatten ihn zurückgehalten. Er überzeugte sich dabei, daß es mit jenen Geldsendungen nichts sei: denn der Convent besitze nur Soldaten und Assignaten; pecuniäre Unterstützung zu leisten, sei derselbe außer Stande. Was Hardenberg weiter zurückhielt, war der Wunsch, die Folgen des Maestrichter Convents abzuwarten und kennen zu lernen. Er wurde von Moellendorff und dem anwesenden preußischen Minister Schulenburg ersucht, an der Conferenz zu Kirchheim-Bolanden Theil zu nehmen. Er bemerkte, daß er, in die politischen Verhältnisse nicht eingeweiht, der militärischen Angelegenheiten voll-

kommen unkundig, an den Verhandlungen keinen selbständigen Antheil nehmen könne. Ueber die Verhandlungen, an denen er dann doch Theil nahm, hat er an Haugwitz ein Schreiben gerichtet[1]), das wir nicht übergehen dürfen, da es zugleich das persönliche Verhältniß der beiden Staatsmänner bezeichnet und die Lage der Sache erläutert. „Ich entzog mich", so schreibt er am 21. Juni, „diesem Antrag um desto weniger, da ich meinestheils glaubte, durch Conciliation in der Sache selbst einigen Nutzen schaffen zu können, anderentheils aber mir sagte, daß es Ihnen, bester Freund, angenehm sein würde, durch mich von dieser Conferenz genau benachrichtigt zu werden." Er stand damals in einem unerwartet innigen Verhältniß zu Haugwitz. Er schreibt in dem Styl der damaligen Epoche: „Mein ganz für Freundschaft geschaffenes Herz fühlt den Werth, in Ihnen einen Mann gefunden zu haben, mit dem es sich ganz versteht." Von der bisherigen Haltung Hardenbergs hätte man erwarten können, daß er sich den auf Vertheidigung des Rheinlandes gerichteten Ansichten des Feldmarschalls unbedingt anschließen würde. Er theilte die Meinung desselben über die Gefahren, welche ein Abzug des Heeres herbeiführen könnte; namentlich würde es kaum möglich sein, alsdann Mainz gegen die Franzosen zu behaupten. Aber er nahm doch auch Rücksicht auf die Stipulationen des Haager Vertrages, da es besonders die Sache von Holland war, welche die Anwesenden beschäftigte. Die Engländer und der holländische Admiral Kinkel forderten den Marsch der preußischen Armee nach den Niederlanden, weil sonst Holland Gefahr laufe und mit diesem Lande ganz Europa, selbst der preußische Staat. Moellendorff führte aus, daß es für Holland ebenso gefährlich sein würde, wenn der Feind Mainz und Coblenz besetze und dann den Rhein hinunter auf Maestricht gehe. Es konnte, wie gesagt, zu keiner Verständigung kommen. Hardenberg berichtet, Malmesbury habe versichert: es sei nie von etwas anderem die Rede gewesen, als von Operationen in den Niederlanden, und noch zuletzt in Maestricht habe Haugwitz bestimmt erklärt, daß dieselben keinem Zweifel unterworfen sein könnten. „Hierüber äußerte sich," fährt Hardenberg fort, „der Feldmarschall sehr empfindlich und versicherte, Sie hätten ihn gar nicht davon unterrichtet; vielmehr habe er geglaubt, daß von einem Marsche nach den Niederlanden nicht mehr die Rede sein könne, und

1) Datirt: Mannheim, den 21. Juni 1794, mitgetheilt in den Denkwürdigkeiten V, S. 40.

demnach sei alles, was die Operationen der Armee, Magazine, Hospitäler u. s. w. betreffe, eingerichtet. Ich sage Ihnen dieses alles ganz gerade heraus, bester Freund, und halte das für meine Pflicht, damit Sie die ganze Lage genau beurtheilen mögen. Wenn Sie den Marsch nach den Niederlanden noch für nothwendig oder nach dem Tractat für unumgänglich hielten, so hätte ich, aufrichtig gesagt, eher gewünscht, Sie hätten sich darüber freimüthig gegen den Feldmarschall geäußert." Hardenbergs Meinung ist, daß eine solche Bewegung, wenn irgend möglich, noch erfolgen müsse. „Der Tractat ist da", schreibt er, „die Gefahr dort gewiß am größten; wird Holland erobert, so ist Alles verloren". Aber er verbirgt sich doch auch nicht die Gefahr, welche ein Einbruch der Franzosen in die Rheinlande haben würde. Der Gedanke drängt sich ihm auf, daß es am besten sei, Frieden zu schließen, zumal, da man annehme, daß Oesterreich denselben suche. Er erwähnt hiebei das Gerücht, daß Oesterreich, um andere Pläne auszuführen, die Niederlande zu verlassen die Absicht habe.

Sechstes Capitel.

Waffenentscheidung in Flandern.

In dieser Zeit war das maritime Uebergewicht Englands über Frankreich bereits entschieden. In dem Canal waren die beiden Flotten zusammengetroffen, von deren Bemannung die eine unter den revolutionären Stürmen zusammengerafft und in See geschickt worden war, die andere aus eingeübten, seegewohnten Truppen bestand. An Zahl der Schiffe waren sie einander nicht ungleich; aber der britische Admiral hatte den Vortheil, den Mustern und der Taktik seiner Vorgänger im Dienste folgen zu können. Die Engländer erfochten am 1. Juni 1794 einen vollständigen Sieg. Es war ein Sieg, der die Population von England elektrisirte und alle die Entwürfe der Seeherrschaft, mit denen sie sich trug, belebte; aber auch auf den continentalen Krieg wirkte er zurück.

Von den belgischen Niederlanden aus dachten die Engländer, mit Oesterreich verbündet, noch einmal in Frankreich vorzubringen. Die Absicht war noch immer sehr umfassend und wurde es um so mehr, je gewaltsamer sich das Schreckenssystem entwickelte. Man hat wirklich die Absicht gefaßt, die Monarchie wiederherzustellen, weil dies die einzige für Frankreich passende Form der Regierung sei, bei der Europa bestehen könne; man schmeichelte sich, die Festungen einzunehmen, durch welche Frankreich in diesen Grenzen geschützt wurde, und dann nach Paris vorzubringen [1]). Man meinte, für die Zukunft an den Grenzen eine solche Stellung zu nehmen, durch welche man in den Stand komme, jeden Augenblick, wann es nöthig sei, in Frankreich einzudringen, um etwa entstehenden Unordnungen sogleich ein Ziel zu setzen. Nochmals kommt das Wort vor, man müsse Paris zerstören, wenn es sich widersetze.

1) Vergl. das Memoire von Jarry bei Auckland, III, 86.

Soweit nun gingen die zur Ausführung vorbereiteten Kriegsentwürfe wohl nicht; aber sehr weitaussehend waren sie doch. Auf der österreichischen Seite hoffte man solche Vortheile zu erlangen, daß die Franzosen sich genöthigt sehen würden, den Frieden zu suchen und mit Abtretungen zu erkaufen. Kaiser Franz hatte sich in Person zu der Armee begeben, welche für die Erweiterung der österreichischen Niederlande kämpfen sollte: er hielt Hof in Valenciennes. In seinem Rathe wurde die Meinung geäußert, man solle nur gerade auf die Franzosen losgehen und etwa in der Ebene von Cambray mit ihnen schlagen. Die Diplomaten der verbündeten Höfe waren um den Kaiser versammelt. Die Engländer, durch Lord Yarmouth vertreten, schlossen sich dem Unternehmen des Kaisers mit vollem Eifer an. Die englische Nation hatte einen Begriff davon, wie viel ihr daran liege, keine feindliche Macht in den Besitz der gegenüberliegenden Küste kommen zu lassen. Die englischen Staatsmänner meinten, die Direction der Kriegführung durch das Zusammenwirken eines englischen Ministers, der in Brüssel seinen Sitz haben sollte, mit den österreichischen Generalen in ihrer Hand zu behalten. Darauf war nun auch ihre Verhandlung mit Preußen berechnet: wäre der erste Entwurf einer Holland und England, Oesterreich und Preußen umfassenden Convention zur Ausführung gekommen, so würde sich das großartigste Schauspiel eröffnet haben. Auf der einen Seite waltete die Absicht vor, Monarchie und Religion, im Allgemeinen die durch die Revolution gestürzte alte Verfassung, in Frankreich wiederherzustellen.

Gerade in diesem Moment aber nahm die revolutionäre Macht einen Aufschwung der Einheit und Energie, der ihr erst ihren vollständigen Charakter gab. Frankreich war nicht mehr das Land von 1792. An theilweise Sympathien, wie sie Lafayette und Dumouriez für die Herstellung einer der alten Regierung analogen bewiesen hatten, war nicht mehr zu denken. Die Armee war von Grund aus umgebildet worden. Dem Aufgebot in Masse darf man diese Wirkung nicht zuschreiben: wo es in den Grenzprovinzen ernstlich versucht worden war, hatte es sich doch undienlich und unwirksam erwiesen. Die Idee war groß: sie schloß die Rettung der Nation ein; aber auf eine ganz andere Weise mußte sie realisirt werden. Zwischen der Linie, die der alten Armee angehörte, und den Volontärs, welche eben erst im Felde erschienen, trat ein natürlicher Zwiespalt der Gesinnung und Haltung hervor. Der eigentliche Anfang einer Neugestaltung lag darin, daß man unter den

Linientruppen, die noch ihren Offizieren folgten, welche doch nicht ohne royalistische Sympathien waren, den demokratischen Geist erweckte, durch den sie mit denselben in Gegensatz geriethen. Das vornehmste Mittel, welches die im Lager anwesenden Commissare des Convents dazu ergriffen, bestand darin, daß sie die Journale extremer Richtung, besonders den Père Duchesne, unter die Truppen vertheilten; auch in diesen erwachte nun die populäre Leidenschaft. Man sah sie in großen Gruppen der Verlesung der Journal-Artikel durch einen Cameraden beiwohnen; sie begleiteten dieselben mit ihren Bravo's. Das Lager verwandelte sich in eine Art Volksversammlung, bei der nun der Einfluß der alten Offiziere aufhörte. Sie wurden als verdächtig betrachtet; der Convent drang darauf, alle geborenen Edelleute aus der Armee zu entfernen, was nach und nach zuerst in der Nordarmee, dann am Oberrhein geschah. Um die ausgestoßenen Offiziere zu ersetzen, hatten die Commissare hier anfänglich das Vorrecht des Alters im Dienst ohne Rücksicht auf den Grad eingeführt, wodurch aber die unfähigsten Menschen zu bedeutenden Stellen gelangten, so daß die Commissare am Ende die Ernennungen selbst in die Hand nahmen: man weiß, daß die fähigsten Generale der Republik aus diesen Ernennungen hervorgegangen sind; denn nur eine einleuchtende militärische Begabung und zugleich entschieden republikanische Gesinnung verschafften dabei den Vorzug. Das Decret über die Erhebung der Nation in Masse erhielt zugleich damals eine Modification, durch welche eine durchgreifende Umbildung der Armee begründet wurde. Das Entscheidende lag in dem Zusatz, als dessen Urheber Danton zu betrachten ist, nach welchem zuerst die jüngste Altersklasse von 18—25 Jahren aufgeboten werden sollte.

Auch dabei zeigte sich sogleich eine große Schwierigkeit. Den Aufgebotenen war es überlassen, sich zu organisiren und Bataillone zu formiren. Das hatte aber zur Folge, daß sie eine zum Dienst untaugliche Masse bildeten. Man hat sie bei dem ersten Flintenschuß, der in das Bivouak einschlug, die Flucht ergreifen sehen; sie klagten selbst, daß sie unfähig seien, zu manövriren, und Niemanden unter sich hätten, der das verstehe. In den Commissaren entstand der Gedanke, da ohnehin die alten Regimenter der nöthigen Stärke entbehrten, die requirirten Mannschaften, die dabei zugleich den Dienst lernen würden, denselben zu incorporiren. Die Maßregel war am Oberrhein und in den Ardennen bereits ausgeführt worden, als sie durch den Convent am 22. November 1793 in Gesetzesform

decretirt wurde. Man nannte sie das Amalgam oder Embrigadement. Nicht ganz ohne Widerstand fügten sich die Aufgebotenen; aber ein neues Decret vom 8. Januar 1794 gebot die unverzügliche Ausführung der Vereinigung. Sie wird als eine brüderliche bezeichnet; unter Hochrufen für Convent und Republik wurde sie vollzogen. Ein Bataillon der Linie, zwei Bataillone der Freiwilligen oder Aufgebotenen bildeten eine Halbbrigade. Nicht mit Unrecht ist Nachdruck darauf gelegt worden, daß auf diese Weise doch die alten Regimenter, an die sich der Ruhm der französischen Waffen knüpfte, fortdauerten. Aber freilich war die Zusammensetzung eine durchaus veränderte: sie verband die alte bewährte Ordnung mit dem revolutionären Enthusiasmus.

Welch ein Wagniß nun war es, wenn die Verbündeten eine Invasion in das in neuen Formen, welche die ganze Nation umfaßten, gerüstete und erstarkte Land unternahmen! Oesterreicher und Engländer meinten, daß ihnen die Eroberung von Landrecies, das sie belagerten, ebenso große Vortheile bringen könnte, wie einst Kaiser Karl dem V. Es war gleichsam noch das alte burgundische System, zu dem sich England und das Haus Oesterreich so oft vereinigt hatten, dessen Durchführung ihnen vorschwebte. Aber ihrer Aggression setzten die Franzosen eine Defensive entgegen, die der popularen Richtung ihrer Armee entsprach.

Nach der durch die Conventscommissare bewirkten Umbildung war an keine Selbständigkeit der Generale zu denken: Alles hing von dem Wohlfahrtsausschuß ab, der, übrigens durch wilde Factionen zerrissen, doch in militärischer Hinsicht davon unberührt blieb. Robespierre, der das Scepter noch immer in seiner Hand hatte, nur mit den religiös-politischen Entwürfen und der Ausübung der Gewalt im Inneren beschäftigt, war zufrieden, die Armee gehorchen zu sehen; er überließ es Carnot, von seinem Cabinet her die Bewegungen derselben zu leiten. Dem hauptsächlich schreibt man die neue Methode der Strategie zu, welche den Bewegungen der Franzosen ein verändertes Gepräge gab. Vor Allem beruht sie darauf, daß man über zahlreichere Truppenmassen zu verfügen hatte und dann mehr die geographisch-beherrschenden Gesichtspunkte ins Auge fassen konnte, um, von allen Seiten angreifend, den Feind zu verwirren. In den Niederlanden wurde ihre nunmehr sich entwickelnde Offensive dadurch erleichtert, daß die von Joseph II. im Vertrauen auf die unerschütterliche Allianz mit Frankreich abgebrochenen Festungen jetzt nur nothdürftig wiederhergestellt waren und keinen ernstlichen

Widerstand leisten konnten, sobald man des Feldes Meister geworden war. Unter diesen Umständen mußte der Krieg eine für die Verbündeten verderbliche Wendung nehmen.

Landrecies zwar wurde erobert; aber bei dem neuen Zusammentreffen in Westflandern, durch welches nach einem Mack'schen Plane die Franzosen in die See geworfen werden sollten, behielten dieselben die Oberhand. Bei Tourcoing erlitt der Herzog von York am 18. Mai eine Niederlage, die mit großen Verlusten verbunden war. Thugut will die Ursache der Unfälle in persönlichen Mißverständnissen der Führer sehen; er ist immer ein Gegner von Coburg und Mack und beklagt, daß Franz II. irregeführt werde[1]); er meinte, aus den partiellen Verlusten werde ein unglückliches Resultat des gesammten Krieges entspringen.

Daß dies in Folge des Haager Vertrages hätte verhindert werden können und sollen, darf man doch nicht annehmen. Viel zu spät langten die Subsidien von England an, als daß die preußische Armee verstärkt und zu einer wirksamen Cooperation hätte herbeigezogen werden können[2]).

Nach der Auffassung der kriegskundigen Beobachter in Deutschland lag die Entscheidung darin, daß die Defensionslinie der Verbündeten, welche eine lange Kette von Postirungen von Nieuport bis Namur ausmachte, zu weitläufig war, um allenthalben vertheidigt werden zu können, namentlich da die Operationsarmee, die in der Offensive begriffen war, sich von derselben zu weit entfernte[3]). Die Verbündeten hatten darauf gerechnet, daß die Franzosen, für Paris fürchtend, sich ihnen entgegenstellen und zu einer großen

---

1) Des intrigués, fondées uniquement sur l'intérêt personnel, si ce n'est pas même sur des vues plus coupables encore, fascinent les yeux de notre bon et jeune maître pour l'entraîner dans l'abîme. Schreiben Thuguts, Valenciennes 19. Mai 1794, bei Vivenot, Vertraute Briefe I, S. 110.

2) Il est bien clair que l'armée du Roi n'aurait dans aucun cas et quelque sens qu'on veuille attribuer à la Convention de la Haye pu obvier à la situation dangereuse où se trouvent les affaires aux Pays-Bas, puisqu' à l'heure où il est encore le terme de la mobilité de nos troupes n'est pas encore arrivé. Dans ces circonstances l'impossibilité physique et l'inutilité de la marche de l'armée par le Luxembourg aux Pays-Bas est palpable. Haugwitz an Moellendorff 2. Juli 1794.

3) Ich benutze hierbei die Bemerkungen von Berenhorst, Kriegskunst, S. 419 fg., der sich wiederum auf einen Aufsatz in dem Magazin der merkwürdigen Kriegsbegebenheiten stützt, den er mittheilt.

Schlacht Anlaß bieten würden, bei welcher dann die deutsche Kavallerie den Sieg würde haben entscheiden können. In dem militärischen Comité des Wohlfahrtsausschusses aber faßte man den Plan, die Defensionslinie der Verbündeten auf beiden Flügeln anzugreifen, zuerst in Westflandern, was denn auf das glücklichste gelang, und alsdann an der Sambre. Hier wurden alle Kräfte vereinigt. Man geräth auf den Gedanken, daß das nicht geschehen wäre, wenn Moellendorff seine Absicht, nach Lothringen vorzudringen, hätte ausführen können. Da er sich aber in der Defensive hielt, so konnte Jourdan mit der Rheinarmee, die nicht recht beschäftigt wurde, nach der Sambre herbeigezogen werden: durch das Uebergewicht, das er den Franzosen gab, wurde Alles entschieden.

Eben indem man in Kirchheim-Bolanden über den Antheil unterhandelte, welchen die preußische Armee an den Kämpfen in Flandern nehmen sollte, wurden diese entschieden. Gerade am 20. Juni, dem Tage der Zusammenkunft, war es, daß nach langen und blutigen Kämpfen, schon dreimal geschlagen, die französische Sambre- und Maas-Armee die Einschließung von Charleroi aufs neue und diesmal ungestört vollzog. Dann kam es zur Schlacht von Fleurus am 26. Juni. Die Nachricht von der Einnahme von Charleroi bewog den Herzog von Coburg, den wenigstens noch nicht ganz entschiedenen Kampf abzubrechen und den Rückzug anzutreten [1]), fortwährend in Vertheidigung begriffen, aber doch allezeit bereit, zurückzuweichen. Der auf Offensive berechnete Plan der Verbündeten gelangte nicht zu voller Ausführung; die Defensionslinie, auf die sie sich stützten, wurde überwältigt und durchbrochen. Der Sieg der Franzosen, zu welchem an den verschiedenen Stellen auch der demokratische Eifer der neu eingetretenen Truppen im Einzelnen beitrug, war in strategischer Beziehung ein vollständiger. Die Verbündeten wurden überall zurückgeworfen. Die demokratische Organisation der Armee, ihre Ueberzahl und die strategische Ueberlegenheit des allgemeinen Planes unterstützten einander. Es waren nicht, wie man wohl anfangs sagte, Barbarenhorden, die aus dem Innern hervordrangen, sondern es war eine demokratische Armee in einer der Lage der Angelegenheiten entsprechenden Organisation unter einer einheitlichen Leitung, gegen welche kein Widerstand möglich blieb, was die Ueberlegenheit der Franzosen entschied. Nun erst, mit diesem einen Schlage, verwandelte sich ihre, bisher auf Verthei-

1) Sybel, Geschichte der Revolutionszeit III, 132.

digung berechnete Haltung in eine angreifende: sie erlangten das militärische Uebergewicht auf dem Continent.

In kurzer Zeit fielen Brügge und Mons in die Hände der Franzosen. Kaum war der Beschluß gefaßt, Belgien zu vertheidigen, so wurde er auch wieder aufgegeben; man ließ den Franzosen den Weg nach Brüssel offen. Der Kaiser selbst verließ Belgien.

Was zu dieser Wendung vornehmlich beitrug, war die Stimmung dieser Landschaften selbst. Es ist doch höchst auffallend, daß die hohe Geistlichkeit und die hohe Aristokratie in den österreichischen Niederlanden, namentlich in Brabant, wiewohl sie die starrsten Prinzipien des alten Systems vertraten, doch allen eigentlichen Antheil an dem Kriege verweigerten, der gegen die Negation derselben, die in Frankreich zur Herrschaft kam, geführt wurde. Die Stände von Brabant waren zu keiner außerordentlichen Beisteuer zum Kriege zu bewegen; sie lehnten ab, die aufgelaufenen Rückstände zu zahlen, selbst nur auf Abschlag. Mercy brachte ein Don gratuit von vier Millionen in Antrag; es ging aber wie früher: die beiden ersten Stände willigten ein, wahrscheinlich doch in der Erwartung, daß es vom dritten Stande verweigert werden würde, wie das denn auch mit sieben gegen zwei Stimmen erfolgte. Widersetzlichkeiten gegen die Maßregeln der Regierung waren an der Tagesordnung. Welchen Eindruck das alles machte, welche Folgen man erwartete, zeigt ein Wort des General-Reichscommissars O'Donnell: „Uebelgesinnte streuen aus, daß man die Niederlande verlassen wolle; Besserdenkende glauben, daß man sie verlassen müsse; allgemein aber ist die Ueberzeugung, daß man sie verlassen werde“ [1]). Daß hievon ernstlich die Rede gewesen ist, läßt sich nicht bezweifeln; es entsprach dem Gedanken der hohen Aristokratie in Oesterreich, welche, wie angedeutet, in die entfernten Händel nicht verwickelt sein wollte und vielmehr den Wunsch hatte, daß die österreichische Armee sich nach den Erblanden zurückziehen und sich mit der Vertheidigung derselben begnügen sollte. Darin aber hätte die Auflösung der noch obwaltenden politischen Verhältnisse, namentlich der Allianz mit England, gelegen. Soviel wir erfahren, war es der Mann, der in dem europäischen Interesse Oesterreichs von jeher lebte und seinen Beruf darin sah, es aufrechtzuerhalten, Graf Mercy, der sich diesem Vorhaben mit aller Energie

1) Nach dem Bericht des General-Kriegscommissars Grafen von O'Donnell bei Vivenot, Herzog Albrecht von Sachsen-Teschen als Reichsfeldmarschall I, 124 fg.

entgegensetzte und es durch seine Autorität rückgängig machte. Graf Mercy ist in dieser Zeit unerwartet gestorben (25. August 1794). Der eigentliche Erbe seiner Politik war Thugut, der als eine Creatur Mercy's betrachtet wurde und sein System aufnahm[1]). In seinen Conversationen mag Manches vorgekommen sein, das ein gewisses Schwanken verrieth; aber in seiner Seele war er entschieden, das altüberkommene System zu behaupten; er hat darin, von den Colloredo's unterstützt, niemals geschwankt.

1) Mercy having placed Thugut in the post he now occupies, not only on account of his talents, but as one in whom he could confide, whatever respected the war and who was entirely at his disposal. Crawford an Auckland 2. September 1794 in: Journal and correspondence of Lord Auckland III, 235.

Siebentes Capitel.

Intention einer gemeinschaftlichen Vertheidigung Hollands und der Rheinlande.

Der Feldzug in Flandern im Jahre 1794 darf als der entscheidende in den Revolutionskriegen überhaupt betrachtet werden. Noch einmal war eine Invasion in Frankreich in Aussicht genommen worden. Eben dies aber hatte den französischen Streitkräften einen neuen Impuls gegeben. Die demokratische revolutionäre Armee hatte den Sieg über die Verbündeten, welche die monarchische Idee repräsentirten, davongetragen. Oesterreich und England, inwiefern dies an dem continentalen Kriege Theil nahm, waren zugleich besiegt, die Provinzen ihnen entrissen worden, auf denen ihre politische Gemeinschaft beruhte. Es war für Preußen ein Vortheil, daß es in diesen Ruin nicht verflochten worden. Die Armee stand unangetastet und mit dem vollen Rufe der alten Kriegstüchtigkeit im Felde. Aber politisch gerieth dadurch doch der Staat in die schwersten Verlegenheiten. Der Krieg war bisher unter der Voraussetzung geführt worden, daß die Franzosen an der österreichisch-englischen Aufstellung einen unüberwindlichen Widerstand finden würden. Nach den Ereignissen in Flandern aber war man in eine Defensive zurückgedrängt, welche zugleich eine große Gefahr für das deutsche Reich und für Preußen in sich schloß.

Und damit stand auch ein anderes Ereigniß von größter Wichtigkeit im östlichen Europa in Verbindung. Die Polen erhoben sich gegen die ihnen von Preußen und Rußland auferlegte zweite Theilung. Auf der einen Seite gedrängt durch die russischen Gewaltsamkeiten, auf der andern ermuthigt durch die Verminderung der russischen Truppen, die sich nach der türkischen Grenze zogen, schaarten sich die polnischen Patrioten zum offenen Aufruhr in Warschau zusammen. Man hat damals allgemein angenommen, daß dabei französischer Einfluß im Spiele sei, vermittelt durch die

Anwesenheit französischer Emissäre in der Türkei. Aber wer könnte in Abrede stellen, daß auch ohne eine solche Vermittelung die Polen durch die Ereignisse in Frankreich angeregt wurden! Es waren nicht gleiche, aber doch gleichartige Tendenzen, die sich im Westen und im Osten regten. Im Osten kamen noch Beziehungen zu Schweden und selbst zu Oesterreich hinzu [1]). Wir wissen, wie sehr sich Oesterreich durch die zweite Theilung verletzt fühlte, wie verhaßt ihm Preußen war. Der Aufruhr in Polen kam eben in der Zeit zum Ausbruch, als König Friedrich Wilhelm II. dem Gedanken Raum gab, an dem Kampf in den Niederlanden persönlich theilzunehmen. Gewiß würde er dabei zu spät gekommen sein; doch war das nicht das Motiv, welches ihn zurückhielt. Man stellte ihm vor, daß er vor allen Dingen seine südpreußischen Eroberungen behaupten und die Insurrection, bei der ein Zusammenwirken aller feindlichen Elemente stattfinde, zu Boden schlagen müsse. Der König fragte, was dann aus dem französischen Kriege werden solle. Nicht allein ein Gegenstand seines persönlichen Ehrgeizes, sondern die antirevolutionäre Ader, die in seinem Innern schlug, wurde davon berührt. Oberst Manstein sagte ihm, von den übrigen Verbündeten suche ein jeder im Kriege mit Frankreich seinen eigenen Vortheil; der König sei der einzige, der es ehrlich mit der Sache meine; allein dabei könne er zu Grunde gehen; er sei verpflichtet, sein eigenes Interesse wahrzunehmen, so gut wie die anderen. Der König verhehlte selbst einen gewissen Unwillen nicht, den ihm diese Vorstellungen erweckten [2]). Aber die Bemerkungen waren zu wohl begründet und wurden von allen Seiten zu lebhaft wiederholt, als daß er ihnen hätte Widerstand leisten mögen. Es sind immer zwei Impulse, die auf ihn wirken: der eine sein eigener Wunsch, den Ideen gemäß, die in ihm leben, der andere die Nothwendigkeit, welche sein Staatswesen ihm auferlegte; der letztere gewann dann immer die Oberhand. Unverzüglich begab sich Friedrich Wilhelm II. nach Polen. Am 3. Juni traf er bei der Armee ein. Am 6. brachten die unter ihm vereinigten russisch-preußischen Truppen den polnischen Insurgenten, die unter der Führung von Kosciusko einen nicht ganz zu verachtenden Widerstand leisteten, unweit

1) Schreiben Lucchesini's an König Friedrich Wilhelm, Warschau, den 7. April 1794, bei Herrmann, Geschichte des russischen Staates. Ergänzungsband, S. 467.

2) Schreiben Mansteins an Moellendorff, Potsdam, den 5. Mai 1794, bei Herrmann, Geschichte des russischen Staates. Ergänzungsband, S. 479.

Rawna eine Niederlage bei, durch welche es den Polen unmöglich wurde, Krakau und Warschau zugleich zu behaupten. Die Polen hätten Krakau lieber den Oesterreichern überlassen; aber gerade dies war für Preußen ein Motiv mehr, es in Besitz zu nehmen, was in der Mitte des Monats Juni geschah. Man behauptet, von der Bürgerschaft in Warschau, welche die Rache der Russen auf der einen und die Gewaltherrschaft der Revolutionäre auf der anderen Seite fürchtete, sei nichts mehr gewünscht worden, als die baldige Ankunft des Königs. Friedrich Wilhelm aber war doch allein nicht stark genug, um sich der polnischen Hauptstadt zu bemächtigen. Die russischen Hülfstruppen zeigten sich nicht so gefügig, wie er erwartete. Und nunmehr erst erhob sich die Empörung in Südpreußen, welche er vor allen Dingen dämpfen mußte.

In diesem Augenblick fanden sich, wie die östlichen, so auch die westlichen Angelegenheiten in einer gefahrvollen Krisis. Hardenberg machte den König darauf aufmerksam, welche Gefahr in der Entzweiung mit den Seemächten liege. „Denn mit ihnen zu brechen", sagt er, „ohne irgend einer anderen Stütze in diesem kritischen Zeitpunkte gewiß zu sein, ihre Wiedervereinigung mit Oesterreich zu veranlassen, wenn wir ganz isolirt dastehen sollten, würde mir äußerst bedenklich erscheinen, ohne auf die unabsehbaren Folgen Rücksicht zu nehmen, welche eine feindliche Eroberung Hollands für uns selbst ganz unleugbar haben würde, indem sie die Fortdauer unserer und aller Monarchien höchst precär machte"[1]. Worte, welche die ganze Gefahr ausdrücken, in die man durch die Ueberlegenheit der Franzosen in den österreichischen Niederlanden gekommen war. Von Hardenberg wurden auch die Gesandten der Seemächte daran erinnert, was die preußische Armee unter diesen Umständen zu bedeuten habe, daß ihr Ruin den Ruin der Monarchie nach sich ziehen könne. Aber er brachte bei denselben keinen Eindruck hervor: sie blieben einfach bei ihrem Tractat stehen, der die preußische Regierung unbedingt verpflichte. Zwischen den beiden Meinungen nicht allein, sondern auch den Gründen, die für eine jede sprachen, gerieth Hardenberg nicht wenig ins Gedränge. „Malmesbury", schreibt er, „beruft sich immer auf den Gang der Negociation von Anfang an, wo der Marsch nach den Niederlanden die Grundlage von Allem gewesen, und ich sehe mit Gewißheit voraus, daß man bei der Weigerung, solchen vorzunehmen, die Zahlung der Sub-

1) Bericht Hardenbergs vom 24. Juni 1794. Staatsarchiv.

sidien für den Juli sistiren wird." Auf die veränderte Lage und die Gefahren, in welche das Reich durch die Entfernung der preußischen Truppen gerathen würde, nahm der englische Gesandte keine Rücksicht. Hardenberg meinte, den Augenblick ankündigen zu können, in welchem die Engländer ihre Subsidienzahlung einstellen und sich wieder mit Oesterreich verbünden würden.

Seinerseits säumte auch Moellendorff nicht, dem Könige, an den er den Vertrauten Meyerinck absandte, die Motive seines Verhaltens darzulegen. In einem ausführlichen Memoire entwickelte er, daß die Vorschläge der Seemächte die von dem preußischen Heere bereits begonnene Offensive unterbrechen würden. „Diese Armee", so sagt Moellendorff, „hat während der Wintermonate das Meiste geleistet." In unaufhörlichen kleinen Gefechten habe sie einen Theil der Pfalz vor der Plünderung gerettet und die Entwürfe scheitern gemacht, welche der Feind unaufhörlich gegen Mannheim und Trier formirte. Wenn die preußische Armee über den Rhein zurückgegangen wäre, um auszuruhen, wie die anderen, so würde das für den Schutz der Niederlande unentbehrliche Trier in die Hände der Feinde gerathen sein. Um den Verbündeten in Flandern einen guten Dienst zu leisten, habe er, noch ohne dazu recht vorbereitet zu sein — denn viel zu spät seien die englischen Subsidien ausgezahlt worden —, den Feldzug an seiner Stelle eröffnet, um den Sturm zu beschwören, der die flandrische Armee bedrohte. Er habe den Herzog von Sachsen-Teschen bewogen, auch seinerseits den Rhein zu überschreiten; darauf sei ein Angriff bei Kaiserslautern gewagt und der Feind dadurch genöthigt worden, sein Unternehmen gegen Lüttich aufzugeben und die Positionen an der Saar zu verstärken; um die Posten zwischen Rhein und Saar zu behaupten, habe der Feind, der keine derselben vernachlässigt, seine Nordarmee nothwendig schwächen müssen. Die Operationen des Feldmarschalls seien von dem größten Nutzen für die Verbündeten gewesen. Man sollte die preußische Armee unterstützen, um auf diesem so glücklich eröffneten Wege zu beharren. Aber man wolle, sie solle nach den Niederlanden ziehen, wozu sie in keiner Weise fähig sei. Der Feind, der dann für Saarlouis und Landau nicht mehr zu fürchten brauche, werde Gelegenheit finden, entweder gegen den Rhein hin die gefährlichsten Diversionen auszuführen, oder seine Macht in den Niederlanden dergestalt zu verstärken, daß ihre Eroberung vollzogen sei, ehe die preußische Armee ankommen könne. Eine Gegenwirkung lasse sich nur durch einen Angriff auf Elsaß und Lothringen erreichen, wie

denn der vorige Feldzug gezeigt habe, daß dem Feinde eine Gefährdung dieser Länder höchst empfindlich sei. Die Seemächte sollten den Herzog von Sachsen-Teschen bestimmen, an dieser offensiven Bewegung Theil zu nehmen. Man dürfe keinen Augenblick durch längere Berathungen versäumen. Das einzige Mittel, die in den Niederlanden von einem allzuzahlreichen Feinde gedrängten Verbündeten zu retten, liege darin, daß die preußische Armee, verstärkt von dem Herzog von Sachsen-Teschen, in dem Gebiete zwischen Rhein und Saar vorrücke. Wenn ihr ein entscheidender Schlag gelänge, werde sie hierdurch die Niederlande beschützen. Der Feind, der Trier und Bliescastel bedrohe, werde nicht zögern, den größten Theil seiner Truppen gegen Elsaß und Lothringen zu wenden. Es sei gegen alle militärische Regel, eine Armee von dem Kriegstheater abzurufen, auf welchem sie fechte.

Es ist zu begreifen, daß der König, der sich im Osten und Westen in einer gefährdeten Situation befand — er stand damals vier Märsche von Warschau —, den Ausführungen Moellendorffs Beifall schenkte. Er sprach seine Verwunderung darüber aus, daß die Gründe, die derselbe gegen den Marsch nach den Niederlanden vorgetragen, von den Ministern der Seemächte nicht besser gewürdigt worden wären. Wenn Lord Cornwallis in Kirchheim sich wenig geäußert hatte, so schloß der König daraus, der erfahrene General stimme dem Feldmarschall eigentlich bei. Dem englischen und dem holländischen Minister machte er ihren Widerspruch zum Vorwurf: der Sinn des Haager Vertrages gehe nicht dahin, wie ihre Meinung zu sein scheine, daß der preußischen Armee die Richtung vorgeschrieben werde, welche sie zu nehmen habe; man solle darüber nur ein Abkommen treffen[1]). Die von ihnen geforderte Bewegung würde Mainz, Trier, Coblenz gefährden und die Truppen einem Ruin aussetzen. Die Drohung Malmesbury's, wenn die Armee der von ihm beantragten Richtung nicht folge, so werde England mit der Zahlung seiner Subsidien innehalten, erfüllte den König mit Indignation; einzig der Wunsch, der gemeinschaftlichen Sache, besonders den beiden Seemächten, Dienste zu leisten, habe ihn vermocht, auf die Grundlage des Haager Vertrages einzugehen. Er sei entschlossen, eher auf alle Subsidien Verzicht zu leisten, als sich

1) que les stipulations da la convention de la Haye leur donneraient le droit de prescrire, au lieu de convenir, de la direction dans laquelle mon armée peut agir avec le plus d'avantage pour l'intérêt des deux puissances maritimes.

zu Maßregeln drängen zu lassen, durch welche die Sicherheit der Landschaften, deren Verlust seinen Staat und seine Freunde betreffen würde, bedroht, die Ehre der Armee und die Würde der Krone compromittirt werde. Den Marschall erinnert er, nur seinerseits alles zu thun, was zum Vortheil der verbündeten Waffen wirklich beitragen könne.

Diesem französisch abgefaßten und ostensiblen Schreiben fügte Friedrich Wilhelm II. am folgenden Tage noch ein vertrauliches hinzu, in welchem er die Anträge des Feldmarschalls bei der Conferenz von Kirchheim nicht allein mit Lebhaftigkeit billigt, sondern ihm dafür dankt. Die Zumuthung des Gesandten athme den englischen Kaufmannsgeist, ohne zu unterscheiden, was Ehre der Waffen und Kriegsregel sei. Wenn England bei seinem Eigensinn beharre, so müsse man nur Bedacht nehmen, daß die Armee bis zu Ende des Jahres in ihrer jetzigen Stellung ihr Auskommen finde; dann komme man mit Ehren aus der Sache. Die Unfälle der Verbündeten, von denen man vernehme, machen die Behauptung der eingenommenen Stellung um so nothwendiger, namentlich auch das Verhältniß zu Oesterreich. „Ich danke Ihnen", so schließt der König, „noch herzlichst für alle Mühe und Eifer, so Sie für das Beste der Armee, meines Hauses und für den Ruhm des Staates anwenden, und ich kann Ihnen nie genug meine Dankbarkeit zu erkennen geben."

In dem Zwiespalt, der zwischen den diplomatischen Rücksichten und der Haltung der Armee hervortrat, war der König, wie man sieht, für die letztere; er schlug die ersteren selbst geringer an, als man hätte erwarten sollen. Aber zum Bruche kam es darüber noch nicht.

Hardenberg, der eine Zeitlang in Ansbach gewesen war und die dortige Regierung auf eine Weise geordnet hatte, daß die laufenden Geschäfte auch in seiner Abwesenheit besorgt werden konnten, ging jetzt, vom König ermächtigt, wieder nach Frankfurt, wo die beiden Gesandten, die er in Mannheim verlassen hatte, sich aufhielten. Er fand sie in einer ganz veränderten Stimmung; die indeß in den Niederlanden eingetretene Katastrophe hatte auch auf sie, wie nach allen anderen Seiten hin, ihre Wirkung ausgeübt; sie sprachen jetzt nicht mehr von einer Verweigerung der Subsidien, noch auch von dem Abmarsch der ganzen Armee nach den Niederlanden; ihre Aufmerksamkeit war vor Allem auf die Gefahr Hollands gerichtet. Von dem Entschluß der Oesterreicher, auf das

rechte Rheinufer zurückzugehen, wurde auch Hardenberg mit den trübsten Besorgnissen erfüllt; er argwöhnte weitere geheime Absichten von ihrer Seite. „Niemals“, sagt er, „hat sich Europa in einer ähnlichen Krisis befunden.“ Er sieht die Religion, die Throne, die sociale Ordnung, das Eigenthum selbst bedroht; er bezweifelt, daß bei den zwischen den Alliirten ausgebrochenen Differenzen den Franzosen ein nachhaltiger Widerstand geleistet werden könne. Er erblickt das einzige Heil in dem Abschlusse eines Friedens mit ihnen[1].

Vor Allem war die Gefahr Hollands eminent und dringend; es mußte für seine Existenz fürchten. Kinkel und Malmesbury drangen jetzt auf die Absendung eines besonderen preußischen Corps zur Rettung desselben. Die beiden Gesandten bezogen sich auf den von Moellendorff gemachten Antrag, einen Theil der preußischen Truppen zur Unterstützung Hollands vorrücken zu lassen. Sie fragten an, welcher das sei. Noch einmal wurde unter diesen Umständen ein neuer Plan der Vertheidigung, der zugleich Deutschland und die Niederlande umfassen sollte, entworfen. Der nächste Gedanke war, den Herzog von Sachsen-Teschen zu vermögen, die Vertheidigung von Mainz über sich zu nehmen, so daß es dem Marschall möglich sein würde, seine Streitkräfte mehr nach der niederländischen Seite hin zu verwenden. Hardenberg sprach sich in diesem Augenblick über das Verhalten der Engländer zufrieden aus: die Zahlung der Subsidien werde fortgesetzt; man bestehe nicht mehr auf der Auslegung des Tractates, nach welcher der König von der Bestimmung über die Art und Weise der Cooperation seiner Truppen ausgeschlossen sein würde — denn das war eben der streitige Punkt überhaupt gewesen —; aber den Tractat auszuführen, könne nicht verweigert werden. Ueber das „Wie“ werde man in den nächsten Tagen Bestimmung treffen: Unbestreitbar sei das große Interesse, das in der Erhaltung von Holland für Europa liege; selbst die westfälischen Provinzen Preußens würden gefährdet sein, wenn Frankreich am Niederrhein immer weitere Fortschritte mache. Eben so wenig aber könne man das Reich verlassen, vom Rhein aus

1) Il est impossible de se dissimuler que la paix promptement et conjointement amenée ne soit le seul parti qui puisse nous garantir ou pour le moins éloigner les malheurs dont nous sommes menacés. So schreibt er dem Könige selbst am 26. Juli. Jedoch verhehlt er zugleich nicht die große Schwierigkeit, auf die ein solches Vorhaben stoßen würde: England wolle seine maritimen Eroberungen nicht wieder aufgeben, noch auch die österreichischen Niederlande in Abhängigkeit von Frankreich gerathen lassen.

würden die fränkischen Besitzungen des Königs ebenfalls in die größte Gefahr gesetzt werden. Beide Provinzen zu schützen, dahin müsse man alle Bestrebungen richten, jedoch ohne Egoismus noch Parteisucht. Ein Rath, welcher doch die Gemeinschaftlichkeit der Action involvirt. Hardenbergs Meinung ist, daß man 20,000 Mann an den Niederrhein abgehen lassen müsse; wenn der Herzog von Sachsen-Teschen eine gleiche Truppenzahl hinzufüge, oder wenn dieser die Deckung des Rheins ganz übernehme, so könne der Marschall sich mit seiner Hauptarmee gegen Coblenz und die Mosel wenden, um das Reich und die Communication mit den Niederlanden zu sichern. Gegen die Trennung der beiden Abtheilungen der preußischen Armee würde nichts zu sagen sein, da beiden der Rückzug nach den preußischen Provinzen offenstehe, der König auf diese Weise seinem Tractat nachkomme und um so mehr in den Stand gesetzt werde, für den Frieden zu arbeiten, ehe neue Unglücksfälle dazu nöthigten, die härtesten Bedingungen einzugehen. Hardenberg begehrt eine Vollmacht des Königs, auf die er sich in seinem Verkehr mit den fremden Ministern stützen könne.

Hiemit griffen die Verabredungen einer militärischen Conferenz zusammen, die am 26. Juli in dem Hauptquartier des Oberbefehlshabers der Reicharmee zu Schwetzingen zwischen preußischen und kaiserlichen Bevollmächtigten stattfanden. Es wurde ein umfassender Entwurf zu einer Vertheidigungslinie von Antwerpen bis Basel zu Stande gebracht, der alle Theile zu befriedigen schien. Moellendorff sollte mit seinem Centrum sich auf dem Hundsrück aufstellen, Coblenz decken und, mit den Oesterreichern unter Blankenstein vereinigt, die Verbindung mit dem Herzog von Coburg aufrechterhalten. Für die übrigen Armeecorps wurde sogar noch eine Offensive in Aussicht genommen, freilich auch, wenn sie nicht gelänge, der Rückzug über den Rhein [1]).

Wohin die Dispositionen zielten, sieht man aus der Erklärung, welche Hardenberg in einem Briefe an den preußischen Gesandten in London über dieselben giebt. Er setzte voraus, daß der Herzog von Coburg die Maas wirklich vertheidigen, Venlo und Maestricht sichern und die Verbindung mit der englisch-holländischen Armee aufrechterhalten werde. Auf der anderen Seite an der Mosel wäre die preußische Armee aufgestellt. Auf diese Weise sei eine

---

1) Nur auf diese noch entfernte Eventualität bezieht sich die Weigerung Moellendorffs bei Vivenot: Albrecht, Herzog von Sachsen-Teschen, I, 140.

Defensionslinie gebildet, durch welche England und Holland größere Vortheile erlangen würden, als die Veränderung der Stellung der Armee jemals hätte gewähren können [1]).

Nicht lange darauf gelang es den Franzosen, da die preußischen und österreichischen Streitkräfte, wie man behauptet, durch die Schuld des Generals Kalckreuth sehr schlecht zusammenwirkten, Trier einzunehmen, was die Gefahr der Niederlande wesentlich vergrößerte. Aber da dem gegenüber eine bedeutende und haltbare Stellung genommen wurde, so zerstörte das die allgemeinen Dispositionen nicht, welche in Schwetzingen getroffen waren. Hardenberg hielt auch dann noch eine gemeinschaftliche Vertheidigung der großen Linien von Antwerpen bis Crefeld für möglich.

---

1) Supposé que le Pr. de Cobourg, comme il a été expressément stipulé, défende la Meuse et par conséquent Maestricht et Venlo avec le pays jusqu' à la rive gauche de la Moselle, et que les communications soient bien établies entre son armée et celles des Hollandais et du duc de York, pendant que le maréchal de Mœllendorff et le duc de Saxe-Teschen se chargent de la défense du terrain entre la Moselle et le Rhin et plus haut de ce fleuve même; la ligne de défense paraît en général très-bien établie pour les intérêts communs et les puissances maritimes en particulier, mieux servies par cet arrangement que par un déplacement de notre armée, soit pour la totalité, soit en partie.

Achtes Capitel.

Das preußische Ministerium im August 1794. Bruch mit England.

Es gab wohl keinen preußischen Staatsmann, der die Lage des Staates in diesem Moment nicht für höchst gefährdet angesehen hätte. Ueber Polen war der König mit Oesterreich entzweit und mit Rußland nicht mehr einverstanden, im Kampfe mit einer Volkserhebung, welche mehr innere Kräfte hatte, als man erwartete. In Deutschland war Preußen im bitteren, mehr als lebhaften Antagonismus gegen Oesterreich begriffen; seine eigenen Kräfte waren erschöpft; sobald eine Entzweiung mit den Seemächten erfolgte, wie das sehr möglich blieb, wenn man den Gegensatz der Kriegsehre und der Subsidienzahlung, die zu einem bestimmten Zweck bewilligt war, erwägt, waren der König, seine Armee und sein Land vollkommen isolirt, und zwar gegenüber einer Macht, die nunmehr erst die unwiderstehliche Gewalt einer durch Enthusiasmus getragenen Volksbewaffnung in geordneten Reihen entwickelte.

In diesem Moment hat sich die Idee, daß Preußen seinen Frieden mit Frankreich schließen solle, zuerst mit Bestimmtheit erhoben. Ganz unerhört war sie nicht; doch war sie bisher mehr als ein Wunsch in Bezug auf die zu besorgenden Eventualitäten aufgetreten. Der erste, der sie ernstlich ins Auge gefaßt hat, ist der Reichstagsgesandte Graf Goertz gewesen, der bei einem Aufenthalt Hardenbergs in Baireuth diesem einen Besuch in der Eremitage machte, bei dem er seine Gedanken aufs Papier warf. „Alle Regierungen von Europa“, sagt er, „die Souveräne der Staaten befinden sich in einer Krisis, wie sie noch niemals vorgekommen ist. Kein Mensch, so einsichtsvoll er auch sein möge, kann voraussehen wollen, welches Schicksal die Staaten und die Individuen erwartet. Der preußische Staat, dessen Ruhm und Glanz auf den höchsten Punkt zu steigen im Begriff war, ist bedroht, in die all-

gemeine Bedrängniß verwickelt zu werden. Dies Schicksal zu vermeiden und vielleicht Preußen zum Schiedsrichter und Retter von Europa zu machen, muß der Gedanke der Staatsmänner sein, die dem loyalen und beherzten Könige Friedrich Wilhelm dienen [1]). Dazu gehört eine thätige und folgerichtige Politik, gegründet auf Ehre und guten Glauben, und unerschütterliche Festigkeit nach innen und nach außen hin. Nothwendig muß man einen entscheidenden Beschluß über den Antheil fassen, den Preußen an dem Kriege gegen Frankreich nehmen will. Zwei verschiedene Fälle sind möglich: entweder steht Oesterreich in der That mit Frankreich in einseitigen Unterhandlungen über die Niederlande, oder seine jetzige Haltung ist nur eine Folge der Kleinmüthigkeit, und es will auch fortan an dem Kriege Theil nehmen. In dem ersten Falle kann man nicht daran zweifeln, daß der Kaiser auch das Reich in seinen Frieden begreifen werde. Dann würde der König das deutsche Reich nicht weiter zu vertheidigen brauchen, und seine Truppen könnten zu Hülfe der Seemächte nach dem Niederrhein abrücken. Vor Allem ist die Rettung Hollands nothwendig; denn von dem Bestehen desselben hängt das Wohl Europa's ab. Dagegen, wenn Oesterreich an dem Kriege ferner Theil nimmt, ist es unbedingt nothwendig, die preußische Armee in den jetzigen Stellungen zu belassen: denn sonst würden die verwüstenden Horden der Revolutionäre sich über Provinzen ergießen, die doch auch zur Revolution geneigt sind. Wenn die Seemächte auch dann noch auf dem Abmarsche der Preußen bestehen sollten, so würde der König vollkommen in seinem Rechte sein, wenn er denselben verweigerte; dann aber muß er sein Verhältniß mit Frankreich regeln. Er muß alsdann die Neutralität suchen für sich selbst und, wenn nicht für das ganze Reich, doch für die Fürsten, die sich ihm anschließen wollen. Vielleicht läßt es sich erreichen, daß die Franzosen das Versprechen geben, nicht über den Rhein zu gehen, und überhaupt den Fürsten den Zustand gewähren, in dem sie vor dem Kriege gewesen sind. Dann wird Preußen außer Gefahr sein und zugleich Deutschland retten. Das Ansehen Preußens würde die Oberhand gewinnen über das österreichische, welches durch die erfahrenen Unglücksfälle ohnehin herabkommt." „Es ist sehr hart," so fügt er hinzu, „mit den Regiciden einen Vertrag schließen zu müssen. Aber wenn man den Blick auf die anderen Cabinete wirft,

1) loyal et valeureux.

die Mittel, die sie anwenden, den Egoismus und das persönliche Interesse, welches sie leitet, und in Betracht zieht, was man trotz aller Anstrengung von der Fortsetzung des Krieges erwarten darf, so ist ein solcher Schritt nicht allein zu rechtfertigen, sondern vielleicht nothwendig."

Wir treten hier in Sphären, wo inmitten des allgemeinen Conflictes neue Gedanken sich bilden, neue Wendungen der Ereignisse sich vorbereiten. Alles, was von bisherigen Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich verlautete, ist ohne Bedeutung. In dem Augenblicke aber, wo die Monarchie, isolirt und von allen Seiten bedroht, ihrem eigenen Verderben und dem Ruin von Deutschland gegenübersteht, inmitten des allgemeinen Streites egoistischer Interessen, erhebt sich der Gedanke trotz alle dem, was sich dagegen sagen läßt, eine neutrale Stellung zwischen den kriegführenden Mächten zu ergreifen und dadurch zugleich für das deutsche Reich zu sorgen.

Auch in Moellendorff ist in dieser Lage der Gedanke entsprungen, daß das Beste sein werde, an einen Frieden mit Frankreich zu denken. Was wäre auch anders übrig geblieben, wenn man mit Oesterreich fortwährend schlecht stand, und wenn es dann zu einem Bruche mit den Seemächten kam? Moellendorff ließ seine Gedanken dem Könige zuerst durch Lucchesini eröffnen. Der König verwarf sie: denn er wolle nicht der Erste sein, der von einem Frieden rede. Er verbot alle Schritte, die dazu führen konnten; doch wäre er nicht dagegen gewesen, wenn ein Versuch, einen allgemeinen Frieden zu schließen, in Uebereinstimmung mit den übrigen Mächten hätte gemacht werden können [1]). Indem Hardenberg eher im Gegensatz gegen Moellendorf stand, als in Freundschaft mit ihm, begegnete ihm, daß eine umfassendere Vollmacht, die er begehrte, von dem Könige verweigert wurde, weil dieser vermuthete, er sei mit Moellendorff einverstanden und würde ausgedehntere Vollmachten dazu benutzen, ihn wider seinen Willen zum Frieden zu bringen. Sehr eigenthümlich waren doch diese Zustände: der Feldmarschall und der ihm beigegebene Kriegsminister waren alle Tage mehr für ein Abkommen mit Frankreich und bedienten sich des Vertrauens, welches sich Lucchesini bei dem Könige verschafft hatte, um diesem ihre Ansichten mitzutheilen. Die beiden Diplomaten

---

1) So der von Moellendorff an Hardenberg mitgetheilte Brief Lucchesini's.

Haugwitz und Hardenberg waren dagegen für die Fortdauer der Verbindung mit den Seemächten. Allerdings faßten sie, durch die allgemeine Lage der Dinge veranlaßt, auch den Frieden ins Auge. Das sollte aber, ganz in dem Sinne des Königs, nicht ein besonderer, sondern ein allgemeiner sein. Aus einem Schreiben Hardenbergs an Haugwitz (12. August) ergiebt sich die Gedankenreihe, in welcher sie sich im Allgemeinen bewegten. Hardenberg ist noch der Meinung, daß die Idee eines besonderen Friedens, wie sie sich in dem Hauptquartiere rege, eine höchst verderbliche sei. „Unsere Kräfte sind erschöpft", schreibt er; „ein baldiger Friede ist für uns unentbehrlich. Der Krieg wird im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung geführt; besonders ist auch die Armee demselben entgegen. Sie ist von oben bis unten vom Geiste des Widerspruchs, des Frondirens erfüllt. Die Armee schlägt sich nur noch der Ehre wegen. Trier hätte man behaupten können und wäre noch im Stande, es wieder zu erobern; allein das wird schwerlich geschehen. Das einzige Heil, die einzige Rettung von Europa liegt in einem baldigen Frieden. Dabei muß man aber mit den Verbündeten zusammenwirken. Das Glücklichste wäre, wenn es gelänge, den Zustand wiederherzustellen, wie er vor dem Kriege war". Hardenberg hielt für nothwendig, an dem Haager Vertrage festzuhalten, der die Eifersucht Oesterreichs erregt habe, um sich nicht mit den Seemächten durch einen Bruch desselben zu verfeinden; sie würden sich sonst mit Oesterreich vereinigen und vielleicht die Erwerbung Baierns durch Oesterreich begünstigen. Davon, daß die Franzosen zum Frieden geneigt seien, hatte man keine irgend zuverlässige Notiz. Aber Hardenberg behauptet, in dem Hauptquartiere sei dennoch Alles für einen Frieden mit ihnen aus Haß gegen die Seemächte; der Kriegsminister selbst und Moellendorff seien heftig aufgeregt gegen sie; ihre bloße Erwähnung reiche hin, den Feldmarschall in Aufwallung zu bringen.

In dieser Unsicherheit der politischen Lage und der damit zusammenhängenden Agitation der bedeutendsten Persönlichkeiten hielt Hardenberg für rathsam, seinen alten Freund Gervinus nach Berlin zu schicken, um die dortigen Stimmungen zu beobachten und sich hauptsächlich mit Haugwitz zu verständigen. Persönlichen Verhältnissen und Discussionen nachzugehen, würde keinen besonderen Werth haben; hier aber betrafen sie Krieg und Frieden. Auch an sich hat es einen gewissen Reiz, Gervinus auf seiner Mission zu be-

gleiten und seine Berichte zu vernehmen. Wir folgen seinem Tagebuche, das er später an Hardenberg mittheilte.

Haugwitz empfing Gervinus — es war am 18. August — mit einer Erklärung über die Art und Weise, wie er in das Cabinetsministerium gekommen, was ihm Schulenburg nie vergeben könne. Er stellte sich als den geradsinnigen, jenen als den Ränkemacher dar. Gervinus scheint ihm vollen Glauben beizumessen. Er sagt, Haugwitz diene auf seine eigenen Kosten, ohne Gehalt, und solle bereits 100,000 Thaler von seinem Vermögen im Dienste verwendet haben. Er opfere seine Ruhe dem Könige, dem er täglich Beweise seiner Anhänglichkeit gebe, dem Staate und der guten Sache auf. Der König, dessen Abwesenheit von Berlin dem Grafen schadete, habe denselben zwar vor kurzem in wichtigen inneren Landesangelegenheiten consultirt; aber der vertraute Briefwechsel zwischen beiden nehme doch ab. Der Minister sei gekränkt, verlasse sich aber auf die Festigkeit und Anhänglichkeit des Königs, wie Gervinus meint, nur zu viel. Noch sei der König von seinem System nicht abgewichen, wie viel man auch thue, um ihn dahin zu bringen. Der Kern des Systems liege in der Verbindung mit den Seemächten. Haugwitz sagte: wenn man diese ohne ihr Verschulden aufgäbe, so werde er sogleich abdanken. Wenn Haugwitz nicht gleich nach seiner Rückkunft vom Haag zu dem Könige nach Polen gegangen war, so gab er als Grund an, daß er nicht die ganze Verantwortlichkeit habe auf sich nehmen wollen. Die wahre Ursache aber sei wohl die, daß der König ihn nicht zu sich beschieden hatte, was man wieder der Intrigue zuschrieb, die denselben umgarne. Haugwitz versicherte, der König sei mit den auf einen Frieden mit Frankreich gerichteten Vorschlägen Moellendorffs unzufrieden und habe demselben durch Lucchesini schreiben lassen, daß er sich von der Politik fernhalten möge. Der habe das wohl gethan, aber auf seine „verzuckerte Weise". Sobald erst der König wieder in der Hauptstadt wäre, würde er sich noch entschiedener für das bisherige System erklären. Wenn Gervinus an der Gesinnung Lucchesini's Zweifel äußerte, so behauptete Haugwitz, die Erklärung des Königs zu Gunsten der Verbindung mit den Seemächten habe ihn anderen Sinnes gemacht; er sei ein Chamäleon, und wenn der König anders denke, denke auch er anders. Lucchesini habe zur Verwirrung beigetragen und wünsche, um sich wieder herauszuziehen, nach Wien zurückzukehren. Haugwitz verhehlte überhaupt nicht, daß der König ungehalten sei gegen Malmesbury und

Kinkel und sehr aufgebracht über die Drohung, die Zahlung der Subsidien einzustellen; er meinte jedoch, durch ein einziges Gespräch mit dem Könige die Sache beilegen zu können. Mit Rußland stehe man nicht viel besser, als mit Oesterreich: General Fersen handele nicht nach den Intentionen des Königs. Auch Haugwitz urtheilte, daß man auf einen allgemeinen Frieden denken müsse, der sehr möglich sei, wenn man nur den Engländern einen Theil ihrer Eroberungen lasse. Denn von der Meinung, daß man ihnen Alles entreißen könne, war er zurückgekommen; er fand es selbst lächerlich, das zu versuchen. Auf die Frage, ob nicht die gemeinschaftliche Friedensunterhandlung durch Preußen angefangen werden sollte, antwortete Gervinus mit der Gegenfrage, ob den Franzosen nicht die Anerkennung der Republik als eine Lockspeise hingeworfen werden könne. Haugwitz war derselben Ansicht: Rußland würde freilich dagegen sein; allein das werde Preußen nicht abhalten, wenn nur einige der kriegführenden Hauptmächte damit einverstanden wären. Daß Lucchesini damals nach Wien geschickt wurde, erregte bei Haugwitz kein Bedenken: denn der König gebe ihm einen Brief mit, der zur Herstellung guter Verhältnisse dienen solle.

Wir wollen nicht übergehen, wie sich Haugwitz über den König selbst äußerte: er sei gütig, aber reizbar und empfindlich, lasse sich wohl das Eine und das Andere von Personen, die er leiden möge, aufdringen; aber, wenn es öfter geschehe, schöpfe er den Verdacht, man wolle ihn regieren, und höre nicht mehr darauf; nur durch Vertrauen, Vorsicht und Nachgiebigkeit sei mit ihm auszukommen. Er brauche nicht immer Minister um sich, arbeite ziemlich viel und dictire meistens seine Befehle einem Sekretär; doch lasse er dem Minister, der um ihn sei, dann die Ausführung der Geschäfte.

Dürfen wir dem ein Wort hinzufügen, wie es sich aus der Durchsicht der mannichfaltigen Papiere ergiebt, so ist es dies, daß König Friedrich Wilhelm II. ohne Cabinetsminister, ohne eigentlichen Rathgeber war, trotz der drei Männer, die diesen Titel führten. Der Wechsel der großen Ereignisse, die guten, die schlechten Aspecte, die diese darboten, berührten ihn unmittelbar; er urtheilte und verfügte nach den Eindrücken, die er empfing. Wie hätte es da an Schwankungen fehlen können? Wir sahen, wie sehr der König auf die Vorstellungen Moellendorffs einging; aber eine Einmischung desselben in die Politik im Gegensatz mit seinen Ministern wollte er doch nicht. Er hat damals wohl ein Schreiben an Moellendorff unversiegelt an Haugwitz versendet, der es abschicken möge oder

nicht. Haugwitz versah es mit dem Königlichen Siegel und ließ es abgehen. Trotz dieser Bevorzugung war Haugwitz doch noch keinesweges Meister des Cabinets; weniger Finkenstein als Alvensleben hielt ihm die Widerpart. In der obschwebenden Frage wurde von dem Cabinet ein Gutachten, welches den Ansichten Moellendorffs beipflichtete, an den König abgeschickt. Sonst, wenn Haugwitz einem Gutachten seiner Collegen nicht beistimmte, gab er seine abweichende Meinung dadurch zu erkennen, daß er dasselbe nicht unterschrieb. Diesmal unterschrieb er es, aber indem er die gefährlichen Folgen betonte, welche die Ausführung des Beschlusses haben könne. Auch auf die Räthe in dem Ministerium erstreckte sich die Meinungsverschiedenheit der beiden Minister: Renfner, der bei Alvensleben in vielem Ansehen stand, wurde von Haugwitz nicht geliebt; Alvensleben selbst, über dessen Formalismus sich Haugwitz beklagte, wird doch zugleich als sehr unselbständig geschildert: Demokrat sei er, wenn er Gelehrte um sich habe, Aristokrat, wenn er mit Männern seines Standes rede. Das Uebergewicht, welches die Franzosen damals errangen, erweckte in ihm die düstersten Besorgnisse: er soll vorausgesagt haben, die Franzosen würden noch bis ins Magdeburgische vordringen, wo er seine Güter hatte. Ueberhaupt dachte man viel an die unmittelbare Gefahr, welche die Fortsetzung des Krieges herbeiführen könne, namentlich wenn keine Subsidien gezahlt würden. Die fränkischen und westfälischen Besitzungen Preußens würden dann aufgegeben werden; man würde sich an die Elbe zurückziehen müssen, wo die Population Widerstand zu leisten gewillt sein werde; denn von den andern Provinzen erwartete man das nicht.

Wir folgen nun noch einen Augenblick den Discussionen des Gesprächs. Gervinus bemerkte, daß das Aufgeben der westfälischen und fränkischen Provinzen wohl gar eine Empörung in denselben veranlassen dürfte; viel besser wäre es, mit dem Reiche über Subsidien übereinzukommen. Haugwitz erwiderte, mit dem Reiche sei nichts anzufangen; der König sei mißvergnügt über das Vergangene; er glaube noch immer, England werde die Subsidien fortzahlen: denn es könne die preußische Armee nicht entbehren. Dem englischen Gesandten Paget, der sich, wiewohl in gemäßigten Ausdrücken, beklagte, versicherte Haugwitz, der König wolle nicht allein an der Haager Convention festhalten, sondern dieselbe zur Grundlage einer genaueren Verbindung mit England machen; er betonte den schlechten Eindruck, den die Verzögerung der Subsidienzahlung hervorbringe.

Mit Hardenberg unterhielt Haugwitz die vertraulichste Ver-

bindung; auch in jenen Differenzen, in welche Hardenberg über die Verwaltung in Franken gerathen war, stimmte Haugwitz demselben bei: das Ministerium, dem es an Localkenntniß fehle, sollte sich so wenig wie möglich in die dortigen Angelegenheiten mischen. Dagegen bezog sich Alvensleben darauf, daß dem Ministerium einmal die Oberaufsicht über Franken anvertraut sei und es jetzt darauf ankomme, die preußische Verfassung daselbst einzuführen. Gervinus erinnerte an die besonderen Umstände, welche ein solches Unternehmen schwierig machten: Mangel an Gelde, das Widerstreben der Persönlichkeiten, wobei ihm Haugwitz zustimmte. Er bat denselben, sich immer direct an ihn zu wenden; kein Mensch in seinem Bureau erfahre etwas davon; er könne von Allem den besten Gebrauch machen. Haugwitz hielt es damals für rathsam, den Herzog von Braunschweig wieder an die Spitze der Armee zu bringen, der seinen Abschied niemals verlangt haben würde, wenn schon zu jener Zeit von Subsidien die Rede gewesen wäre; er werde die Stellung annehmen, wenn die Subsidien fortgezahlt würden.

Gervinus sah selbst bald darauf Malmesbury, der diese sehr flüchtige Aeußerung über den Wiedereintritt des Herzogs von Braunschweig für ernstlich gemeint hielt und die Erwartung daran knüpfte, daß Hardenberg, der früher im Dienste des Herzogs gewesen, dann die Geschäfte überhaupt in seine Hände bekommen werde. Eine von den Combinationen, die eine äußere Wahrscheinlichkeit haben, ohne doch begründet zu sein.

Damals suchte Hardenberg den englischen Gesandten von dem Interesse zu überzeugen, welches für England darin liege, den Subsidientractat zu erneuern und Preußen zur Fortsetzung des Krieges in Stand zu setzen; er fragte besonders eifrig, wie sich England mit dem Hofe von Wien stelle. Malmesbury, der sich immer als den Beleidigten geberdete, entgegnete: Alles werde darauf ankommen, welche Haltung Preußen annehme. Er versicherte, die Mission Spencers nach Wien, welche die Frage Hardenbergs veranlaßt hatte, habe bloß den Zweck, Oesterreich zur Fortsetzung des Krieges zu animiren; nicht von Subsidien sei dabei die Rede, sondern von anderen Mitteln, um dieselbe möglich zu machen. Hardenberg und Haugwitz wünschten, daß Malmesbury nochmals nach Berlin kommen möge, um die alten Verbindungen zu erneuern. Der Lord weigerte sich, darauf einzugehen; er beschwerte sich, daß in dem Hauptquartier die dem Tractat entgegengesetzte Faction die Oberhand habe und der Feldmarschall das blinde Werkzeug derselben sei; er würde

seine Stellung in England compromittiren, wenn er bei der zweifelhaften Haltung Preußens nochmals nach Berlin ginge: er war vielmehr entschlossen, nach England zurückzukehren. Hardenberg, welcher eine unangenehme Rückwirkung der Entfernung Malmesbury's auf den König befürchtete, suchte dem durch eine conciliatorische Erläuterung zuvorzukommen; er schrieb dem Könige: indem Malmesbury seine Heimreise ankündige, versichere er doch, daß dieselbe durch keine Entfremdung seines Hofes von dem preußischen veranlaßt sei; er hege persönlich den Wunsch, die Verbindung zwischen Preußen und England noch inniger zu schließen; jedoch werde es sehr schwer werden, die Erneuerung des Vertrages bei der englischen Nation zu rechtfertigen, in Rücksicht auf die Unthätigkeit der preußischen Armee; er wünschte, daß die Armee noch irgend einen kühnen und glorreichen Schlag ausführe, zumal da nach dem Falle der Festungen die Franzosen alle ihre Macht gegen Holland richten und damit das größte Unglück über Europa herbeiziehen würden.

In dem Hauptquartier der Armee und von einigen der hochgestellten Staatsmänner war, wie erwähnt, der Gedanke gefaßt worden, den Einwirkungen von England, die für Preußen und Deutschland verderblich werden könnten, eine Abkunft mit Frankreich zur Sicherung derselben vorzuziehen. Aber dieser Gedanke war bei weitem nicht durchgedrungen. Der König verwarf ihn noch; er selbst und die wirksamsten Minister blieben der Meinung, daß der Krieg gegen Frankreich fortgesetzt werden müsse. Für die Gründe, aus denen die Unschlüssigkeiten des preußischen Cabinets und die geringe Theilnahme der Armee an dem niederrheinischen Feldzuge entsprangen, hatte man in England weder Sympathie noch Verständniß. Man betrachtete die Häsitationen der preußischen Regierung als Bundesbrüchigkeit; das englische Volk hatte keinen Sinn für die Nothwendigkeiten, welche aus der Pflicht, Deutschland zu vertheidigen, für Preußen erwuchsen. Die Verstimmung war so allgemein, daß William Pitt und sein Ministerium zu dem Entschlusse gedrängt wurden, den sie dann sofort ausführten; Pitt erklärte dem preußischen Gesandten unumwunden: die Zahlung der Subsidien für den Monat October solle so lange aufgeschoben werden, bis die preußische Armee mehr Eifer gezeigt habe, Holland zu retten, als bisher. Indem die anwesenden englischen Gesandten nach einigem Zögern davon Nachricht gaben, bezeichneten sie als erstes Motiv die nahe Eröffnung des Parlaments, wie denn der Haager Tractat

durch die Opposition und die öffentliche Meinung angegriffen werde und das Ministerium beweisen wolle, daß es nichts versäumt habe, um denselben effectiv zu machen, als zweites die große Gefahr, in der Holland schwebe. Malmesbury versicherte jedoch, daß die Absicht noch immer dahin gehe, die Verbindung mit Preußen zu erneuern. Nach eingeholter Instruction von Berlin antwortete Hardenberg den beiden Ministern auf ihre Eröffnungen: man sei bereit gewesen, sich über alle streitigen Punkte zu verständigen; aber die Suspension der Zahlung mache jede weitere Verhandlung unmöglich; der König sehe sie als einen Bruch des Haager Vertrages an.

Damit löste die Verbindung sich auf, welche die Theilnahme Preußens an dem allgemeinen Kriege gegen Frankreich im Gang erhielt. Nicht anders hatte der König die Verpflichtung, die er einging, verstanden; aber er hatte, seinen damaligen Intentionen gemäß und den Rathschlägen des Grafen Haugwitz folgend, eine präcisere Theilnahme an dem Feldzuge versprochen, als die Umstände und besonders die Rücksicht auf das deutsche Reich ihm gestatteten ins Werk zu setzen. Kein Zweifel, daß vornehmlich die Rücksicht auf die Vertheidigung des Mittelrheins und des deutschen Reiches seine Zögerung hervorrief. Man könnte meinen, und besonders Haugwitz war davon durchdrungen, daß England auch seinerseits ein Interesse an dieser Vertheidigung hatte. Aber die englische Nation fühlte nur die in den Niederlanden erlittenen Unglücksfälle und gab sie sowie die noch immer wachsenden Gefahren dem Verhalten von Preußen Schuld, das damit das Recht auf die ihm versprochenen Subsidien verwirkt habe. Der junge Pitt behandelte Preußen nicht in dem Sinne, wie sein Vater. Die Unabhängigkeit der Politik und der Kriegführung, welche Friedrich II. unter Beistimmung des älteren Pitt festgehalten hatte, wollte die englische Nation unter des jüngeren Leitung Friedrich Wilhelm dem II. nicht zugestehen. Wenn nun aber für Preußen die Möglichkeit, den Krieg fortzuführen, von der Zahlung der englischen Subsidien abhing — denn von dem Reiche war keine wesentliche Unterstützung zu erwarten —, so sieht man, wohin die Versagung derselben führen mußte. Von England verlassen, mußte Friedrich Wilhelm II. sich der öffentlichen Stimme zuneigen, die ihn zum Frieden aufforderte.

Neuntes Capitel.

Ideen eines Friedens zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich. Oesterreichische Politik.

Ich werde eine auffallende Paradoxie behaupten, indem ich ausspreche, daß es das Beste gewesen wäre, wenn Oesterreich einen ähnlichen Beschluß wie Preußen gefaßt hätte, sich von England loszureißen und mit Frankreich Frieden zu machen. In den Erblanden ging der allgemeine Wunsch dahin. Man wollte nur eben die österreichische Monarchie, wie sie dort constituirt war, vertheidigen und sich nicht in einem Kriege für Interessen, die nicht die eigenen waren, verbluten. Hätten Oesterreich und Preußen einstimmig die Friedensunterhandlungen in die Hand genommen, so würden Frankreich, wo nach dem Sturze Robespierre's im Juli 1794 die Partei der Mäßigung sich wieder erhob, und das deutsche Reich auf erträgliche Bedingungen sich haben pacificiren können. In dem letzten Feldzuge waren die europäischen Mächte von den Franzosen überwunden, aber noch keineswegs überwältigt worden; noch standen ihre Heere zwar geschlagen, aber keineswegs kampfunfähig, vielmehr, was Preußen anlangt, kampfgerüstet im Felde; noch besaßen sie Streitkräfte genug, um auch dem Feinde eine Pacification erwünscht zu machen.

Dahin ging die Gesinnung Friedrich Wilhelms II. Er meinte, daß die Eroberungen, die man von beiden Seiten gemacht habe, aufgegeben und die Verhältnisse, so wie sie vor dem Kriege bestanden, hergestellt werden sollten. Darauf war die Mission Lucchesini's nach Wien berechnet; sie hatte keinen anderen Zweck, als den Kaiser zur Theilnahme an einer allgemeinen Pacification zu vermögen. Die unerläßliche Bedingung aber für eine solche war, daß auch England an derselben Theil nähme und sich zur Zurückgabe der maritimen Eroberungen bereit erklärte, durch welche Frankreich

als Macht hätte befriedigt werden können. Möglich, daß es nicht so weit kam. Allein dann würden England und Frankreich, welches durch den continentalen Frieden in den Stand gekommen wäre, seine maritime Macht zu entwickeln, ihren Kampf allein ausgefochten haben. Bei seinen ersten Unterhaltungen, namentlich mit Thugut auf der einen, mit den anwesenden englischen Gesandten auf der anderen Seite, überzeugte sich Lucchesini, daß ein Verständniß zwischen beiden eingeleitet sei [1]). Wäre Oesterreich entschlossen gewesen, die Niederlande wenigstens zum Theil aufzuopfern, so würde seine Verbindung mit England des vermittelnden Rückhaltes entbehrt haben. Aber dahin führte, wie berührt, das an Thugut vererbte System, daß die große europäische Position des Hauses Oesterreich, welche die Niederlande umfaßte, behauptet werden müsse. Gerade in dem fortgehenden Kampfe meinte Thugut die Mittel zu finden, das System nicht allein zu behaupten, sondern noch umfassender auszubilden. An eine allgemeine Pacification oder auch an den Frieden auf dem Continent war dann nicht zu denken: die Geschicke mußten sich vollziehen. Denn auf irgend eine Abtretung einzugehen, blieben die Engländer weit entfernt. Sie waren in dem Ausbau des großen Gebäudes ihrer Seeherrschaft begriffen; ein Friede mit Frankreich in diesem Moment würde denselben verhindert haben. In dem Parlament hatte sich die Meinung gebildet, daß ein solcher Friede in diesem Augenblicke unmöglich sei. Sollte nun aber England den Krieg allein fortsetzen? William Pitt ging von dem Erfahrungssatze aus, daß England seinen Seekrieg niemals besser geführt habe, als wenn zugleich die Landmacht richtig angewendet worden sei, um die Streitkräfte des Feindes zu schwächen und zu theilen [2]). Wenn Frankreich in früheren sowie in späteren Zeiten die Absicht befolgt hat, England zugleich auf dem Continent zu bekämpfen, so war es dagegen die Politik von England, die maritimen Anstrengungen Frankreichs dadurch zu hemmen, daß man ihm einen continentalen Krieg entgegensetzte. Dahin zielte be-

---

1) Bericht Lucchesini's an Friedrich Wilhelm II. Wien, 22. August 1794, bei Herrmann, Geschichte des russischen Staates. Ergänzungsband, S. 501.

2) This country had never so successfully combated with France, as when its maritime strength had been aided by the judicious application of a land force on the continent, in order to weaken and divide the exertions of our opponents. Pitts Rede vom 5. Februar 1795. Parliamentary debates XXXI, 1294.

reits der Vertrag mit Preußen, der hauptsächlich daran scheiterte, daß König Friedrich Wilhelm II. seine Macht den Kriegsplänen der Engländer nicht unterordnen wollte. England richtete jetzt sein Augenmerk auf Oesterreich, welches nicht gerade Subsidien, aber ein Anlehen in England unter der Garantie der englischen Regierung forderte, um im Stande zu sein, den Krieg weiter fortzusetzen. Es könnte sogar scheinen, als habe man in Oesterreich von der Absicht, die Niederlande aufzugeben, so viel und so laut gesprochen, um die Seemächte zu größeren Anstrengungen als die bisherigen für Vertheidigung dieser Provinzen zu vermögen. William Pitt zeigte sich von der Opportunität einer engen Allianz mit Oesterreich, die eben durch dieses Anlehen vermittelt werden sollte, lebhaft durchdrungen. „Auf wen", sagte er im Parlament, „könnten wir unsere Blicke richten, als auf den Kaiser, wegen der umfassenden Mittel, die er besitzt, wegen seiner geographischen Position und seines Interesses an der Fortsetzung des gegenwärtigen Kampfes? Wenn wir nach einer Macht suchen, deren Interesse es ist, die italienischen Staaten vor den Uebergriffen der Franzosen zu sichern, Savoyen zu retten, Piemont zu beschützen, so ist Oesterreich diese Macht; wenn wir eine Macht suchen, welche Spanien vertheidigen und den Franzosen in den Niederlanden eine Barrière entgegensetzen kann, so ist Oesterreich diese Macht".

Es war demnach die Gesammtlage des westlichen Europa überhaupt, was den Engländern eine Verbindung mit Oesterreich wünschenswerth machte. Pitt fügte die Bemerkung hinzu: der auf Requisitionen begründete finanzielle Zustand Frankreichs werde unhaltbar, wenn der continentale Krieg fortdauere; es würde dann keine Hülfsquellen zur Führung des Seekrieges übrig behalten. Die Absicht der Franzosen sei, mit einer oder der anderen continentalen Potenz Frieden zu schließen, um alsdann ihre volle Kraft gegen England wenden zu können [1]; sei es da nicht rathsam, Alles zu thun, um Streitkräfte ins Feld zu bringen, die geeignet seien, sie zu beschäftigen und zu erschöpfen? Wenn Oesterreich in den Stand gesetzt werde, 200,000 Mann zu stellen, so würden die Franzosen ihrer Seemacht nicht die nöthige Aufmerksamkeit widmen können. Die Superiorität Englands zur See würde um so stärker

---

1) It was in order to pursue the war against this country with unabased rancour, that they (the French) desired peace with the other powers of the confederacy.

sein, je mehr die Thätigkeit der Franzosen von den maritimen Angelegenheiten abgelenkt werde. Die Motion Pitts zu der Erklärung, daß das Parlament von dem Vortheil überzeugt sei, welchen eine kräftige Cooperation Oesterreichs für die allgemeine Sache zur Folge haben würde, wurde mit 173 gegen 58 Stimmen angenommen.

An die Stelle der zweifelhaften und niemals recht realisirten Verbindung Englands mit Preußen, die sich in eine Art von Feindseligkeit umsetzte, trat nun die engste Verbindung mit Oesterreich, worauf es dann zugleich beruhte, daß man in Wien die Aussicht, den Krieg fortzusetzen, mit Eifer ergriff. Einer ansehnlichen monatlichen Geldhülfe sicher, nahm man unverzüglich die offensiven Pläne für die Wiedereroberung der Niederlande wieder auf. Man faßte dabei nochmals die Behauptung der eroberten Festungen (Condé und Valenciennes) ins Auge; man traute sich zu, die Maas wieder überschreiten und die Franzosen aus den Positionen, die sie ergriffen hatten, vertreiben zu können. Daß der Prinz Josias von Coburg, der alle Unfälle des letzten Feldzuges von dem Ausbleiben der ihm zugesicherten Hülfstruppen herleitete, zu neuem Vorrücken die Hand zu bieten Anstand nahm, war der vornehmste Grund seiner Entlassung aus dem Dienste, wie er denn auch bei den Engländern alles Vertrauen verloren hatte. Wenn die beiden Festungen dann doch verloren gingen, so schrieb man das einer Nachlässigkeit zu, die in seiner Kanzlei vorgekommen. An die Stelle Coburgs einzutreten, hatte Niemand so große Ansprüche, als Lascy. Aber Thugut hätte nie zur Ernennung desselben die Hand geboten: denn auf dessen Einwilligung in die Pläne der Wiedereroberung der Niederlande konnte Thugut nicht zählen; Energie für Politik und Kriegführung ließ sich von demselben nicht erwarten [1]). Der Oberbefehl wurde in die Hände Clerfayts gelegt, der nun aber bei der Verwirrung der Zustände in der Armee, die durch den Wechsel des Commandos veranlaßt wurde, in die Unmöglichkeit gerieth, die Offensive zu unternehmen, und sich vielmehr in kurzem selbst genöthigt sah, über den Rhein zurückzugehen (Anfang Octobers).

Trotz dieser neuen Widerwärtigkeit wurde der politische Gedanke immer festgehalten. Clerfayt wurde ausdrücklich angewiesen, sich jeder Beziehung zu Moellendorff und selbst zu dem Herzog von

1) Brief Thuguts vom 7. Januar 1794 bei Vivenot, Vertraute Briefe I, S. 70.

Sachsen-Teschen, die den Engländern mißfällig sein könne, zu enthalten [1]).

Indem sich der österreichische Minister auf das engste an England anschloß, hielt er zugleich an der Absicht fest, durch eine Verbindung mit Rußland dem Umsichgreifen Preußens in Polen zu widerstehen. Darin liegt das Charakteristische der Thugut'schen Politik, daß sie sowohl bei Rußland als bei England der Verbindung Preußens mit diesen Mächten entgegentrat. Wenn Oesterreich auch seinerseits eine Entschädigung in Polen suchte, indem es die Palatinate Krakau und Sendomir in Anspruch nahm, so hatte es dabei Rußland auf seiner Seite, welches sonst in den Fall gekommen wäre, von seinen eigenen letzten Erwerbungen eine Abtretung zu bewilligen. Rußland selbst mußte mit aller Kraft eingreifen, um den polnischen Aufstand zu bezwingen. Preußen war in diesem Augenblick wenig beliebt in Petersburg; man sprach dort Genugthuung darüber aus, daß die englischen Subsidien versagt worden waren [2]). So bildete sich eine Verbindung der großen Mächte, welche dem Interesse des preußischen Hofes entgegenlief und die bei diesem angeregte Tendenz zu einer Pacification mit Frankreich nothwendig verstärkte. Die Männer, welche den Frieden mit Frankreich anriethen, fanden verdoppeltes Gehör. Der Kriegsminister Schulenburg hat sogar geäußert, daß man mit Frankreich gar nicht eigentlich im Kriege begriffen sei; der preußische Staat habe immer nur als Verbündeter anderer Mächte gehandelt; eine förmliche Kriegserklärung sei gar nicht erfolgt. Argumente dieser Art konnten nun nicht Jedermann überzeugen. Hardenberg, der schon immer die Meinung gehegt hatte, daß Frankreich an sich der beste Alliirte für Preußen sein würde, bemerkte doch: jetzt sei es unthunlich und sogar schimpflich, sich mit dieser Macht zu vereinigen, selbst ohne Rücksicht auf das Gefährliche der Principien, die sie verfechte [3]). Er hielt damals noch für möglich, sich über die Herstellung des allgemeinen Friedens mit den übrigen Mächten zu verständigen. Er ist hiebei

1) Schreiben Thuguts vom 22. und 26. October 1794 bei Vivenot, Vertraute Briefe I, 146. 149.

2) Schreiben Whitworths an Lord Grenville, Petersburg, 4. Novbr. 1794, bei Herrmann a. a. O. S. 503.

3) La France serait notre meilleur allié; mais dans ce moment elle ne saurait sans doute offrir aucun appui; il serait peut-être impossible aussi bien qu'il serait honteux de s'unir à elle, sans compter les dangers inévitables d'une alliance avec ses principes.

selbst auf die ihm an sich verhaßte Idee eines Austausches der Niederlande gegen Baiern eingegangen, in der Voraussetzung, daß England bereit sei, denselben zu genehmigen, wie das bei Rußland keinem Zweifel unterlag. Dieser Plan würde, so sagt er, vielleicht ohne Preußen ausgeführt werden; sollte man nicht der Ausführung desselben beistimmen können, besonders wenn man dadurch die Aussicht zu einer allgemeinen Pacification gewinne? Man brauche sich nicht auf immer mit Oesterreich zu vereinigen; aber in diesem Augenblicke gelte es, Europa zu retten: Austausch von Baiern, Garantie von Südpreußen, definitive Festsetzungen über Polen, endlich auch Säcularisationen würden dazu die Mittel darbieten. Der Zweck bei dem allgemeinen Frieden mit Frankreich müßte sein: die Grenzen herzustellen, wie sie früher waren, und sie zu befestigen; auch für die Entschädigung der im Elsaß verletzten Reichsfürsten würden sich Mittel und Wege finden; Oesterreich und Preußen sollten zu einer allgemeinen Pacification zusammenwirken.

Aber Hardenberg kannte doch die Ziele der damaligen österreichischen Politik nicht in ihrem vollen Umfange. Kaiser Franz hat wohl selbst einmal friedliche Gedanken gehegt. Thugut sah in dem unerwarteten Ausdruck dieser Hinneigung den Beweis fremden Einflusses und strebte mit Heftigkeit dagegen an. Die Allianz mit Rußland und mit England, die er vorbereitet hatte, beruhte darauf, daß der Krieg gegen Frankreich mit allem Eifer fortgeführt werden müsse. Wenn nun Preußen, durch seine allgemeine Lage auf die Nothwendigkeit eines Friedens mit Frankreich zurückgeführt, den es allein abzuschließen noch eine gewisse Scheu trug, von England zurückgewiesen, von Oesterreich keiner Beistimmung dazu versichert war, worauf konnte es sich stützen? So abschätzig Haugwitz sich über das Reich geäußert hatte, nicht ohne Grund, insofern von pecuniären Leistungen die Rede war, so bot doch das Reich in politischer Hinsicht eine Verbindung von solider und sicherer Grundlage dar.

Persönlich war es für Hardenberg von keinem Nachtheil, daß der Bruch mit England nun wirklich erfolgte. Malmesbury erklärte in der That seine Mission für beendet und trat den Heimweg an. Dadurch aber wurde Hardenberg der mannichfaltigen Rücksichten entledigt, die sein Verhalten in den letzten Monaten zweifelhaft erscheinen ließen: er konnte sich jetzt freier regen; sein Sinn ging auf eine unmittelbare Verbindung Preußens mit dem Reiche in Bezug auf den Frieden.

Wohl hatte die Reichsversammlung auf Antrag des Kaisers sich entschlossen, ein Quintuplum von Truppen ins Feld zu stellen, was eine Armee von 200,000 Mann gegeben haben würde, und immer noch schien es möglich, aus den Schätzen der geistlichen Fürsten und der Kirche selbst die für die Armee erforderliche Geldsumme zusammenzubringen; von hierarchischer Seite war gesagt worden, man möge indessen den Weihrauch aus kupfernen Kesseln aufsteigen lassen. Allein wer die Zerstörung erwog, die bereits die überrheinischen Lande betroffen, und das Mißtrauen, welches die bisherige Kriegführung der Kaiserlichen veranlaßt hatte, konnte sich von Anfang an weder auf kräftige Anstrengung noch auf genügende Beisteuer Hoffnung machen. Aus einem Schreiben des Kurfürsten Maximilian von Köln, eines geborenen Erzherzogs, nimmt man die fast verzweifelten Verlegenheiten ab, in denen er sich befand; gegen Ende des Jahres, sagt er, werde er seine Dikasterien nicht mehr besolden können. Wie wäre er im Stande gewesen, austrägliche Vorkehrungen zu einem neuen Feldzuge zu treffen? Er klagt, der Zustand, in welchem die österreichischen Truppen nunmehr schon zum dritten Mal über den Rhein zurückgegangen seien, habe die Menschen nicht allein entmuthigt, sondern entrüstet: das Landvolk sei versucht, sich an den kleineren kaiserlichen Truppenhaufen zu vergreifen. Am meisten Eindruck macht die Bemerkung, daß man sehr wohl fühle, wie wenig das österreichische Interesse mit dem deutschen zusammengehe. Der Erzherzog-Erzbischof unterscheidet zwischen reichsoberhauptlichen Gedanken und denen des österreichischen Cabinets: es komme schon dahin, daß man Oesterreich im Reiche als eine fremde Macht betrachte. So werde allerdings auch Preußen angesehen; allein man habe zu denen kein Zutrauen mehr, durch welche man so oft getäuscht sei, eher zu den Anderen.

Allgemein war die Besorgniß, daß in der alten Methode der Reichstage kein Heil mehr zu finden sei. Einige Stände, wie Würtemberg, Baden, der Landgraf von Hessen, vereinigten sich, durch eine Bewaffnung ihrer Gebiete das Eindringen der Franzosen zu verhindern; soviel man sieht, wollten sie ihr Reichscontingent mit den alten Landausschüssen, die eine Art von Miliz bildeten, vereinigen, um im Falle eines Angriffs Widerstand zu leisten; sie hielten deshalb einen Convent zu Wilhelmsthal. Aber die Beschlüsse, die sie daselbst faßten, waren doch nicht nachdrücklich genug, um Zutrauen einzuflößen; und wie lange Zeit hätte dazu gehört, um sie zur Wirksamkeit zu bringen! Wenn nun die Vorkehrungen

den deutschen Reichsfürsten keine Hoffnung ließen, den Krieg mit einigem Erfolg fortzusetzen, von einem vierten Feldzuge nur neue Gefahren und Bedrängnisse zu erwarten waren, so läßt sich wohl denken — ohne viel fremden Einfluß vorauszusetzen —, daß der Reichskanzler mit dem Entschlusse hervortrat, auf einen Frieden mit Frankreich offen hinzuarbeiten. Der Coadjutor Dalberg wird als der Mann bezeichnet, dem der Entschluß des Kurfürsten besonders zuzuschreiben sei. Der etwas auffallende Vorschlag war, Schweden oder Dänemark zur Vermittelung zwischen dem deutschen Reiche und den Franzosen aufzurufen. Darauf aber kommt es weniger an, als auf die Absicht, die Sache am Reichstage in Gang zu bringen, wie das denn noch im October 1794 geschah.

Der erzkanzlerische Gesandte versichert, er habe bei seinem Antrag auf die Berathschlagung hierüber eine größere Bereitwilligkeit und eingehendere Instructionen bei den Reichsständen vorgefunden, als je bei einem anderen Antrage. Wohl wäre es dem Reichsoberhaupte zugekommen, die Initiative dazu zu ergreifen; da nun aber die österreichische Politik ganz andere Bahnen verfolgte, so ließ sich von dem Kaiser eine solche niemals erwarten. Der Reichserzkanzler nahm sie in Uebereinstimmung mit den Reichsständen selbst in die Hand. Man kann darin den ersten Abfall von der Coalition erblicken. Das Reich wollte sich in die Bewegungen der großen Mächte, ihre Absichten und ihre Entzweiung nicht mehr einlassen; nur durch eine Abkunft mit Frankreich glaubte es sich selbst retten zu können. Und wie die Dinge einmal lagen, suchte und fand es eine natürliche Anlehnung an Preußen. Die ersten vertraulichen Eröffnungen darüber hat der Mainzische Hofkanzler Albini an Hardenberg gemacht.

In Wien erklärte man sich nicht absolut gegen den Vorschlag. Man sagte: wenn der Kurfürst von Mainz Mittel gefunden habe, einen erträglichen Frieden herzustellen, so würde sich Oesterreich als Mitstand des Reiches dem fügen und ihn annehmen; zur Zeit aber würde der Ruf nach Frieden auf der deutschen Seite lähmend wirken und das Selbstvertrauen der Feinde anschwellen machen; man müsse vorerst alle Kräfte nochmals mit äußerster Anspannung anwenden, um die Franzosen dahin zu bringen, daß ein Friede ihnen selbst erwünscht sei.

Ein offener Widerstreit der beiden Mächte stellte sich auch hier nicht heraus. Aber wie so ganz waren die Tendenzen einander

entgegengesetzt! Preußen war für den Frieden, Oesterreich für den Krieg. Wohl erklärte der Kaiser, auch er wünsche den Frieden; aber sein Minister gab doch den Verbindungen, in die er zur Fortsetzung des Krieges getreten war, offenbar den Vorzug. Die Hinneigung Preußens zu den auf dem Reichstage eingebrachten Vorschlägen leitete Thugut daher, daß es die Coalition zu zerstören suche. In Deutschland eine noch größere Truppenzahl für den Krieg gegen Frankreich von Preußen zu erlangen, hielt Thugut bereits nicht für so wichtig, als den Unzuverlässigkeiten dieser Macht ein Ziel zu setzen: denn im letzten Feldzug habe sie mehr geschadet als genützt; sie habe sich den Operationen Oesterreichs nur beigesellt, um den Erfolg derselben zu verhindern; Preußen wolle die Streitkräfte des Feindes schonen, um Oesterreich in die alleräußerste Verlegenheit zu bringen. Er meint, eine Rectification des preußischen Verhaltens müsse durch das Uebergewicht Rußlands angebahnt werden [1]).

Unter der Emphase der heftigen Anschuldigungen, mit denen die Depeschen Thuguts angefüllt sind, hat man Mühe, das Thatsächliche herauszufinden, auf welches sie sich beziehen; in der Hauptsache sind sie unbegründet.

Sie beruhen auf der Voraussetzung, daß Friedrich Wilhelm II. in einem fortgesetzten geheimen Verkehr mit den Franzosen stehe und daß er eine Abkunft mit ihnen zum Nachtheil Oesterreichs schließen wolle, daß er Oesterreich so gut als zu vernichten denke. Von alle dem muß man das Andenken Friedrich Wilhelms II. freisprechen. Aus allen seinen Aeußerungen, sowohl gegen Fremde als gegen sein Ministerium, ersieht man, daß seine Gedanken damals noch immer dahin gingen, in Frankreich eine Veränderung zu Gunsten der legitimen Gewalten hervorzurufen oder doch wenigstens den Fortschritten der Franzosen Einhalt zu thun. Aber wahr ist, daß er dabei dem kaiserlichen Hofe keine einseitigen Erwerbungen gestatten wollte, die ihm in seiner besonderen Stellung hätten nachtheilig werden können. Entwürfe zu Erwerbungen dieser Art erfüllten die Seele Thuguts. Seine Absicht war auf Erweiterung der Niederlande, die Wiederherstellung des österreichisch-burgundischen Uebergewichts an den Grenzgebieten zwischen Frankreich und Deutschland, endlich auf jene Revendication venetianischer Land-

---

1) Depesche Thuguts an Cobenzl, Wien, den 29. November 1794, im Archiv für österreichische Geschichte. Bd. 42, S. 416.

schaften, die wir berührten, nach dem Vorgange Maximilians I. und Josephs II. gerichtet.

In diesem Sinne eines weltumfassenden Ehrgeizes, der von den erlittenen Nachtheilen nicht berührt wurde, und des lebhaften Preußenhasses ist der schon lange vorbereitete Vertrag zwischen Oesterreich und Rußland am 3. Januar 1795 abgeschlossen. Thugut begrüßte denselben vor Allem in dem Gefühle der Eifersucht gegen Preußen: jetzt finde Preußen für den Vertrag, den es ohne Vorwissen Oesterreichs im Januar 1793 mit Rußland geschlossen, eine Erwiederung; es sei jetzt ebenso betrogen, wie es damals Oesterreich betrogen habe [1]). Unter diesem Gesichtspunkte hatte Cobenzl, der alte Vertraute des russischen Hofes, den Vertrag, selbst über die Instruction hinaus, die er empfangen, zu Stande gebracht. Er war beauftragt, mit Rußland und Preußen zugleich über die polnischen Angelegenheiten zu verhandeln, aber dabei doch jedes Einverständniß zwischen Rußland und Preußen zu verhüten. Cobenzl hielt dafür, daß er das Eine und das Andere erreichen werde, wenn er mit Rußland abschließe: denn die Autorität dieser Macht werde dann den Berliner Hof nöthigen, zu accediren. Für Rußland lag darin offenbar der größte Vortheil: Cobenzl konnte die Forderungen desselben nicht ablehnen, ohne Gefahr zu laufen, daß es dann eine entgegengesetzte Uebereinkunft mit Preußen treffe, wodurch Oesterreich genöthigt werden würde, sich von diesen Mächten Gesetze vorschreiben zu lassen [2]). Der Vertrag bezieht sich nicht unmittelbar auf Frankreich; aber die Grundlage von Allem ist die Voraussetzung, daß der Krieg gegen die Franzosen von Rußland und Oesterreich gemeinschaftlich fortgesetzt werden solle. Ein Artikel lautet dahin, daß Preußen mit aller Macht angegriffen werden soll, wenn es sich der Besitzergreifung der für Oesterreich vereinbarten Compensationen entgegensetze. Nicht minder anzüglich lautet die Bemerkung Cobenzls, daß Oesterreich an einen Krieg mit Preußen nicht denken könne, bevor Friede mit Frankreich

1) Je regarde l'achèvement de notre arrangement avec la Russie comme un événement très avantageux; le roi de Prusse se trouve déjoué tout à fait de la même manière que nous l'avons été, il y a deux ans, par la fameuse convention du 23 janvier 1793. Cobenzl me paraît s'être à merveille. Schreiben Thuguts vom 22. Januar 1795, bei Vivenot, Vertraute Briefe I, S. 185.

2) Depesche Cobenzls vom 5. Januar 1795, im Archiv für österreichische Gesch. Bd. 42, S. 422.

geschlossen sei [1]. Lag nicht darin die Andeutung, daß zwischen Frankreich und Preußen gleichsam ein gemeinschaftliches Interesse obwalte, eine Rechtfertigung der Politik, wie sie Hardenberg und Goertz an die Hand gaben?

Bei allebem wurde der im Jahre 1793 zwischen Preußen und Rußland abgeschlossene Tractat nicht eigentlich aufgehoben; Oesterreich spricht vielmehr seine Accession aus. Es garantirt Rußland die kraft desselben gemachten Erwerbungen, aber unter Bestimmungen, die Allem doch einen anderen Charakter geben. Die in den Briefen Kaiser Josephs und der Kaiserin Katharina ausgesprochenen Entwürfe über eine den Osmanen abzugewinnende Gebietserweiterung der beiden Reiche werden darin erneuert. Mit Bestimmtheit wurde festgesetzt, daß Moldau, Wallachei und Bessarabien von der Türkei getrennt und zu einer besonderen Souveränetät für einen nachgeborenen Prinzen aus dem in Rußland regierenden Hause gestaltet werden sollten. Die Kaiserin wird dagegen die damals für Oesterreich bestimmten Landschaften dieser Macht zu verschaffen alle Mühe anwenden. Wenn es dem Kaiser unmöglich ist, von Frankreich eine seinen Anstrengungen entsprechende Entschädigung zu erlangen, so stimmt die Kaiserin der Revendication venetianischer Gebiete durch Oesterreich vollkommen bei. Auch hiebei werden die zwischen Katharina und Joseph gewechselten Briefe und Verpflichtungen bestätigt. Die Kaiserin verspricht, gegen jede Macht, welche sich der Besitzergreifung des Kaisers widersetze, mit demselben gemeinschaftliche Sache zu machen [2].

In Preußen hatte man von allebem keine Ahnung. Man empfand nur den Gegensatz der preußischen und der russisch-österreichischen Interessen. Und historisch liegt vor Augen, daß eine Entzweiung der großen Mächte in dem Augenblick eintrat, als Frankreich sich zur ersten von allen zu erheben den Anlauf nahm.

---

1) Je ne me dissimulais pas que, dans la position actuelle, nous sommes bien peu en état de penser à une guerre de Prusse, jusqu'à ce que celle de France ne soit terminée.

2) Die geheime Declaration des Kaisers und die der Kaiserin sind zuerst von Miliutim, Geschichte des Krieges Rußlands mit Frankreich unter der Regierung Kaiser Pauls I., ins Deutsche übertragen von Chr. Schmidt, I., S. 296 veröffentlicht. Vergl. Martens, Recueil des traités et conventions conclus par la Russie II, S. 243.

Zehntes Capitel.

Kriegsgefahren und Mediationsentwürfe.

Man sprach damals viel von einem vierten Feldzuge, was so aussieht, als sei es nur eben auf eine Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich angekommen. In That und Wahrheit aber war der Krieg gegen die Revolution nicht mehr in dem Sinne gemeint, in dem er anfangs unternommen worden. Die drei großen Mächte, England, Rußland, Oesterreich, hatten Absichten gefaßt, die über die ursprünglichen Motive weit hinausgingen. England trachtete vor Allem nach einer Ausdehnung seiner maritimen Macht; um zur See die Ueberlegenheit zu behaupten, hielt es die Fortsetzung des continentalen Krieges namentlich durch Oesterreich für nothwendig. Zu diesem Zwecke bewilligte es Oesterreich große Anleihen und stellte ihm andere Hülfsleistungen in Aussicht. Dadurch bekam nun Oesterreich neue Kräfte und den Muth, in seinen Eroberungsabsichten nicht allein an den französischen Grenzen, sondern auch nach anderen Seiten hin zu verharren. Es faßte die mitteleuropäische Stellung, nach der Joseph II. gestrebt hatte, in noch größerem Umfange, als dieser selbst, ins Auge. An und für sich konnte den Engländern nichts daran liegen, Oesterreich größer und mächtiger zu machen; aber sie wurden durch ihr maritimes Interesse bewogen, das österreichische zu unterstützen. Nicht ohne Rußland jedoch konnte Oesterreich zu seinen Intentionen zu gelangen sich Hoffnung machen; um Rußland zu gewinnen, entschloß sich Oesterreich, dessen Besitznahme ausgedehnter polnischer Provinzen anzuerkennen und selbst die Ansprüche der Kaiserin auf die Donaufürstenthümer zu begünstigen.

Indem nun diese Entwürfe ergriffen und diese Verbindungen eingeleitet wurden, kam in Preußen die fernere Theilnahme an dem Kriege gegen Frankreich in ernstliche Erörterung; denn noch

war die Absicht, eine partikulare Abkunft mit Frankreich zu schließen, nicht gefaßt: die friedlichen Intentionen, die man in Berlin hegte, bezogen sich auf eine allgemeine Pacification, die aber nach allem, was vorging, in so weiter Ferne lag, daß vielmehr fürs erste die Fortsetzung des Krieges in der bisherigen Weise in Aussicht trat. Man erwog, welcher Erfolg sich von einem vierten Feldzug erwarten lasse. Eine Denkschrift eines einsichtsvollen preußischen Offiziers, Phull, liegt vor, in der die militärischen Erwägungen ausgesprochen sind, welche von einem solchen Unternehmen dringend abmahnen mußten. Wenn man, so heißt es in derselben, die Kräfte berechne, welche in einem vierten Feldzuge den Franzosen gegenüberstehen und mit denselben zu kämpfen haben würden, so stelle sich das unzweifelhafte Uebergewicht der Franzosen heraus: Frankreich habe die Centralkraft von vierundzwanzig Millionen Menschen, angefeuert von patriotischen Ideen, geleitet von dem despotischen Convent, dem Niemand widerstrebe. Der Kriegsschauplatz sei für Frankreich der vortheilhafteste. Die Kette von Festungen, die das Land umschließe, mache es den Franzosen leicht, die Feinde zurückzuweisen, die zwischen denselben durchzudringen suchen möchten. Sie fänden alle ihre Bedürfnisse an Ort und Stelle; sie seien zur Offensive ebenso gut vorbereitet wie zur Defensive und dreimal stärker als die Verbündeten, die ihnen die Wage halten sollten. Menschenblut werde von ihnen nicht geschont. Unter den Verbündeten aber lasse sich, so fährt Phull fort, kein gemeinschaftlicher Operationsplan zu Stande bringen. Die Leitung des Ganzen von einem Endpunkte der Operationslinie bis zum anderen sollte nur Einem Manne anvertraut werden. Aber das sei schon darum nicht zu erreichen, weil keine der betheiligten Mächte es wagen dürfe, ein Armeecorps einem fremden General anzuvertrauen. Wegen des geringsten Schrittes, den die eine Armee zu Gunsten der anderen thäte, müsse hin- und hergeschickt und zu Hause angefragt werden, von wo dann oft die zweckwidrigsten Weisungen erfolgten. Alles Unglück leitet Phull von dem Mangel an Vorbedacht und Zusammenhang her. Unmöglich wäre es, einen Mann zu finden, fähig, einen Kriegsplan aufzustellen, der zugleich den Regeln der Kriegskunst und den besonderen Interessen eines jeden entspräche. Für einen vierten Feldzug sei man von vornherein in größerem Nachtheil, als bei den früheren: denn man sei der Schifffahrt auf dem Rhein nicht mehr Meister. Die Magazine längs dem Rhein seien theils aufgezehrt,

14*

theils vom Feinde erbeutet und in den Hinterlanden keine angelegt. Man werde unvorbereitet und ungerüstet vom Feinde überfallen werden. Sämmtliche Armeen seien vom Ausfluß des Rheins ins Meer bis Basel in einem mehr als 90 Meilen langen Cordon zersplittert. Es stehe zu erwarten, daß es dem Feinde glücken werde, denselben irgendwo zu durchbrechen, über den Rhein zu gehen und sich so zur Eroberung von Mainz den Weg zu bahnen. Nichts hindere die Franzosen, den Rhein zugleich bei Köln und bei Hüningen zu überschreiten. Die Oesterreicher würden dabei noch die am wenigsten gefährdeten sein; sie könnten sich in gerader Linie nach der Donau zurückziehen. Für die Preußen sei es weit schwerer, ihre Heimath ohne große Verluste zu erreichen.

Diese Erwägungen waren König Friedrich Wilhelm II. nicht fremd geblieben. Er hatte schon selbst den Wiener Hof aufmerksam gemacht, daß sich von dem vierten Feldzuge kein besseres Resultat erwarten lasse, als von den drei früheren, zumal bei der indeß immer mehr zu Tage gekommenen Erschöpfung beider Staaten. Und nicht allein von einem Angriff auf Frankreich war jetzt die Rede. Schon empfand man auch in Norddeutschland, daß man von der Kriegsgefahr unmittelbar bedroht sei. Wie war dem Herzog von Braunschweig zu Muthe, der sich zwei Jahre früher geschmeichelt hatte, in Paris einzurücken, jetzt aber sich in seiner nächsten Nähe von den Franzosen heimgesucht sah! Er hoffte noch, man werde ihnen Widerstand leisten, und war sehr bereit, dazu beizutragen. Bei der Nachricht von dem Rückzuge Clerfayts und des Herzogs von York schreibt er an Bischoffwerder: Moellendorff müsse sich jetzt mit Clerfayt vereinigen, um den Feind über die Maas zurückzuwerfen; der König möge einen Bevollmächtigten an die Armeen schicken, um ihre Unternehmungen zu dirigiren; die unmittelbare Gefahr seiner westfälischen Lande gebe ihm dazu das Recht. Der Herzog selbst erbot sich, diesen Auftrag zu übernehmen und die Befehle des Königs auszuführen, nach gethaner Arbeit aber sich zurückzuziehen [1]). Darauf antwortete Bischoffwerder: er sei Zeuge gewesen von dem bitteren Schmerze des Königs bei dem

1) Si le Roi trouvait cette course de ses intérêts et que, dans ce moment, il ne se trouvât pas d'autre sujet propre à cette commission, je ne suivrais que les volontés de S. M. sans m'occuper de projets puérils pour la recherche de quelque commandement; l'opération terminée, je me hâterais à regagner ma retraite. Brunswick, le 12 octobre 1794. Archiv zu Wolfenbüttel.

plötzlichen Bruche des Subsidientractats, wodurch er verhindert werde, den Alliirten Hülfe zu leisten, wie er gern möchte; noch bitterer seien die Gefühle des Königs über die vom Rhein eingetroffenen Nachrichten [1]). Möllendorff habe gemeldet, der Feind sei ihm allenthalben an Streitkräften überlegen; er würde sich einem empfindlichen Nachtheil ausgesetzt haben, wenn er sich zu einer Diversion angeschickt hätte, zu eben der Zeit, als jene ihre eigenen Positionen verließen. Aus den Berichten der Augenzeugen erfahre man, daß Unordnung und Insubordination in der kaiserlichen Armee über alle Beschreibung gehe. Von Offizieren und Generalen höre man: sie wollten nicht mehr fechten; kein Mensch solle sie wieder über den Rhein bringen.

Für den Krieg überhaupt ein entscheidender Moment: die Franzosen, die offenbar schwächer als die Preußen waren, sahen mit Erstaunen, daß sich dieselben zurückzogen. Preußen war politisch im Nachtheil, aber militärisch noch nicht besiegt. Der Herzog von Braunschweig, der jetzt das einzige Heil im Frieden sah, bezweifelte doch, ob der mit Erfolg gekrönte Feind, im Begriff, Holland zu erobern, das ihm unberechenbare Hülfsquellen gewähren müsse, sich zum Frieden herbeilassen werde, zumal wenn die Armee des Herzogs von York wegen Mangels an Disciplin zu Grunde gehe, die kaiserliche Armee in einen Zustand von Insubordination gerathe und zugleich Conspirationen in Wien und London zu Tage kämen. Für die Fortsetzung des Krieges rechnete der Herzog gutmüthiger Weise noch auf eine Wiederherstellung des Einverständnisses zwischen Preußen und England. Der Sinn des englischen Hofes könne gar nicht sein, sich der preußischen Hülfe zu berauben: er werde sich ohne Zweifel bewegen lassen, Subsidien für die noch am Rhein stehenden Truppen zu bezahlen. Man müsse Holland vertheidigen und dem Feinde zeigen, daß die Coalition immer enger werde, daß man jeden Fußbreit Landes zu vertheidigen entschlossen sei und daß man den Vertheidigungskrieg leicht in eine Offensive verwandeln könne. Man sage wohl, es sei unmöglich, ein Verständniß unter den Alliirten herbeizuführen; aber habe es jemals einen

---

1) J'ai été témoin du chagrin amer que le Roi ressentait en se voyant privé, par la brusque infraction du traité des subsides, des moyens de suivre son inclination en prêtant un secours efficace à ses alliés; mais ce sentiment est bien augmenté par les tristes nouvelles qui se suivent de près de la situation des armées sur le Rhin. Potsdam, le 14 octobre 1794. Archiv zu Wolfenbüttel.

Augenblick gegeben, wo das nothwendiger gewesen wäre, als in dem gegenwärtigen, da der Feind das Innere von Deutschland bedrohe und die alten und besten Verbündeten zu Grunde richte? Er, der Herzog, wolle beinahe garantiren, daß England einen Feldzugsplan annehmen werde, den der König selbst entwerfe. Der König wird als der große Pilot bezeichnet, der Europa vor den Jakobinern und dem Verderben retten könne [1]).

Die Antwort des Königs zeigt, daß er ein so schleuniges Vorrücken des Feindes doch noch nicht fürchtete; er hatte sein Augenmerk auf die drei vornehmsten Plätze, Emden, Wesel und Mainz, gerichtet; besonders hatte er Wesel verstärkt und hoffte, daß es sich behaupten werde. Die Bewegungen Moellendorffs zielten dahin, die Vertheidigung zu erleichtern. Der König hat damals das Kriegscollegium aufgefordert, ihm die Positionen anzugeben, welche die Armee in dieser gefährdeten Lage einnehmen sollte. Dessen Antwort ist: die Vertheidigung von Mainz müsse man den Oesterreichern, auf die man sonst wenig zählen könne, überlassen; dagegen sollte eine Linie gebildet werden, deren linker Flügel die Gegend von Gießen und Hanau decken, deren Centrum sich in Lippstadt und Osnabrück aufstellen und deren rechter Flügel, von Hannoveranern und Hessen gebildet, die Ems bis Emden behaupten solle. Diese Position solle mit der äußersten Anstrengung vertheidigt werden: müsse man sie dennoch verlassen, so wurde noch eine zweite und dritte Position rückwärts der ersten genommen. Am 5. Februar 1795 spricht der König die Hoffnung aus, daß Wallmoden sich noch so lange halten werde, bis die preußische Armee die neuen Stellungen eingenommen habe, wozu Moellendorff erst vor kurzem aufgefordert sei.

Dieser Vertheidigungsplan zeigt, daß noch nicht alle Fühlung weder mit Oesterreich noch mit England verloren war. Man wollte den vordringenden Franzosen eine aus den drei verbündeten Heeren zu bildende Gesammtmacht entgegenstellen. Zugleich war dabei die

---

1) C'est au roi qu'il est réservé de réunir les intérêts de l'Europe, et de convenir d'un plan quelconque avec l'Angleterre et l'Autriche. — Quand on est prêt à faire naufrage, vers qui voulez-vous que l'on tourne les yeux si ce n'est vers le pilote qui inspire le plus de confiance, et le Roi en sauvant l'Europe se couvrira de gloire et acquerra les bénédictions de toutes les personnes bien pensantes, qui détestent le Jacobinisme, les horreurs qu'il a produites et celles qu'il va produire encore. Brunswick, le 20 janvier 1795. Archiv zu Wolfenbüttel.

Meinung, in dieser defensiven Haltung eine Unterhandlung mit Frankreich zu beginnen, vor Allem in der Absicht, die Pacification zwischen den Franzosen und dem Reich in die Hand zu nehmen.

Hardenberg hätte wohl gewünscht, daß die Mediation des Königs vom Reiche angerufen worden wäre; da das aber am Reichstage nicht zu erreichen war, so wendete er sich abermals an die vorderen Reichskreise, welche bei Preußen ihren Rückhalt suchen sollten, jedoch ohne daß die Stände, die das wünschten, dadurch verhindert würden, sich auch an den Kaiser zu wenden. Er sprach darüber mit Moellendorff, der die Einwilligung des Königs mit Bestimmtheit in Aussicht stellte, und mit Albini. Dann ging er nach Ansbach, um bei den fränkischen Ständen die nöthigen Einleitungen zu treffen. So weit kam es nun, daß zuerst der oberrheinische Kreis, am 13. November der fränkische und am 22. der kurrheinische die Mediation des Königs anriefen. Wenn nun aber der König, der den Mangel der englischen Subsidien empfand, auf den Gedanken zurückkam, die vorderen Reichskreise zur Verpflegung seiner Truppen aufzufordern, so hielt Hardenberg eine Maßregel der Art in diesem Augenblicke für unzeitig, da sich jetzt Oesterreich dagegen erklären würde: man müsse abwarten, ob der nächste Winter nicht zum Frieden führe; geschehe das nicht, so würde das Reich, um sich zu schützen, selbst Propositionen machen.

Aber die Hauptsache blieb doch immer die Einleitung des Friedens zwischen Frankreich und dem Reiche. Hardenberg erklärte: der König sei sehr bereit, die Mediation zu übernehmen, wenn er von den Kreisen und dem Reiche dazu aufgefordert werde; unmöglich aber könne er dabei mit Oesterreich zusammenwirken; denn dies gehöre zu den kriegführenden Mächten. Frankreich würde nicht darauf eingehen; Preußen und Oesterreich würden über die Unterhandlungen selbst in unendliche Weitläufigkeiten gerathen. Solle der König für den Frieden etwas leisten, so müsse er die ehrenvolle, aber mühselige Rolle des Vermittlers allein übernehmen.

Hardenberg hatte damals, da sich von dem Antrag auf Verpflegung kein Erfolg erwarten ließ, den Vorschlag zu einer Anleihe gemacht, einem Mittel, dem er in dem Geiste der kommenden Zeiten überhaupt den Vorzug vor unmittelbaren Leistungen zu geben geneigt war. Er machte, noch ohne eine ausdrückliche Ermächtigung sich erwirkt zu haben, den Kreisen in diesem Sinne einen Antrag.

Wiewohl das den bisherigen finanziellen Gewohnheiten des preußischen Staates nicht entsprach und in der Art und Weise der

Einleitung den Beifall des Finanzministers Struensee nicht hatte, wurde die Sache doch von dem Könige keineswegs verworfen. Dem Könige wären an sich Naturallieferungen das Liebste gewesen; aber nach einigem Bedenken genehmigte er in einem ausführlichen eigenhändigen Schreiben eine Anleihe bis zu 10 Millionen Thalern. Vor Allem bezeigte er seinen Beifall darüber, daß Hardenberg die deutschen Fürsten dahin zu bringen trachte, ihn zu ersuchen, ihre Pacification mit der französischen Nation zu vermitteln.

So begegneten einander in den letzten Monaten des Jahres 1794 und den ersten des Jahres 1795 Maßregeln zur militärischen Abwehr und Unterhandlungen zur Einleitung einer Pacification mit Frankreich; allein, daß sie zum Ziele oder zu einem haltbaren Zustande führen würden, war doch höchst unwahrscheinlich. Wie hätte die Aufstellung jener Gesammtmacht auch nur zu Stande gebracht werden können, da die Intentionen Oesterreichs und Englands ganz andere waren, als die preußischen? Und in das Vorhaben des Königs von Preußen, sich von dem Reiche mit der Friedensmediation beauftragen zu lassen, konnte Oesterreich nimmermehr ernstlich einwilligen, da seine Politik auf die Fortsetzung des Krieges gerichtet war.

In der Unmöglichkeit, hierüber zu einer Entscheidung zu gelangen, bekam nun in Preußen die Idee, einen partikularistischen Frieden mit Frankreich zu schließen, vollends die Oberhand.

Elftes Capitel.

Einwirkungen des Prinzen Heinrich.

Wenn man die Tendenzen, durch die Preußen zu einem besonderen Frieden geführt wurde, als einen Abfall von der Coalition betrachtet, so ist dabei die Voraussetzung, daß diese noch bestanden habe. Auch verhält sich dies so, inwiefern die drei übrigen großen Mächte dabei beharrten, den Krieg gegen Frankreich fortzusetzen. Aber die Revolution niederzuwerfen, war nicht ihr ausschließlicher, ja nicht einmal ihr vornehmster Zweck. Jede der drei Mächte hatte die Absicht gefaßt, ihre eigenen Interessen zur Geltung zu bringen und zwar nicht allein im Gegensatz zu Frankreich, sondern auch im Widerspruch gegen Preußen, welches durch ihre Ueberlegenheit in die schwierigste Lage gedrängt worden sein würde. Der Anfall der revolutionären Macht würde vor Allem Preußen niedergeworfen haben; aber auch die Niederlage Frankreichs hätte es fürchten müssen, weil dann Pläne zur Ausführung gekommen wären, welche seine Selbständigkeit erdrückt hätten. So durfte man nicht leugnen, daß das Bestehen Preußens in eine innere Verwandtschaft zu der Behauptung der französischen Macht, selbst wenn sie eine revolutionäre war, gerieth: ein absoluter Gegensatz bestand nicht zwischen ihnen. Sich in der Mitte der beiden großen Gegensätze der Welt zu behaupten, das einmal gebildete Selbst des preußischen Staates zu erhalten, namentlich seine Verbindung mit den Interessen Deutschlands, war jetzt die Aufgabe der preußischen Politik, welche sie, obwohl zögernd, ergriff.

Es ist sehr leicht zu erklären, daß dem Könige, der den Feldzug gegen die Revolution mit einer Art von Enthusiasmus begonnen hatte, unendlich schwer wurde, sich zu einem Schritte der Annäherung an das bekämpfte Element zu verstehen. Nur mit vielem Bedacht ließ er sich zu einer solchen herbei. Wären ihm

nicht jene Subsidien versagt worden, in einer Weise, die er als eine Beleidigung seiner Kriegsehre betrachtete, so würde er schwerlich dazu geschritten sein. Aber dadurch wurde er in die Unmöglichkeit gesetzt, den Krieg mit Nachdruck fortzuführen, und zugleich in eine Aufwallung gebracht, welche ihn der Coalition entfremdete.

Dagegen lebte in dem brandenburgischen Hause ein Prinz, der die politische Entfernung von England als heilsam für den Staat betrachtete. Es war der Oheim des Königs, Prinz Heinrich, der noch von der Reminiscenz an die Politik seines Bruders erfüllt war. Er hatte die erste Verbindung des Königs mit England in der Verwicklung der holländischen Angelegenheiten mißbilligt, noch mehr die Verbindung desselben mit Oesterreich gegen Frankreich, und diese Abneigung theilte der größte Theil der Nation. Jetzt war zu Tage gekommen[1], wie wenig der Staat in der einen und der anderen Rücksicht gewonnen hatte. Man hat gesagt, die zum Frieden geneigte Partei am Hofe, zu der auch Bischoffswerder gerechnet wird, habe den Prinzen herbeigezogen, um sich seiner zu bedienen. In den freilich nicht ausreichenden Notizen, welche über die in diesem Moment vorwaltenden Persönlichkeiten vorhanden sind, finde ich nichts, was diese Meinung bestätigen könnte, wenngleich auch nichts, wodurch sie schlechthin ausgeschlossen würde. Für die Fortsetzung des Krieges war überhaupt Niemand; noch hatte aber auch Niemand den Entschluß zum Frieden. Wenn der Prinz nach langem Intervall den Versuch machte, wieder in die politischen Angelegenheiten einzugreifen, so geschah das, weil die widrigen Folgen der Abweichungen von dem früheren System, die er immer mißbilligt hatte, jetzt in voller Evidenz vorlagen, so daß sie für seine Einwirkungen eine neue Bahn eröffneten.

Der Prinz ließ den Grafen Haugwitz wissen, er habe Propositionen in Bezug auf einen mit Frankreich zu schließenden Frieden zu machen; er wünsche aber, im voraus zu erfahren, ob der König sie durch den Grafen kennen zu lernen geneigt sei. Haugwitz erhielt die Erlaubniß des Königs, die Propositionen zu vernehmen, nicht jedoch ohne die Warnung, daß er sich von dem Prinzen nicht zu weit fortreißen lassen möge. Sein Oheim besitze viel Geist, stelle sich aber die Sachen zu leicht vor; er folge seiner Phantasie, habe jedoch immer egoistische Absichten: vielleicht denke er in diesem Augenblick die Negotiation ganz in seine Hände zu bekommen.

Es ist unzweifelhaft, daß Prinz Heinrich, der einmal behauptet, er habe seit dem October 1794 die preußische Politik gelenkt, sich

aufs ernstlichste mit dem Wechsel des Systems, den er für nothwendig hielt, beschäftigte. Die größte Aufmerksamkeit verdienen die Ansichten, die von ihm damals in zwei verschiedenen Denkschriften niedergelegt worden sind[1]). Die erste ist eine Anweisung für den Gesandten, der über den Frieden unterhandeln soll, aber hier noch nicht genannt wird. Der Prinz ergeht sich erst in allgemeinen Betrachtungen über das Verhalten eines negociirenden Gesandten; dann kommt er auf die vorliegenden politischen Fragen. Als die wichtigste von allen faßt er das Verhältniß zu Polen auf. Wenn die Franzosen, sagt er, denen in dem letzten Feldzuge so Vieles gelungen sei, in dem nächsten Holland erobern und über den Rhein gehen, werde dann nicht ihre Absicht sein, bei einer folgenden Friedensverhandlung den König zur Zurückgabe der von ihm in Besitz genommenen polnischen Provinzen zu nöthigen? Diese grausame Alternative, so drückt er sich aus, mache den Frieden mit den Franzosen nothwendig. Jetzt seien sie, soviel man wisse, noch freundlich für Preußen gestimmt; man könne ihnen Betrachtungen einflößen, welche sie von der Unvermeidlichkeit der polnischen Besitzergreifung überzeugen würden. Es ist der intellectuelle Urheber oder vielmehr Vermittler der ersten Theilung von Polen, der hier in einer bedeutenden Krisis das Wort über Polen ergreift. Er geht von der Bemerkung aus, daß ein eigentliches Polen doch niemals hergestellt werden könne; die Nation sei zu unwissend; auch der niedere Adel werde von den Magnaten und Starosten nach deren Belieben geleitet. Würde Preußen genöthigt sein, die neuen polnischen Acquisitionen herauszugeben, so würde Alles unter die Herrschaft der Russen fallen und das Gleichgewicht im Norden verloren sein; denn Preußen würde dann nicht zwischen den beiden anderen Mächten die Balance halten können. Deren Uebergewicht würde auf das deutsche Reich und die orientalischen Verhältnisse zurückwirken. Die Türkei, an deren Erhaltung Frankreich schon wegen seines Handels so viel liege, würde gefährdet werden.

Man hat wohl gesagt, und es ist sehr richtig, daß man in Berlin die Pläne, welche Thugut und Cobenzl in Petersburg verfochten, und denen Rußland beitrat, in diesem Moment noch nicht kannte; allein die Politik wäre eine kleinliche Wissenschaft oder Kunst, wenn sie allezeit nur auf eine genaue Kenntniß des Gegners und seiner Pläne

1) Die beiden Denkschriften des Prinzen sind in den Denkwürdigkeiten V, S. 49—72, abgedruckt worden.

begründet werden müßte. Wenn der Prinz Heinrich in dem gegenwärtigen Augenblicke zu einer Verständigung mit Frankreich rieth, so schwebten ihm dabei die Besorgnisse vor Augen, welche unter allen Umständen aus dem entschiedenen Uebergewicht Oesterreichs und Rußlands entspringen würden: die Zerstörung des Gleichgewichts im Norden, die Gefährdung der Türkei, Eventualitäten, gegen welche man des Beistandes von Frankreich sicher sein werde, wenn man sie zur Sprache bringe.

Der Prinz erwägt nun weiter die Punkte, die bei einer Verhandlung mit Frankreich zunächst zur Sprache kommen würden: Auswechselung der Gefangenen, für die er alle mögliche Zuvorkommenheit zu zeigen räth, die Handelsinteressen, die Bedingung des diplomatischen Verkehrs. Nicht allein aber einen Frieden bringt er in Vorschlag, sondern auch eine weitere, damit zu verbindende Uebereinkunft. Der König soll die Mediation zwischen Frankreich und den übrigen im Kriege befindlichen Mächten übernehmen. Dabei habe er dann für das Haus Oranien, mit dem das brandenburgische so eng verbunden sei, Sorge zu tragen, vor Allem aber für das deutsche Reich. Der Prinz meint, daß weder Oesterreich noch England geneigt sein werde, die Vermittlung des Königs anzunehmen. Die glorreiche Stelle eines allgemeinen Pacificators werde ihm schwerlich beschieden sein; aber es genüge schon, wenn Frankreich die Mediation des Königs für das deutsche Reich annehme; er werde dadurch eine seiner würdige Position erlangen; er könne dann seine Truppen zurückziehen und für sich selbst die Wohlthat des Friedens genießen. Zu den Motiven des Friedens mit Frankreich gehört die Voraussetzung der Wahrheit der Nachricht, daß zwischen den Franzosen und den Oesterreichern ernstlich über eine Abtretung der Niederlande gegen den Eintausch von Baiern unterhandelt werde. Der Prinz glaubte, daß das Zustandekommen dieser Verhandlung durch den Tod Robespierre's verhindert worden sei. Nichts aber sei für Preußen verderblicher, als dieser Austausch: Baiern müsse dem pfälzischen Hause verbleiben. Wenn der König auch von Oesterreich als Mediator anerkannt werde, so könne er demselben zu einiger Entschädigung für die Niederlande das Bisthum Salzburg verschaffen. Auch eine Erweiterung seiner Grenzen in Polen könne ihm gestattet werden nach der Convenienz Rußlands und Preußens, aber nimmermehr die Erwerbung Baierns. Ein Gedanke des Prinzen ist, daß der westfälische Friede mit geringen, von den beiden Mächten zu bestimmenden Abweichungen

hergestellt werden sollte. Nur insofern wünschte er eine Verbindung mit Frankreich; auf eine allgemeine Allianz der beiden Mächte geht sein Antrag nicht [1]).

Es waren noch immer die alten Gefahren, gegen die sich der große König erhoben hatte, von denen man sich bedroht fühlte. Eine Pacification mit Frankreich erschien um der polnischen wie um der deutschen Verhältnisse willen unerläßlich, wohlverstanden mit einem Frankreich, das noch nicht als erobernde Macht betrachtet werden konnte. Und waren nicht die größten Gefahren des preußischen Staates von der alten absoluten Monarchie in Frankreich selbst ausgegangen? Wie die inneren Verhältnisse sich nach dem Sturze Robespierre's gestalteten, war die constitutionelle Monarchie in Frankreich noch immer möglich. Unter den einander bekämpfenden Parteien gab es auch solche, die das Heil Frankreichs in dem Frieden mit Preußen sahen. Frankreich sollte trotz der durch die Revolution geschehenen Veränderungen als ebenbürtige europäische Macht betrachtet werden; man wollte ein dem alten analoges neues politisches System gründen; das revolutionäre Frankreich sollte den westfälischen Frieden bestätigen. Es leuchtet ein, daß damit Abtretungen an Frankreich in großem Umfang unvereinbar waren. König Friedrich Wilhelm II. sollte als Mediator für Deutschland und zugleich für Holland auftreten, dessen Erhaltung ein wesentliches Moment in der Politik des Prinzen bildete.

Bemerkungen und Ansichten, denen man nicht abstreiten kann, daß sie ebenso wichtig wie umfassend waren und in das Wesen der Dinge trafen; sie konnten nicht verfehlen, auf den König Eindruck zu machen. Man bemerkt immer eine Differenz zwischen der persönlichen Hinneigung desselben und den Erfordernissen der Lage des Staates: jene war für die Coalition, diese drängte zu einer Abkunft mit Frankreich. Friedrich Wilhelm war nach allem, was geschehen, nicht in der Stimmung, um diese Tendenzen absolut zurückzuweisen. Er fühlte sich selbst von der Coalition allenthalben abgestoßen. Die Vorschläge, welche Prinz Heinrich machte, eröffneten ihm die Aussicht auf eine große Stellung inmitten der kriegführenden Mächte. Wir haben ein Schreiben an Graf Haugwitz, in

---

1) Eine Abschrift dieses Memoires wie der Denkschriften des Prinzen findet sich in den pièces justificatives bei Schöll; doch stimmen die Reihenfolge, die er ihnen giebt, und die Zeiten, in die er sie versetzt, mit dem Inhalt nicht immer zusammen. Der Auszug, den er daraus mittheilt, ist geeignet, auf falsche Vorstellungen zu führen.

welchem der König seinen Entschluß ausspricht und die Motive zu demselben angiebt[1]). „Da die Engländer“, heißt es in demselben, „wahrscheinlich darauf beharren, keine Subsidien weiter zu zahlen, da ferner die Reichsfürsten meine Vermittelung in Anspruch zu nehmen scheinen, um ihren Frieden mit Frankreich zu machen, so halte ich, wenn dies Letzte geschieht, die Zeit für gekommen, um zu einer Pacification zu schreiten, zu welcher die beiden vornehmsten der coalisirten Mächte genöthigt sein würden die Hand zu bieten. Man hat Grund, zu vermuthen, daß die französische Nation sich nicht sehr sträuben würde, auf eine solche Pacification einzugehen“. Aus der Antwort des Ministers geht hervor, daß er an diesem Entschlusse des Königs keinen directen Antheil hatte. Aber er begrüßte ihn mit Freuden: denn in den Annalen der preußischen Geschichte werde man keinen Zeitpunkt finden, in welchem ein Friede nothwendiger sei, als in dem gegenwärtigen. Der König nahm auf die Eingaben des Prinzen Heinrich Rücksicht, ohne jedoch dieselben vollständig gutzuheißen. Er ging selbst auf die Negotiation mit Frankreich ein und bezeichnete den Mann, der ihm dazu der geeignetste scheine, den General Goltz, der bis zum Ausbruch des Krieges von 1792 Gesandter in Frankreich gewesen war. Bereits aber waren, ursprünglich selbst ohne Vorwissen des Königs, Verbindungen mit Frankreich angeknüpft.

1) Comme les Anglais soutiendront probablement leur thèse de ne plus continuer les subsides et que les princes de l'empire pourraient peut-être demander ma médiation, pour faire leur paix, je crois qu'en ce cas-là ce serait le plus propre d'en venir à une pacification à laquelle les deux principales puissances coalisées se verraient obligées de se donner les mains sous ma médiation; il y a même des données qui font soupçonner que la nation française ne serait pas trop éloignée de l'accepter.

Zwölftes Capitel.

Einleitung der Unterhandlung in Basel und in Paris.

Die ersten Friedensregungen waren von der Armee ausgegangen. Wenn der Feldmarschall auf Frieden drang, so sprach er damit die unter den Offizieren vorherrschende Meinung aus. Die Armee hatte damals, wie ein preußischer Offizier sagt, das Ansehen einer kleinen militärischen Republik. Die Opposition, in die sie sich gegen die den Engländern günstige Direction der Diplomaten hineingeredet hatte, bekam vollends das Uebergewicht, nachdem die Zahlung der englischen Subsidien suspendirt worden war. Noch ohne die Genehmigung des Königs — es ist kei Zweifel daran — wurde von dem Hauptquartier eine Negotiation mit den Franzosen eingeleitet.

Es bildet einen auffallenden und doch sehr erklärlichen Gegensatz, daß in der Republik jede Abweichung von dem Gebot der Machthaber mit den äußersten Strafen geahndet, in der Monarchie dagegen eine Eigenmächtigkeit der Offiziere geduldet wurde, welche selbst die große Politik berührte. Graf Friedrich Adolf von Kalckreuth, der allezeit Abneigung gegen Oesterreich, große Vorliebe für Frankreich gezeigt hatte, so daß ihm der schlechte Erfolg der Maßregeln, die zur Vertheidigung von Trier im Werke waren, zugeschrieben worden ist, ergriff hiebei die Initiative. Schon im Juli 1794 hatte er einem Weinhändler aus Kreuznach, Namens Schmerz, der ihm von dem Generalmajor Hiller empfohlen war, welcher dessen Bekanntschaft in Kreuznach gemacht hatte, mündlich Auftrag ertheilt, sich nach Basel zu begeben[1]), um bei den dort anwesenden

1) Instructions verbales. Hardenberg muß die Thatsachen aus einem Bericht von Schmerz entnommen haben, den er später dem Könige vorlegte und den dieser vernichtete. Man ist also auf das Gedächtniß Hardenbergs und die Zuverlässigkeit seiner Mittheilungen an Schöll beschränkt. Im Ganzen ist gewiß Alles richtig, im Einzelnen kann man zweifeln. — Seitdem ich

Franzosen zu erkunden, ob sie auf eine Auswechselung der Gefangenen eingehen wollten, und, wenn dies der Fall sei, ob vielleicht auf einen Stillstand, der bis zum Ablauf der englischen Subsidien geheimgehalten werden müsse, ferner ob sie zu Verhandlungen über einen Frieden mit dem deutschen Reich und Preußen geneigt seien. In Basel setzte Schmerz sich mit dem Bürgermeister Ochs und durch diesen mit Bacher, der sich als Commissar der französischen Regierung [1]) daselbst aufhielt, in Verbindung. Als Schmerz abreiste, versprach Bacher, ihm eine Resolution des Wohlfahrtsausschusses nachzuschicken. Am 19. August empfing Schmerz, der dann wieder in Kreuznach war, die Nachricht von Ochs, daß seine Eröffnungen wohl aufgenommen seien, eine Notiz, die Kalckreuth sehr willkommen war.

Mit einem zweiten Auftrage, der ihm ebenfalls nur mündlich ertheilt wurde — nicht jedoch von dem Feldmarschall, welcher ihn zwar zur Tafel zog, aber dabei kein Wort von der Sache sagte —, ging Schmerz wieder nach Basel zurück, wo ihm Ochs zwar berichtete, daß die französische Regierung alles Vertrauen auf eine geheime Unterhandlung mit Preußen verloren habe, Bacher aber doch auf den Vorschlag eines geheimen Waffenstillstandes einging.

Ein anderes Verhältniß war von französischer Seite angeknüpft worden. Merlin von Thionville erzählt [2]), daß er einen Emissär, der ebenfalls als ein Kreuznacher bezeichnet wird, an Kalckreuth geschickt habe, um ihm zu sagen, der Friede Frankreichs mit Preußen hänge davon ab, daß sich dieses von der Coalition zurückziehe [3]);

---

dieses schrieb, ist die Forschung in den preußischen Archiven weiter fortgesetzt worden; vergl. Sybel, Geschichte des Revolutionszeitalters, Bd. III, S. 223. Auch in Frankreich hat man diesen ersten Eröffnungen Aufmerksamkeit zugewendet (Sorel in der Revue historique V, S. 294), ohne daß man jedoch zu bemerkenswerthen neuen Resultaten gekommen wäre. — Einige hierauf bezüglichen Aktenstücke waren bereits von Bourgoing, Histoire diplomatique de l'Europe pendant la révolution française II, 2, S. 470 ff., mitgetheilt worden.

1) Premier secrétaire interprète attaché à la mission française en Suisse, et par conséquent à Barthélemy.

2) Bericht Merlins an den Wohlfahrtsausschuß vom 14. Frimaire d. J. III (4. December 1794) bei Reynaud, Vie et Correspondance de Merlin de Thionville. II, 127.

3) Der Emissär Merlins erscheint bei ihm unter dem Namen Schmitz. Wohl möglich, daß Schmitz und Schmerz dieselbe Person sind; aber es giebt Regionen, welche selbst die historische Forschung zu berühren sich scheut.

Kalckreuth habe geantwortet: um über den Frieden unterhandeln zu können, sei es nothwendig, die Feindseligkeiten vor Mannheim und Mainz zu suspendiren.

Einen störenden Eindruck machte es, daß Prinz Hohenlohe bei einer großen Recognoscirung die Franzosen aus ihren Stellungen verjagte und sie über Kaiserslautern nach der französischen Grenze zurücktrieb. Das diente vielleicht am meisten dazu, ihnen Rücksicht auf die preußischen Waffen einzuflößen. Meyerinck, einer der Adjutanten Möllendorffs, an welchen Schmerz besonders gewiesen war, gab über die Absichten Preußens beruhigende Erklärungen; er verband dabei Zusicherungen und Drohungen. Der Erfolg war, daß die Franzosen dem Rückzuge, zu dem sich die preußischen Truppen damals anschickten, nur geringe Feindseligkeiten entgegensetzten. Einen Zusammenstoß mit den französischen Truppen vermied man und mußte ihn um so mehr vermeiden, da man indessen wirklich in Berlin zu dem Entschlusse gekommen war, in eine förmliche Verhandlung mit Frankreich einzutreten. Diese betraf nicht allein die Auswechselung der Gefangenen, mit der Meyerinck zunächst beauftragt war; sie hatte eine Abkunft zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich zum Zwecke. Von jener nordischen Mediation waren die deutschen Reichsstände zurückgekommen; besonders der Kurfürst von Mainz wünschte dieselbe in aller Form an Preußen übertragen zu sehen; der König war ehrgeizig, sie zu übernehmen. Bei der umfassenden Bedeutung der Angelegenheit schien es nicht rathsam, die Unterhandlung in den Händen untergeordneter Agenten zu lassen, wiewohl Bacher mit großer Bestimmtheit aussprach, daß der Convent sehr geneigt sei, darauf einzugehen: man wünschte mit dem damaligen französischen Gesandten in der Schweiz, Barthélemy, anzuknüpfen. Ein Edelmann aus Zweibrücken, der in Diensten des Königs von Preußen stand, besuchte denselben gegen Ende Novembers in Baden, wo er sich aufhielt. Barthélemy's Einfluß auf die Verhandlungen ist so bedeutend gewesen, daß wir wohl seiner Persönlichkeit eine nähere Erwähnung schuldig sind.

Franz Barthélemy, Neffe des Autors des in aller Welt gelesenen Buches Anacharsis, gehörte der alten europäischen Gesellschaft an; seine diplomatische Ausbildung fällt noch in die Zeiten Ludwigs XVI. Jetzt hatte er sich in Baden einen den früheren Gewohnheiten analogen comfortablen Zustand eingerichtet. Er arbeitete den ganzen Tag bis in die Nacht; aber er hatte einen Garten, eine angenehme Gesellschaft von jüngeren Freunden — er

selbst war nie verheirathet —, eine gute Küche, einen wohlversehenen Weinkeller. Von natürlicher Sanftmuth und angeborener Mäßigung, verabscheute er das System des Schreckens und der Jakobiner mit ganzer Seele, wie er sich denn um einige Flüchtlinge, die der Gewalt der damaligen Herrscher entrannen, Verdienste erworben hatte. Den preußischen Besuch, der ihm jetzt zu Theil wurde, empfing er mit behaglicher Liebenswürdigkeit und dem Ausdruck entgegenkommender Gesinnung. Gern erging er sich im Gespräch über die großen Handlungen und Erfolge der französischen Armee in ihrer damaligen Zusammensetzung und erwartete deren noch mehrere; aber zugleich wünschte er den Frieden. Er verhehlte nicht, daß es in dem Convent eine Partei gebe, welche alles Gebiet bis an den Rheinstrom in Anspruch nehme: der aber stehe eine andere entgegen, zu der er selbst gehöre, welche sich damit begnügen wolle, die alten Grenzen wiederherzustellen, wie sie vor der Revolution gewesen seien. Doch sprach er dabei die Voraussetzung aus, daß England seine Eroberungen herausgebe und die belgischen Provinzen sowohl wie Holland zu Republiken, frei von jedem fremden Einfluß, umgestaltet würden [1]).

Für die Einleitung einer förmlichen Unterhandlung zeigte sich jedoch noch eine andere Schwierigkeit. Bacher wurde von dem Wohlfahrtsausschuß aufmerksam gemacht, daß ihm, dem Ausschusse, den Beschlüssen des Convents zufolge allein die Befugniß ertheilt sei, Anträge einer fremden Macht zu vernehmen, und daß demnach auch alle Propositionen, welche von preußischer Seite gemacht werden würden, an den Ausschuß gerichtet werden müßten [2]). Darin lag zwar eine Weiterung, aber doch auch zugleich die Einwilligung in die Verhandlungen selbst. Der Wohlfahrtsausschuß gab dem Gesandten Barthélemy mit einer Art von Entschuldigung — denn

---

1) Les uns croient que, fidèle à la constitution, on doit renoncer à toute conquête, que les anciennes limites de la France, c'est-à-dire celles qui subsistaient avant la révolution garnies partout d'une belle chaîne de forteresses, soit ce qu'il faut à la République, et lui serait de cet avis, bien entendu que les Anglais rendent tout ce qu'ils ont encore aux Français, que les Hollandais, les Pays-Bas autrichiens fussent des Républiques, influencées par personne, alliées à la France. Bericht des Grafen von Luxburg an Hardenberg. Geh. Staats-Archiv.

2) Le Comité de salut public de la Convention nationale au citoyen Bacher, premier secrétaire interprète de la République en Suisse, à Bâle. Paris, le 26 brumaire, l'an III de la République française, une et indivisible.

er hätte erwarten dürfen, daß die Unterhandlung von vornherein durch ihn geführt worden wäre —: Nachricht von dem bisher Geschehenen (5. Dezember). „Wir haben uns bereit erklärt, die Vorschläge des Königs von Preußen anzuhören, vorausgesetzt, daß sie mit der Würde und den Interessen des französischen Volkes vereinbar sind. Da das Cabinet von Berlin seine Augen über seine wahren Interessen öffnet, so hängt es nur von ihm ab, das ganze System von Europa zu verändern zum gemeinschaftlichen Vortheil für Preußen und Frankreich. Doch scheint es das Beste, die Verhandlungen unmittelbar mündlich in Paris zu führen“.[1]).

Indessen war in Berlin die von dem Könige angeordnete Mission nach Basel ins Werk gesetzt worden; sie wurde noch höchst geheimnißvoll behandelt, ähnlich wie jene erste Absendung Bischoffwerders nach Wien. Das damals eingeschlagene System sollte nun eben von Grund aus verändert werden. Graf Goltz, der sich in Magdeburg befand, soll sich zuerst nach Rheinsberg zu dem Prinzen Heinrich begeben, dem man diese Aufmerksamkeit wegen seines Eifers für den Frieden und seiner interessanten Bemerkungen über denselben schuldig sei; der Besuch soll jedoch nur als eine Höflichkeit betrachtet werden. Unter fremdem Namen soll sich Goltz nach Potsdam begeben, um hier seine Instructionen zu empfangen. Der König hatte befohlen, er solle selbst Berlin nicht berühren, und ihm überhaupt das tiefste Geheimniß zur Pflicht gemacht. Obgleich Goltz sich nicht wohl befand — er klagte über einen durch die Gicht gelähmten Arm —, zögerte er doch keinen Augenblick, die Mission anzunehmen: denn jedes Bedenken verschwinde, wenn sein Herr urtheile, daß er nützliche Dienste leisten könne. Leider findet man nichts über seine Conferenz mit dem Prinzen Heinrich, dessen Rath-

1) Nous avons répondu que nous étions disposés à écouter les propositions du roi de Prusse, qu'on pouvait être sûr qu'elles seraient accueillies si elles s'accordaient avec la dignité et les intérêts du peuple français, et que, puisqu'enfin le cabinet de Berlin ouvrait ses yeux sur ses véritables intérêts, il ne tenait qu'à lui, en mettant dans cette grande négociation la même franchise et la même loyauté que nous, de contribuer avec nous à changer rapidement le système de l'Europe de la manière la plus avantageuse pour lui comme pour la République française, qu'au surplus nous persistons à penser qu'il serait plus expédient de traiter de vive voix à Paris que par lettres. Le Comité de salut public au Citoyen Barthélemy. Paris, le 15 frimaire an III (5. December 1794). Nach der Abschrift im Geh. St.-Archiv.

15*

schläge er entgegenzunehmen angewiesen war. Als er von Rheinsberg nach Potsdam kam, fand er eine bereits fertige Instruction vor, und Haugwitz säumte nicht, sich einzustellen. In dieser Instruction erkennt man einige der Grundsätze wieder, die der Prinz in seinem Memoire niedergelegt hatte; doch war sie vollkommen ein Werk des Ministeriums. Sie ist insofern von der größten Merkwürdigkeit, als sie die Gesichtspunkte entwickelt, unter denen Preußen in die Friedensverhandlungen mit Frankreich eintrat.

Vor allen Dingen soll Goltz die bereits begonnene Unterhandlung über die Auswechselung der Gefangenen aufnehmen. Die Franzosen hatten versprochen, die Freigebung der sehr zahlreichen Gefangenen französischer Nation dadurch zu erwiedern, daß sie die von ihnen occupirten westfälischen Landstriche preußischer Herrschaft fortan nicht feindselig behandeln würden. An die Veränderung, die durch den Sturz Robespierre's in dem inneren Zustande von Frankreich eingetreten war, sollen die Hoffnungen angeknüpft werden, die der König für den Frieden hege, wobei er zugleich die Rolle eines allgemeinen Friedensvermittlers zu übernehmen wünsche. Vor allen Dingen nothwendig sei der Abschluß eines Waffenstillstandes, in den jedoch die Festung Mainz eingeschlossen werden müsse; erst dann könne man zu einer Verabredung von Friedenspräliminarien schreiten. Eine förmliche Anerkennung der französischen Republik soll der Gesandte möglichst vermeiden und sie nur unter der Bedingung aussprechen, daß die Negotiation nicht abgebrochen werde, sondern zum Ziele führe. Diese Anerkennung mochte auf der andern Seite nicht hoch angeschlagen werden, weil man derselben nicht bedürfe; für Preußen war sie aber ein wichtiger Schritt, da die Nichtanerkennung der Republik den Mittelpunkt der Ideen der Coalition bildete. Als Preis dieser Anerkennung wird die Rückgabe der von den Franzosen occupirten preußischen Staaten auf dem linken Rheinufer gefordert.

Eines der vornehmsten Objecte der Unterhandlung ist die Mediation des Königs für eine Anzahl Reichskreise und Reichsfürsten, von denen dieselbe gefordert ist. Es sind Franken, Oberrhein, Kurrhein, ferner die beiden Hessen, Trier, Zweibrücken, Leiningen. Der König trägt darauf an, daß diesen Fürsten sowohl wie andern, die sich ihnen anschließen könnten, Waffenstillstand und Neutralität bis zum Abschluß des Friedens zugesichert werde; er bezieht sich darauf, daß nach den Aeußerungen von Bacher und Ochs die französische Republik diesem Wunsche nicht entgegen sei, sondern es gern

sehen werde, wenn das Reich sich noch inniger als bisher an Preußen anschließe. Von einer Allianz mit Frankreich soll zunächst nicht die Rede sein. Doch soll in Anbetracht, daß das ganze System in Europa durch die letzten Ereignisse eine Veränderung erfahren, die Aussicht zu einer solchen eröffnet werden, namentlich für den Moment, wo es den Franzosen gelinge, ihrer Regierung einen Grad von Stabilität zu geben, durch den sie sich gegen neue Umsturzbewegungen sicherstelle. Goltz wird unterrichtet, daß Holland mit Frankreich in Friedensunterhandlungen getreten sei, in der Absicht, sich von dem Joch der Engländer loszureißen. Zur Ausführung einer Neutralisation, welche den Rückzug der österreichischen Truppen an vielen Stellen nothwendig mache, biete der König seine guten Dienste an. Der Emigranten soll sich der Gesandte annehmen und die Erleichterungen, die man ihnen gewähre, als eine Gefälligkeit bezeichnen, die man dem Könige beweise. Die Frage, wie sich Frankreich zu den von ihm im deutschen Reiche gemachten Eroberungen zu verhalten beabsichtige, erscheint, wie sich denken läßt, als einer der wichtigsten Gegenstände der Erkundigungen des Gesandten. Man wünschte zu hören, ob irgend ein Opfer zur Herstellung des Friedens nothwendig sei. Zugleich aber wird in Erinnerung gebracht, daß Frankreich die Garantie des westfälischen Friedens, die es einst so hoch gehalten, wieder übernehme, so daß es nicht allein die Constitution des Reiches garantire, sondern auch im Allgemeinen den Umfang seiner Besitzungen [1]).

Es ist eine für immer merkwürdige Phase der preußischen Politik, die hierbei zu Tage tritt: die alte Gestalt von Europa sollte möglichst conservirt, jedoch auch Frankreich als Macht, gleichsam als eine Gegenmacht gegen Oesterreich und England, anerkannt werden. Preußen will sich mit Frankreich Macht gegen Macht in Verhältniß setzen; besonders nimmt es eine große Stelle in dem Reich in Anspruch, das sich ohne innere Veränderung oder äußeren Verlust an den preußischen Staat angeschlossen haben würde. Aber

---

1) Ce serait rendre à l'Empire le service le plus signalé que de porter le gouvernement français à reprendre la garantie de la paix de Westphalie; car il serait clair que dès lors il serait obligé, pour ne pas tomber en contradiction avec lui-même, à subordonner ses vues à la teneur de ce même traité et à les borner ainsi au statu quo des possessions qu'il établit. Instruction secrète pour le général-major comte de Goltz. Berlin, le 8 décembre 1794.

gleich an höchster Stelle in dem Cabinete gab es Eine Stimme, welche die in der Instruction angedeutete Politik als unausführbar betrachtete.

Der Cabinetsminister Alvensleben vermißte vor Allem, daß man auf die vornehmste Streitfrage, die sich herausstellen werde, nicht größere Rücksicht genommen habe. Er setzt voraus, daß die Behauptung des linken Rheinufers in Frankreich eine beschlossene Sache sei, so daß die Zurückgabe der preußischen Provinzen sich nimmer werde durchsetzen lassen: denn die Franzosen würden ihr neu erobertes Gebiet nicht zerstückeln wollen [1]). Bei der Abfassung der Instruction hätte man auf die Möglichkeit dieser unwiderruflichen Prätention der Franzosen Rücksicht nehmen müssen. Alvensleben ist nicht der Meinung, daß dieser Anspruch absolut zurückgewiesen werden müsse; der Friede sei nun einmal das dringendste Bedürfniß. Er erörtert vielmehr, was für eine solche Abtretung von Frankreich zu verlangen wäre. Dazu bringt er zweierlei in Vorschlag: Sicherung der in Besitz genommenen polnischen Erwerbungen und Zusage einer Entschädigung Preußens durch Säcularisation [2]).

Diesem Gutachten aber setzte sich wieder Graf Finkenstein entgegen. Er erinnert: der Gedanke, daß Frankreich die Provinzen des Königs werde behalten wollen, sei doch nur eine Möglichkeit, die man bei der Instruction nicht zu berücksichtigen brauche. Darauf einzugehen, würde den König empören, so daß er vielleicht von der Mission des Grafen Goltz nichts mehr werde hören wollen [3]). Rußland werde sich im höchsten Grade verletzt fühlen, wenn es durch eine Indiscretion erführe, daß man Frankreich in die polnische Angelegenheit habe mischen wollen. Und selbst die Exclusion Oesterreichs von den in Polen zu machenden Erwerbungen würde, von den Franzosen ausgesprochen, bei ihrer weiten geographischen Entlegenheit ohne alle Wirkung bleiben. Das bedeutendste Wort Alvenslebens war die zur Entschädigung Preußens in Aussicht genommene Säcularisation. Auch erregte es den größten Anstoß.

---

1) morceler. Mémoire d'Alvensleben. Le 9 décembre.

2) de nous faire assurer une indemnisation en Allemagne par quelques sécularisations.

3) Cela ne manquerait pas de révolter le roi et engagerait peut-être S. M. à ne plus vouloir entendre parler de la mission du comte de Goltz. Mémoire de Finkenstein. Le 9 décembre.

Finkenstein bemerkt: ein solches Vorhaben würde das gesammte deutsche Reich gegen Preußen in Aufregung bringen, zumal wenn man zugäbe, daß Frankreich seine Grenzen bis zum Rhein ausdehne [1]).

Was hier als eine Meinungsverschiedenheit zweier Minister erscheint, war, im Allgemeinen angesehen, die vornehmste Frage der Welt. Sollte es Preußen gelingen, noch einmal auf Grund des westfälischen Friedens sich mit Frankreich zu pacificiren, d. h. das alte Europa und namentlich das hierarchische Deutschland zu behaupten, oder sollte diese Pacification nicht anders geschehen können, als durch Nachgiebigkeit in der territorialen Frage, was nothwendig nicht die Herstellung, sondern den Umsturz des Reiches zur Folge haben mußte? Haugwitz war der Meinung, daß es nicht an der Zeit sei, darüber im voraus feste Entschlüsse zu fassen: denn noch seien die Franzosen untereinander selbst nicht über ihre Politik in dieser Beziehung einig. Wäre es aber wirklich an dem, daß sie die Rheingrenze behaupten wollten, so würde nicht von einem Frieden, sondern nur von einem Waffenstillstande die Rede sein dürfen. Die Instruction von Goltz war in der Voraussetzung abgefaßt, daß die Franzosen an der Forderung der Rheingrenze nicht unerschütterlich festhalten würden. Auf seiner Reise nach Basel traf Goltz mit Hardenberg zusammen, mit dem er in ein sehr vertrauliches Verhältniß trat. Hardenberg unterrichtete ihn besonders über die Verhandlungen am Reichstage in Bezug auf die Mediation: denn die beiden Ideen der Mediation im Reiche und der Pacification mit Frankreich hingen aufs genaueste zusammen. Auch dem Feldmarschall Möllendorff machte Goltz einen Besuch. Dem lag vor Allem daran, daß von den Franzosen nicht die Belagerung von Mainz unternommen werde. Goltz langte am 28. Dezember in Basel an. Man wußte bereits, daß Barthélemy ebenfalls nach Basel kommen werde.

Indem aber das Berliner Cabinet die Unterhandlungen in Basel zu eröffnen im Begriff war, vernahm es, und zwar eben

---

1) Le partage de la Pologne ne dépend pas de la France, mais principalement de la Russie, qui serait piquée au vif si elle apprenait, par l'indiscrétion de la France, qu'on avait voulu y faire intervenir cette puissance. — Une sécularisation en notre faveur animerait tout l'Empire contre nous, dans le moment où nous l'abandonnerions en connivant à ce que la France poussât ses frontières jusqu'au Rhin.

von Basel her, daß der Wohlfahrtsausschuß Propositionen, die ihm von Seiten des Feldmarschalls zugingen, doch nicht angethan fand, um ernstliche Verhandlungen daran zu knüpfen; er wünschte, von den persönlichen Meinungen des Königs eine zuverlässige Kunde zu erlangen.

In Basel hielt man für nothwendig, das Berliner Cabinet von dieser Erklärung unmittelbar in Kenntniß zu setzen. Der dort anwesende preußische Gesandtschaftssekretair Harnier machte sich auf, um sie persönlich zu überbringen. Ohne Goltz zu erwarten, eilte er nach Berlin, wo er am 18. Dezember ankam und seine Mittheilungen machte. Die Eröffnung des Ausschusses schien für den ganzen Erfolg der eben unternommenen Mission so wichtig, daß man unverzüglich Harnier selbst dazu bestimmte, nach Paris zu gehen und die erforderlichen Erklärungen über die Gesinnungen des Königs beizubringen: er wurde an demselben Tage mit Anweisungen dahin versehen.

Um die Entschlüsse zu beurtheilen, welche in Berlin gefaßt wurden, muß man sich erinnern, daß die Nachrichten aus Paris den friedlichen Aeußerungen Barthélemy's entsprachen. Die große Reaction gegen das Schreckenssystem war noch in vollem Gange. Der Jakobinerklub war geschlossen, die 73 Girondisten waren wieder in den Convent eingetreten (9. Dezember 1794). Man erfuhr von einer durchaus veränderten Stimmung in der Nation und der höheren Gesellschaft. In der Hauptstadt kehre man — so versicherten ein paar Reisende, die aus Paris soeben in Basel angekommen waren — zu den alten Sitten zurück; die Bezeichnungen Bürger und Bürgerin verwandelten sich wieder in das altgewohnte Monsieur und Madame; man tutze sich nicht mehr; man vermeide das kurz abgeschnittene Haar, an welchem man die Jakobiner erkannt hatte; Alles rufe nach Frieden; das Volk begehre wieder eine öffentliche Gottesverehrung; bei der wachsenden Irritation von Rußland, Oesterreich und England beginne man einen Umschlag des bisherigen Glückes zu fürchten und würde geneigt sein, die Eroberungen, die in den Niederlanden und längs des Rheins gemacht worden, wiederaufzugeben, um Frieden zu erhalten [1]).

1) Diese Nachrichten kamen vom Grafen Luxburg zuerst privatim an Hardenberg und wurden von diesem an den König eingeschickt. In den Briefen wird Luxburg als ein Mann bezeichnet, der im Königlichen Dienste stehe. Er ist derselbe, von dem die obigen Mittheilungen über Barthélemy stammen.

Man sieht, wie sehr diese Mittheilungen den Wünschen des Berliner Cabinets entgegenkamen. Um so gespannter war man darauf, wie die Eröffnungen Harniers aufgenommen werden würden. Dessen Auftrag ging nun dahin, die von dem Wohlfahrtsausschuß geforderte mündliche Einleitung zu treffen und im Namen des Königs einmal von dessen Geneigtheit, auf einen Frieden einzugehen, Zeugniß zu geben, dann aber zugleich die Bedingung hinzuzufügen, daß Frankreich die Mediation des Königs in Bezug auf das deutsche Reich, mit welchem unmittelbar nach der Abkunft mit ihm selber ein Friede geschlossen werden müsse, anerkenne [1]). Harnier, der seinen Weg wieder über Basel genommen hatte, traf am 6. Januar 1795 in Paris ein. Begleiten wir den Verlauf seiner für die Entwickelung der Dinge unendlich wichtigen Unterhandlung.

Den Tag nach seiner Ankunft in Paris hatte er seine erste Audienz bei dem Wohlfahrtsausschusse, welcher vollzählig beisammen war. Der Präsident führte ihn in den Saal und wies ihm einen Platz zu seiner Seite an. Harnier las das Rescript vor, in welchem der Zweck seiner Mission — Friede und Mediation — ausgesprochen war. Man antwortete darauf mit allgemeinen Versicherungen, auf welche die Discussion folgte, die sich den 8. und 9. immer in den Mittagsstunden fortsetzte, und in welcher man die Gesichtspunkte des Wohlfahrtsausschusses hervorkehrte. Das erste, was man besprach, war die Pacification zwischen Preußen und Frankreich, die dergestalt in der Natur der Sache liege, daß die Schwächung des einen Theiles für den andern schädlich sei. Aber zugleich schien es, als halte man eine Allianz der beiden Mächte gegen ihre gemeinschaftlichen Feinde für selbstverständlich. Man sagte: nachdem Oesterreich Frankreich nicht habe zu Grunde richten können, werde es, gereizt durch die erlittenen Verluste, Hand anlegen, seine Gelüste gegen das Reich wiederaufnehmen [2]).

Harnier hatte den ausdrücklichsten Befehl vom Könige, wenn

1) Le but de cette commission, destinée à frayer les voies à une conciliation, consiste à prononcer mon intention sincère et sérieuse et le désir que j'ai de faire la paix avec la France, moyennant que celle-ci accepte ma médiation pour la paix à conclure immédiatement après avec l'Empire germanique. Instruction pour Harnier, Potsdam, le 18 décembre.

2) L'Autriche serait plus avide à trouver ailleurs de quoi satisfaire sa rapacité et reprendre nommément ses anciens projets contre l'Empire.

jemals, was er nicht erwarte, die Rede davon wäre, daß er seine Waffen gegen seine bisherigen Verbündeten wenden solle, dies zu verweigern; niemals werde er einen ähnlichen Entschluß fassen; ein solcher würde seiner Loyalität durchaus entgegenlaufen. So sprach sich nun Harnier mit Entschiedenheit aus; er machte damit vielen Eindruck auf den Ausschuß und brachte die Frage auf ihren eigentlichen Standpunkt zurück, d. h. auf den Abschluß eines besonderen Friedens. Den Antrag auf Mediation lehnten die Franzosen ab, inwiefern mit diesem Worte die Idee einer positiven Autorität verbunden sein könne. Sie unterschieden davon die Interposition guter Dienste, die sich auf gegenseitige Freundschaft gründe: eine solche allein entspreche der Stellung, welche die französische Nation durch Vollendung der Revolution im Kampfe mit den europäischen Mächten erlangt habe. Unerschütterlich bestand die Majorität des Ausschusses auf der Nothwendigkeit, Mainz an Frankreich zu bringen, — den einzigen Platz, der ihm mangele, um das ganze linke Rheinufer zu beherrschen.

Harnier bemerkte, daß die Erklärung des Comité's, weit entfernt, den friedlichen Erwartungen, die man hegte, zu entsprechen, vielmehr nur auf eine Fortsetzung des Krieges zu zielen schiene: es liege ein Widerspruch darin, dem Könige von Preußen eine größere Macht verschaffen und doch ihn selbst und seine Mitstände ihrer bisherigen Besitzungen und das Reich einer seiner vornehmsten Festungen berauben zu wollen.

Der Ausschuß erwiderte: Frankreich sei entschlossen, den Krieg so lange fortzuführen, bis es die Sicherheit erlangt habe, deren es bedürfe; der König werde nicht die Bitten einiger Mitstände höher anschlagen, als das Interesse seiner eigenen Staaten; in den Reichslanden spreche der Widerwille gegen den Krieg sich so laut und nachdrücklich aus, daß er niemals nationalisirt werden könne.

Das waren allerdings nur Besprechungen, keine Beschlüsse: in dem Ausschusse gab es eine Anzahl von Mitgliedern, die ungefähr ebenso gesinnt waren, wie Barthélemy sich ausgedrückt hatte. Dabei aber bleibt es doch, daß bei dem ersten Schritte der Annäherung zwischen Frankreich und Preußen auch der große Gegensatz hervortrat, der sie wieder auseinanderhielt. Alles liegt in dem Anspruche der Franzosen auf die Rheingrenze, welcher, da er ohne Entschädigung nicht durchgeführt werden konnte, zu einer Umgestaltung des inneren Deutschlands führen mußte; das Wort „Säcularisation" ist bei diesen Verhandlungen nicht ausgesprochen worden; aber

wir wissen, daß es in dem Schooße des preußischen Ministeriums selbst verlautet war. Die Meinung Alvenslebens war gewesen, auf die Forderung Frankreichs einzugehen und sich zugleich mit demselben über alle daraus hervorgehenden Nothwendigkeiten zu verständigen. Den übrigen Ministern und vor allen dem Könige lag ein solcher Gedanke fern; sie wünschten Pacification mit Frankreich, aber Erhaltung der Grenzen sowohl wie der inneren Gestaltung Deutschlands. Inwiefern dies zu vereinigen sein würde, das war nun die große Frage.

Dreizehntes Capitel.

Sästiation der Unterhandlungen. Goltz in Basel.

Schon an sich brachten die Berichte Harniers über seine Mission die größte Sensation in Berlin hervor; sie wurde dadurch verdoppelt, daß eben in derselben Zeit ein Ereigniß eintrat, durch welches die Weltlage wesentlich verändert wurde. Es war die Einnahme Hollands durch die Franzosen: sie geschah weniger durch neue bedeutende Waffenthaten, als in natürlicher Folge der Katastrophe von Belgien. In Holland regten sich die antioranischen Elemente, welche im Jahr 1787 besiegt worden waren und einen Rückhalt an Frankreich gefunden hatten. Damals besaß Frankreich — es waren die Zeiten der Notabeln und Calonne's — keine militärische und deshalb auch keine politische Bedeutung; seitdem aber war es zur vorwaltenden Macht in Europa geworden. Gleich bei dem Beginn der revolutionären Kriegsbewegung nach außen war eine Invasion in Holland versucht, jedoch durch die Uebermacht der Coalition rückgängig geworden. Der Rückzug der Verbündeten, die Erhebung der Patrioten, das Eindringen der Franzosen unter begünstigenden Umständen aller Art — Alles ging Hand in Hand. Der Prinz von Oranien, der noch einmal Anerbietungen in Frankreich gemacht hatte, wurde von der patriotischen Partei überboten und verließ das Land. Auch die Seemacht, welche immer viele oranische Sympathien gezeigt hatte, ging endlich zu den Franzosen über. An Stelle der Einrichtungen, welche 1787 und 1788 unter dem Schutze von Preußen und England getroffen worden waren, bildeten die jetzt siegreichen Patrioten eine neue Republik unter der Aegide von Frankreich. Die Unabhängigkeit Hollands hatte seit dem Jahre 1672 gleichsam als ein Eckstein des europäischen Staatensystems gegolten. Dort war die Idee des Gleichgewichts der Mächte ursprünglich gefaßt worden; dieses Gleichgewicht war aber jetzt, auf

dem Continent wenigstens, so gut wie zertrümmert. Am tiefsten und unmittelbarsten wurde Preußen davon betroffen, das in den engsten Verbindungen mit dem Hause Oranien stand, dessen Combinationen es eigentlich waren, was in Holland von den Franzosen überwältigt wurde, und das hiedurch auch geographisch in große Gefahr gerieth.

Mit dem Eindruck, den dies Ereigniß hervorbrachte, trafen nun die Nachrichten Harniers aus Paris zusammen: Haugwitz eilte zu dem König, um persönlich Rath mit ihm zu pflegen. Die Frage war, ob, nachdem der Anspruch der Franzosen auf die Rheingrenze unzweifelhaft geworden war, eine Fortsetzung der Friedensunterhandlungen noch zulässig sei. Hätte der Staat in seiner alten Energie bestanden, wäre er seiner Streitkräfte vollkommen mächtig gewesen, so würde man das nimmermehr haben genehmigen, man würde schon die in Holland geschehene Staatsveränderung sich nicht haben gefallen lassen dürfen. Allein so standen die Dinge nicht. Wenn die politischen Verhältnisse überhaupt zu den Verhandlungen mit Frankreich geführt hatten, so war diese Nothwendigkeit jetzt verstärkt. Das Vordringen der Franzosen in Holland, der entsetzliche Schlag, den sie den Streitkräften der Verbündeten beigebracht, die furchtbare Verstärkung der Hülfsmittel, über die sie disponiren konnten, verboten schlechterdings, die Unterhandlungen mit ihnen abzubrechen [1]). Ebenso umfassend wie dringend waren dieselben. Wie viel hatte es schon an sich zu bedeuten, daß der König von Preußen mit dem revolutionären Staat, den er zuerst bekämpft hatte, einen Pact zu schließen genöthigt war! Fast noch lebhafter aber empfand man die vorliegende Nothwendigkeit, über das künftige Verhältniß zwischen Frankreich und Deutschland Beschluß zu fassen. Und Alles gehen zu lassen, wie es ging, konnte zu unmittelbarem Verderben führen. In dieser Verlegenheit, durch die jeder Entschluß

---

1) Les nouveaux progrès faits par les armes françaises en Hollande, le coup affreux qu'ils ont porté aux forces de la Coalition, l'augmentation terrible de celles qu'ils ont déjà à leur disposition, sont autant de raisons pour porter le Roi à désirer que les négociations entamées avec les Français ne seraient point rompues, mais que les circonstances les plus impérieuses exigent plutôt qu'on ménage les dispositions favorables que le gouvernement français, d'après un plan politique, paraît nourrir, et qui ne semblent pas être contraires aux vrais intérêts de la Prusse. Haugwitz à Finkenstein et Alvensleben. Potsdam, le 27 janvier 1795.

zweifelhaft wurde, machte man die Bemerkung, daß man das, was im Wohlfahrtsausschusse geäußert war, nicht als offizielle Erklärung anzusehen brauche; man dürfe die Eröffnungen abwarten, welche der französische Gesandte dem preußischen in Basel vorlegen werde; auf der Stelle jedoch müsse man dem Erstaunen des Königs über den ungeheueren Entwurf der Franzosen Ausdruck geben. Aber man hielt nicht für rathsam, sich demselben direct und entschieden entgegenzusetzen. Man erwog, daß bei der allgemeinen Pacification alle Mächte dahin gebracht werden könnten, den Franzosen die Rheingrenze zuzugestehen: dann würde es vielleicht in dem Interesse des Königs sein, sich über das Schicksal seiner linksrheinischen Staaten mit Frankreich zu verständigen. In diesem Falle müsse man über den Austausch oder ein Aequivalent übereinkommen; bis dahin müsse jede Bestimmung verschoben werden [1]).

Wenn man noch die Hoffnung hegen konnte, daß die gemäßigte Partei in Frankreich die Oberhand gewinnen und die Aufrechterhaltung der alten Grenze beschließen würde, so war das doch nur die eine Seite der Frage; auch das Gegentheil blieb möglich. Und wenn dann ein neuer Sieg über die Coalition hinzukam, so daß das Zugeständniß der Rheingrenze allgemein nothwendig wurde, so trat der Fall ein, in welchem Preußen nicht über die Hauptfrage, wohl aber über seine besondere Stellung ein Abkommen mit Frankreich zu treffen hatte.

In allen anderen Punkten war das Cabinet von Berlin mit den Eröffnungen des Wohlfahrtsausschusses einverstanden. Man begrüßte mit Freude, daß zunächst von keiner formellen Anerkennung der Republik, hauptsächlich aber, daß von keiner engen Allianz zwischen den beiden Mächten die Rede sein sollte. Selbst in Bezug auf die Mediation wich man einen Schritt zurück. Hardenberg ist immer derselben entgegen gewesen und würde sich wahrscheinlich niemals dazu

1) Si, lors d'une pacification générale, telle était la nature de l'arrangement auquel toutes les Puissances contractantes auraient souscrit, que le Rhin fût effectivement la nouvelle ligne de la France, il conviendrait peut-être aux intérêts réciproques de la Prusse et de la France de s'entendre sur la possession des États du Roi sur la rive gauche de ce fleuve, et on ne disconvient pas que l'intérêt mutuel des deux Puissances exige que, dans ce cas, on convienne d'un arrangement quelconque d'échange ou d'équivalent à stipuler entre les deux Puissances. Mais comme ce point dépend des contingents futurs, on doit y renvoyer cet objet.

verstanden haben; Haugwitz aber ließ sich dazu herbei; er erklärte: man werde sich mit der Intercession für diejenigen Stände begnügen, die sich an das preußisch-französische System anschließen würden, wie das von dem Wohlfahrtsausschusse vorgeschlagen war.

Ueberhaupt ist ja nicht zu verkennen, daß Preußen sich bei dieser Negotiation von vornherein im Nachtheil, Frankreich aber im Vortheil befand. Wohl mußte Frankreich wünschen und wünschte es, Preußen von der Coalition zu trennen; doch war für Frankreich die Pacification mit Preußen keine Nothwendigkeit; eine solche aber war sie für Preußen selbst. Alvensleben hat bei der damaligen Berathung nochmals eine evidente Zusammenstellung darüber zu den Akten gegeben; und um das Verhältniß der beiden Mächte zur Anschauung zu bringen, möge sie hier in kurzem recapitulirt werden. „Die holländische Armee“, sagt Alvensleben, „ist nicht mehr, die englisch-hannoversche so gut wie zerstört; bei den deutschen Fürsten findet man pompöse Worte, aber keinerlei nachhaltige Kraft. Der ungeheueren Macht der Feinde steht man also allein gegenüber“. Die preußische Armee könne vernichtet, das Gebiet zwischen Rhein und Weser von den Franzosen eingenommen werden; von England sei nach Eintritt des Winters gewiß keine Hülfleistung zu erwarten. Von den beiden Kaiserhöfen werde man mit Knechtschaft bedroht, wenn das preußische Heer nicht in das eigene Gebiet zurückkehre und man ihnen nicht durch die Verbindung mit Frankreich imponire. Wollte man die Vortheile Oesterreichs über Frankreich befördern, so würde man an seinem eigenen Ruin arbeiten. Aus dem Berichte des Finanzausschusses sehe man, daß das Land keine Hülfsmittel weiter darbiete; aus den bei den Anleiheversuchen gemachten Erfahrungen ergebe sich, daß man keinen Credit besitze. Man könne die Armee nicht länger als bis zum März 1795 unterhalten; schon im Februar werde sie ihren Rückzug antreten müssen.

In dieser gefährlichen und widerwärtigen Krisis aller inneren und äußeren Verhältnisse war es, daß die Unterhandlungen in Basel begonnen wurden.

Von französischer Seite war der Vorschlag gemacht worden: Goltz solle sich zur Fortsetzung der Unterhandlung nach Paris begeben, wo auch andere Friedensbevollmächtigte, namentlich von Spanien und von Schweden, erwartet wurden. Goltz verwarf das mit Entschiedenheit: denn in der neutralen Stadt, in der man sich befinde, werde man die Geschäfte am ruhigsten ausführen können; in Paris dagegen würde man von dem dort wieder mächtig auf-

tauchenden Strudel der Intriguen ergriffen werden; die Emissäre von England und von Oesterreich würden den Fortgang der Unterhandlungen stören und um so mehr wirken können, da die Aufhebung des Maximums, zu welcher der Convent damals geschritten war, eine Vertheuerung der Lebensmittel herbeigeführt und den Einfluß der Jakobiner wieder gesteigert habe. In Berlin war man mit der abschlägigen Antwort des Gesandten sehr einverstanden: auf die Zumuthung der Franzosen einzugehen, laufe der Würde der preußischen Krone entgegen; offenbar werde für dieselbe besser gesorgt, wenn man an einem neutralen Orte verhandele, als wenn die Negotiation geradezu nach der Hauptstadt der neuen Republik verlegt werde. Man blieb dabei, daß die Unterhandlung entweder in Basel oder in Baden geführt werden müsse, und zwar mit Barthélemy, zu dem man bereits als einem alten Gesandten seiner allerchristlichsten Majestät ein nicht geringes Vertrauen gefaßt hatte.

Am 12. Januar 1795 traf Barthélemy in Basel ein. Die erste Begegnung, die er auf Veranstaltung Bachers an einem dritten Orte mit Goltz hatte, fiel sehr befriedigend für diesen aus: Barthélemy erklärte sich persönlich in dem Sinne der preußischen Gesandtschaft. Am 22. Januar wurden die Vollmachten von beiden Seiten im Rathhause zu Basel ausgewechselt. Am 23. kam es zu einer ersten, förmlichen Conferenz, an welcher auch Bacher, der jetzt seinem Gesandten adjungirt wurde, und Harnier, der vor kurzem aus Paris zurückgekommen war, theilnahmen. Sie betraf besonders den Abschluß eines vorläufigen Stillstandes und die Mediation. In zwei Punkten traten die Franzosen den Preußen entgegen, jedoch mit möglichster Schonung. Barthélemy erklärte: er sei beauftragt, nicht über Waffenstillstand, sondern zugleich über Friedenspräliminarien zu unterhandeln. Wenn Goltz den Wunsch ausgedrückt hatte, daß mit keinem deutschen Fürsten Verhandlungen ohne Dazwischenkunft des Königs von Preußen angeknüpft werden dürften, so lehnte das Barthélemy ebenfalls ab: denn es würde den intimen Verbindungen nicht entsprechen, in denen Frankreich bisher mit den verschiedenen deutschen Höfen gestanden habe [1]). Es ließ sich nicht verkennen, daß es die Absicht der Franzosen war, mit den auf dem linken Rheinufer ansässigen Fürsten besondere Uebereinkünfte zu schließen. Die Versicherung der Franzosen blieb jedoch

---

1) En souvenir des rapports multipliés qui ont subsisté entre la France et eux.

immer, daß dem Könige von Preußen eine noch größere Präponderanz im deutschen Reiche verschafft werden müßte: Frankreichs eigenes Interesse erheische das.

Zu bestimmten Vorschlägen oder Abmachungen kam es bei diesem Anfange noch nicht. Man beschloß, erst die Antworten abzuwarten, welche ein Courier, den man sofort absandte, aus Paris zurückbringen würde. Der weiteren Ansprüche, die der Wohlfahrtsausschuß Harnier gegenüber geltend gemacht hatte, geschah hier keine Erwähnung. Die preußische Regierung hat ausdrücklich erklärt, auf eine Verhandlung darüber nur dann eingehen zu können, wenn der Gesandte in Basel sie in diplomatischen Formen mittheile.

Goltz war eine feine Natur, ein Mann von Kenntnissen und der Gabe, die Angelegenheiten zu begreifen. Die Berichte von seiner früheren Gesandtschaft in Frankreich enthalten mannichfaltige und treffende Informationen; er war damals mehr gegen den Hof, als für denselben gewesen. Aber indem er sich anschickte, eine Unterhandlung zu führen, die von größerer Bedeutung war, als jemals eine andere, ist er gestorben, 6. Februar 1795, an einer wiedereingetretenen Gicht.

Sobald seine Krankheit eine gefährliche Wendung nahm, hatte man in Berlin dafür gesorgt, daß er zunächst durch den Gesandtschaftssekretär Harnier ersetzt werden konnte, der vollkommen dazu befähigt war, zumal nun die Fragen, wegen deren er nach Paris geschickt worden, ernstlich zur Sprache kamen. Nachdem Goltz gestorben, gingen die Aufträge, die für ihn bestimmt gewesen waren, mit auf Harnier über. Er sollte aber die französischen Anträge nur zur Berichterstattung nehmen. Er sollte Barthélemy auffordern, einen Friedensentwurf zu übergeben, worauf dann das preußische Cabinet ebenfalls einen Entwurf einbringen werde[1]). Nochmals soll er das Erstaunen des Königs über die Anträge des Wohlfahrtsausschusses aussprechen, die mit allem, was früher geäußert worden, in Widerspruch stünden: denn die Autorität, die man dem Könige zu gönnen die Miene annehme, werde er verlieren, wenn er der erste sei, der sich zu einer Abtretung

1) Je vous charge de proposer à Barthélemy de me faire parvenir par votre canal un projet de traité, auquel, en tant qu'il ne serait point trouvé acceptable, je ne manquerais pas de répondre sans délai par un contre-projet. A. Harnier. Potsdam, le 15 février 1795.

vom Reichsgebiete verstehe, indem er einen Theil des eigenen Gebietes aufgebe [1]). Da nun der Besitz der linksrheinischen preußischen Landschaften für Frankreich keinen Werth habe, wenn es nicht seine Grenzen überhaupt an den Rhein ausdehne — eine Frage, die erst bei einem allgemeinen Frieden entschieden werden könne — , so müsse auch eine Festsetzung über die ersten bis dahin verschoben werden. Das Beste wäre, in dem zu schließenden Tractat dieser Sache überhaupt nicht zu gedenken. Wäre das unthunlich, so möge durch eine einzurückende Clausel die Entscheidung über die preußischen Landschaften bis zur allgemeinen Pacification vertagt werden [2]). Darauf ging nun Barthélemy bereitwillig ein: es war sogar sein eigener Gedanke gewesen [3]). In seinen Instructionen war allerdings der förmlichen Anerkennung der Rheingrenze gedacht worden; aber Barthélemy hielt diese Forderung für inconsequent und übertrieben: er trennte sich in dieser Hinsicht von dem Wohlfahrtsausschuß und kam der preußischen Erklärung entgegen; er nahm gleichsam eine vermittelnde Stellung zwischen dem Ausschuß und dem preußischen Cabinet ein. Nur auf unmittelbare Räumung der preußischen Provinzen, die in Vorschlag kam, wollte auch er nicht eingehen, hauptsächlich weil dadurch das Ansehen des Ausschusses in Frankreich geschmälert und den gegen denselben gerichteten Intriguen Thür und Thor geöffnet werde. Bemerkenswerth ist, daß die Bedingungen der Autorität des Königs von Preußen und der des Ausschusses fast die vornehmsten Argumente waren, mit denen man sich bekämpfte: der König konnte die überrheinischen Gebiete nicht aufgeben, weil ihn das um sein Ansehen in Deutschland, der Ausschuß die Räumung der preußischen Provinzen nicht bewilligen, weil es ihn um sein Ansehen in Frankreich gebracht

1) Si j'étais le premier à donner l'exemple d'un démembrement du territoire de l'Empire, par l'abandon d'une partie de mes provinces qui y sont comprises.

2) De réserver jusqu'à la pacification générale la question des limites futures de la France vis-à-vis de la Prusse.

3) Les plénipotentiaires français n'ont en dernière analyse cru reconnaître la jonction délicate des considérations réciproques que précisément dans l'idée énoncée à la fin des très gracieux ordres de V. M. du 15; savoir qu'un article conçu dans les termes les plus généraux renvoie à l'issue de la pacification générale la détermination des limites futures de la Prusse et de la France. Harnier au Roi. Bâle, le 25 février.

haben würde. Die Umtriebe der Jakobiner und die Einwirkung des englischen Geldes wurden schon damals miteinander in Verbindung gebracht.

In dieser Zeit der Annäherung war eine Art von Stillstand zwischen den Armeen eingetreten. Es kann kein Zweifel sein, daß die neuen Stellungen der preußischen Armee, deren wir oben gedachten, auf einen Widerstand gegen einen Angriff der Franzosen berechnet waren. Aber schon stellte sich heraus, daß ein solcher nicht zu fürchten sei. Bis zu einem eigentlichen Einverständnisse kam es jedoch auch hiebei nicht. Die Franzosen wollten sich vorbehalten, wie sie sagten, die Engländer vom Continent wegzufegen. Von der preußischen Armee wurde erklärt, daß, wenn sie sich in der Defensive halten solle, sie auch keine Offensive in ihrer Nähe zugeben könne. Damit ward eine nicht viel weniger wichtige Frage berührt, als die über die Rheingrenze selbst war; denn unmöglich konnte Preußen das Vordringen der französischen Macht in Norddeutschland überhaupt dulden. Gerade in diesem Augenblicke sind neue Versuche einer Vereinbarung zwischen England und Preußen zur Vertheidigung von Norddeutschland gemacht worden. Die Preußen wollten Emden so wenig aufgeben, wie Mainz. Möllendorff ließ den Franzosen von der Position Nachricht geben, die er an Lippe und Ems, von Wesel bis Fulda einnehmen würde; er brachte zugleich eine Demarcationslinie in Vorschlag, jenseit deren weder von der einen noch anderen Seite Feindseligkeiten vorgenommen werden sollten. Die Franzosen zeigten sich geneigt, darauf einzugehen: ihr Observationscorps solle so verfahren, wie es das Verhalten der Preußen an die Hand geben würde [1]). Allein bei alledem war doch Beides noch, der Fortgang der Negotiation sowohl wie die Haltung der Armeen, in hohem Grade zweifelhaft.

In dieser Zeit hat der Herzog von Braunschweig einen Vertrauten, einen Herrn von Riedesel, nach Berlin geschickt, um sich über Absichten und Stimmungen zu unterrichten. Es ist unerwartet, wieviel noch im Februar 1795 von einer Wiederanknüpfung mit England die Rede war. Man meinte, daß der König nur durch die Suspension der Subsidien zu einer Unterhandlung mit Frankreich bewogen worden sei: denn dem Staate schien die größte Gefahr bevorzustehen, wenn man sich weder mit England wieder verständige, noch auch mit Frankreich zum Frieden gelange. Haupt-

1) Se conduire suivant la conduite que tiendra l'armée prussienne.

sächlich richtete sich die Aufmerksamkeit auf die Vertheidigung von Norddeutschland gegen die Invasion der Franzosen. Riedesel machte den König, bei dem er eine Audienz hatte, aufmerksam, wie wenig die zur Vertheidigung bestimmte Linie zu einer solchen geeignet sei; eine neue Parallele müsse an der Weser in Stand gesetzt werden. Man hielt daran fest, daß Möllendorff den Niederrhein, eine österreichische Armee dagegen den Mittelrhein und besonders Mainz vertheidigen solle. Von den Verhandlungen über den Frieden sagte König Friedrich Wilhelm kein Wort. Er hätte persönlich die Coalition noch immer vorgezogen. Den größten Eindruck machte auf ihn, daß das englische Parlament sich zu sehr umfassenden Bewilligungen für den Krieg gegen Frankreich herbeiließ. Der englische Gesandte ließ erwarten, daß er in kurzem im Stande sein werde, dem Könige von England aus Anerbietungen zu machen, was dieser weit entfernt war zurückzuweisen. Auch Haugwitz zeigte sich zurückhaltend; aber er versicherte, daß, wenn der Friede geschlossen würde, auch die Reichsstände ihren Schutz finden würden. Andererseits hielt er noch daran fest, daß ein Plan zur Vertheidigung entworfen werden müsse, bei welchem man auf Geldunterstützung und Verpflegung von englischer Seite rechnen dürfe. Dieser Unbestimmtheit gegenüber erschien Prinz Heinrich als der einzige Mann, der zu einem festen Entschlusse gelangt war und dabei beharrte. Er entwickelte dem Bevollmächtigten des Herzogs von Braunschweig ausführlich, durch welche Gründe man zum Frieden genöthigt würde: den absoluten Geldmangel, das allgemeine Mißvergnügen über den Krieg, die Verbindung Englands mit Oesterreich, das zweifelhafte Verhältniß zu Schweden und zu Rußland [1]). Die Katastrophe von Holland machte auf ihn den Eindruck, daß sie den Franzosen den Seekrieg gegen England nur erleichtern werde, da die holländische Marine ihnen jetzt zur Verfügung stehe. Er fügte hinzu: der Friede werde nicht ehrenvoll sein, aber er sei nothwendig; er seinerseits

1) Le manque total d'argent, le mécontentement général de la nation et de l'armée avec cette guerre, les plans mal combinés du ministère britannique, ses connexions claires avec la cour de Vienne, dont on cachait soigneusement toutes les démarches; les arrangements alarmants de la cour de Vienne sur la frontière de la Pologne et qui faisaient même craindre bientôt une offensive pour la Prusse, qui ne devait pas en être dupe, étaient tant de raisons pourquoi il avait cherché à traiter avec la Convention. Riedesel au duc de Brunswick. Berlin, le 8 février 1795.

wolle sein Vaterland nur aus dem Verderben retten, in das es durch Andere gestürzt sei [1]). Es hatte fast das Ansehen, als kümmere ihn der Ruin der Welt nicht, wenn er nur Preußen rette.

Aber auch so war die allernächste Zukunft zweifelhaft. Die Franzosen waren ungeduldig über die Zögerungen des preußischen Cabinets; zugleich traten sie in Basel mit entscheidenden Forderungen hervor.

Eines Tages erschien Bacher in großer Aufregung bei Harnier, um ihm von neuen Depeschen, die aus Paris eingelaufen waren, Nachricht zu geben; er bemerkte gleichsam entschuldigend, daß sie das Gepräge der Verstimmung trügen, in der sie geschrieben seien, und fügte hinzu, die Revolution habe eine Exaltation in den Gemüthern hervorgebracht, die jetzt noch, wo Alles einen anderen Gang ankündige, selbst in einer Depesche des Comité's [2]) sich manifestire.

Der Ausschuß sagte nämlich: er habe gemeint, Preußen werde die Prätention der Franzosen auf das linke Rheinufer nicht von der Hand weisen; wenn es sich jetzt dagegen erkläre, so könne man sich kaum der Meinung erwehren, daß Preußen den Krieg fortsetzen wolle. Und auf jeden Fall müsse er darauf Rücksicht nehmen, daß nicht durch fruchtloses Hin- und Herreden eine unschätzbare Zeit versäumt werde. Er komme auf seinen früheren Beschluß zurück, die militärischen Operationen fortzusetzen ohne Rücksicht auf die Friedens-Negotiationen [3]).

Harnier beklagte sich über das Mißverständniß, das bei dieser Voraussetzung obwalte. Barthélemy bezog sich auf eine flüchtige Aeußerung von Goltz, aus der dieser Schluß habe gezogen werden können; er entschuldigte Alles mit dem Eifer und der Präcipitation, die jetzt in dem Comité herrsche. Nach den Instructionen für Barthélemy, von denen Bacher einen Artikel schließlich beibrachte,

1) Je crois la paix certaine et nécessaire. — Je n'ai en vue que le bien de ma patrie, et je veux la sauver de la ruine où d'autres l'ont menée.

2) Barthélemy me dit: que je connaissais trop bien l'exaltation que la révolution avait laissé subsister encore en touchant à son terme dans la plupart des têtes, pour pouvoir être étonné d'en trouver aujourd'hui même dans une lettre du comité. Harnier au Roi. Bâle, le 6 mars.

3) Le comité revenait à sa résolution précédente de continuer les opérations militaires, non-obstant les négociations pour la paix.

war die Absicht des Comité's, an der Abtretung des linken Rheinufers festzuhalten; sie solle die Grundlage für den Frieden bilden, in welchen alle Reichsstände, die sich dem fügen würden, eingeschlossen sein sollten [1]); nur Oesterreich wurde ausgenommen, weil man an einen Frieden mit dieser Macht noch nicht dachte [2]). Harnier war hiedurch überrascht und unangenehm berührt: er sah in dem Vorschlag eine Nichtachtung Preußens; man vergesse in Paris, daß man es mit einer europäischen Potenz zu thun habe. Barthélemy und Bacher waren eigentlich derselben Meinung: denn so war es doch, daß die Beschlüsse des Comité's von einer Majorität herrührten und daneben noch immer eine dissentirende Minorität bestand, die in dem Convent viele Anhänger zählte, und der die Nation überhaupt sich anzuschließen schien. Die beiden Bevollmächtigten äußerten sich in solchen Ausdrücken, die, wären sie bekannt geworden, nach Harniers Meinung dieselben hätten unter die Guillotine bringen können. Nur deshalb, sagten sie, sei von ihnen den preußischen Bevollmächtigten davon Nachricht gegeben worden, weil sie in Besorgniß seien, daß das Comité in seiner Uebereilung analoge Weisungen an die Armee erlassen haben möchte, die dann leicht den Ausbruch der Feindseligkeiten veranlassen könnten, wenn man nicht die preußischen Generale im voraus darauf aufmerksam mache, daß das soviel nicht zu bedeuten habe. Um eine nochmalige Deliberation in dem Ausschusse hervorzurufen, übernahm es Barthélemy, selbst einen Vertragsentwurf abzufassen und einzusenden, in welchem er die entgegengesetzten Richtungen zu vereinigen suchte. Die Abtretung des linken Rheinufers sollte nicht ausdrücklich verworfen werden, weil der Ausschuß alsdann damit in dem Convente zu viel Widerspruch finden würde; aber zugleich würde man eine Clausel hinzufügen, nach welcher die Entscheidung über die Abtretung, sowohl die Sache selbst, als die Art und Weise ihrer Ausführung, einer weiteren Beschlußfassung vorbehalten würde.

Der Zweck war also, den preußischen sowie den französischen

---

1) Article VI du projet de paix français: La République française continuera d'occuper les pays de Mœurs, de Clèves et de Gueldres sur la rive gauche du Rhin; et ces pays suivront, à la pacification générale entre la République française et le restant de l'Allemagne le sort des autres États de l'Empire situés sur la même rive.

2) Tous les États de l'Empire, excepté l'Autriche, qui consentiront à ce que la République française reste en possession tranquille des pays situés sur la rive gauche du Rhin, seront admis à la paix.

Tendenzen auf eine gewisse Weise zugleich gerecht zu werden. Dem Wohlfahrtsausschusse zu Gefallen sollte die Abtretung nicht geradezu verweigert, aus Rücksicht auf Preußen aber sollte sie auch nicht definitiv bewilligt, sondern der künftigen Pacification vorbehalten werden. Es sind die Artikel, die man hernach bei dem Friedensabschlusse zu Grunde gelegt hat. In dem Ausschusse wurden sie als Grundlage der Unterhandlungen angenommen.

Als sie nach Basel zurückkamen, eilte Harnier, einen Courier mit denselben nach Berlin abzufertigen. Dieser traf bereits im Anfange seiner Reise mit dem neubevollmächtigten preußischen Gesandten, Hardenberg, zusammen.

Vierzehntes Capitel.

Friedensunterhandlung Hardenbergs in Basel.

Hardenberg, der dazu ausersehen war, die Unterhandlung in Basel zu übernehmen, war ohne Zweifel der geeignetste Mann dazu. Er gehörte nicht zu den Anhängern Moellendorffs, er war kein Freund von Kalckreuth: an jener ersten Annäherung, deren wir gedachten, hat er keinen Antheil genommen. Aber den Gedanken des Friedens hat er vielleicht von Allen zuerst gehabt, in der Ueberzeugung, daß zu dem politischen Gleichgewicht Europa's ein mächtiges Frankreich nicht entbehrt werden könne. Ein besseres Verhältniß mit Frankreich sollte dann dahin führen, die Autorität des Königs von Preußen in Deutschland durch Vermittelung eines Reichsfriedens zu verstärken.

In der Verbindung dieser beiden Gedanken bestand das Wesen seiner Politik. Als Goltz nach Basel ging, trat Hardenberg mit ihm in eine Correspondenz, die sich hauptsächlich auf diese Combination bezog und seine eigene Stellung sowie den Stand der Sachen erläutert. Er machte ihm Mittheilung von dem Reichsconclusum, welches den österreichischen Einwirkungen zum Trotz auf eine Weise ausgefallen sei, die den König berechtige, in den Verhandlungen zugleich für das Reich einzutreten: die Mehrheit der Stände sei offenbar für die Friedensvermittelung durch den König. Auf Hardenberg machte es nicht wenig Eindruck, daß im englischen Parlament auf Annahme der von Pitt vorgeschlagenen großen Anleihen, namentlich der zu Gunsten Oesterreichs bestimmten, gerechnet werden konnte, in Folge der nunmehrigen Stimmung der Nation. Dadurch wird — sagt er — außer Zweifel gesetzt, daß Oesterreich im Stande ist, den Krieg mit aller Macht fortzuführen, woraus denn ihm wieder zu folgen scheint, daß Frankreich ein Interesse habe, mit Preußen und dem Reiche einen Frieden auf der Grundlage des Status quo vor dem Kriege abzuschließen.

Die Franzosen möchten bedenken, daß ihre beste Barrière die Schwäche der kleinen Fürsten jenseit des Rheines sei. Sie sollten das Reich zu gewinnen suchen und es nicht durch Feindseligkeiten gegen sich aufreizen, die nur dem Hause Oesterreich zugute kommen würden. Sie sollten das Prinzip aufrechterhalten, das im Anfang von ihnen selbst aufgestellt sei: daß die Republik keine Eroberungen zu machen gedenke.

Hardenberg hatte immer die allgemeine Combination der großen Geschäfte im Auge. In einem Gutachten vom 15. Januar 1795 erklärte er sich gegen eine Allianz mit Frankreich, welche in diesem Momente selbst der Ehre zuwiderlaufen würde; den einfachen Frieden mit Frankreich dagegen hält auch er für nothwendig. Unstreitig würde es für Preußen das Beste sein, eine Stellung der Neutralität zwischen den kriegführenden Mächten einzunehmen; nur müsse man sich hüten, mit den alten Alliirten in Entzweiung zu gerathen: das Spiel, das man spiele, würde sonst ein zu hohes und zu gefährliches werden. In die Neutralität müsse man die Reichsstände aufnehmen, die sich an Preußen anschließen würden. Er macht die weitaussehende, aber treffende Bemerkung, bei aller Schwäche der einzelnen Reichsstände sei es doch äußerst wichtig, dafür zu sorgen, daß die mannichfaltigen Kriegsmittel, die ihr Gebiet an Menschen, Geld und Landerträgen darbiete, nicht einmal gegen Preußen gekehrt würden. Veranlaßt durch die Schwierigkeiten, welche Struensee gegen seine finanziellen, auf ein Anlehen bezüglichen Projecte, deren wir erwähnten, namentlich eine in Ansbach einzurichtende Bank, erhob, hatte Hardenberg um die Erlaubniß gebeten, nach Berlin zu kommen. Durch ein Rescript vom 6. Februar erhielt er dieselbe. Aber trotz der Aufforderung von Haugwitz und Bischoffwerder, in Folge des Beschlusses, daß er an Stelle von Goltz treten sollte, seine Reise zu beschleunigen, wurde Hardenberg durch die Geschäfte der Markgrafthümer verhindert, vor Ende Februar in Berlin zu erscheinen. Hier war der Wunsch, eine Abkunft mit Frankreich zu treffen, hauptsächlich auch durch den Gang, den die polnischen Verhandlungen nahmen, verstärkt worden. Die polnischen und französischen Angelegenheiten haben eine tief eingreifende Wechselwirkung: die Erhebung Kosciusko's im Frühjahre 1794 mit den äußersten Anstrengungen der damaligen französischen Regierung zum Widerstande; der Gegensatz, in welchen Preußen in Deutschland gegen Oesterreich gerieth, mit dem Gegensatze der beiden Mächte in Polen; die Annäherung Preußens an

Frankreich mit der Annäherung Oesterreichs an Rußland. Wenn man allgemein die Differenz wahrnahm, die zwischen dem Prinzen Heinrich, der jetzt das Ministerium auf seiner Seite hatte, und den persönlichen Ansichten des Königs stattfand, so war Hardenberg, der ja immer zwischen den coalisirten Mächten und Preußen zu vermitteln gesucht hatte, mehr als ein Anhänger des Königs zu betrachten[1]. Ohne Zögern nahm er den Auftrag an, der ihm einen größeren Kreis selbständiger Thätigkeit eröffnete, als ihm bisher zu Theil geworden war.

Seine Gesichtspunkte erhellen aus den Bemerkungen, die er selbst zu seiner Instruction hinzugefügt hat. Der vornehmste ist, daß die Franzosen von weiterem Vordringen in das Reich abgehalten werden müssen, weil sich sonst in allen von ihnen eingenommenen Landschaften der Geist der Revolution zur Herrschaft erheben werde[2]. Schon war in Folge jener von Moellendorff ausgegangenen Anregungen von einer zwischen den Armeen zu bestimmenden Demarcationslinie die Rede. Hardenberg fand den dafür gemachten Entwurf noch nicht umfassend genug, die Absicht selbst aber sehr gerechtfertigt. Sollte Frankreich die Demarcationslinie ablehnen, so würde darin ein Beweis liegen, daß es auf einen allgemeinen Umsturz sinne; in diesem Falle würde es besser sein, den Krieg unter allen Umständen wiederaufzunehmen. Man müsse dann Alles thun, um das Verständniß mit den übrigen Mächten wiederherzustellen, sich England nähern und von ihm pecuniäre Hülfleistungen auswirken, hauptsächlich aber seine Kräfte auf das Aeußerste anstrengen, um einen so gefährlichen Feind zu bekämpfen; sonst würde Frankreich allein den Vortheil haben: es würde Preußen von den übrigen Mächten trennen und, wenn es derselben Herr geworden, sich auf die preußische Monarchie stürzen und sie vernichten.

Es war nicht ein einfaches diplomatisches Geschäft, zu dessen Ausführung Hardenberg sich anschickte. Er hatte die bestimmte Absicht gefaßt, den französischen Angriffen eine Sicherung des inneren Deutschlands entgegenzusetzen, gleichsam ein System, durch

---

1) Depesche des Lord Spencer an Lord Grenville, Berlin, den 10. März 1795, bei Herrmann, Geschichte des russischen Staates. Ergänzungsband, S. 513.

2) L'esprit révolutionnaire ne manquerait pas de se manifester et de soulever tous les pays occupés par l'ennemi. Mémoire de Hardenberg du 1er mars 1795.

welches Deutschland mit Preußen näher vereinigt werden und von den Einwirkungen der Franzosen fortan nichts zu fürchten haben sollte.

Auf der Reise nach Basel, die Hardenberg nun unverzüglich antrat, machte er auch dem Herzog von Braunschweig einen Besuch, der jedoch über die Verhältnisse in England, über welche der Gesandte sich zu unterrichten wünschte, wenig mitzutheilen vermochte. Die Fühlung mit England hielt Hardenberg jedoch noch immer fest. Man hat Grund, anzunehmen, daß er nur durch die Verzögerung der Erklärungen des Londoner Hofes bewogen wurde, mit den Verhandlungen Ernst zu machen.

In Frankfurt empfing er am 10. März Mittheilungen von Harnier, durch die er in zwiefacher Hinsicht allarmirt wurde: einmal weil sie die Abtretung der überrheinischen preußischen Provinzen involvirten, sodann weil sie die Annahme einer Demarcation sehr zweifelhaft machten; noch bei seinem Abschied hatte der König ihm diese besonders eingeschärft. Bei der Fortsetzung der Reise, die wegen des schlechten Zustandes der Landstraßen sehr langsam vor sich ging, in Kenzingen, kamen ihm am 16. März die berührten Mittheilungen Harniers, die den Tag zuvor aus Basel abgegangen und nach Berlin bestimmt waren, zu Händen. Der Inhalt des neuen Entwurfes war weit entfernt davon, Hardenberg zu befriedigen. Sein erster Eindruck war, daß der König denselben ohne wesentliche Modificationen nicht annehmen könne: denn er würde dadurch allen seinen Credit in Europa aufs Spiel setzen und wichtige Provinzen ohne Entschädigung verlieren. Auch der Lage der gegenseitigen Verhältnisse schien der Entwurf nicht zu entsprechen. „Die Preußen", sagte Hardenberg[1]), „sind von den Franzosen nie besiegt worden; Frankreich hat das größte Interesse, sie von der Coalition zu trennen, welche durch ihre Mitwirkung wahrscheinlich noch einmal gefährlich werden könnte. Dennoch sollen gerade die Preußen das Loos der Besiegten erfahren, die sie nicht einmal sind?" Er begehre so lebhaft wie Jedermann den Frieden und sei von der Nothwendigkeit desselben durchdrungen; aber um auf eine ehrenvolle Weise zu einem solchen zu gelangen, würde er wünschen, zwei Sehnen an seinem Bogen zu haben. Er würde eine feste Sprache führen können, wenn Preußen zugleich eine

1) Bericht Hardenbergs an König Friedrich Wilhelm II., Kenzingen, 16. März 1795, in den Denkwürdigkeiten V, S. 75.

drohende Haltung annehme und namentlich nicht der kleine Ehrenpunkt [1]), das erste Wort auszusprechen, von einer Annäherung an England abhielte. Der König hat geantwortet: der kleine Punkt sei für ihn ein großer; seine Ehre verbiete ihm schlechterdings, das erste Wort einer solchen Annäherung auszusprechen; er könne dem Gesandten unmöglich die zweite Sehne für seinen Bogen geben. Ein an sich gerechtfertigtes Gefühl des Königs, durch das aber der Diplomat von vornherein in eine ungünstige Stellung gerieth.

Hardenberg kam am 18. März in Basel an und eröffnete am folgenden Tage seine Unterhandlung. Barthélemy begann damit, den Wohlfahrtsausschuß wegen der Exaltation, die er in den letzten Aeußerungen kundgegeben, zu entschuldigen: man müsse diesen Zustand wie eine Krankheit behandeln und jede neue Aufregung vermeiden. Hardenberg rechnete darauf, daß das Comité, wenngleich es die öffentliche Meinung dirigire, doch auch ihren Einfluß erfahre; unzweifelhaft aber sei es, daß dieselbe, namentlich seit dem Falle der Jakobiner, eine Tendenz zum Frieden habe [2]). Man dürfe also hoffen, daß Preußen nicht zu unehrenhaften Bedingungen gedrängt werden würde, wenn es nur, indem es billige Vorschläge mache, Festigkeit zeige. Ohne präcisere Instructionen abzuwarten, ging Hardenberg sogleich auf die vorliegenden Fragen ein. Er überzeugte sich bald, daß die Erwähnung der Abtretung nicht zu vermeiden sein werde, wenn man nicht die Möglichkeit, den Krieg im Bunde mit der Coalition fortzusetzen, in Aussicht stellen könne. Da das aber die Meinung des Königs nicht sei, da derselbe den Frieden wünsche, so bleibe nichts übrig, als in einem besonderen Artikel jede definitive Bestimmung in allgemeinen Ausdrücken auf die Pacification mit dem Reiche zu verweisen [3]). Er kam damit auf den Standpunkt zurück, den Haugwitz angedeutet und den auf der anderen Seite auch Barthélemy an die Hand gegeben hatte; die fernere Occupation der preußischen Landschaften bis zu dem allgemeinen Frieden entschloß er sich nach-

1) pointille.

2) L'opinion se déclare de plus en plus contre une guerre à laquelle la conquête de la liberté et l'intégrité de l'ancien territoire français ne peuvent plus servir de prétexte.

3) En renvoyant par un article public conçu en termes très généraux tout arrangement définitif à la pacification générale de l'Allemagne.

zugeben, nur nicht ganz in den Ausdrücken des französischen Entwurfes. Wir dürfen hiebei die Abweichungen nicht übergehen, die bei der Fassung zur Geltung kamen. In dem französischen Entwurfe hieß es, daß die französische Republik die preußischen Landschaften besetzt halten werde. Hardenberg setzte den Ausdruck „Truppen der französischen Republik“ durch, um damit, wie man es auch in Berlin forderte, die Besetzung bloß als eine militärische zu bezeichnen. In dem französischen Entwurfe waren die preußischen Landschaften Cleve, Meurs, Geldern einzeln genannt. Hardenberg verlangte, daß man dafür die allgemeinen Worte setzte: „die überrheinischen Staaten Sr. Maj. des Königs von Preußen“; er glaubte damit zu bedingen, daß die Civilpossession dem Könige verbleibe, dem an derselben um so mehr gelegen war, da sie damals ein reines Einkommen von 700,000 Thlrn. abwarf: Veränderungen einzelner Worte, die aber doch die Idee, daß der König auch fortan als der Herr dieser Landschaften angesehen werden solle, enthielten. Von der größten Wichtigkeit ist der Artikel, welcher auf eine spätere Uebereinkunft in Bezug auf diese Landschaften zielt. Der französische Entwurf enthielt, daß die Entscheidung über diese Gebiete dieselbe sein solle, wie die über die anderen linksrheinischen Landschaften von Deutschland, so daß eine unmittelbare Entscheidung allerdings vermieden wurde. Preußischerseits aber war man mit dieser Fassung nicht zufrieden, vornehmlich weil die Entscheidung lediglich dem Reiche überlassen wurde, was der Idee der besonderen preußischen Macht nicht entsprach; dem Staate selbst sollte vielmehr im schlimmsten Falle die Cession der überrheinischen Gebiete anheimgestellt werden. Und auf keinen Fall wollte er dabei in Nachtheil gerathen; die Cession sollte, wenn sie ja nicht vermieden werden konnte, nicht ohne Entschädigung eintreten. Man sträubte sich selbst gegen das Wort „Cession“ und hätte vorgezogen, „Austausch“ zu sagen. Hardenberg begnügte sich jedoch mit dem Worte, weil die Alternative „Entschädigung“ hinreichend erläutere, was mit Cession gemeint sei. So wurde der Artikel formulirt, wie er in den Tractat gekommen ist. Man hätte denselben lieber weggelassen; das konnte jedoch aus Rücksicht auf den Convent nicht geschehen, welcher den Frieden ohne diesen Artikel nimmermehr angenommen haben würde. Daß dabei die geheime Absicht vorgewaltet habe, sich auf den Grund der Cession mit französischem Beistande zum Nachtheil Anderer zu vergrößern, muß man in Abrede stellen: eine moralische Anklage

darf man daraus nicht herleiten, wohl aber eine historisch-politische. Denn schon die Möglichkeit einer Abtretung in der Ferne erblicken zu lassen, war eine Nachgiebigkeit gegen den Convent, die nur in dem militärischen Uebergewicht der Franzosen ihren Grund hatte, also doch eine Folge der erlittenen Niederlagen. Die Absicht des preußischen Hofes war, Frieden mit Frankreich zu schließen, ohne Nachtheil für Deutschland. Es war vielleicht ein Irrthum Hardenbergs, das für möglich zu halten: er schmeichelte sich, daß es zu einer Abtretung nicht kommen würde. Namentlich meinte er die unmittelbare Feindseligkeit der Franzosen zu vermeiden und zugleich Gelegenheit zu erlangen, ihrem anderweiten Umsichgreifen entgegenzutreten.

Darauf war seine ganze Aufmerksamkeit und Thätigkeit gerichtet. Er trat mit einem Vorschlage hervor, durch welchen eine Demarcationslinie zwischen den beiderseitigen Armeen und die Neutralität des nördlichen Deutschlands festgesetzt werden sollten. Die Franzosen wandten ein, daß dieser Vorschlag ein neuer sei und die Sache besser einer besonderen Convention zugewiesen werden dürfte. Hardenberg bestand um so mehr darauf, da sein Sinn dahin ging, die übrigen norddeutschen Staaten um den König zu schaaren. Er erwiderte: die Neutralität des Reiches sei von Anfang an in Antrag gebracht worden, und der jetzige Vorschlag enthalte mehr eine Ermäßigung des alten, als etwas Neues. Wohl beschied er sich, daß der Artikel nicht in den öffentlichen Tractat aufgenommen werden könne; aber er fand Gelegenheit, eine Andeutung davon, die virtuell seiner Absicht entsprach, in denselben zu bringen. In dem Entwurfe des Comité's fand sich ein Artikel, in welchem von der Herstellung des Handels mit Preußen die Rede war; Hardenberg fügte hinzu, daß zu diesem Zwecke der Krieg von Norddeutschland überhaupt ferngehalten werden müsse.

In dem dritten geheimen Artikel wurde dann die Linie bestimmt, welche die französischen Kriegsoperationen nicht überschreiten sollten. Man hatte die Besorgniß, daß trotz dieser Linie die Franzosen einen Versuch machen könnten, eine Landung in dem nördlichen Deutschland zu unternehmen, was dann die Demarcation selbst unnütz machen würde. Aus diesem Grunde wurde festgesetzt, daß sie weder zu Lande noch zur See in das jenseit jener Demarcationslinie liegende Gebiet eindringen dürften [1]). Den König, der

1) La République française consent à ne pas pousser les opéra-

eben beschäftigt war, dem Vordringen der Franzosen einen großen militärischen Cordon entgegenzusetzen, lag Alles daran, einer solchen Gefahr durch eine Abkunft mit Frankreich zuvorzukommen. Er hat, wie berührt, die Festsetzung der Demarcation dem Gesandten noch bei seinem Abschied besonders empfohlen. Hardenberg bezeichnete die Linie, welche die Armeen scheiden sollte; sie erstreckte sich von Ostfriesland bis nach Franken, östlich bis nach Schlesien, so daß sie Ober= und Niedersachsen, Westfalen und Franken umfaßte. Es ist ganz in der eigenthümlichen Richtung der Hardenberg'schen Gedanken, daß er hiebei an die Reichsverfassung anknüpfte: der König, sagt er, sei eines der wichtigsten Glieder des obersächsischen Kreises, zugleich aber Mitdirector des niedersächsischen, westfälischen und nun auch des fränkischen Kreises, so daß er nur seine Pflicht erfülle, wenn er für die Sicherheit dieser Kreise Sorge trage. Auf dem Grunde der reichsständischen Selbständigkeit sollte eine von dem Kaiser, der sich fremdartigen Bestrebungen hingebe, möglichst unabhängige deutsche Politik eingehalten werden. In diesem Sinne waren die weiteren Bestimmungen, durch deren Annahme den Franzosen ihre Nachgiebigkeit erwidert werden sollte. Der König machte sich anheischig, darüber zu halten, daß die Neutralität jenseit der angegebenen Linie beobachtet würde, unter der Bedingung, daß sie von den Franzosen nicht durchbrochen würde. Um diese Dispositionen aufrechtzuerhalten, erschien es nothwendig, von beiden Seiten Observationscorps aufzustellen. Hierbei kam dann die Frage über die Mediation nochmals zur Sprache. Eine Anerkennung derselben gehörte eigentlich zu dem System, welches Hardenberg im Kopf hatte; aber sie war, wie wir wissen, von den Franzosen abgelehnt worden. Das Ministerium hatte sie fallen lassen, und es kam nun darauf an, Bestimmungen zu treffen, bei denen doch das Wesentliche des ersten Gedankens conservirt wurde. Die Franzosen hatten sich bereit erklärt, die guten Dienste des Königs für diejenigen Stände stattfinden zu lassen, welche sich direct an Frankreich wenden würden. Schon darin lag eine Modification ihrer Absicht, mit den kleinen Fürsten selbständig zu verhandeln. Von Hardenberg wurde jetzt hinzugefügt, daß diese Mediation nur für diejenigen stattfinden solle, die sich deshalb an den König wenden würden, wie dies von vielen bereits geschehen war. Schon hatten einige der mächtigsten

---

tions de la guerre ni faire entrer ses troupes, soit par terre, soit par mer, dans les pays et États situés au delà de la ligne de démarcation.

Stände sich erboten, ihre Gesandten nach Basel zu schicken. Hardenberg hatte leicht begreiflich diese Erbietungen fürs erste abgelehnt. Gleichwohl versprachen die Franzosen schon in diesem Augenblicke, in den nächsten drei Monaten diejenigen nicht feindselig zu behandeln, für welche Preußen sich interessiren würde. Hardenberg legte Werth darauf, daß alle Fürsten diesseit und jenseit des Rheins der guten Dienste Preußens theilhaftig werden sollten, was eine unabhängige Unterhandlung derselben mit Frankreich, etwa über die Abtretung ihrer Gebiete, ausschloß; er legte Werth darauf, daß die Fürsten, gegen einen französischen Einfall sichergestellt, Zeit haben sollten, in Verhandlungen mit Frankreich zu treten, aber unter den Auspicien des Königs, so daß die Unterhandlung in dessen Hand fallen werde.

Der vierte Artikel des französischen Entwurfes, durch welchen der König verpflichtet werden sollte, in seinen rechtsrheinischen Landen nicht mehr Truppen zu halten, als vorher, wurde jetzt von den Franzosen selbst als unannehmbar bezeichnet [1]).

Ueberhaupt boten die Unterhandlungen in Basel keine großen Schwierigkeiten dar. Zwischen den französischen Bevollmächtigten, von denen ein Theil der vorgelegten Artikel selbst herrührte, und Hardenberg, der diese modificirte und ergänzte, bildete sich eine gewisse Vertraulichkeit aus. Die Franzosen trugen kein Bedenken, die ihnen zugehenden Weisungen des Wohlfahrtsausschusses dem Preußen mitzutheilen, und dieser bat seine Regierung um ostensible Depeschen, die er den Franzosen mittheilen könne. Bacher, der engere Beziehungen zu Paris hatte als Barthélemy, zweifelte nicht, daß die in Basel vorgenommenen Abänderungen des Entwurfes in Paris gutgeheißen werden würden [2]). Er rechnete dabei auf die Wirkung des Prozesses gegen Barrère, der eben im Zuge war, und den Einfluß der wiedereingetretenen 73 alten Mitglieder der Gironde. Die Meinung war, daß die gemäßigte Partei im Convente die Oberhand behalten und auf die in Basel gefaßten Gesichtspunkte eingehen werde. Diese waren noch umfassender, als sich aus der Discussion über die Artikel allein hätte schließen lassen. Sie gingen auf ein volles Einverständniß zwischen dem deutschen

1) Bericht Hardenbergs an König Friedrich Wilhelm II., Basel 6. April 1795, mitgetheilt in den Denkwürdigkeiten V, S. 82 ff.

2) Le sieur Bacher influe certainement plus à Paris que le sieur Barthélemy, dont cependant je ne puis assez louer la candeur, les principes et la bonne volonté. Hardenberg au Roi. Bâle, le 25 mars.

Reiche, Preußen und Frankreich. Hardenberg versicherte: wenn Frankreich von der Erwerbung der Rheingrenze abstünde, so würde das deutsche Reich keinen Augenblick zögern, mit ihnen Frieden und Freundschaft zu schließen [1]). Die Franzosen sagten hierauf wohl, in Deutschland sei man ohnehin des Krieges müde; Hardenberg warnte sie, von dieser Stimmung zu viel zu erwarten: sie möchten sich hüten, den Keim zu neuen Kriegen zu legen.

Man muß sich diese Lage, diese Absichten und Wünsche vergegenwärtigen, um den Frieden zu begreifen, der allerdings eine Secession Preußens von der Coalition enthält, aber keine Allianz mit den Franzosen, selbst nicht eine Beistimmung zu den Annexionsgelüsten ihrer damaligen Regierung. Man erwartete noch, diese werde von denselben abstehen und alsdann in einen festen Frieden mit Preußen und dem Reiche eintreten. Bereits am 31. März wurde der von Hardenberg ausgefertigte Entwurf von den beiden französischen Bevollmächtigten genehmigt und dann am 5. April in aller Form unterzeichnet. Die Genehmigung des Wohlfahrtsausschusses war damals noch nicht eingetroffen; aber Schwierigkeit hatte es damit nicht, wie Bacher vorausgesetzt; einige Tage später lief sie ein. Dazu hatte hauptsächlich auch die Unterdrückung der jakobinischen Erhebung vom 12. Germinal (1. April) beigetragen.

Wie sehr die allgemeinen Verhältnisse dabei mitwirkten, sieht man daraus, daß diese Bewegung dem Einflusse der Engländer, die eben wieder in Bund mit Oesterreich getreten waren, zugeschrieben wurde.

In Berlin war man mit dem, was Hardenberg that und erreichte, übrigens sehr einverstanden, namentlich in Bezug auf die Demarcationslinie; aber man trug Bedenken, sie so weit auszudehnen, wie Hardenberg in Antrag gebracht hatte. Denn es komme, so schrieb man, doch nur auf die Linie von Ostfriesland bis an die Nidda an, durch welche die Absicht des Königs, seine Armee keiner Umgehung auszusetzen, bereits erreicht werde. Darauf müsse sich auch die Aufstellung eines Observationscorps beschränken. Die weitere Ausdehnung der Linie in der von Hardenberg vorgeschlagenen Fassung würde in Verwickelungen mit Oesterreich führen, die

---

1) Barthélemy au comité, le 7 floréal an III (bei Reynaud, Merlin II, 177): Les Prussiens ne cessent de nous répéter que la paix avec l'Empire est en nos mains si nous voulons généreusement faire le sacrifice de la ligne du Rhin.

man vermeiden müsse. Den obersächsischen Kreis in dieselbe einzuschließen, mache das zweifelhafte Verhältniß nicht einmal rathsam. In Bezug auf Franken wäre es vielleicht angemessen, sich mit einem Artikel zu begnügen, durch welchen den beiden kriegführenden Armeen der Durchgang durch die Markgrafschaften untersagt werde [1]). Diese Erinnerungen wurden jedoch erst in dem Moment gemacht, als der Vertrag in Basel bereits abgeschlossen war.

Hardenberg rechtfertigte die Ausdehnung der Linie mit der Bemerkung, daß er die Residenz des Landgrafen von Hessen-Darmstadt, der ein so naher Verwandter des Königs sei, habe sichern müssen. An dem Einschluß von Obersachsen hielt er deshalb fest, weil der König dadurch Gelegenheit bekomme, seine Verhältnisse mit dem Kurfürstenthum Sachsen immer enger zu knüpfen. In Betreff der Ausdehnung der Demarcationslinie über den fränkischen Kreis stiegen ihm selbst einige Zweifel auf. In der Mitte zwischen Böhmen und dem muthmaßlichen Kriegstheater gelegen, würden selbst die dortigen Lande des Königs gegen Durchmärsche schwerlich sichergestellt werden können; aber er lebte noch der Meinung, daß die Franzosen nicht so weit vorrücken würden, um diesen Fall herbeizuführen. Er hielt es alles Ernstes für wahrscheinlich, daß Frankreich sich mit seinen alten Grenzen begnügen und auf die Erwerbung des linken Rheinufers verzichten werde, um mit dem deutschen Reiche und Preußen Stellung gegen Oesterreich zu nehmen. Sehr auffallend ist es, daß er die alten Grenzen trotz der Feindseligkeit der Franzosen gegen Oesterreich und sogar in Folge derselben behaupten zu können vermeinte. Wenn die Ermächtigung zum Abschlusse einer Zusatzakte zu dem Frieden, welche die näheren Bestimmungen über die Demarcation enthielt, eine Zeit lang auf sich warten ließ, so war Hardenberg sehr geneigt, dies von Verhandlungen mit anderen Höfen, besonders auch mit Oesterreich, herzuleiten. Endlich, am 17. Mai, traf sie ein, und die noch an demselben Tage unterzeichnete Convention ward auf der Stelle den beiden Armeen zugeschickt.

---

1) En convenant, par rapport à mes États de Franconie, d'un article qui en interdirait le passage aux troupes des puissances belligérantes. Le Roi à Hardenberg. Potsdam, le 24 mars.

Fünfzehntes Capitel.

Gervinus in Paris.

Nicht selten kehrt die Erscheinung wieder, daß in den Kämpfen der Mächte diese selbst doch nicht als geschlossene Einheiten einander gegenüber auftreten, sondern ihre äußeren Beziehungen durch den Gegensatz innerer Tendenzen durchkreuzt werden. Wenn Frankreich und das deutsche Reich in diesem Augenblick einander gegenüberstanden, so bildete doch weder in dem einen noch in dem anderen die Feindseligkeit, die noch keine nationale war, das wesentlichste Moment. In Deutschland meinten die preußischen Staatsmänner, wenn es ihnen gelänge, das Reich in seiner Integrität zu erhalten und mit Frankreich zu pacificiren, nicht zwar das Kaiserthum zu stürzen, aber die Entscheidung in den inneren Angelegenheiten ihrem Könige dadurch zu verschaffen, daß er sich an die Spitze der allgemeinen deutschen Interessen stelle und dieselben dem Reichsoberhaupte zur Seite, aber doch zugleich im Gegensatz mit demselben, wahrnehme. In dem Convent und in dem Ausschuß gab es eine Partei, welche diesen Gesichtspunkten zuneigte, weil sie den eigenen entsprachen: sie sah in der Beschränkung auf die alten Grenzen zugleich eine Bürgschaft für die Herstellung einer ersprießlichen Ordnung der Dinge. Auf diesem Zusammentreffen beruhten die in Basel getroffenen Verabredungen. Aber eine andere Partei regte sich doch auch auf das lebhafteste dagegen. Als ein Repräsentant dieser Meinung erscheint Merlin von Thionville, der sich im Kampfe gegen den König und nachher im Kampfe gegen die Verbündeten als einer der eifrigsten Anhänger der Idee der Revolution bemerkbar gemacht, aber die Tendenzen Robespierre's nicht getheilt, vielmehr wesentlich zum Sturze derselben beigetragen hatte; er gehörte damals zu den Gegnern der Jakobiner und nahm an den Maßregeln, durch die sie niedergehalten wurden, vielen Antheil. Indem

er aber in Bezug auf die inneren Angelegenheiten als ein Führer der moderirten Partei auftrat, hielt er doch an der Meinung fest, daß Frankreich seine Grenzen bis an den Rhein ausdehnen müsse: denn, sagte er, im Besitz dieser Grenzen werde Frankreich dem gesammten Europa Gesetze vorschreiben[1]). Aber er zweifelte, diese Erweiterung durch eine Abkunft mit Preußen zu erreichen. Er hatte einst Mainz, auf das es auch jetzt ankam, gegen den König Friedrich Wilhelm II. vertheidigt und die Wiedereroberung dieses Platzes eine Zeit lang aufgehalten. Seine Hoffnungen in dieser Beziehung waren auf Oesterreich gerichtet: denn Oesterreich verliere wenig dabei, wenn es in diese Abtretung willige. Preußen seinerseits fürchte nichts mehr als eine Allianz Oesterreichs, wie auf der einen Seite mit Rußland, so auf der anderen mit Frankreich. Oesterreich wünsche Baiern zu erwerben, was Preußen ihm nicht zugestehen wolle. Merlin meint, von Oesterreich alles erlangen zu können, was man wolle, wenn man Preußen verhindere, sich der Besitznahme Baierns durch Oesterreich zu widersetzen. Andere bemerkten, Preußen müsse wissen, daß Frankreich zwischen ihm und Oesterreich die Wahl habe und diejenige von den beiden Mächten verloren sei, gegen welche es Partei nehme[2]); Oesterreich könne man für sich haben, sobald man ihm Baiern zugestehe; es würde dagegen die Niederlande sehr bereitwillig aufgeben. Merlin de Thionville ist entschieden der Meinung, daß sich Frankreich mit Oesterreich verbinden und demselben Baiern zugestehen müsse, wenn es den Franzosen die Niederlande und zugleich das linke Rheinufer überlasse. „Was kümmern uns die Kurfürsten, deren Protection Preußen mit so großer Wärme übernimmt? Allein der Kaiser hat viel von uns zu fordern, weil wir ihm viel entrissen haben; wir wollen ihn zufriedenstellen, indem wir ihm Baiern überlassen."

Nachdem Merlin eine Zusammenkunft mit Hardenberg in Hüningen gehabt hatte, deren wir sogleich näher gedenken werden, faßte er seine Ansichten über die Lage in folgenden Worten zusammen: „Preußen und der Kurfürst von Hessen" — der damals in Basel zu unterhandeln angefangen hatte — „haben die Absicht, das Reich von dem Kaiser zu trennen, ihn durch einen Bund zu verhindern, Baiern in Besitz zu nehmen, und zu diesem Zweck mit

1) La République, après avoir reculé ses limites jusqu'au Rhin, dictera ses lois à l'Europe.

2) Schreiben Merlins von Douai 9. December 1794 bei Reynaud II, S. 136.

Frankreich ein Offensivbündniß zu schließen. Sie wollen alles oder doch beinahe alles behalten, was sie früher besessen haben, und den Franzosen den Kampf mit dem Kaiser überlassen. Meine Meinung ist: wenn der Kaiser über die Abtretung der Niederlande verhandeln und die Rheinlande uns überlassen wollte, unter der Bedingung, daß wir uns nicht um seine Besitznahme von Baiern bekümmern, so könnten wir das unbedenklich annehmen" [1]).

Kommen wir nun auf jene Zusammenkunft zurück, so ist es überaus auffallend, daß Merlin dem preußischen Gesandten die Pläne, mit denen er sich trug, als Anträge von Oesterreich darstellte. Sie fand, wie bemerkt, in Hüningen statt, wo ein gemeinschaftliches Mittagsmahl veranstaltet war, an welchem die in Basel anwesenden Franzosen und Pichegru, der mit Merlin gekommen war, Antheil nahmen. Während desselben hatte sich Merlin als besonderer Freund Preußens zu zeigen gesucht; nachher führte er Hardenberg in sein Zimmer, um ihm, wie er sagte, im engsten Vertrauen eine geheime Mittheilung zu machen. Sie bestand darin, daß Graf Carletti, der als florentinischer Gesandter in Paris die allgemeine Aufmerksamkeit bereits auf sich gezogen hatte, nicht ohne Erfolg daran arbeite, gute Verhältnisse zwischen Oesterreich und Frankreich herzustellen; er beantrage, daß Frankreich den Austausch von Baiern zugeben solle, wogegen demselben die Erwerbungen, die es auf dem linken Rheinufer zu machen gedenke, zugestanden werden würden. Auf einem zur Herstellung des Friedens mit dem Reiche zu veranstaltenden Congresse werde Oesterreich eine geheime Abkunft mit Frankreich treffen, in Folge deren es seine Truppen zurückzöge, die dann sofort Baiern in Besitz nehmen würden: dann würde der Austausch proclamirt werden; die Niederlande würden unter ihrem neuen Fürsten in engste Verbindung mit dem deutschen Reiche treten. Es waren die dem preußischen System entgegengesetzten Gedanken, die dabei vorwalteten: denn jenes zielte eben darauf, die Unabhängigkeit Baierns und die Verbindung der überrheinischen Provinzen mit dem Reiche zu behaupten. Merlin erneuerte den Antrag auf eine enge Allianz zwischen Frank-

1) Si l'Empereur voulait traiter de la cession définitive des Pays-Bas et de l'abandon des princes possessionés sur la rive gauche du Rhin, moyennant que nous ne nous mêlions pas de l'occupation de la Bavière par ses troupes il ne faudrait pas balancer à accepter. Schreiben Merlins an den Wohlfahrtsausschuß vom 1. Prärial (20. Mai 1795) bei Reynaud II, S. 194.

reich und Preußen, wobei sein Plan zu sein schien, daß Frankreich die österreichischen Niederlande bis an die Maas im Besitz behalte; von der Abtretung der Rheingrenze und der preußischen Vermittelung sprach er hierbei nicht. Barthélemy und Bacher gaben zu verstehen, daß ihnen von diesen Plänen nichts bekannt sei; aber Pichegru ließ sich im Allgemeinen in demselben Sinne vernehmen, wie Merlin [1]). Und so erachtete Hardenberg die Eröffnungen des damals mächtigen Volksrepräsentanten für zuverlässig genug und so bedeutend, daß er darüber mit seinem Hofe Rücksprache nehmen müsse. Merlin hatte angedeutet, daß Hardenberg selbst nach Paris gehen möge; denn man hielt ihn für sehr gut französisch gesinnt, um den österreichischen Umtrieben auf die Spur zu kommen und zu begegnen. Hardenberg zog es vor, seinen alten Freund und Führer Gervinus, der indeß zum Geheimen Legationsrath ernannt worden war, zu diesem Zwecke nach Paris zu schicken. Er selbst begab sich indessen nach Berlin, wo damals die wichtigsten Entschlüsse über die Reichsgeschäfte nicht allein, sondern zugleich über die Combination der allgemeinen Angelegenheiten, die Verhältnisse zu Oesterreich und Rußland in Berathung gezogen wurden.

Noch war über Polen keine Abkunft getroffen. Oesterreich und Rußland waren in den polnischen Angelegenheiten gegen Preußen; sie wollten eine definitive Theilung, um die österreichischen Ansprüche zu befriedigen; sie schienen einverstanden zu sein, den alten Austausch der Niederlande gegen Baiern jetzt ins Werk zu setzen. Hätte sich Oesterreich mit Frankreich verständigt, so würde jeder Widerstand von preußischer Seite vergeblich gewesen sein: eben eine solche Verständigung hatte Merlin als ganz wahrscheinlich bezeichnet. Unerläßlich schien es, die Verbindungen mit der gemäßigten Partei, durch welche die Verabredungen zu Basel zu Stande gekommen waren, aufrechtzuerhalten, wobei, wie damals die Sachen standen, das linke Rheinufer gerettet werden konnte. Barthélemy wenigstens hatte geäußert, daß der Wohlfahrtsausschuß vor allen Dingen die Restitution der linksrheinischen Gebiete aussprechen müsse [2]).

---

1) Le général Pichegru parla en gros de la manière que Merlin tant avec moi qu' avec le conseiller privé de l'ambassade Gervinus. Bericht Hardenbergs, Berlin 29. Mai 1795, in den Denkwürdigkeiten V, S. 90.

2) Barthélemy a lâché qu'il dirait au Comité qu'une fois pour toutes il fallait se prononcer sur la restitution de la rive gauche du Rhin, pour tranquilliser V. M. et les États germaniques sur cet objet.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß Hardenberg von Merlin getäuscht worden ist; allein dessen Angaben hatten doch eine gewisse Wahrscheinlichkeit. Und von der größten Wichtigkeit war es, den Tendenzen zu einem Verständnisse mit Oesterreich, die offenbar vorhanden waren, in Paris selbst entgegenzutreten.

Wir begleiten zunächst die von Hardenberg seinem alten Freunde anvertraute Mission, die einen Einblick in die französischen Verhältnisse gewährt, von denen Preußen nahe berührt wurde und welche die Folge der continentalen, besonders der deutschen Verwickelungen beherrschten.

Gervinus kam am 25. Mai in Paris an. Wenige Tage zuvor (am 20.) war ein Aufstandsversuch der Jakobiner in Verbindung mit der unteren Volksklasse von Paris, die nach Brod schrie, von der noch vorwaltenden thermidoristischen Partei niedergeworfen. Nach dem Urtheil Gervinus' war die Insurrection sehr gefährlich gewesen; diese hatte zugleich in den meisten großen Städten ausbrechen sollen. Hätten die Jakobiner nicht ihre Zeit damit verloren, Decrete zu Stande zu bringen, wären die Urheber der Bewegung das, was sie waren, nämlich Verbrecher [1]), ganz und vollständig gewesen, so würde ein allgemeines Blutbad haben erfolgen können. Aber man habe den Comité's Zeit gelassen, ihre Kräfte zusammenzunehmen. Boissy d'Anglas, der mitten in dem Tumulte das Präsidium übernahm, habe die größte Unerschrockenheit gezeigt; ihm schreibe man den Erfolg zu [2]). Paris war, als Gervinus eintrat, in einer Gährung, wie sie sonst nur in einer belagerten Stadt vorkommt. Das Gewirre in den Sectionen ging über alle Vorstellungen; alle Verdächtigen, alle Terroristen wurden arretirt. Der Wohlfahrtsausschuß hielt seine Sitzungen über Nacht; am Morgen gingen seine Mitglieder zu Bette. Mitten in diesen Unruhen brach sich die Meinung Bahn, daß der Friede mit Preußen noch nicht vollendet sei. Es fehlte nicht an Leuten, welche den Frieden auch unter der Verzichtleistung auf die Rheingrenze wünschten. Aber in Anderen herrschten die Ideen der Eroberung und der Gloire vor; sie blieben dabei, die Rheingrenze zu fordern.

---

1) scélérats.

2) Wenn auch hierbei die Frage über die Spontaneität dieser Bewegungen oder ihre Leitung durch Verschwörung wieder vorkommt, so stimmt Gervinus der letzten Meinung bei: Jamais la Convention ne fut en si grand danger, et jamais insurrection ne fut ourdie et organisée avec tant d'art et de moyens.

Nicht in dem Ausschuß selbst wie Harnier, sondern in der für die auswärtigen Geschäfte eingerichteten Deputation desselben hatte Gervinus seine erste offizielle Audienz in einem Zimmer der Tuilerien am 29. Mai um 9 Uhr Abends. Die Deputation bestand aus Sieyes, Treilhard und Merlin von Douai.

Gervinus charakterisirt Sieyes, der allgemein verbreiteten Meinung, die er dann bestätigt fand, zufolge: es sei schwer, mit ihm zu verhandeln; er sei hart, schneidend, verschlagen, voll von Philosophenstolz; der geringste Widerspruch rege ihn auf. Er galt für einen ehrgeizigen Heuchler. Sieyes führte das Wort fast allein. Auf seine Frage, welches der Zweck der Mission Gervinus' sei, erwiderte dieser: er sei geschickt worden, um sich über die gemeinschaftlichen Interessen Preußens und Frankreichs bei der Pacification zu besprechen. Ohne Rückhalt brachte er den vornehmsten Gegenstand, der seine Mission veranlaßt hatte, zur Sprache. Aus guter Quelle habe man von Verhandlungen der Franzosen mit Oesterreich gehört, auf einer von dieser Macht vorgeschlagenen, für Preußen widerwärtigen Grundlage. Es handle sich um nichts Geringeres, als die Ueberlassung Baierns an Oesterreich, durch welche das Gleichgewicht in Deutschland und in Europa vollkommen aufgehoben werden würde, so daß man nicht glauben könne, daß eine einsichtige Regierung, wie die französische, darauf eingehen werde. Es würde zum größten Nachtheil der Republik und ihrer Freunde gereichen. In der Pacification, mit der man umgehe, müsse vielmehr ein Hauptgrundsatz sein, das Kurfürstenthum Baiern für die natürlichen Erben desselben zu retten, die Integrität und die Verfassung des deutschen Reiches überhaupt aufrechtzuerhalten.

Sieyes fragte mit schneidendem und fast gebieterischem Ausdruck, worauf sich denn diese Vermuthung gründe: man müsse Beweise dafür haben. In den Thatsachen liege nichts, was dafür angeführt werden könne; denn höre man etwa, daß Oesterreich seine Truppen vom Rheine zurückziehe? Selbst wenn dies der Fall wäre, würden die Franzosen ihnen folgen und mit ihnen schlagen. Gewiß könne Oesterreich die Absicht auf Baiern, die man ihm beimesse, nicht im Widerspruch zugleich mit dem deutschen Reiche und mit Preußen durchführen. Preußen müsse sich nur energisch dagegen aussprechen. Gervinus sagte: dieser Macht käme das in der That recht eigentlich zu und würde von ihr geschehen; allein man müsse bedenken, daß Rußland und England wahrscheinlich auf die Seite Oesterreichs treten würden; die Parteien würden dann

sehr ungleich werden. Gervinus ließ sich nicht dahin bringen, die Autorität zu nennen, auf die er seine Behauptungen gründete; er fügte nur hinzu, man sage in Deutschland, die Initiative dabei komme von der österreichischen Seite. Ein wahrhafter Gewinn würde es für Oesterreich werden, wenn es die Niederlande, die es nicht mehr haben wolle, mit einem Lande vertausche, durch das es in den Stand käme, den Kreisen von Schwaben und Oberrhein sowie der Schweiz Gesetze vorzuschreiben; dem französischen Interesse laufe es ebenso zuwider wie dem preußischen. Sieyes erörterte das nicht weiter; er sprach sich über die angeregte Frage nicht aus. An der Behauptung der Rheingrenze hielt er unbedenklich fest; er bemerkte, Frankreich bedürfe den Frieden; aber dieser müsse glorreich sein; damit verknüpfte er die Andeutung, daß auch in Deutschland ein anderes System ergriffen, die Machtvertheilung eine andere werden und Preußen dazu behülflich sein müsse. Und darauf nun ging Gervinus seinerseits nicht ein; er erinnerte an die Zusagen der Franzosen, an die sich der König halte, um dem Reiche den Frieden zu verschaffen; dann werde auch Oesterreich zur Pacification genöthigt werden. Es komme nur auf Frankreich an, Deutschland für sich zu gewinnen, indem es demselben die Gebiete auf dem linken Rheinufer, die es jetzt innehabe, zurückgebe. In Deutschland wünsche man nichts mehr als Annäherung an Frankreich, wodurch zugleich das Uebergewicht Oesterreichs vernichtet werde. Er stellte die unglücklichen Folgen vor, welche die Verweigerung dieser Rückgabe nach sich ziehen werde. In diesem Falle würde Frankreich den Krieg fortsetzen müssen, was ihm doch nach seinem eigenen Geständniß nicht erwünscht sein könne. Das Reich würde nicht leicht in einen Verlust einwilligen, der andere große Veränderungen auf dem rechten Rheinufer herbeiführen müsse, um die territoriale Entschädigung gewähren zu können, zu der Frankreich sich anheischig gemacht habe, dann würden die deutschen Staaten genöthigt sein, ihr Heil in der Verbindung mit dem Kaiser zu suchen. Gewiß würde dadurch das Ansehen des Königs nicht gewinnen, dem man diese Nachtheile zuschreiben werde.

Diese Worte schienen doch einen gewissen Eindruck auf Sieyes zu machen; aber er forderte einen detaillirten Plan über die Grenzen, welche Preußen für das gegenwärtige Frankreich in Vorschlag bringe: er sehe wohl, daß Preußen der Abtretung des linken Rheinufers widerstrebe und das Interesse des deutschen Reiches in Schutz nehme. Er verstehe davon nichts; das sei ein Chaos, das ihm

keine präcise Vorstellung gewähre, und mit dem deutschen Reiche könne die französische Republik nicht unterhandeln, da sie von demselben nicht anerkannt sei; sie werde mit den einzelnen Fürsten besondere Verträge schließen. Ueberdies seien die Grenzen Frankreichs von dem Convent bereits festgesetzt; eine derselben bilde der Rhein. Gervinus erwiderte: man habe wohl gelesen, daß in dem Convent diese Meinung geäußert worden, nicht aber, daß sie angenommen oder durch ein Decret bestätigt worden sei; er frage an, ob er die Aeußerungen von Sieyes dem preußischen Ministerium als die Meinung der französischen Regierung mittheilen könne. „Nein“, sagte Sieyes, „das habe ich nicht gesagt, so verstehe ich das nicht“: Gervinus möge das Ministerium auffordern, einen Plan über die Pacification vorzulegen; dann könne man sich verständigen.

Die Sitzung, die hiemit endigte, ist in sofern sehr bedeutend, als darin der Gegensatz der in dem Ausschuß vorwaltenden Absichten — denn diese waren es doch, welche Sieyes, der durch besonderen Beschluß an Stelle eines anderen Mitgliedes zu der Commission geschickt worden war, vertrat — und der von Preußen noch festgehaltenen Ideen zur Erscheinung kam. Die Franzosen schienen weder das linke Rheinufer herausgeben, noch auch überhaupt mit dem Reiche als solchem verhandeln zu wollen, sondern nur mit den einzelnen Fürsten, mit denen sie über die Abtretung übereinkommen zu können meinten.

Es hat einen inneren Zusammenhang, daß derselbe Mann, durch welchen die Idee der Nationalsouveränetät in der französischen National-Assemblée, die ihm ihren Namen verdankt, zuerst zu vollem Ausdruck gekommen war, jetzt auch den Plan, den Rhein zur Grenze von Frankreich zu machen, mit Eifer vertrat. Man begreift es, daß der metaphysische Politiker von dem Wesen des deutschen Reiches keine Ahnung hatte, noch haben wollte. Dies repräsentirte noch die alte Seite des europäischen Lebens, das Gegentheil der französischen Ideen.

Beim Hinausgehen sprach Sieyes in freundschaftlichem Tone mit Gervinus; er versicherte dabei vornehmlich, daß bei dem Frieden, den man beabsichtige, Preußen nichts verlieren, sondern gewinnen solle. Er hob das Verhältniß Preußens zu Oesterreich, welches die mit der Demarcationslinie verbundene Neutralität nicht respectire, und zu Rußland hervor; von diesen beiden Staaten werde die Sicherheit des Nordens bedroht. Gervinus erwiderte, daß der preußische Gedanke einer Pacification namentlich mit dem Reich

und mit Oesterreich dahin ziele, der französischen Macht den Einfluß wieder zu verschaffen, der ihr in Europa gebühre.

In seinem Berichte [1]) wiederholte Gervinus die Versicherung, daß das französische Volk den Frieden wünsche und die Regierung ihn brauche. Mit Oesterreich werde Frankreich sich nicht so leicht verständigen; die Niederlande würde es dem Kaiser schon darum nicht zurückgeben können, weil den Führern der holländischen Bewegung das Gegentheil versprochen sei. Aber Oesterreich verlange eine Entschädigung, die es nur durch Baiern zu erhalten hoffen könne.

Alles Bemerkungen, welche ihre Wahrheit haben, von inhaltschwerster Natur für die Zukunft des Continentes. Die Differenz beruht darauf, daß Preußen jede durchgreifende territoriale Veränderung abschlug; denn es wollte die Integrität des Reiches und seiner Verfassung aufrechterhalten. Der politische Gedanke Preußens war, daß das revolutionäre Frankreich in der Reihe der europäischen Mächte die ihm gebührende Stellung erlangen sollte, in der es an demselben eine Stütze zu finden hoffte. In Frankreich dagegen hielt eine große Partei an der gemachten Eroberung fest, weil davon das Uebergewicht in Europa abhänge. Sie hatte den Umsturz des Reiches und eine vollkommene Umgestaltung im Sinne, wofür sie Preußen zu gewinnen hoffte. Entwürfe, die einander geradezu entgegengesetzt sind. Alles lag daran, ob die Partei, die sich mit diesen Ideen trug, in Frankreich die Oberhand behalten würde.

Gervinus schildert das Verhältniß der inneren Gegensätze folgender Gestalt: der Wohlfahrtsausschuß zerfalle in zwei Parteien, von denen die eine die Fortsetzung des Krieges, die andere den Frieden wolle. Die letzte aber theile sich in zwei Fractionen; die stärkere sei für die Behauptung des linken Rheinufers, entweder durch unmittelbare Vereinigung mit Frankreich oder durch Einrichtung desselben zu einer mit Frankreich verbündeten Republik. In dem Ausschuß seien jetzt einige Mitglieder für die Rückgabe der Landschaften am linken Rheinufer; allein sie wagen kaum, sich auszusprechen. Schon öfter war von der Nothwendigkeit, einen preußischen Minister nach Paris zu senden, die Rede gewesen; Gervinus meint, mit Festigkeit und einigem Geldaufwande werde derselbe im

1) Paris, le 15 juin 1795. Denkwürdigkeiten V, S. 95.

Stande sein, der gemäßigten Partei das Uebergewicht zu verschaffen [1]).

Er machte persönliche Bekanntschaft mit Carletti, der bei ihm als ein anmaßender Schwätzer erscheint, nicht recht als ein Diplomat, beinahe als ein Franzose. Carletti sprach viel von den fremden Cabineten, die er entweder als höchst perfid bezeichnete, wie das englische, oder als sehr beschränkt, wie das österreichische. Er behauptete, Oesterreich habe seinen Frieden mit Frankreich auf die besten Bedingungen schließen können, ehe der preußische geschlossen wurde. Er hatte viel Umgang mit einigen der tonangebenden Damen in jener Epoche, namentlich mit Frau von Stael, der Tochter Neckers, die mit ihrem Gemahl, dem Gesandten von Schweden, nach Paris gekommen war, und Madame Tallien: von denen, sagt Gervinus, habe sich Carletti überreden lassen, daß er ein großer Mann sei. Er war stolz darauf, Republikaner und Philosoph zu sein, ohne Rücksicht auf seinen Fürsten, den Großherzog von Toscana, von dem er weniger abhänge, als dieser selbst von ihm, zugleich davon durchdrungen, daß die französische Republik unüberwindlich sein werde [2]).

Von den leitenden Männern der Zeit war es besonders Boissy d'Anglas, mit welchem Gervinus in vertraulichen Verkehr trat. Es gereichte ihm zu nicht geringer Genugthuung, daß derselbe, obgleich er auch Carletti häufig sah, doch nicht daran dachte, daß Baiern an Oesterreich überlassen werden könne. Er versicherte ihm, die Verhandlungen mit dieser Macht seien nicht weit vorgeschritten; Frankreich suche Oesterreich nicht zu verstärken, sondern eher zu schwächen. Gervinus stellte ihm den Nachtheil vor, der für Frankreich selbst daraus zu besorgen sei, wenn es auf die Rheingrenze dringe: denn der Krieg würde dann ins Unabsehliche fortgesetzt werden müssen. Bei weitem besser wäre es, wenn es der Mäßigung Gehör gebe und seinen Frieden mit dem deutschen Reiche schließe, ebensowohl für Frankreich als für Preußen. In Bezug auf die oberrheinischen Gebiete ging Boissy darauf ein, weniger in Bezug

---

1) Avec de la fermeté et un peu de dépense et d'intelligence un ministre prussien pourrait diriger l'opinion du Gouvernement et la tourner en notre faveur.

2) Carletti ne voyant rien que la France et regardant sa puissance républicaine comme un colosse inébranlable, croit qu'elle dominera seule l'Europe, seulement cependant dans la supposition qu'elle reste République.

auf den Niederrhein, aus Rücksicht auf Holland und den mit dieser nunmehr revolutionären Republik geschlossenen Vertrag.

Noch war damals Alles unentschieden, und Niemand hätte den endlichen Ausgang voraussehen können. Was am meisten auffiel, war die Unzufriedenheit des Volkes, wozu der Fall der Assignaten und der hohe Preis der Lebensbedürfnisse vornehmlich beitrugen. Eine Rückkehr zu dem Königthum schien noch immer möglich. Unter denen, die sich jetzt Aristokraten nannten, unterschied man neben der vorherrschenden republikanischen auch eine royalistische Partei. Doch war das nicht der vornehmste Gegenstand des inneren Haders, der vielmehr aus den revolutionären Agonien selbst entsprang. Allgemein empfand man die constitutionelle Nothwendigkeit, die executive Gewalt zu verstärken, ein Gesichtspunkt, der bei der neuen Constitution, mit der man umging, vorwaltete.

Sechszehntes Capitel.

Absichten der Pacification zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche.

Der Aufenthalt Hardenbergs in Berlin hatte zu einer nochmaligen Ueberlegung aller Verhältnisse geführt. König Friedrich Wilhelm II. war von der Idee, der Vermittler eines allgemeinen Friedens zu sein, zurückgekommen: denn er würde zuerst die Intentionen der großen Höfe, von denen er nicht einmal darum angegangen sei, erforschen müssen. Aber durch die Vorgänge am Reichstage hielt er sich, namentlich in Voraussetzung eines zu erwartenden Reichsconclusums, über dessen Inhalt man keinen Zweifel hegte, für hinreichend unterrichtet, um über den Frieden des Reiches selbst in Unterhandlung zu treten. Sein Gesichtspunkt dabei, sagt er, müsse auf die Behauptung der Integrität des Reiches gerichtet sein; den Franzosen müsse die Wichtigkeit des Friedens für sie selbst zum Bewußtsein gebracht werden, besonders die schädliche Rückwirkung, welche die Erneuerung des Krieges auf ihre inneren Zustände ausüben würde; eine Rectification der Grenze sei aber damit nicht ausgeschlossen, wenn man sich nur in der Hauptsache verständige.

Die Instruction hierüber ist vom 3. Juli 1795 [1]); Hardenberg zögerte jedoch noch ein paar Tage mit seiner Abreise, um das Anlangen des Reichsconclusums abzuwarten. Darin wurde nun zwar der Kaiser selbst um schleunige Einleitung des Friedens ersucht, zugleich aber das Vertrauen ausgesprochen, daß der König von Preußen zur Erlangung eines die Integrität und die Verfassung des deutschen Reiches sichernden Friedens seine „beihülfliche Verwendung und Mitwirkung" eintreten lassen werde. Hardenberg bemerkt, daß dabei Friedrich Wilhelm II. — als König — nicht eigentlich als Mitstand des

1) Denkwürdigkeiten V, S. 105.

Reiches zur Mitwirkung aufgefordert werde; er war damit vollkommen zufrieden. Mit dem Könige besprach er noch die Unzuständigkeit der Verhandlung der einzelnen Fürsten mit Frankreich; das Angemessenste schien, die Verhandlung an den Reichstag selbst zu verweisen. Man darf nie vergessen, daß die Fülle der Macht verfassungsmäßig dem Reichstage angehörte und der Kaiser verfassungsmäßig die Beschlüsse desselben auszuführen hatte. Der Ehrgeiz Preußens ging nun dahin, auf die Direction der Geschäfte am Reichstag eine entscheidende Einwirkung zu gewinnen und diese den Einwirkungen Oesterreichs als europäischer Macht zur Seite zu setzen; den Frieden zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche herzustellen, hatte insofern den größten Werth für die Autorität des Königs von Preußen in Deutschland.

Das Reichsgutachten war nicht ohne großen Widerspruch zu Stande gekommen; doch zweifelte man nicht, daß der Kaiser es ratificiren werde. Alles würde dann in den Formen der bisherigen Verfassung ins Werk gesetzt worden sein.

Am 9. Juli verließ Hardenberg Berlin; er versäumte nicht, Bischoffwerder in Marquard zu besuchen. In Baireuth traf er mit Goertz zusammen und kam mit ihm über das am Reichstag einzuhaltende Verfahren überein. Er machte dem Kurfürsten von Köln in Mergentheim und dem Kurfürsten von Mainz in Aschaffenburg seinen Besuch. In Frankfurt sprach er den österreichischen Minister Grafen Schlick und den Briten Crawford, der, wiewohl nicht im Amt, doch als Vertreter der englischen Regierung im Reiche angesehen wurde. Hardenberg nahm Bedacht, überall ein gutes Verhältniß mit den Alliirten zu unterhalten. Am 24. Juli traf er wieder in Basel ein. Unverzüglich eröffnete er die Unterhandlung mit Barthélemy. Seine Instruction ging besonders dahin, daß der Unterhandlung über den Reichsfrieden ein Waffenstillstand vorangehen müsse. Barthélemy war einverstanden damit, daß man ohne einen vorläufigen Waffenstillstand schwerlich zu dem Reichsfrieden gelangen werde; er bemerkte jedoch die Hindernisse, auf welche der Abschluß eines Waffenstillstandes stoßen werde. Das vornehmste schien ihm darin zu liegen, daß die kaiserlichen Truppen von demselben ausgeschlossen werden müßten, wenn man nicht mit Oesterreich eine besondere Abkunft treffen wolle. An sich hielten die beiden Staatsmänner für sehr möglich, den Reichsfrieden auf dem in Berlin eingeschlagenen Wege zu Stande zu bringen.

Wohin die Gesichtspunkte der preußischen Politik überhaupt

zielten, ersieht man aus einem Schreiben, welches Hardenberg damals an seinen Vertrauten Gervinus richtete. Alles beruht darauf, sagte er, daß die allgemeine Pacification ohne jede Absicht des Ehrgeizes oder der Vergrößerungssucht schleunig herbeigeführt werde; die Interessen sollen vereinigt, jede offensive Allianz vermieden werden [1]). Gervinus soll in Paris aussprechen, daß eine Allianz zwischen Preußen und Frankreich zwar sehr möglich sei, im gegenwärtigen Augenblick aber nicht opportun; sie würde vielmehr die größten Verwirrungen veranlassen, namentlich für Frankreich selbst. Frankreich bedürfe den Frieden, der ihm durch die Vermittelung des Königs von Preußen verschafft werden könne. Seinerseits würde Preußen versuchen, sich über die polnischen Angelegenheiten mit Oesterreich und Rußland, über die deutschen mit Oesterreich, über die holländischen mit England und Frankreich zu verständigen. In Bezug auf Polen erwarte man den Plan, den Rußland zur Vermittelung mit Oesterreich vorlegen werde. Man hoffe noch, ein unabhängiges Polen, in welchem Umfang auch immer, erhalten zu sehen. Sehr ausführlich ist Hardenberg über die Angelegenheiten des Reichstages. Er erwartete die Ratification des Conclusums von Seiten des Kaisers auch deshalb, weil derselbe sonst allen Einfluß im Reiche verlieren würde.

Diese Lage der Dinge soll nun Gervinus den Mitgliedern des Ausschusses vorstellen und auf zwei Punkte bringen: Eröffnung eines Friedenscongresses in Frankfurt und Abschluß eines Waffenstillstandes mit dem deutschen Reiche. Hardenberg hofft, daß Oesterreich bewogen werden könne, seine Truppen aus den Rheinlanden zurückzuziehen. Doch ist er noch immer nicht ohne Besorgniß über die geheimen Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich. Die holländische Frage, auf die er nunmehr übergeht, erklärt er für die schwerste von allen. Preußen denke nicht, das alte System wiederaufzurichten; aber es wünsche die Herstellung des Hauses Oranien, wenn auch mit großen Modificationen. Gervinus wird zu besonderer Rücksicht in seinen Beziehungen zu dem schwedischen Gesandten ermahnt: denn der geringste Schatten einer Verbindung mit Schweden würde die Verhältnisse zu Rußland verderben. Wenn es Gervinus als den allgemeinen Wunsch der Franzosen bezeichnet

---

1) Mon système général tend invariablement à accélérer la pacification générale sans aucune vue ambitieuse ou d'agrandissement, à ne s'engager dans aucune liaison offensive. Bâle, le 27 juillet 1795.

hatte, daß ein preußischer Gesandter in aller Form in Frankreich accreditirt werde, so war Hardenberg dagegen. Denn weit entfernt, die Geschäfte zu erleichtern, würden offizielle Gesandtschaften neue Räder in der Maschine bilden und deren Gang erschweren. Seine Meinung war, daß, wie der Friede, so auch dessen Vervollständigung durch ihn selbst und Barthélemy zu Basel vereinbart werden solle. Wie Gervinus in Paris nur als Mitglied der in der Schweiz beglaubigten preußischen Gesandtschaft erscheine, so wäre zu wünschen, daß auch von Barthélemy ein ähnlicher Vertreter nach Berlin gesendet würde. Man erkennt hier wohl die hochstrebende Ambition des preußischen Bevollmächtigten. Mit dem Repräsentanten der gemäßigten Meinungen in Frankreich, Barthélemy, dachte er alles zu verabreden, was weiter nothwendig sei und besonders zum Frieden mit dem deutschen Reiche führen könne. Einen Waffenstillstand zwischen Frankreich und dem Reiche unverzüglich zu Stande zu bringen, sei das Allernothwendigste. Barthélemy stimme ganz damit überein. Wenn man in Frankreich früher nicht von Stillstand, sondern unmittelbar von Frieden habe sprechen wollen, so sei das richtig gewesen in Bezug auf Preußen; in Bezug auf ein so complicirtes Gemeinwesen aber, wie das deutsche Reich, sei das Gegentheil richtig; man müsse erst den Stillstand festgesetzt haben, ehe man von Frieden reden könne.

Mittheilungen, in denen ein ganzes System liegt, wie es für Preußen in dem damaligen Zustande geboten erschien: Verständniß mit den beiden Kaiserhöfen über Polen, besonders aber Pacification zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche. Die rheinischen Landschaften sollen dem letzteren verbleiben, von dem Austausche Baierns keine Rede weiter sein. Es hat Momente gegeben, in welchen Preußen in die Erwerbung Baierns durch Oesterreich eingewilligt hätte, in Widerspruch mit dem alten, von dem großen Friedrich eingeleiteten System; auf dieses kam man jetzt zurück. Die größte Sorge war, daß sich Frankreich darüber nicht mit Oesterreich verständige.

Gewiß war dies System wohl bedacht und hätte unendlich vortheilhaft werden können; doch läßt sich von vornherein zweifeln, ob es ausgeführt werden konnte. Von Paris her machte Gervinus, der an sich mit demselben einverstanden war, doch erhebliche Einwendungen dagegen. Er hatte mit Männern zu verhandeln, die seinem Schweigen zum Trotz auch über Polen mitverfügen wollten; sie gaben den Anspruch kund, der ganzen Welt das Gesetz zu

dictiren. Auch unter den Freunden von Preußen in dem Wohlfahrtsausschuß und der Convention gab es viele, welche einen unmittelbaren Wiederanfang der Feindseligkeiten forderten, um Oesterreich zum Frieden zu zwingen. Gervinus bemerkte ihnen: die Folgen könnten höchst gefährlich werden; denn die Siege, die Frankreich wahrscheinlich erfechte, würden die Rückgabe der überrheinischen Provinzen unmöglich machen und dadurch auch den Frieden mit dem Reiche. Man wolle, sagte er, nicht allein Oesterreich bezwingen, sondern zugleich Preußen und das Reich in die Nothwendigkeit versetzen, die Abtretung des linken Rheinufers zuzugeben. Sehr stark sei die Partei, welche auf Errichtung von Republiken in diesen Ländern sinne; die Intriguen einer österreichisch gesinnten Faction von Republikanern, der Einfluß der holländischen Patrioten und der alten Clubisten von Mainz, Köln und Coblenz wirken zusammen [1]). Es waren eben die revolutionären Impulse, die, durch das Schwanken der allgemeinen Verhältnisse veranlaßt, den friedlichen Tendenzen Preußens entgegentraten.

Durch einige Ereignisse jener Tage wurden sie noch verstärkt. Das erste war die Niederlage der Royalisten, welche mit englischer Unterstützung in Frankreich einzubringen versucht hatten, in Quiberon (21. Juli 1795), das andere der Friede mit Spanien, der in Folge der an den spanischen Grenzen von den Franzosen errungenen Vortheile und einer gewissen Concurrenz der spanischen Staatsmänner untereinander ebenfalls zu Basel abgeschlossen wurde (22. Juli) —, ohne Zuthun Hardenbergs, der vielmehr den Wunsch ausspricht, von den geheimen Artikeln dieser Abkunft Nachricht zu erhalten.

Gervinus lehnte es ab, über die von Hardenberg in Anregung gebrachten Punkte mit dem Ausschuß als solchem zu unterhandeln; das würde zu nichts führen, wenn er nicht mit den einzelnen Mitgliedern desselben vorläufige Rücksprache genommen hätte. Alle Tage aber wurde diese Unterhandlung schwieriger. Anfang Augusts traten Sieyes und Rewbell in das Comité ein;

1) Gervinus, 18. August: „Die hiesigen Rhein-Clubisten, unterstützt von den Terroristen in dem Convent und durch die Holländer, schreien seit einigen Tagen erbärmlich in den Zeitungen, um sich den Rheinstrom als eine Republik zu erhalten. Prof. Hoffmann ist der Anführer derselben; er hat bei einigen heftigen Gliedern, bei Rewbell u. s. w., allerdings Einfluß."

sie hatten den holländischen Tractat geschlossen, der auf der Voraussetzung der Fortdauer der bisherigen feindseligen Haltung gegen die Nachbarn beruhte. Sieyes fand noch Widerstand; aber man sah voraus, daß er den größten Einfluß gewinnen werde. Besonders wurde er von Louvet unterstützt, der sich dem Terrorismus wieder zuzuwenden schien. In diesen Kreisen sah man das Heil der Republik darin, daß man auch in den Nachbarlanden Republiken organisire.

Man dachte die überrheinischen preußischen Gebiete mit Holland zu vereinigen. Ueberhaupt war man weit entfernt, sich mit den alten Grenzen begnügen zu wollen. Um Savoyen behalten zu können, meinte man den König von Sardinien in Mailand zu entschädigen, was sich ohne einen neuen Krieg mit Oesterreich nimmermehr erreichen ließ. Aus dieser Rücksicht lehnte man ab, auf den vorgeschlagenen Waffenstillstand einzugehen, in welchem kein Vortheil für Frankreich liege, das seine Armee immer im Felde haben werde, wohl aber für Oesterreich.

Indem sich diese Schwierigkeiten gegen die in Berlin gefaßten Absichten erhoben, war in Deutschland die Ratification des Reichstagsconclusums erschienen (29. Juli), welche aber mehr eine Ablehnung als eine Annahme enthielt. Der Kaiser sprach aus: die Verhältnisse seien noch nicht so dringend, um eine Vermittelung nothwendig zu machen; das Reich sei stark genug, in Vereinigung mit seinem Oberhaupt einen billigen, gerechten und annehmlichen Frieden zu erlangen; der Kaiser sei nicht gegen die von der Mehrheit der Stände gewünschte Vermittelung Preußens; allein diese dürfe eine unmittelbare Verhandlung des Reichsoberhauptes und der französischen Bevollmächtigten nicht verhindern. Das Reichstagsconclusum war in dem Sinne verfaßt, daß Preußen gleichsam an der Spitze der Stände den Frieden herbeiführen solle; die Ratification legt den größten Nachdruck auf die Befugniß des Reichsoberhauptes und die Pflicht der Stände, sich um dasselbe zu schaaren.

Von einer förmlichen Mediation Preußens zwischen dem Reiche und Frankreich konnte nun nicht die Rede sein. Die Franzosen bemerkten, daß ihnen der Friede mit dem Reiche nichts nützen könne ohne Frieden mit Oesterreich. Zu eigentlichen Verhandlungen über den Reichsfrieden konnte es nicht kommen, weil die Einleitung zu demselben dem Kaiser vorbehalten war, dieser aber durch seine neuen Verbindungen mit England gehindert wurde,

etwas dafür zu thun. Die Stimmung beider Theile, der Franzosen wie der Kaiserlichen, ließ einen unmittelbaren Wiederausbruch des Krieges erwarten, was eine Pacification mit dem Reiche thatsächlich unmöglich machte.

Die Absichten, mit denen Hardenberg gegen Mitte Juli's Berlin verlassen hatte, erschienen gegen Ende Augusts ihm selbst als gescheitert. Dann aber trat eine andere Seite der Sache hervor. Die Franzosen, die noch nicht daran denken konnten, daß ihnen vom deutschen Reiche die Behauptung des linken Rheinufers werde nachgegeben werden, erneuerten ihre Versuche, mit den einzelnen Fürsten Verträge zu schließen. Und wenn keine Pacification mit dem Reiche erfolgte, so blieb diesen kein anderer Ausweg übrig, als darauf einzugehen: sie würden sonst vom Sturm des Krieges ergriffen worden sein; sie hatten bisher an der Idee, daß die Negotiation von Seiten des Reiches sofort eröffnet werden würde, festgehalten; in dem Augenblick, daß sich das unmöglich zeigte, wandten sie sich zu besonderen Verhandlungen mit Frankreich. Es war eine fast unvermeidliche Folge der in den höchsten Regionen obwaltenden Mißverständnisse, der Unvereinbarkeit der preußisch-deutschen Tendenzen auf der einen Seite mit den Eroberungsabsichten von Frankreich, auf der anderen mit dem Wiederbeginn des Krieges gegen Oesterreich. Als einen Abfall von dem Reiche darf man das Verhalten der deutschen Fürsten doch nicht bezeichnen; die Fürsten fanden eben bei dem Reiche keinen Schutz mehr. Die Art und Weise der Deliberationen am Reichstage und die Ausdrücke der Ratification ließen erkennen, daß sie von einer Pacification des Reiches nichts zu erwarten hätten, zumal da die von Paris eingehenden Erklärungen dagegen ausfielen. Die in Basel anwesenden Gesandten der beiden Hessen, von Baden, Würtemberg, Pfalz-Baiern gaben sämmtlich die Absicht kund, bei ihren Höfen die Ermächtigung zu besonderen Friedensunterhandlungen einzuholen. Man kann darin wohl den entscheidenden Moment für die Existenz des Reiches sehen. Die von Preußen angegebene Auskunft war das einzige Mittel, die allgemeine Verbindung der Stände aufrechtzuerhalten. Es würde aber dem König einen Einfluß in dem Reiche gewährt haben, der dem Kaiser zu stark gewesen wäre: Preußen war einen Frieden eingegangen; der Kaiser war entschlossen, den Krieg mit Frankreich wiederaufzunehmen. In diesem Zwiespalt konnten keine gemeinschaftlichen Beschlüsse gefaßt werden. Hardenberg gab den fürstlichen Gesandten eigentlich Recht; er hielt

ihr Verfahren sogar für constitutionell [1]). Der König war nicht gemeint, mit dem kaiserlichen Hofe über seine Behandlung der Sache ernstlich zu rechten; er fand eine Genugthuung darin, daß der Artikel des Baseler Friedens, durch den er die Befugniß erhielt, seine Verwendung für die einzelnen Fürsten eintreten zu lassen, nun zur Anwendung kam. Auch Hardenberg beschied sich, daß an eine Mediation für das Reich nicht zu denken sei, und behauptete nur das Recht der Mediation für die einzelnen Fürsten. Namentlich der Herzog von Zweibrücken überließ die Verhandlungen, die er auf das eifrigste wünschte, der Vermittelung Hardenbergs.

Man bewegt sich hier nur in Velleitäten; aber soviel leuchtet doch ein, daß sich durch den Gang, den die Unterhandlungen nahmen, die Stellung Preußens zu seinem Nachtheile veränderte. Noch war über die polnische Angelegenheit keine Vereinbarung mit den beiden Kaiserhöfen getroffen; die Franzosen hofften vielmehr bei neuem Zerwürfniß mit Oesterreich, Preußen doch noch zu einer Allianz zu vermögen. Der sonst so friedliche Barthélemy machte auf Befehl des Ausschusses dem preußischen Gesandten den Antrag zu einem Bündniß, in welches die Pforte, Schweden, Dänemark und Holland eintreten würden: die Absicht war, daß die Polen dem Könige den Besitz der von ihm eingenommenen Provinzen zusichern, zugleich aber wieder als besondere Macht betrachtet werden sollten; diese große Vereinigung würde alsdann ihre Kräfte gegen Oesterreich und Rußland gewendet haben: es würde eine Abkunft in Deutschland im Gegensatz gegen Oesterreich haben erfolgen müssen [2]). Aus der Art, wie sich Hardenberg über diesen Entwurf ausspricht, entnimmt man, daß er einen gewissen

1) Les appréhensions que le refus de l' armistice et les préparatifs des Français font naître chez les États de l'Empire, combinées avec la lenteur extrême des délibérations de la diète de Ratisbonne, et plus encore celle que la cour de Vienne met dans l'affaire de la pacification, vont sans doute motiver des négociations séparées de paix, surtout de la part des Princes les plus exposés. Hardenberg au Roi, le 13. août 1795.

2) Il paraît qu'on désirerait une Pologne quelconque rétablie par des liaisons entre V. M., la France, la Porte, la Suède, le Danemark et la Hollande, sans faire restituer à V. M. les provinces occupées par Elle. Les Polonais eux-mêmes voudraient s'entendre avec vous, Sire, et avec la France, se rapprocher de V. M., et agir contre les vues de la Russie. Hardenberg au Roi.

Eindruck von demselben empfangen hatte. Das Motiv, um dessentwillen er dennoch davon abräth, ist sehr unerwartet; er meint nämlich: England, das mit feindseliger Gesinnung gegen Preußen erfüllt sei, werde dadurch in den Stand kommen, Rache an demselben zu nehmen; denn von Frankreich werde Preußen nicht mit Geldmitteln versehen werden können, um den Krieg kräftig zu führen; es werde leicht durch Rußland zu erdrücken sein [1]). Hardenberg glaubt, aus dem Verhalten der beiden anderen Mächte ebenfalls auf ihre feindselige Gesinnung schließen zu können. Das ergebe sich aus dem Ton, in welchem Rußland über die polnische Angelegenheit spreche, aus der Art und Weise der Ratification des Kaisers und dem Stillschweigen der Engländer in Bezug auf die Neutralität von Hannover. Diesen Feindseligkeiten zu begegnen, würde man durch die vorgeschlagene Verbindung nicht fähig werden. Es müsse dabei bleiben, daß man die Allianz vermeide, von der man keine hinreichende Vermehrung der Streitkräfte erwarten dürfe, aber zugleich auch dabei, mit Frankreich ein freundschaftliches Verhältniß aufrechtzuerhalten. Demarcation und Neutralität gewannen sogar eben dadurch eine verdoppelte Bedeutung, wenn der Reichsfriede nicht zu Stande kam und der Krieg mit Oesterreich wieder anfing.

Hardenberg war noch immer der Meinung, daß der Status quo vor dem Kriege hergestellt werden müsse und könne; für den König von Preußen sei es offenbar das Beste, nicht minder aber auch für Frankreich, welches den Zweck des Krieges, der doch die Herstellung der Ruhe sei, nur dadurch erreichen könne [2]). Doch

1) L'Angleterre calcule peut-être que la France, quand même V. M. s'unirait à elle, ne serait qu'un faible appui, et que V. M. ne pouvant tirer de cette puissance des secours en argent, se verrait dans l'impossibilité de résister longtemps à des efforts tant soit peu combinés des autres puissances et surtout de la Russie.

2) Le statu quo semble toujours ce qu'il y aurait de plus sûr et de plus désirable pour les intérêts de V. M. et même pour ceux de la France, parce qu'il faut la paix pour atteindre le but fondamental: le repos — Mais si les événements amenaient malgré vous, Sire, des changements, si la France consentait à l'acquisition de la Bavière par la maison d'Autriche, si des sécularisations avaient lieu en Allemagne, il emporterait beaucoup sans doute que V. M. conservât la balance en faisant aussi de son côté des acquisitions considérables. Hardenberg au Roi, le 27 août 1795.

verhehlte er sich nicht die Möglichkeit, daß die entgegengesetzte Richtung das Uebergewicht erhalte: die Folge davon könne nur ein allgemeiner Umsturz sein; Frankreich werde sich doch vielleicht mit Oesterreich verständigen; es werde zu einer Säcularisation kommen: für diesen Fall müsse der König sich auch seinerseits Acquisitionen vorbehalten, um das Gleichgewicht behaupten zu können.

Siebzehntes Capitel.

Begründung der neutralen Stellung Preußens.

Mehr als einmal haben wir die enge Verflechtung der östlichen Angelegenheiten mit den westlichen berührt. Vielleicht dürfen wir hier unsere Ansicht über die große Streitfrage des Ostens, die wir nicht näher erörtern können, doch im Allgemeinen aussprechen.

Die Ereignisse im Osten von Europa erscheinen, welthistorisch betrachtet, als ein Kampf der beiden slawischen Nationalitäten, der polnischen und der russischen, untereinander. Es hat eine Zeit gegeben, in welcher die Polen das Uebergewicht hatten; darauf war eine andere gefolgt, in welcher das Uebergewicht der Russen unbedingt entschieden war. Dann aber hatte sich ein erträgliches Verhältniß zwischen den beiden Nationen gebildet. Gerade daher, daß eine indirecte Autorität von russischer Seite nicht zu behaupten war, entsprang die Idee der Theilung. Nicht allein hatten die beiden großen deutschen Mächte Ansprüche auf polnische Gebiete, die sie geltend zu machen gedachten, sondern es wäre ihnen unerträglich gewesen, die Herrschaft der Russen daselbst fortdauern und sich befestigen zu lassen. Die Versuche nun, mit Rußland über das fernere Bestehen eines intermediären Königreiches oder über die Besitznahme seiner Landschaften Vereinbarung zu treffen, hatten auf die allgemeine Politik fortwährend bestimmend eingewirkt. Die drei Mächte waren darüber unter sich in Zerwürfnisse gerathen. Wenn Rußland früher auf der Seite von Preußen gestanden, so war es damals mehr auf die Seite von Oesterreich getreten. Den Streitpunkt bildeten die Palatinate Krakau und Sendomir, welche Oesterreich im Widerspruch mit Preußen in Anspruch nahm, und zwar mit Einwilligung von Rußland. Darüber schien es zu einem Bruche zwischen den drei Mächten kommen zu müssen, einer Eventualität, auf welche sich die eben erwähnten Allianzanträge der Franzosen gründeten.

Es ist kein Zweifel, daß die Mißverständnisse mit den beiden Kaiserhöfen vorzüglich dazu beitrugen, den König von Preußen zu seiner Annäherung an Frankreich zu vermögen; denn er konnte unmöglich ein Zerwürfniß im Osten und einen Krieg im Westen aushalten; er zog sich von der Coalition zurück, um Frieden mit Frankreich zu haben. Sollte er nun aber, den französischen Zumuthungen folgend, mit den nordischen Verbündeten brechen? Aus den Bemerkungen Hardenbergs ergiebt sich, daß die Unterstützung, die Preußen in einem solchen Falle von Frankreich erwarten durfte, doch bei weitem nicht hingereicht hätte, um es zu einem Kampfe fähig zu machen, in welchem die Kaiserhöfe den Beistand von England gehabt haben würden. Ueberdies aber widersprach es den Intentionen Friedrich Wilhelms, wie aus dessen ersten Eröffnungen hervorgeht, vollkommen. Hatte er Frieden im westlichen Europa, so wollte er darum nicht in neue Kriege im Osten gerathen. Durch das Verhältniß zu Frankreich wurde es vielmehr nothwendig, auch in dem Osten zu einem Verständnisse zu gelangen.

Schon war zwischen den beiden Kaiserhöfen, wie erwähnt, eine Abkunft getroffen, welche zugleich eine definitive Theilung von Polen involvirte; sie waren entschlossen, unnachgiebig dabei zu beharren: denn ohne diese Abkunft sei Rußland nicht im Stande, etwas gegen Frankreich zu thun. Dann aber, so vernahm man aus Wien, werde der Kaiser darauf denken, unter möglichst guten Bedingungen seinen Frieden mit Frankreich zu machen, um seine Waffen gegen Preußen zu wenden, einen Nebenbuhler, der ihm sonst zu stark werden dürfte [1]). Kaiserin Katharina erklärte sich bereit, in einem solchen Falle mit Oesterreich gemeinschaftliche Sache zu machen; sie ging davon aus, daß sie es eigentlich sei, welche Polen erobert und dadurch auch das Recht erlangt habe, über dessen Gebiete zu verfügen [2]). Es dauerte noch einige Zeit, ehe der preußische Hof über die zwischen Oesterreich und Rußland vereinbarten Punkte verständigt wurde und die Aufforderung erhielt, sie anzunehmen (9. August 1795). An dem Hofe Friedrich Wilhelms II. brach sich die Meinung Bahn, daß für ihn nicht rathsam sei, sich mit den beiden Kaiserhöfen zu entzweien.

---

1) Whithworth an Grenville, Petersburg, 6. Februar 1795, bei Herrmann, Geschichte des russischen Staates, Ergänzungsband, S. 509.

2) Morton Eden an Lord Grenville, Wien, 18. Februar 1795, bei Herrmann a. a. O., S. 510.

Indem er auf die Anträge derselben einging, behielt er sich nur sichernde Grenzbestimmungen vor, und zwar solche, die mit den zwischen Oesterreich und Rußland geschlossenen Verträgen vereinbar seien. In einem Schreiben an Hardenberg (vom 25. August) sagt der König: „Ich bin es nicht, der diese letzte Theilung gesucht oder gewünscht hat; ich bin weit entfernt, mich über die Inconvenienzen zu täuschen, welche dieselbe nach sich ziehen kann; aber es stand schlechterdings nicht in meiner Macht, sie zu verhindern, es wäre denn, ich hätte mich unter den ungünstigsten Umständen in einen Krieg mit den Kaiserhöfen einlassen wollen, den ich vielmehr um des inneren Zustandes meiner Staaten willen vermeiden muß." Hardenberg erhielt den Auftrag, die Franzosen darauf aufmerksam zu machen, wie viel Interesse es für sie selbst habe, daß Polen nicht in die Hände der beiden Kaiserhöfe komme, sondern daß Preußen einen Theil für sich selbst erhalte; nur dadurch könne es in den Stand kommen, das Gleichgewicht im Norden aufrechtzuerhalten, welches einen nahen Zusammenhang mit dem des Südens habe. Hardenberg sollte Alles anwenden, um jeden Einfluß der Polen auf die französische Politik zu verhindern: denn eine polnische Regierung existire nicht mehr; wenn von polnischer Seite eine Einwirkung auf die französische Republik versucht würde, so seien das nur individuelle und persönliche Bestrebungen.

Auf der anderen Seite hielt Friedrich Wilhelm an dem mit Frankreich geschlossenen Frieden fest; er ließ erklären, daß er an dem wiederausbrechenden Kriege gegen Frankreich keinen Antheil nehmen werde; die gegenseitigen Garantien nahm er nur insofern an, als sie seinen mit Frankreich getroffenen Verabredungen nicht entgegen seien. Preußen mußte des Friedens im Osten sicher sein, um den weiteren Uebergriffen und Plänen der Franzosen im Westen Widerstand leisten zu können. Wie die Sachen nun einmal standen, war das System der Neutralität nach beiden Seiten hin geboten. Und das hatte nun wieder eine Rückwirkung auf die Lage in Deutschland. Die nordischen Verhältnisse verboten es, mit Oesterreich über die höchste Gewalt in Deutschland in offenen Streit zu gerathen. Aber die einmal eingegangenen Verhältnisse zu Frankreich und das eigene Interesse litten doch auch nicht, daß man den Kaiser im deutschen Reiche freie Hand hätte erlangen sollen lassen.

Im September des Jahres 1795 brach nun der Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich wieder aus. Man hatte gemeint, die

Oesterreicher würden über den Rhein gehen und einen Angriff auf den Elsaß unternehmen. Aber die Franzosen waren auch diesmal die Angreifenden, und es schien wohl zuweilen, als lege Oesterreich wenig Werth darauf, die Rheinlande zu vertheidigen, und ebenso wenig auf der anderen Seite Italien, als denke es nur, seine Truppen nach den Erblanden zurückzuziehen und hier den Feind zu erwarten. Für Preußen entstand nun die schwierige Aufgabe, die Reichsstände, die weder ihre Contingente zurückzuberufen, noch überhaupt eine politische Partei zu ergreifen im Stande gewesen waren, doch vor den Anfällen der Franzosen sicherzustellen.

In denselben Tagen war die neue Constitution in Frankreich angenommen worden; sie wurde am 23. September proclamirt. Man sah jedoch, daß die Ausführung derselben und die feste Begründung einer neuen Ordnung der Dinge auf den größten inneren Widerstand stoßen werde. Ueber das den Rheinlanden bevorstehende Schicksal vermied die damalige Regierung noch sich auszusprechen. Unter Anderem wurde dem Herzog von Zweibrücken, der in den Genuß seiner Einkünfte gesetzt zu werden verlangte, eine dilatorische Antwort mit der Bemerkung gegeben, daß man der Hauptfrage nicht vorgreifen dürfte. Daraus schloß man, daß die Intercession Preußens für die vorliegenden Reichsstände noch immer angenommen werden dürfte; diese selbst bauten noch ihre Hoffnungen darauf. Der Kurfürst von Mainz ging mit dem Gedanken um, die Reichsdeputation, die in Folge der Ratification gewählt worden war, eigenmächtig nach Basel zu berufen, um unter Führung Preußens den Frieden zu Stande zu bringen. Zugleich aber kamen doch auch in Bezug auf die Demarcation die widrigsten Inconvenienzen vor. Die Franzosen beschwerten sich, daß sie durch dieselbe in ihren militärischen Bewegungen sowohl wie in der Herbeischaffung der Lebensmittel behindert und gelähmt würden. So behaupteten sie besonders, Frankfurt nicht entbehren zu können, wo eine preußische Garnison lag. Diese wurde von ihnen in peremptorischem Tone aufgefordert, die Stadt zu verlassen. Hardenberg war darüber in hohem Grade aufgebracht; er hatte vor dem Ausbruch des Krieges die französische Regierung an die Verpflichtungen erinnert, die ihr die Demarcationslinie auflege, und das Versprechen ausgewirkt, dieselbe in soweit zu beobachten, als Oesterreich sie ebenfalls beobachte. Hardenberg erblickte nun in jener nach Frankfurt geschleuderten Drohung die offenbare Absicht, die Demarcationslinie zu durchbrechen, während doch Preußen sich alle Mühe gebe, dieselbe aufrechtzu-

erhalten; es gewinne den Anschein, als seien alle Freundschaftserbietungen der Franzosen nur illusorischer Natur. Er sah sich zugleich von den Insolenzen der Franzosen und den Anforderungen der in Basel anwesenden Abgeordneten der deutschen Reichsfürsten bedrängt und fühlte sich in einer so unangenehmen Lage, daß er in diesem schwierigen Augenblicke eine Reise nach Bern unternahm, wohin ihn keine Geschäfte riefen. Der Berliner Hof nahm die Sache nicht so ernstlich auf, wie der Diplomat; denn die Ausdehnung der Demarcationslinie bis über den Main hatte man in Berlin eigentlich nie gebilligt. Aus dem Vorgefallenen schloß man nicht auf die feindselige Gesinnung der Franzosen; man sah darin einen Beweis für die Unhaltbarkeit der Ausdehnung der Demarcationslinie.

Weit entfernt, den Krieg in Oberdeutschland aufgeben zu wollen, machte Oesterreich vielmehr die erheblichsten Anstrengungen hiefür. Es gelang ihm, in der Mitte des Oktober die Oberhand zu bekommen und die Franzosen zum Rückzug über den Rhein zu nöthigen. Nicht etwa die Niederlage der Oesterreicher war im preußischen Interesse — denn dabei würden die Franzosen zu einer Macht gediehen sein, der man nicht hätte widerstehen können —, sondern vielmehr das Gleichgewicht der Waffen, wenn es nur nicht zu einem für Preußen ungünstigen Frieden führte. Die preußischen Truppen wurden von dem Kriegstheater in die brandenburgisch-preußischen Provinzen in Franken zurückgeführt. Aber um so strenger hielt man an der Beobachtung der Demarcationslinie in Niederdeutschland fest. Der Grundsatz war, sich von den Franzosen nichts gefallen zu lassen; sie mußten immer fühlen, daß Preußen noch im Stande sei, zu ihren Feinden überzugehen. Aber zugleich wollte man sich doch auch hüten, ihre Feindseligkeiten zu reizen. Von der größten Wichtigkeit war hiefür das Verhältniß zu Hannover. In einem geheimen Artikel der Convention vom 17. Mai war beschlossen worden: wenn die Regierung von Hannover sich weigere, die Neutralität anzunehmen, solle der König von Preußen das Land als Depositar occupiren und dafür garantiren, daß die Franzosen von dieser Landschaft aus nicht angegriffen würden. König Friedrich Wilhelm scheute vor der Besetzung von Hannover zurück; aber er übernahm die Garantie für die Neutralität dieses Landes. Haugwitz erzählt, Georg III. habe den König von Preußen in aller Form bitten lassen, Hannover unter seine Protection zu nehmen. Nicht ohne Mißmuth habe sich Friedrich Wilhelm II. erinnert, daß ja die Po-

litik von England, die im Namen Georgs III. agirte, ihn durch die Versagung der Subsidien genöthigt habe, in Verbindung mit Frankreich zu treten; zuletzt habe er aber dennoch aus Rücksicht auf das allgemeine deutsche Interesse und auf die Intercession des Herzogs von Braunschweig ausgesprochen, daß auch Hannover allezeit auf seinen Schutz rechnen könne. Wenn die hannoverschen Minister erklärten, der König von England, der in seiner Eigenschaft als Kurfürst von Hannover nicht zu den kriegführenden Mächten gehörte, werde sich bei dem Frieden von Basel beruhigen, so war Hardenberg damit noch nicht zufrieden; er bemerkte: damit würden die Bedingungen, an welche die Neutralität geknüpft sei, noch nicht erfüllt; denn daß man sich bei dem Frieden beruhigen würde, enthalte noch kein Versprechen, sich anzuschließen.

Man erkennt die Tragweite der hiemit angeregten Frage. Der König von Preußen übernahm, die Neutralität für Hannover zu behaupten, ohne doch ein positives Recht dazu zu haben. Sein Recht lag allein in der militärisch-politischen Nothwendigkeit, an welche die Franzosen unaufhörlich mahnten, da sie von Hannover her einen Angriff auf Holland fürchten mußten. Das Verhältniß Preußens zu Frankreich beruhte auf der Sicherstellung der Republik gegen einen solchen Angriff.

Man hielt eine erneute ernstliche Mahnung für nothwendig. Friedrich Wilhelm ließ durch Dohm in Hannover aussprechen: entweder werde er Norddeutschland und besonders Hannover einer französischen Invasion überlassen, oder Hannover selbst militärisch occupiren. In dem Augenblick, als Dohm sich nach Hannover begab, um von den dortigen Ministern eine kategorische Zusicherung zu fordern, daß sie keine feindlichen Demonstrationen gegen Frankreich oder Holland erlauben würden, lief von London der Befehl zur Räumung von Ritzebüttel und Cuxhaven ein, deren Besetzung durch englische Truppen der fortwährende Gegenstand französischer Beschwerden war. Nach einigen Zögerungen entschlossen sich die hannoverschen Minister, auch die additionnelle Convention anzuerkennen, so daß die Neutralität im vollen Umfange zur Geltung kam. Am 11. October gab Hardenberg Barthélemy hiervon Nachricht. Er mußte bereits fürchten, daß die Franzosen die unzuverlässige Lage in Hannover benutzen würden, um den Neutralitätsvertrag überhaupt zu brechen. In der That war von französischer Seite die Drohung verlautet, sich durch eine Convention nicht binden zu lassen, die von der anderen Seite nicht beobachtet werde. Harden-

berg machte Barthélemy aufmerksam, wie verderblich ein Bruch derselben, wenn er von französischer Seite erfolge, für das Ansehen des Königs von Preußen sei, dessen ganzes Werk — der Friede von Basel — dadurch zu Grunde gerichtet werde. Er bewegte sich immer auf dieser Linie; und sein Rath war, der Neutralität eine allgemeine Bedeutung zu verschaffen und ihr Bestehen dadurch zu sichern, daß darüber mit Hannover und Sachsen, Braunschweig und Hessen besondere Verträge abgeschlossen würden, woran man dann auch bald Hand anlegte.

Das Verfahren Preußens zeugt von einer gewissen Consequenz und dem vorherrschenden Willen, das durch den Frieden gegründete System auszubilden oder wenigstens zu behaupten. Die ursprünglichen Pläne, mit denen man sich trug, den allgemeinen Frieden zu vermitteln, oder wenigstens die Mediation für das deutsche Reich zu übernehmen, endlich den Frieden des Reiches auf den Grund von Reichstagsschlüssen herzustellen, waren gescheitert. Aber eine, wenn nicht glänzende, doch große Stellung war allerdings erreicht. Preußen hatte Frieden nach beiden Seiten. Mit vollem Bewußtsein hielt es das eingegangene Verhältniß mit Frankreich aufrecht, auch aus dem Grunde, weil es dann von den einseitigen ehrgeizigen Absichten der coalisirten Mächte nichts zu fürchten haben werde. Es war gleichsam eine Demarcation im Osten wie im Westen, zwischen welchen eingeschlossen Preußen sich der Neutralität und des Friedens zu erfreuen hoffte.

Friedrich Wilhelm II. nahm eine so umfassende Stellung ein, wie sie noch nie ein brandenburgisch-preußischer Fürst innegehabt hatte. Es ließe sich nicht behaupten, daß seine Pläne von vornherein darauf gerichtet gewesen wären; die Idee hatte sich in dem Conflicte der allgemeinen Angelegenheiten durch die Stimme der höchsten Beamten, der Armee, des Volkes durchgesetzt. Der König acceptirte dieselbe, weil sie der allgemeinen Lage entsprach. Wenn es unmöglich gewesen war, dem Reiche den Frieden zu verschaffen, so war es doch schon ein unschätzbarer Gewinn, einen großen Theil des Reichsgebietes den Bewegungen des Krieges zu entreißen. Hätten die Befürchtungen sich erfüllt, die man Anfang 1795 hegte, würden die Franzosen die schwachen Linien, mit denen man sie abzuhalten suchte, durchbrochen und Deutschland schon damals überfluthet haben, so wäre an eine ruhige Fortentwicklung des deutschen Geistes, wie sie seit dem Hubertusburger Frieden eingetreten war, nicht zu denken gewesen. Durch den Frieden zu Basel

und die Demarcation wurde nun aber inmitten der kämpfenden Weltmächte ein neutrales Gebiet geschaffen, in welchem man unter der Aegide des preußischen Adlers die Segnungen des Friedens genoß.

Bezeichnend ist es, daß unter den weltlichen Fürsten Karl August von Weimar eigentlich der erste war, welcher die Aufnahme in die Neutralität begehrte und erhielt. Seine kleine Hauptstadt und die benachbarte Universität Jena bildeten einen der vornehmsten Mittelpunkte der Literatur. Ich wage zu behaupten, daß die Zeit der Neutralität dazu gehörte, um den begonnenen Trieben zu ihrem Fortwachsen und ihrer Reife Raum zu verschaffen. Unleugbar ist es doch, daß die Unruhen und Gefahren des Krieges Alles gestört und vielleicht Allem eine andere Richtung gegeben haben würden. Der Fortgang der sich selbst überlassenen Cultur beruhte auf der Fortdauer des inneren Friedens und den unerschütterten socialen Zuständen, zugleich aber auf den Anregungen, die aus der allgemeinen Weltbewegung hervorgingen. Ich will keine Theorie aufbauen, sondern nur in Erinnerung bringen, daß die Jahre der Neutralität fast die fruchtbarsten in der deutschen Literatur gewesen sind, fruchtbar besonders an originalen und für die Nation unschätzbaren Hervorbringungen.

Noch lebte Kant. Seiner Schule gehörte damals der denkende Theil der Nation überhaupt an. Aus derselben erhoben sich bereits philosophische Geister von echter Begabung, welche für das moralische Leben und die Herrschaft der Idee noch weitere Bahnen eröffneten — Fichte und Schelling. Die philologischen Studien führten zu den gelungensten Reproductionen der vornehmsten Werke des classischen Alterthums, welche irgend eine Nation aufzuweisen hat, und zugleich zu einer Anschauung der Anfänge ihres Entstehens. Voß und Wolf wirkten zusammen. Niemals hatte die Poesie eine ähnliche Epoche. Die römischen Elegien und Hermann und Dorothea, gleichsam die Pole der classischen Studien, von denen der eine südliche Nacktheit, der andere germanische Tiefe und häusliches Leben darstellt, erschienen bald nacheinander. Und was ist sonst nicht Alles in dieser Zeit entstanden! Der Roman, welcher ein Abbild der Zustände des damaligen gesellschaftlichen Lebens (1795—1805) für alle Zeiten enthält, einige der schönsten Balladen der beiden Meister der Dichtung und Sprache, das Lied von der Glocke, welches nachgehends die Kinder auswendig lernten, und die großen Tragödien, an denen sich die Seelen kräftiger Männer nährten und erfrischten: Wallenstein, Jungfrau von Orleans, Wilhelm Tell, —

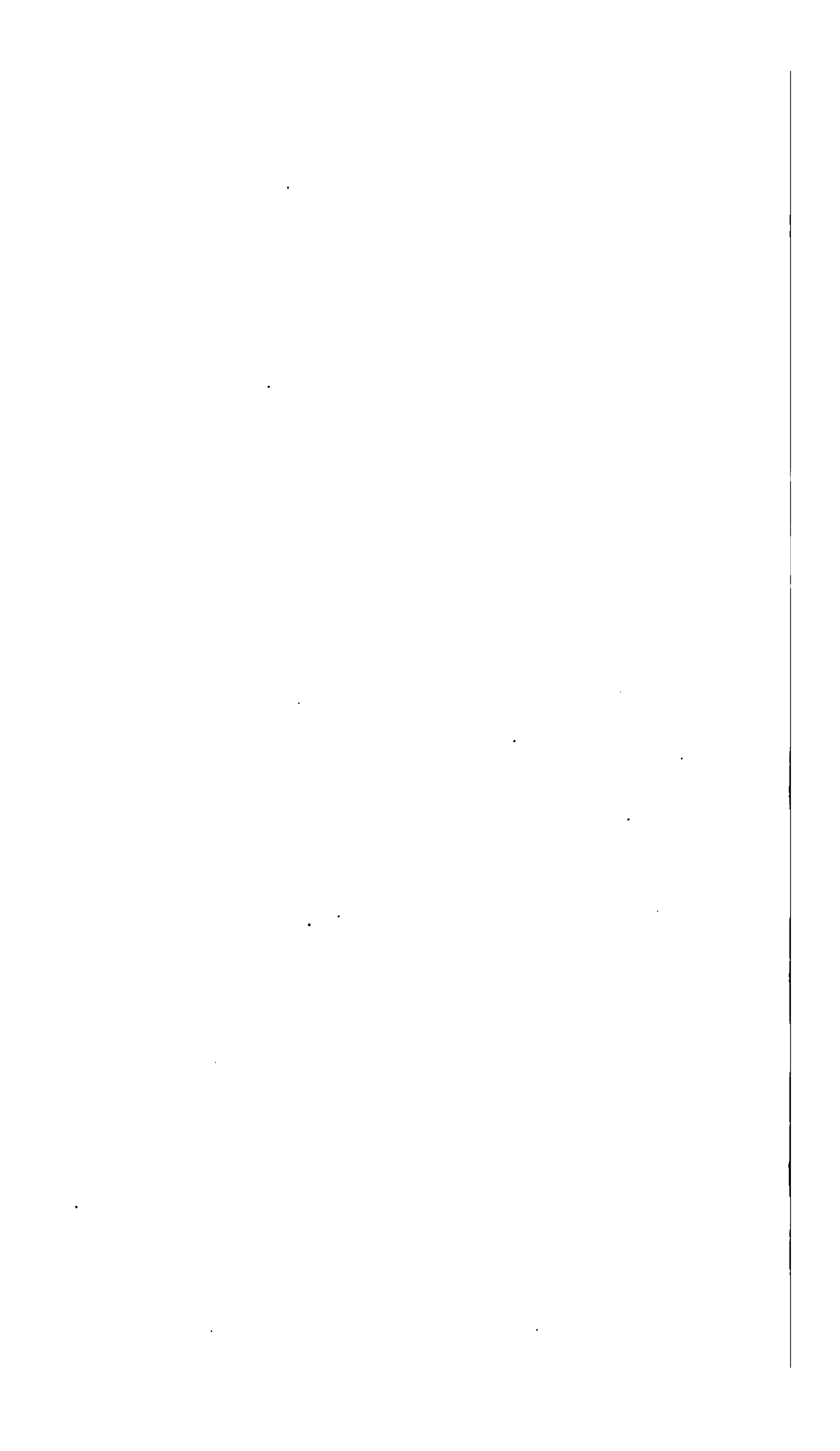
entstammen dieser Epoche. Die besten Theile der Schweizer Geschichte von Johannes von Müller (der vierte und der fünfte), denen es doch gelang, die historischen Ereignisse entlegener Zeiten zu vergegenwärtigen, sind damals geschrieben worden. Ihnen zur Seite legte die Göttinger historische Schule die Grundlage für die Auffassung der Staatengeschichte und der Geschichte der Wissenschaften im Allgemeinen. Nur die Titel der Bücher zu übersehen, erfüllt mit Sympathie. Auch die Kunst wandte sich dem Ideale zu. Die Literatur, in der sich auf allen Gebieten mannichfaltige geniale Kräfte regten, erlangte eine unvergängliche Wirksamkeit für das Gesammtleben der Nation. Noch bewahrte sie ihren ideologischen Charakter; die Zeit sollte schon kommen, wo dies nicht mehr möglich war und andere allgemeine und patriotische Impulse sich aller Geister bemächtigten.

Drittes Buch.

Zeiten der Neutralität (1796—1806).

Erster Abschnitt.

Vor der zweiten Coalition.



Erstes Capitel.

Uebergewicht der kriegerischen Tendenzen in Frankreich.

Wenn Preußen und Deutschland immer unser vornehmstes Augenmerk bilden, so wäre es doch unmöglich, die Abwandlungen ihres Schicksals zu verstehen, ohne die revolutionäre Macht, die sich ihnen gegenüber erhoben hatte, in ihren wechselnden Intentionen allezeit im Auge zu behalten. Es wird nicht überflüssig sein, nochmals auf die Frage zurückzukommen, wodurch die Fortdauer des Krieges zwischen Frankreich und Europa veranlaßt worden ist. Eines der wesentlichsten Momente hiefür liegt in einer geographischen Idee.

Aus den classischen Studien kennt Jedermann das Wort Cäsars, daß Gallien durch den Rhein begrenzt werde. Was von Gallien gesagt worden war, wendete man auf Frankreich an, — in der That sehr unhistorisch: — denn eben in der Ueberschreitung des Rheines durch die Germanen war das historische Frankreich gegründet worden. Wenn auch einige frühere Könige und ihre Minister die Idee der Erweiterung Frankreichs bis an den Rhein gefaßt hatten, so war dieselbe doch niemals, auch nur annähernd, durchgeführt worden. Was nun aber den Königen nicht gelungen war, das nahm jetzt das Selbstgefühl der siegreichen Republikaner in Aussicht. Man dürfte nicht behaupten, daß die Nothwendigkeit der Dinge dazu drängte. Nachdem die Angriffe auf die Republik zurückgewiesen waren, hätte sich denken lassen, — und es wäre unzweifelhaft das Beste gewesen —, daß die Franzosen sich mit der Herstellung ihrer alten Grenzen begnügt hätten. Das ließ sich um so mehr erwarten, da sie ja selbst die Gefahren kennen gelernt hatten, die aus den äußeren Verwicklungen für die inneren Zustände entspringen. Niemand konnte sich verhehlen, daß mit der Erwerbung der Rheingrenze die Fortdauer des Krieges unvermeidlich würde. Ueber die Marken der österreichischen Niederlande war alle Jahrhunderte daher

gestritten. Das Vorhaben, die Verfassung derselben umzugestalten oder die Grenzen an dieser Seite zu erweitern, mußte auf die größten Schwierigkeiten stoßen. Und vielleicht noch mehr fiel die Erwerbung des linken Rheinufers ins Gewicht; es konnte nicht in Besitz genommen werden, ohne eine Umwälzung des deutschen Reiches hervorzubringen, was dann wieder eine Umgestaltung aller Machtverhältnisse voraussetzte und bedingte.

In dieser Lage stellten sich in Frankreich zwei Parteien einander gegenüber, die, einverstanden, daß das Land nicht wieder in die Gewalt des Schreckens kommen dürfe, deren Ketten man so eben von sich abgeworfen, über die Beziehungen nach außen hin doch sehr verschiedener Meinung waren. Die einen hielten für hinreichend, dem französischen Staate das politische Ansehen wieder zu verschaffen, welches er zuletzt eingebüßt hatte; durch die Siege, die man erfochten, schien das eigentlich schon erreicht. Man bezweifelte, ob man Recht daran thue, durch Grenzerweiterungen neue Erschütterungen hervorzurufen und den allgemeinen Haß auf sich zu laden. Es gab eine zahlreiche, den alten Feuillants verwandte Partei, welche eine friedlich Abkunft mit den europäischen Mächten wünschte. An diese hatte sich Preußen gewendet; unter ihrem Einfluß hatte es seinen Frieden geschlossen. Aber auch eine andere gab es, in der sich die revolutionären Impulse stärker repräsentirten und die aus der Fortdauer des Krieges eine Macht, der nichts mehr widerstehen könne, entspringen zu sehen hoffte. Rücksicht auf diese Partei war es, was die Aufnahme der geheimen Artikel in den Frieden veranlaßt hatte, durch welche die definitive Abkunft über die gemachten Eroberungen auf eine allgemeine Pacification verwiesen wurde; sie erhob nun in Folge der neuesten Kriegsereignisse des Jahres 1795 ihr Haupt. Es kam ihr zu statten, daß einer der vornehmsten Begründer des revolutionären Systems überhaupt an ihre Spitze trat und ihre Tendenzen verfocht. Sieyes, der so eben die neue batavische Republik mit Frankreich in die engste Verbindung gebracht hatte, übte in dem Wohlfahrtsausschuß einen überwiegenden Einfluß aus, nicht jedoch ohne an den Männern der Mäßigung im Ausschuß wie im Convent Widerstand zu finden.

Wir sahen, daß Hardenberg im Juli 1795 ein ganzes System von Entwürfen an die Erwartung knüpfte, daß die gemäßigte Partei doch noch das Uebergewicht erlangen werde. Der Bevollmächtigte, mit dem er in Basel unterhandelte, Barthélemy, theilte seine Ansichten, Wünsche und vielleicht seine Illusionen; aber die Berichte,

welche der vertraute Gervinus von Paris einschickte, ließen doch erkennen, daß die Gegner alle Tage mächtiger wurden. Die Franzosen setzten sich in Besitz von Düsseldorf und Mannheim. Hardenberg hegte die Meinung, daß sie in kurzem Meister der beiden Rheinufer sein würden. In diesem Momente gewann die Frage, wie die bereits eroberten Gebiete angesehen werden sollten, doppelte Bedeutung. In dem Wohlfahrtsausschusse behielt die Meinung, daß Frankreich sie behaupten sollte, die Oberhand. Um aber zur wirklichen Geltung zu kommen, was bisher noch nicht geschehen, mußte sie auch in dem Convent bestätigt werden. Am 9. Vendémiaire (1. October) kam es darüber zu einer entscheidenden Debatte. Die Frage betraf vor Allem die Reunion der in dem Feldzuge von 1794 eroberten niederländischen Provinzen. Merlin von Douai, der im Namen des Ausschusses Bericht erstattete, begründete die Ansicht zu Gunsten der Reunion vornehmlich darauf, daß dieselbe gleich bei dem ersten Vordringen der Franzosen in die österreichischen Niederlande von den Einwohnern gefordert und von der damaligen Regierung zugestanden worden sei: jetzt reclamire man dieselbe in Belgien; der Convent habe in der That die Verpflichtung, die früheren Festsetzungen darüber definitiv zu erneuern. Die Sache ist, daß bei den ersten Anfällen der Franzosen Communen und Provinzen von Belgien in tumultuarischen Versammlungen gefordert hatten, der österreichischen Herrschaft entledigt und mit der französischen Republik, die ihnen die Freiheit anbot, vereinigt zu werden. In dem Drange der folgenden Begebenheiten war dies in Vergessenheit gerathen. Wenn nun Merlin den Convent aufforderte, die früheren Beschlüsse zu erneuern, so machte er dabei zugleich die Vortheile geltend, welche aus dieser Union hervorgehen würden. Er meinte davon selbst, die Möglichkeit einer Verbesserung der finanziellen Lage erwarten zu dürfen: denn man würde die geistlichen Güter und die Besitzungen des Hauses Oesterreich einziehen und als Hypothek für die Assignaten benutzen können, um deren zunehmende Entwerthung zu verhindern. Ein politisches Motiv liege in dem Verhältniß zu der batavischen Republik, der es erwünscht sein müsse, in unmittelbare Verbindung mit dem französischen Gebiete zu kommen. Noch einmal wirkten hier jene Zerwürfnisse der Patrioten und der statthalterischen Partei in Holland ein, welche überhaupt die Ueberwältigung Hollands so leicht gemacht hatten. Die Consequenz, die man daraus zog, war die weitaussehendste. Die batavische Republik wurde als von Frankreich unabhängig betrachtet;

um aber der französischen Hülfleistung sicher zu sein, wünschten die Urheber der Revolution in Holland, daß die von Frankreich eroberten belgischen Niederlande der französischen Republik auf immer einverleibt würden. Die Frage entstand, ob es nicht genüge, die alten österreichischen Niederlande ebenfalls, wozu sie so viele Elemente hätten, in eine Republik zu verwandeln und unter den Schutz von Frankreich zu stellen. Aber im Ausschuß hatte man sich dagegen entschieden: denn dann werde innere Entzweiung und fremde Einwirkung in den belgischen Niederlanden nicht verhindert werden können; man würde selbst einen Herd für die gefährlichsten Agitationen schaffen. Lüttich war ungefähr in demselben Falle, wie die altösterreichischen Provinzen; es machte dieselben Reclamationen. Für Limburg und Luxemburg bestand ein solches Verhältniß nicht. Ein Schritt jedoch führte zu dem andern; man war entschlossen, auch diese mit dem französischen Gebiete zu vereinigen. Damit aber trat die Hauptfrage nur in größerer Umfassung hervor.

Der Gedanke, Frankreich überall bis an den Rheinstrom auszudehnen, war schon öfter auf der Tribüne ausgesprochen und immer mit großem Beifall begrüßt worden; ein Beschluß darüber war noch nicht gefaßt; auch jetzt war ein solcher nicht eigentlich beantragt. Aber der Grundsatz, daß die Republik nur dann als befestigt betrachtet werden könne, wenn sie ihre Grenzen bis an den Rhein ausdehne, wurde als unzweifelhaft vorausgesetzt. Gewiß, sagte Merlin, seien in diesem Augenblicke die französischen Heerschaaren nicht deshalb über den Rhein gegangen und energisch gegen ihre letzten Feinde vorgeschritten, um am Ende sich wieder in die alten Grenzen einschränken zu lassen[1]); — er gab zu, daß davon

1) Il n'est personne parmi nous qui ne tienne invariablement à cette grande vérité, souvent proclamée à cette tribune, et toujours couverte de l'approbation la plus générale, que l'affermissement de la République et le repos de l'Europe sont essentiellement attachés au reculement de notre territoire jusqu'au Rhin; et certes, ce n'est pas pour rentrer honteusement dans nos anciennes limites, que les armées républicaines vont aujourd'hui, avec tant d'audace et de bravoure, chercher et anéantir au delà de ce fleuve redoutable les derniers ennemis de notre liberté. Mais nous respectons les traités; et puisque par ceux que nous avons conclus avec la Prusse et la Hesse, le règlement définitif du sort des pays qui longent la rive gauche du Rhin est renvoyé à l'époque de la pacification générale, ce n'est point par des actes de législation, c'est uniquement par des actes de diplomatie amenés par nos victoires et nécessités par l'épuisement de nos ennemis que nous devons nous assurer la conservation de cette barrière formidable.

zunächst nicht gehandelt werden könne: denn durch die Baseler Traktate habe man die definitive Bestimmung bis zu dem allgemeinen Frieden ausgesetzt; durch einen Akt der Legislation könne man davon nicht abweichen; es könne nur in Folge diplomatischer Verhandlungen geschehen.

Die Voraussetzung war, daß es geschehen würde. Bei dem Frieden von Basel hatte die entgegengesetzte Voraussetzung vorgewaltet; man hatte gemeint, die Besitznahme der deutschen Provinzen würde nur eine kurze Zeit dauern; den allgemeinen Frieden dachte man sich als nahe bevorstehend. Jetzt war der Krieg wieder ausgebrochen, die Pacification in eine weite Ferne gerückt; augenscheinlich war, daß alles Fernere von dem Ausfall der Kriegsbegebenheiten abhänge. Noch wurde die Frage nicht eigentlich entschieden. Aber Niemand konnte sich darüber täuschen, wohin die Absicht des Ausschusses und seiner Partei gerichtet sei. Wenn der Convent dem Berichterstatter beitrat, so nahm er auch den großen Grundsatz an, der die Erweiterung der Grenzen bis an den Rhein als eine für Frankreich unentbehrliche politische Nothwendigkeit hinstellte. Wohl hat man nicht unbemerkt gelassen, daß der ursprüngliche Grundsatz der Republik dahin gegangen sei, allen Eroberungen zu entsagen. Die Antwort darauf war: daß ein Staat, der in seinen Grenzen angegriffen werde und sich vertheidige, gar nicht darauf Verzicht leisten könne, für die Anstrengungen, die er mache, und das vergossene Blut Indemnitäten in Anspruch zu nehmen [1]). Unter denen, die sich der Beweisführung Merlins und seinen Anträgen entgegensetzten, war Lesage (de l'Eure et Loir), einer der ausgestoßenen und nach Robespierres Sturz zurückgekommenen Girondisten, wohl der vornehmste. Er sprach sich dahin aus: man solle den Belgiern ihre alte Constitution lassen; sie würden nicht daran denken, sich etwa, wie man fürchte, in einem Statthalter einen neuen Herrn zu geben; er habe belgische Deputirte gesprochen, welche gegen die Reunion seien. Man entgegnete ihm: das sei sehr möglich; denn es gebe verschiedene Parteien in Belgien, eine klericale, eine liberale und eine kaiserliche; sie würden einander sofort in die Haare gerathen, wenn das französische Heer sich zurückziehe; nur das Uebergewicht von Frankreich könne sie vereinigen. Ueber diese Möglichkeiten ließ

1) Ce n'est point faire des conquêtes que de prendre les moyens de mettre ses ennemis hors d'état de nuire, d'assurer sa propre défense, que la conquête enfin devient légitime quand elle devient un besoin de repousser l'attaque.

sich hin- und herreden. Außer allem Zweifel aber war die fernere Behauptung Lesage's, daß die Besitzergreifung dieser Gebiete dazu führen werde, den Krieg zu verewigen. Weder von Oesterreich noch von England könne dieselbe jemals geduldet werden; man gebe damit den kriegerischen Absichten dieser Mächte eine neue Begründung. Dazu aber, sagte er, sei die Zeit nicht angethan; die Nation fordere den Frieden, und auch die Regierung sollte endlich gelernt haben, daß Frankreich trotz seiner Macht doch eben nicht alles vermöge, was es in den Sinn fasse. Für die Grenzfrage sei ein legislatorisches Decret überhaupt nicht an seiner Stelle; schon jetzt gehöre dieselbe in das Bereich der diplomatischen Negotiationen. Man müsse sehen, wie weit man es damit bringe und das Resultat der Nation vorlegen, die darüber zu entscheiden habe. Die Unterscheidung, die hiebei hervortritt, zwischen legislatorischem Decret und Negotiationen kann als welthistorisch angesehen werden: denn bei den letzten wurden die Rechte aller Anderen berücksichtigt; durch das erste stellte die Republik ihr Interesse als das die Rechte aller Anderen dominirende auf.

Lesage's Betrachtungen sind ohne Zweifel sehr begründet; sie zeigen, daß es noch Männer gab, die den Schritt, welchen die Republik zu thun im Begriff war, in seiner weltumfassenden Bedeutung würdigten. Allein die entgegengesetzten Impulse beherrschten bereits die Gemüther. Mit gelehrter Ausführlichkeit macht Lesage auf den Nachtheil aufmerksam, welcher aus großen kriegerischen Unternehmungen für die innere Freiheit der Völker entspringe. Ich finde nicht, daß man hierauf eingegangen wäre. Mehr Eindruck machte die Bemerkung, daß Frankreich durch die Erweiterung seiner Grenzen seine Sicherheit nicht vermehre, sondern schwäche: durch die gegenwärtigen Grenzfestungen sei es bereits wahrhaft unüberwindlich. Das kriegskundigste der Mitglieder des Conventes, Carnot, fand sich bewogen, hiegegen das Wort zu ergreifen. Er stellte vor Allem den ungeheueren Vortheil vor Augen, welchen die Erwerbung von Luxemburg den Franzosen gewähren werde; er bezeichnete den Platz als ein neues Gibraltar, wohlgelegen zur Vertheidigung wie zum Angriff. In den Festungen der Maas erblickte er eine neue Vertheidigungslinie, durch welche die ältere, an der man festhalten müsse, nur um so bedeutender und sichernder werde. Wenn man Belgien reunire, so treffe dieser Schlag zugleich Oesterreich und England. Man müsse dem Leoparden seine Tatzen, dem zweiköpfigen

Adler den einen seiner Köpfe abhauen: dann könne, so sagt er, der Hahn ruhig schlafen.

Man erkennt bei jedem Wort die universale Tragweite dieser Debatte. Die Ideen der gemäßigten Partei kamen darin noch einmal zum Ausdruck; aber sie blieben in der Minderheit. Die Anträge des Ausschusses wurden unter allgemeiner Acclamation angenommen. Es war die letzte große Handlung des Conventes, durch welche er den allgemeinen Krieg in Europa veranlaßte, einen Krieg, der in der That erst zwanzig Jahre später mit der Rückgabe der französischen Eroberungen und der Herstellung der alten Grenzen im Allgemeinen geendigt hat. Aber welche Zeiten, die dazwischen liegen, voll von gigantischen Kämpfen und ungeheueren Katastrophen!

Bleiben wir bei jenem Moment stehen, so können wir uns nicht ersparen, nochmals bei der inneren Entwickelung von Frankreich zu verweilen. Denn da die französische Macht die Initiative in den europäischen Angelegenheiten ergriffen hatte, von der dann die Schicksale Deutschlands und Preußens abhingen, so muß man sich, wie berührt, gegenwärtighalten, wie sie zusammengesetzt war und von welchen Grundsätzen sie ausging.

Von entscheidender Wichtigkeit dafür ist, daß die Ideen der Eroberung bei dem Uebergang in die neue Constitution in einem großen inneren Streite die Oberhand behielten. Den allgemeinen Wünschen entsprach es, wenn man in der neuen Constitution der Erklärung der Rechte jetzt auch eine Erklärung der Pflichten hinzufügte und darauf Bedacht nahm, der executiven Gewalt eine größere Stabilität zu verleihen, als sie bei dem steten Wechsel in den Comités zu erlangen im Stande gewesen wäre. Darüber war keine Entzweiung in der Republik zu fürchten; der Streit, der sich erhob, war ein anderer. Wie die Sachen gegangen waren, hatte sich der Convent zu einer wahren, eigentlich exclusiven Staatsgewalt entwickelt. Die Mitglieder hatten sich bei den gehässigsten Handlungen, welche die letzten Jahre bezeichneten, persönlich betheiligt. Wenn es nun zu neuen Wahlen kam, wie konnten sie vor der Reaction, welche alsdann erwartet werden mußte, sichergestellt werden? welcher Pact ließ sich zwischen den Machthabern der Gegenwart und ihren zu erwartenden Nachfolgern gleichsam im voraus schließen? Da in der neuen Constitution das jährliche Ausscheiden eines Drittels der Mitglieder bestimmt wurde, so gerieth man auf den Gedanken, diese Bestimmung sogleich auf die bevorstehenden Wahlen anzuwenden; man schrieb für dieselben die Regel

vor, daß wenigstens zwei Drittel aus den bisherigen Mitgliedern des Convents genommen werden müßten. Mancherlei Mittel und Wege sind für die Ausführung dieses Gedankens in Vorschlag gekommen. Man hat an eine freiwillige Abdankung eines Theils der Conventsmitglieder oder an eine unmittelbare Wahl in den Convent selbst gedacht. Man hätte lieber die eigentlichen Electoralversammlungen vermieden und den Primärversammlungen die Wahl der neuen Deputirten aufgetragen. In den Debatten darüber erscheint die Besorgniß vor dem Uebelwollen, das bei den Wahlen die Oberhand haben würde, eigentlich also Furcht vor der Zukunft als das überwiegende Motiv. Endlich wurde beschlossen, den bisherigen Wahlmodus nicht zu verändern, aber die Wiederwahl von zwei Dritteln der Conventsmitglieder als Gesetz vorzuschreiben. Nothwendig brach hierüber eine allgemeine Bewegung aus. Denn worin liege, so sagte man, das Recht des Convents zu einer solchen Anordnung? Er sei aus den Wahlen der Nation hervorgegangen; an diese kehre das Recht der Wahl zurück; jetzt leuchte ein, daß der Convent sich verewigen wolle. Man hat damals und seitdem immerfort den Royalisten, den Chouans selbst einen wesentlichen Antheil an dieser Bewegung zugeschrieben: in großer Anzahl seien sie nach Paris zurückgekommen, um sich der Preßfreiheit zum Sturze des Conventes zu bedienen. Und ohne Zweifel ist dem so gewesen. Aber die eigentliche Frage war doch eine constitutionelle. Es war so unrichtig nicht, daß dem Convent, auf dessen Rücktritt man rechnete, kein Recht zu dieser Verfügung zustand, welche seine Existenz für eine unabsehbare Zukunft sicherte. Aufs neue regten sich nun die Sectionen, die Versammlungen, von denen einst die Revolution ausgegangen war. In den Sectionen stellte sich die Bourgeoisie dar, die ihre frühere Stellung den Gewaltsamkeiten der Machthaber gegenüber wiederzugewinnen dachte; man bemerkte, daß sie mit Würde deliberirte, nur nicht den Convent nennen hören wollte. Man hatte nichts gegen die Constitution einzuwenden; aber die ihr annectirten Bestimmungen über die Wahl der zwei Drittel wurden mit Heftigkeit verworfen. Aus der Section des Palais Royal ging die erste Erklärung in diesem Sinne hervor; doch war der Sitz der Bewegung noch mehr in der Section Lepelletier. Die Absicht wurde gefaßt, aus den Sectionen der Stadt einen Central-Ausschuß zu bilden, der sich dem Convent, Gewalt gegen Gewalt, entgegensetzen sollte.

Das ist nun einmal gleichsam die Nothwendigkeit der

Revolutionen, daß sie die Autorität factisch in die Hände bringt, denen man dieselbe von der andern Seite wieder zu entreißen den lebendigsten Antrieb hat. Allein wenn die Idee, die den Institutionen zu Grunde liegt, die Befugniß dazu giebt, so läßt sich doch auch nicht leugnen, wie bedenklich und gefährlich für das Gemeinwesen an sich ein solches Unternehmen ist. Der Convent hatte seine Geschichte und eine durch seine Handlungen und selbst die auswärtigen Verhältnisse gesichertes Dasein. Unter den Anforderungen der Sectionen erscheint auch die: daß der Convent die geheimen Artikel der von ihm geschlossenen Verträge mitzutheilen habe, gleich als würde es der neu zu bildenden Staatsgewalt zukommen, sie zu prüfen und über ihre Gültigkeit zu entscheiden. Damit würde aber der ganze Zustand nicht allein Frankreichs, sondern auch Europa's, wie er damals war, in Frage gestellt worden sein. Für den Zusammenhang der Staatsverhältnisse war es ohne Zweifel von Bedeutung, daß die bisherigen Mitglieder nicht geradezu ausgestoßen würden; die Continuität der Entwicklung würde dadurch unterbrochen worden sein. Man erinnerte nicht ohne Grund daran, daß das bei dem Uebergang aus der constituirenden Versammlung in die legislative der Fall gewesen sei. Der Gegensatz dieser Tendenzen war nun nicht zu schlichten. Er wurde Tag für Tag stärker und führte im Anfang des October 1795 zu der Ueberzeugung, daß ein neuer großer Kampf bevorstehe. Die Polizeiberichte aus dem Monat August, den letzten Tagen des Fructidor und den intercalirten Tagen sind übrig, aus denen sich die vorherrschende Stimmung mit einer gewissen Wahrheit abnehmen läßt [1]). Die Sectionen waren in der Verwerfung der beiden Decrete eigentlich einmüthig: denn wenn die Section Quinze-Vingts, die sich schon bei den früheren Stürmen durch ihren revolutionären Geist hervorgethan hatte, die Decrete anfangs annahm, so hat sie das doch später widerrufen; man behauptete, alle ehrlichen Leute in den Provinzen seien dagegen; nur von den Böswilligen rühre die Annahme her. Die Ansicht war allgemein, daß aus den neuen Wahlen eine neue Legislatur hervorgehen müsse. Den jetzigen Mitgliedern schrieb man alle die Maßregeln des Schreckens zu, die seit der ersten Constituirung des Conventes vorgekommen waren, namentlich auch die Handlungen Robespierre's: würde man die zwei Drittel annehmen, so würde in ihrer Mitte

---

1) Schmidt, Tableaux de la Révolution française, II, 395.

gar bald ein neuer Robespierre sich erheben[1]). Die neuen Glieder, die man wähle, würden durch die alten verdorben werden: denn diese seien einmal an den Besitz einer Gewalt gewöhnt, welche alle anderen Gewalten vernichte. Wenn sich nun die Absicht kundgab, die bisherigen Mitglieder des Convents insgesammt von den neuen Wahlen auszuschließen, so wurde dieselbe doch nicht die allgemeine: denn unter ihnen gebe es einige brave Männer, die man behalten müsse. Aber man verhehlte nicht, was den Uebrigen bevorstehe. Man wollte die Mitglieder einstweilen zur Rechenschaft ziehen, namentlich wegen ihrer Finanzverwaltung; man wollte das unschuldige Blut, das sie vergossen, an ihnen rächen. Mit dem Eintritt der neuen Legislatur würde eine Reaction begonnen haben, deren letztes Resultat allerdings die Herstellung des Königthums, d. h. eines constitutionellen, wie man es vor dem 10. August im Sinne gehabt, hätte sein können. Das Wort ist verlautet: die Constitution, die man annahm, sollte doch von der neuen Legislatur wieder abgeschafft und eine andere an ihre Stelle gesetzt werden. In einigen Sectionen nahm man als dem Begriff der Volkssouveränetät inhärirend nicht allein volle Freiheit, sondern selbst, wie man sich ausdrückte, ein Recht der Suprematie in Anspruch. Man bestritt dem Convent die Befugniß, neue Decrete zu erlassen. Aber in der Consequenz der Ereignisse und Meinungen liegt es, daß der Convent den drohenden Aeußerungen hervorbrechender Unzufriedenheit gegenüber alle Mittel ergriff, seine Decrete zu behaupten. Im Gegensatz gegen die Bourgeoisie hielt er für rathsam, die noch eingekerkerten Terroristen freizulassen, um an den Sitzungen der Sectionen und dem neuen Wahlact Theil zu nehmen. Diese Maßregel aber konnte nicht anders, als die allgemeine Aufregung verdoppeln. In den Versammlungen der Sectionen wollte man die Theilnahme dieser Menschen nicht dulden: denn es seien schon zum Theil gerichtlich verurtheilte Verbrecher, durch welche das Blut ihrer Brüder vergossen worden sei[2]). Die Ausgestoßenen nahmen ihre Zuflucht zu dem Convent, der dann eine Schaar aus ihnen bildete, die man als Patrioten von 1789 bezeichnet hat. In der That waren es die alten Schreckens-

1) On se permettait même de dire que, si les $^2/_3$ étaient réélus, on ne tarderait pas à voir renaître dans leur sein un nouveau Robespierre.

2) Les particuliers dont il s'agit sont convaincus, les uns de vol et de dilapidation, les autres d'avoir tiré des coups de fusil sur leurs frères.

männer; sie hatten eine Art von Lager in der Nähe der Tuilerien. Ein Geschrei ging durch die Stadt, daß sie bestimmt seien, den Schrecken wiederherzustellen unter der Führung des Convents. Die Sectionen hielten sich für berechtigt, sich dem, selbst mit den Waffen in der Hand, entgegenzusetzen, wobei sie den Vortheil hatten, sich auf die Nationalgarde stützen zu können, so daß ein blutiger Conflict eigentlich unvermeidlich wurde.

Den Anlaß gab ein Beschluß der Section Lepelletier, durch den sie in Widerspruch mit den Anordnungen des Convents gerieth. Dieser hatte den Tag der Wahlen auf den 20. Vendémiaire (12. October) festgesetzt; die Sectionen wollten ihm aber so viel Zeit, um seine Vorbereitungen zu treffen, nicht lassen; und da nun ein früheres Regulativ bestimmt hatte, daß die definitiven Wahlen zehn Tage nach Ernennung der Wahlmänner stattfinden sollten, welche Frist eben zu Ende lief, so hielt sich die Section für befugt, dem vom Convent vorgeschriebenen Termin zuvorzukommen. Das Decret der Section lautet fast wie ein Aufruf zur Insurrection. Die Wahlmänner aller Sectionen sollten sich in dem Saale der Section des Théâtre français versammeln; zuvor sollten sie sich durch einen Eid verpflichten und sodann unter dem Schutze ihrer Sectionen sich nach dem allgemeinen Versammlungssaal begeben. Die Primärversammlungen sollen beschwören: da die unverzügliche Aufstellung einer Legislatur das einzige Mittel zur Rettung des Vaterlandes sei, nicht auseinanderzugehen, ehe das Corps electoral förmlich installirt sei. Die Absicht also ging dahin, auf die Primärversammlungen der Sectionen gestützt, die neuen Wahlen selbständig durchzuführen. Das aber konnte der Convent nicht geschehen lassen, ohne seine Existenz aufzugeben. Als sich eine Anzahl Wahlmänner — die Angaben schwanken zwischen 60 und 80 — versammelt hatte und der Aufforderung, sich zu zerstreuen, kein Gehör gab, wurde der Commandant der Armee des Inneren, Menou, beauftragt, ihre Auflösung zu erzwingen. Bei seiner Ankunft jedoch waren die Versammelten schon auseinandergegangen. Aber die populäre Bewegung wurde dadurch keineswegs erstickt, sondern vermehrt: die Primärversammlungen der Sectionen erklärten sich in Permanenz; sie hatten jetzt ihren Mittelpunkt in der Section Lepelletier. Die bewaffnete Macht bekam nun den Befehl, die leitenden Mitglieder, die das Bureau ausmachten, zu verhaften. Am Abend des 12. Vendémiaire (4. October) — es war um die Zeit, da die auch jetzt immer zahlreich besuchten Theater geschlossen

wurden — sah man die bewaffnete Macht — Husaren, Dragoner, Fußvolk —, Volksrepräsentanten an ihrer Spitze, gegen die Section Lepelletier heranziehen, um diesen Auftrag auszuführen. Allein sie fanden die Gegner zu gut vorbereitet, um es zu unternehmen. Man hat das der Feigheit des Generals zugeschrieben. Jedoch hing Alles von dem anwesenden Repräsentanten Laporte ab. Dieser scheint aber die allgemeine Gefahr, in die man sich stürzte, erwogen zu haben. Man vernimmt, daß die Truppen nicht eben sehr geneigt gewesen seien, den Angriff zu vollziehen, wie man denn schon längst bei den Sectionen auf eine Hinneigung der Truppen zu ihrer Sache gerechnet hatte [1]). Da der Convent, der sich selbst gefährdet fühlte, an seine eigene Vertheidigung denken mußte, so wurde Menou entsetzt und ein Mitglied des Convents, das zugleich Offizier war, Barras, an seine Stelle zum Führer der bewaffneten Macht ernannt. Aus den späteren Berichten desselben ersieht man, daß die Lage ihm sehr gefährlich vorkam. Bei den Maßregeln, die er traf, hatte er zugleich die Möglichkeit im Auge, daß der Convent genöthigt sein dürfte, sich nach St.-Cloud zurückzuziehen.

Am Morgen des 13. (5. October) waren alle Läden in der Stadt geschlossen, und eine Stille trat ein, die dem Sturme vorauszugehen pflegt. Gegen Mittag setzten sich die Sectionen gegen den Convent in Bewegung. Allein indeß hatte dieser alle Anstalten zur Vertheidigung getroffen. Es war die erste Handlung, durch welche der junge Napoleon Bonaparte in die inneren Kämpfe der Hauptstadt eintrat. Er hatte sich bisher dem Convent angeschlossen und arbeitete in dem topographischen Bureau. Was auch eine zweifelhafte Tradition dagegen aufbringen mag, aus seinen Briefen muß man schließen, daß er an der Sache des Convents mit Eifer festhielt. Von diesem zum zweiten General neben Barras auf den Vorschlag desselben ernannt, trug er kein Bedenken, von der Schaar jener Patrioten Gebrauch zu machen, unter denen sich Leute fanden, welche die Kanonen gut zu bedienen wußten. Sorgfältig hütete man sich, den ersten Schuß zu thun: denn Bonaparte wollte nicht zuerst französisches Blut vergießen. Sobald aber aus den

---

1) Le fait est que le soir les troupes de lignes témoignèrent de la répugnance à attaquer les gardes nationales qui furent sous les armes, et que c'était très sagement fait des représentants et du général de n'avoir rien précipité, mesure qui aurait pu entraîner ce soir la perte de la convention. Gervinus à Hardenberg, Paris, le 5 octobre.

Reihen der Sectionen ein Angriff erfolgte, war auch die Niederlage derselben entschieden. Die Nationalgarden waren nicht im Stande, der eingeübten militärischen Macht, unter einem Führer, in welchem sich die jugendlichen Impulse des Ehrgeizes mit einem angebornen kriegerischen Genius und schon einer gewissen Kriegsübung verbanden, zu widerstehen; sie erlagen in langen Reihen dem Feuer des Geschützes. Der Convent blieb vollkommen Meister des Kampfplatzes und konnte nun seine Absichten ohne Widerstand durchführen.

Die Bourgeoisie, welche auf dem Grunde der Nationalsouveränetät die constitutionelle Idee durchzuführen gedachte, wurde von der bewaffneten Macht der geordneten Staatsgewalt überwunden. In dieser walteten die republicanischen Ideen, ohne alle Einschränkung zugleich mit den Tendenzen der absoluten Gewalt und der Militärmacht. In den Sectionen hätten die Gemäßigten, die fortwährend nach Frieden riefen, die Oberhand behalten; der Friede auf den Grundlagen der alten Zustände wäre wenigstens möglich geblieben. Der Tag ist von welthistorischer Bedeutung. Die Republicaner, welche den Sieg erfochten, waren eben die, welche dem neuen Frankreich eine Ausdehnung geben wollten, die den Krieg mit Europa nothwendig in sich schloß. Aus dem Kampfe der Parteien, der nun erfolgte, ging die Bildung einer höchsten Gewalt hervor, die diesen Ideen huldigte.

Die zwei Drittel des Convents traten nun wirklich in die neue Legislatur ein; es waren ihrer so viele in den Departements gewählt worden, daß nur noch etwa ein Fünftel an der vollen Zahl mangelte. Die Wiedererwählten constituirten sich einem vorangegangenen Decret gemäß als Wahlkörper, um die Vacanzen auszufüllen. Die von den Primärversammlungen in Anspruch genommenen Rechte wurden durch den Sieg des Convents an und für sich für ungültig erklärt. Ihre Anhänger hörte man sagen: „jetzt haben sie uns.“ Die Verfassung der Commune von Paris wurde umgestaltet; der Generalstab der Nationalgarde wurde aufgelöst sowie auch die Grenadier- und Jäger-Compagnien derselben.

Damit war die Opposition, die sich gegen den Convent erhob, vernichtet. Der Erfolg war, daß dieser selbst in die Legislatur eintrat, so daß er eigentlich die Gewalt behauptete, nur unter den Modificationen, welche der Eintritt eines neuen Drittels hervorrief. Die Hauptsache beruhte dann in der Creation der executiven Gewalt, welche die Politik nach innen und außen fortan zu

dirigiren hatte. Dabei war das stillschweigende Uebereinkommen, daß Alle ausgeschlossen sein sollten, die sich zu der moderirten Partei gehalten, was insofern von allgemeiner Bedeutung ist, als die Moderirten zugleich für den Frieden waren, die entschieden revolutionäre Partei dagegen für den Krieg. Niemand sollte eintreten, der nicht für den Tod des Königs gestimmt hatte. Unter den Gewählten war auch Sieyes, der aber ablehnte, weil er nicht geeignet sei, in dem Directorium zu sitzen, welches Männer des allgemeinen Vertrauens begreifen sollte, während er von Anfang an von allen Parteien befehdet worden sei. Sein eigentlicher Grund mochte sein, daß die neue Verfassung eben im Gegensatz mit seinen Entwürfen durchgegangen war. An seine Stelle trat Carnot, dessen Ideen über den Krieg wir kennen.

Nicht wenig betroffen waren die Männer, welche auf die Bildung einer gemäßigten Partei in der französischen Regierung gerechnet hatten. Bei der Aufstellung der Listen in dem Rathe der 500 hatte Barthélemy 126 [1]) Stimmen gehabt, was ungefähr das numerische Verhältniß der gemäßigten Partei andeuten mag. Aber zehn Andere hatten eine größere Anzahl von Stimmen, unter ihnen Cambacérès 157, Carnot 181; der letztere wurde von dem Rathe der Alten in das Directorium gewählt. Das Auffallende dabei war, daß Carnot an der terroristischen Regierung Antheil genommen hatte. Von Carnot und Rewbell bezweifelte man nicht, daß ihre Absicht auf Fortsetzung des Krieges und allgemeinen Umsturz gerichtet sei. Von Friedens-Negotiationen war nicht weiter die Rede. Alles hing von den Erfolgen des Krieges ab, der mit dem Frühjahr 1796 mit verdoppelter Anstrengung wieder beginnen mußte. Seinerseits mußte auch Preußen davon betroffen werden.

1) Ich entnehme dies aus einem Schreiben Hardenberg's. Im Moniteur sind nur die Mitglieder verzeichnet, welche auf die Liste kamen.

Zweites Capitel.

Preußen im Jahre 1796.

Eine sehr eigenthümlich markirte Stellung hatte Preußen damals nach beiden Seiten inne: im Osten in Folge der Verträge mit Rußland, im Westen durch den Einfluß auf Deutschland und durch das eingeschlagene System der Neutralität. Wenn Europa zur Ruhe gekommen wäre, so würde sich eine den inneren Bedürfnissen des Staates entsprechende Entwickelung haben denken lassen.

Der Staat befand sich in der Mitte zweier Systeme, die in blutigem und unentschiedenem Ringen miteinander lagen: der militärischen Ueberlegenheit der Franzosen auf dem Continent und der derselben widerstrebenden Mächte der alten Coalition. Man hatte bei dem Frieden von Basel darauf gerechnet, daß die streitenden Weltkräfte einander das Gleichgewicht halten würden. Wie nun aber, wenn das nicht geschah, wenn die Verbündeten, welche das Princip, auf dem auch Preußen beruhte, verfochten, geschlagen wurden und die Revolution durch ihre Militärkraft den Sieg davontrug? mußte es dann nicht doch in das Verderben gezogen werden, dem es durch den Frieden von Basel zu entgehen versucht hatte? Man war nicht blind gegen diese Eventualität; aber man hatte sich dieselbe doch auch nicht vollkommen vergegenwärtigt: die Bedrängnisse der Gegenwart schlossen die Berechnungen der Zukunft aus. Die nächste Aufgabe eines Staatsmannes ist immer, der Gegenwart gerecht zu werden, den verschiedenen Phasen der Ereignisse gemäß.

Es konnte nicht anders sein, als daß der Wechsel derselben, der den Gesichtskreis, unter dem man sich befand, unaufhörlich veränderte, allezeit auf die preußische Politik einen maßgebenden Einfluß ausübte.

Der entscheidende Mann des 13. Vendémiaire, Napoleon Bonaparte, unternahm im Frühjahr 1796 seinen ersten großen Feldzug. Dessen Erfolge sind es hauptsächlich gewesen, wodurch das bisherige System der Staaten umgestürzt wurde. Auch auf Preußen wirkten sie wenigstens mittelbar zurück.

Für den Feldzug in Deutschland, der für Oesterreich zuerst glücklich gegangen war, hatte der italienische die Folge, daß die Franzosen aufs neue unter Jourdan über den Mittelrhein, Ende Juni unter Moreau über den Oberrhein gingen; ihre Angriffe und der Widerstand, der ihnen geleistet wurde, berührten die preußischen Besitzungen in Franken. Wohl hatte man das vorausgesehen. Von Berlin war der Befehl gekommen, sich dem Durchzuge der Armeen, die ihre Bedürfnisse selbst zu decken haben würden, nicht zu widersetzen, aber dabei die Neutralität zu beobachten. Ehe noch diese Instruction ankam, hatte Hardenberg, der die Regierung der Markgrafschaften fortwährend leitete, in Uebereinstimmung mit Hohenlohe einige Vorkehrungen getroffen, die sich heilsam erwiesen. Vor Allem brachte er den französischen Heerführern in Erinnerung, daß das Gebiet, das sie durchzogen, ein neutrales sei. Eine Commission, die aus Alexander von Humboldt und dem Hauptmann Püsch bestand, wurde an Moreau geschickt, eine andere an Jourdan. Von dem ersten war nicht zu erwarten, daß er den Kreis betreten würde, wohl aber von dem zweiten, der den Auftrag hatte, durch Franken seinen Weg in die österreichischen Erbländer zu suchen. Beide versicherten, daß sie die Neutralität Preußens und der mit demselben verbundenen Fürsten zu respectiren beauftragt seien. Die Franzosen haben sich dann in dem Lande glimpflich und rücksichtsvoll betragen. Denn in den Krisen, in denen man war, lag ihnen Alles daran, ein gutes Verhältniß mit Preußen aufrechtzuerhalten.

Auf diese besonderen Berührungen kam es soviel nicht an; von größtem Gewicht aber war es, daß die veränderte Lage zu einer Modification der in Basel angebahnten Politik führte.

Die Demarcation und ihre Linie war von Oesterreich noch nicht anerkannt; und die Franzosen, die sich in einer keineswegs genügenden Weise über dieselbe erklärt hatten, waren in den oberen Reichskreisen vollkommen zur Uebermacht gelangt. Oberrhein, Schwaben und Franken leisteten ihnen keinen Widerstand mehr. Schon fürchtete man einen Besuch von ihnen in Leipzig. Durch eine Beunruhigung von Obersachsen wäre das Centrum der preußischen

Politik gefährdet worden. Sie drohten überdies, Hannover zu besetzen, woran sie Niemand hätte hindern können.

Es leuchtet ein, wie viel daran lag, die Demarcation näher festzustellen und die Neutralität vollständiger zu begründen. Die Franzosen waren nicht abgeneigt; aber sie knüpften daran eine Forderung von höchstem Belang.

Bisher hatte man noch in Preußen die Absicht festgehalten, die von den Franzosen occupirten linksrheinischen Lande wiederzuerlangen; aber der Gegensatz, in welchem sich Preußen hiebei mit den Franzosen befand, war dadurch verdoppelt worden, daß in jenen Beschlüssen des Conventes die Absicht, die französischen Grenzen bis an den Rhein auszudehnen, unverhohlen hervorgetreten war. Die Franzosen verlangten eine unumwundenere Einwilligung von Preußen in die Abtretung der überrheinischen Provinzen, als die, welche im Frieden von Basel lag; sie machten eine Verständigung darüber zur Bedingung der Bestätigung der Neutralität. Beides sollte miteinander untrennbar verbunden, ihre Einwilligung in die Festsetzung der Demarcation davon abhängig sein, ob Preußen auf ihre neuen Vorschläge eingehe.

So erfolgte, daß das Cabinet von Berlin sich bewegen ließ, über die beiden Vorschläge, welche die Franzosen für untrennbar erklärten, in Verhandlung einzutreten. Der erste betraf das eigenste Interesse Preußens und Norddeutschlands: denn dadurch wurde die Neutralität erst befestigt. Der Vertrag darüber ward bereits am 16. Juli vereinbart. Der zweite, der am 5. August zu Stande kam, hatte keine so unmittelbare Bedeutung; aber er war noch umfassender für die Zukunft: er schloß eine neue Organisation Deutschlands für den Fall der Abtretung des linken Rheinufers in sich, bei welcher für den Vortheil Preußens reichlich gesorgt war. Mehr als einmal wurde gesagt, daß Alles auf der Einwilligung von Kaiser und Reich beruhe. Dabei aber trat noch eine andere Rücksicht ein. Man hegte die Besorgniß, daß der Kaiser genöthigt werden könnte, ebenfalls für sich selbst einen Frieden mit Frankreich zu vereinbaren, wie denn Verhandlungen darüber von Seiten des neapolitanischen Gesandten in Basel angeknüpft worden sind, wiewohl sie unverbindlicher Natur blieben: man fürchtete, Oesterreich und Frankreich würden sich zu Festsetzungen vereinigen, die dem preußischen System zuwider wären, namentlich zu dem Eintausch Baierns gegen die Niederlande. Das war nun einmal die nicht beneidenswerthe Lage des preußischen Ministeriums, daß es

entgegengesetzte Gesichtspunkte combiniren mußte. Der Druck von Frankreich und die alte Eifersucht gegen Oesterreich wirkten zusammen. Der König meinte, sich gegen alle widrigen Eventualitäten sichern zu müssen. Ueber alle Skrupel kam man dadurch hinweg, daß die Bestimmungen eventuell waren und von dem Ausschlag der Kriegsereignisse abhingen. Preußen setzte durch, daß Münster in die Demarcationslinie aufgenommen und für den Beitritt anderer Fürsten zur Neutralität eine längere Frist gewährt wurde, als die Franzosen gewollt hatten. Das waren jedoch nur die minder bedeutenden Punkte. Alles wurde von der Frage beherrscht, wie die Reichsangelegenheiten sich nach dem Kriege gestalten sollten, ob die Cessionen, die man bis jetzt eventuell in Aussicht genommen, definitive seien und welche Entschädigungen für die Verluste bewilligt werden würden. So weit wurde Preußen nicht gebracht, die Abtretung des linken Rheinufers als eine definitive anzuerkennen [1]), aber es ließ sich doch auf dieselbe näher ein und bedang sich für seine Verluste am linken Rheinufer eine sehr erhebliche, den Werth derselben übersteigende Entschädigung aus. Zugleich wurde Bedacht genommen auf die nächstverwandten Fürstenhäuser, den Landgrafen von Hessen und das Haus Oranien, dessen Ausstattung bereits ein Gegenstand der internationalen Politik wurde; denn darauf vor Allem ging die Absicht der Franzosen, daß ihr Verhältniß zu Holland durch eine anderweite volle Befriedigung des Erbstatthalters sicher werde. Zu Gunsten desselben sollte über die beiden fränkischen Bisthümer verfügt werden; Frankreich und Brandenburg hatten dabei gleiches Interesse. Der Bestand Mecklenburgs und der Hansestädte, welchen die Franzosen anfochten, wurde von Preußen gerettet. Man sieht in den getroffenen Verabredungen den Gedanken einer preußisch-deutschen Macht sich weiter Bahn brechen. Das Verhältniß zu dem deutschen Reiche in seiner

1) In den Aufzeichnungen von Haugwitz wird darauf großer Werth gelegt. Les instructions adressées à Caillard portaient à faire l'impossible pour engager la Prusse, à quel prix que ce fût, à stipuler la cession de la rive gauche du Rhin. Elle ne le pouvait, elle ne le devait pas, et j'en rejetais haut la main la proposition, que Caillard m'en fit. Mais ferme sur ce point je compris qu'il fallait cependant admettre le cas qu'une pareille cession de la rive gauche du Rhin pourrait avoir lieu au moment de la paix continentale, et pour ce cas il fallait ne pas rejeter le projet de sécularisation.

bisherigen Verfassung tritt dagegen zurück. Gewiß blieb dabei die durch Kaiser und Reich zu bewilligende Abtretung des linken Rheinufers vorbehalten; diese aber hing von der Entscheidung der Waffen ab. Noch war Alles nur eventuell, und man trug Sorge, das Abkommen in das tiefste Geheimniß zu hüllen. Aber überaus weitaussehend ist es doch, daß man Verabredungen dieser Art traf unter Voraussetzung der Abtretung und gemäß dem Prinzipe der Säcularisation, welches bisher keine Anerkennung gefunden hatte. Es konnte doch scheinen, als nehme Preußen in dem großen Kampf, in welchem die Welt begriffen war, Partei für eine Auflösung der bisherigen Zustände zu seinem einseitigen Vortheil. Das vornehmste Motiv lag immer darin, daß sich die preußische Politik gegen feindselige Absichten Oesterreichs, die bei der definitiven Abtretung in dem Frieden mit Frankreich vorwalten könnten, im voraus sicherstellen wollte: man sah die Dinge kommen, wie sie kamen; — denn mit Frankreich überhaupt gemeinschaftliche Sache machen zu wollen, war und blieb man doch in Berlin weit entfernt.

Maximilian von der Pfalz, der bereits in Unterhandlungen mit Frankreich, welche die Erhaltung von Baiern betrafen, begriffen war, suchte eine Anlehnung an Preußen und kam selbst nach Franken. In den Briefen seines Gesandten Cetto wird die Meinung ausgedrückt, Preußen hätte sich mit Frankreich verbünden sollen, um Oesterreich zum Frieden zu nöthigen und nicht etwa doch ein Verständniß zwischen Frankreich und Oesterreich zu Stande kommen zu lassen. In Berlin wies man das von der Hand. Der König meinte, es würde seinem System der Neutralität entgegenlaufen, in dessen Erweiterung er noch immer begriffen war. Man hatte wohl insgeheim auf eine Verhandlung mit Frankreich eingehen können, bei der die Eventualität einer Abtretung des linken Rheinufers ins Auge gefaßt war; aber dazu mitzuwirken und sich mit Oesterreich zu entzweien, war man doch nicht gemeint.

Wie sehr man dies, selbst wo es einen großen Vortheil in sich geschlossen hätte, zu vermeiden bemüht war, beweist ein Territorial-Ereigniß in Franken, das sonst den Staat zu den größten Erwartungen berechtigte. Wir müssen desselben schon hier näher gedenken, da Hardenberg noch einmal dabei im Vordergrund erscheint.

Hardenberg's Gedanke war von jeher gewesen, die fränkischen Markgrafschaften überhaupt zu consolidiren, so daß die preußische Macht auch dort eine feste Grundlage gewonnen hätte. Er legte

dabei die Autorität, welche das brandenburgische Fürstenhaus unter Albrecht Achilles besessen hatte, zu Grunde. Man forschte in den Archiven nach, wie weit sie sich jemals ausgedehnt hatte.

Im Frühjahr 1796 war Hardenberg vom König autorisirt worden, sich auf einmal in Besitz von alledem zu setzen, worauf man Anspruch habe machen können [1]), und dies dann trotz alles Geschreies, das darüber entstehen möchte, mit Gewalt zu behaupten. Es wurde Hardenberg nicht schwer, einige der bedeutendsten Mitglieder des Herrenstandes in Franken, besonders die Fürsten von Hohenlohe, für sich zu gewinnen, deren Beispiel dann für die übrigen maßgebend sein sollte.

Dem stellte sich die Kreisversammlung entgegen, welche gegen das Bestreben Brandenburgs, ein geschlossenes Gebiet zu bilden, einen natürlichen Abscheu hegte. Hardenberg behauptet: man habe in derselben die Idee gehabt, eine Art von Convent zu bilden, die Einheit und Untheilbarkeit des Kreises zu proclamiren und selbst die deutsche Verfassung auf metaphysische Menschen- und Staatsrechte neu zu erbauen; die deutsche Revolution sollte von Nürnberg ausgehen. Bei dem Vordringen der Franzosen war die Kreisversammlung mit Selbständigkeit verfahren. Der dirigirende Geheime Rath Zwanziger, von dem die Mehrheit der Kreisstände abhing, hatte sich auf eigene Hand nach Paris aufgemacht, um dort selbständig eine Unterhandlung einzuleiten.

Ein gewaltiges Aufsehen machte es nun, als am 4. Juli 1796 preußische Truppen die Vorstädte von Nürnberg in Besitz nahmen. Es hatte sich gefunden, daß dieselben zu dem alten burggräflichen Gebiete gehörten, welches revindicirt werden sollte. Der Rath der Stadt war überrascht worden; Hardenberg hatte nur vierundzwanzig Stunden Bedenkzeit gewährt, damit die Sache nicht etwa an die Kreisversammlung gebracht werden könnte. Die eigentliche Stadt blieb intact. Hier aber herrschte große Entzweiung: nicht allein erregte das einseitige Regiment der Patricierfamilien die Widersetzlichkeit: die Schulden waren so hoch angewachsen, daß man eine kaiserliche Commission erwartete, um die Sache zu regeln, was dann bei vielen Bürgern den Gedanken erweckte, sich lieber einem Herrn ihrer Wahl zu ergeben, als von einer kaiserlichen Sequestercommission abhängig zu werden. Entscheidend wirkte, daß General Jourdan der Stadt eine unerschwingliche Contribution auferlegte, der man nur durch

1) revendiquer.

Anschluß an Preußen entgehen zu können meinte. Ein allgemeines Geschrei erhob sich, das die städtischen Behörden zu einem solchen Schritte drängte. In Berlin war die Wahrscheinlichkeit dieses Ausgangs schon in Erwägung gekommen; denn wie hätte man sich verbergen können, daß die Besitznahme der Stadt schon um ihrer geographischen Lage willen die größten Vortheile darbiete? Man hatte nichts dagegen, wenn eine freie Unterwerfung der Stadt erfolge, unter der Bedingung, daß der König die Schulden derselben und ihre Obliegenheiten gegen Kaiser und Kreis übernehme. Schon hatte Hardenberg der Kreisversammlung ihr bisheriges Verfahren auf das bitterste zum Vorwurf gemacht und den brandenburgischen Bevollmächtigten von derselben abberufen. Indem nun die Führer der Kreisversammlung sich nach dem französischen Hauptquartier und nach Paris begaben, um eine Abkunft zwischen dem Kreise und der französischen Regierung zu Stande zu bringen, erhob sich in der Stadt das gemeine Volk, um den Magistrat zur Unterwerfung unter den König von Preußen zu nöthigen. Man wird dabei an die Art und Weise erinnert, wie sich einst Berlin selbst dem brandenburgischen Scepter unterworfen hatte — durch eine Verbindung der Population mit der Dynastie im Gegensatz gegen die herrschende Aristokratie. Am 12. August 1796 erschien eine Deputation der Stadt in Schweinau, wo sich Hardenberg befand; sie bat ihn, zunächst dahin zu wirken, daß die unerträglichen Lasten erleichtert und die Stadt als neutral anerkannt werde; sie stellte Anträge in Aussicht, in Folge deren es das eigene Interesse des Königs sein würde, Nürnberg nicht zu Grunde richten zu lassen, wobei sie jedoch die Rechte des Reiches erwähnte. Hardenberg machte ihr lebhafte Vorwürfe über das bisherige Verhalten der Stadt; diese hätte selbständig verhandeln können; statt dessen sei unter ihrer Mitwirkung von der Kreisversammlung eine Abkunft von hinterlistigem Charakter mit den Franzosen getroffen worden, der die neutralen Stände selbst hätten unterworfen werden sollen, gegen deren Widersetzlichkeit man Maßregeln verabredet habe[1]). Die geschicht-

1) Que sans réclamer la coopération ou l'intervention du roi, soit comme directeur du cercle, soit comme puissance neutre, la ville avait pris part à la négociation du cerle avec le généraux français, que nommément un des députés présents, le sénateur de Marsdörfer, était en sa qualité de membre de l'assemblée du cercle un des auteurs des articles infiniment insidieux de l'arrangement convenu avec le général Ernouf et un de ceux qui s'étaient arrogé le droit de décider

liche Thatsache ist also, daß Stadt und Kreis die brandenburgischen Fürstenthümer eben nur als Kreisstände behandeln und in eine Abkunft, die sie mit den Franzosen trafen, mitbegreifen wollten, während dieselben bereits durch die Neutralität, die Preußen als Staat geschlossen hatte, geschützt wurden. Die Ereignisse brachten es mit sich, daß Nürnberg in die Nothwendigkeit gerieth, sich dem preußischen System anzuschließen und die Reunion mit Ansbach und Baireuth nachzusuchen. Hardenberg nahm das noch nicht eigentlich an: er brachte die constitutionellen Formen und selbst die Nothwendigkeit der Einwilligung des Reiches in Erinnerung; doch versprach er ihnen seine Intercession bei Jourdan, die er denn einlegte, hauptsächlich auf den Grund, daß die Stadt sich demnächst dem König unterwerfen werde, so daß sie der Neutralität Preußens theilhaftig werden würde. Jourdan wies die Verwendung Hardenberg's nicht zurück, nahm sie aber auch nicht vollständig an, weil das vorzeitig sein würde; ohne Zweifel trug er Bedenken, die Unterwerfung Nürnbergs unter Preußen zu fördern und gleichsam im voraus anzuerkennen. Hardenberg meldete dies an den preußischen Gesandten in Paris, Sandoz=Rollin, der dann zugleich den Anträgen Zwanziger's entgegentreten sollte, so daß eigentlich beide Theile, der Kreis und Brandenburg=Preußen, in Paris ihren provinziellen Antagonismus fortsetzten. Hardenberg sandte selbst einen besonderen Bevollmächtigten dahin.

In diesem Augenblick bekamen die Oesterreicher, die von Erzherzog Karl befehligt wurden, in Franken wieder die Oberhand; sie passirten Nürnberg ein paar Mal; doch blieb die Stadt in voller Freiheit. Da eben war es nun, daß der Antrag zur Unterwerfung an Preußen erneuert wurde. Hardenberg wollte denselben nicht annehmen, wenn er nicht von der Bürgerschaft in aller Form eingebracht werde. Am 28. August wurde die Frage vom Rath der Stadt der Bürgschaft vorgelegt, immer mit Vorbehalt der späteren Einwilligung des Reiches, wie es Hardenberg betont hatte. Von 3715 Stimmen waren 3281 für die Unterwerfung.

---

sur l'étendue et limite des possessions neutres du roi en Franconie et avaient même accordé aux troupes françaises le droit d'exécution contre les États récalcitrants. Die Aktenstücke, deren ich mich hier bediene, entnehme ich aus den Sammlungen von Schöll, bei dem gerade die Nürnberger Angelegenheit mit besonderer Ausführlichkeit behandelt worden ist.

Die Stadt leistete auf ihre Reichsunmittelbarkeit Verzicht und unterwarf sich der Territorialgewalt ihrer alten Burggrafen. Von Seiten des Königs wurde ihr Protection und Anerkennung aller wohlerworbenen Rechte zugesagt. Preußen übernahm die Schulden der Stadt, inbegriffen die, welche in Folge der französischen Contributionsforderungen aufgelaufen waren: auf den Wunsch der Einwohner ließ Hardenberg eine preußische Garnison einrücken und säumte nicht, dem Erzherzog Karl hiervon Anzeige zu machen. Ein Versuch der Oesterreicher, sich des städtischen Geschützes zu bemächtigen, wurde verhindert. Die Städte Windsheim und Weißenburg trugen ihre Unterwerfung an und erhielten eine preußische Schutzwache.

Hardenberg glaubte ein großes Werk vollbracht zu haben; er zweifelte nicht, daß die Ratification des Königs Alles bestätigen werde. Er behauptete, die Besitznahme stimme mit den Reichsgesetzen vollkommen überein: denn es sei einem freien Stande nicht verwehrt, sich einem anderen Reichsstande zu unterwerfen. Ueberdies aber, welche Aussicht knüpfe sich an diese Erwerbung, namentlich wenn einmal die Besitznahme der benachbarten Bisthümer Bamberg und Würzburg erfolge! Der Besitz von Franken werde den König in den Stand setzen, eine Armee von 25 — 30,000 Mann daselbst zu unterhalten und Hessen und Sachsen dergestalt zu beherrschen, daß sie in Kriegszeiten wie preußische Provinzen behandelt werden könnten; zugleich erlange man damit eine feste Stellung gegenüber der Oberpfalz und Böhmen und das Uebergewicht über Baiern; man verschaffe dem Hause Brandenburg überhaupt ein großartiges Gewicht in Süddeutschland [1]). Aehnliche Gedanken hatte einst Danckelmann gehegt; mit einer ganz anderen Tragweite traten sie unter Hardenbergs Vermittlung auf. Die Erschütterung

1) La possession d'une province considérable en Franconie, gardée par 20,000 hommes, les (Saxe, Hesse, Brunswick) aurait mis dans l'impossibilité de suivre un autre système que celui de la Prusse. D'un autre côté la contiguité de cette province avec la Bavière et le Haut-Palatinat, supposé que ces provinces restassent à la maison Palatine, rendait à celle-ci l'alliance de la Prusse indispensable: à la faveur de cette alliance les margraviats seraient devenus le lien naturel et le centre d'une masse considérable d'Etats unis par les mêmes intérêts et s'étendant depuis la Baltique et la mer du Nord jusqu'aux frontières de l'Autriche et aux Alpes Tiroliennes.

aller Verhältnisse, die so eben ergriffene, universal bedeutende Stellung Preußens wirkten dabei zusammen; und dem Staate schien dadurch in der That ein beherrschendes Ansehen in Süddeutschland gesichert zu werden.

Wie schon berührt, das Cabinet in Berlin war nicht unempfänglich für die unmittelbaren Vortheile dieser Besitznahme, noch für die Folgen, welche sie wahrscheinlich nach sich ziehen konnte; dennoch nahm es Anstand, die Handlungen Hardenberg's gutzuheißen. Man machte auf die finanziellen Schwierigkeiten aufmerksam; diese würden sich jedoch durch bessere Administration haben heben lassen. Das Hauptmotiv, das angeführt wurde, lag in dem Verhältnisse zu den beiden kriegführenden Mächten. Haugwitz meinte, um die Franzosen zur Einwilligung in die Besitznahme zu vermögen, müsse man erst mit dem Directorium verhandeln. Hardenberg erwiderte, daß es so schwer nicht sein würde, sich mit Frankreich zu verständigen: die Welt werde den Grund der Ablehnung in Furcht vor Oesterreich sehen. Gewiß waltete eine Rücksicht auf Oesterreich ob; sie bestand aber noch mehr in Eifersucht als in Besorgniß für die Gegenwart: der König bemerkte, daß das eingeschlagene Verfahren auch Oesterreich veranlassen werde, zu Incorporationen zu schreiten, zu denen Preußen das Beispiel nicht geben dürfe. Am 21. September bekam Hardenberg den bestimmten Befehl, der Stadt die königliche Ablehnung der Unterwerfung anzukündigen. Am 1. October verließ die preußische Garnison Nürnberg wieder. Hardenberg glaubte in dem Verfahren des Cabinets persönliche Eifersucht gegen seine Thätigkeit und seinen Erfolg wahrzunehmen. Wir wollen das weder bestätigen noch ableugnen.

Im Allgemeinen gefaßt, sind die beiden Vorfälle, der Abschluß des Vertrages vom 5. August und die vorübergehende Besitznahme Nürnbergs, von einer die damaligen Velleitäten und Zustände charakterisirenden Eigenthümlichkeit. Augenscheinlich dachte man daran, die revolutionären Erschütterungen zu neuem Machtgewinn zu benutzen; aber man war zugleich durch anderweite Verbindlichkeiten gefesselt. Das Berliner Cabinet konnte den Muth nicht fassen, über diese hinaus das eigene Interesse einseitig zu verfolgen. Man besorgte unangenehme Rückwirkungen, die noch weit schwerer wiegen dürften, als der augenblickliche Vortheil, den man erlangte. Die Hauptsache schien erreicht, wenn die Neutralität befestigt wurde. Am 22. November 1796 declarirte der Kurfürst von Sachsen für

sich, die sächsischen Herzoge, Anhalt und Schwarzburg den Beitritt zu der mit Frankreich geschlossenen Convention in Bezug auf die Neutralität. Preußen erklärte am 29., daß es dies annehme. Auch Reuß wurde in die Demarcationslinie aufgenommen. Dem kaiserlichen Hofe wurde diese Ausdehnung der Neutralität des nördlichen Deutschlands einfach als eine vollzogene Thatsache mitgetheilt.

Drittes Capitel.

Verhandlungen zu Campo Formio und Rastadt. Conferenzen zu Berlin.

Die preußische Politik hing bisher davon ab, daß den Vortheilen der Franzosen zum Trotz das continentale Gleichgewicht doch noch nicht umgestürzt war. Nochmals sind die Franzosen mit der Absicht hervorgetreten, Preußen ganz auf ihre Seite zu ziehen. Friedrich Wilhelm II. wurde von dem französischen Geschäftsträger Caillard aufgefordert, an dem Kriege gegen Oesterreich Theil zu nehmen und sein Observationscorps, mit Moreau vereinigt, gegen Wien vorrücken zu lassen: denn dann müsse sich Oesterreich den Friedensbedingungen fügen, die man ihm vorschreibe; schlage Preußen ein, so werde es zur Seite von Frankreich die Stellung einer Großmacht erst recht erwerben: es stehe nur bei ihm, sich die deutsche Kaiserkrone aufzusetzen.

In der Lage, in der man war, hatten jedoch diese Anträge nichts Verführerisches für die preußischen Minister oder den König. Sie wollten zwar kein übermächtiges Oesterreich; aber zugleich fühlten sie doch die Nothwendigkeit, daß ein mächtiges Oesterreich erhalten werde: sie wollten Frieden mit Frankreich, aber keine Allianz. Hardenberg hatte auf das dringendste davon abgemahnt, und selbst jede Concession schien ihm verderblich: denn nur durch Energie und in einer stolzen Haltung könne man mit Frankreich auskommen. Und Friedrich Wilhelm II. hatte gegen das Ende seiner Tage den Entschluß gefaßt, in seiner Neutralität standhaft zu beharren; er meinte damit in die Fußstapfen seines großen Vorgängers zu treten, welcher, nachdem er sein Gebiet erweitert, in seinen späteren Jahren sich nur habe angelegen sein lassen, das zu behaupten, was er besaß. Die Erwerbung der Kaiserwürde lag nicht in seinem Sinne, wohl aber die Behauptung der beinahe dominirenden Stellung, welche Kurbrandenburg dem Kaiserthum zur Seite in

Deutschland eingenommen hatte. Man darf diese Stellung in der That als das Resultat der letzten Phase der friedericianischen Politik, die mit dem Fürstenbunde begonnen hatte, betrachten; sie gründete sich auf die reichsständischen Prärogativen, welche jetzt unter die Protection oder vielmehr die Führung der preußischen Macht gekommen waren. Oesterreich mochte seinen Kampf gegen Frankreich fortsetzen, wenn dadurch nur nicht die Stellung Preußens in Deutschland gefährdet wurde. Die Gesammtlage aber veränderte sich dadurch, daß die Ueberlegenheit der Franzosen in Italien immer mehr anstieg und in Folgen derselben im Frühjahr 1797 das innere Oesterreich und die Hauptstadt selbst bedroht wurden: ein Ereigniß, das wir auch an unserer Stelle nicht übergehen dürfen.

Die Rede war von einem Congreß gewesen, den Bonaparte verworfen hatte [1]. Um den Angriffen, die er selbst damals von den Oesterreichern zu erwarten hatte, zuvorzukommen und den Wiener Hof zu einem Separatfrieden zu zwingen, unternahm er einen Alpenzug von Süden nach Norden, der ihn über Klagenfurt bis vor die kaiserliche Hauptstadt führen sollte. Indem er mit heftiger Feindseligkeit vordrang, bot er doch zugleich den Frieden an. Dazu lag ein Grund für ihn darin, daß er seines Sieges keineswegs vollkommen sicher war, vielmehr durch seine Bewegungen selbst in Gefahr gerieth. Sein Vordringen erweckte in den Populationen von Ungarn, Oesterreich, Tirol und nach und nach in der Hauptstadt den Wunsch und selbst den Entschluß zum Widerstande. Hierdurch ermuthigt, sträubte sich Thugut, der noch immer die Direction des Wiener Cabinets in Händen hatte, einen Frieden anzunehmen, wie ihn die Franzosen bisher vorgeschlagen hatten. Auch auf die Bedingungen, die Bonaparte in dem damaligen Augenblick machte, trug er Bedenken einzugehen. Allein in Krisen dieser Art treten noch andere Persönlichkeiten in die Handlung ein, von denen die Entscheidung mehr abhängt, als von dem Minister, der sich nicht entschließen kann, sein System aufzugeben. Der Kaiser selbst wurde durch alles, was ihn umgab, und einen Einfluß, der von Neapel her auf seine Gemahlin Maria Theresia wirkte, zum Frieden bestimmt. Sie war die Tochter der Königin Marie Caro-

1) Bonaparte au directoire exécutif. Mantoue, 6 mars 1797. Correspondance de Napoléon I. publiée par l'ordre de l'empereur Napoléon III. II, 366 (Nr. 1544).

line von Neapel, die selbst wieder eine Tochter der würdigen Maria Theresia und des Kaisers Franz I. war, so daß sich in der Persönlichkeit der Kaiserin die Allianz zwischen den Häusern Oesterreich und Bourbon recht eigentlich repräsentirte. Auf eine neue Abmahnung Thuguts gab Franz I. demselben den Befehl, die Präliminarien, über die seine Gesandten in Leoben mit dem Feinde bereits übereingekommen waren, zu unterzeichnen [1]).

Thugut war überhaupt gegen diese Abkunft und hat sie immer für die unglücklichste erklärt [2]), umsomehr, da sich nach der Hand herausgestellt habe, daß Bonaparte nicht mehr als 40,000 Mann um sich hatte; er war aber auch gegen die übereilte Fassung der Artikel, welche zugleich die italienischen und die deutschen Angelegenheiten berührten. Der vornehmste Gesichtspunkt blieb immer der alt-österreichische: für den Verlust Belgiens die venetianischen Provinzen zu fordern. In Italien wurde noch Alles durch die Verwandlung der aristokratischen Republik Venedig in eine demokratische unter dem Einfluß der Franzosen in eine Agitation gebracht, die keine zuverlässige Bestimmung darüber gestattete. In Bezug auf Deutschland setzte man zwar nochmals fest: die Integrität des Reiches solle gewahrt bleiben; aber die Abtretung, zu der man sich verstand, ließ das doch kaum möglich erscheinen. Man giebt die Provinzen nicht namentlich an; man bestimmt nur, daß die Grenzen die von der französischen Republik decretirten sein sollen, so daß Oesterreich, in seinem Herzen bedroht, die Decrete wirklich acceptirt hat, welche am 9. Vendémiare (1. October) in dem Convente durchgegangen waren. Man kannte sie nicht genau. Bonaparte selbst hatte, wie er später geäußert, keinen deutlichen Begriff davon. Aber schon die Ausdehnung der französischen Ansprüche auf Luxemburg beweist, daß dabei die Integrität des Reiches nicht wohl bestehen konnte. Und noch ein anderer Artikel kommt dabei in Betracht. Kraft einer vorläufigen Stipulation sollte der Herzog Ferdinand von Modena, einer der jüngeren Söhne Franz' I. und Maria Theresia's, der dies Ge-

---

1) Schreiben des Kaisers an Thugut: Wien, 23. April 1797 in Vivenot, Vertrauliche Briefe Thuguts II. S. 34.

2) Schreiben Thuguts an Colloredo vom 29. Mai 1797 bei Vivenot a. a. O. S. 38. Ce qui fait pleurer de rage en pensant à l'humiliation, à laquelle nous avons été réduits par l'exagération de la peur et par la terreur panique de nos faiseurs. Il se passera bien des années avant que nous puissions faire oublier l'Europe cette ignominieuse et lamentable histoire.

biet durch Vermählung erworben hatte und es jetzt an Frankreich verlor, bei dem allgemeinen Frieden und dem Frieden des Reiches mit einer Entschädigung in Deutschland bedacht werden. Welche aber konnte die sein, wenn das Reich in seiner inneren Verfassung blieb? Nur durch Säcularisationen, welches Wort jedoch nicht verlautete, konnte es geschehen. Es war die Hauspolitik Oesterreichs, welche diese Idee gleichsam im voraus postulirte.

Doch war noch Alles im Weiten: der französische General hatte selbst nicht genügende Vollmachten besessen. Die Feststellung der nur im Allgemeinen angedeuteten Verhältnisse hing von dem ferneren Gang der Ereignisse und der Verhandlungen ab.

Man kann die Präliminarien von Leoben (18. April 1797) doch nur als einen Waffenstillstand betrachten, zu welchem jeder Theil durch seine eigenthümliche Lage gedrängt wurde. Aus ihrem Inhalt selbst gingen die schwersten Differenzen hervor.

Bei den nächsten Verhandlungen, die zur Hebung der Schwierigkeiten in Montebello statthatten, wichen die österreichischen Bevollmächtigten bereits zurück; aber die Nachgiebigkeiten, zu denen sie sich verstanden, sind niemals ratifizirt worden.

Wir können darüber hinweggehen. Dagegen fordern die Verhandlungen zu Campo Formio unsere ganze Aufmerksamkeit; denn wiewohl sie die allgemeinen, vornehmlich die italienischen Verhältnisse betreffen, so haben sie doch auch für Deutschland und für Preußen eine unmittelbare Beziehung. Der Moment trat ein, den man in Berlin immer gefürchtet hatte: zwischen den beiden kriegführenden Mächten, von denen jede furchtbar und feindselig erschien, sollte eine Vereinbarung getroffen werden, welche den ganzen Zustand umfaßte, in dem man sich befand, so daß Preußen direct oder indirect davon berührt werden mußte.

Die Unterhandlungen wurden österreichischerseits von Ludwig Cobenzl gepflogen. Wir kennen diesen Diplomaten als den vornehmsten Urheber der Allianz Oesterreichs mit Rußland. Die oben erwähnten Pläne zur Verstärkung Oesterreichs als eines mitteleuropäischen Reiches, die doch auch auf den Nachtheil Preußens zielten, waren zwischen ihm und Thugut verabredet worden. Cobenzl empfand die ganze Schwierigkeit der nunmehr eingetretenen Situation; aber er meinte: man sei doch wohl im Stande, die europäische Machtstellung Oesterreichs aufrechtzuerhalten und, wenn ja Belgien nicht behauptet und noch weitere Zugeständnisse gemacht werden sollten, Oesterreich durch Erwerbungen in Italien nicht allein

zu entschädigen, sondern zu verstärken. Cobenzl sprach die Forderung aus: das venetianische Gebiet bis an die Etsch und zugleich die von dem Papst bereits abgetretenen Legationen für Oesterreich zu erwerben. Dafür ließ er die Möglichkeit durchblicken, Concessionen am Rheine zu machen, auch in Bezug auf Mainz, und sogar den Wunsch, eine Verbindung mit Frankreich zu schließen [1]). Die Abtretung der linksrheinischen Lande wollte er nicht bewilligen; jedoch aus welchem Grunde? vornehmlich deshalb, weil dieselbe für Preußen einen Anspruch begründen würde, sich auszubreiten. Napoleon Bonaparte betonte die Versuche, welche Preußen mache, in das engste Verhältniß zu Frankreich zu treten, versicherte aber, den Franzosen würde eine intime Verbindung mit Oesterreich lieber sein [2]). „Würden Sie sich", sagte hierauf Cobenzl, „durch einen geheimen Artikel verpflichten, Preußen keine neuen Erwerbungen machen zu lassen?" Bonaparte sah darin keine Schwierigkeit. „Wir würden", sagte er, „dem Könige von Preußen seine linksrheinischen Besitzungen zurückgeben; ist er damit nicht zufrieden, so erklären wir ihm mit Ihnen gemeinschaftlich den Krieg" [3]). Große Widerrede erweckte der Anspruch der Franzosen auf den Besitz von Mainz, von welchem Bonaparte durch keine Vorstellungen zurückzubringen war. Er redete von dem Anrecht Frankreichs auf die Rheingrenze als von einer Sache, die sich von selbst verstehe. Oesterreich solle seine Truppen nur zurückziehen. Auf einem Congresse, der zu Rastadt zusammentreten sollte, würde er das Reich dahin bringen, sich in das Unvermeidliche zu fügen. Dem setzte Cobenzl den Instructionen zu Folge, die er mitgebracht hatte, die Forderung des venetianischen Gebietes bis zur Abda und der Legationen entgegen.

Bonaparte war so weit entfernt, dies nachzugeben, daß darüber keine Verständigung möglich schien: die Verhandlungen wurden so gut wie abgebrochen. Cobenzl und die anderen ihm beigegebenen österreichischen Gesandten bemerken: die Absicht der in Frankreich herrschenden Partei sei offenbar die, den Krieg wieder zu beginnen;

---

1) Bonaparte au ministre des relations extérieures, Passariano 28 Septembre 1797, Correspondance de Napoléon III, 346 (Nr. 2263).

2) Bericht Cobenzls vom 30. September 1797 bei Hüffer, Oesterreich und Preußen gegenüber der französischen Revolution, S. 394. Schreiben Thuguts an Dietrichstein vom 4. Oktober. Archiv für österreichische Geschichte. Bd. 43, S. 152.

3) Bericht Cobenzls vom 30. September 1797 bei Hüffer. S. 396.

Oesterreich müsse sich dagegen in Verfassung setzen; schon würden in Italien Vorbereitungen gemacht, um die Autorität des Wiener Hofes von diesem Lande auszuschließen. Da hat es nun Cobenzl über sich gewonnen, neue Vorschläge zu machen, nach denen Oesterreich sich mit einer bei weitem geringeren Ausstattung, als die geforderte, in Italien begnügte, wogegen es in Deutschland durch Salzburg und ein Stück von Baiern entschädigt werden sollte. Und was die Integrität des Reiches anbelangt, so wurde dem Reich überlassen, diese gegen Bonaparte selbst zu vertheidigen. Oesterreich würde, wenn es hierüber zum Kriege käme, nicht mehr als sein Reichscontingent stellen. Auf diese Vorschläge ging Bonaparte ein, insofern sie Deutschland betrafen. In Bezug auf das abzutretende venetianische Gebiet brachte er einen anderen Plan zum Vorschein, nach welchem Venedig selbst mit dem Dogado und einer sehr annehmbaren Grenze bis zur Etsch an Oesterreich überlassen werden sollte.

Aufs genaueste hängen die Bestimmungen über die italienischen und die deutschen Grenzen zusammen. Bonaparte wiederholte die Lehre von den natürlichen Grenzen Galliens, d. h. Frankreichs. Für die Republik forderte er immer weitergehende Zugeständnisse, bei denen dies Ziel nahezu erreicht worden wäre, ohne jedoch die rheinischen Kurfürstenthümer geradezu zu vernichten. Seinerseits faßte Cobenzl die Vortheile ins Auge, welche der Besitz der beiden Küsten des adriatischen Meeres für Oesterreich darbiete, und erklärte nach Wien, es nicht weiter bringen zu können, als bis zur Etschgrenze; man müsse dieselbe annehmen oder sich auf den Krieg gefaßt machen: entweder die Etsch, sagte er, oder Krieg [1]).

In diesem Augenblicke waren die wiederaufgenommenen Unterhandlungen zwischen England und Frankreich abgebrochen worden, und Oesterreich würde wohl auf die Erneuerung der Bundesgenossenschaft mit England haben zählen können. Aber die Ueberlegenheit der Franzosen am Rhein sowohl wie in Italien zeigte sich zu stark, als daß Oesterreich, auch von England unterstützt, einen neuen Waffengang hätte wagen mögen. „Welch ein Unglück", ruft Thugut aus, „daß wir weder eine Armee haben noch Generale, um unsere gerechte Entrüstung an den Tag zu legen [2])!"

---

1) Bericht Cobenzls vom 7. October bei Hüffer, Oesterreich und Preußen. S. 425.

2) Quel malheur que n'ayant ni armée ni généraux nous soyons

Indessen drang Bonaparte auf ungesäumte Annahme und Unterzeichnung der vorgeschlagenen Bedingungen, um, wie Cobenzl vermuthete, dem Wiener Hofe keine Zeit zu lassen, mit den Engländern wieder anzuknüpfen [1]). Auch seiner Regierung gegenüber hatte Bonaparte Ursache, den unverzüglichen Abschluß zu wünschen. Cobenzl ließ sich durch das stürmische Andrängen des Generals nicht aus der Fassung bringen; er erklärte sich zur Unterzeichnung bereit, doch unter der weitaussehenden Bedingung, daß die neuen Artikel mit den Präliminarien in eine solche Uebereinstimmung gebracht würden, daß er sie unterzeichnen könne.

In einer folgenden Conferenz (9. October) schlug nun Bonaparte, der von seiner Regierung zum unverzüglichen Abschluß oder zur Wiedereröffnung des Krieges durch neue Couriere angewiesen zu sein behauptete, so daß er nicht weichen könne, vor, ein Protokoll aufzusetzen und vorläufig zu unterzeichnen, das er selbst nach Paris bringen werde.

Den größten Eindruck mußte es auf Cobenzl machen, daß Bonaparte versicherte, von einem Moment zum andern könne sich das Directorium mit Preußen über dessen Entschädigung verständigen, was dagegen nicht stattfinden werde, wenn es sich mit Oesterreich vorher vereinige [2]). Cobenzl fühlte sich wirklich bewogen, ein Protokoll, d. h. einen Friedensschluß in dieser Form, niederzuschreiben. Auch Bonaparte faßte ein solches ab und legte es in einer neuen Conferenz, die bei Cobenzl gehalten wurde, vor (10. October). Es enthielt Bestimmungen, von denen bisher nichts verlautet war, die dann auf der anderen Seite Erstaunen und Mißbilligung weckten. Bei dem Artikel über Deutschland kam es zu einer heftigen Scene. Bonaparte forderte die ausdrückliche Bestätigung und Anerkennung der von ihm angegebenen Grenzen [3]). Cobenzl erwiderte: der Kaiser thue schon zu viel, wenn er verspreche, seine Truppen zurückzuziehen, und eine Anerkennung, wie

---

obligés de nous laisser avilir à ce point sans manifester notre juste ressentiment. Schreiben Thuguts an Colloredo vom 18. October 1797 in Vivenot, Vertrauliche Briefe Thuguts, II, 63.

1) Bericht Cobenzls vom 9. October bei Hüffer S. 430.

2) Bericht Cobenzls vom 10. October bei Hüffer S. 434.

3) Dem Berichte Cobenzls vom 14. October (Hüffer S. 453) zufolge forderte Bonaparte eine förmliche Anerkennung aller neuen Erwerbungen, die Frankreich im Reiche machen will, vom Kaiser selbst in dem öffentlichen Vertrage ausgesprochen.

die geforderte, laufe seiner Pflicht und Ehre geradezu entgegen. Bonaparte gerieth in eine leidenschaftliche Aufwallung; er setzte seinen Hut noch in dem Salon auf und verließ denselben unter drohenden Geberden und Worten [1]). Cobenzl fühlte sich hiedurch persönlich beleidigt und war entschlossen, keine Conferenz mit dem General weiter anzunehmen. Auch dieser scheint empfunden zu haben, daß er zu weit gegangen war. Unter der Dazwischenkunft des neapolitanischen Gesandten Gallo wurde nun doch der Entwurf Cobenzl's zu Grunde gelegt, der dem des Generals nahe kam, aber nur das Wesentlichste der früheren Festsetzungen wiederholte. Statt der förmlichen Anerkennung ist von einem Zugestehen des Kaisers die Rede. Indem man noch unterhandelte, traf ein Courier von Wien ein mit einem kaiserlichen und einem ministeriellen Schreiben, in welchen die Bedingungen angenommen wurden.

Der Friede wurde am 17. October unterzeichnet. Er enthält vor allen Dingen eine Auseinandersetzung in Italien: die Errichtung der cisalpinischen Republik auf der einen und die Abtretung eines großen Theiles der venetianischen Gebiete auf der anderen Seite. Oesterreich leistete auf seine niederländischen Provinzen Verzicht. Ob es bei jener Theilung in Oberitalien sein Verbleiben haben würde, war wohl von Anfang an zweifelhaft. Cobenzl hat behauptet, daß ihm sehr bestimmte Versprechungen in Bezug auf die Legationen gemacht worden seien. Das muß jedoch mündlich geschehen sein; in dem Protokoll ist davon nichts zu lesen; dagegen enthalten die geheimen Artikel, die man demselben beigefügt hat, die wichtigsten Bestimmungen über die Zukunft von Deutschland. Der Kaiser genehmigt die Abtretung des größten Theiles der Rheinlande und verspricht, dazu mitzuwirken, daß das Reich sie bewillige; die Linie wird genau angegeben, zu keinem anderen Zweck, als um die preußischen Gebiete davon auszuschließen. Ausdrücklich wird be-

1) Noch immer wird, zum Beispiel in den eben erschienenen Memoiren von Ségur (Histoire et mémoires I, 375), die Erzählung wiederholt, daß Bonaparte ein Porzellangefäß Cobenzl's ergriffen und auf den Boden geschleudert habe mit den Worten: „So werde ich in kurzem die österreichesche Monarchie zerschmettern.“ Der ausführliche Bericht Cobenzl's, welcher andere Ausbrüche der Trunkenheit und Rohheit Bonaparte's meldet, schweigt hievon vollständig. Das Wahrscheinlichste möchte sein, was eine rheinische Zeitung meldet, daß der General, indem er plötzlich seinen Hut aufsetzte, mit dem Federbusch desselben ein Porzellangefäß von Werth heruntergeworfen habe. Höchst sonderbar freilich, wenn die Fassung, die sich sofort allgemein verbreitete, von Bonaparte selbst wiederholt worden ist.

stimmt: daß Preußen diese behalten solle, wohlverstanden unter der von Oesterreich und Frankreich garantirten Bedingung, daß es keine neuen Acquisitionen machen dürfe[1]), wodurch die Bestimmung des Baseler Friedens, kraft deren es bei der Abtretung des linken Rheinufers anderweit entschädigt werden sollte, geradezu zurückgenommen wurde. Man wird zugeben müssen, daß Oesterreich darauf denken konnte, seine Machtstellung zu behaupten; jener geheime Vertrag zwischen Frankreich und Preußen vom 5. August hatte denselben Zweck für Preußen. Aber dabei bleibt es doch, daß Oesterreich in die Annahme der Rheingrenze willigte, welche Preußen fortdauernd nur als eventuell betrachtete. Unleugbar ist, daß Oesterreich ohne die Erwerbung des venetianischen Gebietes überhaupt auf keinen Frieden eingegangen sein würde. Es liegt etwas Wahres darin, wenn man gesagt hat, daß es Mainz aufgegeben habe, um Venedig zu gewinnen. Dabei hielt es an der Absicht fest, trotz der Abtretung der Rheingrenze doch den Umsturz der deutschen Verfassung, welche ihm große Rechte gab, zu verhüten. Es ging auf die Säcularisationen ein, aber mit dem Vorbehalt, daß Preußen an denselben keinen Antheil nehme und die geistlichen Kurfürstenthümer selbst erhalten bleiben müßten. Der Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich war ein inneres Moment der Festsetzungen von Campo Formio: Preußen wurde von allen Entschädigungen ausgeschlossen; von österreichischen dagegen war viel die Rede. Wenn Oesterreich in dem Hauptvertrage sich bereit erklärte, den Herzog von Modena durch den Breisgau zu entschädigen, so setzte der geheime Vertrag fest, daß für diese und einige andere Abtretungen Oesterreich durch das Erzbisthum Salzburg und einen Theil des baierischen Kreises bis an den Inn, eingeschlossen Wasserburg, schadlos gehalten werden sollte. Noch war über die im Reiche vorzunehmenden Säcularisationen nichts entschieden worden: in dem geheimen Vertrage zwischen Preußen und Frankreich war davon die Rede gewesen, jedoch nur sehr eventuell; hier aber ward eine solche Bestimmung in einem definitiven Vertrage unumwunden ausgesprochen.

Gewiß sollten nun diese Säcularisationen keine allgemeinen sein; es ward ausdrücklich vereinbart, daß die drei geistlichen Kur-

1) Artikel 9: La République française n'a point de difficultés à restituer au Roi de Prusse ses possessions sur la rive gauche du Rhin: en conséquence, il ne sera question d'aucune acquisition nouvelle pour le Roi de Prusse, ce que les deux puissances contractantes se garantissent mutuellement.

fürsten, die von den Abtretungen der Rheinlande betroffen wurden, so gut wie die weltlichen Fürsten entschädigt werden müßten, wodurch dann der Bestand der hierarchischen Verfassung in dem Reiche, auf die sich Oesterreichs Autorität größtentheils begründete, gerettet worden wäre. Wie das geschehen könnte, wie überhaupt sich das Reich zu den getroffenen Bestimmungen verhalten sollte, darüber zu befinden, wenn wir uns dieses bureaukratischen Ausdrucks bedienen dürfen, blieb einem Congresse der Reichsstände, der sich zu Rastadt versammeln sollte, vorbehalten. Aber ohne dessen Beschlüsse zu erwarten, sollten die österreichischen Truppen die Rheingebiete, namentlich auch Mainz, räumen, sowie die Franzosen die italienischen Landschaften, die sie noch innehatten.

So ist es nun doch geschehen, daß der Anspruch der Franzosen auf die natürlichen Grenzen zugestanden wurde, gegen andere Concessionen in Italien, die aber noch weit entfernt waren, Oesterreich zu befriedigen. Thugut drückte sich über die Stipulationen mit schmerzlicher Erregung aus; zugleich aber war er davon durchdrungen, daß man sie geheimhalten müsse: das bloße Gerücht von denselben würde im Reiche Aufregung hervorrufen und Preußen gewonnenes Spiel geben [1]).

Der Friede von Campo Formio ist nur eine Fortsetzung des Waffenstillstandes, der in den Präliminarien von Leoben liegt; eine definitive Abkunft, bei der sich hätte verharren lassen, enthält er nicht. Aber dabei ist er doch von einer nicht hoch genug anzuschlagenden Wichtigkeit. Auf der einen Seite ist er das Werk des nach politischer Selbständigkeit emporstrebenden französischen Generals; sein Zug in die Alpen, die Verfügung über Italien, der

1) Il me revient surtout qu'il s'est répandu que nous aurions peu de chose en Italie, mais que nous serions dédommagés dans l'Empire. Je supplie V. E. de considérer quel sera l'effet de ces bruits et de la consternation qui se répandront avant le temps dans l'Empire, et qui donneront si beau jeu aux Prussiens. — Le seul motif de consolation qui se présente, c'est qu'il est sûr qu'on a obtenu tout ce qui dans la conjoncture a été humainement possible; car pour le reste vous avez toujours connu ma façon de penser dans laquelle je n'ai pas varié. Mais comment résister aux conseils du destin? Au surplus, je suis atterré de chagrin, et ma santé dépérit. Schreiben Thuguts vom 22. October und 2. November 1797 bei Vivenot, Vertraute Briefe II. S. 65, 66. Vergl. das Schreiben von Cobenzl an Dietrichstein vom 2. November. Archiv für österreich. Geschichte, Bd. 43, S. 156.

endliche Abschluß selbst gehören ihm bereits persönlich an; das Directorium hatte darauf geringen Einfluß.

Und eben da setzte die beginnende Macht des Generals ein, wo die verschiedenartigen Interessen Oesterreichs zusammenwirkten, oder vielleicht einander abstießen. Es war nicht das alte Oesterreich, wie es einst von den Bourbonen bekämpft war: gerade in seiner Verbindung mit den Bourbonen bestand jetzt die Summe seiner Politik. Zugleich traten nunmehr die alten josephinischen Entwürfe zu einer mitteleuropäischen Stellung Oesterreichs als Staat maßgebend hervor; der französische General, der den Oesterreichern Mailand entriß, überließ ihnen einen großen Theil der venetianischen Gebiete, die für den österreichischen Gesammtstaat geographisch von noch größerem Werthe waren. Oesterreich gerieth dadurch in unmittelbaren Contact mit den revolutionären, übrigens unberechtigten Besitzergreifungen der Franzosen. Aber auch diese erkannten die Ideen an, auf denen der österreichische Staat beruhte. Dagegen trat das alte Verhältniß Oesterreichs zu dem deutschen Reiche, das durch den Revolutionskrieg erneuert worden war, bei weitem in den Hintergrund. Für das deutsche Reich ist niemals eine nachtheiligere Abkunft eingegangen worden, als die in Campo Formio. Der alte burgundische Kreis, der die belgischen Provinzen begriff, ging an Frankreich über; das Reich verzichtete zugleich auf seine oberherrlichen Rechte in Italien.

Dabei waren aber alle Bestimmungen darauf berechnet, daß doch die alte reichsoberhauptliche Autorität in dem übrigen Reichsgebiete behauptet werden könne. Durch die Abtretung des linken Rheinufers wurde der innere Bestand des deutschen Reiches in Frage gestellt; aber die Abänderungen sollten auf eine solche Weise getroffen werden, daß die kaiserliche Macht dabei unversehrt erhalten würde. Alles betrachtet, lag in dem Frieden eher eine Befestigung als ein Nachtheil für Oesterreich. In Italien gelangte es in den Besitz einer der französischen ebenbürtigen Macht. In Deutschland hießen die Franzosen die Bestimmungen gut, welche, während alles Andere zweifelhaft wurde, doch die kaiserliche Macht aufrecht erhielten und den territorialen Besitzstand von Oesterreich durch ansehnliche Erwerbungen verstärkten. Es kam nur noch darauf an, diese Bestimmungen auf dem Congreß von Rastadt zu sanctioniren. Aber von vornherein darf man fragen, ob sich eine Durchführung dieser Ideen jemals erwarten ließ. Ein innerer Widerspruch ist es, daß man auf der einen Seite mit den revolutionären Mächten in Verbindung

tritt, auf der anderen die hierarchisch-politische Verfassung des deutschen Reiches aufrechtzuerhalten denkt. Wie sollte die französische Republik, die in sich selbst auf einer Vernichtung der hierarchischen Elemente beruhte, diese doch wieder in Deutschland in Schutz nehmen? Welches Beispiel gab es, daß durch eine Niederlage eine große politische Existenz begründet worden wäre? Ueberdies aber, wie sollte sich Preußen dazu verhalten? Eben für einen Fall dieser Art war jene Abkunft vom 5. August geschlossen worden. Die historische Thatsache war — und darin hauptsächlich lag die Ueberlegenheit von Frankreich — daß es durch zwei geheime Verträge die beiden großen deutschen Mächte fesselte und zugleich in Widerspruch miteinander brachte. Diese Lage hauptsächlich trat bei dem Congreß in Rastadt ans Licht.

Die Reichsdeputation war im Sinne von Oesterreich zusammengesetzt worden. Brandenburg-Preußen gehörte nicht zu der Deputation; aber es konnte von dem Congreß nicht ausgeschlossen werden, wie denn auch Schweden als Garant des westphälischen Friedens, Dänemark wegen seiner Reichslande Zutritt erlangte und Oesterreich durch besondere Bevollmächtigte für Böhmen vertreten war. Der Congreß wurde eröffnet am 9. December 1797. Den Berathungen stellte sich von vornherein eine eigenthümliche Schwierigkeit entgegen. Die Vollmachten der Deputation waren auf die Erhaltung der Integrität des Reiches gerichtet; unter dieser Bedingung verweigerten die Franzosen die Unterhandlung unbedingt. Bei dem Druck der Umstände wurde der Beschluß gefaßt, die Deputation mit unumschränkter Vollmacht zu versehen, was dann von dem Kaiser ohne Rücksicht darauf, daß sein eigenes Ausschreiben die Integrität des Reiches festhielt, am 15. Januar 1798 ratificirt wurde.

Schon zogen sich den Verabredungen von Campo Formio zufolge die österreichischen Truppen an allen Punkten zurück. Die vornehmste Festung des Reiches, Mainz, war den Franzosen vor dem Ende des Jahres 1797 überliefert worden. Alles schien in dem Sinne des Friedens von Campo Formio abgemacht werden zu sollen. Die ersten, die davon abwichen, waren die Franzosen selbst. Ihres Uebergewichtes sicher, gingen sie noch einen Schritt weiter, als das Interesse Oesterreichs es forderte und der Friede bestimmte. Sie banden sich nicht mehr an die Beschränkungen, welche zwischen Bonaparte und Oesterreich vereinbart waren und durch welche Preußen von der Entschädigung ausgeschlossen worden wäre; sie forderten die Cession des linken Rheinufers überhaupt. Oesterreich

und dessen Anhänger sträubten sich dagegen. Aber so mächtig waren sie bereits nicht, um ihre Gegner zu erdrücken. Die Cession wurde am 11. März 1798 von der Deputation definitiv bewilligt, womit denn sofort die Ausschließung Preußens von der Entschädigung zu Boden fiel und die Bestimmungen des 5. August in Kraft traten. Die Voraussetzung, auf welche diese sich gründeten, daß nämlich Oesterreich zu einem für das Reich nachtheiligen, einseitigen Frieden genöthigt werden könne, gegen dessen Bestimmungen man sich schon vorher sichern müsse, war nun eine Wahrheit geworden.

Von doppelter Wichtigkeit wurde die zweite Frage, die Bestimmung der Entschädigungen und die Art und Weise, dieselben zu ermitteln. Oesterreich, welches die alte hierarchische Verfassung des Reiches aufrechtzuerhalten gedachte, hütete sich, das Wort Säcularisation auszusprechen; auch Preußen wollte das nicht zuerst sagen. Aber mit voller Entschiedenheit konnte doch Oesterreich nicht dawider sein, da in dem Frieden von Campo Formio die Einziehung von Salzburg vorbehalten war; bei dem Vertrage zwischen Frankreich und Preußen war die Säcularisation eventuell die Voraussetzung gewesen; Preußen hatte Bamberg und Würzburg verlangt. Bereits am 4. April wurde von der Reichsdeputation auch diese Grundlage gutgeheißen, jedoch mit der Bedingung, daß dabei die Verfassung des Reiches aufrechterhalten werde. Die Franzosen nahmen die Concession, auf die sie gedrungen hatten, an, ohne sich an die Bedingung binden zu wollen, die mehr dem österreichischen Interesse entsprach.

Von den beiden Beschlüssen leuchtet ein, daß sie doch den Erwartungen nicht entsprachen, die man in Campo Formio festgehalten hatte. Bei der Energie des einen und der Feinheit des anderen der österreichischen Minister läßt es sich schwer verstehen, daß sie sich auf die Zusagen verließen, die ihnen Bonaparte gemacht hatte. Wie Prinz Heinrich einmal sagt, Bonaparte zeigte sich österreichisch; aber das Directorium war mehr auf preußischer Seite, und Bonaparte war ja nicht die Regierung. Das Directorium vermied, ihn zu verletzen; aber an den Clauseln der geheimen Artikel des Friedens von Campo Formio, auf welche die Oesterreicher alle ihre Hoffnung gesetzt hatten, war dem Directorium nichts gelegen.

Indem es nicht auf denselben bestand, unterstützte es die antiösterreichischen, namentlich die preußischen Interessen. Den preußischen Gesandten war selbst auffallend, daß sie mit ihren Remonstrationen gegen eine Theilung von Baiern, von der sie mit

Grund annahmen, daß sie in Campo Formio stipulirt sei, leichten Eingang fanden. Bacher, der sich in dieser Zeit nach Regensburg begab, ließ von dort Eröffnungen an Hardenberg nach Ansbach gelangen, aus denen sich ergab, daß man in Frankreich an den Friedensbedingungen eben nicht ängstlich festhielt. In dem Directorium war man nur darüber entschieden, daß Frankreich das linke Rheinufer haben und die weltlichen Fürsten, die dabei in Verlust geriethen, durch Säcularisationen entschädigen wollte: Bonaparte halte zwar über seinen Frieden und sei für Oesterreich; aber er erkenne doch an, daß es ein mächtiges Preußen geben müsse, um ein Gegengewicht gegen Oesterreich und Rußland zu halten.

Noch hätte es in der Macht Oesterreichs und Preußens gestanden, den Einfluß der Franzosen auf die innere Gestaltung von Deutschland zu verhindern, hätten sie sich nur selbst über eine solche verständigt.

Während man sich in Rastadt nach Festsetzung der beiden Hauptpunkte mit untergeordneten Gegenständen beschäftigte, wurden in Berlin Conferenzen gehalten, welche eben die wichtigsten betrafen, die man durch Uebereinstimmung der beiden Staaten zu erledigen dachte. Der unerwartete Gedanke brach sich Bahn, daß der Kaiser und der König von Preußen auf alle Entschädigungen, zu denen ihre Verluste sie berechtigen würden, Verzicht leisten sollten, — wie für sich selbst, so auch für ihre zunächst betheiligten Verwandten, den Prinzen von Oranien und den Herzog von Modena, die auf Schadloshaltung in Deutschland angewiesen waren. Der österreichische Gesandte, Fürst Reuß, trug vor: der Kaiser sei dazu bereit, inwiefern der König von Preußen ebenfalls einwillige.

Am 23. Mai erklärten die preußischen Minister, daß der König — es war bereits Friedrich Wilhelm III. — diese Proposition annehme; er leiste Verzicht auf jede Indemnität und Vergrößerung: eine Erklärung, welche der österreichische Gesandte, wie er sagt, mit Bewunderung aufnahm. Gleich hiebei kamen dann aber auch von beiden Seiten Prätensionen zum Vorschein, die der andere Theil nicht bewilligte. Der König wünschte in seinen fränkischen Besitzthümern der landesherrlichen Befugnisse noch mehr als bisher sicher zu werden; er verlangte das Privilegium de non appellando und die Niederschlagung der wegen der erwähnten Revendikationen in Franken entstandenen Reichsprocesse: das Haus Oranien leiste auf die Entschädigungen, auf die es doch ein Recht habe, Verzicht, weil dadurch Verwirrungen im Reiche veranlaßt

werden könnten; aber er habe alte, legitime Ansprüche auf einige triersche Aemter auf der rechten Rheinseite: dieser Reclamationen nahm sich der König an: ihre Erledigung sollte den Gegenstand einer zwischen Oesterreich und Preußen zu treffenden Uebereinkunft bilden. Prinz Reuß erhob keine Einwendungen gegen das Privilegium de non appellando; aber lebhaft verwarf er die Niederschlagung der Processe und die Herausgabe der trierschen Aemter. Zugleich brachte er seinerseits die für Lieferungen an die Armee ausgegebenen Bons, deren Einlösung jetzt auf die geistlichen Güter übertragen werden sollte, in Anregung. Ich weiß nicht, ob diese Bedingungen von der Bedeutung waren, daß sie von der einen Seite gemacht und von der andern zurückgewiesen werden mußten.

Allein der Streit hierüber war nur das Vorspiel der wesentlichsten Differenzen. Fürst Reuß legte einen Entwurf für die Entschädigung der drei geistlichen Kurfürsten, welche bestehen bleiben sollten, vor. Die Existenz derselben sollte dadurch gerettet werden, daß man ihnen große Bisthümer und Abteien, die in ihren Diöcesen lagen, wenn solche erledigt würden, überlasse. Das Kurfürstenthum Mainz, das auf dem linken Rheinufer wenig verliere, würde durch das wormsische hinreichend entschädigt sein. Mit den noch übrigbleibenden trierschen Landen sollen Würzburg und Bamberg vereinigt werden. Für Cöln wird Münster bestimmt, das dann ein hoch- und deutschmeisterisches Kurland ausmachen wird [1]).

Ein Entwurf, der nicht verfehlen konnte, die Antipathie der preußischen Regierung zu erwecken: denn er lief den preußischen Ansichten und Absichten geradezu entgegen. Und dann kam noch ein anderer Punkt von größtem Belang zur Sprache.

Den preußischen Ministern fiel es auf, daß die Oesterreicher bei ihrer Verzichtleistung auf Vergrößerung immer sehr deutlich sagten, eine solche solle nicht auf Kosten des Reiches geschehen, wobei die Möglichkeit eines freiwilligen Austausches vorbehalten zu werden schien. Sie fragten den Fürsten Reuß, ob Oesterreich mit der ihm in Campo Formio zugetheilten Entschädigung, sowie es sie damals besaß, sich begnügen wolle. Die russischen Minister, die der Vermittelung halber an den Sitzungen Theil nahmen, fielen mit der Bemerkung ein, daß man hier von Deutschland handele, nicht von Italien, und daß es dem Kaiser unbenommen bleibe, anderweite Ent-

1) Thugut an Reuß: Wien, den 24. April 1798, bei Vivenot, Zur Geschichte des Rastadter Congresses S. 38.

schädigungen zu suchen, die er entweder durch Krieg oder durch freiwilligen Austausch erlangen könne; Fürst Reuß sagte: man dürfe den Frieden von Campo Formio nicht mit dem Reichsfrieden confundiren.

Wenn es hierüber noch nicht zu einem förmlichen Bruche kam, so leuchtet doch ein, daß die beiden deutschen Mächte ganz entgegengesetzte Interessen vertraten. Oesterreich würde durch seine italienischen Erwerbungen und die Ausdehnung seiner Grenzen über baierische Gebiete eine Macht begründet haben, welche auf Deutschland unwiderstehlich eingewirkt hätte. Die alten Entwürfe Josephs II. wären nahezu ausgeführt worden. Ueberdies aber hätte es durch eine neue Begründung der geistlichen Kurfürstenthümer die Mittel behalten, das deutsche Reich zu beherrschen; Preußen dagegen wäre, da es auf alle Entschädigung Verzicht geleistet hätte, auf die Verstärkung der fürstlichen Autorität in den fränkischen Markgrafenthümern beschränkt geblieben: es hätte die Wiederbelebung des österreichischen Einflusses in allen Reichsgebieten erwarten müssen. Unmöglich konnte Preußen darauf eingehen. Alles zusammengenommen, stellt sich heraus, daß keine Verständigung zu erzielen war. Die Resultate der Berliner Conferenzen waren null und nichtig. Die Zukunft Deutschlands hing nochmals von der Entscheidung der europäischen Angelegenheiten durch die Waffen ab.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.







